Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

B.4.R. vollst. - (T+T f. Jan - Juni) R.

INDIANENSIS UNIVERSITATIS SIGILLUM
LUX ET VERITAS
MDCCCXX

INDIANA
UNIVERSITY
LIBRARY

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik

✦

Herausgeber:

Ernst Jäckh, Paul Rohrbach, Philipp Stein

Schriftleitung:

Theodor Heuß, Axel Schmidt

✦

Dritter Jahrgang

Januar/Juni 1918

Inventar Zentralbibliothek
Seite 1227
Nr. 7598

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar-Berlin

Digitized by Google

INDIANA UNIVERSITY LIBRARY

Digitized by Google

Inhalts-Verzeichnis

I. Hauptartikel

	Seite
Arndt, Paul, „Faserstoff"	471
Baare, Th., Englische Stimmen über Elsaß-Lothringen	571
Beer, M., Neugestaltung der Britischen Arbeiterpartei	519
Bencke, Albert, Ethnographische Randglossen zur Entwicklung im Osten	569
Bergson, Egon, Austropolnische Lösung	808
v. Blume, Wilh., Bethmann Hollweg, der Demokrat	284
Bonn, M. J., Die irische Krise	744
Bornhak, Konrad, Polens geschichtliche Grenzen	427
Brentano, Lujo, Die Ausbeutung Italiens durch seine Freunde	203, 276, 341
Buetz, G., Pro Palästina	647
Cahén, Fritz Max, Dänemark und Mitteleuropa	460
Classen, W., Ersatz unserer Menschenverluste	496
Deißmann, D. Adolf, „Theologie ohne Deutschland"	785
Delbrück, H., Tirpitz und Lloyd George	181
Dominicus, Landwirtschaftlicher Schülerhilfsdienst nach dem Kriege	820
Dresdner, Albert, Die Liquidation im skandinavischen Norden	395
Erich, Schweden, Aland und das unabhängige Finnland	39
Eulenberg, Franz, Die neuen Steuervorschläge	528
Faßbender, Martin, Randglossen zur elsaß-lothringischen und polnischen Frage	84
Fischer, Johannes, Der Frieden und die Zukunft	55
— Sozialpolitische Neuordnung	605
Göhler, Hans, Clemenceau und Caillaux	209
Guttmann, B., Der Abschied des Grafen Czernin	515
Haas, Ludwig, Volksstaat und Monarchie	212
Hashagen, J., Zur Datierung der Conventions Anglo-belges	551
Haußmann, Konrad, Februar 1918 im Reichstag	291
— Ost-Westliches	100
Havekoß, A., Zwei Schlagworte	440
Hennig, Richard, „Hamburg—Herat" — eine neue Aufgabe deutscher Verkehrspolitik	597
Herwarth v. Bittenfeld, Militarismus	269
Heuß, Theodor, Autorität der preußischen Regierung	771
— Bakunins Schatten	200
— Folgerungen	177
— Heydebrands Ermattungsstrategie	104
— „Mitteleuropa", Auf dem Wege zu	643
— Ostfriede und die westlichen Probleme, Die	355
— Reichstag vor neuen Aufgaben, Der	451
Hoffmann, Karl, Das Ende des kolonialpolitischen Zeitalters	113
Holdermann, Friedrich, Der Aufstieg des Zentrums	109
Horn, Hermann, Weltliche Organisation geistiger Arbeit	794
Jäckh, E., Ordnung des Balkan, Die	611
— Westasiatische Weg, Der	329
— Wien—Washington	132
— Zwangsläufigkeit	244

Digitized by Google

Seite
Japikse, N., Belgien und Holland 242
Jastrow, J., Osteuropäische Frage, Die 163
— „Rußland" oder „Osteuropa" 594
— Die Ukraine und die osteuropäische Frage 400
Jesser, Franz, Österreichs innere und äußere Politik 250
— Das böhmische Problem 751
Knapp, Georg Friedrich, Über den sogenannten Geldwert 309
Knorr, Wilhelm, Die Zukunft des Donaugebietes 294
Koch, C., Die Not der Zivilgefangenen in Rußland 657
Kolbe, Franz, Der deutsche Kolonialbesitz 183, 598
— Unsere kolonialen Kriegsziele 724
Kuczynski, R., Wohnungsnot und Finanznot 89
Laquer, B., Getränkesteuern und Branntweinkarten 631
Lederbogen, Dr. Friedrich Karl, Unsere Kolonien und England 649
Lehmann, Max, Regierungswechsel in Bulgarien 818
Lenz, Friedrich, Vom Militarismus und vom Kriege 691
— Vorderasien und der Friede 813
Leuthner, Karl, Deutsche und tschechische Politik 711
Linter, Amerikas Kriegswirtschaft 251
— Berliner Banken 570
— Börsenspekulation und die Schuldigen 828
— Daimler 378
— Englische Kriegsfinanzierung 443
— Französische Bankrotteurpolitik 316
— Krieg als Förderer der Trustbildung 766
— Petroleumabkommen mit Rumänien 634
— Reichsbank-Ausweis, Randbemerkungen zum 506
Ljunglund, Leonhard, Schweden, Finnland und Deutschland 524
Lotz, W., Steuerflucht 729
Luther, Arthur, Tolstoi und die Maximalisten 237
Mähl, Hans, Zeitgemäße Wahlreichtsdebatte 58
Meinecke, Friedrich, Zwei Systeme 707
Mollin, Dr., Die Lage in Schweden 17
Nagel, Ferdinand, Östliche Siedlung und preußische Wahlrechtsfrage 685
Peus, H., Eine schwere Gefahr 306
Piorkowski, Kurt, Entwicklung der Psycho-Technik in Deutschland während des Krieges . . 498
Reinhardt, Walther, Türkenspiegel 491
Rohrbach, P., Eisgang im Osten 259
— Brest-Litowsk und die Entente 3
— Deutschland und die Ukraine 547
— Englands kriegspolitische Ziele 585
— Finnland, Der Staat 67
— Freund dem Freunde 739
— Machtfriede oder Friedensideal im Osten? 483
— Offensive und Ideenkampf 387
— Osteuropäische Friede, Der 523
— Sieg! 419
— Ukrainische Eindrücke 675
— Ukrainische Friede und die Auflösung Rußlands, Der 195
— Was wir könnten ...! 803
— Wendung 35

Digitized by Google

Seite
Rohrbach, P., Wilson und Trotzki, Gebrüder 227
Roloff, Gustav, Wandlungen der Strategie 78
— Zeitgenössische Kriegsliteratur 422
Rosenthal-Deussen, Erika, Zur Frage der Geburtenvermehrung 824
Rotheit, Rudolf, Gedankenmacht und Machtgedanken 139
Saenger, Alwin, Elsaß-Lothringen und die deutsche Sozialdemokratie 141
— Glaube an die Nation 536
Sieger, Robert, Bewegung in Deutschösterreich 615
— Umfang der slawischen Bewegung in Österreich 48
Sperber, O., Deutschlands Schuld und Pflicht gegen das Auslanddeutschtum 119
Schiller, Richard, Die Diktatur des Proletariats 374
Schmidt, Axel, Kann Rußland ohne die baltischen Häfen leben? 404
— Maximalistischer Imperialismus 136
— Ukraine und der Vierbund 488
— Ukrainische Parteien 781
Schulze-Gaevernitz, G. v., „Deutschland-Amerika" in amerikanischer Beleuchtung . . . 12
— Freiheitsfrieden 358
— Parlamentarismus und Krone 658
Schmidt-Gründler, Über berufsständische Vertretung 534
Stein, Philipp, Finnland 333
— Hollands Not — Europas Gefahr 392
— Kühle Nase und kühler Kopf 264
Strahl, Ausfuhrhandel und Auslanddeutschtum 432
Thimme, Friedrich, Geschichte der Mission Lord Haldanes (1912) 759
— Herrenhaus und berufsständisches Prinzip 247
— Die Zukunft der nationalliberalen Partei 406
— Streik 170
— Wort des Königs, Das 579
Thimme, W., Rathenau als Publizist 565
Tönnies, Ferdinand, Edward Grey und sein Tchinovnik 456
Troeltsch, Ernst, Anklagen auf Defaitismus 661
— Freiheit und Vaterland 72
Truppel, von, Die deutschen Südseekolonien 466
Voß, Wilhelm, Uneheliche Mütter und Kinder 698
Waldstein, Felix, Zur Herrenhausfrage 8
Weber, Alfred, Das Reich und die Besteuerung der hohen Einkommen 680
Wegener, Georg, Zur flämischen Frage 718
Weisbach, Werner, Italien und das südslawische Problem 774
Wetterhoff, Friedrich, Unsere Aufgaben im Norden 620
Wertheimer, Fritz, Livländische Stimmungen 365
Ziehen, Julius, Lehrerbildung und Schulreform 146
Zuk, Andreas, An wen soll sich die Ukraine anschließen? 590
* * * Agrarreform in Preußen 554
* * * Das schweigende Heer 217
* * * Geschichte der amerikanischen Neutralität 25
* * * Jüdische Siedlung in Palästina 788
* * * Neugestaltung des auswärtigen Dienstes 625
* * * Petersburger Eindrücke 301
* * * Politik und Valuta 149
* * * Ukraine, Der Stand der 45
* * * Was bezweckt Japan in Sibirien? 338

Digitized by Google

II. Sachregister

Seite

Allgemein Politisches 769
Anklagen auf Defaitismus (Troeltsch) . 661
Freund dem Freunde (Rohrbach) . . . 739
Friedensoffensive der „Kreuzzeitung" . . 831
Haldanes Mission (Thimme) 759
Neugestaltung des auswärtigen Dienstes (*,*) 625, 770
Offensive und Ideenkampf (Rohrbach) . 387
Östliche Siedlung und preußische Wahlrechtsfrage (Nagel) 685
Präsidentenwahl im Reichstag 738
Schweigendes Heer 217
Was wir könnten ...! (Rohrbach) . . 803
Zwei Systeme (Meinecke) 707
Baltische Provinzen 1, 61, 65, 162, 257, 322, 353, 382, 418, 482, 541, 546, 768
Litauen 1, 290
Livländische Stimmungen (Wertheimer) 365
Belgien 129
Braqueville 738
Datierung der Conventions Anglo-belges (Hashagen) 551
Belgien und Holland (Japikse) . . . 242
Flämische Frage (Wegener) 718
Bulgarien 286
Regierungswechsel in Bulgarien (Lehmann) 818
Deutsche Weltpolitik
Ausfuhrhandel und Auslanddeutschtum (Strahl) 432
Deutschlands Pflicht und Schuld gegen das Auslanddeutschtum (Sperber) . 119
Elsaß-Lothringen 84
Elsaß-Lothringen und die deutsche Sozialdemokratie (Saenger) 141
Englische Stimmen über Elsaß-Lothringen (Baare) 371
Randglossen (Faßbender) 84
England
Britische Arbeiterpartei (Beer) 519
Englands Angst vor Mitteleuropa . . 511
Englands kriegspolitische Ziele (Rohrbach) 585
England und der Orient 702
Englische Wirtschaftspolitik . . . 670, 831
Englisches Kabinett 2, 34, 67, 125, 130, 225, 258, 289, 321, 353, 387, 482, 513, 578, 610, 673
Grey und sein Tschinownik (Tönnies) . 456
Hadlam über die deutschen Liberalen . . 125

Seite

Irische Krise (Bonn) 747
Irland 35, 515, 670, 673
Kriegsfinanzierung (Linter) 443
Lansdowne 413, 642
Schiffahrtsfragen 221
Sieg! (Rohrbach) 419
Vorderasien und der Friede (Lenz) . . 813
Wilhelm von Oranien 414
Finnland 33, 67, 129, 194, 286, 322, 383, 446, 450, 543, 610, 674, 702, 802, 832
Der Staat Finnland (Rohrbach) . . . 67
Finnland (Stein) 333
Frankreich
Bankrotteurpolitik (Linter) 316
Clemenceau 97, 353, 450, 481, 802
Clemenceau und Caillaux (Göhler) . . 209
Landwirtschaftliche Aussichten 222
Poincaré! 642
Großrußland 320, 450, 476, 606
Deutsche Kolonisten 706
Ethnographische Randglossen (Bencke) . 369
Kann Rußland ohne die baltischen Häfen leben? (Schmidt) 404
Holland 353, 417
Hollands Not — Europas Gefahr (Stein) 392
Innere Politik
Bethmann Hollweg . 23, 284 (Blume), 321
Bund der Landwirte 259
Deutsche Vaterlandspartei 94, 99, 130, 154, 155
Freiheitsfriede (Schulze-Gaevernitz) . . 358
Freiheit und Vaterland (Troeltsch) . 72, 92
Friede und Zukunft (Fischer) 55
Hammann (Heuß) 541
Haußmann über die Reichstagsresolution 512
Hertling 92, 129
Im Reichstag, Februar 1918 (Haußmann) 291
Kühlmann 386, 545
Lichnowsky 387
Max von Baden 226
Payer 289
Reichstagswahlrecht 259
Reichstag vor neuen Aufgaben (Heuß) . 451
Solf 610
Streik 161, 170 (Thimme), 177 (Heuß) 195
Tirpitz . . . . 161, 181 (Delbrück), 189
Valentinis Rücktritt 100
Volksstaat und Monarchie (Haas) . . 212
Italien
Italiens Ausbeutung (Brentano) 203, 276, 341

Digitized by Google

Seite

Italien u. d. südslaw. Problem (Weisbach) 774
Kolonialpolitik
Der deutsche Kolonialbesitz (Kolbe) 183, 558
Deutsche Südseekolonien (Truppel) . . 466
Eisenbahnpläne nach Mittelasien . . . 478
Ende des kolonialpolitischen Zeitalters (Hoffmann) 113
Schwarze Truppen 155
Unsere kolonialen Friedensziele (Kolbe) . 724
Unsere Kolonien und England (Lederbogen) 648
Zwei Schlagworte (Havekoß) 440
Kriegslage 193, 290, 385, 417, 482, 705, 737, 802
Kulturpolitik
Deutsche Sprachinseln und Weltkrieg . 797
Lehrerbildung und Schulreform (Ziehen) 146
Psychotechnik in Deutschland (Piorkowski) 498
Rathenau als Publizist (W. Thimme) . 565
„Theologie ohne Deutschland" (Deißmann) 785
Weltkrieg und Lehrerschaft 831
Weltkrieg und Unterricht 734
Weltl. Organisation geistiger Arbeit (Horn) 749
Militärische Fragen 546
Militarismus (Herwarth v. Bittenfeld) . 269
Militarismus und Krieg (Lenz) . . . 691
Wandlungen der Strategie (Roloff) . . 78
Zeitgenössische Kriegsliteratur (Roloff) . 422
Neutralität 25
Die Neutralen und der Krieg 29
Wilson 2
Österreich-Ungarn 290, 322, 737, 770, 801
Austropolnische Lösung (Bergson) . . . 808
Bewegung in Deutschösterreich (Sieger) 615
Böhmisches Problem (Jesser) 751
Czernin 449
Czernins Abschied (Guttmann) . . . 515
Deutsche und tschechische Politik (Leuthner) 711
Innere und äußere Politik (Jesser) . . 230
Kaiser Karls Briefe 481, 513, 547
„Mitteleuropa" (Heuß) 643
Umfang der slawischen Bewegung (Sieger) 48
Ostasien 222
Anglo-japanische Allianz 156
England und Japan 672
Was bezweckt Japan in Sibirien? (*_*) 338
Ostfriede 1, 66, 98, 162, 225, 254, 257, 574, 706, 802
Brest-Litowsk und die Entente (Rohrbach) 3
Eisgang im Osten (Rohrbach) . . . 259
Machtfriede oder Friedensideal im Osten (Rohrbach) 483

Seite

Osteuropäische Frage (Jastrow) . . . 163
Osteuropäischer Frieden (Rohrbach) . . 323
Ost-Westliches (Haußmann) 100
Ostfriede u. die weltlichen Probleme (Heuß) 355
„Rußland" oder „Osteuropa"? (Jastrow) 594
Wendung (Rohrbach) 35
Wilson und Trotzki, Gebrüder (Rohrbach) 227
Westasiatischer Weg (Jäckh) 329
Zivilgefangene in Rußland (Koch) . . 637
Zwangsläufigkeit (Jäckh) 244
Parteien
Nationalliberale . 189, 258, 354, 514, 769
Zukunft der Nationalliberalen Partei (Thimme) 406
Sozialdemokratie 131, 226, 259, 354, 482, 701
Diktatur des Proletariats (Schiller) . 734
Glaube an die Nation (Saenger) . . 536
Schwere Gefahr (Peus) 306
Zentrum
Aufstieg des Zentrums (Holdermann) 109
Polnische Fragen . . . 193, 254, 323, 350
Polens geschichtliche Grenzen (Bornhak) 427
Randglossen 84
Schulsprache 27
Preußische Verfassungsreform 98, 154, 162, 189, 194, 219, 226, 258, 286, 323, 482, 514, 527, 609, 641, 706, 769, 798
Autorität der preußischen Regierung (Heuß) 771
Berufsständische Vertretung (Schmidt-Gründler) 534
Herrenhausfrage (Waldstein) 8
Herrenhaus und berufsständisches Prinzip (Thimme) 247
Heydebrands Ermattungsstrategie (Heuß) 104
Östliche Siedlung und preußische Wahlrechtsfrage (Nagel) 685
Parlamentarismus und Krone (Schulze-Gaevernitz) 658
Wort des Königs (Thimme) 579
Zeitgem. Wahlrechtsdebatte 1848 (Mühl) 58
Rumänien 258, 386, 449
Die Ordnung des Balkans (Jäckh) . . 611
Die Zukunft des Donaugebiets (Knorr) 294
Petroleumabkommen mit Rumänien (Linter) 634
Russische Revolution 61, 155, 194, 220, 256, 447 (Brandes)
Bakunins Schatten (Heuß) 200
Gedankenmacht und Machtgedanken (Rotheit) 139
Kühle Nase und kühler Kopf (Stein) . 264

Digitized by Google

Seite

Maximalistischer Imperialismus (Schmidt) 136
Petersburger Eindrücke (*,*) 301
Tolstoi und die Maximalisten (Luther) . 237
Skandinavien
Dänemark und Mitteleuropa (Cahén) . 460
Island (Küchler) 476
Lage in Schweden (Molin) 17
Liquidation im skandinavischen Norden (Dresdner) 395
Schweden, Aland und das unabhängige Finnland (Erich) 39
Schweden, Finnland und Deutschland (Ljunglund) 524
Schweden und Aland 703
Schwedens Eisenhandel 573
Schwedische Politik 514
Unsere Aufgaben im Norden (Wetterhoff) 620
Spanien 290
Türkei 125, 578
Enver Pascha 475
Jüdische Siedlung in Palästina . . . 788
Pro Palästina (Buetz) 647
Türkenspiegel (Reinhardt) 491
Ukraine 29, 34, 124, 219, 255, 514, 578, 639, 674, 704, 737, 797
An wen soll sich die Ukraine anschließen? (Zuk) 590
Der Stand der Ukraine 45
Deutschland und die Ukraine (Rohrbach) 547
Ukraine und der Vierbund (Schmidt) . 488
Ukraine und osteuropäische Frage (Jastrow) 400
Ukrainische Eindrücke (Rohrbach) . . . 674
Ukrainische Parteien (Schmidt) . . . 781
Ukrainischer Frieden und Auflösung Rußlands (Rohrbach) 195
Vereinigte Staaten . . 477, 606, 831
Amerikanisch-britischer Wirtschaftsgegensatz 830
Amerikas Kriegswirtschaft (Linter) . . . 251
Deutschland und Amerika in amerikanischer Beleuchtung (Schulze-Gaevernitz) . . 12
Wilson 2, 574, 705, 795
Verkehrspolitik
Hamburg—Herat (Hennig) 597
Westfrieden 546
Wien—Washington (Jäckh) 132
Wirtschafts- und Sozialpolitik
Agrarreform in Preußen (*,*) . . . 554
Arbeitskammergesetz 832
Ausfuhrhandel und Auslanddeutschtum (Strahl) 462
Berliner Banken (Linter) 570
Börsenspekulation u. d. Schuldigen (Linter) 828
Daimler (Linter) 378
Das Reich und die Besteuerung der hohen Einkommen (Weber) 680
Die neuen Steuervorschläge 528
Ersatz unserer Menschenverluste (Classen) 496
Faserstoff (Arndt) 471
Geburtenvermehrung (Rosenthal-Deussen) 824
Geldwert, Über den sogenannten (Knapp) 309
Getränkesteuern und Branntweinkarten (Laquer) 631
Kriegsschulden Europas 640
Landwirtschaftlicher Schülerhilfsdienst (Dominicus) 820
Petroleumabkommen mit Rumänien (Linter) 634
Politik und Valuta (Linter) 147
Reichsbankausweis (Linter) 506
Rittergutsbesitzer (Jenny) 412
Sozialdemokratie und Landwirtschaft . 798
Sozialpolitische Neuordnung (Fischer) . 603
Steuerflucht (Lotz) 729
Steuervorlagen 641, 738, 769
Trustbildung (Linter) 766
Uneheliche Mütter und Kinder (Voß) . 698
Wirtschaftskrieg n. d. Frieden (Schuchardt) 152
Wohnungsnot und Finanznot (Kuczinski) 87

III. Neuerscheinungen

Seite

Auslandskunde 479
Der Kriegsroman von Barbusse 735
Das Problem des Völkerrechts 222
„Die Geburt der Vernunft" 575
Die Neutralen 31
Der Friede und die deutsche Zukunft . . 62
Erziehungswesen 95, 799
Geschichte und Leben 287
Gottfried Keller als Politiker 735
Kriegsliteratur 126
Politik und Kriegführung 159
Reformationsliteratur 608
Reichsfinanzreform 799
Schweiz 607
Unsere Bundesgenossen 191
Verfassungsfragen 351

Digitized by Google

Zentralbibliothek
Kriegsakten

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Neujahrsgedanken 1
Rohrbach, Brest-Litowsk und die Entente 3
Waldstein, Zur Herrenhausfrage 8
Schulze-Gaevernitz, „Deutschland-Amerika" in amerikanischer Beleuchtung 12
Mollin, Die Lage in Schweden 17
Zur Geschichte der Neutralität 23
Notizen / Neuerscheinungen 27

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang 4. Januar 1918 Heft 1

Gustav Kiepenheuer / Verlag / Weimar / Berlin

Digitized by Google

Die neuesten Bände der Liebhaber-Bibliothek

43. Band

Jens Peter Jacobsen

Frau Marie Grubbe

Aus dem Dänischen übertragen von Else von Hollander

Dies bedeutende Werk Jacobsens bedarf keiner Empfehlung. In der neuen würdigen Übertragung und der einfach geschmackvollen Ausstattung der Liebhaber-Bibliothek - den Einband, der mit einer Vignette in Gold geschmückt ist, zeichnete Professor Walter Tiemann - eignet sich das handliche Buch besonders zum Versenden ins Feld an anspruchsvolle Leser.

47. Band

Deutsche Dorfgeschichten

mit Beiträgen von

Hebel, Auerbach, Gotthelf, Ludwig, Anzengruber, Storm

Herausgegeben von Otto Zoff

In dem von Ch. Chr. Engelhorn durch Einband und 4 Originallithographien schön geschmückten Bande zeigt uns der Herausgeber eine typisch deutsche Art der Literatur, die Bauernkraft und Bauernleben der verschiedenen deutschen Gaue widerspiegelt.

Preise:

M. 2.— gut brosch. M. 3.— elegant gebunden.

Durch die Buchhandlung oder den

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar

3. Jahrgang • 4. Januar 1918 • Heft 1

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Neujahrsgedanken

Die Veröffentlichung der wesentlichen Punkte der russisch-deutschen Verhandlungen in Brest-Litowsk enthält mehrfach das Wort „Selbstbestimmungsrecht". Dieses gehört, so wie der Ausdruck gebraucht wird, in den politisch-literarischen Stil des russischen Maximalismus, der es seinerseits von den westlichen Demokratie entlehnt hat, aber auf seine eigene Weise versteht. Es wäre gut, wenn neben dieser stilistischen Anleihe beim Gegner auch einmal ein anderes deutsches Wort gebraucht würde, das innerlich wahrer und sachlich richtiger wiedergibt, worauf wir hinstreben müssen — nicht: Selbstbestimmungsrecht, sondern: Selbstzweckrecht. Diesen Ausdruck hat der Staatssekretär Dr. Solf in seiner Rede am 21. Dezember gebraucht. Darin liegt der Anspruch der Völker enthalten, niemals bloß als Mittel zu irgendeinem Zweck, sondern als Selbstzweck behandelt zu werden. Mit diesem Wort schafft man Raum für die Staatskunst und verläßt sich nicht ausschließlich auf Mehrheitsbeschlüsse, die oft den Volkswillen fälschen, statt ihn zum Ausdruck zu bringen.

*

Durch die Zeitungen ging die Nachricht, daß der Verwaltungschef von Litauen, Fürst Ysenburg, von seinem Posten abberufen worden sei. Diese Nachricht wurde, wie nicht anders möglich, allgemein für wahr gehalten. Sie wurde aber im „Berliner Lokalanzeiger" dementiert.

*

Ein gutes Wort über diesen Krieg heißt: er würde eigentlich um das Recht des Deutschen geführt, zu sprechen: civis Germanus sum, ich bin ein Deutscher. Es ist immerhin fraglich, ob das hier gesteckte Ziel erreicht werden wird, wollte man aus der Gesinnung vieler Daheimgebliebener auf das Deutschland schließen, das aus diesem Kriege hervorgehen wird. Im gegenwärtigen Augenblick werden zahlreiche Deutsche, Esten und Letten in Livland und Estland durch Mörderbanden abgeschlachtet, die vorgeben, im Namen des russischen Maximalismus zu handeln.

Digitized by Google

Hierbei handelt es sich nicht um die Frage, wohin die baltischen Provinzen nach dem Kriege gehören werden. Diese kann offen bleiben. Wir müssen uns nur gegen die Roheit und Stumpfheit wenden, mit der in Deutschland über das Schicksal von Deutschen zur Tagesordnung übergegangen wird.

Es ist eine kleinbürgerliche Denkweise, die als Deutschen nur den deutschen Reichsangehörigen zu erkennen imstande ist. Die baltischen Provinzen sind das einzige deutsche Land, in dem bisher alte englische Familien germanisiert worden sind. Einer der bedeutendsten deutschen Führer in Livland war der Rigaische Bürgermeister Armitstead. Andere baltische Deutsche heißen seit Generationen Balfour (ein Verwandter des Staatssekretärs), Löwis of Menar, Barclay, Fermor, Melville (war Bürgermeister von Libau beim Einzug der Deutschen), Bolmering. Der Rigaische Bürgermeister v. Bolmering (die Familie ist schottisch) wurde während des Krieges als Vertreter des deutschen Bürgersinns nach Sibirien deportiert.

*

Die Behauptung, Lord Lansdowne und Lloyd George spielten mit verteilten Rollen, läßt sich in ihrer grotesken Albernheit nur mit der anderen vergleichen, Herr v. Bethmann und Admiral v. Tirpitz steckten unter einer Decke. Allerdings ist das seinerzeit von Engländern behauptet worden. Wir müssen uns daran gewöhnen, den großen Kampf der Lebensrichtungen im Feindesland nach richtigen Quellen zu verfolgen und zu verstehen. Die Engländer müssen es auch, und sie fangen an, es mit Erfolg zu tun.

Man muß den Gegensatz zwischen Lansdowne und Lloyd George voll begreifen. Würde Lloyd George heute anfangen, von der Freiheit der Meere und vom Handelsfrieden zu sprechen, so wäre es in der Tat ein Zeichen der Schwäche. In Lord Lansdownes Munde ist es kein Zeichen der Schwäche, denn Lord Lansdowne hat sich schon im Jahre 1916 im Kabinett Asquith mit einem Verständigungsfrieden beschäftigt, als Lloyd George in der Boxerrolle auftrat. Konrad Haußmann hat richtig geurteilt, die Bestie im Menschen, und nicht nur im englischen Menschen, sei damals von Lloyd George angerufen worden. Die englische Boxerpolitik ist noch heute stark. Lloyd George hat soeben Lord Northcliffe in sein Ministerium zu berufen versucht und als „Ersatz" dessen Bruder erhalten. Dieser proklamierte jetzt ungeheuere Luftrepressalien gegen Deutschland und verspricht, die Vergeltung „vollständig befriedigend" werden zu lassen.

*

Uns geht von einem besonders gut unterrichteten Neutralen folgende Zuschrift zu:

„Die Wilsonsche Rede ist in Deutschland mißverstanden worden. Ich mache Sie auf folgende Merkmale aufmerksam, die nirgends in der deutschen Öffentlichkeit Beachtung gefunden haben:

1. Wilson setzt sich für die Freiheit der Meere ein.
2. Wilson stellt sich erneut auf den Boden seiner Botschaft vom Januar 1917,

Digitized by Google

die bekanntlich einen Sturm der Entrüstung in der englischen Presse entfachte und ihm die Beschimpfung ‚deutscher Agent' eintrug.

3. Er lehnt ausdrücklich eine militärische Entscheidung als unerläßliche Vorbedingung für den Frieden ab.
4. Er macht der Entente den Vorwurf, den russischen Abfall durch ihre Haltung gegenüber den russischen Friedensbestrebungen mitverschuldet zu haben . . ."

Wir möchten gegenüber dieser Mitteilung das Wort eines bekannten Deutschen zitieren: „Wenn mir jemand eine mit Kot beschmierte Birne reicht, so wird mein Appetit doch nicht dadurch angeregt, daß mir glaubhaft versichert wird, wenn ich die Birne schäle, würde sie ganz gut schmecken."

Brest-Litowsk und die Entente

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk haben formell einen bedeutenden Schritt vorwärts getan und zwar dadurch, daß die Unterhändler Deutschlands und seiner Verbündeten in sehr weitgehendem Maß sich bereit erklärt haben, die von den russischen Maximalisten vorgeschlagenen Grundlagen anzunehmen: „Demokratischer" Friede, kein Ersatz von Kriegskosten und eigentlichen Kriegsschäden, keine zwangsweisen Gebietsveränderungen zwischen den kriegführenden Parteien. Über einen sehr wesentlichen Punkt ist keine Abmachung veröffentlicht worden, nämlich über die Propaganda, welche die russischen Maximalisten unter der deutschen Armee und indirekt auch unter der deutschen Arbeiterschaft bis unmittelbar vor den Beginn der Verhandlungen zu treiben versuchten. Lenin und Trotzky erklärten unsern Soldaten ungescheut, das eigentliche Ideal des deutschen Heeres und Volkes müsse Karl Liebknecht sein, und das meiste für den Frieden erhofften sie in diesem Sinne von der deutschen Arbeiterschaft. Es ist undenkbar (oder sollte wenigstens undenkbar sein), daß man in gewählten und höflichen Formen miteinander verhandelt, gleichzeitig aber die eine Partei die andere hinterrücks durch Bearbeitung der Moral des Heeres zu Fall zu bringen sucht. Obwohl es Torheit von den Russen ist, zu glauben, sie könnten auf diesem Wege etwas erreichen, so müssen wir doch wohl auf das bestimmteste annehmen, daß ihnen vor dem Eintritt in die Verhandlungen mit Erfolg bedeutet worden ist, sie sollten diese Narrenspossen unterwegs lassen. Vermutlich ist es so geschehen, denn sonst könnte eben nicht verhandelt werden. Wie es aber auch mit der Zurückweisung der Maximalistenpropaganda stehen möge — eins dürfen wir über allen noch so „beruhigenden" Mitteilungen aus Brest Litowsk nicht vergessen: daß die gegenwärtigen russischen Machthaber die Verhandlungen dazu begonnen haben und den Frieden dazu anstreben, um für ihre sozialen Ideen die Welt

Digitized by Google

zu erobern, nicht um den russisch-deutschen Krieg durch irgendein Abkommen zu beendigen. Auf der einen Seite verfolgen sie ein Weltziel, in dem die Auflösung der gegenwärtigen staatlich-militärischen Ordnung Deutschlands mit einbegriffen ist; auf der andern sind sie selbst stark bedrängt durch die Folgen der innerrussischen Anarchie und die politischen Gegenströmungen gegen den Maximalismus. Ob sie sich überhaupt halten, steht auf des Messers Schneide, und keinesfalls werden sie imstande sein, sich zu halten, wenn sie nicht bald den Frieden bringen. Darin liegt für uns bei den Verhandlungen ein großes Moment der Stärke, von dem nur zu wünschen wäre, daß unsere Delegierten es recht begriffen! Hoffentlich tun sie es, und hoffentlich begreift auch unsere öffentliche Meinung rechtzeitig, daß von unsern maximalistischen Verhandlungspartnern her die gründlichsten Überraschungen in jedem Augenblick ebenso leicht möglich sind wie eine Verwandlung des ganzen russischen Theaters durch die Vorgänge im Innern Rußlands, deren Zusammenhang sich von hier aus zu wenig übersehen läßt, um Vermutungen zu wagen.

Durch unsere Erklärung, daß die Frage der staatlichen Zugehörigkeit derjenigen nationalen Gruppen, die bisher keine politische Selbständigkeit besaßen, von jedem Staat mit seinen Völkern selbständig auf verfassungsmäßigem Wege zu lösen sei, erscheinen alle innerösterreichischen, innerenglischen und innerrussischen hierher gehörigen Probleme von den Friedensverhandlungen formell ausgeschaltet.

Wenn das der tatsächliche Sinn bei diesen Punkten sein soll, so könnte man sich über eine derart schematische Behandlung einer Sache, bei der hüben und drüben sehr scharf unterschieden werden muß, nur wundern. Bei Elsaß-Lothringen, bei Irland, bei den west- und südslawischen Gebieten innerhalb Österreichs und Ungarns handelt es sich um Bestandteile alter, festgefügter, durch den Krieg in keiner Weise erschütterter Staaten. Bei den russischen Fremdvölkern dagegen liegen die Dinge anders. Rußland ist durch den Krieg und die Revolution in Auflösung geraten, und es kann uns keineswegs gleichgültig sein, wie sich das gegenwärtige russische Chaos weiter entwickelt. Eines der bedeutendsten der bisherigen russischen Fremdvölker, die Polen, sind durch den Krieg nicht nur von Rußland getrennt, sondern bereits staatsrechtlich neu konstituiert worden. Die Litauer sind in einem Vorstadium dazu. Soll die Zukunft Polens und Litauens etwa auch eine innerrussische Angelegenheit sein?

Zwei andere Fremdvölker, die Letten und Esten, werden durch die gegenwärtige Abgrenzungslinie zwischen dem deutschen und dem russischen Besetzungsgebiet entzweigeschnitten. Die größere Hälfte des lettischen Wohngebiets in Kurland und um Riga ist in deutscher Hand. Vom estnischen Gebiet trifft das für die große zu Livland gehörige Insel Ösel und die zu Estland gehörigen Inseln Dagö und Moon zu. Soll etwa die russische maximalistische „Regierung", von der in keiner Weise feststeht, wie lange sie Regierung bleibt, über unsere Linien hinüber sich mit den Inselesten und Letten in Kurland nach „innerrussischen" Grundsätzen verständigen? Oder soll dem

Digitized by Google

lettischen und dem estnischen Volk sonst auf irgendeine Art die Möglichkeit gemeinsamer Entscheidung aller Volksgenossen über ihre Zukunft gegeben werden? Wenn ja — wie soll das ohne besondere Vereinbarungen auch zwischen der deutschen und der russischen Seite geschehen?

Gerade in Estland und Livland sind die Zustände gegenwärtig furchtbar. Der Landtag des estnischen Volkes für Estland und Nordlivland hat im November beschlossen, eine estnische Nationalversammlung einzuberufen, um „die staatliche und vollberechtigte Gewalt für Estland" zu schaffen. Auf Vorschlag des Führers der Bürgerlichen, Tönisson, beschloß der Landtag, sich als den einzigen Träger der höchsten Staatsgewalt anzusehen, die in Estland vorhanden sei. Alle Verordnungen, Dekrete und Befehle, von welcher Seite sie auch kommen mögen, sollen hiernach in Estland nur dann gültig sein, wenn sie vom estnischen Landtag veröffentlicht sind. Für die Zeit, wo der Landtag nicht versammelt ist, erhielt der Ältestenrat in Gemeinschaft mit der Landesverwaltung das Recht, dringende Verordnungen zu erlassen. An alle estnischen Soldaten innerhalb der Armee sollte ein Aufruf ergehen: bei ihren Vorgesetzten darum nachzusuchen, sofort zum Schutz in die Heimat entlassen zu werden. Auf Vorschlag des Ältestenrats nahm der Landtag folgende Resolution an:

„Da die verwüstende Welle sich immer drohender über Estland erhebt und der Hunger dem Lande infolgedessen in allernächster Zeit droht, schließt sich der estnische Landtag der Resolution des Kiewer Nationalitätenkongresses an, wonach die Verwüstungen durch die Truppen durch Schaffung nationaler militärischer Organisationen bekämpft werden soll und beauftragt die Landesverwaltung, das Land in dieser Hinsicht zu schützen und durch unverzügliche Schaffung estnischer militärischer Organisationen das Volk zu retten."

Was aber geschah hiernach? Eine halbe Stunde nach Schluß der Beratungen drangen Männer mit geschwärzten Gesichtern in den Saal hinein, die verlangten, daß der Vorsitzende dem draußenstehenden Volke die Auflösung des Landtages verkünde. Während langer verwirrter Verhandlungen wurde auch der Vertreter der Revalschen ukrainischen Rada verhindert zu sprechen, ebenso Tönnisson. Schließlich wurden nicht nur die bürgerlichen Führer Tönnisson und Teemant von der Menge die Treppe hinuntergeworfen, sondern auch der neu eingesetzte maximalistische Kommissar (Zivilgouverneur) Kingsepp und der Vertreter der Ukraine Doroschenko verprügelt.

Das war die Antwort der Maximalisten auf den Beschluß des estnischen Volkes, seine Selbständigkeit zu erklären und den Selbstschutz gegen Mord, Brand und Plünderung in die Hand zu nehmen. Etwa 130000 maximalistische Soldaten liegen in Estland und Livland, im estnischen wie im lettischeu Gebiet. Diese anarchischen bewaffneten Banden üben eine Schreckensherrschaft aus, die das Land in kurzem mit einer furchtbaren Hungersnot bedrohen wird. Die Verwüstung des Landes, so schreiben die estnischen Blätter, wird als ein systematisches Vernichtungswerk betrieben.

Die Scharen (d. h. die maximalistischen Soldatenbanden) ziehen von Dorf zu Dorf, von Gut zu Gut, alles vernichtend, alles zertrümmernd, was ihnen vorkommt. Vieh und Pferde werden

Digitized by Google

in die Stadt getrieben und verkauft, oder es wird ihnen an Ort und Stelle oder im Stall die Gurgel abgeschnitten und die Kadaver auf den Düngerhaufen geworfen. Das Korn wird fortgeschleppt und was nicht fortgeschleppt werden kann, wird verbrannt oder in den Fluß geworfen. Die Häuser werden in Brand gesteckt... Wenn die Einwohner versuchen, dagegen aufzutreten, werden sie ohne viel Federlesens getötet. Es sind Fälle vorgekommen, wo alte Weiber getötet wurden, ohne daß sie irgendeinen Anlaß dazu gegeben hätten. Im Verlaufe von wenigen Tagen sind in der Wieck und in Harrien Dutzende von Bauernhöfen und Gütern verwüstet und eine Menge Menschen getötet worden. Das alles tun „unsere" (d. h. die russischen) Truppen in einem Lande, wohin sie geschickt worden sind, um es gegen den äußeren Feind zu verteidigen... Wenn diesen sinnlosen Verwüstungen kein Einhalt geboten wird, so erwartet uns ein anderes Gespenst, der Hunger... In eigner Sache noch ein paar Worte: der Verwüstung gegenüber darf es keinerlei Standes- oder Klassenunterschiede geben. Ob Knecht, Bauer oder Gutsbesitzer — aller Leben und Vermögen ist von gleicher Gefahr bedroht."

Wir wollen dieser Schilderung der estnischen Presse nur noch hinzufügen, daß nach der Verjagung des Landtags in Dorpat durch die Maximalisten von den etwa 40000 estnischen Einwohnern der Stadt sich 20000 zu einer großen geschlossenen Demonstration für den vergewaltigten Landtag sammelten, aber von maximalistischen Soldaten mit Maschinengewehren auseinandergesprengt wurden. Ähnliche Gewalttaten vollführten die Maximalisten in Reval, wo sie die anerkannten Führer des Volks gefangen setzten und mißhandelten. Nachrichten über die Einzelheiten, die hierbei vorgefallen sind, stehen noch aus, aber soviel ist sicher, daß Estland und Livland im Begriff sind, eine Wüste zu werden, und das nur aus dem Grunde, weil die Maximalisten sich weigern, dem estnischen Volk tatsächlich die Freiheit der Selbstbestimmung zu geben, die sie als ihr vermeintliches Grundprinzip verkünden. Es scheinen also immerhin einige Schwierigkeiten vorzuliegen, alles auf die „innerstaatliche" russische Regelung abzuschieben. Uns ist auch bekannt, daß die Esten und die livländischen und estländischen Deutschen seit lange bemüht sind, sich untereinander über die Zukunft des gemeinsam bewohnten Landes zu verständigen, daß aber jeder Versuch, zu Beratungen zusammenzutreten, von den maximalistischen Terroristen durch Bedrohung an Leib und Leben verhindert wird. Soll uns das alles wirklich gleichgültig sein?

Aus dem Meinungsaustausch zwischen den russischen und den deutschen Delegierten in Brest-Litowsk geht weiter hervor, daß, namentlich nach der russischen Auffassung, die Brest-Litowsker Beratungen nur eine Art vorläufiges Rumpfparlament sind, zu dem die Ententemächte im Westen noch hinzutreten sollen. Man hat ihnen hierfür (es dürfte fraglich sein, ob das richtig war) eine Frist gesetzt, und im Zusammenhang damit haben die deutschen Bevollmächtigten eine Reihe von Grundsätzen ausgesprochen, die in der Presse als ein erneutes Friedensangebot an die Entente aufgefaßt worden ist. Wir möchten in eine Erörterung hierüber noch nicht eintreten. Vorläufig scheint uns das wichtigste bei der Sache zu sein, daß von deutscher Seite ausgesprochen worden ist, unsere allerdings reichlich entgegenkommenden Ausführungen über die Prinzipien des Friedens sollten nur für den Fall gelten, daß

Digitized by Google

auch die übrigen Ententestaaten diese Grundsätze annehmen. Dieser Vorbehalt ist selbstverständlich, er ist aber zugleich von solcher Bedeutung, daß man erst abwarten muß, wie die Entente darauf reagiert. Die Entscheidung liegt bei England, wo der Lansdownesche Brief andauernd und in verstärktem Maß im Parlament und in der Presse erörtert wird. Lord Lansdowne war unter zwei konservativen Premierministern erst Kriegsminister (1895—1900), dann Staatssekretär des Auswärtigen (1900—1905). Vorher war er Generalgouverneur von Kanada und Vizekönig von Indien. Im zweiten Kabinett Asquiths, das im April 1905 gebildet wurde, begünstigte er bereits im Spätherbst 1916 einen Frieden durch Verhandlungen, er ist also keine unbedeutende Persönlichkeit. Die Friedensneigungen einer Anzahl von Kabinettsmitgliedern war die einheitliche Ursache des Sturzes des Asquithschen Ministeriums durch Lloyd George im Dezember 1916. Im Unterschiede zu Asquith ist Lord Lansdowne ein zuverlässiger und reiner Charakter, ein wirklicher Aristokrat, der imstande ist, auch gegen den Druck einer erlegten Volksmeinung seine Überzeugnng zu vertreten. Das Lansdownesche Friedensprogramm kann in folgende Punkte zusammengefaßt werden:

1. Deutschland darf nicht als Großmacht vernichtet werden.
2. Es darf nicht ein englisches Kriegsziel sein, Deutschland eine Regierungsform aufzuzwingen. Keinerlei Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands.
3. Ablehnung des Handelskrieges (Boykotts) gegen Deutschland nach dem Kriege. Mehrere Sätze dieses Programmpunktes haben einen ausgesprochenen freihändlerischen Klang, z. B.: „Soweit unsere fiskalischen Interessen es erlauben, soll der Strom des Handels stark und ununterbrochen in seinen natürlichen Kanälen fließen."
4. Akzeptierung des Prinzips der Freiheit der Meere, d. h. Abschaffung des Seebeuterechts.
5. Obligatorische Anrufung eines internationalen Schiedsgerichts bei internationalen Streitigkeiten.

Dieses Programm ist das Programm der altliberalen Partei („Nation", „Manchester Guardian", Grey, Noël, Burton, Lord Loreburn und andere). Die Asquithsche Rede zeigt das Empfinden, daß durch das Auftreten dieser Männer in der englischen Heimatfront die Gefahr eines Risses entstanden sei, und sie bemüht sich, diesen Riß zu schließen. Die Verhandlungen von Brest-Litowsk können, wenn sie in geeigneter Weise geführt werden, dazu dienen, daß zwischen der staatsmännisch empfindenden Richtung in Deutschland und denjenigen Politikern in England, die an die englische Stärke glauben (das sind Lord Lansdowne und seine Freunde), aber zugleich ein europäisches Gewissen haben und dem Moratorium der Bergpredigt ein Ende machen möchten, etwas wie Fühlung der Gesinnung entsteht. Daraus könnte sich dann eine staatsmännische Lösung des Weltkonflikts anbahnen. Soll aber der Krieg fortdauern, so möge uns wenigstens Lloyd George erhalten bleiben. Er leistet für uns dasselbe, was ein alldeutscher Reichskanzler für England nur leisten könnte.

Digitized by Google

Zur Herrenhausfrage

Von Felix Waldstein, Mitglied des Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses

Der Kampf um das gleiche Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus lenkt das Interesse und die Aufmerksamkeit des Volkes in bedenklichem Maße von der kaum minder wichtigen Herrenhausvorlage ab. Man unterschätzt die Bedeutung der Herrenhausfrage. Das erklärt sich aus den parlamentarischen Zuständen Preußens in den letzten vier Jahrzehnten. Das Herrenhaus hat trotz seiner antideluvialen Zusammensetzung oder vielleicht gerade wegen dieser seit dem letzten, im Kampfe um die Kreisordnung erfolgten Pairsschub ein harmloses, verhältnismäßig unschädliches und von der breiten Volksmasse wenig bemerktes Dasein geführt. Das lag an seiner parteimäßigen Gleichartigkeit mit dem Abgeordnetenhause. Hier wie dort herrschten der Großgrundbesitz und die ihm verbündeten Klassen. Auch beim besten Willen wäre es dem Herrenhause kaum möglich gewesen, das Abgeordnetenhaus an agrarischer und konservativer Einseitigkeit zu übertreffen. Der „Hemmschuh" fand bei diesem Abgeordnetenhause schlechterdings keine Arbeit. So war das Herrenhaus nicht der Hemmschuh, sondern das fünfte Rad am Wagen der Gesetzgebung. Ja, es kam sogar — wenn auch selten — vor, daß das Herrenhaus gegenüber dem Abgeordnetenhause den Fortschritt vertrat. Man mußte dann an die Schlußworte des Tasso denken:

„So klammert sich der Schiffer endlich noch
Am Felsen fest, an dem er stranden sollte."

Im Jahre 1893 hat Bismarck dem Herrenhause bescheinigt, daß es niemals eine gesetzgeberische Initiative von irgendwelcher Bedeutung entwickelt hat. Nur der stets wiederkehrende Antrag auf Ermäßigung des seit 1821 bestehenden Fideikommißgründungsstempels zieht sich von Anbeginn wie ein roter Faden durch die Tätigkeit des Herrenhauses, und fast wäre ihm auf diesem Gebiete just während des Weltkrieges durch das Entgegenkommen preußischer, nunmehr verflossener Minister der langersehnte Erfolg beschieden gewesen. Als dann im Kriege die demokratische Welle stieg, da besann sich das Herrenhaus auf seinen Beruf und warf sich der Brandung entgegen: es lehnte die von der Regierung im Interesse der Beschlußfähigkeit und des Ansehens des Abgeordnetenhauses geforderte Anpassung der Diäten des Abgeordnetenhauses an das bessere System des Reichstages als eine revolutionäre, aus dem unerfreulichen Reichstage übernommene Maßnahme mit höchstem Unwillen ab. Damit setzte es selbst die Herrenhausfrage auf die Tagesordnung.

Die Art, wie nun diese Frage durch die jetzige Vorlage gelöst werden soll, muß die stärksten Bedenken erregen. Diese Bedenken richten sich zunächst gegen die vorgeschlagene Zusammensetzung des Herrenhauses. Von viel größerer, entscheidender Bedeutung ist es aber, daß dem Herrenhause unter Zurückdrängung der anderen gesetzgebenden Faktoren, der Krone und des Abgeordnetenhauses, eine Vorrangstellung eingeräumt

Digitized by Google

werden soll, welche die bisherigen Machtverhältnisse in der verhängnisvollsten Weise in ihr Gegenteil umkehren soll und voraussichtlich umkehren wird. Das Herrenhaus soll das Oberhaus werden im eigentlichen, nicht im historischen Sinne des Wortes. Das ist von freikonservativer Seite im Abgeordnetenhause als Preis für die Wahlrechtsreform deutlich gefordert worden, und die Regierung hat sich leider entschlossen, diesen Preis zu zahlen. Das Herrenhaus soll in Zukunft *ein auf verfassungsmäßigem Wege unüberwindliches Hindernis jedes ihm unerwünschten Gesetzes und jeder Reform werden*. Die Vorlage geht davon aus, daß das Herrenhaus im Gegensatz zum Abgeordnetenhause unauflöslich ist und bleibt. Die Frage der Auflöslichkeit war bisher streitig. Alle deutschen Verfassungsurkunden geben dem Landesherrn das Recht, die Kammern aufzulösen und damit die Möglichkeit, die gestörte Einigkeit zwischen Regierung und Volksvertretung herzustellen. Der Wechsel des Ministeriums und äußerstenfalls der Wechsel in der Person des Landesherrn sind weitere, im Willen und in der Macht der Krone liegende Mittel für den gleichen Zweck. Das Herrenhaus aber soll unüberwindlich sein. Das ist in Preußen nicht immer so gewesen. Der Artikel 51 der preußischen Verfassungsurkunde bestimmt, daß der König entweder beide Kammern zugleich oder auch nur eine auflösen kann. Herrenhaus und Abgeordnetenhaus sind also verfassungsmäßig im Punkte der Auflösbarkeit grundsätzlich gleichgestellt. Artikel 65 Absatz 3 der Verfassung bestimmt, daß die Auflösung der Ersten Kammer sich nur auf die *aus Wahl* hervorgegangenen Mitglieder bezieht. Diese müßten *mindestens* die Hälfte der Ersten Kammer bilden, und zu der anderen Hälfte gehörten dann noch — in beschränkter Zahl — die aus königlichem Vertrauen berufenen Mitglieder. Obgleich nun der Artikel 51 der Verfassung und das dort aufgestellte wichtige politische Grundprinzip der Auflösbarkeit beider Kammern niemals ausdrücklich abgeändert worden ist, so soll doch das Herrenhaus jetzt unauflöslich sein, weil es nach der Verordnung vom 12. 10. 1854 keine aus Wahl hervorgehenden Mitglieder mehr enthalte. Dabei hat aber diese Verordnung — deren Gesetzmäßigkeit überdies streitig ist — eine neue Art der Wahl eingeführt, nämlich die Präsentation durch gewisse Wahlkörper, die, materiell und politisch betrachtet, nichts anderes ist als eine Wahl und jedenfalls dieser viel näher kommt, als einem erblichen Rechte oder einer freien Berufung durch die Krone, so daß man wohl folgern darf, daß auch auf sie der allgemeine Grundsatz des Artikels 51 Anwendung findet. Aber dem mag sein, wie ihm wolle: Durch dieselbe Verordnung vom 12. 10. 1854, durch die das Herrenhaus angeblich unauflösbar geworden ist, wurde für die Auflösbarkeit ein endgültiger Ersatz geschaffen, *durch die Einführung des unbeschränkten königlichen Berufungsrechtes*. Und in ausgesprochenem Gegensatz zu dieser Entwickelung soll jetzt die Krone auf dieses ihr zustehende Recht verzichten, nicht im Interesse der Krone, nicht im Interesse des Volkes, sondern im Interesse derjenigen kleinen Minderheiten des Volkes, welche die Herren des zukünf-

Digitized by Google

tigen Herrenhauses und damit möglicherweise die Herren des Landes werden sollen, derselben Kreise, die sich als die berufenen Schützer der Kronrechte zu betrachten pflegen. Bei einer Gesamtzahl von 510 Mitgliedern sollen höchstens 150 Mitglieder kraft besonderen königlichen Vertrauens berufen werden dürfen. Diese Ernennungsbefugnis büßt ihren Wert als teilweiser Ersatz der Auflösungsbefugnis dadurch fast gänzlich ein, daß sie zunächst im Interesse derjenigen Berufsstände und Volksteile ausgenutzt werden soll und muß, denen aus besonderen Gründen ein gesetzliches Präsentationsrecht nicht oder noch nicht zugebilligt ist, die aber doch im Herrenhause vertreten sein sollen. Dahin gehören vor allem die Arbeiter. Ihre Vertretung wird, wenn sie einigermaßen der Zahl der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der Arbeiterschaft entsprechen und ein Gegengewicht gegen die überaus starke Vertretung der Arbeitgeberinteressen bilden soll, allein schon den größten Teil jener 150 beanspruchen. Denn als Arbeitgeber kommen direkt in Frage die 36 Vertreter des befestigten Großgrundbesitzes, die 36 Leiter großer industrieller und kaufmännischer Unternehmungen, die 36 Vertreter der Landwirtschaft, die 36 Vertreter von Handel und Industrie, die 12 Vertreter des Handwerks, zusammen also 156 Herren Aber auch fast alle übrigen gesetzlichen Mitglieder des Hauses, die Fürsten, Grafen und Herren, die erblich Berechtigten, die Bürgermeister der größeren Städte, die Vertreter der städtischen und ländlichen Selbstverwaltung werden sozial und politisch den Arbeitgebern näher stehen als den Arbeitern. Der Gegensatz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist aber nun einmal der wichtigste im heutigen Leben von Staat und Gesellschaft und muß in einem Hause, das die Berufsstände als solche repräsentieren will, seinen Ausdruck finden. Wenn nach Bildung der Arbeitskammern diesen ein gesetzliches Präsentationsrecht zugewiesen werden wird, so wird es gar nicht möglich sein, die Arbeiterschaft als solche mit einigen Sitzen abzuspeisen. Auf jene 150 sind aber ferner angewiesen das große Heer der Festbesoldeten, der Beamten und Privatangestellten, alle freien Berufe, Ärzte, Anwälte, Architekten, Künstler, Schriftsteller, Presse usw. Für einen politischen Pairsschub bleibt hiernach innerhalb der 150 schon von vornherein kein Raum und erst recht nicht, sobald diese Zahl einmal erschöpft war. Die aus dem Abgeordnetenhause durch das gleiche Wahlrecht verdrängte Rechte wird hiernach, verstärkt durch die Schwerindustrie, in das Herrenhaus übersiedeln, dort eine unangreifbare Position haben und jeden Fortschritt in Preußen zu verhindern in der Lage sein. Dieser Zustand ist aber nicht nur parteipolitisch unerträglich, sondern er widerspricht auch dem Wesen des konstitutionellen Staates. Es muß im konstitutionellen Staat ein verfassungsmäßiges Mittel geben, einen dauernden Widerstreit zwischen den Faktoren der Gesetzgebung zu lösen. Sonst macht man den Staatsstreich von oben oder die Umwälzung von unten zu einem ungeschriebenen Element der Verfassung. Es muß stark bezweifelt werden, daß die Wahlrechtsreform irgendwelche Aussichten im Herren-

Digitized by Google

hause hätte, wenn nicht jetzt noch die Möglichkeit eines unbeschränkten Pairsschubs bestände: die Vorlage widerspricht insofern sich selbst, sie vernichtet die Voraussetzungen ihrer eigenen Annahme.

Ganz anders sind die Fragen in der elsaß-lothringischen Verfassung geregelt, die doch sonst so häufig als Vorbild der preußischen Reform genannt wird. Dabei fordert der schwierige Boden des neuen Staatsgebildes Elsaß-Lothringen wahrhaftig weit eher einen starken Hemmschuh neben seiner auch aus gleichem Wahlrecht hervorgehenden Zweiten Kammer als das alte Preußen. Von den 42 Mitgliedern der Ersten Kammer werden dort 37 für die Dauer von nur fünf Jahren, also einer Legislaturperiode, gewählt oder ernannt, und nur fünf werden nicht auf eine bestimmte Zeit, sondern für die Dauer ihres Amtes kraft Gesetzes berufen. Der Kaiser hat das Recht, die jeweilige Hälfte der Mitglieder auf fünf Jahre zu ernennen. Die ganze Kammer kann jederzeit aufgelöst werden. Auch nach der neuen badischen Verfassung erfolgt die Wahl und die Ernennung der Abgeordneten zur Ersten Kammer für die vierjährige Legislaturperiode mit ganz wenigen Ausnahmen.

Das Oberhaus soll nach dem Zweikammersystem der Hemmschuh des Unterhauses sein. Ein Hemmschuh darf aber kein unüberwindliches Hindernis sein. Er hat seine Arbeit getan, wenn Krone und Unterhaus einig sind und auf die Dauer einig bleiben. Eine dauernde Behinderung durch das Herrenhaus können sich Krone und Volk, wenn sie einig sind, nicht gefallen lassen. Gerade die Freunde des Zweikammersystems haben allen Anlaß, den starken und unleugbaren Rückschritt zu verhindern, der in diesem Punkte gegenüber dem bisherigen Rechtszustande gemacht werden soll; er wird mit Notwendigkeit die Frage des Zweikammersystems als solchen wieder auf die Tagesordnung bringen. Es geht nicht an, daß die Krone und das Volk das gleiche Wahlrecht mit einer so unheilvollen und gefährlichen Verschlechterung ihres Rechtes und unserer Verfassung bezahlen. In England hat das absolute Veto des Oberhauses, als es die irische Reform immer wieder hinderte, zu dem Kampf auf Abschaffung des Oberhauses geführt, und dies trotz der Möglichkeit eines unbegrenzten Pairschubs. Der Verlauf dieses Kampfes war überaus lehrreich. Das Oberhaus sah ein, daß eine verfassungsmäßige Lösung eines andauernden Widerspruchs zwischen den Faktoren der Gesetzgebung nötig war, und es schlug als solche die unmittelbare Volksabstimmung über die Streitfrage, das Referendum, vor! Schließlich bequemte es sich aber doch — unter dem Druck eines angekündigten Pairschubs — zu der Annahme des Regierungsvorschlages, der die Frage praktisch und theoretisch richtig löste: eine Vorlage erlangt mit Genehmigung des Königs Gesetzeskraft, wenn sie in drei aufeinanderfolgenden Sessionen vom Unterhaus dreimal angenommen ist, auch wenn sie vom Oberhaus ebensooft verworfen wird, vorausgesetzt, daß zwischen der ersten Beantragung des Gesetzes und der dritten Annahme mindestens zwei Jahre verstrichen sind. So wurde aus dem absoluten Veto des Oberhauses ein suspensives. Eine ähnliche Bestimmung brauchen auch

Digitized by Google

wir, und zwar gerade im Interesse einer ruhigen Entwickelung. Dabei könnte man neben der Annahme in zwei aufeinanderfolgenden Sessionen die wiederholte Annahme durch das nächste neue Abgeordnetenhaus fordern. Wiederherzustellen ist ferner das jetzt geltende unbeschränkte Berufungsrecht der Krone. Dagegen wären die gesetzlichen Vertreter des Adels (Fürsten, Grafen und Herren) sowie die erblichen Berechtigungen nach § 3 Ziffer 3 zu streichen: Es mag der Krone überlassen bleiben, ob sie einige Vertreter des Adels in die Erste Kammer berufen will. Das entspricht der rein persönlichen Natur des Adels und seinem Verhältnis zum König. Dagegen widerspricht es der Gleichheit vor dem Gesetze und moderner Rechtsauffassung, den Adel als Stand zu behandeln und zu privilegieren. Man schaffe auf diese Weise Platz für andere wichtigere Berufungen. Abzulehnen ist ferner die Lebenslänglichkeit von Berufungen, besonders derjenigen aus königlichem Vertrauen. Sie sind ein Ausfluß des persönlichen und politischen Vertrauens, dessen Voraussetzungen wandelbar sind. Wer heute als Herrenhausmitglied geeignet ist, kann schon nach kurzer Frist seine persönliche und politische Eignung verloren haben. Eine kurzfristige Erneuerung und Blutauffrischung ist ein Bedürfnis jeder gesetzgebenden Körperschaft und gereicht ihr nur zum Vorteil. Überalterte Körperschaften sind ehrwürdiger, aber für ihre Aufgabe weniger geeignet.

Für weitere Einzelheiten ist hier nicht der Platz. Vor allem kommt es darauf an, eine rückschrittliche Verschiebung des Machtverhältnisses im Staat zugunsten des Herrenhauses und zum Schaden von Krone und Volk zu verhindern. Sie läge nicht im Sinne der Oster- und der Julibotschaft und wäre in heutiger Zeit ein recht gefährliches Unternehmen.

„Deutschland-Amerika" in amerikanischer Beleuchtung

(Mein Gespräch mit Herrn Odell)

G. v. Schulze-Gaevernitz, M. d. R.

Herr Odell ist als Freund und Vertrauensmann des auch in Deutschland wohlbekannten Herrn Dr. Edward Rumely, des Herausgebers der „New York Evening Mail", nach Deutschland gekommen. Dieses Blatt vertritt auch gegenwärtig noch als einziges der großen New Yorker Blätter einen pazifistischen Standpunkt und hat mit diesem Standpunkt im Jahre 1917 seine Auflage um 100 000 vermehrt. Das Gespräch, welches ich nachstehend zum Abdruck bringe, fand kurz vor der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten in dem Heidelberger Schloßgarten statt. Da es mir jedoch darauf ankam, daß kein Mißverständnis unterlaufe, so habe ich sofort nach Aufzeichnung des Gespräches dasselbe Herrn Odell, der nach der Kriegserklärung Deutschland verließ, zur genauen Nachprüfung unterbreitet. Wegen der erschwerten postalischen Verbindungen kann daher der Abdruck in der Wort für Wort genehmigten

Digitized by Google

Form erst heute erfolgen. Herr Odell ist einer der gründlichsten Kenner seines Landes, insbesondere der Mitte und des Westens. Der tatsächliche Inhalt nachstehender Mitteilungen stimmt mit dem überein, was der amerikanischen Presse auch bisher nicht unbekannt war. Die Schlußfolgerungen und Stimmungsmomente sind die eines streng neutralen Amerikaners. Es kann für die deutschen Leser nur vorteilhaft sein, die letzte Entwicklung der amerikanischen Verhältnisse einmal von der amerikanischen Seite her zu betrachten, um so mehr, als der Frieden mit Wilson, der große wirtschaftliche Werte in sich schließt, eben nur ein Verständigungsfriede sein kann, da Wilson weder zu besiegen noch abzusetzen ist.

Odell erklärte: „Für Wilson lag zweifellos von vornherein eine persönliche Sympathie für England fest, wie bei allen Neu-Engländern der Oststaaten. Trotzdem war sein Standpunkt im Anfang in Übereinstimmung mit dem ererbten Grundsatz der Nichteinmischung in europäische Händel. Hinsichtlich der Waffenausfuhr, welche von einem erheblichen Teile der amerikanischen öffentlichen Meinung stark bekämpft wurde, berief sich Wilson auf die auch von Deutschland nicht geleugnete Tatsache, daß Deutschland während des russisch-japanischen Krieges Kriegsmaterial in erheblichen Mengen ausgeführt hatte, und zwar nach Rußland; aus geographischen Gründen also nur an einen der Kriegsgegner, ohne dadurch seine Neutralität zu verletzen. Im Verlaufe des Krieges stellte nun Wilson fest: Sowohl England als Deutschland haben im Seekriege des Völkerrecht verletzt; aber das alte Nichteinmischungsprinzip, dem Wilson huldigte, verlangte ein Eingreifen der Vereinigten Staaten nur, soweit amerikanische Interessen verletzt wurden. Indem England die Neutralen blockierte und Nahrungsmittel für die deutsche Zivilbevölkerung nach Deutschland nicht hereinließ, schädigte es amerikanische Vermögensinteressen unter Verletzung des Völkerrechts. Diese Verletzung ist durch Schadenersatzansprüche gegen England nach dem Kriege gutzumachen. Deutschland verletzte im U-Bootkrieg das Völkerrecht, indem es ohne Warnung und ohne der Besatzung Gelegenheit zur Rettung zu geben, neutrale Schiffe torpedierte. Menschliches Leben ist nicht mit vermögensrechtlichem Schadenersatz zu vergüten — daher der Krieg unvermeidlich, falls Deutschland auf dieser Methode bestand. Die Republikaner waren von vornherein „aktivistischer" und warfen Wilson „Schwäche" gegenüber Deutschland vor.

Dagegen war zu Beginn des Krieges die breite Stimmung in den Vereinigten Staaten neutral, eher englandfeindlich, mit Ausnahme der eigentlichen Neu-England-Kreise, die das Land nicht regierten. Man sah den Krieg als ein „Verbrechen" an, dem man fern bleiben wollte. Die Invasion Belgiens hat zunächst geschadet; umgeworfen aber wurde die Stimmung durch den Lusitaniafall. Damals verlangte die öffentliche Meinung gebieterisch den Krieg. Wilsons persönliches Verdienst war es, den Krieg damals vermieden zu haben. Seit diesem Zeitpunkt ist insbesondere die intellektuelle Welt deutschfeindlich, vor allem die — sehr wichtigen — Universitäten,

Digitized by Google

früher Freunde. Es stand seitdem fest, daß der rücksichtslose U-Bootkrieg den Krieg mit den Vereinigten Staaten bedeutete.

Im Frühjahr 1916 ereignete sich eine Wiederholung des Lusitaniafalles — warnungslose Torpedierung und Verlust amerikanischer Leben — im Sussexfalle. Damals erklärte die deutsche Regierung, ihr Entgegenkommen erfolge unter der Voraussetzung, daß die Vereinigten Staaten für den Frieden sich bemühen würden. Wilson ging darauf eifrig ein, erklärte jedoch, einige Zeit zu brauchen, bis die öffentliche Meinung sich beruhigt habe. Auch der Kriegseintritt Rumäniens, auf welchen die Entente größte Hoffnungen setzte, verzögerte seine Aktion. Endlich konnte Wilson vor seiner Neuwahl nichts ausrichten, da niemand wußte, ob er wiedergewählt werden würde. Ein so unsicherer Friedensvermittler kam nicht in Betracht. Wilson wurde wiedergewählt als Friedenserhalter und Friedensvermittler, wobei die pazifistischen Mittel- und Weststaaten den Ausschlag gaben. Friedensvermittler zu sein, war Wilsons persönlicher Ehrgeiz. Die Nation war des Krieges todmüde. Hughes fiel, weil Roosevelt für ihn war; er wäre gewählt worden, wenn er Roosevelt für ein paar Wochen in ein Sanatorium gesteckt hätte. Denn dieser galt als Kriegsanwalt. Da Wilson zugleich „preparedness", d. h. Rüstungsforderung für das eigene Land, als Programmpunkt aufgenommen hatte, so glaubte selbst die Rüstungsindustrie die (bereits abnehmenden) Bestellungen der Engländer nicht mehr nötig zu haben und an Wilson mehr verdienen zu können; auch ihr Kriegswille erlahmte. Nur ein kleiner proenglischer Kreis — verschwindend im Vergleich zur Nation — wünschte den Krieg mit Deutschland; die breite öffentliche Meinung wurde Deutschland geneigter — so Herbst 1916.

Wilson bereitete eine Friedensaktion vor, zögerte jedoch, die von ihm im Oktober geschriebene Friedensnote herauszubringen, weil er die öffentliche Meinung seines Landes noch nicht für reif hielt, bis das deutsche Friedensangebot Dezember 1916 überraschend in die Welt trat. Niemand bei uns verstand, weswegen Berlin zuvorkommen wollte. Das Friedensangebot Deutschlands beschleunigte nunmehr Wilsons Aktion, in enger Fühlung mit den englischen Friedensfreunden, Asquith, Grey, Haldane. Die höhnische Ablehnung des deutschen Friedensangebotes — „inacceptable" für Deutschland, wie Wilson selber erklärte — ging aus von Lord Northcliffe und Lloyd George. Ersterer und seine vielverzweigte Presse vertritt die „Jingos", welche Deutschland niederschlagen *wollen* als lästigen und gefährlichen Handels- und Schiffahrtskonkurrenten und die — wichtiger als dies! — auch *imstande zu sein glauben*, Deutschland niederzuschlagen. Lloyd George dagegen, der erbitterte Feind der Landlords seines eigenen Landes, verkörpert die Dissenters und Linksliberalen, welche den Krieg gegen Deutschland als einen „Freiheitskrieg" ansehen. Deutschland sei als Rückhalt der „Junkerherrschaft" *die* reaktionäre Macht der Welt. Daher sagte Lloyd George: „Freiheitskriege können nur mit vollem Siege oder voller Niederlage

Digitized by Google

enden." Dieser Glaube, ob irrig oder nicht, ist ein Machtmittel ersten Ranges der Engländer und wird in Deutschland unterschätzt.

Trotz seines Mißerfolges gab Wilson seine Friedensaktion nicht auf. Nachdem England seine Bedingungen bekanntgegeben hatte, forderte er Deutschland zu Gleichem auf. Letzteres sandte hierauf in vertraulicher Weise seine maßvollen Friedensvorschläge. Diese Mitteilung kam trotz ihrer Vertraulichkeit in die Presse, und ich (Odell) habe selbst zwei Artikel darüber in die „Evening Mail" geschrieben, welche in Deutschland unbekannt blieben. Nachdem die englische Regierung in vertraulicher Weise Wilson mitgeteilt hatte, daß ihre öffentlichen Bedingungen *nicht* das letzte Wort seien, daß vielmehr Wilson als Vermittler da und dort zurückstecken könne, glaubte Wilson nunmehr, „den Frieden ohne Sieger" (peace without victory) in erreichbarer Nähe (Neujahr 1917). Nun erfolgte seine große Rede an den Senat Januar 1917, welche im wesentlichen den deutschen Standpunkt vertrat: unabhängiges Polen, türkisches Konstantinopel und vor allem „Freie Meere", womit die englische Blockadepolitik verurteilt wurde. In Anlehnung hieran bereiteten deutschfreundliche Kreise eine Wiederholung des sogenannten Wilhelmina-Falles — Absendung eines Schiffes mit Lebensmitteln unter amerikanischer Flagge für die deutsche Zivilbevölkerung — zwecks tatsächlicher Durchbrechung der englischen Blockade vor.

Wilson wurde mit Vorwürfen überschüttet, *für* Deutschland Partei genommen zu haben; aber die öffentliche Meinung der breiten Mittel- und Weststaaten war im Laufe des Jahres 1916 für Deutschland umgeschlagen und wäre es noch mehr ohne die Zwangsausfuhr der belgischen Arbeiter. *Man wollte Frieden.* Die Entente zitterte, daß Wilson und Deutschland sich die Hand reichen könnten. In der Tat: Deutschland konnte erklären, wie Ihr Kabelgramm an die „Evening Mail" damals tat, das Sie jedenfalls nicht ohne Zustimmung Ihrer Zensur absenden konnten: Einige Vorschläge Wilsons seien gut, aber erst in hundert Jahren zu verwirklichen, so z. B. der Weltfriedensbund; andere Vorschläge würden heute von der Entente nicht zu erreichen sein, z. B. die Regierung aller Völker unter Zustimmung der Regierten — angesichts der britischen Herrschaft in Irland, Indien, Ägypten, Malta u. a.; dagegen sei der Vorschlag der „Freien Meere" bei gutem Willen Wilsons sofort durchführbar: Wiederholung des Wilhelminafalles. England hätte dann entweder die Nahrungszufuhr nach Deutschland geschehen lassen müssen, oder wenn es dieselbe verhindert hätte, so hätte Wilson, gestützt auf die öffentliche Meinung, Anlaß zum Eingriff gegen England gehabt — Embargo! Damit wäre das *ganze Schwergewicht der Vereinigten Staaten auf die deutsche Seite verschoben worden*, und England hätte diesem Drucke nicht widerstehen können: der „Friede ohne Besiegte" war in Sicht!

Statt dessen erklärte Deutschland in unerwarteter Weise den U-Bootkrieg ohne Beschränkung. In Deutschland hatten *die* Mächte gesiegt, welche daran glaubten, daß

Digitized by Google

es möglich sei, den Gegner — England — zu Boden zu zwingen. Wilson war „konsterniert"; nach seinen bisherigen Erklärungen und unter dem Druck der viel kriegslustigeren Republikaner war der Krieg unvermeidlich. Diejenigen Kreise unseres Landes aber, welche einen gerechten Ausgleichsfrieden erstrebten, standen vor einem Rätsel: Wie war es möglich, daß dieselbe deutsche Reichsregierung, welche bei der überaus mühsamen Friedensarbeit Wilsons in ehrlicher und verständnisvoller Weise mitgearbeitet hatte, in dem Augenblick das Gebäude — ihren eigensten Erfolg — in die Luft sprengte, da es unter Dach gebracht werden sollte?

Amerika ist ungerüstet, daher im Jahre 1917 kein erheblicher Gegner auf dem Schlachtfelde. Aber es hat keinen Grund, den Krieg schnell zu beendigen: im Gegenteil, sein Interesse am Kriege besteht darin, für die Gefahren der Zukunft — gegen Japan (es liegt westlich von Amerika!) — in diesem ungefährlichen Krieg seine Militärmacht schrittweise auszubauen. Es wird die allgemeine Wehrpflicht einführen, zunächst insbesondere Flugmaterial nach dem Kriegsschauplatz senden und dann im Jahre 1918, wohl nicht zu hoch gerechnet, eine halbe Million Menschen der Entente zur Verfügung stellen. Inzwischen wird es seine Verbündeten durch Geld und Kriegsmaterial stärken. Während bisher nur einige große Private beides lieferten, steht nun die ganze staatliche Gewalt dahinter. Die Vereinigten Staaten sind in dieser Hinsicht ein „doppeltes England".

Aber die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten wird nur langsam erhitzt, und Wilson folgt ihr zögernd. Die Mittel- und Weststaaten haben als kontinentale Gebiete kein Interesse an den Fragen des internationalen Seerechts; der U-Bootkrieg läßt sie kühl. Kriegsbegeisterung schafft nur der von England skrupellos verbreitete Gedanke: nach der russischen Revolution sei jetzt Deutschland die einzige europäische Macht, in welcher eine autokratische Regierung bestehe: Ministerernennung ohne Gehör der Volksvertretung und die Herrschaft einer bevorrechteten Kaste über die Volksmehrheit. Amerika, als der älteste Träger des Freiheitsgedankens, habe die Verpflichtung, an dem Freiheitskampfe der Menschheit teilzunehmen. Dieser Kriegswille würde an dem Tage zusammenbrechen, an dem Deutschland die von Bethmann angekündigten inneren Reformen noch während des Krieges durchsetzte — genau wie der Kriegswille vieler englischer Kriegsidealisten.

Der Zeitpunkt dazu kann jedoch nicht eher eintreten, als bis auf deutscher Seite die Einsicht durchgebrochen ist, daß in einem Koalitionskriege gegen die ganze Welt der „volle Sieg" eine helle Utopie ist.

Wir verstehen sehr wohl, daß das deutsche Volk es entrüstet ablehnt, wenn ein ausländischer Staat die Miene macht, sich in die inneren Verhältnisse Deutschlands einzumischen. Wir sind von einer solchen Einmischungsabsicht auch weit entfernt. Wilson erklärt lediglich, daß er in seinen bisherigen Verhandlungen mit einer deutschen

Digitized by Google

Reichsregierung zu tun gehabt habe, welche zu schwach war, ihren Willen im Innern durchzusetzen, und daß er nur mit einer Regierung verhandeln könne, welche stark genug sei, zu ihrem Worte zu stehen. Hierzu brauche er eine Regierung, welche von der Mehrheit des Reichstages getragen werde, oder, wie Sie es nennen mögen, ein Ministerium des Volksvertrauens. Wir können uns nicht vorstellen, daß es dieselbe Regierung war, welche aufs freundschaftlichste mit uns die Friedensvermittlung verhandelte und zu gleicher Zeit die belgische Arbeiterausfuhr vornahm — eine hochpolitische Maßnahme, welche mehr als alles andere die gemeinsamen Friedensbestrebungen erschwerte. Ohne hinter die Kulissen zu sehen, liegt für uns der Schluß nahe, daß es andere Mächte waren, die wider den Willen der Reichsregierung sich hier geltend machten. Jedenfalls können Sie versichert sein, daß Wilsons Unterscheidung, er führe den Krieg gegen die deutsche Regierung und nicht gegen das deutsche Volk, subjektiv ehrlich gemeint ist. Der Freiheitsgedanke allein ist es, welcher in unserem Lande dem Krieg gegen Deutschland den Schwung verleiht. Dieser furchtbare Krieg wäre nicht umsonst geführt, sondern der gebrachten Opfer wert, wenn sein Erfolg der wäre, daß in Rußland wie in Deutschland eine freiheitliche Regierung, d. h. eine Regierung für das Volk und durch das Volk, errungen worden wäre. An diesem Menschheitsziele mitgearbeitet zu haben, ist der Ehrgeiz des Präsidenten, welcher gehofft hat, als Vermittler eines Verständigungsfriedens seinen Namen neben dem Namen eines Washington und eines Linkoln der Weltgeschichte einzuschreiben. — In Deutschland ist dieses Ziel viel eher zu erreichen als in Rußland, da in Deutschland eine auch von uns vielbewunderte Regierung für das Volk bestand, während in Rußland die Bedingungen einer freiheitlichen Neuordnung zurzeit zu fehlen scheinen."

Dieses die Ausführungen meines Gewährsmannes, für deren Stimmungsgehalt ich jede Verantwortung ablehne. Ich selbst bemühte mich, ihm klarzumachen, daß die innere deutsche Frage nicht „Monarchie oder Republik" heiße, daß die Dynastie tief eingewurzelt, auch kein Hindernis der Reformen sei, daß sich vielmehr alles um die Reform des preußischen Wahlrechts drehe. Es bestehe ein himmelweiter Unterschied zwischen der englisch-deutschen Methode — Reform unter Schonung wertvoller ererbter Bestände — und der französisch-russischen Methode — Revolution unter vollem Bruch mit der Vergangenheit.

Die Lage in Schweden

Von Dr. Mollin, Schweden

Das Ergebnis der Herbstwahlen in die Zweite Kammer des schwedischen Reichstages ist so ausgefallen, wie es zu erwarten war.

Auf die liberale Partei haben die Wahlen die geringste Veränderung ausgeübt. Ihr Bestand ist ungefähr derselbe geblieben, doch hat sich die Zahl der für sie abgege-

Digitized by Google

benen Stimmen und ihrer Mandate erhöht. Sie hat also, wenn auch nur eine kleine Revanche für 1914 nehmen können: eine Befriedigung für die Gegenwart und ein Ansporn für die Zukunft.

Für die Rechten sind die Veränderungen am größten. Der Ernst ihrer neuen Lage liegt weniger im Rückgang ihrer Stimmenzahl: er ist unbestreitbar, doch auch in einem gewissen Grade natürlich, wenn man das außerordentliche Aufgebot der außerhalb ihrer Partei stehenden Wähler im Jahre 1914 in Betracht zieht. Ernster ist die innere Auflösung der Partei, die sich bisher durch die beiden an der Wahlbewegung beteiligten Bauern-Organisationen offenbart hat.

Die wichtigste von diesen ist der Bauernverband. Er hat seine Arbeit geschickt angefaßt. Seine Leitung hat es verstanden, die Unabhängigkeit des Verbandes von beiden bürgerlichen Parteien zu bewahren; dadurch ist er etwas Neues geworden, mit der Anziehungskraft des Neuen für die der Nörgeleien der alten Parteien überdrüssig Gewordenen. Gleichzeitig hat er Farbe bekannt gegen den Sozialismus. Die dominierende Stellung, welche die Lebensmittelfrage während des Krieges erhalten hat, bereitete dem Verband die denkbar günstigste Konjunktur. Diese ist deutlicherweise mit Energie ausgenützt worden: das Klasseninteresse und die Klassenunzufriedenheit der Bauern, — letztere mehr oder weniger berechtigt, — ist mit Erfolg für die Bewegung ausgemünzt worden. Indem der Verband sich offen als eine Klassenpartei proklamierte, konnte er auch Kräfte mobilisieren, die sich vorher den Bestrebungen der politischen Parteien gegenüber gleichgültig verhielten. Schon der Name wirkt hierbei anlockend.

Von den zirka 240000 nicht links stimmenden Wählern entfielen nicht weniger als zirka 62000 oder mehr als 25 Prozent auf die Bauernorganisationen. Ohne Zweifel befinden wir uns hier nur am Anfang einer Entwicklung. Wohl kann es in Frage gestellt werden, in welchem Maße die neue Bauernpartei sich unmittelbar im Reichstag wird geltend machen können: Zersplitterung und innere Zwistigkeiten in der Leitung haben sich bereits bemerkbar gemacht. Doch wenn man auf der rechten Seite darauf spekuliert, daß diese Schwierigkeiten mit der Zeit eine Bewegung lähmen werden, die so tiefe natürliche Voraussetzungen hat, wie die Bauernbewegung, dürfte man neuen und noch ernsteren Enttäuschungen entgegengehen. Im Gegenteil deutet alles darauf, daß die Bauern Schwedens wirklich einen anderen Weg wählen werden als den, welchen die Politiker der Großindustrie und des Kapitals in der gegenwärtigen Leitung der Rechten dem konservativen Element der schwedischen Gesellschaft vorzeichnen wollten.

Es scheint, als wenn die Rechten die Folgen hiervon noch nicht völlig erkannt hätten, als wenn man, wie gewöhnlich, die Schuld von sich weisen und den Grund des Mißgeschicks zufälligen unglücklichen Umständen zuschreiben wollte, die in Wirklichkeit nur dessen äußerer Anlaß waren. Ich kann mich hier nicht in diese Fragen vertiefen;

Digitized by Google

ich muß mich darauf beschränken, festzustellen, wie die Kraft der Rechten in einem Augenblick gelähmt wurde, als eine einheitliche, gesammelte und möglichst starke Partei am dringendsten erforderlich war, und gleichzeitig erinnere ich daran, wie tragisch es nicht nur für die Partei, sondern auch für das Land war, daß die Rechten grade in einem solchen Augenblick ihre alten und ihre neuen Sünden büßen mußten.

Hier gilt es aber zunächst den Versuch zu machen, mit einem Griff die aktuelle Lage zu erfassen, wie sie sich im Hinblick auf die Ausübung der Regierungsmacht in der bevorstehenden schweren Zeit für Reich und Volk ergibt. Beim Ende der Wahlen standen die Dinge ganz einfach so, daß Schweden entweder von einer konservativen Regierung, die ohne Rücksicht auf Parlament und Volkswillen die Leitung übernommen und behalten hätte, aus der Krise gezogen werden oder, wenn sich keine Männer mit Mut und Entschlossenheit für eine solche Politik fanden, von einer Linksregierung von „Volkes" Gnaden, aber auf das Risiko der Nation und des Reiches, immer tiefer in die Krise hineingeraten mußte. War diese Voraussetzung richtig, so ergaben sich unmittelbar zwei praktisch-politische Schlußfolgerungen. Erstens, daß die Stellung der Swartzschen Regierung unhaltbar war: sie entsprach weder der einen noch der anderen Alternative; sie besaß zwar gute Kräfte, ihr mangelte aber vollkommen die für eine zielbewußte Kampfpolitik erforderliche Sicherheit in der Führung; sie war eine Abwicklung des Hammarskjöldschen Regimes und als solche streckte sie einen Finger der Linken entgegen, die doch in ihrem Siegesrausch beide Hände beanspruchte. Zweitens, daß jeder Versuch, ein heterogenes Koalitionsministerium zusammenzuflicken, vom Übel und — wenn nicht heute, so morgen — zum Scheitern verurteilt sein mußte.

Und war es schlimm genug, unmittelbar nach der argentinischen Affäre zu einer Regierungskrise Nr. 2 für 1917 gezwungen worden zu sein, so wurde ja die Sache dadurch nicht besser, daß gleichzeitig der Grund zu einer neuen Krise gelegt wurde für eine Zeit, da wir sie noch weniger werden ertragen können, und wo es der Entente noch besser passen wird, eine neue Kugel gegen die Mauer der schwedischen Neutralität abzufeuern.

Hier stehen wir vor dem entscheidenden Punkt. Die schwedische Regierungskrise mußte so gelöst werden, daß der Entente in jedem Fall alle Möglichkeiten genommen wären, auf einen inneren Regierungs-Zwiespalt zu spekulieren, und zu gleicher Zeit entweder die Kontinuität der schwedischen Außenpolitik befestigt, oder eine klare „Umorientierung" nach den Wünschen der Linken eingeleitet werden. Hieraus ergab sich die Forderung nach einer möglichst gleichen Regierung. Konnten die Rechten eine solche zustande bringen, konnten sie Männer stellen, die bereit waren ohne Zögern und Nachgiebigkeit nach außen hin den Anstrengungen der Entente, uns gegen Deutschland zu treiben, sich mit Kraft zu widersetzen, und nach innen die heißen Ansprüche des „Volkswillens" ohne weiteres bis zu ruhigeren Zeiten aufs Eis zu legen:

Digitized by Google

die bereit waren, aus einer Regierung gegen die Zweite Kammer kaltblütig die Konsequenzen zu ziehen und den Linken die Verantwortung für die Anwendung „außerparlamentarischer Mittel" in Schlußakt des Weltkrieges zu überlassen, — ja, dann mußten diese Männer die Leitung übernehmen.

Gab es diese Männer nicht, so blieb nichts anderes übrig, als alles zu vermeiden, was die Rechten durch Stellung neuer Sündenböcke für die Linken noch mehr kompromittiert hätte: Schweden konnten sie nichts nützen, nur das Gegenteil. So mußte die Entwicklung ihren Lauf nehmen. Schon seit Anfang 1916 war diese Entwicklung der politischen Lage gegeben, die im Februar 1914 durch den bekannten Eingriff des Königs in die Verteidigungsfrage geschaffen wurde. Das Ministerium Swartz war ein Zwischenglied, ein Koalitions- oder Beamten-Ministerium mit dem einen oder dem anderen Landhauptmann an der Spitze wäre nur noch eins zum Überfluß gewesen, — da diese Linie in ihrem Endziel auf eine neue Linksregierung und zuletzt auf Branting hinausläuft, den, wie es scheint, einzigen politischen Führer in Schweden, der zurzeit weiß, was er will, und der, direkt oder indirekt, regieren will.

Er ist bisher der Mann der Situation. Seine Partei ist es, welche die Schar ihrer Wähler vergrößert hat; sie hat die Anzahl ihrer Mandate trotz der Absplitterung der Linkssozialisten beibehalten, und das ist gut, und in Stockholm, seit altersher dem Herd des schwedischen Radikalismus, hat Branting die glorreichsten Siege über seine Feinde von links feiern können. Er ist ein Mann. Wenn wirklich eine irregeleitete Volksmajorität in gefahrvoller Stunde über Schwedens Schicksal bestimmen soll, dann kann auch niemand es verhindern, daß Branting, direkt oder indirekt, die Führung und Macht in seine Hände nimmt.

Natürlich hat man an maßgebender Stelle bis zuletzt versucht, sich der Erkenntnis dieser einfachen Problemstellung und ihres bindenden Zwanges zu entziehen. Der Versuch, eine Koalitionsregierung zu bilden, war vom Standpunkt des Königs natürlich, aber an sich praktisch-politisch totgeboren. Aus dem einfachen Grunde, weil die Linken allerdings mit der Zunge, aber keineswegs mit dem Herzen die Gefahr für das Reich sehen, die der König und mit ihm die Rechten erkennen; aber eine solche Erkenntnis wäre doch die einzige Basis, auf welcher eine Koalitionsregierung mit einiger Hoffnung auf Erfolg aufgebaut werden könnte. Der Versuch einer Beamtenregierung mit dem Landhauptmann Widén an der Spitze mißglückte infolge derselben Ursache, und ihr Mißglücken ist der einzige Lichtpunkt im Elend der Regierungskrise. Denn ein Ministerium Branting mit ein paar Vertrauensmännern des Königs als Aushängeschild und mit einer Anzahl „gemäßigter" Rechten in „vorgeschobener Stellung", verankert in der bürgerlichen Gesellschaft, wäre ein noch größeres Unglück gewesen, als die reine Linksregierung, die nach allen Schwankungen und Wendungen nun endlich dank dem blinden Übermut der Linken des Ergebnis war.

Digitized by Google

Eine ausführliche Charakteristik dieser neuen Linksregierung kommt hier nicht in Frage. Im großen und ganzen wird sie am besten damit charakterisiert, daß sie dem Namen nach zwar eine Regierung Edén-Hellner, in Wirklichkeit aber eine Regierung Branting-Wallenberg ist. In dieser Konstellation, die seit dem Herbst 1914 unser böses Schicksal war, und welche die Rechte niemals zu brechen wagte, als es noch Zeit war, liegt die Stärke der neuen Regierung und die Gefahr für das Land. In ihrem scharf hervortretendem Mangel an persönlicher und politischer Einstimmigkeit liegt ihre Schwäche und der Keim ihrer Auflösung.

Verschiedenes deutet darauf hin, daß die neue Linksregierung, schon unmittelbar nachdem sich ihr die Hauptaufgaben der Lebensmittelversorgung und der Außenpolitik in ihren Einzelheiten präsentierten, das erste Stadium stiller Selbstbesinnung erreicht hat. Und nachdem man einige weitere Wochen seine Zähne an Problemen versucht hat, die zunächst geknackt werden müssen, wird man wohl erfahren haben, daß es wirklich etwas anderes ist, eine Arbeit zu bewältigen, als vor einer unkritischen Zuhörerschaft mit ihr zu jonglieren, etwas anderes sogar, als in einem Reichstagsausschuß die mehr oder weniger glücklichen Ergebnisse der Anstrengungen anderer zu bekritteln.

Die neue Regierung hat zwei Gläubiger: die Entente und den Magen des schwedischen Volkes.

Um mit dem letzteren, der uns näher liegt, zu beginnen, fordert er im Grunde zweierlei. Die Stadt- und Industrie-Bevölkerung verlangt reichlichen Zugang billiger Lebensmittel, während die zahlreiche Landbevölkerung im Gegenteil ordentlichen Lohn für ihre harte und wirtschaftlichem Risiko ausgesetzte Arbeit verlangt, und daneben zu erschwinglichen Preisen den für die Landwirtschaft erforderlichen Bedarf an Kraftfutter, Kunstdünger, Eisen, Gerätschaften und Maschinen.

Schon in ihrer magenbeglückenden Tat — wenn wir uns der Kürze halber so respektlos ausdrücken dürfen — steht die Regierung vor einem Zwiespalt besonders ernster Natur, und ohne allen Zweifel wird dieser Ernst sich über den Köpfen der neuen Regierung verdichten und verdunkeln, je nachdem diese selben Köpfe die elementare Tatsache erfaßt haben, daß zurzeit die ganze Welt unter einer ständig fühlbareren Knappheit an allem Notwendigsten leidet, als Folge davon, daß Millionen Hände der produktiven Arbeit entzogen sind, daß diese Knappheit stetig wachsen wird, und daß gar keine Aussicht vorhanden ist, den schwedischen Magen von den Folgen dieser Knappheit zu retten. Wann dieses auch allen denen klar werden wird, die den neuen Männern der vereinigten Linken die Macht gegeben haben, ist eine andere Frage. Einige Zeit wird es die Regierung wohl versuchen mit der demokratischen Ungeduld, die nun das Manna vom Himmel erwartet, dadurch fertig zu werden, daß sie aufs äußerste den einfachen Kniff ausnützt, alle Schuld auf die Vorgänger abzuwälzen, die das schwedische Haus so schlecht bestellt hätten, daß selbst die Elite der

Digitized by Google

freisinnigen Fortschrittsparteien des Landes es nicht mehr in Ordnung bringen könnte. Mehr als dieses innerpolitische Spiel interessiert hier aber die Frage, wie die Wechsel eingelöst werden sollen, welche die Herren der Entente-Botschaften in Stockholm der neuen Regierung zu präsentieren gedenken.

Ich zweifle nicht im geringsten an dem aufrichtigen Vorsatz der liberalen Regierungsführer und insbesondere des Herrn Edén, gemäß der Programm-Erklärung beim Zusammentritt der Regierung, eine „unverbrüchliche Neutralität" zu bewahren. Gewiß ist diesen Herren nichts fremder, als der Gedanke, Schweden an der Seite der Entente in den Krieg zu treiben. Auch eine mehr platonische, aber offene Parteinahme gegen Deutschland liegt ihnen sicher ganz fern. Aber die Absicht ist eine Sache, und die Folgen des Umhertastens eines außenpolitisch kurzsichtigen Führers eine andere.

Die Gefahr ist deutlich, wenn man den Ausgangspunkt der auswärtigen Politik der neuen Regierung scharf ins Auge faßt.

Die Linke geht, wenn sie jetzt die Leitung der Außenpolitik übernimmt, von der grundfalschen Voraussetzung aus, die sie während des innerpolitischen Kampfes gegen die Rechte zuerst sich selbst und gleichzeitig großen Teilen des schwedischen Volkes suggeriert hat, daß die bisherige Außenpolitik vom deutschen Gesichtspunkt bestimmt, nach Süden orientiert gewesen wäre; nun gälte es das Steuer nach Westen umzulegen, damit das schwedische Schiff in einen klaren und unzweideutigen Neutralitätskurs gelange. Die Voraussetzung ist falsch, denn die Außenpolitik der früheren und besonders der Hammarskjöldschen Regierung war mit geradezu peinlicher Sorgfalt am Willen zur Unparteilichkeit, wie an einem festen Punkt befestigt, an welchem sie sich allerdings wie ein Pendel mit kleinen Schwingungen bewegte, nach Deutschland und zur Entente hin, bestimmt in der einen Richtung, — und dies im wesentlichen rein formell — von Hammarskjölds Widerstand gegen die volksrechtlichen Übergriffe und den Lügen- und Heuchelei-Feldzug der Entente, in der anderen, — und dies sachlich in weit wesentlicherem Grade — von Wallenbergs positiver Hinneigung zur Entente. Eine Wendung des außenpolitischen Kurses Schwedens in eine, wie die Linke sie allgemein auffaßt, neutrale Richtung, wird also in Wirklichkeit eine ausgemachte Umorientierung zugunsten der Entente sein.

Aber wir müssen versuchen zu der tiefsten Wahnvorstellung der schwedischen Neutralitäts-Politik vorzudringen.

Ich habe in meiner Zeitschrift „Das neue Schweden" seit bald drei Jahren die Ansicht vertreten, daß eine „aufrichtige" und „unverbrüchliche" Neutralität wohl für Chile oder Peru, deren Lebensinteressen durch den Weltkrieg gar nicht aufs Spiel gesetzt sind, möglich wäre, aber nicht für Schweden, das zwischen den streitenden Riesengruppen eingeklemmt, seit Jahrhunderten ein Glied des Staatensystemes ist, welches heute in seinen Grundfesten erschüttert wird, und dessen ganze wirtschaftliche

Digitized by Google

und politiſche Zukunft vom Ausgang des Kampfes abhängt. In einer ſolchen Lage an einer aufrichtigen Neutralität feſthalten wollen, erklären und dabei bleiben, daß, wie der Kampf auch ausgehe, wir laſſen uns aus unſerer Paſſivität nur mit Gewalt — und ſelbſt dann wohl kaum — hinausreißen, dies wird auf die Dauer ein unhaltbarer Standpunkt werden.

Dies war es, was man mit Recht erwarten konnte, daß wenigſtens die ſchwediſche Rechte es hätte verſtehen müſſen oder zum mindeſten zu der Einſicht gebracht werden können, um ſo mehr, da die Entwicklung mit jedem Monat immer klarer die innere Falſchheit der Neutralität offenbarte, indem die Volksſtimmung immer ſtärker in der einen oder anderen Richtung beeinflußt wurde, und zugleich die Spekulationen der einen Partei auf dieſe Volksſtimmung deſto kecker wurden, je länger die Zeit ſich gegen Schluß des Rieſenkampfes hinzog. Aber dies iſt nicht geglückt. Nur eine halbe Pferdelänge hinter dem alten Liberalismus hat die Rechte zuerſt die typiſch liberale Neutralitäts-Doktrin verſchluckt, dann dieſe ſich ſelbſt zu eigen gemacht und mit immer größerer Angſt ſich an den Strohhalm feſtgeklammert, je mehr die Linke in unneutrale Ententerichtung hinüberglitt, um es ſchließlich dahin zu bringen, daß ſie die „Unneutralen“ im eigenen Lager politiſch verbannte, während die Linke die ihrigen kaltblütig zur Regierungsmacht vortrieb.

Hierbei hat die Rechte, wie die übrigen „aufrichtigen“ Neutralitätsanhänger, eine elementare Tatſache völlig außer Acht gelaſſen: daß dort, wo Leben, auch niemals Stillſtand iſt, und daß es dort immer Bewegung geben muß — in der einen Richtung oder der anderen. Dies gilt auch von der Volksſtimmung und von der Politik eines Volkes.

Bis Anfang 1916 ging die Entwicklung in Schweden in der Richtung, welche die hiſtoriſche Tradition und beſtimmende Zukunftsintereſſen wieſen. Die in nationaler Hinſicht urteilsreifen Gefühle und unklaren Tendenzen im Volke fanden ihren politiſch bewußten Ausdruck in der aktiviſtiſchen Bewegung. Aber vor der Forderung zu handeln ſcheute ſowohl die Rechte als auch die Regierung Hammarſkjölds zurück; gleichzeitig blies man auf der Linken zum vollen Sturm gegen die „Wahnwitzigen“, und die Rechte war ſofort bereit, nachzugeben und in das Geſchrei der anderen einzuſtimmen. Die Aktiviſten wurden den Spießruten ſowohl des Demos, als auch der bürgerlichen Geſellſchaft ausgeliefert.

Sie können ſich damit tröſten, daß ſie bloß allzu recht bekommen haben. In dem Augenblick, wo die Rechte vor der Forderung einer Politik zurückwich, die mit offenen Augen und mit Mut bereit zum Handeln war, verlor ihre Partei die Kraft, die ſie noch beſaß, einen beſtimmenden Einfluß auf das ſchwediſche Volk auszuüben. Der Strom wandte ſich. Die Demokratie griff von neuem nach der Führung, die ſie durch ihre Verbohrtheit in der Verteidigungsfrage verloren hatte. Außenpolitiſch hatte die Demokratie bereits ihre Richtung erhalten. Immer beſtimmter glitt nun die Volks-

Digitized by Google

meinung, durch die Agitatoren der Entente aufs intensivste bearbeitet, hinüber in einen Haß gegen Deutschland, als den Ursprung alles Bösen; immer kühner wurde die Linke in ihren Angriffen, immer schwächer die Rechte in ihrer Verteidigung. Sobald der Aktivismus erwürgt war, ging der Kampf gegen Hammarskjöld los; er wurde gestürzt, und Minister Swartz kam als ein Versöhnungsopfer für die Linken; noch einige Monate, und die Wahlen fegten auf dem Lande den einen Rechtsvertreter nach dem anderen fort, und mit ihnen Swartz-Lindmann: Branting hatte die Macht erreicht.

Der Aktivismus hätte dem schwedischen Volkswillen die Richtung geben und das Volk für ein positives Ziel aufrichten können, aber er durfte es nicht, von den Seinigen in den Rücken gefallen. Branting konnte auch den Volkswillen mobilisieren, und ihm war es vergönnt. Er wurde von den Seinen gestützt, und die Rechte konnte ihn nicht hindern. So hat sich die schwedische Volksmeinung zuerst Deutschland, dann der Entente zugeneigt. Doch denken wir unsere Gedanken zu Ende. Alles Lebende ist in Bewegung, die Neutralität ist aber ein Stillstand, und deshalb unmöglich. Entweder ist also die Politik richtig, die Schweden zu Deutschland führen will, oder die, die für einen Anschluß an die Entente kämpft; Schweden von der Welt und dem Weltkampf isolieren und auf dem Gleise der Neutralität erhalten können wir nicht; allein kann Schweden nicht stehen, es muß seinen Weg wählen, nach Süden oder nach Westen; entweder hatten die Deutsch-Aktivisten recht, oder es hat Branting recht. Beide wollen etwas, beider Streben führt zu etwas, beide haben eine bestimmte Absicht mit Schweden; aber die „unverbrüchliche Neutralität", das ist der Standpunkt, der nichts will, folglich nichts vermag und auch der Wirklichkeit nicht standhält.

Branting hat die Macht erreicht, und er wird, gegen die Neutralität seiner Kollegen, mit der Kraft seiner eigenen Persönlichkeit und gestützt auf die relative Wahrheit des Standpunktes, den er vertritt, Schweden ins Entente-Lager treiben — so weit es die objektiven Voraussetzungen zulassen, bis er auf zwingende Hindernisse äußerer Umstände stößt. Wie weit auch die irregeleiteten Gefühle eines Volkes auf Abwege geraten können, unserer geographischen Lage laufen wir nicht davon. Hierin liegt letzten Endes das Gegenmittel.

Für die nationalen Elemente Schwedens wird es nun für einige Zeit eine gute Gelegenheit geben, sich die bekannte Maxime Asquiths anzueignen: „Abwarten". Noch wird es, nach allem zu urteilen, mehrere Monate währen, bis wir den Boden der Schwierigkeiten erreicht haben werden, die der Weltkrieg für uns in Bereitschaft hält, bevor wir vor dem bittersten Ernst unserer Stellungnahme stehen.

Digitized by Google

Zur Geschichte der amerikanischen Neutralität

Von geschätzter Seite wird uns geschrieben:

Die Neutralität der Vereinigten Staaten von Amerika schaut auf eine lange und ehrenvolle Geschichte zurück, während der Amerika stets sein Recht gewahrt hat, den legalen Handel, vor allem den Handel mit Lebensmitteln, dessen Sicherstellung für den neutralen Handel eines der Hauptverdienste der Londoner Seerechtserklärung war, auch in kriegerischen Zeiten mit den Kriegführenden zu betreiben. Bereits im Jahre 1793 hat Präsident Jefferson dieses Recht mit aller Entschiedenheit England gegenüber vertreten, das damals in seinem Kriege mit Frankreich dieselbe Methode der Aushungerung der Zivilbevölkerung anwandte, die es heute gegen Deutschland anwendet und der es bei Bekämpfung der Buren seinen Enderfolg verdankte. Damals richtete Präsident Jefferson an den Botschafter der Vereinigten Staaten in London nachstehende Worte, die Präsident Wilson wortgetreu, bis auf die Ersetzung des Wortes „Frankreich" durch das Wort „Deutschland", an den derzeitigen Botschafter der Vereinigten Staaten in London hätte richten können, wenn er die Neutralität und die Vertretung der Rechte der Neutralen nicht nur im Munde geführt hätte;

„Müßten wir Lebensmittel vom Transport nach Frankreich zurückhalten, so wären wir in gleicher Weise verpflichtet, Transporte auch für Frankreichs Gegner zurückzuhalten, und würden so entweder uns selber alle Häfen Europas verschließen, in denen Nachfrage nach Lebensmitteln besteht, oder uns selbst zum Teilnehmer am Kriege machen. Das ist ein Dilemma, das Großbritannien kein Recht hat uns aufzuerlegen und für dessen Auferlegungen kein Vorwand in unserm Verhalten irgendwie gefunden werden kann. Großbritannien mag in der Tat den Wunsch fühlen, ein feindliches Volk auszuhungern, aber es kann kein Recht haben, es auf unsere Kosten zu tun oder uns zu seinem Werkzeug zu machen."

Dieser Politik ist auch Amerika weiterhin treu geblieben. Fast 100 Jahre später, im Jahre 1885, als Frankreich Reis zur Konterbande erklärte, schrieb der amerikanische Botschafter in Berlin am 28. April 1885 an den amerikanischen Staatssekretär folgende Sätze:

„Lebensmittel bilden einen ungeheuren Teil unserer Ausfuhr. Jeder europäische Krieg ruft eine vermehrte Nachfrage nach derartigen Zufuhren aus neutralen Ländern hervor. Der französische Grundsatz erklärt sie für Konterbande, nicht nur, wenn sie direkt für militärischen Bedarf bestimmt sind, sondern auch, wenn sie im gewöhnlichen Handelsverkehr für die Ernährung der Zivilbevölkerung der kriegführenden Regierung abgesandt sind. Wenn Nahrungsmittel so vorenthalten und beschlagnahmt werden können, so können erst recht Kleider, Industrieerzeugnisse und alle weniger notwendigen Zufuhren abgeschnitten werden mit der Begründung, ihr Ziel sei, die

Digitized by Google

Kräfte des kriegführenden Volkes zu stärken. Der in der französischen Erklärung zum Ausdruck gekommene Grundsatz führt in Wirklichkeit dahin, daß alle Gegenstände, deren Mangel die Not der Zivilbevölkerung der kriegführenden Staates steigert, zur Kriegskonterbande erklärt werden können.

Der ganze Handel Neutraler mit Kriegführenden kann so vernichtet werden, ohne Rücksicht auf eine effektive Blockade der Häfen. Krieg selber würde verhängnisvoller für neutrale Staaten als für kriegführende Interessen werden.

Die Regel des Mittelalters, die Aushungerung belagerter und befestigter Städte würde so auf die gesamte Bevölkerung eines offenen Landes ausgedehnt werden. Es ist ein Rückfall in barbarische Kriegsgewohnheiten."

Und im Jahre 1904 während des russisch-japanischen Krieges anläßlich eines vom Prisengericht Wladiwostok erlassenen Prisenurteils verfaßte Staatssekräter Hay eine Instruktion an den Botschafter in Petersburg, in der es heißt:

„Wenn Krieg zwischen machtvollen Staaten besteht, so ist es für den rechtmäßigen Seehandel neutraler Staaten eine Lebensfrage, daß keine Änderung der Regel vorgenommen wird, und von dem Kriterium nicht abgewichen wird, das bestimmt, was als Konterbande der Beschlagnahme durch die Kriegführenden unterliegt, nämlich: Kriegsbrauchbarkeit der Ware, Benutzung und Bestimmung zu Kriegszwecken. Gegenstände, die wie Kohle, Baumwolle oder Lebensmittel, wenn auch für gewöhnlich Friedensgut, doch für kriegerische Zwecke gebraucht werden können, unterliegen nur dann der Beschlagnahme und Einziehung, wenn bewiesen wird, daß sie tatsächlich für die Land- oder Seestreitkräfte eines Kriegführenden bestimmt waren.

Dieser wesentliche Grundsatz des Völkerrechts kann nicht außer Geltung gesetzt werden durch eine Verfahrensregel des Prisengerichts, nach der die Eigentümer der beschlagnahmten Ladung beweisen müssen, daß kein Teil von ihr möglicherweise in die Hände der feindlichen Streitkräfte gelangt sein würde Ein solcher Beweis ist unmöglich; und es kann nicht zugelassen werden, daß die Nichterbringung eines Beweises, der nach seiner Natur unmöglich geführt werden kann, die Beschlagnahme und Verurteilung rechtfertigt. Wäre es anders, so wäre jeder neutrale Handel mit der Bevölkerung eines kriegführenden Staates unmöglich. Wenn das Prinzip durchgeführt würde, so bedeutete es, wenn zu voller Anwendung gebracht, die vollkommene Vernichtung alles neutralen Handels mit der nicht kriegführenden Bevölkerung von Japan: es enthebt von der Notwendigkeit einer Blockade, es macht den Grundsatz der Pariser Erklärung bedeutungslos, daß eine Blockade, um rechtsverbindlich zu sein, effektiv sein muß, es beseitigt allen Unterrschied zwischen Handel in Konterbandegütern und Nichtkonterbandegütern und ist in seiner Wirkung eine Kriegserklärung gegen jeglichen Handel zwischen der Bevölkerung neutraler und der kriegführenden Staaten."

Diese Auslassungen lassen klar erkennen, daß man in Washington seit mehr als 125

Digitized by Google

Jahren das Problem der Neutralität klar erkannt hatte und fest entschlossen war, die sich daraus für Amerika ergebenden Schlüsse zu ziehen. Mit dieser ruhmreichen Überlieferung zu brechen, war erst dem Präsidenten Wilson vorbehalten. Er hat sich mit der berüchtigten englischen Ordre in Council vom 29. Oktober 1914 abgefunden und bereits vorher den im wesentlichen damit übereinstimmenden Abänderungen und Zusätzen der englischen Regierung zu der Londoner Seerechtserklärung vom 22. August 1914 zugestimmt, über die die holländische Regierung in einem amtlichen Schriftstück nachstehendes Urteil fällt:

„Diese Abänderungen und Hinzufügungen machten mit annähernder Vollständigkeit alle Garantien illusorisch, welche die Londoner Erklärung dem Handel und der neutralen Schiffahrt gegen die mögliche Willkür der Kriegführenden auf dem Gebiete des Transportes von relativer Konterbande gegeben hatte. Darüber hinaus beseitigen sie jeden Unterschied in der Behandlung von absoluter und relativer Konterbande."

Als England dann diese Ordre in Council so handhabte, daß Amerika wohl oder übel zu einem Protest sich aufraffen mußte, erklärte die amerikanische Regierung in diesem Protest ausdrücklich, daß der Protest sich nur gegen die Behandlung richte, die England den Konterbandeladungen angedeihen lasse, die auf dem Wege nach neutralem Lande begriffen sind, daß dagegen ein Protest gegen die Unterbringung des direkten Handels mit Deutschland und ebenso gegen die Seekriegsgebietserklärung vom 3. November 1914 ausdrücklich ausgeschlossen sei. Damit hat Präsident Wilson in trockenen schwunglosen Worten auf ein Recht verzichtet, das seine Vorgänger durch mehr als 100 Jahre stets unbedingt hochgehalten haben, während es doch seine Aufgabe gewesen wäre, diese Politik fortzusetzen oder sie durch etwas Gleichwertiges zu ersetzen.

Wird Herr Wilson mit dieser Tat vor der Nachwelt und der Geschichte bestehen?

Notizen

Zur Polenfrage in der Ostmark erhalten wir folgende Zuschrift: Vor einiger Zeit beschäftigte sich Prof. Jakob Schmidt, Berlin, in der „Deutschen Politik" (Nr. 32) mit dem Thema: „Die Schulsprache unserer polnisch redenden Volksbezirke". Er lehnte in seinen Ausführungen den Standpunkt des Posener Provinzialrates Bock (Zur Sprachenfrage in der Provinz Posen) mit aller Entschiedenheit ab. In der Ostmark hat man besonders in den Kreisen des bodenständigen Deutschtums die schulpolitischen Maßnahmen vor dem Kriege nicht immer mit Beifall gutheißen können. Obwohl sich ein großer Teil der ostmärkischen Lehrerschaft noch kürzlich den Ausführungen der genannten Schrift angeschlossen hat, fehlte es doch nicht an Stimmen, die in ihr einen „Akt kurzsichtiger Politik" sahen und sich durch die Ausführungen des Provinzialschulrates nicht bange machen lassen wollten. Ja, in Lehrerkreisen stellte man sogar die Forderung auf, im Interesse der Förderung und Stärkung des deutschen Elementes in der Ostmark für die deutsche Schuljugend polnischen Sprachunterricht einzu-

Digitized by Google

führen. Die Doppelsprachigkeit ist in den national gemischten Gegenden der Provinz für den gewerbetreibenden Deutschen unerläßliche Notwendigkeit. Sie ist dort auch bei der älteren Generation weit verbreitet. Im Umgange wird die „fremde Sprache" leicht angeeignet, besonders im jugendlichen Alter. Der einheimische Deutsche sieht darin keinen „nationalen Mangel". Er kann als Laie es auch nicht verstehen, daß man von einer besonderen Methode des ersten Sprachunterrichtes für polnisch sprechende Kinder soviel Aufhebens macht. Die Erfolge derselben sind von Schulmännern ja in Musterschulen viel bewundert worden. Der Laie wies dann immer auf die Tatsache hin, daß die Schule auch dort, wo die Methode in Reinkultur betrieben wurde, bei der polnischen Jugend die Willigkeit, sich der deutschen Sprache draußen zu bedienen, nicht befördert hat. Die Lehrer an solchen Schulen sahen die Sache auch nicht so rosig an wie die flüchtigen Besucher. Die Methode allein tut es nicht! Sie ist für die deutschen Kinder nur ein Hemmschuh mit all ihren Äußerlichkeiten und handelnden Spielereien. Diese Überzeugung brach sich in den Kreisen der deutschen Eltern immer mehr Bahn. In der Stadt Posen wurde von deutschen Stadtverordneten kurz vor dem Kriege der Antrag eingebracht, der Magistrat möge eine Trennung der Schuljugend nach Nationalitäten im Interesse der deutschen Jugend durchführen.

Dem Laien will es nicht einleuchten, daß methodische Maßnahmen, Fibeln und Lesebücher, die auf fremdsprachige Kinder eingestellt sind, der deutschen Schuljugend zum Segen gedeihen können. Die Lehrerschaft des Ostens hat jahrelang vor dem Kriege z. B. bekämpft eine nach ihrer Ansicht ganz ungeeignete, rückständige und wenig kinderfreundliche Fibel. Sie ist noch immer im Gebrauch und liegt jetzt in zweiter unveränderter Auflage vor und wurde nebst Anleitung in sämtlichen Seminaren der Provinz eingeführt. Der junge Lehrernachwuchs seufzte, denn draußen fand er im Bezirk Posen eine ganz andere Fibel und mußte umlernen. Fibel und Lesebuch sind für Schüler und Lehrer eine Qual; ihr veralteter Inhalt ist wahrlich nicht geeignet, in polnischen Kindern Liebe zur deutschen Sprache zu erwecken und ihnen die Schulstube zu einer Stätte der Freude zu machen.

Die deutsche Bevölkerung konnte in diesen schulischen Maßnahmen beim besten Willen keine Förderung ihrer Interessen sehen. Die Provinz zählte nach der Statistik von 1911 noch 1861 Schulen mit nur einer Lehrkraft; 1/3 sämtlicher Schüler empfängt in ihnen das geistige Rüstzeug für den harten Kampf ums Dasein; davon sind wohl der größte Teil Deutsche; denn in drei polnischen Gegenden sah sich die Behörde, veranlaßt durch den Kinderreichtum der Polen, genötigt, mehrklassige Schulen einzurichten. Der bodenständige Deutsche sieht andererseits nicht so kleinmütig in die Zukunft, wie es der Verfasser der Schrift tut. Er sieht seine Interessen nicht gefährdet durch etwaige Zugeständnisse in bezug auf die Sprache an die Polen. Wichtig bleibt ihm, daß ein eigener Nachwuchs durch die Volksschule in Zukunft nicht so vernachlässigt wird, wie es geschehen ist. Darin sieht mancher Ostmärker einen Grund mit für die so oft beklagte Abwanderung gerade der einheimischen deutschen Elemente nach dem Reiche. Möge die Zukunft da manches ändern. Vor allem sollte man den eingeborenen Deutschen, der die ostmärkischen Verhältnisse von Jugend auf kennt, künftig nicht ängstlich ferahalten von maßgebenden Verwaltungsstellen. Kenntnis von der Eigenart der einheimischen Bevölkerung ist wertvoller als genaue Vertrautheit mit vergilbtem Aktenmaterial, auch wichtiger als große, pathetische Worte; davon sind durch all die Jahre genug gewechselt worden. Wir harren der Taten, die Ernst machen mit der Stärkung des Deutschtums auch durch die Volksschule. Verbittert über die erfahrene Zurücksetzung, durch die geringschätzende Behandlung durch die fremden „Kulturträger" hat manche tüchtige Kraft des Ostens zum Wanderstabe gegriffen oder steht grollend und kritisierend abseits. Der Kenner der hiesigen Zustände kann sich nur dem Wunsche des Prof. J. Schmidt anschließen: Sorgen wir dafür, daß endlich ein

Digitized by Google

anderes Verfahren eingeschlagen wird. Es wird und muß bessere Früchte zeitigen.

England nicht mehr „Beschützer der Kleinen"! Ernst Klein schreibt in der Monatsschrift „Deutsche Arbeit": „England hat an der Rolle des ‚Beschützers der kleinen Nationen' den Geschmack verloren. Einst klang es so edel und uneigennützig, als man vorgab, nur zum Schutze des kleinen Belgiens in die deutsche Abrechnung mit den Ruhestörern in Ost und West einzugreifen. Allein die Art, wie die Getreuen um Sir Roger Casement, De Wet und Maritz, Om Carp und König Konstantin „beschützt" wurden, ließ Englands Wohlwollen selbst den Ententefreunden in etwas anderem Lichte erscheinen. Kaum hätte es dazu noch solcher Ausführungen bedurft, wie sie die Wochenschrift „The World" brachte: „Allen den kleinen neutralen Staaten muß man zu verstehen geben, daß ihre Neutralität nicht länger möglich ist. Wenn sie nicht mit uns gehen, so sind sie gegen uns. Wenn sie mit England gehen, so müssen sie Deutschland angreifen, wenn ihnen England das Zeichen gibt. Wenn sie gegen uns sind, so müssen sie einer völligen Blockade unterworfen werden. Wir werden in England uns mit kargen Rationen begnügen müssen. Aber sie, die Neutralen, werden einer absoluten Aushungerung ins Auge starren."

Wo nun aber gar die bösen Deutschen die britischen Grundsätze vom Selbstbestimmungsrecht und Schutze der Kleinen auf Vlamland, Irland, Ägypten und Indien angewendet wissen wollen, bläst die britische Presse vollends zum Rückzuge. Vor kurzem schrieb bereits die „Contemporary Review", „kleine Nationalitäten, kleine Splitter müßten manchmal mit weniger als ihrem vollen Ideal zufrieden sein, wenn das Wohl ganz Europa es fordere". Ausführlicher beschäftigt sich jetzt der Londoner „Aeroplane" mit dieser Frage:

„Solange der Mensch nicht seine Natur von Grund auf geändert hat, werde das Reich mit der größten Militärmacht stets am wenigsten der Gefahr eines Angriffes ausgesetzt sein und auch kleinen Nationen, die es in sich aufgesogen habe, sowohl in militärischer wie wirtschaftlicher Hinsicht die beste Friedensgewähr bieten. Eine kleine Nation ist sowohl eine Gefahr, für sich selbst als auch für seine größeren Nachbarn." Nachdem festgestellt worden ist, daß Holland und Dänemark in verschiedenen Beziehungen unter dem Kriege mehr leiden als Frankreich und England, wird dem Leser ein wenig unerwartet erzählt, Belgien, Serbien und Rumänien böten heute ein Beispiel für das Schicksal, das die kleinen Nationen erwarte, falls ihre große Nachbarn in Streit gerieten. Belgien als Teil Frankreichs hätte den ersten deutschen Stoß abdämmen und so sich selbst und Nordfrankreich retten können. „Ja" — es klingt aus englischem Munde wie Ketzerei — „Belgien auch als Teil Deutschlands würde vor dem schlimmsten Schrecken des Krieges bewahrt geblieben und lediglich durch unsere Blockade wie das übrige Deutschland belästigt worden sein. Serbien als Teil Österreichs oder der Türkei würde der Invasion und Vernichtung entgangen sein. Serbien als Bestandteil eines großen, unter einem starken Kaiser stehenden Staates wäre vielleicht ganz außerhalb des Krieges geblieben." Der Grund zu diesem erstaunlichen Bekenntnis läßt nicht auf sich warten. „Aeroplane" zieht aus dem Geschilderten die Folgerung, alle diese Tatsachen bewiesen, welche Nachteile die Lage der kleinen Nationen habe, und fährt dann fort: „Leider wollen das unsere irischen Freunde gar nicht einsehen, und da kein Feind da ist, um ihnen dieselben Lektionen, wie Belgien und Serbien zu erteilen, werden wir wohl die Lehrerrolle nach dem bewährten Muster von Stafford und Cromwell übernehmen müssen. Unartige Kinder müssen eben solange Prügel bekommen, bis sie vor Erschöpfung ruhig werden." 1914 las man's anders! Die neue Lesart sei den „kleinen Völkern" Österreichs empfohlen, die ihre „Freiheit" von des Vielverbandes Gnade erhoffen.

Die Ukraine und der Frieden. Aus Kiew wird dem „Utro Ross." vom 7. 12. berichtet:

Digitized by Google

„Im Zusammenhang mit dem Entschluß General Schtscherbatschews, einen Waffenstillstand an der rumänischen Front abzuschließen, fand eine Sondersitzung der Kleinen Rada unter dem Vorsitz Hruschewskis statt. Die Beratung begann um 1 Uhr mittags und endete um Mitternacht. Es wurde ein Telegramm General Schtscherbatschews vorgelesen, welcher die Rada auffordert, Vertreter zur Teilnahme an den Verhandlungen mit dem Feinde zu entsenden. Die ukrainischen Sozialdemokraten bestehen darauf, daß der Waffenstillstand und sodann der Frieden an der rumänischen Front im Namen der Ukrainischen Volksrepublik und im Namen der ukrainischen Sozialdemokraten erklärt werde. Nerano witsch sagt, daß die Lage den Ukrainern günstig sei; die Rada hat es nur noch nötig, die Presse zur Mitarbeit heranzuziehen. Die Ukrainische Republik müsse die Sache des Friedens in die Hand nehmen, als souveräne Macht, und von dem Tatbestand den Rat der „Volkskommissare", als großrussische Regierungsstelle, wie auch die kriegführenden Mächte und die Verbündeten in Kenntnis setzen. Ein Friedensschluß sei notwendig, um mit der westeuropäischen Demokratie in Verbindung zu treten, mit Hilfe derer die Ukrainer ihr Programm der nationalen Selbstbestimmung durchführen würden.

Die ukrainischen Sozialrevolutionäre geben eine analoge Erklärung ab und empfehlen, sich auf den Standpunkt einer vollkommen unabhängigen Macht zu stellen. Balabonow spricht im Namen der russischen Sozialdemokraten und des „Bundes" und erklärt, daß die Interessen Rußlands für die Ukrainer hinter den eigenen zurücktreten, es frage sich nur, ob die Ukrainer verstehen werden, die Interessen der Ukrainer zu wahren, und ob man auf der Friedenskonferenz mit der Stimme der Ukrainischen Republik, die sich noch in einem Zeitraum der Organisation befindet, rechnen werde. ‚Wir lehnen den Separatfrieden ab,' sagt Balabanow. ‚Nur eine zentrale Gewalt ist befugt, einen allgemeinen Frieden zu schließen.'"

Der Vorsitzende des Generalsekretariats (Ministerium), Winnitschenko, stellte fest, daß die Stellung der führenden ukrainischen Fraktionen nicht von den Anschauungen des Sekretariats abweiche. Es sei notwendig, sich mit den Organisationen, welche die Friedensverhandlungen an den übrigen Fronten leiten, zu verständigen. Das Generalsekretariat sei der Ansicht, daß die Volkskommissare einen großen Einfluß auf die Massen hätten, die Friedenssache müsse jedoch eine organisierte, einheitlich sozialistische Regierungsgewalt föderativen Charakters in die Hand nehmen.

Ferner wird aus Kiew gemeldet: „Die Kleine Rada hat den Beschluß gefaßt, Vertreter des Sekretariats zur Teilnahme an den Waffenstillstandsverhandlungen an die rumänische und an die Südwestfront zu entsenden; sich bereits jetzt an die verbündeten und feindlichen Mächte mit dem Vorschlag zu wenden, in Friedensverhandlungen einzutreten; hiervon den Rat der „Volkskommissare" in Kenntnis zu setzen, um das Vorgehen in Übereinstimmung zu bringen; an die Ausarbeitung eines konkreten Friedensprogramms zu gehen und dasselbe den Völkern Rußlands, sowie den verbündeten und feindlichen Mächten als Grundlage der Verhandlungen anzubieten. Die Rada ruft alle Völker Rußlands auf, diesen Verhandlungen ihre aktivste Teilnahme zu widmen.

Die Entschließung wurde mit 29 Stimmen gegen 8 angenommen."

Wie aus dieser Meldung des Moskauer Blattes zu ersehen, sind sich die beiden größten Parteien, die Sozialdemokraten und die Sozialrevolutionäre darin einig, daß ihr Endziel die Souveränität der Ukraine darstelle. Ihre Hoffnungen setzen sie dabei aber nicht mehr wie früher auf Mitteleuropa, sondern auf die „westeuropäische Demokratie". Dieser Umschwung dürfte nicht zuletzt dadurch hervorgerufen worden sein, daß Mitteleuropa augenblicklich nur mit den Maximalisten verhandelt, die die größten Gegner aller Fremdvölker und damit der beiden oben genannten ukrainischen Parteien sind, weil sie überhaupt keine Nationalität anerkennen und nur bereit sind, Gebieten die Unabhängigkeit zu geben, wenn sie politisch auf dem Standpunkte der Maximalisten stehen.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Die Neutralen

Was wir von den Neutralen erhoffen müssen, sagt Friedrich Meinecke in der Einleitung zum ersten Band der von ihm herausgegebenen Sammlung „Nachbarvölker Deutschlands“ (Monographien ihres politischen und kulturellen Lebens. München, R. Oldenbourg), in der Rudolf Kjéllen eine „politische Monographie von Schweden“ gibt. Meinecke geht aus von der Entstehung der modernen Kultur „aus der Gemeinschaft der germanischen und romanischen Völker“, die, „wie wir wünschen, auch in Zukunft den Weg zueinander wieder finden, wenn auch auf lange Zeit hinaus ihr Kontakt verhindert ist“. „In dieser Situation fällt den neutral gebliebenen kleinen Nachbarnationen, die uns wie in einem Kranze umgeben, eine besondere Aufgabe zu. Sie müssen uns geistigen Ersatz bieten für vieles, was wir verloren haben. Sie werden, wie sie es bisher schon zum Teil getan haben, uns auch als Mittelglieder und Brücken zu denjenigen Teilen der romanischen und angelsächsischen Welt dienen, die fähig und bereit sein werden, sich uns wieder zu erschließen. Vor allem aber wird uns das eigene Leben unserer Nachbarvölker und insbesondere der ganz oder vorwiegend germanischen stärker anziehen. Wir werden das uns Verwandte bei ihnen mit tieferer Sympathie begrüßen und ihre kräftig entwickelte Eigenart zugleich eindringender verstehen wollen und wärmer zu achten lernen. Was unsere germanischen Nachbarn dafür von uns an geistigen Gegenwerten eintauschen wollen, ist Sache ihres freien Entschlusses und ihres selbständigen Bedürfnisses. Nur ein auf unbedingtem Respekt voreinander und auf der Voraussetzung einer inneren Gleichberechtigung beruhender Verkehr kann uns das bringen, was wir wünschen.“ (Um solchen Verkehr vorzubereiten, führen, wie Kjéllen in die völkische Gesellschaft und staatliche Struktur Schwedens, so späterhin gleich hervorragende Autoren in die deutsche Schweiz, die Niederlande, Dänemark, Norwegen ein. Mit dem von Kjéllen — der praktischen Anwendung seines Buches über den Staat als Lebensform und dem Beispiel einer neuartigen wissenschaftlichen und künstlerisch hochstehenden politischen Monographie — ist ein guter Anfang gemacht.)

Ein indirekter Beitrag zu der Mitarbeit an der Verständigung der europäischen Völker (einer weiteren Aufgabe der Neutralen) ruft der Holländer Jacob ter Meulen in einem äußerst rückwärts gerichteten und innerlich zukünftig gemeinten Buche über die Entwicklung des Gedankens der Internationalen Organisation in der Zeit von 1300—1800 auf (Haag, Martinus Nijhoff). Das Ergebnis ist folgendes: Vor dem 18. Jahrhundert wurde die Idee einer internationalen Gemeinschaft nur von wenigen ausgesprochen. Erst im 18. Jahrhundert entstand eine ganze Bewegung zugunsten einer Rechtsordnung, welche auch die zwischenstaatlichen Verhältnisse umfassen sollte. Man verurteilte die Fürsten, die öfters nur einer Laune wegen einen Krieg anfingen. Philosophen und Literaten, Theologen und Dichter setzten eine Ehre darein, sich Weltbürger nennen zu dürfen. Viele von ihnen sprachen mit einer gewissen Geringschätzung von der Nation und kannten bloß die Republik der Menschheit. Juristen und Ökonomen verkündigten Theorien, in denen sie, ohne den Begriff der Nation zu erwähnen, die menschliche Gesellschaft für unabhängig von den politischen Grenzen erklärten. Als endlich auf dem europäischen Festland die mächtigen geistigen Strömungen zur politischen Revolution führten, glaubten viele, daß ihr Ideal einer universellen Republik verwirklicht werden würde und der Rechtsprozeß schon jetzt an die Stelle des Krieges treten könnte. Die Gesellschaft war aber trotz aller kosmopolitischen Gefühle, ja zum Teil gerade dadurch, noch nicht so weit in der Entwicklung vorgeschritten, daß sie das große Werk schon jetzt in Angriff hätte nehmen können. Erst im kleinen Kreise, innerhalb des Gebietes des nationalen Staates mußte die Rechtsordnung fester begründet werden, ehe das Problem des internationalen Friedens gelöst werden konnte. Aber im 19. Jahrhundert hat sich demgegenüber die Staatsgewalt auf dem Gebiete, wo die Rechtsidee noch nicht verwirklicht ist — bei den ausländischen Verhältnissen — zu einer ungeheuren Macht entwickelt. Die großen Staaten gingen voran, die kleinen folgten und wandten ebenfalls alle Kräfte und Mittel an, die den Staat zu einer höllischen Maschine umgestalten konnten, sobald die höchsten Gewalthaber oder die Volksgruppen, die in den aller Öffentlichkeit entzogenen internationalen Regierungsverhältnissen zu entscheiden hatten, es für nötig hielten. In den zwischenstaatlichen Verhältnissen wurden hinfort Praktiken angewandt und gebilligt, welche man für alle menschlichen Verhältnisse mit Entrüstung verworfen hätte. Die nationalen Gemeinschaften wurden so stark, daß auch diejenigen Volksgruppen, die den zufälligen Gewalthabern feindlich gegenüberstanden und sich mit Parteigenossen in andern Ländern inniger verbunden fühlten als mit den andern Parteien im eigenen Lande, aus Selbsterhaltung sich unter den Schutz des Staates stellen mußten, sobald das offizielle internationale Band zerrissen war. Infolgedessen zeigt das Bild der Völkerwelt in unseren Tagen einen großen Gegensatz: einerseits das Prinzip rechtlich souveräner Staaten, die nur durch den eigenen Willen gebunden und verpflichtet

Digitized by Google

werden, andererseits die Existenz der historischen, materiellen, geistigen und sittlichen Bande der Menschheit. Deshalb stellte er als höchste Norm aller Ethik die Regel auf: Handle so, daß du in all deinem Handeln den Geist der Menschheit achtest. Aufzuheben ist dieser Gegensatz nach Ansicht des Verfassers nur durch eine internationale Rechtsordnung, für die die egoistische Teilgemeinschaft der nationalen Staaten kein dauerndes Hemmnis sein kann. Wie schon der Abbé de Saint Pierre im Anfang des 18. Jahrhunderts gesagt hat: „Ich gebe zu, daß es sehr wohl sein kann, daß sich ein europäisches Schiedsgericht nur allmählich, in unmerklichen Fortschritten und erst in zwei Jahrhunderten bilden kann."

Die Nutzanwendung für solche Mithilfe an der Wiederherstellung der europäischen Eintracht geben Schriften aus der Schweiz. Straehl-Imhoof („Der Friede und die Schweiz", Sauerländer, Aarau) stellt den Anteil der Schweiz an den Bestrebungen zum Völkerfrieden in folgendem Sinne dar: „Aus der Friedensidee in ideellen Wünschen allein entsteht noch keine friedliche Welt. Die Hauptsache besteht in dem Erfassen der vollen Notlage, die zum Zusammenschluß drängt, und in dem Betreten der Wege, die aus der Bedrängnis führen. Die Staaten müssen ein Gewissen bekommen, das die volle Menschheit umfaßt. Es wird geweckt werden, wenn sich die Nationen besser kennen lernen und alles bekämpfen, was den Frieden stört. Die menschliche Rasse muß die Degeneration ihres Geschlechts, ohne den mörderischen Krieg durch weise Gesetze der Rassenerhaltnng bekämpfen lernen und dem blutigen Völkerringen dadurch jede Notwendigkeit nehmen. Zugleich soll aber auch jedem aufstrebenden Volke seine Ausdehnung gewährleistet werden. Dann erst kann man die Heere reduzieren. Die Nationen werden ihre Geschicke, die sie selbst bis an ihr bitteres Ende auskosten müssen, auch selbst in die Hand nehmen. Der übertriebene Staatsegoismus muß schwinden. Der Gemeinschaftszweck der Völker sei das oberste Gesetz. Die Sprachen- und Nationalitätenbestrebungen sind in ihren ungesunden Auswüchsen zu bekämpfen, da sie zu Haß und Krieg führen. Das kampfhindernde Völkerrecht, das Bahn schafft für alle notwendigen internationalen Bestrebungen und das tägliche Brot des einzelnen, wie der Völker garantiert, muß den Weg zu einer machtvollen, Frieden fördernden Exekutive ebnen." Um Zukunftsaufgaben geht es in der Schrift von Dr. M. Nachimson, eine volkswirtschaftliche Untersuchung über die Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und der Handelspolitik („Imperialismus und Handelskrieg", Ferd. Wyß, Bern). N. hält es nicht für ausgeschlossen, daß der Krieg, der um der Kolonien willen geführt werde, den Anfang vom Ende der Kolonialherrschaft der europäischen Staaten bedeuten könne." „Europa wird nach dem Kriege gezwungen sein, in viel bedeutenderem Maße als vorher Qualitätswaren herzustellen. Denn es wird nicht mehr über genügende Rohstoffquellen (Eisen und Kohle) im eigenen Lande verfügen, vielmehr darauf angewiesen sein, diese wenigstens zum Teil aus den andern Weltteilen zu holen. Eine starke Entfaltung der Schwerindustrie wird darum auf Schwierigkeiten stoßen, wenigstens der Konkurrenz Amerikas gegenüber kaum gewachsen sein. Die europäische Industrie wird deshalb auf die Fertigproduktion und die Verfeinerung angewiesen sein. Trotz aller Hinternisse, die gerade durch den Weltkrieg aufgetürmt werden, wird sich so eine Arbeitsteilung und ein sehr reger Verkehr zwischen den Ländern entwickeln. Etwa wie heute England das feine Garn herstellt, während Japan und Indien die einfachen Sorten der Textilwaren liefern; wie Deutschland Halbzeug an England verkauft, werden in der Zukunft China, Indien, Nord- und Südamerika die Halbfabrikate der Eisen- und die gröberen Stoffe der Textilindustrie herstellen, die Deutschland, England, Frankreich usw. zu hochqualifizierten Waren verarbeiten werden. Für diese werden die westeuropäischen Industrien Absatzmärkte nicht in den Kolonien, sondern in den Kulturländern und in den kapitalistisch sich entwickelnden Ländern suchen, die allein große Nachfrage nach Produktionsmitteln und teuern Verbrauchsgegenständen bieten. Auf diese Weise wird zwar der Interessengegensatz zwischen den Unternehmern einzelner Länder untereinander nicht überwunden, ebensowenig wie der Interessengegensatz zwischen den Klassen oder die allgemeinen Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung, die ihren Ausdruck in Wirtschaftskrisen finden; wohl aber entstehen mächtige Interessengruppen, die an einem friedlichen Verkehr mit den Kulturländern stark interessiert und die wahrscheinlich international stark engagiert sein werden, sei es durch Beteiligung an vielen Unternehmungen in verschiedenen Ländern, sei es durch allgemeine Abmachungen mit ihren Konkurrenten in anderen Ländern. Es ist also wohl denkbar, daß auf die Epoche des kriegerischen Imperialismus eine Zeit des friedlicheren Verkehrs unter den Ländern eintritt, die infolge der weitgehenden Arbeitsteilung aufeinander angewiesen sind.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 5.— Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Orientbücherei

Herausgegeben von Prof. Dr. Ernst Jäckh

Bis heute erschienen 25 Bände

Verlangen Sie gratis das ausführliche Bücherverzeichnis

Das Verhältnis Deutschlands zum Orient ist durch den Krieg auf eine neue Basis gestellt. An dem Ausbau der Probleme sind Politiker, Industrielle und der Kaufmann, Wissenschaftler und Lehrer, Handwerker und Schüler durch den täglich wachsenden Austausch von Werten, Kräften, Menschen und Gütern gleich intensiv beteiligt. Die orientalische Wirtschaft ist im Begriff, sich auf ihren neuen Stand binnen möglichst kurzer Zeit zu heben, unter Überspringung einer bei uns jahrhundertelangen Entwicklung. Ein solcher Sturm des Fortschreitens bringt leicht die schlimmsten wirtschaftlichen und gesamtkulturellen Schäden. Die neue deutsche Orientliteratur des Gustav Kiepenheuer Verlages gibt für einen jeden, der mit dem Orient irgendwie in Beziehung steht, eine Fülle anregenden, aufklärenden und berichtenden Tatsachenmaterials. Wir bitten deshalb Interessenten, den Prospekt zu verlangen vom

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar

Börsenhandels-Zeitung

Erscheint wöchentlich — Begründet 1902

Organ für die Interessen der Börse, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

(Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels)

Sachkundige kritische Abhandlungen über das Börsenwesen, die Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- und Briefkursen.

Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 2 Mark, jährlich 8 Mark, Ausland 9 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48—49 (Fernspr.: Amt Stpl. 4409). Zweig-Bureau: In der Börse von 12—2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Bei allen Anfragen und Bestellungen aus dem Inseratenteil bitten wir, sich auf die „Deutsche Politik" zu beziehen.

AUTO-LICHT-ENTWICKLER „DANIEL"

Größter Schlager. Export nach allen Ländern. Daniel Meinr. Belz, Dresden-A., Gr. Plauensche Straße 18

Neuerscheinung!

Zeitgenössische Erzähler des Auslandes

Band 2

Alexej Remisow

Prinzessin Mymra

Novellen und Träume

Mit zwei Originallithographien von Robert C. Leonard

Aus dem Russischen übertragen von Alexander Eliasberg

In diesen Dichtungen weht der Wind asiatischer Steppen. Das Elend eines von Laster, Unwissenheit und Aberglauben geknechteten Volkes formt sich zu ergreifenden Erzählungen. Träume von einer kühnen Phantastik, in denen alle Qualen und Seligkeiten sich verdichten, führen in nie gesagte Tiefen des Unterbewußtseins.

Band 3

Ernst Didring

Pioniere

Ein Roman aus dem hohen Norden

Mit vier Originallithographien von Walther Klemm

Aus dem Schwedischen übertragen von Else von Hollander

In gigantischem Kampf erringt der Mensch den Sieg über die Natur, bezwingt nordische Eisriesen durch den Bau einer Bahn. Aber das Grauen dieser ewigen Nacht, die Rache eisiger Todeswüsten verlangen Opfer und vernichtet die Spannkraft der Seelen.

Preise:

M. 4.— brosch., M. 5.— eleg. Pappband, M. 7.— Halbpergament.

Diese neue Serie von Romanen und Novellen ist durch jede gute Buchhandlung oder direkt vom Verlag zu beziehen.

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 33
Rohrbach, Die Wendung 35
Erich, Schweden, Aland und das unabhängige Finnland . . . 39
* * * Der Stand der Ukraine 45
Sieger, Der Umfang der slawischen Bewegung in Österreich 48
Fischer, Der Frieden und die Zukunft 55
Möhl, Eine zeitgemäße Wahlrechtsdebatte 58
Notizen / Neuerscheinungen 61

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang 11. Januar 1918 Heft 2

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

unter ständiger Mitarbeit von:

Prof. Dr. Paul Arndt, Berlin; Prof. Dr. Auhagen, Dahlem-Berlin; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. E. H. Becker, Berlin; Professor D. Deißmann, Berlin; Prof. Dr. Rudolf Eucken, Jena; Prof. Dr. Eulenburg, Leipzig; Anton Fendrich, Freiburg-Zähringen; Prof. Dr. E. Franke, Berlin; Prof. Dr. O. Franke, Hamburg; Oberbürgermeister Dr. Geßler, Nürnberg; Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig; Prof. Dr. Harms, Kiel; Oberbürgermeister Dr. Külz, Zittau; Prof. Dr. Lampe, Berlin; Dr. Freiherr von Mackay, München; Wilhelm v. Massow, Berlin; Prof. Dr. F. Meinecke, Berlin; Dr. Adrian Molin, Stockholm; Geh. Reg.-Rat Dr. Muthesius, Berlin; Geh. Justizrat Prof. Dr. Niemeyer, Kiel; Prof. Dr. Oncken, Heidelberg; Dr. Alfons Paquet, Frankfurt a. M.; Prof. Dr. Pohl, Greifswald; Justizrat Dr. Rhode, Berlin; Prof. Dr. Roloff, Gießen; Prof. Dr. von Rümker, Berlin-Nikolassee; Jakob Schaffner, z. Z. Tiefurt; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schiemann, Berlin; Axel Schmidt, Berlin; Geh. Rat Dr. Schneider, Frankfurt a. O.; Geh. Admiralitätsrat Dr. Schrameier, Berlin-Halensee; Prof. Dr. Schumacher, Bonn; Reichstagsabgeordneter Geh. Rat Prof. Dr. v. Schulze-Gävernitz, Freiburg; Geh. Regierungsrat Prof. Dr. M. Sering, Berlin-Grunewald; Dr. Somary, Berlin; Prof. Dr. Martin Spahn, Straßburg; Dr. Friedrich Thimme, Berlin; Dr. lic. theol. Gottfried Traub, Dortmund; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Troeltsch, Berlin; Admiral z. D. Gouverneur v. Truppel, Berlin; Prof. Dr. Georg Wegener, Berlin; Dr. Fritz Wertheimer, Berlin; Prof. Dr. Wiedenfeld, Halle; Geh. Rat Prof. Dr. Wohltmann, Halle; Kgl. Ministerialrat Zahn, München; Regierungsrat Zache, Hamburg.

Einsendungen (mit Rückporto) für die Schriftleitung sind zu richten nach Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. / Einsendungen, welche den Versand und Inseratenteil der Zeitschrift betreffen, dagegen nur an den Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a, oder Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar, Wörthstraße 43. Telephon 53.

Gustav Kiepenheuer Verlag, Abt. „Deutsche Politik", Berlin

Bezugspreis vierteljährlich vom 1. 1. 1918:
Bei jeder Buchhandlung M. 4.—, Einzelnummer 40 Pfg.
Bei der Postanstalt Inland M. 4.35, Feldpost M. 4.50.
Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 11. Januar 1918 • Heft 2

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

6. Januar 1918

Politische Glossen

Gute Worte können Frucht tragen, auch nachdem diejenigen, die sie gesprochen haben, vielleicht schon den Glauben an sie verloren hatten. Herr v. Bethmann Hollweg rollte die russische Fremdvölkerfrage auf, als er davon sprach, daß die Völker „zwischen den wolhynischen Sümpfen und der Ostsee" nicht mehr unter das zarische Joch zurückkehren sollten. Auch Finnland gehört zu dieser Gruppe und wurde damals vom Reichskanzler im Zusammenhang mit ihr erwähnt, wobei er von den Leiden des finnländischen Volkes sprach. Seitdem hat es oft geschienen, als ob Finnland bei uns vergessen sei. Die halbe und ausweichende Antwort, die vor wenigen Tagen der finnländischen Abordnung in Berlin gegeben wurde, als sie um Anerkennung der Selbständigkeit Finnlands nachsuchte, war noch ein Ausfluß jener falschen Politik der Abkehr vom Worte Bethmann Hollwegs. Hoffentlich haben die Ereignisse selbst uns jetzt auf den richtigen Standpunkt gestellt.

*

Man tut überhaupt gut, sich Bethmannscher Worte zu erinnern. Von Anfang an ist es klar gewesen, daß sich als Ergebnis dieses Weltkrieges drei große Menschheitsziele verwirklichen müßten und daß demjenigen Lande der Sieg zufallen würde, das zuerst den Mut faßte, die drei Ziele aufrichtig auf seine Fahne zu schreiben:

1. Die Sicherstellung des Eigendaseins der kleinen Nationalitäten,
2. die Freiheit der Meere mit allem, was aus ihr folgt, Sicherstellung der Nichtkämpfenden zu Wasser und zu Lande, ihres Lebens, ihres Unterhalts usw.,
3. Ausbau des Haager Werks zu einer wirksamen Erschwerung kommender Kriege.

Bethmann hat wiederholt dazu angesetzt, diese drei Gedanken zur nationalen Forderung zu erheben. Beinahe hätten wir von ihm eine unzweideutige Erklärung über Belgien bekommen. Beinahe hätte er die Freiheit der russischen Fremdvölker im Namen Deutschlands verlangt. Beinahe hätte er den deutschen U-Bootkrieg vor der

Digitized by Google

Meinung der Welt als ein Kampfmittel im Dienst der Freiheit der Meere gerechtfertigt. Beinahe hätte er den Gedanken der Liga der Nationen in einer solchen Form akzeptiert, daß der Feind entwaffnet wurde. Die letzten entscheidenden Worte aber hat er niemals gesprochen. Die Geschichte wird nicht die technischen Hindernisse verantwortlich machen, die ihm entgegenstanden, sondern den politischen Willen, der nicht stark genug war, sie zu überwinden. Wir aber müssen uns heute dieses Wegweisers erinnern, in der inneren wie in der äußeren Politik, und von ihm bekennen: Er hätte unter die großen Staatsmänner gezählt, wenn er die Kraft gehabt hätte, den Weg zu führen, den er gewiesen hat!

*

Von einem bedeutenden Ukrainer wird der „Deutschen Politik" geschrieben:

„Die erfreuliche Tatsache, daß die deutsche Diplomatie in Brest-Litowsk auch für den Fall, daß keine Verständigung mit den Maximalisten erfolgt, mit den Ukrainern „ruhig weiter zu verhandeln" beschloß, veranlaßt mich, Ihnen folgendes vorzuschlagen: Man erkläre von deutscher Seite die Rückgabe der von den Truppen der Zentralmächte besetzten Teile Wolhyniens an die Ukraine nach dem Frieden und schaffe dadurch für die Ukrainer die Grundlage, mit den Polen über das Cholmer Land zu verhandeln. Bedingung für die vorgeschlagene Lösung der westlichen Grenzschwierigkeit der Ukraine ist natürlich, daß der ukrainische Teil von Galizien nicht ein Stück Polen, sondern ein eigenes österreichisches Kronland, womöglich mit der Bukowina vereinigt, wird."

Die Ukraine wird nach der Wendung der Ereignisse in Brest-Litowsk am 4. Januar nun endlich wohl auch für diejenigen politischen Kreise in Deutschland entdeckt sein, die sich bisher mit der Feststellung begnügten, daß sie diesen Gegenstand auf der Schule nicht gehabt hätten, und daß ihnen daher nicht zugemutet werden dürfe, politische Gedanken über ihn zu fassen. Natürlich dürfen jetzt die Ukrainer in Brest nicht wieder in der Versenkung verschwinden, wenn der Draht zu den Maximalisten wieder angeknüpft wird. Wir können uns dem Standpunkt, den die ukrainischen Zuschrift vertritt, daß der polnische Staat der Ukraine gegenüber nicht über die Grenzen des ethnographischen Polen hinausgehen dürfe, nur anschließen. Kräftigung Polens an anderer Stelle wird dadurch nicht verhindert.

*

Von neutraler Seite ist auf Grund von Zeitungsnotizen behauptet worden, die gegenwärtige englische Regierung dächte heute an einen allgemeinen Frieden. Diese Auffassung ist kindlich. Zweifellos wird Lloyd George die deutsch-russische Erklärung beantworten. Sehr möglich, daß er es in einer Form tun wird, die Englands Pazifisten, ebenso wie die unsrigen, betrügt. Er würde damit ausschließlich eine diplomatische Offensive zur Erleichterung des englischen Krieges bezwecken, nicht aber wirklich dem Frieden dienen wollen.

*

Digitized by Google

Lloyd Georges Stellung ist nach wie vor bedroht. Die irische Nationalistenpartei macht Miene, sich zu Landsdowne zu bekennen. Das bedeutet sehr viel. Es handelt sich nicht etwa um die irischen Republikaner (Sinn Feiner), sondern um britische Patrioten, die viele ihrer Söhne in den Krieg geschickt haben. Einer ihrer Führer, Willy Redmond, ist gefallen. Trotzdem hat Lloyd George noch eine ungeheure Kriegsleidenschaft in England zur Verfügung. Es ist möglich, daß es ihm gelingt, auf Northcliffes Befehl sein Kabinett von jenen Elementen zu säubern, in deren Gesellschaft Northcliffe sich nicht begeben wollte, als ihm das Luftministerium angeboten wurde. Das beste, was uns zur Führung des Krieges passieren könnte, wäre ein Ministerium Lloyd George-Northcliffe-Bottomley. Dieser Mann ist Herausgeber der Zeitschrift „John Bull", mit der man sich vor dem Kriege als anständiger Mensch nicht auf der Straße sehen lassen konnte. Jetzt hat sie eine Millionenauflage erreicht.

6. Januar 1918

Die Wendung

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk haben am 4. Januar, wie der Reichskanzler sich im Hauptausschuß ausdrückte, einen „Zwischenfall" erlitten. Die Russen haben verlangt, es solle weiterhin in Stockholm, statt in Brest-Litowsk, verhandelt werden, und sie haben unsere Vorschläge wegen Räumung des besetzten Gebietes und Vornahme von Volksabstimmungen beanstandet. Hierzu ist zunächst allgemein zu bemerken, daß es niemanden, der die russische Psychologie kennt und unsere politische Taktik gegenüber den Russen von Anfang an verfolgt hat, wundern kann, wenn die Russen Schwierigkeiten irgendwelcher Art machen. Ihnen fehlt infolge unseres Verhaltens das durchaus notwendige Bewußtsein, daß wir sicher der stärkere Teil sind. Hiervon abgesehen, soll man sich aber doch darüber nicht täuschen, daß die Russen, wenn sie schon die Fremdvölker freigeben, diesen keine andere Freiheit lassen wollen, als sich nach maximalistischer Weise zu organisieren. Nur eine solche Art von Freiheit wollen die russischen Politiker von Brest-Litowsk dulden, soweit sie dazu die Macht haben. Keineswegs aber beabsichtigen sie ihrerseits, eine wirkliche Freiheit der Volksentschließung bei den Fremdvölkern zu gestatten.

Das Verlangen an uns, nach Stockholm zu gehen, ist sachlich unberechtigt und formell unverschämt. Vermutlich steckt die Entente dahinter — nur daß es sehr verkehrt wäre, von dieser Seite aufrichtige Neigung zum Eintritt in die Friedensverhandlungen anzunehmen. Daran denkt Lloyd George, denkt Clemenceau, denkt Wilson, denkt Sonnino keineswegs. Solange die gegenwärtigen Staatsmänner, Lloyd George an der Spitze, die Politik der Entente leiten, ist es unmöglich, an ehrliche Absichten bei einer Einmischung in die deutsch-russischen Friedensverhandlungen zu glauben. Wir wollen wirklich den Frieden, jene aber wollen nicht den Frieden, sondern

Digitized by Google

unsere Niederwerfung. Darum wäre es töricht von uns, wenn wir in die uns gestellte Falle gingen. Stockholm ist für uns ausgeschlossen, wenn wir keine überzeugenden Bürgschaften von der Entente erhalten, und die werden uns ihre gegenwärtigen Machthaber sicher nicht geben.

Auffallend und zunächst schwer verständlich ist die Tatsache, daß nach dem Eintritt der Neujahrspause in den Verhandlungen von Brest-Litowsk von deutscher Seite so über die Dinge berichtet wurde, als ob in der Hauptsache Einigkeit bestände und die verbleibenden Differenzpunkte sich auch günstig erledigen würden — während es nach den jetzt in der neutralen Presse erscheinenden Mitteilungen so aussieht, als ob die maximalistischen Bevollmächtigten schon am 28. Dezember eine strikt abweisende Erklärung gegen den deutschen Standpunkt abgaben. Auch ist bereits am 1. Januar durch den offiziellen Telegraphen der maximalistischen Regierung der Welt mitgeteilt worden, man betrachte russischerseits die deutschen Vorschläge über die Volksabstimmung im baltischen Fremdvölker-Gebiet als unannehmbar. In der Sitzung des Reichstagsausschusses vom 4. Januar wurde den Abgeordneten nicht einmal das mitgeteilt, was doch alle Welt außerhalb Deutschlands schon wußte. Dagegen berichtete am 5. Januar der „Vorwärts" aus der dänischen Presse vom 3. Januar, die russische Delegation habe am 28. Dezember in Brest-Litowsk eine scharfe Erklärung abgegeben, in der gesagt wurde, die Imperialisten aller Länder, auch die deutschen und österreichischen, erkennten das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Worten an, wollten aber in Wirklichkeit Annexionen vornehmen. Wie stimmt es dazu, fragt der „Vorwärts", daß nach dem deutschen Bericht über die Verhandlung am 28. Dezember der Vorsitzende der russischen Delegation, Joffe, die Verhandlungen „mit einer sehr freundlichen und hoffnungsvollen Rede" vertagt haben soll? Hier scheint in der Tat ein starker Widerspruch vorzuliegen.

Der Vorwurf der Unaufrichtigkeit, den die Russen gegen uns erheben, hätte nicht gemacht werden können, und es hätte auch nicht durch übelwollende oder schlecht unterrichtete Beurteiler der Schein einer solchen Unaufrichtigkeit entstehen können, wenn unsererseits von Anfang an in richtiger Erkenntnis der russischen Verhältnisse gehandelt worden wäre. Es war schon nicht nötig, daß, während von russischer Seite die Herren Joffe & Co. nach Brest-Litowsk geschickt wurden, von der unsrigen der Staatssekretär des Auswärtigen in Person mit einem Stab hoher Beamter erschien. Auch der österreichische Minister des Auswärtigen, Graf Czernin, hat es für ratsam gefunden, selbst zu kommen. Wir können auch darin bei aller Anerkennung für die sonst sehr geschickte österreichische Politik nur ein Verkennen des russischen Geistes und der Lage Rußlands erblicken.

Richtiger wäre es gewesen, von Anfang an den russischen Abgeordneten gegenüber alle Liebenswürdigkeiten zu unterlassen (sie haben sich darüber doch nur in ihren Zeitungen lustig gemacht), sie ohne Schärfe, aber deutlich, in die Rolle der Besiegten

Digitized by Google

zu stellen, die den Frieden wünschen, weil sie keinen Krieg mehr führen können, und ihnen ohne Umschweife zu erklären: Der Abzug der maximalistischen Soldateska aus Finnland und dem baltischen Gebiet ist unerläßliche Vorbedingung, wenn weiter verhandelt und an die Aufrichtigkeit der russischen Erklärungen zur Fremdvölker-Frage geglaubt werden soll! Die Lage der maximalistischen Regierung war damals so, daß sie nicht erst viel nach dem Preise fragen durfte, wenn sie nur den Frieden bekam und sich dadurch im Innern halten konnte. Hatten doch die Wahlen zur National-Versammlung bis dahin eine vollständige Niederlage des Maximalismus ergeben. Durch unsere falsche Taktik in Brest-Litowsk wurden die Maximalisten gestärkt, denn wir gestatteten ihnen, nicht nur als die voraussichtlichen Bringer des Friedens, sondern auch als die Herren der Lage bei den Verhandlungen aufzutreten. Daher gelang es ihnen auch, sieben Mitglieder des linken Flügels der Sozial-Revolutionäre zum Eintritt in den „Rat der Volkskommissare" zu bewegen, was mindestens für den Augenblick keine geringe Zunahme des maximalistischen Ansehens in Rußland bedeutete. Und nun wagten es die Maximalisten, den Spieß, dessen Schärfe wir zuerst imstande waren, auf sie zu richten, umzudrehen und uns Unaufrichtigkeit in der Frage des Selbstbestimmungsrechts der kleinen Völker vorzuwerfen. Wenn man die wirkliche Lage übersieht, wenn man weiß, daß Finnländer, Esten, Deutsch-Balten, Litauer und auch ein Teil der Letten auf jeden Fall von Rußland los wollen, und daß nur die blutige Gewaltherrschaft der maximalistischen Soldatenbanden die faktische Trennung auch der nicht von uns okkupierten Gebiete von Rußland aufhält, dann ist es doch geradezu grotesk, wenn wir selbst den Russen eine Lage schaffen, in der sie es wagen können, uns Doppelzüngigkeit vorzuwerfen!

An der Antwort, die nach dem 28. Dezember, dem Datum der schroffen russischen Erklärung in Brest-Litowsk, die finnländische Abordnung in Berlin vom Reichskanzler erhielt, sehen wir, wie man den Russen gegenüber nicht verfahren darf, wenn man erfolgreiche Politik mit ihnen machen will. War es schon ein grundsätzlicher, dauernd von uns begangener Fehler, daß wir nicht rechtzeitig für die Herstellung eines Kanals zu den russischen Fremdvölkern sorgten, so hätte doch in dem Augenblick, wo die Finnländer in Berlin eintrafen und um Anerkennung der Souveränität ihres Staates baten, bei richtiger Erkenntnis der russischen Psychologie, und vollends wenn man sich bewußt war, was am 28. Dezember in Brest-Litowsk passierte, gar kein besseres Mittel zum Druck auf die Russen gefunden werden können, als die unumwundene, ja demonstrative Anerkennung Finnlands. Jetzt haben wir uns durch den russenfreundlich ausweichenden Charakter unserer Antwort bei den Finnländern keine Zuneigung erworben, Finnland ist gleich danach von Schweden und Frankreich anerkannt worden, und bei den Maximalisten haben wir, statt Gegenwerte für unsere Rücksichtnahme zu erhalten, nur weiter an Respekt eingebüßt. Von unserer Diplomatie hat man gesagt, sie würde die beste der Welt sein, wenn alle Menschen Preußen wären.

Digitized by Google

Das ist nun aber einmal nicht der Fall, und zur richtigen Politik gehört daher vor allem die richtige psychologische Einschätzung des Nichtdeutschen, in diesem Falle des russischen Maximalisten.

Sehr wichtig und erfreulich ist, daß in Brest-Litowsk Abgeordnete der ukrainischen Republik eingetroffen waren, und daß wir mit ihnen weiterverhandelt haben. Hoffentlich gehen diese Verhandlungen fort und führen zu einem positiven Ergebnis. Noch erfreulicher wäre es allerdings, wenn wir die Gelegenheit, Verhandlungen mit den Ukrainern zu führen, nicht nur benutzt, sondern durch eine rechtzeitige und richtige ukrainische Politik selber herbeigeführt hätten! Die richtigen Grundlagen eines deutsch-finnländischen und eines deutsch-ukrainischen Verhältnisses hätten von uns schon vor Jahr und Tag gelegt werden müssen, indem wir vom Beginn der ukrainischen und finnländischen staatlichen Selbständigkeitsbewegung an Fühlung mit den dort treibenden Kräften nahmen und sie unserer Teilnahme an ihren politischen Fortschritten versichert hielten. Selbst ohne uns durch offizielle Erklärungen zu binden, hätten wir auf diesem Wege in Brest-Litowsk von vornherein eine weit günstigere Stellung einnehmen können, als wir sie infolge dieser Versäumnisse hatten. Ich habe im vorigen Heft der „Deutschen Politik" gesagt, es käme darauf an, daß wir unsere Stärke gegenüber den Maximalisten begriffen, und daß wir uns unseren maximalistischen Verhandlungspartnern gegenüber rechtzeitig auf die Möglichkeit gründlichster Überraschungen einrichteten. Die Überraschung ist nun gekommen, und sie ist genau von daher gekommen, wo sie den Umständen nach kommen mußte. Erstens kam sie wegen unserer unzeitigen Liebenswürdigkeiten und unseres Entgegenkommens gegenüber Leuten, die absolut nicht imstande sind, solche Dinge so zu begreifen, wie wir sie meinen. Das gilt für unsere offizielle Diplomatie. Was unsere Zeitungen angeht, so kann natürlich erst recht nur eine Meinung darüber herrschen, daß die Politik der „Vossischen Zeitung", des „Berliner Tageblatts", des auswärtigen Leitartiklers der „Kreuz-Zeitung" und der sozialdemokratischen Presse nur so wirken kann, als ob sie ausdrücklich zur Unterstützung Rußlands und der Maximalisten gemacht wurde. Das ist natürlich nicht der Fall, aber ist es nicht fast noch schlimmer, wenn die Blätter aus Unwissenheit handeln, als wenn sie es aus Bosheit tun? Die zweite Wurzel des Zwischenfalls ist die fortgesetzte Verkennung unserer Hauptaufgabe gegenüber dem zukünftigen Rußland, die nur heißen kann: Rechtzeitige Einstellung unserer Politik auf Schaffung eigener Staaten aus den nichtmoskowitischen Völkern Rußlands! Je klarer wir diese Notwendigkeit einsehen, desto nachdrücklicher und überzeugender werden wir auch imstande sein, die Unterstellung zurückzuweisen, als ob wir es mit dem freien Selbstbestimmungsrecht der Ukrainer, Finnländer, Deutsch-Balten, Esten, Letten, Litauer und Polen nicht aufrichtig meinten.

Digitized by Google

Schweden, Aland und das unabhängige Finnland

Von Professor Dr. R. Erich, Helsingfors, zurzeit Stockholm

Die Alandsfrage ist während des Weltkrieges sozusagen der springende Punkt der auswärtigen Politik Schwedens gewesen. Einsichtige politische Kreise haben allerdings längst anerkannt, daß nicht die Alandsfrage allein, sondern die Finnlandsfrage in ihrem ganzen Umfang für Schweden (und auch für Norwegen) ein Lebensinteresse bedeutet, für das große Publikum aber, das, aus Furcht vor kriegerischen Verwicklungen, jede nicht unbedingt notwendige Ausdehnung des auswärtigen Interessenkreises vermieden wissen wollte, stellte sich die Alandsfrage, insbesondere solange die Lebensmittelverhältnisse noch keine allzu großen Besorgnisse einflößten und man allgemein mit einer verhältnismäßig kurzen Kriegsdauer rechnete, fast als das einzige ernsthaft beunruhigende Kriegs- und Friedensproblem dar. Hierbei überwog bei einigen der Gesichtspunkt, daß die Neutralität Schwedens im Weltkriege nicht gefährdet werden möchte; daher müsse man verlangen, daß die Regierung nicht mit scharfen Mitteln gegen die militärischen Übergriffe Rußlands auf den Alandsinseln vorgehe. Für andere handelte es sich vor allem darum, einer Befestigung und Verstärkung der russischen Gewalt in der nächsten Nähe Schwedens entgegenzuwirken.

Die Alandsfrage bedeutet sozusagen die politische Brücke zur finnländischen Frage. Davon abgesehen, daß es in Schweden stets weite Kreise gegeben hat, die dem Schicksal Finnlands keineswegs teilnahmslos gegenüberstanden, hat man sich der Einsicht nicht verschließen können, daß eine für Schweden günstige Lösung der Alandsfrage letzten Endes auch eine glückliche Regelung der künftigen Lage Finnlands, d. h. die Ausschaltung der russischen Gewalt über Finnland voraussetzt. Falls Finnland fortwährend zur Verfügung der russischen Militärherrschaft stehen müßte, so könnte nicht einmal die förmliche Neutralisierung eines zu Finnland und damit auch zum russischen Reichs gehörenden Aland eine genügende Gewähr dagegen bilden, daß Rußland auch in künftigen Kriegen jene bedeutsame Inselgruppe militärisch vergewaltigen und ausnützen würde. Würden hinwider die Alandinseln an Schweden abgetreten werden müssen, während das übrige Finnland unter russischer Herrschaft verblieben wäre, so ist anzunehmen, daß Rußland jener Verlust als ein ihm abgezwungenes Zugeständnis ansehen würde, das bei günstiger Gelegenheit wieder rückgängig gemacht werden müßte.

Hieraus ergibt sich, daß nur die Verselbständigung Finnlands eine den Interessen Schwedens vollends entsprechende Lösung auch der Alandsfrage abgeben kann; jede andere Regelung würde auf mehr oder weniger unsicherer Grundlage ruhen.

Der allgemein bekannten Vorgeschichte der Alandsfrage hier nachzugehen, kommt nicht in Frage. Die Regelung derselben auf dem Pariser Kongresse durch

Digitized by Google

den Zusatzvertrag vom 30. März 1856 bedeutete für Schweden, das nicht selbst als Vertragspartei daran beteiligt war, lediglich eine halbwegs günstige Lösung, wenn es sich auch aus der Natur der Sache und der Entstehungsgeschichte des Vertrages ergibt, daß das Befestigungsverbot und die Beschränkung der Militärherrschaft Rußlands vorwiegend im Interesse Schwedens vereinbart wurde. — — Besonders in den ersten Zeiten des Weltkrieges ist ein völkerrechtlich interessanter, politisch wenig erheblicher Streit darüber geführt worden, welche Stellung Schweden dem „Alandsservitut" gegenüber einzunehmen hätten und welches Einspruchsrecht ihm gegen Verletzungen des Vertrages seitens Rußlands zustand. Ebenso wie es klar ist, daß Schweden formalvölkerrechtlich nicht die Stellung einer Vertragspartei einnimmt und daß der Vertrag nicht als ein pactum in favorem tertii (Vertrag zugunsten eines Dritten) im strengsten juristischen Sinne des Wortes aufgefaßt werden kann, ebenso unleugbar war das rechtlich erhebliche Interesse Schwedens, ein Interesse von der Bedeutung und Beschaffenheit, daß es auf dem zwischenstaatlichen Gebiete nicht selten einen formellen Rechtsanspruch ersetzt. Während des Krieges ist es von schwedischer Seite nicht zu einem aktiven Vorgehen in der Alandsfrage gekommen. In frischer Erinnerung lebt noch die ergebnislos verlaufene Interpellationsdebatte im schwedischen Reichstag im Mai 1916 und die dabei von seiten der Regierung abgegebenen beruhigenden Versicherungen, wonach die ganze Frage eine längere Zeit in Vergessenheit gefallen zu sein schien.

*

Zwei Tatsachen haben dazu beigetragen, die Erheblichkeit der Alandsfrage wieder stark hervortreten zu lassen. Erstens die kürzlich bekannt gewordenen Enthüllungen der Ententepläne, die auf die künftige Aufhebung des Alandsservituts hinauslaufen, zweitens die am 4. Dezember ergangene Selbständigkeitserklärung Finnlands.

Ebensowenig wie man erwarten konnte, daß Rußland in einem großen Kriege sich der vollen militärischen Ausnutzung der Alandsinseln enthalten würde, ebensowenig hat man sich darüber täuschen können, daß eine siegreiche Entente sich ihrer Überlegenheit bedienen würde, um auf russischen Antrag die östliche Großmacht endgültig einer Beschränkung zu entheben, über welche diese sich schon im Kriege hinweggesetzt hatte.

Die in Rußland erfolgte Veröffentlichung der Urkunden hat hierüber klaren Bescheid gegeben. Wie aus diesen Aktenstücken hervorgeht, hat die vorrevolutionäre russische Regierung sich die Aufhebung des Alandsservituts vorbehalten wollen, dafür liefert das Telegramm des Ministers des Auswärtigen, Pokrowski, an den russischen Botschafter in Paris den unwiderlegbaren Beweis.

Die Enthüllungen des Herrn Trotzki haben in der schwedischen Presse, insbesondere auf seiten der Rechten, großes Aufsehen erregt. Unter der Rubrik „Die Wahrheit"

Digitized by Google

schreibt „Svenska Dagbladet“ u. a.: „Es hat sich nun herausgestellt, daß, während der damalige Minister des Auswärtigen Wallenberg sich veranlaßt sah, sowohl in möglichst offizieller Form als auch bei manchen weniger offiziellen Gelegenheiten jede Beunruhigung wegen der Alandsfrage zurückzuweisen, in Wirklichkeit Rußland jedenfalls mit Frankreich, wahrscheinlich auch mit England über das freie Verfügungsrecht über die Alandinseln verhandelte.“ „Stockholms Dagblad“ spricht sich in folgender Weise aus: „Das Telegramm an Iswolski wirft ein grelles Licht über die Wertlosigkeit der offiziellen französischen und englischen Versicherungen, die uns im Mai 1916 nach den Äußerungen des Ministers Wallenberg und der Führer der Reichstagsparteien überströmten, daß die Entente nie die Sicherheit Schwedens durch dauernde Befestigungen auf den Alandsinseln hat bedrohen wollen ... Das Telegramm bestätigt, was man in Schweden, ungeachtet aller beruhigenden Versicherungen, die ganze Zeit befürchtet hat, nämlich daß die russische Regierung, die über die Angelegenheit mit Briand verhandelte, es sich angelegen sein ließ, die völkerrechtlichen Hindernisse zu beseitigen und jene für die militärische Lage Schwedens äußerst bedrohlichen Befestigungen zu bewahren.“

So sehr man auch auf gewissen Seiten in Schweden der Überzeugung zuneigt, daß das neue demokratische Rußland die imperialistischen Richtlinien des Zarismus sicher nicht befolgen wird, so dürfte die öffentliche Meinung entschieden darauf bestehen, daß Schweden bei der Regelung der Alandsfrage ein Wort mitzusprechen haben muß.

Inzwischen hat sich Finnland in nachdrücklicher Weise als der rechtmäßige Herr und Gebieter auch der Alandsinseln hervorgetan, über deren weitere Schicksale unter keinen Umständen mehr ohne Finnlands Zustimmung verfügt werden darf. Am 4. Dezember hat die vom Landtage eingesetzte neue Regierung (der Senat) durch eine an den Landtag gerichtete Erklärung und eine Kundgebung an das Volk Finnlands dieses Land als eine unabhängige, souveräne Republik erklärt und der neugewählte rechtmäßige Landtag hat am 7. Dezember dieser Selbständigkeitserklärung zugestimmt und sich einstimmig für die Verwirklichung der vollen Unabhängigkeit Finnlands ausgesprochen. Die Regierung beabsichtigt demnächst bei auswärtigen Regierungen den Antrag zu stellen, mit dem neuen selbständigen Staate in diplomatische Verbindungen zu treten.

Mit der Verselbständigung Finnlands tritt auch die Alandsfrage in eine neue Phase ein.

1. Da es unter keinen Umständen vorausgesetzt werden kann, daß das selbständig gewordene Finnland die Sicherheit und Unversehrtheit Schwedens je bedrohen würde, so scheint der einzige wohlbegründete Einwand militär- und großpolitischer Art, der möglicherweise gegen das Belassen Alands unter finnischer Souveränität geltend gemacht werden könnte, darin zu liegen, daß vorläufig keine Gewähr dafür besteht, daß Finnland eine genügende Organisation seiner Wehrmacht schaffen wird, und daß sonst

Digitized by Google

eine Großmacht nur allzu leicht auf den Inseln sich festsetzen und ein unwillkommener Nachbar Schwedens werden könnte. Schon von diesem Gesichtspunkt aus ist es zu wünschen, daß keine „wehrnihilistischen" Strömungen in Finnland die Oberhand gewinnen; sollte dies aber zu befürchten sein, so könnten diejenigen Mächte, in deren Interesse die Erhaltung eines lebensfähigen finnischen Staates liegt, event. durch Vertragsbestimmungen eine Gewähr dagegen schaffen.

Falls nun auch die letztere Bedingung (die Errichtung einer hinreichenden Wehrmacht) von Finnland erfüllt wird, so scheinen die Umstände, daß man in Schweden den Erwerb der Alandsinseln *vielleicht* als Ehrensache auffaßt, und daß die Inselbewohner selber die Vereinigung verlangen, nicht an und für sich eine Abtretung hinreichend zu begründen, es *können* aber andere, vielleicht heute noch unabsehbare Faktoren hinzukommen, die Finnland dazu bewegen müssen, sich derselben nicht zu widersetzen.

2. Falls Schweden sich mit einer vertragsmäßigen Regelung der Alandsfrage zufriedengibt, ohne die Lostrennung der Inseln von Finnland zu verlangen, so könnte diese Regelung als eine Brücke zu einer gewissen internationalen Gewährleistung des Schwedentums in Finnland überhaupt dienen, dessen Dasein und freie Entwicklung man oft — ob mit Recht oder Unrecht, mag hier dahingestellt bleiben[1] — als von der rein finnischen Mehrheit bedroht darstellt.

3. Unter keinen Umständen dürfen sich Schweden und Finnland wegen der Alandsfrage verfeinden. Dies wäre eben das Gegenteil einer richtigen Lösung, die darin bestehen sollte, daß der Weltkrieg die beiden Völker zusammenführt; dazu müßte eben die Interessengemeinschaft in bezug auf Aland beitragen.

4. Falls wirklich ein Staatenbund in irgendeiner Form zwischen den vier souveränen nordischen Staaten zustande kommt, so wird die Frage nach der einzelstaatlichen Souveränität über die Alandsinseln von verhältnismäßig untergeordneter Erheblichkeit sein. Die Frage nach der zweckmäßigen militär-politischen Verwendung derselben im Gesamtinteresse des Nordens würde dann entschieden überwiegen.

5. Die Regelung der Alandsfrage wird selbstverständlich nicht zuletzt auch von der Auffassung und der Stellungnahme Deutschlands beeinflußt werden. Je mehr sich Deutschland der verschiedenartigen Interessen des verselbständigten Finnlands annimmt, desto größer werden die Aussichten, daß deutsche Gesichtspunkte auch bei der Regelung der Alandsfrage zu ihrem Rechte kommen werden.

6. Wie ein nordischer Staatenverband durch sein eigenes Interesse auf die möglichst freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland und den Mittelmächten überhaupt angewiesen sein würde, so entspricht andererseits die Erhaltung eines starken und wehrfähigen Nordens den Interessen Deutschlands.

[1] Nur das sei hier nebenbei bemerkt, daß in keinem anderen Lande die Gleichberechtigung und die Interessen einer nationalen Minderheit so gut wahrgenommen waren, wie bisher diejenigen der Schweden Finnlands. Auch die dem Landtag unterbreitete Vorlage einer neuen Verfassung trägt diesen Rücksichten in vollem Umfang Rechnung.

Digitized by Google

In Schweden aber besteht man, und zwar aus leicht verständlichen Gründen, darauf, daß die Errichtung eines selbständigen finnländischen Staates an sich keine endgültige Lösung der Alandsfrage bedeutet. Wie diese Frage gelöst werden soll, darüber gehen die Ansichten einigermaßen auseinander. Es handelt sich teils um die Souveränität über die Alandsinseln, teils um die Beibehaltung oder aber die Abschaffung des Servituts, die bisher auf jenem Gebietsteil gelastet hat. — Besonders nach der finnländischen Selbständigkeitserklärung ist man in Schweden allgemein zu der Einsicht gelangt, daß die Alandsfrage nicht ohne Mitwirkung und Zustimmung Finnlands gelöst werden kann und darf, daß vor allem eine Abtretung der Inselgruppe an Schweden die Zustimmung der finnländischen Staatsgewalt zur Voraussetzung haben müßte. Zugleich aber macht man geltend, daß der ländischen Bevölkerung selbst, die — allerdings zu einem Zeitpunkt, wo Finnland noch unter russischer Herrschaft stand und ziemlich geringe Hoffnung auf seine Verselbständigung vorhanden zu sein schienen — den Wunsch eines Anschlusses an Schweden hat zur Öffentlichkeit kommen lassen, die Gelegenheit zugestanden werden sollte, sich durch Volksabstimmung über das Schicksal ihrer Heimatinseln zu entscheiden. Es hat sich sogar die Ansicht geltend gemacht, daß Schweden mit der Anerkennung des unabhängigen Finnlands den Vorbehalt verbinden sollte, daß die finnländische Staatsgewalt darin einzuwilligen hatte, daß eine ländische Volksabstimmung veranstaltet und ihr die rechtliche Wirkung einer endgültigeu Entscheidung über die Zugehörigkeit Alands an Schweden oder an Finnland beigelegt werden solle.

Der Standpunkt, den die finnländische Presse in dieser Frage vertreten hat, läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß die erste Bedingung für das Abtreten der Inselgruppe an Schweden die sein müßte, daß Schweden die Verselbständigung Finnlands tatkräftig gefördert hätte. Nur unter dieser Bedingung könne Finnland hinreichenden Grund haben, die Alandsfrage als eine „offene Frage" zu behandeln und darin einwilligen, daß ihre endgültige Lösung durch eine Abstimmung der ländischen Bevölkerung erfolgt. Eine Abtretung dieses wertvollen Gebietes ohne entsprechende Gegenleistung seitens Schwedens zu verlangen, sei ungerechtfertigt. Mit Recht wird überdies bemerkt daß die Alandsinseln keineswegs als eine schwedische Irredenta in Finnland bezeichnet werden kann, da doch auch auf dem finnischen Festlande mehrere hunderttausend Menschen wohnen, die Schwedisch als Muttersprache sprechen und zum großen Teil auch schwedischer Abstammung sind. In einem von der russischen Herrschaft befreiten Finnland dürften sich die Alander schließlich kaum weniger zufrieden fühlen als in Verbindung mit Schweden, zumal da ihre Sonderinteressen in bezug auf sprachliche Rechte, Selbstverwaltung u. a. durch die Gesetzgebung Finnlands und nötigenfalls sogar durch Vertragsbestimmungen gebührende Berücksichtigung zu teil werden könnte.

In dieser Weise lassen sich in aller Kürze diejenigen Unterschiede angeben, die sich

Digitized by Google

zwischen der finnländischen und der schwedischen Auffassung in bezug auf die Alandsfrage geltend machen. Es muß aber ausdrücklich hervorgehoben werden, daß hier kein scharfer und unaustragbarer Gegensatz vorliegt. Durch gegenseitiges Entgegenkommen wird sich die Frage in aller Freundschaft erledigen lassen, ohne die für beide Parteien dringend erwünschten freundschaftlichen Beziehungen in der Zukunft zu beeinträchtigen.

Es sei hier noch eine Lösungsmöglichkeit berührt, die eventuell verdient, in Erwägung gezogen zu werden, die nämlich, daß aus Aland eine Art von schwedisch-finnländischen Kondominium (gemeinsamer Verwaltung) gebildet würde. Die Zweckmäßigkeit einer derartigen Anordnung hängt indessen von mehreren Umständen ab, nicht am wenigsten, ob das auf Aland bezügliche Befestigungsverbot bestehen bleiben und in solchem Falle wahrscheinlich zu einer wirklichen Neutralisierung erweitert werden oder aber aufgehoben werden soll. Trifft das letztere zu, dann würde ein Kondominatsverhältnis angedeuteter Art, mit Hinblick auf die große strategische Bedeutung der Inseln, offenbar ein intimes militär-politisches Bündnisverhältnis zwischen den beiden Staaten zur Voraussetzung haben. Inwieweit ein solches in Frage kommen wird, soll indessen hier nicht des näheren untersucht werden.

Auch in dem Fall, daß die Alandsinseln in ausschließlichem finnländischen Besitz bleibt dürfte Schweden die Erneuerung des früheren Verbotes oder vielmehr die vollständige Neutralisiernng der Alandsinseln beanspruchen. Sehr fraglich erscheint es dagegen ob Schweden dieselbe Lösung auch in dem Falle angenommen wissen möchte, daß Aland an Schweden abgetreten würde. Obgleich für Schweden das Hauptgewicht darauf liegt, daß seine Sicherheit nicht durch Befestigungen und Flottenstationen bedroht wird, die nicht weit von seiner Hauptstadt gelegen sind, würde es sich andererseits eines wichtigen militärischen Vorteils begeben, falls jenes Servitut der schwedischen Staatsgewalt aufgelegt werden würde. Es fragt sich auch, welche Regelung dem Gesamtinteresse des Nordens am besten entsprechen würde, dieses Nordens, dessen vier Klein- oder Mittelstaaten eine so große und vielseitige natürliche Interessengemeinschaft miteinander haben, und der, wie der Norweger Harris Hermann Aall in seiner Arbeit (Das Schicksal des Nordens) so überzeugend nachgewiesen, auf enge freundschaftliche Beziehungen zu den Mittelmächten, insbesondere zu Deutschland, angewiesen sein muß. Es ist aber nicht undenkbar, daß eben dieses nordische Gesamtinteresse eine schwedisch-finnländische Kondominatherrschaft über ein servitutfreies Aland erheischen könnte.

Wie dem auch sei, so lassen die erfreulichen Äußerungen reiner Menschlichkeitsgefühle, die sich eben jetzt in Schweden dem mit schwerer Not kämpfenden Finnland gegenüber geltend machen, die Hoffnung begründet erscheinen, daß eben in dieser schicksalsschweren Zeit ein Verhältnis unerschütterlicher Freundschaft zwischen den beiden Ländern entstehen und sich befestigen wird.

Digitized by Google

Der Stand der Ukraine

Stockholm, den 1. Januar 1918

Aus dem Chaos selbständiger Städte, Landschaften und Truppenteile, die, einander in unaufhörlich wechselnden Kombinationen bekämpfend, das politische Bild des heutigen Rußlands ausmachen, hebt sich als einer der wichtigsten Machtfaktore die ukrainische Rada heraus, mitunter von den Wellen des Chaos überspült, aber bisher immer wieder mit gesteigerter Macht daraus emportauchend. Sie stützt sich in erster Linie auf die ukrainischen Truppenteile, die sie seit Beginn der russischen Revolution in unaufhörlichem Kampfe gegen die Petersburger Regierung aus den ukrainischen Soldaten der russischen Armee zu bilden verstanden hat. Auf dem letzten ukrainischen Soldatenkongreß in Kiew rechneten die Delegierten zusammen, daß sie 3 Millionen ukrainischer Soldaten vertreten. Diese Zahl ist vielleicht hoch gegriffen; jedenfalls aber wird das 35 Millionen starke ukrainische Volk mehr als eine Million, vielleicht 2 Millionen im russischen Heere gehabt haben. Davon stand bis vor kurzem der größte Teil in gemischten Regimentern, innerhalb deren es nur besondere ukrainische Kompanien gab. In der allerletzten Zeit ist aber die Ausscheidung schnell vor sich gegangen, so daß jetzt vielleicht der größte Teil der ukrainischen Soldaten in ukrainischen Regimentern vereinigt ist, die einen bedeutenden Bruchteil der beiden südlichen Fronten, der rumänischen und der Südwestfront bilden. Die Rada arbeitet planmäßig auf die Zusammenfassung aller ukrainischen Truppen im Süden Rußlands hin und hat es erreicht, daß die ukrainischen Soldaten von den anderen Fronten gegenwärtig in Massen in der Richtung auf die Ukraine abströmen. Die ukrainischen Truppen sollen sich, wie von verschiedenen Seiten behauptet wird, durch größere Disziplinierheit auszeichnen, als die übrigen Teile der russischen Armee, so daß viele großrussische Offiziere sich für Ukrainer erklärt haben, um in ukrainischen Truppenteilen Dienst tun zu können. Infolgedessen gibt es in allen ukrainischen Truppenteilen einen großen Prozentsatz russischer Offiziere. Die Disziplinierheit der ukrainischen Truppen ist natürlich nur relativ und muß an dem Maß jetziger russischer Truppen gemessen werden. Sie sind im allgemeinen bereit, die Rada zu unterstützen, haben einen gewissen nationalen Stolz, der sie veranlaßt, sich vor den großrussischen Truppen auszeichnen zu wollen. Zu ernstlichen Kämpfen an der Front sind sie aber ebensowenig bereit wie die übrige russische Armee. Auch sie verlangen einen möglichst schnellen Friedensschluß.

Außer den national-ukrainischen Truppenteilen hat die Rada noch bis zu einem gewissen Grade den südlichen Teil der russischen Front zu ihrer Verfügung, nämlich die rumänische und die Südwestfront, die sich zusammen vom Schwarzen Meere bis zum Pripet erstrecken. Die Oberbefehlshaber dieser beiden Fronten mit ihren Stäben, Soldatenkomitees, Regierungskommissaren usw. erkennen bisher die maximalistische

Digitized by Google

Regierung nicht an und haben auf ihre eigene Faust mit den Mittelmächten Waffenstillstand abgeschlossen. Ein bedeutender Teil ihrer Truppen ist aber ukrainisch, und sie erhalten ihren gesamten Nachschub und die Verpflegung aus der Ukraine durch Vermittelung des ukrainischen Generalsekretärs für den Krieg, Petlura; daher erkennen sie die ukrainische Regierung als eine gesetzliche Macht und als ihren eigenen Rückhalt an, ohne sich ihr völlig zu unterwerfen. Die Rada erklärte beide Fronten für „ukrainische", die ihr jetzt unterstehen, und sie wollte ein gemeinschaftliches Oberkommando einsetzen. Die Rada benutzt die Abhängigkeit beider Fronten dazu, um sie allmählich immer fester an sich zu fesseln.

Der Machtbereich der Rada erstreckt sich formell über die Gouvernements Wolhynien, Podolien, Cherson, Kiew, Tschernigow, Poltawa, Charkow, Jekaterinoslaw und den nördlichen Teil von Taurien. Innerhalb dieses Gebietes sollen alle Regierungskommissare vom Generalsekretariat der Rada ernannt, alle Behörden dem Generalsekretariat unterstellt sein. Auch hier ist die Macht der Rada relativ größer, als die der maximalistischen Regierung in Großrußland. Die Rada hat deshalb zum Teil einen schwierigen Stand, weil die Einwohnerschaft der größeren Städte, Kiew, Odessa, Charkow, Jekaterinoslaw übergehend aus Juden, Polen und Großrussen besteht. Die ukrainische Republik ist bisher von einer Reihe Wahlkörperschaften, z. B. der Kiewer Stadtduma, nicht anerkannt worden, doch soll, wie von ukrainischer Seite mitgeteilt wird, gerade in den letzten Wochen ein bedeutsamer Stimmungsumschwung im städtischen Bürgertum eingetreten sein, das jetzt in der ukrainischen Rada die einzige Ordnungsmacht sieht, die imstande ist, das Bürgertum gegen die Anarchie des Maximalismus zu verteidigen. Besonders stark ist dieser Stimmungsumschwung zugunsten der Rada unter der nichtukrainischen Bevölkerung Kiews, weil die Rada seit Mitte November dem Räuberunwesen in Kiew ein Ende gemacht hat, so daß der Bürger wieder ruhig auf die Straße gehen kann, ohne befürchten zu müssen, an der nächsten Straßenecke niedergeschossen zu werden. Auch in Odessa, das völlig international ist und eine sehr geringe ukrainische Bevölkerung hat, soll sich die gesamte Intelligenz im Kampfe gegen den Maximalismus auf die Seite des ukrainischen Regierungskommissars gestellt haben.

Was die einzelnen Verwaltungszweige anbetrifft, so sind die Gerichte zur Anerkennung der ukrainischen Regierung gezwungen worden und sprechen jetzt im Namen der ukrainischen Republik recht. Das Unterrichtswesen ist gleichfalls in der Hand des Generalsekretariats konzentriert, ebenso die Finanzen. Letztere sind ein Sorgenkind der ukrainischen Regierung, weil sich die einzige staatliche Einnahmequelle, die in Rußland noch Bedeutung hat, die Druckerpresse, in Petersburg befindet. Diesem Mangel soll aber bereits abgeholfen werden, denn die ukrainische Regierung plant in allernächster Zeit besonderes ukrainisches Papiergeld herauszugeben, das nicht nur dem gegenwärtigen Geldmangel abhelfen, sondern durch Verdrängung des wertlosen

Digitized by Google

russischen Papierrubels auch dazu dienen soll, die Ukraine davor zu bewahren, in den wahrscheinlichen russischen Staatsbankrott hineingerissen zu werden. Die Eisenbahnen haben formell die Herrschaft der ukrainischen Regierung anerkannt. Auch die ukrainische Kirche soll auf dem demnächst stattfindenden ukrainischen Konzil vom neubegründeten Moskauer Patriarchat getrennt werden. Im allgemeinen kann man sagen, daß sich auf allen Gebieten die Anfänge einer staatlichen Oeganisation bemerkbar machen und mit Erfolg um Anerkennung kämpfen.

Innerhalb der ukrainischen Rada hat die ukrainische sozialrevolutionäre Partei die Majorität, außerdem sind in ihr die ukrainische Sozialdemokratie, die Sozialisten-Föderalisten, die ukrainische Selbständigkeitspartei (Samostijniki), sowie Großrussen, Juden, Polen und Tataren vertreten. Es ist bezeichnend, daß der Vorsitzende der Rada Hruschewski keiner Partei angehört, das Haupt der Regierung Winnitschenko der sozialdemokratischen, also einer Minderheitspartei, sein vorübergehender Vorgänger sogar der ganz unbedeutenden Föderalistenpartei. Die ukrainische Regierung will eben keine Parteiregierung sein, sondern eine ausgesprochen nationale, für die die innerpolitischen Schlagworte des Sozialismus nur immer Hilfsmittel sind, um die Massen auf dem Wege zur Schaffung eines nationalen Staates mit sich zu ziehen. Im allgemeinen hält die Rada innerpolitisch das Programm ein, das Kerenski in Rußland durchzuführen versuchte, eine Vermittelung zwischen links und rechts mit einem starken Vorwiegen der agrarsozialistischen Momente. Dadurch kann sich die Rada das Vertrauen des kleinen Bürgerstandes, ja auch der Soldatenmassen erhalten.

Entsprechend dieser innerpolitischen Stellung war die Rada anfangs die Bundesgenossin der provisorischen Regierung und hat mit ihr gemeinsam im Juli den Aufstand der Maximalisten bekämpft und dafür ihre Anerkennung als Vertreterin des ukrainischen Volkes von der russischen Regierung erhalten. Als aber später Kerenski die gemachten Zugeständnisse wieder zurückzunehmen versuchte, ging die Rada auf die Seite der Maximalisten über und verband sich mit diesen zum Sturze Kerenskis. Während der Novemberkämpfe in Kiew griff die Rada auf seiten der Maximalisten ein, schlug mit den ukrainischen Regimentern die Regierungstruppen, stieß aber dann plötzlich die Maximalisten zur Seite und proklamierte ihre alleinige Herrschaft. Die leitenden Männer der Rada wußten sehr wohl, was an den Versprechungen der Maximalisten, das Selbstbestimmungsrecht jedes Volke achten zu wollen, wahr sei, und daß die Maximalisten jede Gelegenheit benutzen würden, um sie zu stürzen und eine maximalistische Herrschaft in der Ukraine zu etablieren.

Gegenüber Kaledin und den übrigen Feinden des Maximalismus hat die Rada laviert. Kaledin gilt in Rußland als die Verkörperung des antisozialistischen Elementes, wenn er auch tatsächlich nur lokale Bedeutung hat. Daher mußte die Rada vermeiden, sich mit ihm allzu freundlich zu stellen, übrigens hatte sie mit ihm viele Diffe-

Digitized by Google

renzen, speziell Grenzstreitigkeiten, über die ein lebhafter diplomatischer Schriftwechsel entstand. Anfangs tat sie sogar so, als wollte sie Kaledin energisch bekämpfen, als aber Krylenko anfragte, ob er auf den Beistand der Ukraine rechnen könne, verweigerte sie diesen und verlangte eine friedliche Beilegung des Konfliktes mit Kaledin. Als Antwort machten die Maximalisten den ersten Versuch, die Rada nach dem bewährten Rezept durch den Arbeiterrat und einen Aufstand der großrussischen Garnison in Kiew zu stürzen. Der Anschlag mißglückte, oder, was wahrscheinlicher ist, die Rada kam ihm zuvor, entwaffnete die großrussischen Garnisonen im größten Teile der Ukraine und schickte sie nach Hause, was diese sich um so lieber gefallen ließen, als ihnen direkte Eisenbahnzüge bis in ihre Heimat zur Verfügung gestellt wurden. Der Kiewer Arbeiter- und Soldatenrat wurde durch Entsendung von Delegierten der ukrainischen Garnison ukrainisiert und beschloß selbst das von ihm begründete maximalistische Revolutionskomitee aufzulösen, die Führer des Maximalismus in Kiew wurden verhaftet. Der Sieg war allerdings nicht überall vollständig: in Charkow z. B. ist der Arbeiter- und Soldatenrat noch immer maximalistisch und weigert sich die ukrainische Regierung anzuerkennen. Nun griff die maximalistische Regierung zu schärferen Mitteln und stellte der ukrainischen ein Ultimatum, das die Anerkennung der maximalistischen Regierung, Rückgabe der Waffen an die großrussischen Truppen, Anerkennung der Regierungsgewalt der Arbeiter- und Soldatenräte in der Ukraine und Kriegserklärung an Kaledin forderte. Die ukrainische Regierung scheint keine Antwort gegeben zu haben, aber der offene Krieg begann schon vor Ablauf der Frist, und zwar in Odessa, das von der Schwarzmeerflotte angegriffen wurde. Von Norden her bereitet sich der Angriff der Maximalisten hauptsächlich aus der Richtung von Kursk vor, mit dem Ziele, den Maximalisten in Charkow die Hand zu reichen und damit zugleich die Verbindung mit Kaledin zu durchzuschneiden. Trotz dieser Anfänge ist aber zu bezweifeln, ob der offene Kampf bis zu Ende wird durchgefochten werden. Die Stellung der Maximalisten ist innerlich zu schwach, um etwas Entscheidendes zu riskieren, und die ukrainische Regierung wird vorläufig immer stärker, so daß wohl sie, nicht aber der Maximalismus es auf eine Kraftprobe mit allen Mitteln ankommen lassen kann.

Der Umfang der slawischen Bewegung in Österreich

Von Prof. Dr. Robert Sieger, Graz

Es ist für den österreichischen wie für den reichsdeutschen Politiker ebenso wichtig als schwierig, sich ein klares Bild davon zu machen, wie tief die so ungestüm auftretenden Bewegungen, das Verlangen der Tschechen nach einem „selbständigen Nationalstaat" und der österreichisch-ungarischen Südslawen nach Zusammenschluß im Rahmen des Dualismus oder aber auf dessen Kosten, in der Bevölkerung gehen. Eine Überschätzung der darin wirksamen Kräfte wäre ebenso gefährlich wie

Digitized by Google

eine Unterschätzung. Es ist uns aber auf jede Weise erschwert worden, auch nur die Tatsachen aus der Kriegszeit richtig kennen zu lernen. Zuerst wurden die meisten von uns durch Schönfärberei irregeführt, und als man Unbestimmtes über nun besser bekannte bedenkliche Vorgänge erfuhr, mußten die übertriebensten Gerüchte Verbreitung und Glauben finden. Es mußte scheinen, als wären ganze Völker staatsfeindlich gesinnt. Sicher ist, daß das Verhalten der Tschechen von der jeweiligen Kriegslage abhing, die bald die extremen, bald die gemäßigten Politiker in den Vordergrund brachte. Auf eine Hochflut panslawistischer russophiler Strömungen, auf eine fast feindselige Zurückhaltung gegen die Kriegsanleihen und die bekannten Vorgänge im Feld folgten Zeiträume der Ernüchterung, in denen die Kraft des Gesamtstaates lebhafter gefühlt wurde. Damals hätten sich mindestens dreimal, nach den ersten großen Kriegserfolgen, nach dem Durchbruch von Gorlice und nach der Niederwerfung Rumäniens, die Tschechen einer Neuordnung im Sinne einer Kräftigung der Staatseinheit, der deutschen Staatssprache und einer Verstärkung der deutschen Stellung im Staate ohne ernsten Widerstand gefügt, sich mit belanglosen Verwahrungen und Erklärungen begnügt. Ja, man sah das Bestreben, durch einen Ausgleich in Böhmen wenigstens einen günstigen Preis für die Maßregeln zu erhalten, die auch nach tschechischer Ansicht bevorstanden. Die Deutschen konnten damals in Ausgleichsverhandlungen eintreten und hätten dies vielleicht sollen. Aber sie durften nicht zugeben, worauf es den Tschechen vor allem ankam, daß nicht nur nationale Fragen, sondern auch staatliche Belange Gegenstand eines Tauschhandels wurden. Daran scheiterte die Geneigtheit zu Ausgleichsverhandlungen. Als die Tschechen sahen, daß das Geplante immer wieder unterblieb, als man in der irrigen Voraussetzung, das Gewicht wirtschaftlicher und sozialer Notwendigkeiten werde das Parlament zu sachlicher Arbeit und Zurückstellung der nationalen Wünsche zwingen, den Reichsrat ohne Sicherungen und Vorbedingungen einberief, als zugleich die russische Revolution das Gewicht der Slawen in Österreich zu verstärken schien und die Leiter unserer auswärtigen Politik vorsichtig, ja ängstlich gegen deren Empfindlichkeiten machte, da entsprach es der altbewährten slawischen Taktik, insbesondere jener der Tschechen, mit maßlosen Forderungen und Reden aufzutreten, und die Tschechen rissen die andern Slawen mit sich fort. Gerade um diese Zeit kamen auch wieder bedenkliche Nachrichten von tschechischen Truppen. Wie weit entsprechen nun die aufgestellten Forderungen den wirklichen Wünschen der tschechischen Bevölkerung; wie weit hat man sie als Mittel anzusehen, durch die weniger Weitgehendes um so sicherer erreicht werden soll? Wie weit geht die Bereitschaft, für sie den Kampf aufzunehmen, wenn der Wind wieder nach der Richtung der deutschen Anschauungen und der Staatseinheit umschlagen sollte?

Das ist die Kernfrage. Sie wird dadurch verwickelt, daß es jeweils nicht dieselben Personen und Gruppen sind, die im Vordergrund des tschechischen politischen Lebens stehen. Die Amnestie hat das Selbstgefühl der radikalen Gruppen verstärkt und die-

Digitized by Google

jenigen obenauf gebracht, die dem Gesamtstaat mindestens kühl gegenüberstehen. Die Gemäßigten sind zurückgedrängt und still geworden, aber nicht verschwunden. Es wäre jedoch eine kindische Vorstellung, wenn man meinen würde, daß nur eine kleine Zahl von Hetzern zeitweise die Oberhand gewonnen hätte, der gegenüber es nicht einer umsichtigen Politik, sondern nur einer scharfen Polizei bedürfe, und daß ihre Beseitigung rasch glatte Bahn für die nach deutscher Ansicht notwendigen Maßregeln schaffen würde. Hinter den Radikalen, welche eine fast völlige Selbständigkeit der Tschechen und die Unterdrückung der deutschen Minderheit, auch des geschlossenen deutschen Sprachgebiets, verlangen, steht die Mehrheit der Gebildeten und Halbgebildeten. Die städtischen Massen sind für sie um so leichter zu gewinnen, als die Tschechen, wie ihre Geschichte lehrt, mit jedem Erfolg maßlos werden. Einer starken Hand haben sie sich jedoch immer verhältnismäßig rasch gefügt, und das übermütige Selbstgefühl ist dann gegen die vortrefflichen Dienereigenschaften zurückgetreten, die ihrer Unterschicht eignen. Die Bauern, insbesondere die klerikale Bauernschaft des wirklich gemischtsprachigen Mähren, die in täglicher Berührung mit Deutschen steht verleugnet nicht die Eigenart ländlicher bodenständiger Bevölkerungen. Hier, wie anderwärts sind solche von gewandten Führern leicht zu erregen und hinzureißen, aber sie hängen im Grund am Herkommen und sind national passiv. Eine Ordnung, die ihnen wirtschaftliche Vorteile bringt und ihrer Sprache den im täglichen Verkehr erforderlichen Spielraum gewährt, ziehen sie auf die Dauer allen politischen Erregungen vor. Das dynastische Empfinden und damit das Gefühl für Österreich ist ihnen trotz aller fanatischen Hetzer, auch im Priesterrock, nicht fremd geworden. Hier wäre anzusetzen. Das ist in einer Zeit, in welcher die bäuerliche Abneigung gegen den Städter und die selbstsüchtige Freude am eigenen Wohlleben von den politisch-nationalen Führern ausgenutzt wurde, um eine systematische Absperrung gegen die gewohnten deutschen Abnehmer herbeizuführen, nicht leicht. Aber wenn den Bauern die Zurückhaltung ihrer Erzeugnisse unmöglich gemacht, wenn den Hetzern entschieden das Handwerk gelegt und ihre Lügen über die angebliche Ausfuhr nach Deutschland und anderes als solche gebrandmarkt, wenn dem Bauer gezeigt wird, daß er von der „nationalen Volkswirtschaft", welche die städtischen Halbgebildeten so heiß ersehnen, für sich weniger Vorteil zu erwarten hat als vom Staat und vom wirtschaftlichen Austausch mit den Deutschen im Lande und außerhalb desselben, wenn der Bauer von dem Druck der „nationalen Geldinstitute" befreit wird, die ihre Macht politisch so skrupellos auszunützen wissen, wird er — nicht über Nacht, wohl aber mit der Zeit — umlernen. Die Sprachenfrage ist für ihn von geringerer Bedeutung als für den Städter. Je weniger er in seinem engeren Kreise der deutschen Sprache bedarf, desto leichter vermag er ihre Notwendigkeit für den Staat und für Handel und Verkehr einzusehen. Vor Germanisation fühlt er sich ja sicher, und nationale Eroberungen haben für ihn keinen Zweck; selbst der ins deutsche Gebiet einwandernde

Digitized by Google

Industriearbeiter hat davon weniger Vorteil und legt für sich darauf weniger Wert, als ihm seine Führer einreden. Die Vorteile der Sprachkenntnis für den, der die Scholle verläßt, kann niemand verkennen, und mancher hat bedauern lernen, daß ihm die nationale Schule die Kenntnis der Vermittlungssprache im Reiche vorenthielt. Der Bauer muß für den Staat wirtschaftlich interessiert und von ihm wirtschaftlich gefördert werden. Je mehr von seinen Nachkommen er im nationalen Wohngebiet ernähren kann, desto mehr nimmt die Abwanderung ins deutsche Gebiet und damit dessen nationale Bedrohung ab. Ansätze dazu sind schon unverkennbar. Aber das Aufflackern des nationalen Fanatismus droht sie immer wieder zu ersticken. Die Regierung, der um des Staates willen daran gelegen sein muß, hat die Mittel in der Hand, den Bauern von seinen Verführern zu trennen. Die Deutschen können in so erregter Zeit dazu wenig tun; sie finden, selbst wo sie Wohltäter ihrer Nachbarn sind, nicht deren Vertrauen. Aber wenn sie unbeirrt an der Hebung der Landwirtschaft und des Landwirtes mitwirken, wenn sie die andere Landessprache kennen und in ihr zu reden und aufzuklären wissen, müssen sie auch mit der Zeit dieses Vertrauen wiedergewinnen, und selbst die erstorbene alte Sitte des Kindertausches zum gegenseitigen Spracherlernen wird sich schrittweise wieder einstellen. Voraussetzung dazu ist freilich, daß man nicht wirbt und umschmeichelt, nicht auf die Geltendmachung der deutschen Rechte und der Staatsbelange zag verzichtet, sondern mannhaft für sie einsteht. Es bedarf einer längeren Zeit folgerichtiger starker Staatspolitik, um das angestrebte Endziel zu erreichen.

Die heutigen Führer der Tschechen wissen recht wohl, daß sie ohne den Rückhalt der breiten ländlichen Massen weder den tschechischen Nationalstaat „im Rahmen der Monarchie", noch auch die Vereinigung der „Länder der böhmischen Krone" zu einem staatsrechtlichen Gebilde erreichen können. Sie wissen recht wohl, daß dem wirtschaftlichen Gedeihen des Bauern der mitteleuropäische Zusammenschluß besser entspricht, als ihr eigenes Ideal einer selbständigen tschechischen Staats- und Volkswirtschaft, die zusammen mit einem ebensolchen, aber räumlich gesonderten südslawischen Gebilde den Riegel zwischen dem Deutschtum und dem Südosten bilden soll. Sie sind sich auch bewußt, daß sie der Gefolgschaft der Bauern nicht dauernd sicher sind. Das beweist am besten das demagogische Gehaben der politischen „Bauernführer", der tschechischen Agrarier. Im Budgetausschuß der österreichischen Delegation kündigte am 12. Dezember der Abgeordnete Udrzal einen Antrag an, alles Grundeigentum über 10 Hektar zu enteignen und auf kleinere Besitzungen zu verteilen. Er sagte, die breite Masse des Volkes stehe in einer Reihe mit den Bolschewiken. Da der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses sich über die Durchführbarkeit dieser Anregung keinen Täuschungen hingeben kann, ist das offenkundige politische Bauernfängerei. Auch das Auftreten seines Parteigenossen, des Priesters Zahradnik, für die Priesterehe muß nicht nur als eine Bedrohung Roms, das durch diese und

Digitized by Google

andere Kundgebungen den Tschechen gefügiger gemacht werden soll, sondern auch als eine Anbiederung an die Empfindungsweise des Landvolks und der aus ihm hervorgegangenen niederen Geistlichkeit aufgefaßt werden.

Einer Regierung, die Österreich als ebenbürtigen Genossen Ungarns, als starkes Glied des mitteleuropäischen Bundes erhalten, die das bestehende Staatsgefüge vor dem Zerfall in ein loses Staatenbündel bewahren will — und das bedeutet doch auch Seidlers Bekenntnis zum Fortbestand der Kronländer bei aller Schwächlichkeit seines Auftretens — wird vor allem dem Eindringen der zersetzenden Ideen in die Bauernschaft steuern müssen. Sonst könnte in der Tat das ganze Volk dem Staat entfremdet werden. Wenn dagegen die tschechischen Rufer im Streit das Echo in der Landbevölkerung zu verlieren beginnen, werden bald auch von ihren städtischen Mitläufern manche (und immer mehr) irre werden. Ist doch ein guter Teil von ihnen mehr von radikalen Phrasen umnebelt, als von der Idee des Nationalstaats begeistert! Mancher mag sich im stillen sagen, daß in einem kleinen Tschechenländchen seine wirtschaftlichen Aussichten, seine Stellung in der Welt durch die Absonderung nur verlieren können, während er in und mit dem mächtigen Großstaat Österreich um so mehr Gewinn und Geltung erlangen muß, je stärker dieser dasteht. Aber er sagt es nicht laut, ja, er wird sich selbst dessen nicht klar bewußt, weil er von seinen Führern hört, daß durch unentwegtes Fordern, durch stetes Drohen mit maßlosen Ansprüchen um so reichlichere nationale Erfolge und größere wirtschaftliche Beute zu holen sind, je wilder man sich gebärdet. Er muß das solange glauben, bis er sieht, daß der Ansturm dieser Führer auf granitene Mauern stößt. Der romantische wandelbare Slawe wendet sich rasch von solchen Führern ab, denen der Erfolg versagt ist. Je mehr man ihnen aber nachgibt, desto stärker überkommt sie und ihr Gefolge der Machtrausch, der nach den Sternen greift. Diese psychologischen Tatsachen verkannt zu haben, trotzdem wiederholt von deutscher Seite darauf hingewiesen wurde, ist die schwere Schuld vieler österreichischer Staatsmänner — von denjenigen, die vor der ersten mutwilligen „Obstruktion", dieser rein taktischen Nachahmung der ernsten deutschen Erhebung gegen Badeni, vorschnell zurückwichen, bis zu denjenigen, die den Kramarsch und Klofac die verlorene Macht wieder in die Hand gaben. Immer wieder sind die Tschechen durch diese Schwäche, die ihre drohenden Gebärden tragisch nahm, darin bestärkt worden, durch theatralische Lärmszenen und gewaltige Drohworte die Erfüllung ihrer Forderungen, bis zu den kleinsten herab, zu beschleunigen. Stößt diese immer mehr zum Handwerk gewordene politische Erpressertätigkeit einmal auf einen festen, besonnenen und dauerhaften Willen, so folgt schließlich die Ernüchterung — um so rascher, je abenteuerlichere Erwartungen man sich selbst eingeredet hatte. Beides hat die Geschichte der Kriegszeit bestätigt.

Von den Slowenen gilt ungefähr das gleiche wie von den Tschechen. Auch hier haben wir nüchterne, kalt berechnende und ihre Entrüstung auf Flaschen ziehende

Digitized by Google

Führer neben solchen, die ganz im Banne der südslawischen Idee stehen, und neben dieser durchaus deutschfeindlichen Oberschicht eine von Haus aus passive Bauernschaft, die im ganzen von den städtischen Schlagworten weniger stark ergriffen ist als die gebildetere tschechische, aber ihren Verlockungen und den Verheißungen der nationalen Redner gleichfalls leicht erliegt. In Steiermark und Kärnten hat eine kluge Politik der Deutschen, die in Kärnten durch die wirtschaftlichen Einflüsse des Fremdenverkehrs unterstützt wird, zur Entstehung deutschfreundlicher slowenischer Parteien geführt. In Kärnten wählen slowenische Bauern deutschnationale Abgeordnete, in Untersteier gewinnt die „Stajerc" (Steirer)-Partei, nach ihrer Zeitung so genannt, langsam, aber sicher an Boden. In Krain dagegen arbeiten die Slowenen, deren Machtbestrebungen seit längerem die Regierungen, auch die des Grafen Stürgkh, selbst auf Kosten staatlicher Rechte rückhaltlos unterstützt haben, an der Entrechtung der Deutschen, während sie (ganz wie die Tschechen) dem In- und Auslande sich als Unterdrückte darstellen. Es scheint, als hätte der Krieg, den die Slowenen ja in größerer Nähe erlebten als die Tschechen, bei ihnen erziehlicher und dem Staat förderlicher gewirkt, als bei diesen. Überdies richtete sich der italienische Angriff auch im besonderen gegen die Slawen, und diese verteidigten mit dem österreichischen Staat auch ihre mehr oder weniger weitgehenden Zukunftswünsche. Die Politik der „Versöhnung", die ja auch in Triest wieder bedenklichen italienischen Elementen Zutritt und Wirkungsraum bietet, ist allerdings ebenso wie im tschechischen Gebiet im Begriff, den Gewinn an Staatsgesinnung, den der Kriegsdienst gebracht hat, zu verwirtschaften. Bei den Slowenen finden wir aber auch eine Spaltung der nationalen und deutschfeindlichen Gruppen in eine, die den Zusammenhang der Südslawen rückhaltlos betont, und eine, die den österreichischen Patriotismus, die dynastischen und katholischen Gefühle und gelegentlich auch wohl die nationale Besonderheit des Slowenentums laut im Munde führt, wenn auch ein großer Teil von ihr das aus taktischen Gründen tun mag. Das hat zu der Spaltung innerhalb der Krain beherrschenden slowenisch-klerikalen Partei geführt, deren äußerer Anlaß die Niederlage des vor kurzem allmächtigen Landeshauptmanns von Krain gegen die verbündeten liberalen und klerikalen Serbophilen bei der Wahl in die Delegation war.

Grundsätzlich tiefer greift die Spaltung bei den Serbokroaten und denjenigen Slowenen, die sich als „Jugoslawen" (Südslawen) oder doch als Zweig der kroatischen Nation fühlen. Die rücksichtslose, stürmische Vertretung des jugoslawischen Ideals ist den einen Herzenssache, den andern ein taktisches Hilfsmittel, um das Erreichbare an nationalen Zugeständnissen zu erzwingen; eine dritte Gruppe sieht ihr eigenes großkroatisches Ideal dadurch bedroht, das Kroatentum dem Aufgehen im serbisch-gefärbten Südslawentum ausgesetzt und beginnt dies immer offener zu bekennen. Dadurch ist die bisherige Einheit des Auftretens gestört, und es ist möglich, daß von der mittleren Gruppe um so zahlreichere „Realpolitiker" zu den „reinen Kroaten"

Digitized by Google

abschwenken, je mehr sie angesichts der Haltung Ungarns an der Erreichbarkeit des südslawischen Nationalstaats zweifeln lernen. Hier ist also eine andere Politik geboten als gegen die Tschechen. Die Deutschen haben die Möglichkeit, ihr Gewicht zugunsten der Kroaten in die Wagschale zu werfen, wenn diese ihnen ihre nationalen Rechte im Südslawenland und den „Weg nach Triest" verbürgen, den Österreich und Mitteleuropa nicht einem nach Absonderung strebenden Südslawenstaat überlassen können, wenn sie also (was einzelne von ihnen auch aus kroatisch-nationalen Gründen tun) auf die Angliederung der Slowenen verzichten. Die Deutschen können aber auch dem bevorstehenden Kampf der beiden Richtungen mit verschränkten Armen zusehen oder aber ihn, wenn beide ihnen gegenüber feindselig bleiben, taktisch für sich ausnützen. Darüber müssen ihre Führer — es ist keine leichte Aufgabe — nach der jeweiligen Lage ebenso entscheiden, wie über ihre Stellung zu Ruthenen und Polen. Für die Regierungen müssen staatliche Erwägungen allein bestimmend sein. Da diese mit den Fragen der Außenpolitik und der territorialen Gestaltung beim Friedensschluß eng verknüpft sind, werden sie besser in Zusammenhang mit diesen besprochen.

Den Tschechen und Slowenen gegenüber ist aber nur ein Weg gangbar, den ich schon besprochen habe. Er allein entspricht dem Wohle des Gesamtstaats, er allein dem mitteleuropäischen Gedanken und schon deshalb auch der Zukunft des österreichischen Deutschtums. Er allein ermöglicht den „Sudetendeutschen", deren Aushungerung ein Ende gemacht werden muß, Bestand und Gedeihen in den von Gebirgsmauern zusammengehaltenen Ländern, in die sie sich mit den Tschechen teilen. Schon deshalb muß auch den reichsdeutschen Politikern daran gelegen sein, daß er entschieden und ohne Wanken betreten wird. Die Haltung der Deutsch-Österreicher zur Regierung muß von dem Maße der Einsicht abhängen, welche sie dieser Staatsnotwendigkeit entgegenbringt. Aber auch bei der Entscheidung von Einzelfragen, wie die böhmische nach Kreisteilung, nationaler Autonomie, Zweiteilung der Verwaltung usw., muß die Rückwirkung auf die breiten Massen der Tschechen stets in Betracht gezogen werden. Den nationalen Wettkampf und die zeitweise zur Siedehitze steigende nationale Leidenschaft kann kein „Ausgleich" beseitigen; sollen sie ihre Gefahr für den Staat verlieren, so müssen die slawischen Massen mit zurückhaltender Vorsicht, aber wo es not tut, mit einer gewissen Strenge zum Staatsgedanken erzogen und der zum Teil auf äußeren Zwangsmitteln beruhende Einfluß ihrer panslawistischen Führer gebrochen werden.

Digitized by Google

Der Frieden und die Zukunft

Von Johannes Fischer, Heilbronn

Die Gegner der Reichstagsmehrheit wenden ihren ganzen Scharfsinn auf, um in immer neuen Schlagworten die ganze Hoffnungslosigkeit der deutschen Zukunft darzustellen, wenn die von ihnen für notwendig erachteten Kriegsziele für Deutschland nicht erreicht werden. Man hat das hundsgemeine Wort vom „Hungerfrieden" erfunden und stellt dem den alldeutschen „Siegesfrieden" gegenüber, auf dessen Spuren dann ungefähr ein Glückseligkeitszustand ähnlich dem des Tausendjährigen Reiches für Deutschland anbrechen würde. In den düsterſten Farben wird das eine, in den leuchtendsten das andere dargestellt, und die breiten Volksmassen werden so hin- und hergeworfen in ihren Stimmnngen, als ob sie gerade nur für solchen Mißbrauch ehrgeiziger Rechthaber und Propheten da wären. Das ist jetzt im Krieg gerade so, wie wenn man Salz und Pfeffer in offene Wunden streut, und wer noch einen Funken von Mitgefühl und von Verantwortlichkeit dem Volke gegenüber hat, der muß schon allein um dieser geradezu grausamen Wirkungen willen auch einmal darauf verzichten können, jetzt alle eigenen Klügeleien, seien es Hoffnungen, seien es Befürchtungen, auf dem breiten Markt auszulegen.

Ich gestehe ganz offen, mir erschien das auch an dem Friedensbemühen der Sozialdemokratie manchmal gefährlich, daß Hoffnungen dadurch erweckt wurden, die unter Umständen zu Enttäuschungen oder zu der falschen Vorstellung führen könnten, als hätten wir es auf der deutschen Seite in der Hand, den Zeitpunkt des Friedensschlusses zu bestimmen. Und dieses Bedenken konnte ich auch der Reichstagsmehrheit gegenüber nicht ganz unterdrücken. Ganz unerträglich finde ich aber dieses Herumhämmern auf den doch auch empfindlicher gewordenen Nerven derer, die in diesen großen Fragen des Krieges und Friedens einfach auf Glauben und Vertrauen angewiesen sind. Wer will denn überhaupt auch nur mit einiger Sicherheit sagen, wie nach dem Kriege die Dinge sich gestalten? Was wir im Kriege erlebt haben im Gegensatz zu allen vorausgehenden Überlegungen und Prophezeiungen der Friedenszeit, das sollte doch zur Vorsicht und zur Bescheidenheit mahnen. Wo sind denn die Stellen und Kreise, die auch nur in einer Richtung wirklich zutreffende Urteile über kommende Dinge zu geben in der Lage waren? Sollte das nicht auch im Gedanken an den kommenden Frieden ähnlich sein?

Mag es sein, daß in bezug auf das, was uns den Frieden gestalten soll, wirklich Fehler gemacht werden. Wer will das denn ganz sicher sagen? Es wird ja doch immer nur entweder der eine oder der andere Plan wirklich durchgeführt und kann sich dann entweder in seinen ungünstigen oder in seinen günstigen Folgen zu ganz klarer und sicherer Beurteilung darstellen. Was aus der Verfolgung der unterlegenen Idee wirklich geworden wäre, bleibt eben, weil es nicht praktisch werden konnte, immer nur

Digitized by Google

Annahme, Glaube, Wahrscheinlichkeit. Das ist oft in der Geschichte so gewesen, und immer wird ein Teil des Volkes das bedrückende Bewußtsein oder den guten Glauben in sich herumtragen, daß, wenn die Geschichte nach seinem Plane gestaltet worden wäre, dann vieles besser sein würde für sein Volk. Aber wer will das so bestimmt voraussagen, daß er ein Recht hätte, nun von dem, was andere wollen, eine so erschreckende Darstellung zu geben, wie wir dies jetzt erleben.

Ich gestehe ganz offen, vom ersten Tage des Krieges an offen und öffentlich erklärt zu haben, daß wir als Volk durch diesen Krieg um einige Stufen in unserer sozialen und kulturellen Entwicklung herabgedrückt werden würden, ohne für den Ausgang des Krieges selbst, für unsere Siegfestigkeit, je einmal gezweifelt zu haben. Aber erträgt denn das unser deutsches Volk nicht? Ist es dann etwa nicht mehr in der Lage, erneut einen weiteren Höhenflug zu nehmen? Haben denn auch wir zu dem Ende den Krieg aufgenommen, daß nachher — wie man es den Engländern sagte — kein Deutscher ist, der nicht reicher geworden sei durch diesen Krieg? Von denen, die wirklich schwer — auch wirtschaftlich schwer — an der Last des Krieges tragen, glaubt es uns ja doch niemand, und die andern, die am Krieg verdienen — nun, denen ist das Sichere des Augenblicks auch zuverlässiger als die Spekulation auf später, und die brauchen eine solche Hoffnung auch nicht. Was wir aber alle brauchen, das ist die unerschütterte Gewißheit, daß wir in jedem Betracht so aus dem Kriege herauskommen, um an neuem Aufstieg arbeiten zu können. Die größte Niederlage wäre die Einbuße dieses Selbstvertrauens und dieses festen Glaubens. Und nun stellt man Tag für Tag und in immer neuen Bildern eine Zukunft in Aussicht, die unerträglich sei. Und nicht etwa für den Fall, daß der Feind siege, nein, auch dann, wenn nur der Friede nicht so gestaltet werde, wie diese Minderheit in Deutschland es für richtig und offenbar auch für möglich hält. Sie stellt dem Volk eine Friedenszukunft vor Augen, die nicht durch den Sieg der Feinde, sondern durch die Böswilligkeit und Kurzsichtigkeit eigener Volksgenossen so unerträglich sein werde, daß Hunger und Elend ihre Merkmale sein werden. Ist man sich in diesen Kreisen denn der geradezu verheerenden Wirkung einer solchen Agitation nicht bewußt?

Nehmen wir selbst einmal an, ihre schlimmsten Befürchtungen wären berechtigt, würden eintreffen. Was dann? Müßten wir denn dann nicht doch wieder unten anfangen? Müßten wir nicht doch neuen Willen, neuen Mut, neue Kraftentfaltung zu wecken suchen? Dann wären wir alle doch mit diesem Volk und Land auf Gedeih und Verderb verbunden und das Bewußtsein, recht bekommen, aber dem Volk jede innere Kraft geraubt zu haben, wäre wohl auch für die Kreise, die heute mit diesem Feuer spielen, nur ein unbefriedigender Ersatz. Nun kann davon ja aber gar keine Rede sein. Wir werden diesen Hungerfrieden nicht haben, wohl aber werden wir unter allen Umständen alle Kräfte erneut anspannen müssen, mag der Frieden so günstig ausfallen wie er will, um die Schäden des Krieges zu überwinden. Und diese

Digitized by Google

Kraftentfaltung erträgt es nicht, daß daneben eine Stimmung mit nebenherläuft, die innerlich weite Kreise zerfrißt, weil sie immer in dem Wahne leben, als habe irgend jemand im eigenen Volk diese Anspannung für sie verschuldet, als hätte man sichere Möglichkeiten gehabt, eine so viel leichtere, selbst gemessen an der zurückliegenden Friedenszeit leichtere Zukunft zu haben. Dieser nagende Wurm müßte unerträglich sein und trüge den Keim einer so vergifteten und das Volk im tiefsten trennenden politischen Unterströmung in sich, daß eine geradezu unüberbrückbare Kluft unvermeidlich wäre.

Will man das? Will man einen geeigneten Nährboden, auf dem die Drachensaat wildesten Hasses aufgehen und ihre entsprechenden Früchte zeitigen soll, dann kann man so weiter arbeiten. Das Volk ist hilflos dagegen. Dem Menschen mit ungenügendem Überblick über die großen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Verflochtenheiten steht ja schließlich nur das eigene Erleben für ihre Urteils- und Willensbildung zur Verfügung. Es ist ein leichtes, ihnen ihr Los als unerträglich zu schildern, ihnen so viel bessere Möglichkeiten auszumalen, um die andere sie gebracht hätten — besonders wenn man sein eigenes Programm dann nicht mehr praktisch durchzuführen in der Lage ist. So macht man einen Zustand dann wirklich unerträglich und reißt alles vollends in die Tiefe. Nur daß das dann nicht die notwendige Folge der Dinge selbst ist, sondern nur die Wirkung einer ganz unheilvollen, der Psychologie eines Volkes völlig verständnislos gegenüberstehenden Behandlungsweise geschichtlicher Vorgänge.

Wer traut sich denn in so verwickelten Fragen zu, wirklich das absolut Richtige und allein in seinen Folgen Vorteilhafte erkannt zu haben und durchführen zu können? Dem würde ich eine ungeheure Selbstüberhebung zum Vorwurf machen. Wir können alle nur bemüht sein, so wie jeder die Dinge sieht, sie nach bestem Wissen zu gestalten. Aber eben darum haben wir auch kein Recht, den Zeitgenossen die Dinge so darzustellen, als sei allein auf dem von uns verfolgten Weg noch eine irgend erträgliche Zukunft möglich. Etwas mehr Bescheidenheit und Zurückhaltung ist da wirklich am Platze, wo außer unserem Wollen und Meinen noch so viele Kräfte mitsprechen, die ganz außerhalb unseres Einflusses stehen.

Unser deutsches Volk hat sich aus schwierigeren Verhältnissen und auf kümmerlicherem Boden, als sie nach diesem Kriege sein werden, immer wieder emporgearbeitet. Die Kräfte, die ihm dazu in der Vergangenheit halfen, schlummern auch heute noch durchaus ebenso in ihm, wie in früheren Zeiten. Sie werden aber nicht in erster Linie durch materielle Erwägungen der Macht und der wirtschaftlichen Wohlfahrt entbunden, sondern durch die unerschütterliche Gewißheit, daß wir eine besondere Aufgabe in der Welt zu erfüllen haben, und daß wir in der Arbeit an dieser Aufgabe auch durch diese neuen Schwierigkeiten uns durchbeißen müssen. Was ein Schleiermacher seiner Zeit und seinem Volk zurief: „Sorge nicht um das, was kommt, und

Digitized by Google

weine nicht um das, was vergeht, aber sorge dich nicht selber zu verlieren und weine, wenn du dahintreibst im Strom der Zeit, ohne den Himmel in dir zu tragen." Das gab und gibt uns die Spannkraft im Kriege und im kommenden Frieden aufrecht zu bleiben und unseren Weg zu gehen. Man verdunkle dem Volk diesen Blick nicht. Wir brauchen nur die Gewißheit, daß wir der deutschen Aufgabe in der Welt treu geblieben sind, auch in diesem Kriege und im neuen Frieden. Mit Führern, die dem Volk diese Sicherheit geben, geht es in jedem Frieden hinein, wer aber dies Vertrauen untergräbt und Ziele erstreben will, die wohl einen Augenblick äußerlich blenden, die aber von diesem innerlich anerkannten Ziel abweichen, der verschüttet die Quellen und mißhandelt das Volk in einer Weise, die sich furchtbar rächen muß.

Eine zeitgemäße Wahlrechtsdebatte

„Sonderinteressen zu vertreten, war es niemals an der Zeit; von nun an wird dies weniger als jemals an der Zeit sein."
Fürst Solms auf dem zweiten Vereinigten Landtag.

Von Dr. Hans Mähl, Flensburg

Wenn in diesen Tagen das Preußische Abgeordnetenhaus in großer, bewegter Zeit durch eine Regierungsvorlage aufgefordert wird, sich selber das Todesurteil zu sprechen, um in verjüngter und lebendigerer Form wieder zu erstehen, so ist dieser Vorgang doch nicht ohne Beispiel in der preußischen Geschichte. Schon einmal hat eine Versammlung, die noch weit mehr eine Vertretung bevorzugter Volksschichten war als das Dreiklassenparlament, der durch den Zusammentritt der Provinzialstände gebildete Vereinigte Landtag durch die nahezu einmütige Annahme des allgemeinen, gleichen Stimmrechts sich selber aufgehoben. So mag es von Nutzen sein, wenn gerade in diesem Augenblick die kurze Tagung des zweiten Vereinigten Landtages einmal der Vergessenheit entrissen wird, in der man sie auch wohl in bedeutenderen geschichtlichen Werken noch schlummern läßt — ungeachtet der Stellung, die ihr in der preußischen Verfassungsgeschichte zukommt. Nähere Interessenten verweise ich auf meine Schrift: „Die Überleitung Preußens in das konstitutionelle System". (R. Oldenbourg, München).

Als nach dem 18. März 1848 die erste große politische Bewegung das preußische Volk in allen seinen Teilen durchflutete, waren, wie wir immer wieder bei solchen Bewegungen beobachten können, durch die Ereignisse die viel zu allgemein gehaltenen Zusagen des Königs in dem Patent vom 18. März überholt worden, wie es u. a. eine Adresse der 18 größten rheinischen Städte zum Ausdruck brachte. Die „Verheißungen des 22. März", die die Antwort des Königs auf die Forderungen einer Breslauer Deputation bildeten, sind für die innerpolitische Geschichte Preußens viel folgenreicher gewesen als das oft überschätzte Bodelschwinghsche Patent. Zum erstenmal

Digitized by Google

waren hier „Urwahlen" zugestanden worden, und mochte sich auch der Ministerpräsident Graf Arnim etwas anderes dabei denken als die Deputation, von dieser und einem großen Teil der öffentlichen Meinung wurde darunter das allgemeine, gleiche Stimmrecht verstanden. Arnim mußte nach zehntägiger Ministerschaft zurücktreten, und das neue liberale Ministerium Camphausen-Hansemann entschied sich für eine konstituierende Nationalversammlung, die freilich mit dem König die endgültige Verfassung vereinbaren, aber aus allgemeinen, gleichen Wahlen hervorgehen sollte.

Sollte man dies Wahlgesetz oktroyieren?[1] Oder sollte es noch dem Vereinigten Landtag zur Annahme vorgelegt werden? Das erste hieß die Revolution anerkennen und von ihr aus ein neues Recht herleiten. Man wollte aber die Kontinuität[2] der geschichtlichen Entwicklung festhalten, und man tat recht daran, sich deshalb für die Berufung des Vereinigten Landtages zu entscheiden. Wie aber würde sich diese ständische Vertretung, die zum großen Teile aus Angehörigen des Adels und des hohen Beamtentums bestand, zu einer solchen Vorlage stellen?

Die Demokratie war von äußerstem Mißtrauen erfüllt, forderte Übergehung des Landtages und Oktroyierung eines Wahlgesetzes durch den König. Wilhelm Jordan, der Dichter und spätere Frankfurter Abgeordnete, machte den radikalen Vorschlag, aus allen Provinzen Deputationen einzuberufen, die sich so lange als provisorische Versammlung betrachten möchten, bis die aus Urwahlen hervorgegangene wahre Nationalvertretung zustande gekommen sei. Der Liberalismus hingegen hielt an der Berufung des Landtages fest, und man darf sagen, daß an dieser Frage sich der Gegensatz zwischen Liberalismus und Demokratie in Preußen entzündet hat; die bis dahin ziemlich einheitliche konstitutionelle Bewegung zerfiel von nun ab in einen gemäßigten und radikalen Flügel. In weitwirkenden Leitartikeln kämpfte die „Kölnische Zeitung", das führende Blatt des rheinischen Liberalismus, für die Berufung des Landtages: „ . . . Die Feudalstände sollen ihre Rechte aufgeben: sie müssen es also selber tun, damit nicht hinterher ihnen der Gedanke käme, daß sie für ihr gutes Recht kämpfen, wenn sie gegen die neue Ordnung der Dinge reagieren wollen", und in Berlin nahm sich besonders die „Vossische Zeitung" der Berufung das Landtages an, weil er allein die Gesetzmäßigkeit der Reform gewährleisten könne.

Der Landtag trat am 2. April zusammen und begann seine Beratungen mit einer Adresse an den König. Nachdem dann am 4. April der „Entwurf einer Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung" verabschiedet war, trat man am 5. April in die Beratung der Wahlgesetzfrage ein. Uns können hier nur die Hauptsachen interessieren. Der erste Paragraph brachte das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Es wurde vom Landtag nicht nur gutgeheißen, sondern man ging nach den Vorschlägen der Kommission noch über den Regierungsentwurf hinaus, indem man das Wahlrecht auch auf die dienenden Klassen ausdehnte und die Wohnfrist von

[1] Durch einfache Verordnung in Kraft treten lassen. [2] den Zusammenhang.

Digitized by Google

einem Jahr auf 6 Monate herabsetzte. Es war nur ein kleines Häuflein, das sich um den pommerschen Abgeordneten von Thadden-Trieglaff scharte, und Heiterkeit und Tumult verzeichnet der stenographische Bericht, als dieser erklärte: „Ich kann ein Grundprinzip nicht anerkennen, nach welchem etwa auf 10 000 Pfund Menschenfleisch (inklusive Menschenknochen) ein Wähler kommt und vielleicht 40 000 Zentner eben dergleichen einen Abgeordneten stellen[1].“ Wie viel würdiger hatte Bismarck, der zur Wahlgesetzfrage nicht das Wort nahm, bei der Adreßdebatte gesprochen: „Was mich veranlaßte, gegen die Adresse zu stimmen, sind die Äußerungen von Freude und Dank für das, was in den letzten Tagen geschehen ist . . . Wenn es wirklich gelingt, auf dem neuen Wege, der jetzt eingeschlagen ist, ein einiges deutsches Vaterland, einen glücklichen oder auch nur gesetzmäßig geordneten Zustand zu erlangen, dann wird der Augenblick gekommen sein, wo ich dem Urheber der neuen Ordnung der Dinge meinen Dank aussprechen kann, jetzt aber ist es mir nicht möglich.“ Ein Weinkrampf verhinderte ihn am Weitersprechen. Selbst seine eifrigsten Gegner drückten ihm nach dieser Erklärung die Hand.

Als ein Antrag auf Aufhebung der Wahl durch Stimmzettel unterstützt werden sollte, erhoben sich nur wenige Mitglieder. Der westfälische Freiherr von Vincke, den man den Mirabeau der Versammlung nannte, wurde zum Wortführer des geheimen Wahlrechts, das allein die wahre Meinung des Wählers zum Ausdruck bringen könne.

Daß man am indirekten Wahlsystem festhielt, ist hier von keiner Bedeutung, da in jenen Zeiten die Meinung darüber auf allen Seiten eine andere war als heute (vergl. die französische Verfassung von 1791). Die Hauptsache bleibt, daß diese aristokratische Körperschaft das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht nahezu einstimmig guthieß. Gewiß sind nicht alle, die dafür stimmten, aus innerster Überzeugung Anhänger dieses Stimmrechts gewesen; wohl aber waren sie der Meinung, daß es verkehrt sei, sich in blindem Klassenegoismus und doktrinärer Beschränkung dem Heraufsteigen einer neuen Zeit, die nun einmal neue Ansprüche mit sich bringe, entgegenzustemmen. Es waren sicher nicht wenige, denen der Präsident und Großgrundherr Fürst Solms in seinem Schlußwort aus dem Herzen sprach: „Die Mitglieder des ersten wie des letzten Vereinigten Landtages dürfen sich sagen, daß sie ihre Aufgabe darin anerkannt haben, Sonderinteressen nicht zu vertreten. Sonderinteressen zu vertreten, war es niemals an der Zeit; von nun an wird dies weniger als jemals an der Zeit sein. So werde ich z. B. auf die mir zustehenden Gerechtsame in bezug auf Gerichtsbarkeit, Polizeiverwaltung, Patronat und Steuerfreiheit verzichten, so wie ich schon auf das Jagdrecht in Gemeindewaldungen und auf Gemeindefeldern verzichtet habe, nicht infolge von Nötigung, sondern weil ich glaube, daß solche Rechte in einem Lande, in welchem alle Konsequenzen des konstitutionellen

[1] Trotz dieser grundsätzlichen Ablehnung stimmte er nachher doch aus konservativen Gründen für die Erweiterung das Wahlrechts auf die dienenden Klassen.

Digitized by Google

Systems wirklich gezogen werden, nicht an ihrem Platze sind. Alle Konsequenzen der konstitutionellen Regierungsform müssen aber jetzt wirklich gezogen werden."

Man möchte nur wünschen, daß von dem Geist solcher Männer auch heute ein Hauch zu verspüren wäre auf den Bänken der preußischen Adligen und Konservativen im Abgeordnetenhaus und Herrenhaus, wenn nun die Nachfahren der Mitglieder des Vereinigten Landtages den Forderungen einer neuen Zeit gerecht werden sollen. Und das dürfte eigentlich nach allem Unvergeßlichen, was wir in diesen Kriegsjahren an unserem Volke erlebt haben, kein unbilliges Verlangen sein.

Notizen

Die Wahlresultate in Estland. Die Wahlen zur allrussischen Konstituante in den Ostseeprovinzen waren eine Kraftprobe zwischen den russischen Maximalisten und den nationalen Parteien. Besondere Anstrengungen richteten die Maximalisten auf Estland, dessen Landtag die Maximalisten nicht anerkannt hatte. Ein Kongreß der landlosen Bauern wurde zusammenberufen und allen Landlosen und Kleinbauern eine Gratisverteilung der Ländereien des baltischen deutschen Adels versprochen. Daneben wurde der gesamten Bevölkerung — welche ja ihre Angehörigen noch im Felde hat — unmittelbarer Friede nebst die Rückgabe der von den Deutschen besetzten estnischen Inseln (Ösel, Dagö u. a.) zugesagt. Nichtsdestoweniger erhielten die Maximalisten in Estland nur 40 % aller Stimmen, während auf die nationalen Parteien 60 % aller abgegebenen Stimmen entfielen. Dagegen gewannen die Maximalisten unter der lettischen Bevölkerung Livlands 75 % aller Stimmen. Estland schickt 8 Abgeordnete in die russische Konstituante: davon — nach der Entscheidung der maximalistischen Wahlkommission, 4 Maximalisten und 4 Vertreter nationaler Parteien. Unter den letzteren befindet sich der frühere Kommissar der Provisorischen Regierung, J. Poska. Livland schickt 4 Abgeordnete in die Konstituante — darunter 3 lettische Maximalisten und der Gründer der deutsch-feindlichen lettischen Schützenbataillone, ehemaliger Dumaabgeordneter für Kurland, Goldmann.

Zusammenschluß aller Parteien gegen die Maximalisten. Der „Vorwärts" schreibt in seiner Nummer vom 1. Januar: „In den russischen Zeitungen wird eine gemeinsame Resolution veröffentlicht, die angenommen wurde in einer Konferenz des Zentralkomitees der russischen sozialdemokratischen Partei (Menschewiki), des Zentralkomitees der Partei der Sozialisten-Revolutionäre, des Zentralkomitees der Partei der Volkssozialisten („Trudowiki"), des Zentralausschusses der Arbeiter-Soldatenräte ganz Rußlands erster Zusammensetzung (das heißt in der Zusammensetzung, die von den Bolschewiki für aufgelöst erklärt wurde und in der Tscheidse den Vorsitz führte) und des Zentralausschusses des Rates der Bauernabgeordneten ganz Rußlands. Die Resolution bestreitet die Aktivlegitimation der Bolschewiki zur Führung der Verhandlung mit den Vierbundmächten und erklärt mit aller Bestimmtheit, daß der Waffenstillstandsvertrag niemand als die Bolschewiki binde." Dieser Protest der gesamten russischen Parteien mit Ausnahme der Maximalisten ist natürlich eine sehr ernste Tatsache. Auch auf die Maximalisten hat der Zusammenschluß aller Parteien gegen ihren Versuch, direkte Verhandlungen anzuknüpfen, nicht verfehlt, starken Eindruck zu machen. Sie haben daher ihre Grundlage, auf die sie sich stützen können, verbreitert, indem sie die Mitglieder des linken Flügels der sozialrevolutionären Partei in die Regierung aufgenommen haben. Trotzdem bleibt es nach wie vor fraglich, ob sie in der konstituierenden Versammlung eine feste Mehrheit behaupten

Digitized by Google

werden. Sehr viel Vertrauen scheinen ihre führenden Geister selbst nicht zu haben, würde doch sonst Trotzki nicht mit der Einführung der Guillotine gedroht haben, mit deren Hilfe er hoffte, alle gegenrevolutionären Bewegungen im Blute ersticken zu können.

Neuerscheinungen

Der Friede und die deutsche Zukunft

Alfred Hettner, der Heidelberger Geograph, mahnt durch ein Werk „Der Friede und die deutsche Zukunft" (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, M. 3.50), an Stelle der politischen Leidenschaft die verständige Überlegung zu setzen. Solche verständige Überlegung leitet nach seiner Meinung die verantwortlichen Staatsmänner und die wissenschaftlich geschulten Gelehrten. Als Gelehrter untersucht er die „drei Auffassungen des Friedens: die pazifistische Idee des Wiederherstellungsfriedens, die imperialistische Idee des Machtfriedens und die evolutionistische Idee des Vernunft- oder Ausgleichsfriedens". Aus der ablehnenden Kritik der beiden ersten Arten sucht er den „Weg, den wir gehen müssen; den Frieden, der nicht den früheren Zustand wiederherstellt, sondern dem Umstande Rechnung trägt, daß Kriege aus dem Widerspruch zwischen innerer Kraft und äußerem Besitz entstehen und daß ihre geschichtliche Aufgabe darin besteht, diesen Widerspruch zu beseitigen". „Wenn wir uns dem Gefühl des Hasses ganz hingäben, schnitten wir uns ins eigene Fleisch; wir müßten den Haß mit ewiger Rüstung und vielen Schäden bezahlen. Wir müssen vielmehr an spätere Versöhnung denken und uns darum schon bei den Friedensverhandlungen vom Geiste der Versöhnlichkeit leiten lassen. Wir müssen wünschen, daß einmal wieder eine Zeit des Verkehrs der Völker und der gemeinsamen Arbeit an der Kultur kommen wird und müssen darum schon beim Friedensschlusse am Wiederaufbau der Verträge und des Völkerrechts arbeiten". Die praktische Anwendung der allgemeinen Sätze verdichtet sich zu der Forderung: daß „unsere Friedensziele von unseren Lebensinteressen, den Bedürfnissen und Notwendigkeiten unseres Lebens ausgehen"; „wir dürfen nicht auf das Geratewohl nehmen, was wir bekommen können, sondern nur das fordern und durchzusetzen suchen, was für unser Volksleben ein wirkliches Bedürfnis darstellt". „Die Forderung nach militärischer Sicherheit des Reichsgebietes läuft in die Forderung nach einem genügenden heimischen Lebensraum hinaus; nach freier Betätigung in unseren Kolonien und in der Welt". Die allgemeinen Voraussetzungen führen aber auch zu der — ersten Erörterung über die Kriegsziele der Verbündeten: „Einerseits dürfen wir keine Forderungen aufstellen, die den Interessen der Bundesgenossen widerstreben, andererseits sie nicht vor unsere Interessen vorspannen wollen." „Wir müssen auf den Stand ihrer Kräfte Rücksicht nehmen, uns über die bei ihnen zweifellos noch mehr als bei uns vorhandene Kriegsmüdigkeit nicht hinwegsetzen." „Andererseits müssen wir die Lebenslinie essen unserer Bundesgenossen in unser eigenes Programm aufnehmen und ebenso wie unsere eigenen Lebensinteressen verfechten." Die Nutzanwendung für den einzelnen Fall zeigt das Beispiel Rußlands: „Rußlands erobernden Vordringen auf der Westseite und wohl auch gegen die Türkei sind, hoffentlich auf immer, feste Schranken gesetzt; nur in Innerasien wird es seinen Eroberungsdrang vielleicht noch weiter betätigen können. Von seinen westlichen Fremdländern gehen ihm Polen sicher und wahrscheinlich auch mehrere andere verloren. An die Losreißung der Ukraine und an einen völligen Zerfall des Reiches glaube ich nicht. Wohl aber wird der starre Zentralstaat voraussichtlich zu einem Bundesstaat werden und dadurch von der Eroberungspolitik mehr abgezogen werden." So sehr, durch ihre geographischen und politischen Begründungen, solche Einzelbetrachtungen beachtlich und wertvoll sind, so sehr ist ihr Ausgangspunkt der Mißdeutung ausgesetzt. Es ist gefährlich, die Politik zu einer Sache der wenigen Sachverständigen zu machen. Die Ausführung ihrer einzelnen Probleme ist Sache der Fachleute. Die Bestimmung der großen Zeitlinien bedarf des Antriebs und des Willens aller, wie H. es selbst (S. 8) andeutet, wenn er sagt, die politischen Handlungen der Regierung müßte sich auf die Zustimmung des Volkes stützen. Und daß auch die Sachverständigen in den politischen Handlungen selbst versagen können, zeigt H. selbst in der Behandlung der Schuldfrage, die innerhalb der seither begangenen Gemeinplätze sich bewegt, und nur in der Definierung des wichtigsten inneren Grundes des Krieges eigenartig ist, weil sie mit Deutschland die Bundesgenossen mitbezieht: „der Ausfüllung des bisher gleichsam leeren mitteleuropäischen Raumes mit der neu aufstrebenden Macht, die sich an den anderen stieß und ihren Spielraum einengte".

Auf die Erweiterung unseres politischen und wirtschaftspolitischen Horizonts nach der Seite der Schaffung einer widerstandsfähigen Weltmacht „Mitteleuropa", eines festen Zusammenschlusses Österreich-Ungarns mit Deutschland, hin sieht man in der Literatur unserer Zeit die Blicke noch immer hauptsächlich gelenkt: Der Weg wird von hüben und drüben geebnet. Karl Lamp benutzt die Darstellung der „Theorie des deutschen Zollrechts" und den Entwurf einer neuen „Öster-

Digitized by Google

reichischen Zollordnung" (J. C. B. Mohr, Tübingen) dazu, die Erreichung „einer materiellen Rechtsgleichheit zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche auf dem Gebiete des Zollverwaltungsrechtes durch Vergleichung der beiderseitigen Rechtsquellen und durch Aufstellung einer einheitlichen deutschen Zollrechtstheorie anzubahnen." Von österreichischer Seite hilft die von dem mitteleuropäischen Wirtschaftsverein in Österreich herausgegebene Schrift „Das mitteleuropäische Wirtschaftsbündnis und der internationale Handelsverkehr" (Carl Fromme, Wien) die Begründung des Gedankens, daß „ein auf längere Dauer abgeschlossenes Wirtschaftsbündnis der Mittelmächte, das zur schlagfertigen Abwehr und Vergeltung zollpolitischer und sonstiger wirtschaftlicher Angriffe befähigt sei, für die Ententestaaten ein sehr starker Gegengrund gegen die Inangriffnahme des Wirtschaftskrieges" sei. Unterstützung von der geistigen Seite ist die Essaysammlung „Europäische Wege" von Robert Müller (S. Fischer, Berlin M. 2.50), spielerisch geschriebene, anregende Essays über deutsche, österreichische, slawische Menschen. „Die westlichen Nationen haben nie verstanden, was sich in diesen Jahren in Mitteleuropa an geistigem Wachstum vollzog, mit welchem Schlüssel dieses Geheimschloß des deutschen Staatsbürgers oder des Großösterreichers zu ersperren ist. Wir gehen einer polnischen Grundform entgegen, dem Normal- und Einheitsstaat. Die Originalität und Vielheit der Gesellschaftsformen wird vermindert werden; dies ist zu bedauern, Einförmigkeit und Druck des Staates, von keinerlei irrationalem Beiwerk freundlich überhellt, werden fühlbarer sein als je. Über die Ordnung führt der Weg zu ihrer Entbehrlichkeit. Wir kämpfen noch um Ordnung, unser innerstes Dasein aber ist in Fühlung mit dem Weltschöpfungschaos, dem unter den Zeitgenossen die Künstler den Ausdruck finden."

Die Vergeistigung der Politik wird von solchem Zusammenhang her eines der Hauptprobleme in der Aussprache über den Frieden. Man sieht das z. B. aus den Forderungen, die Leopold von Wiese an den Liberalismus der Zukunft stellt. („Der Liberalismus in Vergangenheit und Zukunft", S. Fischer, Berlin.) Ausgangspunkt ist die Notwendigkeit der parlamentarischen Regierungsform, die aus den Forderungen der äußeren Politik begründet wird. Daraus resultiere eine „fortgeschrittene Politisierung des Volkes". „Der unselige und für die Welt der Taten unfruchtbare Streit zwischen Mensch und Staat würde sich dahin erledigen, daß man die Wechselwirkung und innere Abhängigkeit beider voneinander anerkennt. Das Staatswesen ist das beste, das sich am meisten bewährt als fördernde Kraft für das innere Wachstum und das Gedeihen der Menschen, die ihm angehören. Seine Ethik umfaßt das Wort Menschlichkeit in allgemeinem Sinne, seine politische Methode ist Konkretheit. Er überschätzt nicht den Wert der abstrakten Gewalten, greift resolut und frisch ins wirkliche Leben; sucht jede Begabung zu fördern, zu entwickeln, zu nutzen. Schon diese Tendenz von Konkretheit verhindert den Liberalismus, die abstrakte Staatsgesinnung zu überschätzen. Wahrscheinlich erreicht das System des nationalen, europäischen Staatentums und der absolut nationalen Gesinnung in diesem Kriege seinen Höhepunkt, seine Krisis und seinen Zusammenbruch. Wie einst die Idee des religiösen Bekenntnisses im Dreißigjährigen Kriege seine äußerste Zuspitzung und in ihm seine Widerlegung durch die Tat erfuhr, so scheint der extreme Nationalismus gegenwärtig seinen Kulminationspunkt zu überschreiten, um neuen, gesunderen und weniger einseitigen Postulaten Raum zu geben. Vermutlich werden sich nach dem Kriege die tiefer dringenden und aus Erfahrungen belehrbaren Geister vom absoluten Nationalismus frei machen, um — zunächst innerlich — für neue Menschheitsziele und sittliche Maßstäbe Sinn und Kraft zu erlangen. Der gesunde Kern des Nationalismus, das natürliche vaterländische Empfinden, wird dadurch nicht gestört werden. Gerade die Abschwächung der Staatsgesinnung auf das sich vor der praktischen Vernunft rechtfertigende Maß, wie es der Liberalismus erstreben sollte, wird den Staatsgedanken retten und kräftigen, während ihn die krampfhaften Aufblähungen schließlich zerstören würden." Auch dem Erlanger Professor H. Jordan ist Voraussetzung für die Sicherung einer gedeihlichen Zukunft die Verbindung von „Kulturgesinnung und Staatsgesinnung" (Vossische Ztg., Berlin). „Nicht Kultur oder Staat wird es heißen, sondern Staatsgesinnung und Kulturgesinnung. Aus beiden aber wird das neue Leben für die Nation als Ganzes für jeden einzelnen strömen." In ähnlichem Sinne setzt Friedr. Curtius in dem zweiten Heft der Schriften zur Neugestaltung deutscher Politik (Fehler und Forderungen Heft 1: „Der Charakter des deutschen Staatswesens", Müller, München) die Forderungen des neuen Staatsideals mit der Realität des gegebenen Staatswesens in Beziehung. „Die Verehrer des Kriegs pflegen von ihm zu rühmen, daß er die nationale Einheit, die in Friedenszeiten unter den Kämpfen des Erwerbslebens und den Gegensätzen der Parteien fast verschwindet, plötzlich mit überwältigender Deutlichkeit als eine Tatsache vor aller Augen stellt. Aber es wäre traurig, wenn nur der Krieg ein Volk einig machen könnte. Die Glanzzeiten der Politik wären dann diejenigen, wo der Genius der Menschheit sein Antlitz verhüllt. (Auch Hettner glaubt [in der oben erwähnten Schrift] übrigens nicht mehr an Erziehung durch den Krieg: S. 29: „Nach den furchtbaren Eindrücken dieses Weltkrieges wird ihn so leicht nie-

Digitized by Google

mand mehr als Erzieher des Volkes preisen.“) Die Nationen bedürfen eine Friedensideals von ebenso starker Zugkraft wie die Verteidigung des Vaterlandes gegen feindlichen Angriff. Fehlt ein solches, so bleibt die Förderung des Nationalgefühls im Frieden auf die retrospektive Freude an militärischen Großtaten der Vergangenheit und Rüstung für den Zukunftskrieg beschränkt. Leider war dies die Signatur der inneren Zustände Deutschlands vor dem Kriege. Das Friedensideal, von dem die gesunde Entwickelung des politischen Lebens abhängt, ist die Ausbildung des gerechten Staats, der jedem das Seine gibt, allen Kreisen der Nation gleich nahe steht und die Förderung des Wohls aller innerhalb der Grenzen des Möglichen als seine Aufgabe anerkennt. Ein Staatsideal, das unabhängig ist von den Forderungen an den Staat, zu denen das Klasseninteresse führt. Der deutsche Staat besitzt beides, die festgegründete Macht, die sich in der Organisation des Heerwesens und des öffentlichen Amts betätigt, und die Tendenz auf den Volksstaat, deren Berechtigung prinzipiell von keiner Seite bestritten wird. Der gerechte Staat, der der Veredelung des Menschenlebens dient, ist das Friedensziel des deutschen Volks, das besser ist als alle Kriegsziele. In diesem Streben muß die nationale Einmütigkeit des Kriegs ihre Vollendung finden.“

Solchen allgemeinen geistigen Zielsetzungen gegenüber müssen die Betrachtungen über Einzelprobleme zurücktreten, selbst wenn sie so bedeutsam sind wie die Untersuchung H. Schumachers über „Belgiens Stellung in der Weltwirtschaft“ (S. Hirzel, Leipzig). Zum ersten Male wird hier Belgien als lebendiger Wirtschaftskörper in seiner individuellen Eigenart einheitlich zur Darstellung gebracht. Für das Verhältnis für den Handel Belgiens mit Deutschland sind die Feststellungen wichtig: „Der deutsch-belgische Handel spielt für beide Länder eine Rolle, wie sie in Deutschland im ganzen allein von den Vereinigten Staaten und in der Einfuhr allein von Großbritannien erreicht wird, in Belgien aber überhaupt nicht ihresgleichen findet. Ihn vor Schädigungen möglichst zu sichern, ist eine Lebensaufgabe des deutschen Volkes, die in ihrer rein wirtschaftlichen Bedeutung hinter den auf „Mitteleuropa“ gerichteten Plänen nicht zurücksteht. Die belgische Hauptaufgabe wird durch das Flamentum, der deutsche durch den Durchfuhrhandel gebildet, der, von Lüttich abgesehen, durch das Land der Flamen hindurchzieht, zu ihrem großen Hafen. Ein verheißungsvolles Glück ist es, daß die Lebensbedürfnisse der Flamen und der Deutschen in erstaunlichem Maße sich decken. Den Wallonen gegenüber haben wir das Interesse, jede Verbindung mit ihnen zu meiden, soweit nicht militärische Erfordernisse alle anderen Rücksichten zurückdrängen. Wir stehen ihren Stammeswünschen dauernd fremd gegenüber und können ihnen nur zu unserem eigenen großen Schaden in ihrer schwierigen wirtschaftlichen Lage helfen. Wie es ein natürlicher Prozeß ist, daß sie sich immer mehr mit dem französischen Kulturleben verquickt haben, so können sie auch in Zukunft nur aus ihm weiter Leben und Kraft gewinnen.“

Nur Nachwehen der Geburtszeit der Friedensprobleme sind Schriften wie die des ungarischen Reichstagsabgeordneten Maurus Révai (Karl Curtius, Berlin.) „Der Weg zum Frieden“, der vor allem über die klare Einsicht dessen soll, „daß die Fortsetzung des Krieges keinen andern Zweck mehr haben kann, als die Sicherung von Englands bedingungsloser Weltherrschaft“, oder die des Tübinger Professors W. Franz, der eine Schrift „Die Feindschaft der Angelsachsen“ (C. A. Koch, Dresden) mit der These beschließt: „Die Angelsachsen wollen unsere Vernichtung, nicht unser Leben. Davon sollten wir endlich überzeugt sein. Eine Verständigung mit ihnen, die Dauer hat, ist nur denkbar nach der Unschädlichmachung der britischen oder der deutschen Kriegsflotte, vordem kann von einem wirklichen Frieden vorerst keine Rede sein. Je länger der Feind die Verhandlungen hinausschiebt, um so mehr haben wir zu gewinnen. Die Aussichten wachsen, daß solche überhaupt überflüssig sind.“

Bemerkung. Durch ein Versehen der Druckerei ist ein Teil der vorigen Nummer ohne Schlußkorrektur gedruckt worden, was wir zu entschuldigen bitten. Die Redaktion.

Zur gefl. Beachtung! Die Schriftleitung der „Deutschen Politik“ ist am 1. Januar 1918 nach Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a, verlegt worden.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik“, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 4.—. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Bonaventura:
Nachtwachen

mit einem Nachwort herausgegeben von R. Steinert

Der Liebhaber-Bibliothek 19. Band

Ein verschollenes Buch der Romantikerzeit aus Rahel Varnhagens Bibliothek. Was Bonaventura auf seinen Nachtwächterrunden erlebt, ist romantisch, packend und oft erschütternd. Die Art, wie er dies Erleben mit sprühendem Witz und Philosophie durchtränkt, macht das Werk zu einem Unikum der Weltliteratur.

M. 2.— gut kartoniert **M. 3.— eleg. gebunden**

Durch die Buchhandlung oder den Verlag Gustav Kiepenheuer / Weimar

Dr. Möller's Sanatorium Dresden-Loschwitz
Herrliche Lage Wirks. Heilverf. Chron. Krankh.
Diätetische Kuren
Zweiganst. tägl. 6 M. Prosp. u. Brosch. fr.

Technische Glasartikel
Wiederverkäufer gesucht
Herrmann Herzig, Görlitz in Schlesien

Bei allen Anfragen und Bestellungen aus dem Inseratenteil bitten wir, sich auf die „Deutsche Politik" zu beziehen.

AUTO-LICHT-ENTWICKLER „DANIEL"
Größter Schlager. Export nach allen Ländern.
Daniel Heinr. Balz, Dresden-A., Gr. Plauensche Straße 18

An unsere verehrlichen Abonnenten!

Um Irrtümer zu vermeiden bitten wir, alle Geldeinsendungen an unser Konto Postscheckamt Leipzig 29041 einzahlen zu wollen, um genaue Adresse des Absenders, die Angabe des jeweils bezahlten Quartals und den Vermerk „Für Abteilung Deutsche Politik".

Ergebenst

Gustav Kiepenheuer Verlag
Abteilung „Deutsche Politik"

Google

Ludwig von Hofmann
Handzeichnungen

Herausgegeben und eingeleitet von Dr. E. Redslob, Museumsdirektor in Erfurt

Das vorliegende Werk versucht, die schaffensfreudige Welt des Künstlers in ihrer Eigenart, Entwicklung und Bedeutung für die neue Generation zu erschließen. Der Herausgeber wählt dazu nicht den üblichen Weg der Reproduktion von Gemälden, die doch unzulänglich bleiben müßten, sondern will an Hand sorgfältiger Wiedergaben von annähernd 150 Handzeichnungen – die Fülle eines Materials, das schon lange nach einer Zusammenfassung in der Öffentlichkeit verlangte – sowie durch eingehenden Text die Persönlichkeit Ludwig von Hofmanns in ihrer umfassenden künstlerischen Bedeutung darstellen.

In elegantem Pappband . . M. 25.-
In Halbpergamentband . . M. 35.-
Einbandvignette von L. von Hofmann

Durch jede gute Buchhandlung zu beziehen, oder, wo keine am Platze, durch den

Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 65
Rohrbach, Der Staat Finnland 67
Troeltsch, Freiheit und Vaterland 72
Roloff, Wandlungen der Strategie 78
Faßbender, Randglossen zur elsaß-lothringischen und polnischen Frage 84
Kuczynski, Wohnungsnot und Finanznot 89
Notizen / Neuerscheinungen 92

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang 18. Januar 1918 Heft 3

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Zeitgenössische Erzähler des Auslandes

Soeben erschien
Zweiter Band:

Alexej Remisow:
Prinzessin Mymra

Novellen und Träume

Mit zwei Originallithographien von Robert C. Leonard
Aus dem Russischen übertragen von Alexander Eliasberg

In diesen Dichtungen ist der wilde Wind asiatischer Steppen. Das Elend eines von Laster, Unwissenheit und Aberglauben geknechteten Volkes formt sich zu ergreifenden Erzählungen. Träume von einer kühnen Phantastik, in denen alle Qualen und Seligkeiten erdenbeschwerter Menschenseelen sich verdichten führen in nie gesagte Tiefen des Unterbewußtseins. Expressionismus im innersten Sinne ist es, aus dem heraus ein Genie uns innerlich geschaute, aus seinem eigensten Seelenleben erwachsende Schöpfungen erstehen läßt.

Dritter Band:

Ernst Didring:
Pioniere

Ein Roman aus dem hohen Norden

Mit vier Originallithographien von Walther Klemm
Aus dem Schwedischen übertragen von Else von Hollander

Eis und Schneemassen, tobende Gletscherbäche, ewige Nacht des Nordpols türmt sich der Pionierarbeit eines Menschentrupps entgegen, dem es in heißem Kampfe gelingt, eine Bahn siegreich durch die Todeswüsten zu bauen. Psychisch und physisch aber geht ein Teil der Menschen an den entsetzlichen Erlebnissen zugrunde. — Ein Buch, das wie Kellermanns Tunnel Naturgewalt und Menschenkraft und -Energie sich gegenüberstellt, dann aber gleichzeitig in feinen Schilderungen uns das Leben der Lappen, die Psychologie der durch den zermürbenden Kampf verrohten Arbeitermassen, wilde Bärenjagden in den Eiswüsten lebendig schildert, und das dem jungen Schweden sicherlich in Deutschland rasch einen berühmten Namen verschaffen wird.

Gut broschiert Mark 4.—, eleganter Pappband Mark 5.—

Durch jede gute Buchhandlung oder direkt vom Verlag zu beziehen

Gustav Kiepenheuer Verlag, Weimar

3. Jahrgang • 18. Januar 1918 • Heft 3

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Seit altersher gehört es zu den Attributen der Macht, daß ihr schützender Arm gefürchtet wird, wo Stammesgenossen Unrecht geschehen soll. Griechenlands nationales Selbstgefühl duldete nicht die Mißhandlung der kleinasiatischen Griechen. Wie über ihren guten Namen, so wachen Großmächte darüber, daß ihr Recht und ihre Pflicht zum Schutze gewahrt bleibt. Wenn man die Indolenz unserer deutschen Öffentlichkeit angesichts der Vorgänge in Estland betrachtet, möchte man fast daran verzweifeln, daß Deutschland Talent zur Großmacht hat. Fast in Hörweite von unseren Truppen werden Deutsche abgeschlachtet; einmal über das andere haben die Deutschbalten hilfeflehend den deutschen Schutz angerufen. Wir haben im Waffenstillstand die Räumung von russischen Truppen bis an die Peipusgrenze nicht durchgesetzt. Haben wir bei den Friedensverhandlungen auch nur ein einziges Mal unser moralisches Schwergewicht für den Schutz Estlands eingesetzt?

*

Conrad Haußmann hat in seiner Rede am 10. Oktober im Reichstag daran erinnert, daß schon der 48er Liberalismus die Befreiung der baltischen Provinzen gefordert hat. Man kann dem Liberalismus unserer Großväter viel politische Fehler nachsagen, aber er besaß das, was Prinz Max von Baden das Verantwortungsgefühl gegenüber der Menschheit genannt hat. Dieses echt deutsche Verantwortungsgefühl wartet heute noch auf seinen Ausdruck in der Politik.

*

Die anfänglich totgeschwiegene, dann verspottete Fremdvölkerfrage ist, je länger der Krieg währt, ins Zentrum der politischen Debatte gerückt. Zuerst erstand Polen, dann hat Finnland seine Selbständigkeit erreicht, darauf setzten sich die Ukrainer mit an den Verhandlungstisch in Brest-Litowsk, so daß wir ein zweites Eisen dort im Feuer haben. Sollten die Maximalisten wieder einmal Lust verspüren, den Konferenz-

Digitized by Google

tisch zu verlassen, so würden wir dann in der Lage sein, wieder „ruhig mit den Ukrainern weiter zu verhandeln". Jetzt, wo damit endlich die Fremdvölkerfrage in die Geheimräume der deutschen Diplomatie gedrungen ist, hätte man erwarten können, daß allseitig diese zarte Pflanze mit der nötigen Behutsamkeit gepflegt werde. Leider ist das nicht immer der Fall. Meldet doch „Utr. Ross." vom 21. Dezember, daß „deutscherseits an der Front massenweise Aufrufe verteilt werden, welche die Tätigkeit Lenins und Trotzkis lebhaft preisen und in denen darauf hingewiesen wird, daß die russischen Imperialisten gemeinsam mit den französischen und englischen die Volkskommissare daran hindern, den für Rußland so notwendigen Frieden abzuschließen".

Dieses Loblied auf die maximalistischen Führer gerade in dem Augenblick an der baltischen Front anzustimmen, wo die durch die maximalistischen Vergewaltigungen zur Verzweiflung getriebenen Esten zu den Waffen gegriffen haben, um ihre Plagegeister zu vertreiben, deutet auf einen Zwiespalt, der natürlich nur zu geeignet ist, unserer sowieso schon verspäteten diplomatischen Offensive zugunsten der Fremdvölker beträchtlich Abbruch zu tun.

*

Die Einheit der militärischen und politischen Kriegführung bleibt das wünschenswerteste Ziel. Die Geschichte kennt auf ihren Höhepunkten, 1813 bis 1815 1866, 1870/71, ihre Risse und Spannungen. Freilich blieben sie damals den Zeitgenossen verborgen; erst die späteren Beschreibungen machten sie deutlich. Die Gegenwart mit ihrer breiten Öffentlichkeit öffnet die Türen der Konferenzen, freilich oft nur halb, oft nur so, daß verworrene Geräusche aus den Stuben kommen. Aber es genügt, um den Markt mit dem Widerhall halber Wahrheiten zu füllen. Es ist bedauerlich, daß unsere Regierung allzuzögernd Klarstellungen, soweit sie möglich sind, hinausschiebt und es geschehen läßt, daß aus falschen russischen Darstellungen, die dem innerrussischen Prestigebedürfnis der Maximalisten dienen sollen, der innerdeutsche Richtungskampf Nahrung zieht. Damit wird die Erkenntnis der Sachlage getrübt. Militär und Diplomatie haben sich zu sekundieren, so wie es bei der Wiederaufnahme der Besprechungen von Brest-Litowsk geschehen ist; aber es darf nicht vor dem Ausland der Eindruck erweckt werden, daß eine Zwiespältigkeit von Ziel und Methode den und die Gegner zur eigenen politischen Offensive ermuntern. Die Verlegung nach Stockholm ist jetzt erledigt. Das ist wichtig, denn Stockholm war die Stelle, von der aus die Entente ihre Einmischung immer möglich machen wollte. Henderson hat die Erneuerung der internationalen Sozialistenkonferenz bei den Bolschewisten angeregt. Auch unsere eigenen „Unabhängigen" scheinen die Lenin und Trotzky vor einem Abschluß in Brest-Litowsk gewarnt zu haben; sie wollen jetzt keinen Frieden, weil sie auf das Entstehen einer revolutionären Stimmung hoffen. All das fordert Geschlossenheit, Kraft, Gradlinigkeit unserer Unterhändler in Brest-Litowsk,

Digitized by Google

um innerhalb der immer möglichen Schwankungen die Stoßkraft des Vierbundes zu einem politisch sicher und bald greifbaren erfolgreichen Abschluß zu bringen.

*

Die Rede Lloyd Georges vor dem Gewerkschaftenkongreß ist von einigen harmlosen Neutralen als ein Versuch aufgefaßt worden, den Frieden näherzubringen. Sie ist nichts weniger als das, sondern ein Versuch, den englischen Krieg zu erleichtern; ein Versuch, seine eigenen Pazifisten zu beruhigen und die unseren mobil zu machen. Aus diesem Grunde hören wir aus seinem Munde zum ersten Male Ausdrücke des pazifistischen Vokabulariums, eine Anerkennung der Weltstellung Deutschlands, Worte gegen den Handelskrieg nach dem Kriege; deshalb ruft er Grey als Kronzeugen dafür an, daß er sich auf den Boden der Friedensliga gestellt habe, stellt er Belgien als Kriegsziel in den Vordergrund, gerade wie Grey; deshalb verschleiert er das Kriegsziel Elsaß-Lothringen durch das Wort „reconsideration", das auch auf eine Autonomiegewährung innerhalb des Deutschen Reiches gedeutet werden könnte und läßt die Frage der deutschen Kolonien diskutabel erscheinen usw. Aber trotzdem kann auch die Jingo-Partei zufrieden sein und ist es ja auch. Sie beruft sich darauf, daß in der Rede kein Programmpunkt der Entente-Note vom Januar 1916 tatsächlich aufgegeben worden ist, nicht einmal die Zerstückelung Österreichs. Das französische Kriegsziel Elsaß-Lothringen ist noch niemals im Namen der englischen Regierung so gegengezeichnet worden. England soll durch die Aufteilung der Türkei Mesopotamien, Arabien und Palästina gewinnen. Auch über die deutschen Kolonien sagt die Rede ausdrücklich, die Deutschen hätten kein moralisches Besitzrecht erworben, und von einer Wiedergabe fällt kein Wort.

Die Unaufrichtigkeit und absichtliche Doppeldeutlichkeit der Lloyd Georgeschen Rede läßt sich aus dem Beifall der Kriegshetzer und der Friedensfreunde erweisen. Es bedarf daher gewaltsamer Anstrengungen, um die Wirkung der Knock-out-Rede in Deutschland aufzuheben.

Der Staat Finnland

Von Dr. Paul Rohrbach

Das tapfere finnische Volk hat dank Deutschlands Siegen über Rußland, die den Zarenstaat zertrümmerten, seine Ziele erreicht und steht selbständig als souveräne Nation unter den europäischen Staaten und Völkern da. Bisher haben Schweden, Frankreich und Deutschland den Finnischen Staat anerkannt. Noch sind für ihn viele Schwierigkeiten zu überwinden, noch stehen über 100 000 Mann maximalistischer, russischer Truppen in Gestalt verwilderter und bewaffneter Banden im Lande; noch liegt auch ein Teil der völlig zuchtlos gewordenen russischen Ostseeflotte im Hafen von Helsingfors. Wie es heißt, bieten ihre Matrosen, nachdem sie

Digitized by Google

viele wertvolle Teile des Schiffsmaterials bereits unter der Hand verkauft haben, die Schiffe selbst billig jedem an, der etwas zahlen will, vielleicht kommt Finnland so sogar zu einer Flotte. Noch liegt auch die Sorge, wie der drohenden Hungersnot begegnet werden soll, wenn die knappen Vorräte von der letzten schlechten Ernte aufgezehrt sind, auf dem Lande und seiner Regierung. Innere Schwierigkeiten zwischen den Parteien, den Sozialisten und den Bürgerlichen treten hinzu. All das wiegt nicht leicht, und das finnische Volk wird sich nur zu sehr dessen bewußt sein, was es bedeutet, unter solchem Druck die Stunde der Freiheit und der eigenen Staatwerdung zu erleben.

Trotzdem ist es etwas Großes und Unvergeßliches für jeden Finnländer und etwas Denkwürdiges auch für alle andern Völker, die Zeuge davon sind, wie ein kleines aber zukunftsreiches und kerntüchtiges Volk sich durch seine Entschlossenheit den Weg in die Geschichte geöffnet hat. Finnland ist der erste neue Staat, der aus dem Weltkrieg geboren wurde, geboren auf Kosten des alten Ländereroberers und Länderverschlingers Rußland. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so wird allerdings dieser erste nicht der letzte bleiben. Die Ukraine ist bereits gut auf demselben Wege, den Finnland energischen Schrittes bis zu Ende gegangen ist, und das estnische Volk wird nicht ohne Wirkung des finnländischen Beispiels den Entschluß gefaßt haben, mit bewaffneter Hand die mordenden und raubenden Maximalisten-Horden aus seinen Grenzen zu verdrängen, und wenn wir als Deutsche bei unserem Glückwunsch an Finnland eins zu bedauern haben und ein gewisses Gefühl des Mißbehagens über uns selbst verspüren, daß sich in die Freude über die Tat der Finnländer mischt, so ist es die zaudernde, zaghafte Politik, die wir Finnland gegenüber bis zuletzt getrieben haben. Unsere amtlichen Stellen haben sich nicht dazu entschließen können, von Anfang an den Finnländern in ihrem Kampf gegen Rußland eine klare und feste Handreichung zu tun. Dazu hätte nicht einmal gehört, daß wir ihnen mit der Waffe zu Hilfe kamen, was offenbar nicht möglich war, sondern es wäre schon genug gewesen, wenn wir uns so früh wie möglich von Reichs und Volks wegen zu dieser durchsichtig klaren Sache bekannt hätten. Das Einzige dieser Art, was zum Glück noch in letzter Stunde von uns geschah, war die Erklärung der Berliner juristischen Fakultät, daß Finnland ein gutes Recht auf Staatlichkeit habe und durch keine Bande mehr an den russischen Staat gebunden sei. Das war ein Wort ohne Hörner und Zähne, von Herzen kommend und die Herzen erfrischend. Es hätte aber früher kommen und namentlich hätte von seiten unserer Regierung etwas ähnliches kommen können, lange bevor das letzte Wort, die staatsrechtliche Anerkennung, um die ja Finnland selbst erst vor kurzem nachgesucht hat, erfolgte.

Viel zu lange haben wir den Fehler gemacht, es mit Rußland oder den jeweiligen russischen Machthabern nicht verderben zu wollen. Immer wieder glaubte man die Brücken nach Rußland nicht abbrechen zu dürfen. Bis zu den Verhandlungen von

Digitized by Google

Brest-Litowsk konnte man sich von dem Gedanken nicht losmachen, und ein großer Teil der öffentlichen Meinung kann es heute noch nicht, daß Rußland ein einheitliches Gebilde sei und auch aus diesem Kriege irgendwie noch als Einheitsstaat hervorgehen müsse. In diesem falschen Gedanken ist jetzt durch die Anerkennung Finnlands die erste weithin sichtbare Bresche geschlagen worden. Finnland kehrt nicht wieder unter russische Herrschaft zurück, es wird ein vierter nordischer Staat, gleich Dänemark, Norwegen und Schweden. Petersburg, die russische Hauptstadt, wird wieder Grenzstadt. Schwerlich werden sich die Finnländer mit der willkürlich gezogenen politischen Grenze zwischen dem bisher sogenannten „Großherzogtum" Finnland und Nordrußland begnügen. Dieses Nordrußland, westlich vom Weißen Meer und von den großen Seen Ladoga und Onega, ist gar kein Rußland, sondern es ist altes finnisches Land, heute noch von Finnen bewohnt. Russen finden sich nur in ganz geringer Zahl an den Küsten und Flußläufen angesiedelt. Groß-Finnland, vom Bottnischen Meerbusen der Ostsee bis ans Weiße Meer und den Onega-See, ist geographisch und ethnographisch ein einheitliches Land, von Natur scharf unterschieden und abgegrenzt gegen Rußland. Eine wirksamere Naturgrenze als die Onegische Seenplatte zwischen Finnland und Rußland kann es schwer geben. Innerhalb dieser Grenzen hat Finnland etwa 4 Millionen Einwohner, innerhalb seiner augenblicklichen Grenzlinie etwa 3,5 Millionen. Das finnländische Volk besteht wie das schweizerische aus mehreren nationalen Bestandteilen, aus Finnen und Schweden. Beide haben früher im Gegensatz zueinander gestanden, aber schon seit längerer Zeit ist der Ausgleich auf Grund vollkommener nationaler, kultureller und sprachlicher Gleichberechtigung des schwedischen und finnischen Elements erfolgt. Es gibt jetzt, politisch gesprochen, keine Schweden und Finnen mehr in Finnland, es gibt nur noch Finnländer. Diese finnländische Nation hat eine der kräftigsten Vermehrungsziffern, die es gibt. Als Finnland 1809 an Rußland kam, wurde es noch nicht auf eine Million Einwohner geschätzt. Heute beträgt die Einwohnerzahl, wie gesagt, 3,5 Millionen. Die jährliche Vermehrungsrate ist größer als in dem benachbarten Schweden, das fast doppelt soviel Menschen zählt. Die Finnländer sagen stolz, die Zeit würde kommen, wo sie das erste skandinavische Volk sein würden. Jetzt sind sie der Zahl nach das zweite, vor den Dänen und Norwegern, an Tapferkeit und Entschlossenheit sind sie jetzt sicher das erste.

Von Anfang des Weltkrieges an hat Finnland sich darum bemüht, Fühlung mit uns zu erhalten. Immer von neuem kamen die Finnländer nach Deutschland und baten: könnt ihr denn nicht etwas für uns tun! Kann denn nicht ein ermutigendes, stützendes Wort öffentlich von euch über die Ostsee zu uns herüberklingen! Kann nicht von eurer Regierung, kann nicht von eurem Reichstag eine Kundgebung ausgehen, die man bei uns hört, die uns ermutigt und die Zweifelnden und allzu Vorsichtigen bei uns stärkt! Die Finnländer achten und ehren Deutschland, sie sind sich bewußt,

Digitized by Google

daß es nächst ihrer eigenen nordischen Kultur die deutsche Kultur und das deutsche Wesen ist, wovon sie zehren, was sie trägt. In allen finnländischen höheren Schulen wird Deutsch gelehrt, jeder gebildete Finnländer kann Deutsch, an der Universität Helsingfors gibt es deutsche Vorlesungen. Es gibt kaum einen finnländischen Gelehrten, der nicht auf deutschen Hochschulen studiert hätte. Das Aufblühen der geistigen und wirtschaftlichen Kraft Finnlands hat viele seiner Wurzeln in der engen Beziehung des finnländischen Lebens zu Deutschland. Im letzten Jahre vor dem Weltkriege betrug die Gesamteinfuhr nach Finnland etwa 500 Millionen finnische Mark, davon kamen für etwa 200 Millionen Mark Waren aus Deutschland.

Die wachsende Menschenzahl und der außerordentlich hohe Stand der Bildung — es gibt überhaupt keine Analphabeten in Finnland — haben auch das wirtschaftliche Leben Finnlands überraschend schnell aufblühen lassen. Mehr als die Hälfte des finnländischen Gebiets ist mit reichen Waldungen bedeckt. Alle Industrien der Holz- und Waldwirtschaft sind in Blüte, und in Nordfinnland gibt es Eisenerzlager, die wahrscheinlich große Ausdehnung und reichen Erzgehalt besitzen. Gewaltige Kraftquellen, die erst zum allerkleinsten Teil ausgenützt werden, ruhen in den zahllosen Stromschnellen und Wasserfällen Finnlands. Hier liegt der Ersatz dafür, daß dem Lande, das in seiner ganzen Ausdehnung eine vom Gletscherdruck der Eiszeit abgehobelte Granittafel darstellt, die Steinkohlen fehlen. Die Wasserkraft, die in so verschwenderischer Fülle über Finnland ausgebreitet liegt, ist aber ohne Zweifel einer der größten Produktiv-Wirtschaftsfaktoren der nächsten Zukunft. Es sind 20 Jahre her, daß ich zuletzt in Finnland war, ich kam von Stockholm durch die granitnen Schären der Ostsee und landete in der alten schwedischen Landeshauptstadt Abo. Dort steht der alte gotische Dom, die finnländische Kathedralkirche aus dem Mittelalter, das auch St. Marien in Lübeck, die Frauenkirche in Danzig, den Dom in Riga, St. Olai in Reval und die Grabkirche der schwedischen Könige in Stockholm am Mälarsee baute. Wer vom deutschen Ostseegestade nach Schweden kommt, spürt die innere Verwandtschaft dieses ganzen baltischen Kulturkreises, und wer von Schweden nach Finnland übersetzt, hat überhaupt kaum den Eindruck, daß er in ein anderes Land gekommen ist. Natur, Gesittung und Menschen sind auf das engste verwandt. In Abo steht ein Denkmal des schwedischen Gouverneurs, des Grafen Brahe, aus dem 17. Jahrhundert. Es trägt die Inschrift: Ich war mit dem Land und das Land war mit mir zufrieden. Um dieser Worte willen wurde das Standbild errichtet, es sollte der in Stein und Erz hingestellte Protest des finnländischen Volkes gegen die treubrüchigen Maßnahmen der beginnenden Russifizierung sein. Graf Brahe hatte Finnlands Rechte geachtet und war vom Volke geliebt aus seinem Amt geschieden. Freilich, wie sollte die stumpfe Brutalität des Russentums imstande sein, diese Sprache zu verstehen. Wie schmerzlich aber ist es für einen Deutschen, wenn er unter dem eigenen deutschen Volke erleben muß, daß selbst Männer der geschichtlichen Wissenschaft kaltblütig imstande sind, ein Volk,

Digitized by Google

wie das finnländische, den Moskowitern mit wegwerfenden Worten auszuliefern. Viele Jahre nach jenem Besuch in Finnland klagte mir einmal ein Finnländer, daß in dem Buche des deutschen Professors Hoetsch über Rußland sich auch ein Urteil über die russischen Rechtsbrüche gegen Finnland finde: „Das finnische Staatsrecht mag noch so klar und die Entrüstung über den Bruch früher gegebener Zusagen noch so berechtigt sein, das ändert nichts daran, daß der absolute Zar, der nur sich selbst band, nach dem Geist des russischen Staatsrechts derartige staatsrechtliche Zusagen, wenn er es für nötig hielt, wieder zurücknehmen oder ändern konnte . . . Vom objektiven historischen Standpunkte aus kann man in dem Kampf gegen die finnische Selbständigkeit nichts anderes, als den Kampf der heutigen russischen Reichsidee den in Finnland herrschenden Traditionen seiner früheren, der schwedischen Zeit, sehen, und das Urteil darüber, ob die bisherige Verbindung Finnlands unter den Gesichtspunkten der Reichsinteressen ausreichend war oder nicht, muß zum mindesten das Ausland allein dem Urteil Rußlands überlassen."

Die Zeit, wo politisch so falsche, Recht und Menschlichkeit so nackt an die brutale Gewalt preisgebende Worte in Deutschland geschrieben werden konnten, ist vorüber. Man kann sich denken, wie solch eine „Stimme deutscher Wissenschaft" nicht nur bei den Finnländern, sondern im ganzen skandinavischen Norden gewirkt hat. Wie tief ist doch die Zeit schon versunken, wo ein deutscher Gelehrter als Anwalt des eidbrüchigen zarischen „Staatsrechts" gegen ein kleines und heldenhaftes Volk im Norden auftreten konnte! Kaum hält man noch für möglich, daß es sie einmal gegeben hat. Das ist es gerade, was in uns die *größte* Freude über die Erringung der staatlichen Unabhängigkeit durch die Finnländer hervorruft, daß hier eine so fleckenlos reine, so völlig unzweifelhafte und gerechte Sache zum Siege gelangt ist. Darum wirkte auch die letzte, unmittelbar vor der Anerkennung durch uns gegebene ausweichende Antwort, die Finnland auf die Verständigung mit einem „wohlwollenden" Rußland verwies, so unbefriedigend, weil man sich fragte: warum benutzte denn nun die deutsche Politik diese Gelegenheit, sich laut und frei zur Sache des sittlichen Rechts im Völkerleben zu bekennen, mit hellem Ton an den deutschen Schild für die Freiheit dieses tapferen Volkes zu schlagen, nicht schneller, rückhaltloser? War es nötig, daß die französische Republick noch *vor* dem Deutschen Reiche Finnland anerkannte?

Die finnländische Souveränität bedeutet mehr, als einen neuen Mittelstaat im Norden Europas. Sie bedeutet den Anfang der russischen Auflösung. Sie bedeutet den faktischen Beginn des neuen Staatensystems in Osteuropa. Finnland selbst ist noch nicht Osteuropa; es ist das nordöstlichste Stück jenes „Inneneuropa", das zwischen der atlantischen und der kontinentalen Seite unseres Erdteils der eigentliche Träger der europäischen Zukunft sein wird. Von Finnland werden aber große Wirkungen auf das übrige baltische Küstenland, auf die Ukraine, ja vielleicht auf den Kaukasus ausgehen. Es ist die Macht des Beispiels, die anfeuert und fortreißt. Nichts

Digitized by Google

ist so erfolgreich wie der Erfolg, sagt der Engländer — und der Erfolg Finnlands wird hinunter wirken bis ans Schwarze Meer.

In Helsingfors, der finnländischen Hauptstadt, steht jenes wunderbare „Denkmal der Arbeit", der finnländische Mann mit der Holzaxt und sein Weib mit Sichel und Garbe. Es ist eins der großen Kunstwerke unserer Zeit, wert in vielen Abbildungen der Welt bekannt gemacht zu werden. Finnlands Sieg ist ein Triumph der Arbeit des finnländischen Volkes. Diese Arbeit zeigt es als ein Glied des abendländischen Europa, ein Glied der sittlichen Kulturwelt des Westens, an die wir glauben, auch wenn der Weltkrieg sie nun schon ein viertes Jahr in Blut und Feuer einhüllt. Diese Welt und die russisch-tatarische Welt des Ostens können sich nicht mit einander mischen; sie sind einander wesensfremd und können nur fremd nebeneinander existieren oder eine von der andern überwunden werden. Im neuen revolutionären Rußland gibt es Elemente, die jetzt vielleicht um Befreiung vom tatarischen Erbe ringen, aber dies Erbe wird im moskowitischen Volkstum, mag dieses wollen oder nicht, noch auf lange hinaus der stärkere Teil sein. Die Fähigkeit, diesen objektiv moralischen Charakter des Kampfes mit dem moskowitischen Rußland zu erkennen, ist ein Zeichen dafür, ob jemand imstande ist, unserer sittlich-nationalen Politik die Wege im Osten zu weisen. Wer aber das Moskowitertum nicht kennt, der vermag das schwer. Wahrhaft und eindringend über Rußland urteilen kann nur der, der den Moskowiter erlebt hat. Finnland hat das getan, Finnland weiß, was ihm drohte und vor welchem Schicksal es seine Freiheit rettet. Möge seine Tat eine Bresche für alle andern Völker geöffnet haben, deren Rettung und Zukunft in der Zertrennung der Bande liegt, mit denen der Moskowiter sie einst gebunden hat!

Freiheit und Vaterland

Einführungsrede des „Volksbundes für Freiheit und Vaterland" in seiner Berliner Versammlung vom 7. Januar 1918

Von Geh. Rat Professor Dr. Ernst Troeltsch, Berlin

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland ist eine völlig neuartige Erscheinung, eine Verbindung von großen Wirtschaftsverbänden, deren Interessen selbstverständlich politisch neutral sind oder, soweit sie dies nicht sind, bereits bestehenden großen Parteien nahe stehen. Aber die außerordentliche Lage der Zeit nötigt auch diese Massen zur Stellungnahme. Es ist bei diesem ersten öffentlichen Hervortreten die Aufgabe, Wesen und Ziele des Volksbundes in ihrer Ganzheit zu entwickeln. Ich rolle dabei den Zusammenhang von der ersten der innerpolitischen Forderungen, der Freiheitsforderung her, auf. Diese bezieht sich in erster Linie auf das preußische Wahlrecht und hat im ganzen und großen auch in der Regierungsvorlage den vollen Widerhall gefunden.

Die Regierungsformen und die Wahlrechte sind nicht ein Ausfluß ewiger Wahr-

Digitized by Google

heiten und allgemeiner moralischer Forderungen, sondern eine logisch und praktisch notwendige Folge des jeweiligen Zustandes der Gesellschaft. Die moderne Gesellschaft mit ihrer allgemeinen Schulbildung, allgemeinen Wehrpflicht, öffentlichen Meinung und bewußten Interessierung jedes einzelnen am Gesamtzustande verlangt mit absoluter Notwendigkeit die Mitbeteiligung jedes einzelnen an der Bildung des politischen Willens und hat zu diesem Zweck die Abgeordnetenhäuser oder Volkshäuser als dasjenige Organ unter die übrigen Regierungsorgane eingestellt, das aus einer derartigen gleichberechtigten Mitbeteiligung jedes einzelnen hervorgeht. Eine Massenherrschaft ist dies nicht, da ja die anderen Regierungsorgane daneben bestehen, und diese sind insbesondere bei uns von der stärksten historischen Kraft und sachlichen Bedeutung. Diese Konsequenz ist von so zwingender Notwendigkeit, daß sie in allen modernen Staaten, je stärker sie auf das moderne Leben eingegangen sind, um so dringender sich durchsetzt. Dies ist auch bei uns aus eben diesem Grunde unausbleiblich, und wenn es jetzt nicht durchgesetzt wird, so wird es unter schweren und erschütternden Kämpfen später durchgesetzt werden. Wir verlieren dann nur die belebende und befeuernde Wirkung, die die Sache bei rechtzeitiger Durchsetzung haben könnte und die grade in so schwerer Kriegszeit von höchstem Werte wäre. Diese belebende Wirkung ihrerseits hängt nun aber daran, daß das Ganze doch nicht bloß eine logische Wirkung der modernen Gesellschaft ist, sondern auch eine unmittelbare und lebendige moralische Bedeutung hat. Auch diese sehe ich nicht in allgemeinen Gleichheits- und Rechtstheorien, über die man endlos streiten kann, sondern in der unentbehrlichen Befriedigung des politischen Ehrgefühls jedes einzelnen Bürgers. Jeder einzelne leistet willig das Äußerste an Opfern der Arbeit, der Güter und des Lebens. Jeder fügt sich dem organisatorischen Zwang des Staates und des modernen wirtschaftlichen Lebens, welche beiden Zwänge vermutlich in der nächsten Zukunft zu- und nicht abnehmen werden. Dafür will er aber seine menschliche Freiheit und Persönlichkeit, seine Würde als verantwortliches Wesen zum Ausdruck und zur öffentlichen Anerkennung gebracht sehen, indem er bei den Wahlen zum Volkshause seinen Mann mit demselben Gewichte und demselben Werte stellt wie jeder andere. Es ist das eine Frage des menschlichen, nicht nur des politischen Ehr- und Würdegefühls, zugleich aber auch ein Sicherheitsventil, durch das in einer so furchtbar eng organisierten Gesellschaft das natürliche Unabhängigkeits- und Freiheitsbedürfnis sich einen Ausweg schaffen kann. Zum Symbol dafür ist das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht nun einmal im Laufe der Dinge geworden, daran ist nichts mehr zu ändern und im Grunde nichts zu beklagen. Diesem Ehrgefühl muß sein Recht werden, wenn die Nation den vollen Stolz auf ihren Staat haben und nicht bloß pflichttreu, sondern stolz und freudig für ihn schaffen und sterben soll.

Diese zunächst preußische Frage und Forderung ist nunmehr gleichzeitig im höchsten Grade eine Angelegenheit des Reiches. Dadurch wird nicht nur der Gegensatz

Digitized by Google

des Reiches und des führenden Bundesstaates im Wahlrecht aufgehoben, sondern vor allem die bisher so empfindliche Reibung zwischen preußischer Regierung und Reichsleitung, welcher Gegensatz durch die Person des Kanzlers und des Ministerpräsidenten mitten hindurchging und ihn zu den schwierigsten Balanzierungskünsten nötigte. Es wird erst so eine gradlinie Haltung der Reichsregierung möglich, und, ein fester Zusammenhang zwischen Reichsleitung und Reichstag. Die hier schon im Frieden bestehenden Unsicherheiten sind im Kriege vollends unerträglich und unmöglich. Ist die Reichsleitung nicht mehr durch die Rücksicht auf ein Preußen gefesselt, das von einem ganz andersartigen Wahlrecht aus seinen politischen Charakter empfängt, sind vielmehr Reichstag und Preußisches Abgeordnetenhaus annähernd gleichartig, dann wird erst ein wirkliches Zusammenwirken von Reichsleitung und Volksvertretung möglich. Dieses einheitliche Zusammenwirken ist die zweite große Forderung der gegenwärtigen Lage und der weiteren Zukunftsentwicklung. Auch das entspringt nicht aus einer Theorie, sondern ganz und gar aus den Forderungen und Notwendigkeiten der Praxis. Mit den Theorien des englischen und französischen Parlamentarismus hat das nichts zu tun, und die Entwicklung wird ganz von den besonderen Verhältnissen abhängig sein, wie sie auf Grund eines veränderten preußischen Wahlrechts sich gestalten. Ein Volk, das so Grenzenloses leistet, leidet und opfert, will sich an der Gestaltung seines Schicksals mitbeteiligt sehen. Bei allem ungeheuren Respekt, den es vor der Heeresleitung hat, und bei aller Notwendigkeit, daß das letzte Entscheidende schließlich durch sachkundige und erfahrene Beamte geschieht. Es handelt sich um ein Schicksal, das heute schon tief in jede Familie und Hauswirtschaft eingreift und das unser aller wirtschaftliche Lebensmöglichkeit in der Zukunft betrifft. Da wird jeder einzelne hellhörig und interessiert an dem, was geschieht, und empfindet es das Volk (übrigens in allen Ländern ganz gleichmäßig) als höchstes Bedürfnis, wenigstens durch seine gewählte Vertretung an dem ihm zukommenden Teil mitbestimmend und Verantwortung tragend mitzuwirken. Diese Mitwirkung und Zusammenstimmung von Regierung und Volksvertretung ist aber überdies noch in ihrer Wirkung nach außen schlechthin unentbehrlich und geradezu eine Bedingung des möglichen Friedens. Denn schon an und für sich ist die Autorität und Kraft einer auf ihre Volksvertretung offen und klar gestützten Regierung eine ganz unermeßlich viel größere. Ihre Entschlossenheit zu siegen und alle echten Lebensnotwendigkeiten des Staates durchzusetzen, wird viel kräftiger auftreten können, und ihr Wille geradezu als der unzerbrechliche Wille eines stolzen, starken Volkes selbst erscheinen. Alle ihre Handlungen gewinnen ein Gewicht, das um das der Millionen gesteigert ist, die eben dadurch mit in jedem ihrer Worte stecken. Und wie unentbehrlich ist eine solche Verstärkung der Regierung heute, wo überall auf Gegensätze zwischen Volk und Regierung spekuliert wird, und schlaue Gegner immer von neuem den Zankapfel in unsere Mitte zu rollen versuchen durch ihre heuchlerischen Reden von deutscher Un-

Digitized by Google

freiheit und Volksknechtschaft. Dieses ganze Geschwätz verschwindet dann sofort, oder die Lügen kriegen, auch wenn sie fortgesetzt werden, so kurze Beine, daß sie bald zu Fall kommen. Ja, wir können die stolzen Völker der Selbstregierung, die heute so kümmerlich und jammervoll um ihre Selbstregierung sich betrügen lassen, übertrumpfen mit dem Satze, daß das sozialpolitisch und wirtschaftsorganisatorisch modernste Volk der Welt zwar (übrigens vielfach zu seinem Vorteil) noch einen engeren Zusammenhang mit dem alten ständischen Staat besitzt, aber grade aus diesem historischen Zusammenhang heraus auch die stolzeste und freieste Zusammenstimmung zwischen dem Volk und dem Historischen seiner Geschichte in diesem furchtbaren, zu seiner Vernichtung geplanten Kriege geschaffen hat.

Diese Mitwirkung des Volkes ergibt auch die Notwendigkeit, die Ergebnisse des Krieges und die Ermöglichung des Friedes mitzubestimmen. Davon kann freilich erst die Rede sein, wenn die militärische Leistung wenigstens so weit eine Klärung geschaffen hat, daß man mögliche Zukunftswege überhaupt vor sich sehen kann. Vorher ist alles Reden über diese Dinge reine Kannegießerei. Heute liegen solche Klärungen dank der Leistung unserer Führer und unserer Armeen vor und ist überdies völlig deutlich, daß der Krieg rein militärisch nicht beendet werden kann, sondern es dazu in hohem Grade der richtigen Politik bedarf.

Zweierlei nun ist völlig klar: Einmal sind unsere westlichen Gegner heute noch mit den Zielen beschäftigt, die der Ssuchomlinow-Prozeß und die russischen Geheimakten aufgedeckt haben, und die wir stets als den Kern ihrer angeblich rein idealen Programme ganz deutlich gekannt haben. Die eisernen Stirnen von Lloyd George und Clémenceau trotzen im Interesse ihrer Bourgeoisien allen Ergebnissen des Krieges und allen wirklich idealen Interessen und humanen Gefühlen. Die neueste Rede von Lloyd George macht uns darin nicht irre. Wir haben zu viel anderes von ihm gehört. Gerade ein freies, geeintes, kluges und seiner Regierung vertrauendes Volk ist hier unweigerlich entschlossen, mit jedem militärischen Kraftaufgebot und unter dem Opfer teuerster Jugendleben und notwendigster Güter diesen Kriegswillen zu zerbrechen und die eisernen Stirnen einzuhämmern. Ehre, Freiheit und Zukunftsentwicklung unseres Vaterlandes sind uns jedes Opfer wert. Hier gibt es keine Müdigkeit und keine Flauheit. Aber ebenso klar ist, daß alle Siege, und wenn wir noch die gewaltigsten hinzufügen, für sich allein den Frieden nicht bringen können, denn der Gegenstand des Krieges gegen die Westvölker ist unsere Welthandelsstellung und unser Anteil an der Weltwirtschaft in Rohstoffbezug und Handelsabsatz. Hier aber haben unsere Feinde einen großen Teil unserer Lebensmöglichkeiten, ohne die ein 70 Millionen-Volk auf dem ihm vom Schicksal zugemessenen nationalen Boden nicht existieren kann, in ihrer Hand, und die Wiederherstellung der Weltwirtschaft ist überdies ihrem ganzen Wesen nach nur durch Verträge und nicht durch Besetzungen und Annexionen möglich. Wir müßten sonst die ganze Welt besetzen und die Schlüssel-

Digitized by Google

punkte des Welthandels, die heute England besitzt, in unsere Macht bringen. Davon ist aber überhaupt gar nicht zu reden. Unsere Siege müssen daher die Hauptwirkung haben, unsere Gegner überhaupt erst wieder vertragswillig zu machen. Etwas anderes kann, wie die Fachleute heute offen erklären, auch nicht das Ergebnis und Ziel des U-Bootkrieges sein, dann aber ist ein unsere wirtschaftliche Zukunft sichernder Vertragsfriede das eingehendste und wichtigste Ziel, welches insbesondere die wirtschaftlich Schwachen aufs nachdrücklichste in den Mittelpunkt stellen müssen. Gewaltsame Annexionen und Kriegsentschädigungen vermögen das nicht zu leisten, sie erschweren den Vertragsfrieden und begünstigen Irredenten- und Revanche-Kriege. Dabei sind militärische Grenzberichtigungen überdies gar nicht ausgeschlossen, wenn sie auf dem Wege von Kompensationen und Verschiebungen erlangt werden. Sie sind bei dem elenden Zustande unserer Grenzen wünschenswert genug, aber sie sind bei dem Blick auf das Ganze der Weltlage doch nicht die Hauptsache. Die Hauptsache ist die Wiedererm ö glichung der Weltwirtschaft. Auch das ist keine Theorie und keine Humanität, sondern eine praktische Forderung der Lage und der modernen Weltverhältnisse, die einen großen Staatskörper überaus empfindlich, nicht nur an seinen Grenzen, sondern auch in Afrika, Asien und Amerika gemacht haben. Eben deshalb kann es auch keine Theorie geben, die uns veranlaßte, grundsätzlich im Westen oder im Osten dieses neue Vertragsverhältnis zu suchen. Wo immer, einerlei ob im Osten oder im Westen, unsere Siege den Widerstand zerbrechen, da muß sofort das neue Vertragsverhältnis im Hinblick auf die Weltwirtschaft geschaffen und mit aller Energie ausgebaut werden. Dem ersten Verständigungswillen gegenüber muß die erste sofortige und gründliche Bereitwilligkeit entgegenkommen. Denn unversöhnlich Verbleibenden gegenüber muß und kann man dann härter gegenübertreten. Jedermann weiß, worauf diese letzten Worte zielen, es ist klar, was wir Rußland gegenüber zu tun haben und was hier in erster und was in zweiter Linie stehen muß, und es ist ebenso klar, daß es gegen die Weststaaten noch einen harten Kampf geben wird, der aber auch in irgendeiner Form, vor allem mit wirtschaftlichen und kolonialen Verträgen enden muß.

Es wird ein weltwirtschafts-orientierter Vertragsfrieden werden. So viele Kämpfe und Nöte noch zwischen ihm und uns liegen mögen, es kann nicht anders sein, und einen solchen Frieden dürften wir mit grenzenlosem Stolz, den nur die Trauer um unsere Erschlagenen trübt, als den Sieg betrachten, der das Reich endgültig behauptet und festigt. Aber ein Vertragsfriede ist (und das ist das letzte, was ich zu sagen habe) nicht möglich ohne Vertragsgesinnung. Wie man am Anfang des Krieges von einer Mobilisation der Seele gesprochen hat, so spricht man mit Recht bei dem nahenden Ende von einer Demobilisierung der Geister. Diese Demobilisierung ist überall in allen Ländern nötig und muß auf Gegenseitigkeit beruhen. Aber sie kommt in dem ungeheuren Grausen vor der Zerstörung unserer ganzen gei-

Digitized by Google

ſtigen, ſittlichen und religiöſen Europa-Exiſtenz überall von ſelbſt. Sie muß nur auch als Pflicht und Rettungsweg begriffen werden. Sie braucht nicht in Sentimentalität und allgemeinen Pazifismus zu beſtehen, aber in dieſem muß ſie notwendig und vor allem beſtehen: In der Preisgabe der Macht- und Gewalt-Theorie als der alleinigen politiſchen Lehre, in der Preisgabe des abſoluten Mißtrauens als der einzigen politiſchen Weisheit kluger und welterfahrener Menſchen. Das iſt eine Lehre, die allenfalls den Zeiten der Selbſtgenügſamkeit weſentlich agrariſcher Völker entſprach, und die überdies im Grund völlig heidniſch oder ſkeptiſch und zyniſch iſt. Die moderne Staatenwelt braucht zu ihrer Exiſtenz neben den nötigen Machtſicherungen notwendig auch den Vertragswillen und das Vertrauen. Sie verlangt überdies die moraliſche Anerkennung der Würde und Freiheit der Staaten und Nationen, ebenſo wie die der einzelnen Perſonen. Ohne das gäbe es nur ein erneutes Weltreich, das jedenfalls nicht wir ſein würden, oder den fortgeſetzten Selbſtmord. Inſofern ſind auch dieſe Forderungen zunächſt ganz praktiſch und realpolitiſch gemeint und begründet, aber hier dürfen wir uns nicht mit dem Realpolitiſchen und Praktiſchen begnügen, hier ſpricht auch die ſittliche Überzeugung und die religiöſe Ideenwelt Europas mit. Sie hat ſtets in den letzten Jahren gegen die mit dem Konkurrenzkampf der Privaten und dann der Staaten aufſteigende Lehre vom bloßen Kampf ums Daſein und von der einzigen Tugend der Härte und der mitleidloſen Niederkämpfung proteſtiert. Sie wird nach dem Kriege in tauſend heißen Mühen die Reſte unſerer zertrümmerten Moral und Religion die beide aus älteren konkurrenz-ſchwächeren Zeitaltern ſtammen, wiederbeleben und aufbauen. Sie muß aber auch ſchon jetzt beim Frieden und bei der Schaffung der neuen Vertragsſyſteme mitſprechen. Ohne ſie wird es niemals einen Frieden, ſondern nur Erſchöpfungspauſen geben, und zu ihr wollen wir uns ungebeugt und ungebrochen durch die Skepſis und den Gewaltſinn unſerer Zeit offen und ehrlich bekennen. Wir wollen dem Feind, der uns vernichten wollte und will, wahrlich nichts ſchenken und auf nichts verzichten, was vom Standpunkt der Weltlage aus für uns unentbehrlich iſt. Aber wir wollen eine Gemeinſchaft von Staaten ſchaffen, die gegenſeitig ihre Lebensnotwendigkeiten achten und das in Zukunft bereitwilliger als bisher durch Verhandlungen und Verſtändigung tun. Jetzt handelt es ſich nur um den ehrlichen Willen, einander das Leben, den Handel und die Rohſtoffe zu gönnen und die Reibungen der Entwicklungsſphären, in denen jeder Staat ſich wieder bewegen möchte, zu beſeitigen oder zu mildern. Das iſt keine Beſcheidenheit, ſondern höchſtes Selbſtgefühl, das iſt keine Schwäche und kein Ermüdungszeichen, ſondern heilige Überzeugung. Die Schwäche läge vielmehr in den immer neuen Regierungskriſen und in den ewigen Minen, die der Politik unſerer Regierung durch maßloſe Forderungen im eigenen Volke gelegt werden. Auch bei den vernünftigen ausländiſchen Stimmen redet ja niemand von Schwäche. Man laſſe alſo jedes Gerede von Schwäche, das nur die Kehrſeite jener überzeugungs- und

Digitized by Google

glaubensloſen Gewaltpolitik iſt, Die größte Stärke eines Volkes iſt ſein gutes Gewiſſen und die Heiligkeit ſittlicher Überzeugungen, die allein das Gegengewicht gegen die ſelbſtmörderiſche Konſequenz der reinen Konkurrenzlehre ſind.

Damit iſt das grundlegende Programm auseinandergefaltet, ich falte es nun zum Schluß wieder zuſammen in die Loſung unſeres Volksbundes:

Freiheit und Vaterland, keines gegen das andere, eines durch das andere und eines für das andere.

Wandlungen der Strategie[1]

Von Prof. Guſtav Roloff

Die Weltgeſchichte kennt zwei grundſätzlich verſchiedene Erſcheinungsformen des Krieges, die in verſchiedenen Epochen einander ablöſen. In der neueren Geſchichte treten ſie einander in den Kriegen des 19. Jahrhunderts (Zeitalter Napoleons und Moltkes) und des 17. und 18. Jahrhunderts (Zeitalter Ludwigs XIV. und Friedrichs des Großen) gegenüber. Äußerlich ſpringt ſogleich die verſchiedene Dauer der Kriege in die Augen: der längſte Krieg Napoleons, der zweite Koalitionskrieg (1799—1801) — wenn man vom erſten Revolutionskriege, der zum Teil noch in die vorhergehende Epoche gehört, und vom ſpaniſchen, der eine Nebenaktion iſt, abſieht —, hat weniger als zwei Jahre gedauert und war überdies noch durch wiederholte Waffenruhen unterbrochen; in der vorhergehenden Periode waren Kriege von doppelter und dreifacher Dauer die Regel. Ebenſo verſchieden war die Intenſität der Kriegführung: die jüngere Periode zeigt eine große Menge Schlachten, die ältere hat trotz der längeren Dauer der Kriege viel weniger große taktiſche Entſcheidungen, ja im polniſchen und bayeriſchen Erbfolgekriege fehlen ſie überhaupt, und die meiſten, wie der Siebenjährige und Spaniſche Erbfolgekrieg, zeigen Jahre ohne taktiſche Zuſammenſtöße von Bedeutung. Nicht minder markant iſt die Verſchiedenheit der Größe des Kriegsſchauplatzes: in den Feldzügen Napoleons und Moltkes dringen die Truppen trotz der kürzeren Zeit in gewaltiger Schnelligkeit tief ins feindliche Land ein und beſetzen mächtige Räume, der Krieg rollt von Berlin bis vor Wien oder bis Paris und Orleans, von Paris bis Wien, Königsberg, Moskau und Madrid. Die Heere Ludwigs und Friedrichs ſchlagen ſich gewöhnlich in den Grenzprovinzen, oft dreht ſich ihr Kampf jahrelang um einige Landſchaften oder Feſtungen. Stürmiſche Verfolgungen, wie nach den Schlachten von Jena und Belle Alliance finden wir da nicht, nur vorſichtiges Nachrücken auf kurze Strecken; es iſt ſelten, daß einmal eine ganze Provinz nach einem Siege in Beſitz genommen wird. Häufig ſehen wir die Heere kürzere oder längere Zeit einander gegenüberſtehen, keins wagt das andere anzugreifen, weil die Stellungen zu feſt ſind, beide ſuchen ſich durch allerlei

[1] Zum Teil ſchon veröffentlicht im „Weihnachtsgruß der Univerſität Gießen an ihre Studenten im Felde". Hier nach Ludendorffs Geſpräch mit einem Vertreter der „Neuen Freien Preſſe" erweitert.

Digitized by Google

Künſte zum Verlaſſen ihrer Stellung zu bewegen, bisweilen mit Erfolg, nicht ſelten muß die eine Partei das erfolgloſe Warten aufgeben und einen mehr oder weniger verluſtreichen Abmarſch antreten. In den Kriegen des 19. Jahrhunderts ſucht man ſolche Epiſoden vergebens; keine Stellung iſt ſo feſt und ſo ausgedehnt, daß ſie weder direkt angegriffen, noch umgangen werden könnte. Ein dauerndes Ausweichen vor der Schlachtentſcheidung gibt es alſo nicht, wenn eine Partei ſie ſucht. Wer ſich der Schlacht dauernd entzieht, bekennt ſich als beſiegt und muß wie Bourbaki 1871 die Folgen einer Niederlage ohne Schlacht auf ſich nehmen. Sind die Schlachten der jüngeren Periode zahlreicher, ſo ſind ſie dafür weniger blutiger als die älteren: das 17. Jahrhundert muß gewöhnlich den 5. bis 10. Teil der Truppen an Toten und Verwundeten opfern, das 18. noch bedeutend mehr, im 19. ſind Verluſte bis zwanzig vom Hundert ſelten, weit geringere dagegen die Regel. (Vgl. meine Studie: Der Menſchenverbrauch in den Hauptſchlachten der letzten Jahrhunderte. „Preußiſche Jahrbücher" Bd. 72.) Endlich kennt die ältere kriegeriſche Form längere regelmäßige Unterbrechungen der Feindſeligkeiten durch Winterquartiere, im 19. Jahrhundert geht der Feldzug Sommer und Winter mit gleicher Energie weiter. Alle dieſe Momente bewirken, daß die Schlußentſcheidung auf ganz verſchiedene Weiſe herbeigeführt wird: Napoleon und Moltke zertrümmern in ſchnellen gewaltigen Schlägen die Streitkräfte des Gegners und brechen hierdurch ſeinen Willen; Ludwig und Friedrich erſchöpfen allmählich die feindlichen Mittel: wer den längſten Atem behält, hat den Krieg gewonnen.

Die Urſachen dieſer verſchiedenartigen Kriegführung liegen in der Verſchiedenheit der allgemeinen Zuſtände. Nur in einer ganz flüchtigen Skizze ſeien ſie angedeutet. Die Heere des 16. und 17. Jahrhunderts ſind kleiner als die ſpäteren, ſie tiraillieren nicht und requirieren nicht. Die verſchiedene numeriſche Stärke erklärt ſich aus der politiſchen Verfaſſung der Staaten. In den Staaten der älteren Epoche hatte jeder Stand ſeine beſonderen geſetzlich fixierten Rechte und Pflichten, ſo daß es nicht möglich war, die Wehr- und Steuerkraft völlig auszunutzen; ſeit der Franzöſiſchen Revolution waren die ſtändiſchen Sonderrechte beſeitigt oder gemildert, die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und die finanzielle Leiſtung der Untertanen bedeutend geſteigert worden. Dieſe beiden Neuerungen ermöglichten, wie ſogleich einleuchtet, die Aufſtellung größerer Heere als früher, aber auch die Qualität der Truppen war grundverſchieden: ſeit dem 19. Jahrhundert beſtehen die Heere aus Landeskindern, vorher waren ſie zum großen Teile aus fremden Söldnern zuſammengeſetzt. Die neue Zuſammenſetzung ergab eine neue Moral: die Söldner waren vielfach mit Liſt und Gewalt eingeſtellt, alſo unzuverläſſig und ſuchten wieder zu entlaufen, oder ſie hatten den Soldatenberuf ergriffen, um eine Verſorgung zu haben, und ſtanden der Sache, für die ſie fechten ſollten, innerlich kühl gegenüber. Nicht ſelten übertraf die Zahl der Deſerteure die der blutigen Verluſte. Die neuen Armeen dagegen kämpften durchweg

Digitized by Google

mit innerer Hingabe und litten nicht unter dem Fluche der Desertation. Zudem war der Ersatz in der jüngeren Periode viel leichter, da man aus dem ungeheuren Reservoir des ganzen Volkes schöpfen konnte, in der älteren war es schwierig, im Kriege neue Söldner von außen zu gewinnen.

Wegen der Gefahr des Ausreißens war es notwendig, die Mannschaften unter beständiger Aufsicht zu halten; folglich mußte man auf Tiraillieren und Requirieren, das die Aufsicht erschwerte oder gar unmöglich machte, verzichten. Man mußte also die Truppen aus Magazinen ernähren, wodurch die Beweglichkeit eingeschränkt wurde, und im Gefecht ausschließlich in geschlossenen Formationen auftreten lassen: Mann an Mann, in drei bis sechs Gliedern (Lineartaktik) marschieren die Bataillone ins Feuer. Hieraus schon erklärt sich zur Genüge die Verschiedenheit der Kriegführung: mit den kleinen, schwerfälligen und schwer zu ersetzenden Heeren konnte man weder große Strecken besetzen, noch in immer wiederholten großen Schlachten die Entscheidung suchen: mehrere Schlachten kurz hintereinander hätten die Armee bald verbraucht, zumal infolge der eigentümlichen Taktik die Verluste, wie erwähnt, hoch waren und der Sieg nicht weniger als die Niederlage kostete. Im 19. Jahrhundert waren die Verluste geringer und der Ersatz leichter. Überdies waren die Siege weniger entscheidend und bewirkten nur unter äußerst günstigen Umständen die Vernichtung der geschlagenen Armee, denn eine rasche Verfolgung, die einseitige Fortsetzung der Schlacht nach Clausewitz' Wort, war nur ausnahmsweise möglich. Nach dem Siege mußte man vielmehr schleunigst die durch die Schlacht gelockerten Verbände wieder ordnen, damit die Verwirrung nicht das Desertieren begünstige, und diese Pause konnte der Besiegte benutzen, sich in eine gesicherte Stellung zurückzuziehen. Im 19. Jahrhundert fiel diese Rücksicht für den Sieger fort, und außerdem war gewöhnlich nicht das gesamte Heer direkt am Kampfe beteiligt, so daß sofort unberührte Truppen die Verfolgung antreten konnten, im 17. und 18. dagegen konnte nur höchst selten ein Teil außer Feuer bleiben. Auch daß die starren Linien, die beim Anmarsch ein vortreffliches Ziel boten, wenig geeignet waren, feste Stellungen anzugreifen, ist ohne weiteres verständlich. Aus alledem ist erklärlich, das größere Schlachten meist nur im Anfang des Krieges geschlagen wurden, so lange die Armeen vollzählig und trefflich ausgebildet waren; da sie aber den Krieg nicht entschieden, so entschloß man sich bei verminderter Zahl und Qualität der Truppen immer schwerer zum Schlagen, und so scheinen die Kriege schließlich einzuschlafen; selbst die gewaltigsten Kriege der Epoche, der Siebenjährige und der Spanische Erbfolgekrieg, zeigen in ihren letzten Jahren keine größeren Kämpfe mehr. Auch die Winterruhe ergab sich aus den geschilderten Verhältnissen: die regelmäßige Verpflegung aus den Magazinen war bei den damaligen Verkehrsmöglichkeiten im Winter allein im festen Quartier erreichbar. So ist die Strategie vor 200 Jahren eine ganz andere als vor 100 Jahren: sie erstrebt keine schnelle Zerstörung der feindlichen Hilfsquellen, sondern eine allmähliche: durch Ge-

Digitized by Google

fechte, Abſchneiden von Zufuhren, Wegnahme von Städten, Landſchaften und Magazinen und dergl. Mittel, die man mit dem Begriff „Manöver" zuſammenfaſſen kann, ſucht ſie dem Feinde, unter geſchickter Schonung der eigenen Kräfte, ſoviel Schaden zuzufügen, daß er ſchließlich den Kampf aufgibt. Nicht ein großer Schlag, ſondern viele kleine: Pfennig auf Pfennig häufen, bis ſchließlich ein Taler daraus wird, ſagte Friedrich der Große.

Zwei Geſetze, Schlacht und Manöver, regieren alſo die Strategie des 17. und 18. Jahrhunderts; im 19. regiert die Schlacht allein, das Manöver hat nur vorbereitenden oder verſtärkenden Wert.

Man ſollte meinen, ein hiſtoriſch geſchultes Auge müßte dieſe Verſchiedenheit zwiſchen der Zeit Napoleon—Moltke und Guſtav Adolf—Friedrich ſogleich erkennen, aber als Hans Delbrück im Jahre 1878 zum erſten Male auf den Unterſchied der friderizianiſchen und napoleoniſchen Strategie aufmerkſam machte, fand er weder bei Hiſtorikern noch bei Militärs Beifall. Es gäbe nur eine für alle Zeiten gültige Strategie, die Vernichtung der feindlichen Armee durch die Schlacht, erklärten Colmar v. d. Goltz, Theodor und ſpäter Friedrich v. Bernhardi, Max Duncker und Alfred Dove. Wer annehme, daß Friedrich ſolchen kleinen Mitteln wie dem Manöver eine ähnliche Bedeutung wie der Schlacht, der echten Rennbahn des Krieges, beigemeſſen habe, ſetze den Heldenkönig herab; das ſei nicht ſeine, ſondern Dauns Strategie. Dieſe Polemik überſah völlig, daß es ſich bei der Einordnung Friedrichs in ein beſtimmtes ſtrategiſches Syſtem nicht um die Wertung ſeiner militäriſchen Eigenſchaften und Leiſtungen, ſondern um die ſeiner Mittel handelte, und daß Friedrich auch bei geringeren Mitteln in anderer Form ebenſoviel Kühnheit und Seelengröße bewähren konnte wie ein Stratege des 19. Jahrhunderts. Ja, bei näherem Zuſehen ergab ſich, daß Friedrichs Feldherrnperſönlichkeit um ſo großartiger erſchien, je mehr man die Beſchränktheit ſeiner Mittel erkannte und das Weſen ſeiner von Napoleon abweichenden Kriegführung begriff. Man ſah, daß ſeine Kühnheit ihn zwar immer wieder, mehr als jeden ſeiner Zeitgenoſſen, auf das kühnſte und entſcheidendſte, aber auch unſicherſte Kriegsmittel, die Schlacht, hintrieb, daß er aber zugleich in richtiger Einſchätzung ſeiner Kraft ſie nur wagte, wenn ihm die Verhältniſſe beſonders günſtig ſchienen, und daß er daher oft Kampfgelegenheiten auswich, die Napoleon und Moltke nie vorübergelaſſen hätten. Denn eine Strategie nach dieſer Art hätte ſeine Kraft ſchnell erſchöpft und ihn wie Karl XII. ins Verderben geführt. So erſchien Friedrich, gemeſſen an dem Maßſtab ſeiner Zeit, als unvergleichlicher Heros, gemeſſen an dem unhiſtoriſchen Maßſtabe des 19. Jahrhunderts als Stümper. (Vergl. Delbrück, Die Strategie des Perikles erläutert durch die Strategie Friedrich des Großen. Berlin 1889.)

Unter den Hiſtorikern verſtummte die Oppoſition gegen Delbrücks Auffaſſung bald, die Militärs hielten jedoch meiſt an der namentlich von Theodor v. Bernhardi for-

Digitized by Google

mulierten anderen Anschauung fest, so daß man sie kurz als die Auffassung der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Großen Generalstabs bezeichnen kann. Allerdings fühlte man auch hier gelegentlich das Unhistorische des Bernhardischen Friedrichsbildes; die Geschichte des Siebenjährigen Krieges z. B. und noch mehr die Einzelschrift (Friedrichs des Großen Anschauungen vom Kriege. 1899) lassen deutlich eine innere Unsicherheit, eine Abweichung im einzelnen von der dogmatisch ergriffenen Grundanschauung erkennen, vermögen aber nicht zur richtigen Auffassung durchzudringen. Tieferblickende Urteiler dagegen, wie Feldmarschall Blumenthal, erkannten die historische Berechtigung der Strategie Friedrichs, wie sie Delbrück gezeichnet hatte, an und meinten, „sie könne einmal wiederkommen".

Der Weltkrieg hat, wie so manche politische Streitfrage, so auch diese gelehrte Kontroverse gelöst: die Strategie Friedrichs ist in der Tat wiedergekommen. Ohne Zweifel berührt das gewaltige Drama dieser Tage sich mit beiden strategischen Systemen in vielen Punkten.

Das riesige Menschenaufgebot, die ungeheure Ausdehnung des Kriegsschauplatzes, die gewaltige Zahl der Schlachten, deren Ergebnisse zum Teil alles bisher Bekannte weit übertroffen haben, weisen auf die Epoche Moltkes und Napoleons hin, nur ist die Gewalt mächtig gesteigert. Die lange Dauer des Krieges dagegen teilt der Weltkrieg mit der älteren Periode, ebenso die große Ausdehnung des Stellungskrieges, die Besetzung riesiger Schanzen- und Grabenlinien, die dem Feinde den Eintritt in ganze Länder verwehren sollen. Aber auch hier gibt es einen Unterschied. Vor 200 Jahren mißlang in der Regel der Versuch, meilenlange Stellungen zu behaupten, weil die verteidigende Truppe zu schwach war, alle Posten wirksam zu besetzen und einen Durchbruch wie eine Umgehung zu verhüten; heute sind die Armeen so groß, daß sie Linien von Hunderten von Kilometern ausreichend besetzen können. Und gerade durch die große Ausdehnung erhöht sich die Aussicht, sichere Flankenanlehnung zu gewinnen, sei es das Meer, sei es ein neutrales Land. Die moderne Technik dient sowohl dem Angriff wie der Verteidigung solcher Stellungen. Wenn die Wirksamkeit der Artillerie und der übrigen Zerstörungsmittel ungeheuer gesteigert ist, so auch die Kunst des Schanzens, und vor allem ermöglicht die vergrößerte Beweglichkeit der Truppen infolge der Verbesserung der Verkehrsmittel, schwachen Punkten schleunigst Reserven zuzuführen. Man kann daher weder von einer Überlegenheit des Angriffs noch der Verteidigung sprechen; wie die Durchbrüche im Osten und am Isonzo, das Standhalten der Deutschen im Westen und der Österreicher am Isonzo zeigen, spielen Führung und Qualität der Truppen wie stets die Hauptrolle.

Aber die entscheidende Frage ist: Wie soll man die Schlacht im Gesamtrahmen der Strategie bewerten? Ist sie wie unter Napoleon und Moltke das weitaus wichtigste, fast einzige Kriegsmittel oder sind ihr die oben erwähnten ebenbürtig wie vor 200 Jahren? Kann die Schlacht oder besser eine Kette von Schlachten den feindlichen

Digitized by Google

Willen brechen oder wird es auf eine langsame Erschöpfung wie im Siebenjährigen Kriege hinauskommen? Hierauf hat kein Geringerer als Ludendorff die Antwort gegeben: ein entscheidender Schlag entscheidet heute kaum mehr den Krieg. „Die Zeiten der Schlacht von Sedan sind vorüber. Im modernen Volkskrieg werden die Völker besiegt, nicht die Armeen. Volkskraft ringt gegen Volkskraft." Es ist in der Tat mit Händen zu greifen, daß heute ein Sieg nicht in demselben Maße wie im 19. Jahrhundert unter den Streitkräften des Geschlagenen aufräumen kann, und daß die Einzelentscheidung also von geringerer Bedeutung für den Endzweck ist. Aber auch an diesem Punkte wiederholt sich die Weltgeschichte nicht ohne Einschränkung oder Änderung, denn die Verringerung der Schlachtentscheidung liegt nicht wie unter Friedrich dem Großen an der inneren Unvollkommenheit des Heeres, die eine Ausnutzung des Sieges nicht gestattet, sondern an der größeren Menge der Kriegsmittel, die viel stärkere Verluste ertragen kann. Ein Sieg mit 100000 Gefangenen in den ersten Wochen des Krieges hätte vor 100 Jahren den Krieg entschieden und vor 50 wenigstens der einen Partei einen nicht wieder einzuholenden Vorsprung verschafft: heute können solche Einbußen verschmerzt werden. Die Steigerung der Schlagkraft ist also durch Vermehrung der Kampfmittel wettgemacht worden, wodurch eine Verlängerung des Krieges erzwungen wird.

Wenn also die Volkskraft überwältigt werden muß, so kann das nur durch die Verbindung von Schlachten und Mitteln allmählicher Erschöpfung geschehen. Dementsprechend ist auch heute wie zur Zeit Friedrichs der Krieg gegen die Ernährungs- und Versorgungsmittel von ganz anderer Bedeutung als im Jahre 1813 oder 1870. U-Boote und Flugzeuge haben ja diesen Zweig der Kriegstechnik zu besonderer Höhe entwickelt. Wie der Feldherr des 18. Jahrhunderts durch einen glücklichen Überfall feindlicher Magazine den Feind unblutig zum Abzug aus streitigen Landschaften zwingen und sich dadurch große, den Ausgang des Krieges wesentlich beeinflussende Vorteile verschaffen konnte, so kann heute, wie ja oft erörtert worden ist, die Zerstörung von Granatenmagazinen, Munitionsfabriken, Lebensmitteldepots und von Verkehrsmitteln zu Wasser und zu Lande die Kriegführung in ernstester Weise lähmen. Gelingen viele solcher Anschläge, so kann der Schaden unersetzlich werden und die Fortsetzung des Krieges sich von selbst verbieten.

Also wiederum regieren Schlacht und Manöver nebeneinander. Mögen dabei die Beziehungen zwischen den beiden Mitteln im einzelnen tausendfach verschieden von denen im 18. Jahrhundert sein, mögen insbesondere Größe und Qualität der Heere dem Feldherren gestatten, der Schlacht mit größerer Energie zuzustreben als damals: es bleibt doch bestehen, daß das Manöver einen selbständigen Wert neben der Schlacht wiedererlangt hat und daß die Entschlüsse der modernen Feldherren sich auf grundsätzlich anderen Erwägungen aufbauen müssen als im 19. Jahrhundert.

Digitized by Google

Randgloſſen zur elſaß-lothringiſchen und polniſchen Frage

Von Geh. Reg.-Rat. Prof. Dr. Martin Faßbender, M. d. R. u. d. Pr. A.

In einer gewiſſen Preſſe iſt häufig die Behauptung ausgeſprochen worden, daß die elſaß-lothringiſche Frage nur eine Kuliſſe ſei, hinter der man die belgiſche Frage verſchwinden zu laſſen verſuche. Auch der Aufruf der Deutſchen Vaterlandspartei macht bekanntlich ſich dieſe Behauptung zu eigen. Aber jene Anſicht dürfte doch irrig ſein. Dazu einige Bemerkungen.

Allgemein beſteht bei uns die feſte Überzeugung, daß England zum Kriege gehetzt und in denſelben eingetreten iſt, um ſeinen Rivalen auf dem Weltmarkte endgültig zu beſeitigen[1]. In der Tat beſteht kein Zweifel, daß von ſeiten Englands der Krieg lediglich zu wirtſchaftlichen Zwecken geführt wird. Das iſt aber auch bei Frankreich bis zu einem gewiſſen Grade der Fall. Es iſt unrichtig, ausſchließlich die Revanche ins Feld zu führen. Als zuerſt im Anfang der 80er Jahre der etwas beſchränkte Paul Deroulède, Paris, in Aufregung verſetzteund die bekannte Patriotenliga gründete, da ſpielten wirtſchaftliche Intereſſen ſchon eine große Rolle. Das Organ der Patriotenliga, der „Antiprussien“, wurde von der franzöſiſchen Induſtrie, und zwar vor allem von den Bierbrauern und Seidenwebern, finanziert und enthielt im weſentlichen Artikel gegen das deutſche Bier und gegen die Krefelder Seidengewebe. Dabei liefen Verdächtigungen aller möglichen deutſchen Perſönlichkeiten nebenher. Mit der Entwicklung der deutſchen Induſtrie brach ſich in Frankreich immer mehr die Überzeugung Bahn, daß wir die Franzoſen wirtſchaftlich erdroſſeln wollten. Schon im Jahre 1902 ſchrieb der franzöſiſche Nationaldkonom Maurice Lair in ſeinem Buche „L'imperialisme Allemand“: Le „danger allemand“ pour avoir changé de face n'en deviendra que plus perfide. L'invasion des produits étrangers se poursuivra avec la même méthode et sous un état-major aussi distingué que celui de M. de Moltke.“[2] In der Folge ſuchte uns Frankreich auf jede mögliche Weiſe zu ſchädigen. Frankreichs Vorgehen in der Marokkofrage wurde nur durch wirtſchaftliche Intereſſen beſtimmt. Die Unternehmungen deutſcher Induſtrieller in Frankreich, vor allem die Unternehmungen Thyſſens in der Normandie, wurden mit ſtetig zunehmendem Mißtrauen betrachtet und waren in ſteigendem Maße Anfeindungen und Schwierigkeiten aller Art ausgeſetzt. Den gewaltigſten Eindruck machte es aber in Frankreich, als im Winter 1912/13 bei der Erſchütterung des Geldmarktes aller Länder Deutſchlands Kreditſyſtem und Wirtſchaftsleben ſich dank unſerer

[1] Zu dieſem Zwecke trieb ja auch England alle großen und kleinen Staaten der Erde zur Kriegserklärung gegen uns und zu Maßnahmen mit dem Ziele wirtſchaftlicher Vernichtung für die Zeit nach dem Kriege.

[2] „Die deutſche Gefahr hat zwar ein anderes Geſicht bekommen, iſt aber dafür nur hinterliſtiger geworden. Das Eindringen fremder Erzeugniſſe wird ſeinen Gang weiter nehmen nach derſelben Methode und unter einem ebenſo ausgezeichneten Generalſtab, wie dem des Herrn Moltke.“

Digitized by Google

vorzüglichen Reichsbankpolitik so festgefügt und widerstandsfähig erwies, daß es allein von der allgemeinen Katastrophe fast gar nicht berührt wurde. Seit dieser Zeit waren die Franzosen geradezu von der Wahnidee befallen, daß wir es auf ihre wirtschaftliche Erdrosselung und Vernichtung abgesehen hätten.

Nun soll keineswegs behauptet werden, daß hierin die wesentlichste Triebfeder zum Kriege für die Franzosen gelegen habe. Sie sind durch eine geringe Anzahl gewissenloser Spekulanten und die mit russischem Gelde bestochene Informationspresse in den Krieg gehetzt worden, ohne daß ihnen das „Wie" recht zum Bewußtsein gekommen ist. Nachdem aber einmal der Krieg ausgebrochen ist, nachdem immer mehr die Einsicht Platz greift, daß wir militärisch nicht niedergerungen werden können, arbeiten die Franzosen mit demselben Eifer, wie die Engländer an der wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands. Und da die Franzosen den wirtschaftlichen Wert Elsaß-Lothringens hoch anschlagen, indem die französische Presse uns so häufig vorrechnet, welch ungeheueren Prozentsatz der von uns verarbeiteten Eisenerze die lothringischen Erze bilden, indem sie nachzuweisen sucht, daß der Aufschwung unserer Schwerindustrie nur auf den lothringischen Erzen beruht und daß wir ohne dieselben auch niemals den Krieg hätten führen können, so ist es doch einleuchtend, daß man alle Hebel in Bewegung setzen und die äußerste Kraftanstrengung machen wird, um uns Elsaß-Lothringen zu entreißen. Ich glaube also, daß die elsaß-lothringische Frage durchaus keine Kulisse ist, um hinter ihr die belgische Frage verschwinden zu lassen. Ich glaube ferner, daß auch England und Amerika geneigt sind, mit der Parole „Elsaß-Lothringen" die größten Kriegsopfer zu bringen. Und ich glaube endlich, daß, wenn unserem Volke recht klar gemacht wird, daß es sich bei der elsaß-lothringischen Frage nicht nur um Deutschlands Grenzen, sondern auch um Deutschlands wirtschaftliche Existenz handelt, der Wille zum Siege weit mehr bei ihm gestärkt wird, als wenn man ihm dasselbe nur als Kulisse hinstellt. Sagte doch auch Staatssekräter Schwander s. Z., daß selbst, wenn wir mit der Herausgabe Elsaß-Lothringens sofort den Krieg beenden könnten, wir niemals dazu bereit sein würden, denn einmal werde Elsaß-Lothringen zum weitaus größten Teile von deutschen Stammesangehörigen bewohnt und andererseits seien uns die Eisenbergwerke Lothringens und die Kalilager im Elsaß wirtschaftlich unentbehrlich.

Für die Franzosen trifft letzteres nicht zu. Für sie ist der Besitz Elsaß-Lothringens eine Marotte, höchstens eine Gefühlssache. Ihren Anspruch begründen sie darauf, daß die Elsaß-Lothringer fast ausnahmslos mit allen Fasern ihres Herzens an Frankreich hängen. Es trifft dieses gewiß nicht zu und noch vor nicht langer Zeit hat sogar der flüchtige Reichstagsabgeordnete Weill große Bedenken ausgesprochen, ob bei etwaiger Abstimmung die Mehrzahl der Elsaß-Lothringer für Frankreich optieren würden. Aber als wichtiges Argument können die Franzosen ins Feld führen, daß mit

Digitized by Google

verschwindenden Ausnahmen kein Elsässer oder Lothringer in den deutschen Staatsdienst trat, während sie in Massen in den französischen Dienst eintraten und es hier vielfach zu Ehre und Ansehen brachten. So schrieb noch der Herausgeber der „L'Europe nouvelle", jenes französischen Blattes, das sich nur mit der elsaß-lothringischen Frage befaßte und 1911 sein Erscheinen einstellte, in seiner letzten Nummer: „Sauf de tres rares exceptions il n'y a pas de jeune Alsacien ou de jeue Lorrain, qui aille se fixer dans la vieille Allemagne pour y faire sa carrière; et l'on constate, que les nouvelles générations ne sont pas plus assimilées, ques celles, qui les précèdent. Pendant ce temps, un grand nombre d'Alsasiens-Lorrains, même parmis la jeune génération vivent en France et y parviennent à de hautes situations[1]."

Man könnte also denken, daß die Franzosen, wenn sie heute die Rückeroberung Elsaß-Lothringens als ihr wesentlichstes Kriegsziel bezeichnen, nur das Selbstbestimmungsrecht der Elsaß-Lothringer durchzusetzeu beabsichtigen. Wenn wir aber in den von der derzeitigen russischen Regierung veröffentlichten Dokumenten lasen, daß die Franzosen auch auf das Saargebiet Anspruch erheben, so müssen wir annehmen, daß sie uns dieses wirtschaftlich so ungeheuer wertvolle Gebiet nur deshalb zu nehmen beabsichtigen, um uns nun ihrerseits wirtschaftlich zu erdrosseln. Diesem Zwecke soll auch offenbar die in den Geheimverträgen weiterhin geforderte Abtrennung des linken Rheinufers von Deutschland dienen. Es ist dieses ja eine alte Forderung der Franzosen, die jedesmal erhoben wurde, wenn der gallische Übermut, wie vor 1870, unter dem Einflusse von Kriegshetzern auf die Spitze getrieben war. Bei diesen Forderungen wird jetzt das wirtschaftliche Moment aber gar nicht erwähnt. Man macht strategische Gründe geltend oder sogar historische, indem man hinweist auf die regrets manifestés en 1814 par les provinces rhenanes lorsqu'ils firent retour à l'Allemagne[2]. Tatsächlich sind dieselben erfolgt. Eine gewisse politische Rückständigkeit auf der einen Seite im Vergleich zu der politischen Freiheit auf der anderen Seite wird man nicht in Abrede stellen können. Dazu kam noch in der Rheinprovinz eine Bedrückung der katholischen Kirche und das schroffe rücksichtslose Auftreten der zumeist aus den altpreußischen Provinzen stammenden Beamten, so daß sich noch viele Dezennien später der Name „Preuß" für dieselben erhalten hat.

Leider ist der von anderen Nationen gegen uns erhobene Vorwurf, daß wir eroberte Gebiete nicht zu assimilieren verstehen, daß dieselben stets ein Fremdkörper im Orga-

[1] Abgesehen von sehr seltenen Ausnahmen gibt es keinen jungen Elsässer oder Lothringer, der sich im alten Deutschland dauernd niederläßt, um dort Karriere zu machen, und man kann feststellen, daß die jüngere Generation sich nicht mehr assimiliert, als die vorhergehende. In unserer Zeit leben eine große Anzahl Elsaß-Lothringer, selbst solche aus der jüngsten Generation, in Frankreich und gelangen dort zu hohen Stellungen.

[2] Auf die Kundgebungen des Bedauerns im Jahre 1814 seitens der Rheinprovinz, als sie wieder an Deutschland fiel.

Digitized by Google

nismus des Deutschen Reiches bleiben, allzu wahr. Über den Grund dieser Erscheinung nachzudenken, dürfte aber lohnend sein. Manche Fehler tragen zu jenem negativen Erfolge bei. Aber eine Wurzel des Übels, aus der viele andere Fehler hervorsprossen, ist die religiöse Unduldsamkeit, welche kein Verständnis für die aus dem persönlichen Recht des Menschen folgenden Ansprüche auf Eigenart in religiöser Beziehung besitzt. Solche Unduldsamkeit ist es, die uns sowohl im Osten wie im Westen des Reiches alle Schwierigkeiten bereitet hat, an denen wir kranken. In bezug auf Polen möchte ich folgendes sagen: Graf Ronikier in Warschau sagte jüngst in einer Arbeit über die sogenannte polnische Russenfreundschaft, daß die hauptsächlichste Ursache dieser Stimmung das Verhältnis Deutschlands zu Polen war, resp. daß hauptsächlich die Zustände in Posen unter den Polen im Königreich die Neigung ausgelöst hätten, eine Verständigungsmöglichkeit mit Rußland zu suchen. „Erst mit dem Tage," sagt Ronikier, „als manche Kreise in Preußen gegenüber den Polen die so unheilvolle Losung ‚ausrotten' ausgegeben hatten, begann der Gedanke einer Anlehnung an Rußland!" Dieses trifft zu, und wenn bei uns heute vielfach von polnischer Undankbarkeit gesprochen wird, so fragt man sich: Ist dies wirklich ernst? Gibt es tatsächlich bei uns Leute, welche annehmen, die Polen seien so hirnverbrannt zu glauben, daß wir, die wir die Enteignungsgesetze machten, jetzt aus purem Wohlwollen ein unabhängiges polnisches Königreich schufen? Nein, das zu glauben, kann man den Polen nicht zumuten, und wenn ein Teil so gutmütig gewesen wäre, es zu glauben, dann hätten die von uns nach Polen geschickten Beamten, die in Abneigung gegen die Polen groß geworden, dazu erzogen oder herangebildet waren, ihnen bald diese günstige Meinung geraubt. Ganz gewiß, die preußische Polenpolitik schuf die heutige Stimmung im Königreich Polen. Die preußische Polenpolitik wurde aber von der Abneigung des protestantischen Volksteiles gegen die katholischen Polen ganz wesentlich beeinflußt. Darüber kann gar kein Zweifel sein. In dieser Auffassung stärkt mich besonders auch die Wahrnehmung, daß von gewissen Seiten in einem ganz anderen Ton geredet wird, wenn es sich um protestantische Volksteile in den Ostseeprovinzen, als wenn es sich um die katholischen Polen und Litauer handelt.

Auch in Elsaß-Lothringen haben gewisse „protestantische Vorurteile" der Assimilierung stark entgegengearbeitet. Oben ist schon darauf hingewiesen worden, daß fast kein Elsaß-Lothringer sich in Deutschland einer zivilen oder militärischen Laufbahn widmet. Mit dieser Tatsache, die sehr bedeutungsvoll ist, hat sich jüngst der Berliner Historiker Dietrich Schäfer befaßt. Er sagt, daß diese Tatsache bei der Behandlung der elsaß-lothringischen Angelegenheiten bisher entfernt nicht diejenige Berücksichtigung gefunden habe, die sie als Kernpunkt der ganzen Frage verdiene. Schäfer behauptet, diese Tatsache ergebe sich daraus, daß bei uns dem Landeskind, nicht dem Reichsangehörigen die Möglichkeit des Fortkommens offen stehe. Es mag dieses wohl als wesentliches Moment anerkannt werden. Aber es ist bezeichnend, daß

Digitized by Google

dasselbe so wenig Berücksichtigung bis jetzt gefunden hat, obgleich in demselben doch ein außerordentlich wirksames Mittel zur Assimilierung gelegen ist. Auch hier wäre die Sache bald in ein anderes Fahrwasser gekommen, wenn es sich nicht um ein vorwiegend katholisches Reichsland gehandelt hätte. Es wäre nun schön, wenn man sich der Hoffnung hingeben könnte, daß ein anderer Geist nach dem Kriege bei uns einziehen würde. Leider lassen manche Erscheinungen der jüngsten Zeit berechtigte Zweifel daran aufkommen, daß das der Fall sein wird. Ich kann mir nicht helfen, ich muß immer wieder denken an die trefflichen Ausführungen Thimmes in den „Grenzboten", als er bei der Ernennung des Grafen Hertling zum Reichskanzler vor kulturkämpferischen Stimmungen warnte, wenn ich lese, wie Alldeutsche und Hakatisten schon wieder nach dem „Starken Mann" und dem „Strammen Regiment" verlangen. Es scheint, daß diesen Leuten vollständig die Gabe versagt ist, aus der Vergangenheit zu lernen.

Wie ganz anders haben die Franzosen seinerzeit gehandelt. Mögen dieselben auch ein frivoles und gemütrohes Volk sein (Voltaire, der sicher seine Landsleute kennt, nennt sie eine „nation aussi frivole que barbare" und als solche haben wir sie auch während des Krieges kennen gelernt), aber annektierte Völker zu assimilieren verstehen sie. Als ein wertvolles Beispiel für die bezüglichen Dispositionen Frankreichs kann ein Briefwechsel des Ministers Colbert mit seinem Bruder Colbert de Croissy, dem ersten Intendanten des Elsaß von dem Jahre 1659 dienen. Colbert beschränkt sich darauf, seinem Bruder zu empfehlen dafür zu sorgen, daß die Bewohner des Elsaß besser behandelt werden, als die Bewohner in allen Provinzen Deutschlands (soient mieux traités en Alsace que dans les autres provinces de l'Allemagne). Gleichzeitig empfiehlt er seinem Bruder, darüber zu wachen, daß der Klerus so behandelt werde, daß er geneigt sei, seinen Einfluß zu benutzen, daß die Bewohner des Elsaß gute Franzosen würden (que le clergé use de son influence, pour que ces peuples deviennent bons Francais). Der Erfolg war der, daß bereits bei dem Eindringen deutscher Truppen in diese Landesteile im Jahre 1675 dieselben nicht nur auf völlige Gleichgültigkeit, sondern auf Feindseligkeit bei den Bewohnern dieser Provinz stießen.

So etwas ist bei uns vollständig unmöglich. Bei uns spricht man stets von „Regime", dasselbe kann sein wie es will; wenn die untergeordneten Organe die Bewohner aber schlecht behandeln, so kann von einer Versöhnung und erst recht nicht von der Möglichkeit einer Assimilierung fremdstämmischer Elemente die Rede sein. Wie es bei uns damit steht, ist bereits oben erörtert worden. Den Einfluß des Klerus in einem für uns günstigen Sinne zu verwenden, scheitert stets an gewissen Vorurteilen und jener Unduldsamkeit bestimmter protestantischen Kreise, die den katholischen Geistlichen als solchen durchweg mit Mißtrauen entgegentreten. Dieses muß im gegenwärtigen Augenblick mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden. Denn das ist meine Überzeugung: nur wenn der prote-

Digitized by Google

stantische Volksteil dem katholischen Volksteile mehr gerecht zu werden sich bemüht, werden manche traurige Vorkommnisse vermieden werden, die sonst bestimmt eintreten müssen, wenn nach dem Kriege, wo es einer aus gegenseitigem Verstehen und Vertrauen geborenen einheitlichen Anspannung aller Kräfte bedarf, Stimmungen im protestantischen Volksteil sich geltend machen werden, die der Tod des so notwendigen innern Friedens sind und nur im „Mißtrauen gegen alles Katholische" ihre Quelle haben.

Wohnungsnot und Finanznot[1]

Von Dr. R. Kuczynski

Nach dem Kriege werden wir eine Wohnungsnot haben, und wir werden eine Finanznot haben. Und die Wohnungsnot wird um so schwerer zu beheben sein, als die Finanznot der Bereitstellung der erforderlichen öffentlichen Mittel im Wege sein wird. Denn selbst wenn der Krieg in einigen Monaten beendet werden sollte, wird unsere Steuerlast, statt 5 Milliarden im Jahre 1913, 12 bis 15 Milliarden betragen, nämlich 12 Milliarden, wenn wir eine Kriegsentschädigung von 50 Milliarden bekommen, und 15 Miliarden, wenn wir die Schuldzinsen und Renten ohne fremde Hilfe aufbringen müssen. Die Finanznot werden wir haben, auch wenn die Friedensbedingungen noch so günstig sein sollten, und die Wohnungsnot bedroht uns, weil wir schon jetzt in vielen Gemeinden ein knappes Angebot haben. Die Zahl der Leerwohnungen war im Winter 1916/17 in den meisten Städten kleiner als im Winter 1915/16. In den 40 Gemeinden über 50 000 Einwohner, für die Angaben vorliegen, fiel sie von 96 828 auf 85 708[2]. Inzwischen hat sich die Lage noch verschärft, namentlich für die Kleinwohnungen. Für 37 Städte über 50 000 Einwohner läßt sich der Kleinwohnungsmarkt fortlaufend seit sieben Jahren verfolgen. Die Zahl der leerstehenden Kleinwohnungen betrug hier im Jahre 1910/11: 54 041, bei der letzten Aufnahme vor dem Kriege: 42 401, bei der letzten Kriegsaufnahme vor dem 1. April 1916: 62 774 und bei der jüngsten Aufnahme nach dem 1. April 1916: 51 698[3]. Aus den letzten anderthalb Jahren liegen mir Angaben für 63 Gemeinden über 50 000 Einwohner vor. Der Anteil der leerstehenden Kleinwohnungen war niedriger als 3 Proz. in 39; darunter waren 22, in denen er weniger als 1,5 Proz. betrug. In diesen 22 Gemeinden herrscht schon jetzt Wohnungsknappheit, wenn nicht Wohnungsnot. Die Bautätigkeit aber ruht, und man muß damit rechnen, daß noch

[1] Aus einer demnächst erscheinenden Schrift „Der Tag der Heimkehr". Jena, Verlag Gustav Fischer.

[2] Vgl. „Wohnungsnot bei Friedensschluß?" (Schriften des Deutschen Wohnungsausschusses, Heft 2. Berlin 1917, Carl Heymanns Verlag).

[3] Bei einem Vergleich dieser Ergebnisse ist noch zu beachten, daß die Zahl der vorhandenen Wohnungen in den sieben Jahren durch Eingemeindungen und Neubauten gestiegen ist.

Digitized by Google

ein Jahr nach Friedensschluß vergehen wird, bevor eine nennenswerte Zunahme der vorhandenen Wohnungen eintritt.

Inzwischen wird die Nachfrage nach Wohnungen außerordentlich groß sein. Von den Junggesellen und Witwern, die bei ihrer Einberufung eine eigene Wohnung hatten und diese aufgaben, ist ein Teil gefallen; ein Teil wurde im Laufe des Krieges aus dem Heeresdienst entlassen und hat schon wieder eine dauernde Wohnung gefunden. Die Mehrzahl aber steht noch unter den Waffen und wird, soweit nicht wirtschaftliche Not sie in möblierte Zimmer oder Schlafstellen treibt, nach Friedensschluß wieder eine eigene Wohnung haben wollen. Von den Kriegerfrauen, die bei Einberufung ihres Mannes ihre Wohnung aufgaben und zu Angehörigen oder in eine fremde Haushaltung zogen, hat ein Teil inzwischen wieder eine eigene Wohnung genommen; der Rest wird bei Rückkehr ihres Mannes mit diesem eine neue eigene Wohnung beziehen. Das gleiche gilt für die vielen kriegsgetrauten Mädchen, die zunächst bei ihren Eltern oder in der fremden Haushaltung, in der sie lebten, verblieben und auch inzwischen noch keinen eigenen Hausstand begründet haben[1]. Weit zahlreicher als in gewöhnlichen Zeiten werden im ersten Friedensjahre aber auch die sonstigen Neubegründungen von Haushaltungen sein. Denn viele Männer, im Felde und in der Heimat, haben ihre Eheschließung nur einstweilen aufgeschoben und werden unmittelbar nach dem Kriege heiraten[2]. Auf dem städtischen Wohnungsmarkte werden endlich auch nicht wenige Auslandsdeutsche erscheinen, die in den uns feindlichen Staaten zurückgehalten worden sind, nach dem Kriege aber in ihrer Heimat werden leben wollen.

In diesen ungeheuren Scharen von Wohnungsuchenden werden nur wenige sein, die einen hohen Mietpreis zahlen können, weit weniger noch als in der Gesamtheit der Bevölkerung. Denn die Kriegerfrauen, die heute keine eigene Wohnung haben, sind fast durchweg arm. Die erst bei Friedensschluß heiraten, werden zunächst auch nur über ein kleines Einkommen verfügen, und das gleiche gilt für die heimkehrenden Auslandsdeutschen, die in der Regel wieder von neuem anfangen müssen. Der Wettbewerb um die leerstehenden Kleinwohnungen wird daher besonders scharf sein. Dieser Wettbewerb wird zwei sehr ernste Folgen haben. Er wird die unbeliebten Mieter, vor allem die kinderreichen Familien, noch mehr in unzulängliche, menschenunwürdige Behausungen drängen, und er wird allgemein mietsteigernd wirken. Eine starke Mietsteigerung aber muß schon mit Rücksicht auf die

[1] Von den Kriegerfrauen, die in Berlin-Schöneberg Kriegsunterstützung erhalten, hatten am 15. Mai d. J. 647 keine eigene Wohnung. Wollen sie bei der Rückkehr ihres Mannes eine Kleinwohnung beziehen, so würden sie allein 2,5 Proz. der vorhandenen Kleinwohnungen beanspruchen.

[2] In Berlin sind seit Kriegsbeginn etwa 20000 Ehen weniger geschlossen worden als unter Zugrundelegung der Zahlen von 1912/13 zu erwarten waren. Nimmt man an, daß bei Friedensschluß nur 5000 dieser Eheschließungen nachgeholt werden, und 4000 der jungen Paare eine Kleinwohnung in Berlin brauchen, so würde dadurch etwa 1 Proz. der vorhandenen Kleinwohnungen beansprucht werden.

Digitized by Google

Finanznot des Reiches vermieden werden. Wir hatten in Groß-Berlin vor dem Kriege etwa 700000 Mieter von Kleinwohnungen, die bei einem Gesamteinkommen von rund 1 Milliarde etwa 225 Millionen Mark Wohnungsmiete zahlten, so daß ihnen 775 Millionen Mark verblieben, von denen sie vielleicht 100 Millionen an direkten und indirekten Steuern aufzubringen hatten und 675 Millionen für andere Zwecke behielten. Wenn diese Haushaltungen nach dem Kriege bei gleichem Einkommen 300 Millionen Mark Wohnungsmiete zahlen und von den ihnen verbleibenden 700 Millionen 200 Millionen an Steuern aufbringen sollen, würden sie statt 675 Millionen nur mehr 500 Millionen übrig behalten. Was wäre die Folge? Unterernährung mit geringer Arbeitsleistung und häufiger Krankheit oder Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln in Höhe der Mietsteigerung. Dauernde Zuschüsse allgemein zu gewähren — sei es unmittelbar oder mittelbar durch Steuerermäßigungen in Höhe der Mietsteigerung — wäre angesichts der Finanznot völlig ausgeschlossen. Anderseits erscheint die Lösung der Wohnungsfrage für die Kinderreichen ohne starke Heranziehung von Reichsmitteln unmöglich. Es ist daher erforderlich, dem Reiche neue Einnahmequellen zu eröffnen, und zwar in der Weise, daß ihm die Kinderlosen und Kinderarmen die Mittel zuführen, die es zur Unterstützung der Kinderreichen braucht. Aus diesem Gedankengang heraus habe ich in einer vor kurzem veröffentlichten Schrift[1] empfohlen, dem Reich den Pflichtteil eines Kindes einzuräumen, wenn ein vermögender Erblasser nicht wenigstens drei Kinder oder Nachkommen von drei Kindern hinterläßt.

Nach unserem Vorschlag würde das Reich erhalten: die Hälfte des Nachlasses der ohne Hinterlassung von Eltern, Ehegatten oder Kindern Verstorbenen; ein Viertel des Nachlasses der unter Hinterlassung von Eltern oder Ehegatten oder einem Kind Verstorbenen; ein Sechstel des Nachlasses der verheirateten unter Hinterlassung von Eltern oder einem Kind und der verwitweten unter Hinterlassung von zwei Kindern Verstorbenen; ein Achtel des Nachlasses der verheiratet Verstorbenen mit zwei Kindern. Söhne, die im Kriege gefallen sind, wären als nicht vor dem Erblasser gestorben zu rechnen. Kleine Vermögen — Nachlässe bis zu 20000 Mark, beim Vorhandensein von zwei Kindern Nachlässe bis zu 30000 Mark — wären vom Zugriff des Reichs auszuschließen. Der Pflichtteil soll allgemein erst ein Jahr nach dem Tode des Erblassers fällig werden. Auch sonst haben wir mannigfache Zahlungserleichterungen vorgesehen. Besteht zum Beispiel das Vermögen ganz oder zum Teil aus Grundbesitz, so soll der Pflichtteil, soweit er auf den Grundbesitz entfällt, auf Verlangen der Erben als eine — neben der Verzinsung — mit mindestes 2,5 Proz. zu tilgende mündelsichere Grundschuld eingetragen werden können; auf diese Weise würde eine Tilgung im fünfundzwanzigsten Jahre erreicht. Ist eine mündelsichere Eintragung

[1] Dr. Kuczynski und Dr. Mansfeld, „Der Pflichtteil des Reiches". Berlin, Verlag Julius Springer, 1917.

Digitized by Google

nicht möglich, so soll eine Abzahlung des Pflichtteils innerhalb zehn Jahren zugelassen werden.

Der gesamte Reinertrag aus den Pflichtteilen würde bei vorsichtigster Schätzung jährlich etwa 660 Millionen Mark betragen. Es ist uns nicht leicht geworden, von dem Vorschlag abzusehen, diese Einnahme restlos bevölkerungspolitischen Zwecken zuzuführen. Wir glaubten aber der allgemeinen Finanznot Rechnung tragen zu müssen, indem wir auf so weit ausgreifende Pläne verzichten und die bevölkerungspolitische Verwendung nur für einen Teil der Reichspflichtteilsmasse vorschlagen. Mit Rücksicht auf die absolute Höhe des Ertrags würde die Bereitstellung von einem Viertel, d. h. jährlich etwa 165 Millionen Mark, schon ungeheuren Segen stiften können. Diese 165 Millionen Mark wären den Gemeinden für bevölkerungspolitische Zwecke, insbesondere zur Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien, zu überweisen. Der Rest von rund 500 Millionen Mark könnte für allgemeine Reichszwecke verwendet werden.

Not macht erfinderisch. Aber wir haben bis jetzt immer die Erfahrung gemacht: Finanznot macht erfinderischer als Wohnungsnot. Möge es diesmal, wo beide Nöte in nie gekanntem Umfang drohen, gelingen, beide Nöte durch gemeinsame Mittel zu heilen!

Notizen

Wie Hertling Kanzler wurde. Conrad Haußmann hat auf der Landesversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei Württembergs den Wortlaut des Schreibens mitgeteilt, das der Interfraktionelle Ausschuß des Reichstags vor der Berufung des Grafen Hertling durch Herrn v. Valentini dem Kaiser übergeben ließ:

„Nach Rücksprache von Vertretern verschiedener Parteien des Reichstags mit dem Herrn Reichskanzler über die gesamte äußere und innere Lage sind wir gemeinschaftlich zu folgender Auffassung gelangt: Sollte Seine Majestät der Kaiser zu dem Entschlusse kommen, einen Kanzlerwechsel eintreten zu lassen, so dient es dem höchsten Staatsinteresse, für ruhige innerpolitische Entwicklung bis Kriegsende volle Gewähr zu schaffen. Nur hierdurch kann diejenige Geschlossenheit hergestellt werden, deren das Volk in Waffen und in der Heimat dringend bedarf. Der Weg zu diesem Ziel ist eine vertrauensvolle Verständigung über die äußere und innere Politik des Reiches bis zum Kriegsende. Die innerpolitischen Schwierigkeiten der letzten Monate sind auf den Mangel einer solchen Verständigung zurückzuführen. Seine Majestät den Kaiser bitten wir daher, vor der von ihm zu treffenden Entschließung die zur Leitung der Reichsgeschäfte in Aussicht genommene Persönlichkeit zu beauftragen, sich mit dem Reichstag zu besprechen."

Es wird hier deutlich, daß die Parteien eine Lösung gesucht haben aus dem Vertrauensverhältnis aller politischen Machtfaktoren heraus. Wer das Dokument liest, gewinnt die Überzeugung: Die Formen, in denen sich die Lösung vollzog, haben einen Präzedenzfall geschaffen, der die Kraft eines ungeschriebenen Gesetzes haben wird. Solche „ungeschriebene Gesetze" sind die starken Pfeiler des englischen Verfassungslebens.

Volksbund für Freiheit und Vaterland. Mitte Dezember v. J. sind eine Anzahl großer Organisationen: der Ausschuß des deutschen (christlich-nationalen) Arbeiterkongresses, die Gene-

Digitized by Google

rallkommission der (freien) Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, die Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände, der Verband der deutschen Gewerkvereine (H.-D.), der Verband deutscher Eisenbahn-Handwerker und -Arbeiter, der Verband deutscher Handlungsgehilfen und der Verein der deutschen Kaufleute, im ganzen etwa 4 Millionen Mitglieder nebst zahlreichen Einzelpersönlichkeiten zu einem Volksbund für Freiheit und Vaterland zusammengetreten. Der Aufruf, mit dem der Volksbund sich an die Öffentlichkeit gewandt hat, geht von der Voraussetzung aus, daß äußere und innere Freiheit, äußere und innere Kraft aufs engste zusammenhängen, und daß nur ein Volk, in dem für die freie und verantwortungsfreudige Mitarbeit aller Schichten und Stände am Staatswesen Raum geschaffen wird, machtvoll nach außen dastehen könne. Aus diesen Voraussetzungen, die genau den in der „Deutschen Politik" von Anfang an vertretenen Grundanschauungen entsprechen, entwickelt der Aufruf die großen Richtlinien seiner Ziele: 1. äußerste Zusammenfassung aller unserer Volkskräfte, bis der Vernichtungswille unserer Feinde gebrochen ist; 2. sofortige innerpolitische Neuordnung im Sinne eines freiheitlichen Ausbaues unserer staatlichen Einrichtungen durch gemeinsame Arbeit aller Volkskreise; 3. eine klare, von Volk und Regierung getragene Außenpolitik, die einen dauernden Frieden anstrebt, Rohstoffbezug und Handelsabsatz sichert und Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit der Völker auf den Boden der Sittlichkeit und des Rechtes stellt. Unterschrieben ist der Aufruf von dem Vorstand, dem u. a. der stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform Professor Dr. E. Francke, ein Vertrauensmann aller sozial gesinnten Kreise, vor allem sämtlicher Arbeiter als Vorsitzender, der stellvertretende Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Reichstagsabgeordneter G. Bauer als erster, der Führer der christlichen Gewerkschaften, Herrenhausmitglied A. Stegerwald, als zweiter stellvertretender Vorsitzender angehören, ferner von einem Arbeitsbeirat und einem weiteren Ausschuß, aus deren Mitgliedern hier die Professoren Friedrich Meinecke, Hermann Oncken, Hans Delbrück und Walter Goetz, die Reichstagsabgeordneten Giesberts, Fr. Naumann und v. Liszt, das Herrenhausmitglied B. Dernburg und der Schreiber dieser Zeilen als den Lesern der „Deutschen Politik" wohlbekannte und vertraute Persönlichkeiten genannt sein mögen. Es ist von großer und symptomatischer Bedeutung, daß sich in dem Volksbund zahlreiche Vertreter der geistigen Arbeit, erste Gelehrte von Weltruf darunter, mit den Führern unserer Arbeiterschaft und des werktätigen Volkes überhaupt zur Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden haben, von größerer Bedeutung noch, daß sich nun ein festes Band zwischen den verschiedenen Richtungen der Arbeiterschaft, zwischen freien und christlichen Gewerkschaften, Gewerkvereinen usw., Beamten- und Angestelltenverbänden geknüpft hat. Angesichts der mannigfachen Bestrebungen, die Politik des 4. August, die auf der nationalen Gemeinschaftsarbeit des ganzen Volkes beruht, rückwärts zu revidieren und die unselige Scheidung in nationale und antinationale Parteien wieder aufleben zu lassen, war ein solcher Volksbund, der mit aller Kraft für die wahrhafte, bleibende Einigung des Volkes, einschließlich der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, eintritt, ein Gebot höchster staatlicher und sittlicher Notwendigkeit. Selbstverständlich wird der Volksbund von denjenigen Kreisen, die die sozialdemokratische Arbeiterschaft wieder aus der nationalen Gemeinschaft ausstoßen möchten, bereits bitter befehdet. Mit Vorliebe sucht man ihn als eine offiziöse Gründung (die „Deutsche Zeitung" vom 2. Januar spricht sogar von einer „offiziösesten Herkunft, soweit die Regierung des Herrn Michaelis in Betracht kommt") und als eine Gegengründung gegen die „Deutsche Vaterlandspartei" zu diskretitieren. Das trifft nicht zu. Die Anfänge des Volksbundes datieren bis in den August v. J., also in eine Zeit zurück, wo die Vaterlandspartei noch gar nicht in ihren Königberger Windeln lag.

Er ist auch nicht als eine Gegenorganisation gegen die Vaterlandspartei, die er in seinem Aufruf

Digitized by Google

gar nicht erwähnt, aufzufassen; nicht die negative Auseinandersetzung, sondern positives Schaffen, fruchtbare Arbeitsgemeinschaft zu bestimmten Zwecken ist sein Augenmerk. Sachlich befindet er sich allerdings in vieler Beziehung im Gegensatz zur Vaterlandspartei. Scharf und klar werden seine Ziele in der glänzenden, in diesem Hefte abgedruckten Rede des auch dem Vorstande des Volksbundes angehörenden Professors E. Troeltsch umrissen, die den Reigen der Reden in der ersten Mitgliederversammlung des Bundes am 7. Januar eröffnete. Zur Kennzeichnung des Geistes, der in dem Volksbunde lebt, mag hier noch die Resolution abgedruckt werden, die am Schlusse der Mitgliederversammlung einstimmig angenommen wurde:

1. „So lange der Vernichtungswille der Feinde nicht gebrochen ist, muß unser Volk an der Front wie auch in der Heimat in treuer Einigkeit und in Dankbarkeit gegen unsere Brüder im Waffenrock zur Verteidigung des Vaterlandes zusammenstehen, um in äußerster Anspannung aller Kräfte die feindlichen Anschläge zu vereiteln.

2. Um diese Einigkeit unseres Volkes und die Anspannung seiner Kräfte zu stärken, ist es ein in der Gerechtigkeit wurzelndes Gebot höchster Staatsnotwendigkeit, sofort den einleitenden freiheitlichen Ausbau im Reich und Staat fortzuführen, die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und ihre Mitarbeit an den öffentlichen Aufgaben zu sichern. Insbesondere fordert der Volksbund die schleunige Durchführung des gleichen, direkten, geheimen und allgemeinen Wahlrechtes für das Abgeordnetenhaus und eine volkstümliche Reform des Herrenhauses. Jede Verschleppung würde schwere Gefahren für die innere Einheit heraufbeschwören. Nicht minder muß noch während des Krieges im Reiche Koalitionsfreiheit gewährt, das Vereinsrecht gesichert, die Vertretung von Arbeitern und Angestellten in Arbeitskammern gesetzlich angeordnet und dementsprechend eine Vertretung der Beamten in geeigneten, gemeinschaftlichen Körperschaften herbeigeführt werden.

3. Die freiheitliche Entwicklung im Innern bietet zugleich eine feste Grundlage für eine klare und offene Politik nach außen. Wir lehnen einen Verzichtfrieden ebenso entschieden ab wie einen Gewaltfrieden, der den Keim künftiger Kriege in sich birgt. Wir wollen einen Frieden der Verständigung, der Ehre, Leben und Entwicklung unseres Volkes sichert, der unbeschadet etwa zu vereinbarender Grenzverschiebungen, von gewaltsamen Gebietserweiterungen und Kriegsentschädigungen absieht und das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufrichtig wahrt. Jeder Friede, der Dauer haben soll, muß den freien Verkehr und Handel der Völker und die Gemeinschaft des Rechtes und der Sittlichkeit gewährleisten.

In diesen Forderungen weiß sich der Volksbund für Freiheit und Vaterland einig mit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes." Friedrich Thimme

Die Technik der Volksbewegung hat eine fast lustige Kundgebung geboren, ein vertrauliches Vademecum der „Deutschen Vaterlandspartei", wie man vaterländische Entrüstung geschäftstüchtig einrichtet. Ein Rundschreiben fordert auf, unverzüglich an Kaiser, Kronprinz, Hindenburg, den sächsischen König Eingaben loszulassen gegen die Schmach des Verzichtfriedens:

„Dabei wird es zweckmäßig sein, daß dieser ungefähre Inhalt nicht wörtlich so ausgedrückt wird, damit nicht der Eindruck einheitlicher Lenkung entsteht und ferner, daß die Unterzeichner sich nicht ausdrücklich als Angehörige der Deutschen Vaterlandspartei bekennen, sondern sagen, daß sie im Namen ungezählter Mitbürger handeln, deren Sorgen und Verzweiflung sie Ausdruck verleihen, daß Ludendorff bleiben und Kühlmann gehen muß. Hier kann und soll jeder einzelne vorgehen, indem er für sich allein oder wenn möglich gemeinsam mit zwei oder drei anderen Personen an die drei bezeichneten Stellen richtet. Jeder muß sich vor Augen halten: was auch geschieht, muß schnellstens geschehen, von diesem Gesichtspunkt aus verdienen drahtliche Eingaben den Vorzug. Ein Trommelfeuer von Eingaben muß entbrennen. Mit deutschem Gruß! . . ."

Digitized by Google

Offenherziger konnten die Einpeitscher der „Deutschen Vaterlandspartei" kaum darlegen, wie es mit den spontanen Kundgebungen der Volksseele bestellt ist — Eindruck hoffen sie damit auf eine erschreckte Öffentlichkeit zu machen. Die geplagten Adressaten von solcherlei Depeschen werden wissen, wo sie dran sind.

Gleichzeitig mit dieser Geschichte kommt die andere, daß in Berlin in einer Versammlung der „Deutschen Vaterlandspartei" zwischen aufgeregten Leuten und protestierenden Kriegsbeschädigten eine Prügelei entstand. Der Holzkomment kommt zu Ehren, während der Rauferei aber gehen alle Phrasen von unauslöschlichem Dank an die Krieger kaputt. Man entzieht denen das Wort. Die Klärung, peinlich zu betrachten, ist vielleicht recht gut.

Neuerscheinungen

Erziehungswesen

Die Arbeit an der Fortentwicklung des Bildungswesens hat während des Krieges nicht geruht. Das beweist die Zahl der Veröffentlichungen und die Fülle der erörterten Erziehungsfragen.

Der „Deutsche Bund für Erziehung und Unterricht" kann in seiner zweiten Flugschrift (B. G. Teubner, Leipzig) von seiner Tätigkeit im Kriege sagen: „Das blühende Leben der Ortsgruppen hat der Krieg wohl hemmen, aber nicht zerstören können. Breslau hat z. B. über „das weibliche Dienstjahr" verhandelt und eine Ausstellung „Jugendliches Seelenleben und Krieg" veranstaltet. Als wichtigste Arbeit ist die Vorberatung des Problems „Erziehung und Beruf" in Angriff genommen. München hat eine Vortragsreihe mit der Erörterung des Themas „Mitwirkung der Erziehung und der Schule beim Berufsersatz" begonnen. In Hamburg haben die Vorträge über „Erziehung und Beruf" zu einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Vertretern der Berufe und Gewerkschaften und denen der Erziehung, der Schule, der psychologischen Forschung und der Berufsberatung geführt." Unter den Erziehungsfragen stehen die nach geistiger Einstellung der Schule und der Erziehung überhaupt, nach der Einheitsschule, dem Aufstieg der Begabten, dem Verhältnis der deutschen Schule und der deutschen Erziehung zum Ausland — Folgerungen aus den inneren und äußeren Verhältnissen des Krieges — noch immer voran.

Artur Buchenau schreibt in Reichls Deutschen Schriften (Otto Reichl, Berlin) über „Die deutsche Schule der Zukunft". Er will die Schule nicht als „Zwangs- und Dressuranstalt" aufgefaßt wissen. Sie muß, „je ‚höher' die Stufe ist, zu einem immer freieren Verein Gleichwollender werden. Dann wird aus der natürlichen Kameradschaft der in gemeinsamer Schulung Heranwachsenden auch der Bürger- und Vaterlandssinn von selbst heranwachsen, den man mit bloßem Lehren, erst recht Predigen nicht wird einzupflanzen vermögen." Daß es auch dem ausbildenden und führenden Truppenoffizier möglich ist, seinen Beruf zu dieser großen Form menschlicher Lebensführung und Bildung zu gestalten, zeigt Hauptmann Sperling „Von Heer und neuer Zeit" (Uhland, Stuttgart). Der Offizier wird als Volkserzieher angesprochen, seine innerste Aufgabe darin angesehen, daß er „durch das Ergreifen des zukunftssicheren neudeutschen Idealismus über seine Vorgänger hinauswächst". Die Ehre ist kein Begriff mehr, sondern „wirkende adlige Kraft". Bei aller Wahrung der Disziplin soll „der Soldat in dem Betrieb der Kompanie ein Stück deutsche Zukunft erleben". Meinecke hat recht, in seiner Einführung zu dem kleinen Heft zu sagen, daß es „das geistige Erbteil der preußischen Reform und Erhebungszeit aus ganz ursprünglicher und selbständiger Lebenserfahrung und Gesinnung heraus lebendig mache". Dr. E. von Sallwürk, der angesehene Karlsruher Schulmann, setzt sich aus pädagogischen Gründen für den von Rein entworfenen Plan der Einheitsschule (der für das ganze Bildungswesen eine einheitliche Organisation entwarf) ein. („Die deutsche Einheitsschule und ihre pädagogische Bedeutung", Beyer, Langensalza, —.75 M.) „Er wird dem Zwecke dienen, den Aufstieg der Begabten und Tüchtigen von den Hindernissen zu befreien, die ihn jetzt noch den Weg verlegen; es handelt sich jetzt nur noch darum, dem inneren Leben der Einheitsschule die Richtung und die festen Formen zu geben, durch die es der deutschen Jugend möglich werden wird, in ihrer Schule geistig und sittlich zu erstarken und zu den höchsten nationalen und menschlichen Zielen frei und glücklich aufzusteigen."

Ein Zusammengehen der „Arbeiterjugend mit der bürgerlichen Jugendbewegung" hält A. Kranold für möglich und wünschenswert (in der Frage des Vereinsrechts, der Rechtstellung der Jugendlichen in der Familie, der Arbeit in Schule und dem Erwerbsleben). (Chemnitz 1917, Jugendausschuß für die Chemnitzer Arbeiterjugend.) Diese Interessengemeinschaft habe nur einen gemeinsamen Feind: die vom Militarismus und Kirchentum inszenierte und ausgehaltene autoritäre Jugendbewegung.

Digitized by Google

„Den Aufstieg der Begabten und die Einheitsschule" betrachtet als Problem der praktischen Volkswirtschaftslehre der Breslauer Stadtschulrat Dr. Jakob Hackt (Priebat, Breslau). Seine Fragestellung geht dahin: „Kann durch den Aufstieg der Begabten eine Vermehrung der Gebrauchsgüter, insbesondere der Kulturmittel, und eine Förderung der Kultur hervorgehen?" Richard Riemerschmid beschäftigt sich in der ersten Flugschrift des Münchener Bundes (Georg Müller, München, „Künstlerische Erziehungsfragen") mit dem Heranbilden des jungen Nachwuchses an künstlerischen Kräften durch die Akademien. Die Sorge des Verf. gilt dem Teil des Nachwuchses, der „zunächst nur Spuren von Begabung aufweist, aber dennoch einzelne starke Talente enthält". Er will das Vertrauen stärken, daß auch die kleine Begabung Wertvolles leisten kann, wenn die Schule es versteht, das Gefühl für das Ehrliche und Richtige zu wecken. „Nur das Gefühl, frei weiter wachsen zu dürfen, behütet und gekräftigt, aber nicht verbogen und falsch ernährt zu werden, läßt volle frische Luft zur Arbeit aufgehen. Die Schulen können also weit mehr bieten, als sie es meistens heute tun. „Verf. fordert weiterhin Aufhebung der Scheidewände, „die heute die Schulen für Malerei und Bildhauerei, für Architektur und Kunstgewerbe von einander trennen".

Dem Rechte „Der Idee der Weltkultur" redet Prof. F. Köhler in einem Vergleich von Weltkultur und Religion das Wort. (Beyer & S., Langensalza.) Er verlangt von der Kirche Weite und Persönlichkeit auch gegenüber denen, die nicht zu den Gleichgesinnten gehören. „Das Problem der Weltkultur bindet sich nicht an eine bestimmte Kirche. Es geht nicht hinaus über die Forderungen des gegenseitigen Verständnisses der Menschen untereinander, einschließlich des religiösen Empfindungslebens und der versöhnlichen Auswirkung jeglicher Religionsübung, welcher Eigenart sie sei. Die einigende Idee ist: Versöhnliches Menschentum, ein Diesseitsgedanke. Das ist es, was aus dem religiösen Chaos sich zum Unwandelbaren herauskristallisieren muß und seinen Einfluß auf die Härten und Konfliktreichen politischen Bereiche geltend zu machen berufen ist." Auch sonst spielt die christliche Kirche als Ausdruck der Weltkultur in der neueren Literatur eine Rolle. Einer strengen nationalen Erziehung redet Prof. Dr. Otto Gramzow das Wort in „Praktische Erziehungskunst für das deutsche Volk" (Georg Bürkner, Charlottenburg). Der christlichen Kirche wird von Wilhelm Spiecker eine wesentliche Mitarbeit an den zukünftigen Aufgaben der Politik nach innen zugewiesen. Er entwirft in einer Schrift „Dem sozialen Frieden entgegen" (Runge, Berlin) einen rein ethisch eingestellten Ausblick. „Es ist meine auf vielseitiger Erfahrung innerhalb und außerhalb der Kirche beruhende Überzeugung, daß die christlichen Kirchen, sowohl die evangelische, wie die katholische, sich vergebens bemühen werden, die große Mehrheit der ihr entfremdeten Gebildeten und Arbeiter wiederzugewinnen, wenn nicht Männer auftreten, die, ausgerüstet mit Geist und Kraft, aus der Höhe Gottestaten tun zur Rettung und Befreiung der Menschheit aus den Banden der Ungerechtigkeit, der Unfreiheit und der Vergewaltigung, in die unser Geschlecht durch den Mammonismus und den Mißbrauch der großen Gottesgabe, der Maschine, bisher verknechtet worden ist." Auch Heinrich Schrörs setzt in einem Buch „Deutscher und französischer Katholizismus in den letzten Jahrzehnten" (Herder, Freiburg), worin er die französischen und englischen Anklagen gegen die deutschen Katholiken zurückweist, Zukunftspolitik und Religion in Beziehung. „Immer wieder biegt am Ende alles in die Religion zurück. Sie gehört zum Grundvermögen in der geistigen und sittlichen Wirtschaft eines Volkes. Darum wird jeder Aufschwung die Vermehrung und Flüssigmachung ihrer Mittel zur Voraussetzung haben. Deutschlands Katholiken können es nicht genug bedenken. Es ist das keine Tätigkeit, die der Geistlichkeit allein zufällt, vielmehr muß die Laienwelt positiv mitwirken, nicht bloß in dem Sinne, daß jeder für sich die pflichtgemäße Religiosität pflegt, sondern auch tätig Hand anlegt zu ihrer Hebung in der kleineren oder größeren Gemeinschaft, in der er sich bewegt." „Der kirchliche Geist! Das ist es, was in den Ideenkämpfen, denen wir entgegen gehen, unsere stärkste Kraft ausmacht, eine Kraft, um die uns jede andere Weltanschauung beneiden muß." Der Richtung auf die Weltkultur und das daraus sich entwickelnde allgemeine Menschentum entsprechen einige Bücher für die Soldaten draußen, die Feldausgaben der philosophischen Bibliothek von F. Meiner, Leipzig. Schriften von Schiller, Herder, Lessing, W. v. Humboldt, Imanuel Kant sind (in Heften für M. 1.—) herausgekommen. Es bleibt nur zu hoffen, daß auch die Feldbuchhandlungen sich vom Vorhandensein dieses Bedürfnisses überzeugen, dem der Verlag gefolgt ist.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Börsenhandels-Zeitung

Erscheint wöchentlich — Begründet 1902

Organ für die Interessen der Börse, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

(Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels)

Sachkundige kritische Abhandlungen über das Börsenwesen, die Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- und Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 2 Mark, jährlich 8 Mark, Ausland 9 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48—49 (Fernspr.: Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: in der Börse von 12—2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Flugschriften

der Zentralgeschäftsstelle für deutsch-türkische Wirtschaftsfragen

Soeben erschien das vierte Heft

Die türkische Bergbaustatistik

1318 bis 1327 (14. März 1902 bis 13. März 1912)

Übersetzt und bearbeitet von

Dr. Gustav Fester

Professor an der Universität Stambul

Preis: 2.50 M.

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar 1918

AUTO-LICHT-ENTWICKLER „DANIEL"

Größter Schlager. Export nach allen Ländern.

Daniel Heise, Ilse, Dresden-A., Gr. Plauensche Straße 18

Technische Glasartikel

Wiederverkäufer gesucht

Herrmann Herzig, Görlitz in Schlesien

Digitized by Google

BELGIENS VOLKSWIRTSCHAFT

In Verbindung mit
Karl Bittmann / Josef von Graßmann /
Georg Jahn / Karl Rathgen / Fritz Schulte

herausgegeben von
Hans Gehrig und Heinrich Waentig

Mit einer Karte. (ca. 320 Seiten) 8. 1918. Geh. ca. Mark 8.—, geb. ca. Mark 9.—
Teuerungszuschlag einschließlich des Zuschlags für die Buchhandlungen 30%

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort. — Einleitung.
I. Teil: Die Entwicklung der belgischen Volkswirtschaft 1715—1908. Von Dr. *Heinrich Waentig*, o. Prof. a. d. Universität Halle (z. Z. Brüssel).
1. Die Entstehung der belgischen Volkswirtschaft 1715—1830.
2. Der Kampf um die wirtschaftliche Unabhängigkeit 1830—1863.
3. Die wirtschaftliche Expansion 1863—1908.
II. Teil: Die Grundlagen der heutigen Volkswirtschaft Belgiens.
1. Die Bevölkerung.
a) Bevölkerungsaufbau und Bevölkerungsbewegung. Von Dr. *Georg Jahn* (z. Z. Brüssel).
b) Die soziale Gliederung. Von Dr. *Hans Gehrig*, o. Prof. a. d. Technischen Hochschule Dresden (z. Z. Brüssel).
2. Die wirtschaftspolitischen und sozialen Triebkräfte. Von Prof. Dr. *Hans Gehrig*.
III. Teil: Der Aufbau der belgischen Volkswirtschaft.
1. Die Landwirtschaft. Von Dr. *Georg Jahn*.
2 Der Bergbau. Von Dr. *Georg Jahn*.
3. Das Gewerbe.
a) Die heutige Industrie. Von Dr. *Georg Jahn*.
b) Sozialpolitik. Von Geh. Regierungsrat Dr. *Karl Bittmann*, Direktor des Großherzogl. Gewerbeaufsichts-Amtes (Karlsruhe).
4. Der Handel Von Prof Dr. *Heinrich Waentig*.
5. Verkehrswesen. Von Kgl. Ministerialrat Geh. Rat Dr. *Josef von Graßmann* (München).
6. Geld-, Bank-, und Börsenwesen.
a) Der Geld- und Kapitalmarkt von Dr. *Fritz Schulte*, Archivar der Bayrischen Handelsbank (München).
b) Die Brüsseler Börse. Von Prof. Dr. *Hans Gehrig*.
7. Der Kolonialbesitz. Von Prof. Dr. *Karl Rathgen* (Hamburg). Anhang: Belgiens Volksvermögen. Von Prof. Dr. *Hans Gehrig*.
IV. Teil: Entwicklungstendenzen. Von Prof. Dr. *Heinrich Waentig*. Literaturnachweis. Von Prof. Dr. *Hans Gehrig*.
Namen- und Sachverzeichnis.

Ausgehend von den natürlichen und geistigen Grundlagen des belgischen Wirtschaftslebens schildert dieses Werk, entstanden durch die Zusammenarbeit gediegener Kenner der einzelnen Gebiete, die sämtlich in der deutschen Verwaltung des Landes längere Zeit tätig waren und neben eigener Beobachtung das beste belgische Material benutzen konnten, an der Hand umfangreichen Zahlen- und Tabellenmaterials den Aufbau der belgischen Volkswirtschaft nach ihrem ökonomischen Inhalt und ihrer sozialen Form. Dabei wird das Wirtschaftsbild, das Belgien bietet, auch in seinem geschichtlichen Werdegange gewürdigt und andererseits nicht nur dem Wirtschafts- und Sozialpolitiker, sondern auch jedem Gebildeten das einzig zuverlässige Material geliefert, auf Grund dessen in Zukunft die Beurteilung und Lösung der belgischen Frage wird erfolgen müssen.

VERLAG VON B. G. TEUBNER IN LEIPZIG UND BERLIN

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 97
Haußmann, Ost-Westliches 100
Heuß, Heydebrands Ermattungsstrategie 104
Holdermann, Der Aufstieg des Zentrums 109
Hoffmann, Das Ende des kolonialpolitischen Zeitalters . . 113
Sperber, Deutschlands Schuld und Pflicht gegen das Auslanddeutschtum 119
Notizen / Neuerscheinungen 12

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang 25. Januar 1918 Heft

Gustav Kiepenheuer / Verlag / Weimar / Berlin

Die Welt blickt nach Osten!

Von besonderem Interesse sind heute die Bände russischer Autoren der

Liebhaber-Bibliothek

Turgenjew:
Visionen und andere Erzählungen

Übertragen von Alexander Eliasberg

Inhalt:

Drei Begegnungen. / Visionen. / Der Hund. / Das Lied der triumphierenden Liebe. / Ein Traum.

Dostojewski: Drei Novellen

Übertragen von Alexander Eliasberg

Inhalt:

Weiße Nächte. / Ein schwaches Herz. / Christbaum und Hochzeit.

Tschechow: Von der Liebe

Übertragen von Alexander Eliasberg

Inhalt:

Von der Liebe. / Der Kuß. / Agafja. / Das Haus mit dem Mezzanin. / Erzählung der Frau N. N. / Wjerotschka. / Die Dame mit dem Spitz.

Gogol: Ukrainische Geschichten

Übertragen von Alexander Eliasberg

Inhalt:

Johannisnacht. / Schreckliche Rache. / Der Wij.

2.— Mark gut broschiert 3.— Mark elegant gebunden

Durch die Buchhandlung oder den

Verlag Gustav Kiepenheuer / Weimar

Digitized by Google

3. Jahrgang • 25. Januar 1918 • Heft 4

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:
Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk haben in der ukrainischen Frage einen überaus wichtigen Schritt vorangemacht. Diese Umstellung muß auch auf Tempo und Art der Besprechung mit Trotzki und seinen Leuten einwirken, denn sie ist eine sachlich-politisch neue Gewichtsverteilung. Was mit den Maximalisten verhandelt wurde, muß immer im Theoretischen verstanden, so lange es der russische Stil bleibt, Lehrmeinungen vorzutragen statt greifbaren Abschlüssen zuzustreben. Die Russen hoffen vielleicht, daß diese Übung innerhalb des Vierbunds Zwiespältigkeiten öffne — denn die strittigen Fragen berühren in der gegenwärtigen Abtönung der Probleme Deutschland stärker als Österreich-Ungarn. Wien ist plötzlich unter den Druck von Streikbewegungen gestellt, die österreichisch-ungarische Presse zeigte sich ein paar Tage seltsam unruhig und ungeduldig. Es kommt jetzt alles darauf an, die Verhandlungseinheit des Vierbunds in Brest-Litowsk unbeirrt aufrecht zu erhalten; in Wien sollte man deshalb unerwünschte Taktlosigkeiten vermeiden. Trotzki und Lenin sehen sich in Petersburg wieder Tschernow gegenüber, die Konstituante hat eine maximalistische Minderheit. Man wird sehen, ob trotzdem eine Mehrheit für den Frieden?

*

Clemenceau, noch unerschüttert durch den Mißerfolg seines ersten Vorstoßes gegen Caillaux, läßt seinen Widerpart verhaften. Daß er neben der Leitung des Kabinetts das Kriegsministerium verwaltet, hatte ihm schon vor einigen Wochen, bei Caillaux' großer Verteidigung, in der Kammer als Schild des Schweigens gedient; jetzt erleichtert es ihm, aus alter Gewohnheit dieses Ressorts, den Weg zu Gewalttat und Verbrechen. Noch sind die Zusammenhänge verschleiert; wir erkennen nicht sicher, ob man aus dem erbrochenen Bankfach einen Schuldigen von ehedem oder den Attentäter der Zukunft überführen will. Deutschland übernimmt hier die Rolle des Zuschauers. Was geht vor sich? Clemenceau hat über drei Jahren nach Taten gerufen, solange er der „Mann in Fesseln" war. Jetzt soll er die Leistung zeigen. Aber sie zerrinnt seinen Händen. Pichons letzte Kammerrede war das Eingeständnis, daß die gegenwärtige

Digitized by Google

französische Regierung innerhalb der Entente schwächer ist als die Vorgängerinnen. Denn ihre Versuche, eine gemeinsame Kriegszielerklärung, als Antwort an die Russen, fertig zu bringen, sind mißlungen. Wilson und Lloyd George wollen Frankreich mit Reden und Noten sekundieren, aber mehr im Augenblick nicht. Währenddem läuft die Angst vor einer deutschen Offensive durch die französischen Herzen. Die Kritik an der Regierungspolitik gegenüber Rußland wurzelt hier. Man hat es diplomatisch nicht verhindern können, daß das Schwergewicht der militärischen Bedrohung auf den Westen sinke. Das gibt den seelischen Hintergrund der gegenwärtigen Vorgänge. Clemenceau, außenpolitisch und militärisch zur Unfruchtbarkeit verdammt, geht auf den inneren Kampfplatz, wo er sich unbesiegbar und sicher glaubt. Er wagt viel. Caillaux hat wenig Begabung zum verzichtenden Märtyrer. Er hat sein Bild in der französischen Geschichte zu verteidigen, er will für seine französische Zukunft leben. Daß er, kein verschwärmter Pazifist, sondern ein nüchterner Realist, dem französischen Patriotismus einen anderen Rhythmus geben wollte, ist nicht Sünde genug für den Staatsprozeß. Je brutaler aber das Vorgehen Clemenceaus, desto gefährlicher diese Spannung, nicht nur für Frankreich, sondern für die Entente.

*

„In dem Ringen um die preußische Wahlrechtsreform kann die Regierung die Partie gewinnen, wenn sie sie mutig spielt." Dieser Ausspruch stammt von einem Mitglied der rechtsstehenden Parteien.

Bisher ist noch wenig davon zu spüren, daß Graf Hertling in Kampfesstellung gegen die Konservativen tritt.

Kein Wunder, daß die Konservativen in ihrem Widerstande eher stärker als schwächer werden. Bei Heydebrand sehen sie eine klare Richtung, kampffreudige Taktik, politische Leidenschaft; bei der Regierung ein behutsames Werben um den spröden Gegner. Graf Hertling hat, als er die Wahlreform einbrachte, daran erinnert, daß er nach seinem Eintreffen in Berlin sich zuerst den Grafen Westarp habe kommen lassen. Das war höflich, aber diese Höflichkeit ladet den Gegner zur Unnachgiebigkeit ein. Wir kennen Methoden, die geeignet sind, die konservativen Widerstände rasch niederzureißen.

*

Daran aber darf niemand zweifeln: Der Regierung ist es von Herzen ernst mit ihrem Willen zur Reform. Graf Hertling und seine Mitarbeiter sehen das künftige neue Deutschland vor sich und fühlen sich berufen, an dem Fundament mitzuarbeiten, auf dem es erstehen wird.

Aber man braucht nicht ein überzeugter Anhänger der Neuorientierung zu sein, um heute die schleunige Durchführung der Wahlreform zu fordern. Diejenige Nation hat den Krieg verloren, deren Krieg zuerst aufhört ein Volkskrieg zu sein und sich in einen Regierungskrieg verwandelt. Die konservativen Herren müssen gewarnt sein: wer die

Digitized by Google

loyale Erfüllung des königlichen Versprechens verhindern will, rührt an die Wurzeln unserer nationalen Kraft; aber seltsamerweise taumeln auch die Patrioten unter den Konservativen in diese Gefahr hinein. Man möchte es fast tragisch nennen, wie in den führenden Kreisen Deutschlands der staatsmännische Instinkt erloschen ist. Was gäbe England heute darum, könnte es für den Entscheidungskampf Arbeitermassen zur Verfügung haben, die so treu, die so leidensfähig und opferfreudig sind, wie Deutschlands Arbeiter — unter der Voraussetzung, daß die Regierung ihr Vertrauen erwirbt: Die englischen Konservativen machten seinerzeit verzweifelte und zum Glück vergebliche Anstrengungen, die Arbeiterführer ins Ministerium zurückzuberufen. In Deutschland aber ging ein Aufatmen durch die Reihen der Konservativen, als im Ministerium Hertling-Payer-Friedberg der Sozialdemokrat fehlte.

*

Letzthin ist der Grund für den leidenschaftlichen Widerstand der Konservativen gegen die Abschaffung des Dreiklassensystems der Mangel an Selbstvertrauen. Sie sind eben keine Aristokraten mehr, sie trauen sich nicht die Kraft zu, Führer zu sein, wenn nicht mehr Privilegien, sondern das Volksvertrauen sie tragen soll. Darum haben sie nicht die Courage, sich von ihren entnervenden Standesvorteilen zu befreien. Dieser Mangel an Selbstvertrauen ist vielfach unbegründet: Noch ist das Rohmaterial in Deutschland vorhanden, aus dem eine konservative Volkspartei werden kann. Die schlechte Erziehung steht in erster Linie hindernd im Wege.

*

In dieser Not sucht man unwillkürlich Hilfe bei der Krone. Der monarchische Gedanke macht gegenwärtig überall die schwerste Krisis durch. Entweder die Monarchie wird zur leblosen Dekoration werden, oder ihre Führerkraft triumphiert über die Parteien. Eine Monarchie, die druckempfindlich gegenüber der Demagogie ist, kann nicht heil durch die Krisis hindurch. Das war sie in Italien und in Rumänien. Sollte aber der Krone die Führertat gelingen, nach der das Volk sich sehnt, die aber die Staatsmänner nicht wagen, verschüchtert durch die erregten Parteileidenschaften, dann würde über Nacht jenes Volkskönigtum lebendig werden, von dem Friedrich Naumann in seinem Buche „Der Kaiser im Volksstaat" so schön zu erzählen weiß.

*

Lord Buckmaster sagte vor kurzem: „Die Alldeutschen sind pandemisch", d. h. jedes Land hat seine Alldeutschen. In der Tat, die französischen Nationalisten, die italienischen Interventionisten, die englische Nationalpartei, wie Northcliffe und Horatio Bottomley, „Morning Post" haben sich alle das gleiche Ziel gesteckt: die Entfesselung des moralischen Bürgerkrieges. Man vergleiche ihre Mittel. Bottomley nennt jeden Anhänger eines Verständigungsfriedens einen Bolo, Lord Lansdowne eingeschlossen. Haußmann muß gegen einen Führer der Vaterlandspartei einen Prozeß austragen, weil er ihn beschuldigt hat, im englischen Sold zu stehen.

Digitized by Google

Bis vor kurzem blieb uns der Terrorismus erspart. In einer neuerlichen Versammlung der Vaterlandspartei aber wurde ganz nach Pariser und römischem Rezept vorgegangen. Die Anwendung von Gewalt zur Niederkämpfung politischer Gegner ist ein Präzedenzfall von gefährlicher Ansteckungskraft; an der irischen Rebellion trugen nicht allein die Sinn-Feiner die Schuld, sondern auch Bonar Law und Northcliffe, denn sie hatten 1914 den Bürgerkrieg als eine Spielart des Patriotismus zu loyalisieren versucht. Die Methoden der Vaterlandspartei sind in den westlichen Ländern heimisch, in Deutschland aber wirken sie heute noch als eine fremde Krankheit. Man hat nicht mit Unrecht gesagt: die Vaterlandspartei stellt eine Form der Ausländerei dar.

*

Valentinis Rücktritt vom Zivilkabinett des Kaisers wird in der Presse der Rechten bejubelt: er gilt dort als einer der Männer, der den Monarchen von den „wahren Patrioten" getrennt habe und darum schon längst reif für die Beseitigung durch konservative Machenschaften war. — Seine politische Bedeutung ist, durch den unverantwortlichen Charakter der Stellung, nicht sicher greifbar; in der innerdeutschen Geschichte bleibt sein Name mit dem Vorgang, da er in der letzten Kanzlerkrisis den loyalen Verbindungsoffizier zwischen Monarch und Volksvertretung darstellte. Im übrigen ist vielleicht seine Entwicklung ein ähnliches Beispiel, wie es für Bethmann und andere gilt: die Nähe der Verantwortung hat sie von ihrer konservativen Herkunft weggezogen und ihr politisches Gefühl für die nationalen Kräfte gestärkt, die in der deutschen Linke vorhanden sind und wachsen. Auch Herr von Berg wird unter den Druck dieser Logik treten müssen. Die Einheit zwischen Monarch und Volk, die aus den Kriegsjahren sich herausbildete, kann durch solche Personalverschiebungen nicht mehr gestört werden.

Ost-Westliches

Von Conrad Haußmann, M. d. R.

Es war die uneingestandene Idee aller kriegführenden Länder im Oktober 1917, daß im Spätjahr 1917 eine militärische, wirtschaftliche und politische Inventurisation gemacht und „Bilanz gezogen" werde. Die Entente hoffte auf das Gelingen des Vorstoßes gegen die U-Bootbasis in Flandern und auf den Durchbruch bei Cambrai, auf die 12. Isonzoschlacht und auf die Jerusalemoffensive. Nur diese letztere gelang. Deutschland rechnete im Norden auf die von langer Hand vorbereitete Expedition gegen Ösel und Riga und damit gegen Kerenskis Gambetta-Politik, im Westen auf siegreichen Widerstand gegen die feindliche Offensive gegen Flandern und Cambrai, im Süden auf den Durchbruch der italienischen Front. Alle Rechnungen des deutschen Hauptquartiers stimmten: Der Vorstoß im Norden warf Kerenskis Ententepolitik, die russische Friedenssehnsucht und Kriegshoffnungslosigkeit legte unter revolutionären Zuckungen die staatliche Macht in die Hand der sozialistischen Diktatoren

Digitized by Google

Lenin und Trotzki. In Flandern und Nordfrankreich wurde der Engländer nach einem starken Überraschungserfolg, den die englische Kriegskunst nach einem Durchbruch nicht sofort strategisch auszunutzen wußte, wieder blutig zurückgeschlagen und die Abwehrfront neu verriegelt. In den Alpen und in Venetien gelang den Österreichern mit starker deutscher Unterstützung ein Durchbruch, der strategisch und taktisch so stark ausgenutzt wurde, daß auf annähernd 400000 italienischen Mannschaftsverlust nur 4000 österreichisch-deutsche Verluste kamen — prozentual das günstigste Verhältnis aller Kriegsschauplätze und aller Kriege. Dann aber endete der Bewegungskrieg wieder im Stellungskrieg am Piave und an der Brenta; Venedig wurde durch italienische, französische und englische Divisionen gedeckt und gehalten.

Die Bilanz ist überwiegend günstig für Deutschland, aber der Abschluß im Jahre 1917 nicht gekommen.

Die Lage lastet am erdrückendsten auf Rußland, das Friedensverhandlungen einleitet, sein Heer sich auflösen läßt und seine Zinszahlungen einstellt. — Deutschland nimmt an den Friedensverhandlungen, die Lenin und Trotzki anbieten, mit den Mittelmächten teil.

Diese Sonderfriedensverhandlungen stellen Deutschland vor eine außergewöhnliche Aufgabe. Der östliche Gegner ist besiegt, mehr als das, er ist entwaffnet. Es scheint dem plumpen Sinn politischer Dilletanten nichts einfacher, als abzuschließen nach dem Rezept: „Den Finger drauf, das haben wir." Aber der Vertrag setzt eine Unterschrift voraus, und die russischen Unterschreiber können sich nur halten, wenn entweder Rußland erträglich abschließt oder der Frieden den „Grundsätzen" der regierenden Bolschewiki entspricht.

An diesem Punkt setzten Czernin und Kühlmann ein. Sie gingen auf das russische Generalfriedensprogramm teilweise ein, spezifizierten Hertlings Programm vom 29. November 1917, indem sie die Befreiung und die „Selbstbestimmung" der Polen, Balten und Litauer in ihre Politik aufnahmen. Die Feststellung und Ausübung dieser Selbstbestimmung konnte leicht zu Schwierigkeiten führen. Diese Schwierigkeiten führten zu Pausen und zu Protesten auf russischer und auf deutscher Seite. Diese Proteste kamen in Deutschland von politischen Widersachern der gegenwärtigen und der früheren Regierung, aber auch von einflußreicherer und verdienstvollerer Seite. Auf diese Seite schlägt sich nun öffentlich und geräuschvoll die ganze Bethmann-Fronte und schwächt den deutschen Unterhändler in dem Moment, in dem seine Stärkung ein Hauptinteresse Deutschlands war. Die innere Lage war mindestens eine Woche lang sehr kritisch. Eben deshalb ist darüber zurzeit nicht öffentlich zu sprechen. Denn auch in der Politik wie in häuslichen Verhältnissen ist das entschlossene Schweigen die beredteste Unterstützung. Genug, die Mehrheit des Reichstags erkannte die Gefahr und ihre Aufgabe, sie gab der Regierung den politischen Rückhalt, dessen sie bedurfte.

Digitized by Google

In diesem Augenblick erwies sich der politische Druck, den die Verhandlungen von Brest-Litowsk, das Generalprogramm der Bolschewiki und die Erwiderung der Mittelmächte auf die Ententemächte auslöste, so stark, daß die Zahl der Ententereden anschwoll, wie die Bäche bei der Schneeschmelze. Aber Lloyd George hat nur die Gabe, aufpeitschend auf Deutschland zu wirken, auch wenn er sich anstrengt, eine Art Friedensgeräusch zu machen. Deutschland erblickt, solange England den Kutscher Lloyd George mit seiner plumpen Geißel auf dem Bock läßt, darin allein schon eine konkludente Handlung fortgesetzter Raufluft.

Es ist vielleicht ein Verhängnis, daß in dieser Atmosphäre Wilson seine Botschaft kabelte. Denn aus Diplomatie gezwungen, die Fiktion einer geschlossenen Ententefront nicht mit Eklat zu stören, bediente er sich einer Disposition und Aufzählung, die verhüllte, daß er sich differenzieren wollte.

Diese Verhüllung war nicht imstande, daß berechtigte Mißtrauen Deutschlands umzustimmen und so blieb das deutsche Echo auf den scharf gedämpften Ton gestimmt, der eine Gewohnheit und ein Gebot der durchschnittlichen Klugheit kriegführender Völker geworden ist. Da gleichzeitig das Toben der alldeutschen Presse, sich seit Wochen immer steigernd, seinen Fortgang nahm, so kamen die abgewogenen Urteile einiger deutschen Preßorgane nicht zu Gehör und der Gesamteindruck im Ausland ist eine Fortdauer der alten Stimmungen, die ratlos und keinen anderen Ausweg als eine neue Offensive zu sehen oder wenigstens fatalistisch hinzunehmen scheinen.

Und doch ist derjenige einäugig, der nicht den Abbau im Kriegswillen der Entente erblickt, der nicht erkennt, daß Wilson der Exponent der Ententestimmung von 1918 ist und der nicht merkt, daß Wilsons Botschaft ein Werkzeug dieser einlenkenden Politik ist.

Die Welt hat Zeit und Gelegenheit, Erfahrungen zu sammeln. Staatsmänner und Völker lernen verflucht langsam.

Als Deutschland am 12. Dezember 1916 ernste Friedensbereitschaft offiziell erklärte, mußte Bethmann, weil er nicht wußte, wie die Anregung aufgenommen werde, die eventuelle Kriegsfortsetzungsentschlossenheit in seiner Reichstagsrede stark betonen. Dieser Granatenton übertönte die Friedensmelodie und das ewig wachsende Mißtrauen der Feinde konnte diese als Heuchelei ausdeuten.

Wilson erlebt das Gleiche. Er nennt sein Friedensoffert erhabene Grundsätze, nimmt unter diese die gegen Deutschland, Österreich und die Türkei gerichteten Forderungen auf, tut, als ob seine Punkte unverrückbar seien und hat es erfahren, daß der neue Wilson von 1918 für den alten Wilson gehalten und als unverbrüchlichen Vorkämpfer der Erörterung von Elsaß-Lothringen empfunden wird. Damit schließt er das deutsche Ohr, für seine anderen zum Teil annehmbaren und zum Teil diskutablen Punkte.

Es ist nötig zu lernen, daß die Methode der Monologe und Allokutionen falsch ist. Ein Staatsmann kann öffentlich keine Angebote in definitiver Form

Digitized by Google

machen, so lange er nicht weiß, daß der andere Teil sie akzeptiert. Kein Staatsmann kann Frieden ohne Friedfertigkeit bieten und Friedfertigkeit kann er nicht von der staatlichen Warte aus ausstreuen, wenn er vielleicht morgen, weil der Gegner ihn zurückweist, Krieg predigen muß.

Die Staatsmänner eines Staates müssen sich zuvor der Resonnanz vergewissern, die ihnen allein den guten Willen des andern verbürgt. Der erste Schritt setzt die Gewißheit des zweiten voraus. Dagegen haben Bethmann und Wilson gefehlt. Jeder ist so überzeugt von der Ehrlichkeit seiner eigenen Absichten, daß er wähnt, der andere müsse sie mit Händen greifen, und daß er rechnet, der andere müsse die Hemmungen, die seine Politik im eigenen Land der Mißdeutung und Böswilligkeit interner Gegner aussetzt, mit in Rechnung nehmen und deshalb notwendig zu entgegenkommenden Schritten kommen. Das führt ihn zu halben Schritten, und halbe Schritte begegnen dem Verdacht mangelnder Kraft und mangelnden Vertrauens in die Richtung der eigenen nur angedeuteten Politik.

Kühlmann hatte schon recht, im September durch einen „Vertrauensmann" zu operieren. Aber es fehlte das Geschick des Mittelsmanns, der gute Wille der anderen Seite und die Planmäßigkeit der Durchführung.

Heute nun hat Kühlmann einen der Gegner, und zwar einen entwaffneten, am Verhandlungstisch. Aber dieser Tisch steht auf dem Glatteis von Brest-Litowsk. Kühlmann wäre der unfähige Diplomat, den ihn plumpe Dilettanten schelten, und der er erfreulicherweise nicht ist, wenn er mit dem Zeigefinger diktieren und mit der Faust argumentieren würde.

Kühlmann hat die geschichtlich und aktuell hochverantwortliche Aufgabe, Rußland zu einem Nachbarn zu machen, der die Notwendigkeit der Änderungen aus dem Willen der Grenzbevölkerungen heraus erkennt, und er hat die Anziehungskraft eines geordneten und aufstrebenden Staatswesens, durch die Formen und Grundsätze seiner Politik, nicht in heimliche Abstoßung zu verwandeln, auf was unsere anderen Gegner lauern. Wer dawider handelt, der mag eine andere Kunst meistern, die Staatskunst ist ihm verschlossen; verschlossen ist ihm auch die Erkenntnis, daß der „Vorfrieden" mit Rußland diesen Namen nicht bloß als Präliminarfrieden, sondern auch als Vorläufer des Generalfriedens verdient und daß dieser in dem Maß günstiger für Deutschland ausfallen muß, in dem Deutschland nicht nur stark, sondern auch weise handelt. Von dem russischen Frieden kann Licht oder Schatten auf den Weltfrieden fallen. Nichts wäre verfehlter, als den unverkennbaren Vorteil eines raschen Abschlusses allein ausschlaggebend sein zu lassen. Die richtigen Grundlinien sind das Entscheidende. Denn diese Grundlinien werden das Verhältnis zu Rußland und das Urteil der Welt beeinflussen.

Aber das Problem reicht noch viel weiter. Die Kraft unserer Waffen, unserer Ordnung und unserer Einsicht erlaubt uns, eine Option, zwischen der wir drei Jahrzehnte

Digitized by Google

verhängnisvoll geschwankt haben, im Jahre 1918 zu treffen. Seit 1893 haben wir zwischen dem Osten und Westen geschwankt und uns den Gefahren eines scheinbar launischen Stimmungswechsels sorglos ausgesetzt. Der Gang der Welt- und Kriegsgeschichte, die fanatische Leidenschaft Frankreichs, der Trotz des irregeleiteten Englands und die Friedensstimmung des russischen Volkes drängen uns, die Option nach dem Osten vorzunehmen. Dies gilt nicht bloß für die Priorität des Friedensschlusses. Denn dieses ist Stümperei, wenn er nicht zugleich Grundlagen für den Bau des europäischen Staatenverhältnisses schafft. Die Gesinnungen, die in den Grundstein eingemauert werden, müssen die Gewölbe gestalten und tragen. Eine Nachbarlichkeit nach Osten schafft nicht nur eine Rückendeckung für die militärische Gegenwart, sondern die politische Freiheit für die Zukunft. Denn diese Nachbarlichkeit — das ist die russische Auffassung, der wir ohne Vorbehalt beipflichten können — braucht keine kriegerischen Zukunftshintergedanken gegen den Westen in sich zu tragen, ist aber, wenn der Westen solche auch künftig hegen sollte, ein möglicher Schild gegen feindliche Absichten. Gerade deshalb ist diese Politik eine Aufforderung an die Staaten Westeuropas, ihre Politik gegen Mitteleuropa, das mit Osteuropa ein Nachbarschaftsverhältnis herstellt, einer Revision und einer Entspannung zu unterziehen. Dieser Prozeß, gleichzeitig vom menschlichen Gefühl und der politischen Klugheit gebilligt, kann am ehesten zu der „Gesellschaft der Nationen" führen, die theoretisch akzeptiert und gefühlsmäßig bisher von der Westententente noch schärfer abgelehnt war, als von der deutschen Vorsicht.

Wir sind verpflichtet, uns und andere daran zu erinnern, daß Kaiser Wilhelm II. am 24. Juli 1905 auf der Birkeninsel mit Rußland ein Bündnis unterzeichnet hat, nach dessen Artikel II Rußland die französische Nation dem Bund zuführen sollte. Zeitpunkt und Aufbau entsprachen nicht ganz der Psychologie der Algecirastage. Auch muß trotz des Weltkrieges aus den russischen Friedensversuchen der militärische Hintergedanke zurückgedrängt werden. Ein ehrlicher Frieden ist das Bedürfnis, bei dem Rußland angelangt ist. Die deutsche Staatskunst muß diesem Bedürfnis ohne schielende Seitenblicke realpolitisch Rechnung tragen und kann dadurch besser als durch jede andere Offensive die Führung in der Hand behalten.

Heydebrands Ermattungsstrategie

Von Theodor Heuß

Der Wahlrechtsausschuß des Preußischen Abgeordnetenhauses hat nach einer mehrtägigen Aussprache beschlossen, zunächst in die Einzelberatung des Herrenhaus-Entwurfes einzutreten. Ein formaler Beschluß nur für den raschen Blick und doch eine politische Tatsache von höchstem Belang. Man hat ihr eine taktische Begründung mitgegeben: ehe man sich in das Gelände der Demokratisierung vorwagen will, soll das

Digitized by Google

künftige Gefüge der letzten konservativen Stützmauer genau festgestellt sein. Die Partei des Herrn v. Heydebrand will erst besorgt sein, daß ihre ausschlaggebende Macht zunächst auch in einer „modernisierten" Ersten Kammer verewigt werde, ehe sie sich auf die Versuche einläßt, die, so oder so endigend, zu einer Schwächung ihres Fraktionsbestandes im Volkshause führen müssen. Aber das sind Hintergrundsgedanken. Ganz nüchtern beurteilt, erscheint dieser geschäftsordnungsmäßige Beschluß über die Reihenfolge der Regierungsentwürfe der erste Sieg der Fraktion Heydebrand, die Wahlrechtsreform zu zertreten. Das Schmerzliche dabei ist, daß der konservative Führer sich selbst gar nicht zu stark zu bemühen braucht; er hat in dem neuen Fraktionsleiter der preußischen Nationalliberalen, Dr. Lohmann, einen mehr als eifrigen Wegbereiter gefunden.

Der politische Sinn der Reformpolitik, ganz abgesehen von allen staatsmoralischen Bewertungen, ist, die Zeit nach dem Kriege von schweren inneren Kämpfen zu entlasten. Was doch geschehen muß, soll man nicht aufschieben. Das Reformwerk kann und soll während des Krieges geleistet werden; es kommt nur auf die Form an, daß dies ohne schädliche Rückwirkung geschehe. Die Taktik der Wahlrechtsgegner ist, diese staatsmännische Überlegung zu zerstören, ihre Hoffnung und ihr Ziel muß sein, einen so trägen Gang der Verhandlungen zu erreichen, daß der Abschluß des Werkes sich über den Frieden hinausschleppe. Da sie, trotzdem es an ihrer Spitze eine Zeitlang höchst zungenfertige und terminsichere Propheten gab, jetzt doch noch mit einer unbestimmten Fernsicht rechnen müssen, ist die strategische Anlage ihres innerpolitischen Feldzugs auf Ermattung eingestellt. Dabei haben sie eine weitere Möglichkeit in ihre Überlegung eingestellt — daß in irgendwelchen Zusammenhängen mit Entschließungen über die äußere Politik, über militärische Maßnahmen doch vielleicht einmal ein grundsätzlicher Regierungswechsel erzwungen werden könne. Valentinis Rücktritt etwa wird von ihnen offen genug als „Erfolg" gebucht, Abtragung der Bethmannschen Hinterlassenschaft. Hier setzen sie die Erwartung an, der Kurs könnte in andere Richtung herumgeworfen werden, und alle staatsrechtliche Bindung muß bis dahin vermieden bleiben. Es ist ein innerer Zusammenhang in allem: der „Gewaltfriede" wird nicht von den Leuten gemacht, die gleichzeitig im Innern die nationale Rechtssphäre verbreiten wollen. Wird in der äußeren Politik der Gedanke eines maßvollen Ausgleichs zerschlagen, dann ist auch im Innern die Bedrohung der konservativen Machtstellung gebannt.

Das deutliche Ziel zeichnet den Umweg vor. Nachdem die Vollversammlung des Abgeordnetenhauses ihre Generaldebatte erlebt hatte, konnte die Sachberatung beginnen. Weit entfernt! Eine Woche lang verharrte man in Wiederholungen, die nur wenige scharfe Lichter durch die Gegensätze innerhalb der nationalliberalen Partei und durch eine polnische Maßlosigkeit erhielten — dann kam die Pause wegen des Beginns der Haushaltsberatung, ihr folgt der Weg in den Irrgarten des Herrenhausproblems.

Digitized by Google

Man mag sich das rasch ausdenken, in wie viel Monaten die Wahlrechtsfrage selber nur erst in der Kommission durchgesprochen ist, dann wieder Plenum, Weitergabe an das Herrenhaus, dort die gleiche „Gründlichkeit", Ablehnung, Abänderung, Zurückverweisung, Wiederholung. Technisch ließe sich das natürlich bei gutem Arbeitswillen zusammendrängen, zumal es sich nicht um eine völlig neue Materie, sondern um politische Grundfragen handelt, die jeden einzelnen und jede Partei oft und eingehend genug beschäftigt haben.

Die Regierung hat sich dialektisch gut gehalten. Vor allem ließ Dr. Friedberg sich die geistige Führung nicht aus der Hand nehmen, und ein Stück jener staatsmännischen Auffassung, die aus seiner großen Einführungsrede im Parlament hervorgetreten war, blitzt auch aus den knappen Zeitungsberichten hervor. Die Stoßkraft seiner Leitung wird nicht so sehr durch die Tatsache gehemmt, daß er, ehe dieser Auftrag als Aufgabe vor ihm stand, selber andere Wege gegangen war, als durch die überraschend unfreundlichen Schwierigkeiten, die ihm seine eigenen Parteigenossen machen. Um nicht von vornherein den Weg der Beratung und Beeinflussung zu versperren, hat er, bei Ablehnung eines formalen Mantelgesetzes, die gleichzeitige Verabschiedung der drei Regierungsvorlagen zugestanden. Vielleicht war das schon, wenn es auch in allgemeiner Form gesprochen war, eine zu starke Bindung. Denn wir sehen jetzt, wie die Folgerungen gezogen werden, und mit der geschäftsordnungsmäßigen Umkehr der Beratungen die dringendste Frage in eine falsche Beleuchtung kommt.

Die dringendste? Staatsrechtlich sind natürlich Wahlreform und Herrenhausreform gleich wichtig. Es handelt sich um eine neue Gewichtsverteilung der Gewalten im preußischen Staat, und es wäre oberflächlich, nur wegen der größeren publizistischen Geschichte der Wahlrechtsfrage die Zusammensetzung und das Bewilligungsrecht der Ersten Kammer zu vernachlässigen. Denn es könnte sonst geschehen — und die Gefahr besteht tatsächlich —, daß all das, was an größerer Beweglichkeit, an Anpassung für die künftige staatliche Neugestaltung in die Zweite Kammer hineinflutet, mehr als ausgeglichen, ja zurückgedämmt wird durch die Verfestigung des Herrenhauses. Daran ändert auch nichts die neue Fassade und der teilweise Umbau, die in dem neuen Plan vorgesehen sind. Aber wenn sich auch die Wichtigkeit der beiden Aufgaben die Wage hält, die Dringlichkeit, politisch und psychologisch, liegt bei einer raschen Klärung der Wahlrechtsforderung. Nicht dadurch, daß sie ein altes demokratisches Schlagwort ist, dessen Gewicht man sich durch Nichtachtung entziehen kann, sondern weil hier ein königliches Versprechen und eine jahrzehntealte Forderung breiter preußischer Volksmassen sich begegnen, weil deren Vereinigung für das staatliche Fundament Preußens neuen Kitt, neue Bindung darstellen wird.

Freilich wollen die preußischen Konservativen das Problem anders sehen — wenn nicht gerade die Gefahr des Maximalismus, so doch die Ausbreitung der „Unabhängigen Sozialdemokratie" ruft sie zum Schutz des Staates auf. Haben sie nie bemerkt,

Digitized by Google

daß in keinem andern deutschen bundesstaatlichen Parlament so törichte und ververhängnisvolle sozialdemokratische Reden gehalten werden wie im preußischen, daß (mit einer neuerlichen Ausnahme) keiner der „unabhängigen" Reichstagsabgeordneten aus den Bundesstaaten des gleichen Wahlrechts stammt? Daß die Unbilligkeit der preußischen Institutionen das Ventil abgesperrt hat, mußte die linke Gruppe der Sozialdemokratie in so bedenklichem Maße radikalisieren. Erscheinungen wie Liebknecht, Ledebour sind im Süden undenkbar (obwohl es dort an „temperamentvollen" Leuten bekanntlich auch nicht fehlt). Was sich im Süden gelegentlich von verwandter Geistesart gezeigt hat, war durchweg preußischer Import, der sich schlecht genug in die andere Artung der staatlichen, bürgerlichen Beziehungen einfügte.

Noch törichter fast als diese Art von Gründen war jener andere, der wiederholt in den Ausschußberatungen auftstieg: das gleiche Wahlrecht werde Kirche und Schule gefährden. Das einem Ministerium Hertling von rechtsstehender Seite zu sagen!

Daß Dr. Lohmann es auf sich nahm, Heydebrands Sekundant zu sein, ist der schlimmste sachliche Eindruck aus den ersten Verhandlungstagen. Die Nationalliberalen haben in den staatspolitischen Verfassungsfragen immerhin eine sehr große Tradition — sie rechnen es sich als Ruhm an, daß nach den Kriegen von 1866 und 1870 die geistig-politische Führung der Nation in ihre Hand ging. Auch damals wehrte und sträubte sich, offen und versteckt, der altpreußische Konservatismus noch hartnäckig genug gegen den neuen Geist, der mit und neben Bismarck in die deutsche Staatengeschichte strömen durfte — er hat das Reich innerlich geordnet und gefügt. Auch jenes gewaltige Wagen von 1866, da Bismarck das demokratische Wahlrecht in der Bundesreform zur stärksten diplomatischen Angriffswaffe in der äußeren Machtpolitik Preußens gemacht hatte, mußte sich gegen die Angst der Rechte durchsetzen. Aber es hat sich durchgesetzt, und in diesem aufbauenden Geist hatte sich das beste Stück der nationalliberalen Tradition ausgebildet. Ist das heute vergessen, zerschlissen in den Ängsten um Mandate, erlahmt in dem Gefühl entschwundener Führerkraft? Jene Männer, die innerhalb der nationalliberalen Fraktion die Zusammenhänge mit der alten Geistesgeschichte zu wahren haben und nicht bloß Politiker von kurzem Atem sind, stehen in einer ernsten Verantwortung.

Die ist den Konservativen abgenommen. Herr v. Heydebrand trägt sie mit ruhiger Selbstsicherheit auf seinen Schultern. Er hat keine Angst vor Katastrophen. Wenn er auch schon seit Jahr und Tag die preußische konservative Partei mit einem starren Dünkel in die Isolierung führt, er läßt sich nicht beirren. Seine Hartnäckigkeit ist so groß wie seine polemische Geschicklichkeit, durch kniffliche Lagen sich hindurchzuarbeiten; aber das sind Zwischenspiele, Fechterstücke, es fehlt das Format zur staatsmännischen Größe. Das Plus royaliste que le roi ist auch heute noch als Pose unschädlich, als Politik aber gefährlich, da es immer nur das praktische Ziel haben kann, die Krone von der Verbindung mit den neuen Schichten des Volkes abzusprengen.

Digitized by Google

Daß die „Monarchisten" sich gegen die persönliche Politik des Monarchen mit starken Mitteln zur Wehr setzen, sei ihnen unbestritten. Nur kleinbürgerlicher Agitationseifer kann sie darüber schelten. Sie führen einen Kampf um die Erhaltung der Macht, die ihnen Friedrich Wilhelm IV. in romantischer und verängstigter Kurzsichtigkeit verliehen. Dabei sollte bloß Klarheit bestehen, daß in diesem Machtkampf das monarchische Gefühl, als dessen Hüter man sich empfiehlt, ziemlich kräftig ramponiert wird. Darüber kann kein Zweifel sein: man sagt zwar Bethmann, aber man meint Wilhelm. Das ist eine Sache für sich, die das alte Preußentum in seinen eigenen Wänden erledigen mag. Ein Anderes aber und als ein Wichtigeres erscheint, wie weit die Führung der Reichspolitik und die Haltung der unteren Volksschichten durch die konservative Fraktionstaktik getroffen wird. Hier setzt der Widerstand ein, der nicht bloß sentimental, sondern politisch ist. Hier steckt auch die nationale Gefahr der Heydebrandschen Politik.

Meldet sich wieder das alte Wort vom „ungekrönten König von Preußen"? In der Tat, es handelt sich um einen großen Zweikampf über die Staatsauffassung der Zukunft, der zwischen der Regierung und der preußischen Parlamentsmehrheit, zwischen Heydebrand und Wilhelm II. ausgefochten werden muß. Der Parteiführer steht selber in der Kampflinie, der Monarch hat seine Minister im Treffen, die Herr von Heydebrand, wenn sie den Willen des Königs zur unbedingten Richtschnur nehmen, mit „Kanzlisten" vergleicht. Es ist eine seltsame Lage. In dem Entwurf, den der König vorlegt, verzichtet er auf einen seiner stärksten monarchischen Machttitel, den unbegrenzten Pairsschub im Herrenhaus, aber daß er seine Machteinschränkung in der Eingliederung mit dem ganzen Reformwerk durchsetze, dazu bedarf er vielleicht noch einmal des großen Mittels, das ihm zur Verfügung steht.

Heute steht es in der Tat so, daß die Krone, nach ihrer Oster- und Juli-Botschaft, vielleicht noch einmal unmittelbar in die Handlung eintreten muß, um das von ihr eingeleitete Werk voranzuschieben. Wann und wie das zu geschehen hat, ist nicht zu sagen; unverkennbar ist nur der Wille der Parlamentsmehrheit geworden, parlamentarische Sabotage zu betreiben. Die Frage hat keinen akademischen Charakter, sondern die ganze Behandlung der Wahlrechtsfrage muß (oder müßte doch) ernhaft rechnen mit der Rückwirkung, die sie auf die Bevölkerung ausübt. Wir wissen gut genug, daß es auch bei uns Kreise gibt, die mit dem Gedanken von Putschen spielen, und daß ein ungesättigter Magen die Gedanken leidenschaftlicher werden läßt. Eine staatserhaltende Politik greift solchen Möglichkeiten vor. Die Reform der preußischen Staatsverfassung ist nicht aus Angst vor solcher Entwicklungsmöglichkeit eingeleitet worden — sie soll unverjährte Schuld ausgleichen und in dem Reichsaufbau eine günstigere Verteilung der öffentlichen Gewalten sicherstellen. Das ist ihr Sinn. Ihre Methode muß sein, gegenüber der verschleppenden Taktik der Konservativen mit ihren außerordentlichen Gefahren eine leidenschaftliche Initiative von Krone und Regierung anzusetzen.

Digitized by Google

Der Aufstieg des Zentrums

Von D. Friedrich Holdermann

Diese große konfessionelle Partei gehört zu den stärksten Problemen unseres deutschen politischen Lebens. Erst wenn man sie sich aus ihm herausdenkt, wird man sich bewußt, in welchem Maß durch sie, schon durch ihre bloße Existenz, der Gang unserer innerpolitischen Entwicklung beeinflußt worden ist. Heute hat das Zentrum einen Aufstieg zu verzeichnen, der im deutschen Parteileben ohne Beispiel ist. Es hat sich gegen alle Widerstände und Hemmungen von oben und unten durchgesetzt. Im Unterschied zu andern Parteien ist sein inneres Gefüge, seine Gedankenwelt durch die revolutionierenden Wirkungen des Krieges kaum berührt, geschweige denn erschüttert worden. Es wird eher innerlich gestärkt aus dem Krieg hervorgehen. Die parlamentarische Position des Zentrums ist während des Krieges noch gewachsen. Die geniale Politik der Herren Haase und Konsorten hat das Zentrum mehr denn je zum ausschlaggebenden Faktor gemacht. Es ist die stärkste Partei der Reichstagsmehrheit. Ohne das Zentrum ist diese undenkbar, und nur so viel, als es will, besteht sie und kann sie. Der Einfluß des Zentrums war schon vor dem Krieg groß. Er ist während des Krieges noch beträchtlich gewachsen. Es hat im gleichen Jahr, in dem die Protestanten das Gedächtnis der Reformation feierten, die vier Jahrzehnte lang vergeblich erstrebte Aufhebung des Jesuitengesetzes erreicht. Sachlich ändert das, wie die Dinge liegen, kaum etwas. Aber für das Zentrum ist es ein großer moralischer Triumph. Während des Krieges ist ihm nun aber auch das zuteil geworden, was ihm, solange es bestand, bisher versagt geblieben ist: die Teilnahme an der Macht im Staat. Seine Leute, und zwar nicht beliebige, sondern seine Führer sind in die Regierung berufen worden. Spahn als Justizminister und sein früherer Führer Hertling zum Reichskanzler. An der Spitze des Reiches ein Mann des Zentrums. Das zeigt deutlicher als irgend etwas die ungeheure Wandlung der Dinge in Deutschland während des Krieges. Aber auch den beispiellosen Aufstieg des Zentrums.

Diese Tatsache ist der beste Beweis dafür, daß auch unter den heutigen Verhältnissen, ohne daß ein einziger Paragraph der Verfassung geändert wurde, Kräfte von unten emporkommen und zur Macht gelangen können, sobald die Kraft und der Wille dazu da ist. Das trifft in jedem Fall auf das Zentrum zu. Ihm hat keine Gunst von oben den Weg geebnet. Jahrzehntelang gehörte es zu den „Reichsfeinden". Als die Vertretung der konfessionellen Minderheit hatte es das Mißtrauen und die Gegnerschaft der Mehrheit gegen sich. Trotzdem hat es sich seinen Platz erkämpft. Das war nur möglich dank einer ungeheuren Arbeit, einer unermüdlichen Kleinarbeit der Organisation, einer durch die verschiedenartigsten Fäden unausgesetzt unterhaltenen Berührung mit dem Volk. Auch für die politischen Parteien ist das Geheimnis des Er-

Digitized by Google

folgs Arbeit. Neben der Sozialdemokratie ist in keiner Partei mehr gearbeitet worden als im Zentrum. Darum ist sein Aufstieg verdient. Er kann jeder Partei, vor allem dem Liberalismus, nur zur Mahnung dienen und muß ihn beschämen.

Freilich, das Zentrum hat einen gewaltigen Vorteil voraus. Ihm steht die mächtigste Organisation der Welt, die katholische Kirche, zur Verfügung. Alle Versuche seinerseits, seinen konfessionellen Charakter zu bestreiten, können doch wirklich nicht ernst genommen werden. Ein einziger Blick auf die Konfessionskarte Deutschlands genügt, um zu zeigen, wo Zentrum gewählt wird. Die Politisierung der katholischen Kirche, die sich von der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunders an in steigendem Maß vollzogen hat, hat dem Zentrum die Voraussetzungen einer unübertrefflichen Organisation gegeben, die bis ins letzte Dorf reicht. Damit wird die Arbeit, die nötig war, um diese Organisation zu schaffen, zu beleben, zu unterhalten, auszubauen und immer mehr zu einem bis ins einzelnste funktionierenden gewaltigen Apparat zu gestalten, nicht herabgesetzt. Sie ist ungeheuer. Sie hätte aber trotzdem ihren staunenswerten Erfolg nicht erzielt, wenn nicht hinter der Partei die Kirche stünde mit ihrer Autorität, die Religion mit ihrer Macht über die Herzen, die Kraft einer religiösen Weltanschauung. Das sind die allerstärksten Mächte, die es gibt, und der grobe Fehler, der mit ihrer Verkennung, mit dem Irrtum, sie mit politischen Machtmitteln zwingen zu können, im Kulturkampf Bismarcks begangen worden ist, hat sie — ähnlich wie bei der Sozialdemokratie mit dem Sozialistengesetz — erst recht gestärkt.

Dabei ist bei aller Grundsätzlichkeit seiner Position und der Festigkeit, mit der es in ihr bleibt, doch bemerkenswert die große realpolitische Kunst, die die Politik des Zentrums auszeichnet. Sie macht ihm möglich, starke Gegensätze, Aristokraten und Demokraten, Unternehmer und Gewerkschaftsleute, Bauern und Großgrundbesitzer in sich zu vereinigen und einen Ausgleich der Interessen auf einer mittleren Linie zu finden, die allen etwas gibt. Trotz seiner grundsätzlichen Stellung zum modernen Staat, der aus einer ganz andern Welt stammt als es, hat es sich fest auf seinen Boden gestellt und handhabt seine Mittel, Parlament, Wahlrecht, Presse usw. mit einer vollendeten Technik und größtem Erfolg. Es hat positive Gesetzgebung und Regierungspolitik gemacht, aber sich doch stets unabhängig gehalten. Es hat, so konservativ es seinem innersten Wesen nach ist, als die Zeit es verlangte, jetzt die Mehrheit mit der Linken gemacht, ohne aber die Brücken nach rechts ganz abzubrechen. Niemand weiß genau, wie weit das Zentrum eigentlich mitgehen will. Wie es nun eigentlich z. B. zu der sogenannten Parlamentarisierung steht, wird schwer sein festzustellen. Es hat den größten Triumph erlebt, sein Mann sitzt auf dem Stuhl Bismarcks. Die Genugtuung darüber ist zweifellos groß, und mit Recht! Aber man wird nicht bemerkt haben, daß die Zentrumspresse selbst bei diesem nach der ganzen Vergangenheit der Partei einzigartigen außerordentlichen Ereignis die politische Selbstzucht vermissen ließ und in Jubel ausbrach. Man kann nur immer wieder die Klug-

Digitized by Google

heit bewundern, mit der diese Partei ihr Geschäft treibt und sich in Zucht hat. Es ist altererbte Kunst der römischen Kirche, die Tradition einer Weltmacht, die seit vielen Jahrhunderten in der Politik Meister ist.

Parallel mit dem Aufsteigen des Zentrums läuft aber zweifellos auch ein solches der Schichten, auf die es sich stützt. Noch ist der protestantische Konfessionsteil dem katholischen insgesamt an Wohlstand, an kulturellem Besitz, an Einfluß der führenden Schichten in Deutschland überlegen. Aber zweifellos sind die deutschen Katholiken, auf das Ganze gesehen, wirtschaftlich, sozial und geistig stark vorwärtsgekommen. Die Selbstvorwürfe über die „Inferiorität (Unterlegenheit) der deutschen Katholiken", die einst aus ihrem Lager laut wurden, sind längst verstummt. Im deutschen Katholizismus herrscht eine Tätigkeit und geistige Regsamkeit, über die man nur immer wieder staunen muß. Kein Wunder, wenn er im Verein mit seiner zielbewußten Geschlossenheit das Höchste erreicht. Wer die Statistiken über unsere höheren Schulen kennt, weiß, wie stark der katholische Prozentsatz an Schülern ständig zugenommen hat, vor allem bei den Gymnasien, also bei den Schulen, die immer noch zum großen Teil die führenden Berufe stellen. Eine außerordentliche Tätigkeit durch kirchlich geleitete Schülerpensionate und private Lehranstalten unterstützt diesen Zugang und organisiert ihn, aus den untern, unbemittelteren Schichten, insbesondere aus dem Landvolk. Daraus wachsen die kirchlich und politisch zuverlässigen Leute in die leitenden Stellen im Volk hinein. Schon heute ist das Aufsteigen der katholischen Schichten in die staatlichen Beamtenstellen im Verhältnis zu früher ein ganz außerordentliches. Und doch stehen wir erst am Anfang dieser Entwicklung, die ihre Erklärung in dem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg des katholischen Volksteils findet, der eben auch an der allgemeinen gewaltigen Entwicklung Deutschlands seit Gründung des Reichs teilgenommen hat. Er ist zurzeit der geschlossenste und stärkste Faktor auf dem innerpolitischen Schachbrett. Er ist sich heute seiner Kraft, seiner Bedeutung, seiner Macht bewußt geworden. Hier liegen die allgemeinen Grundlagen, auf denen das Zentrum seine so erfolgreiche politische Laufbahn vollziehen konnte.

Hier liegen aber auch die Kräfte, welche die innere Wandlung des Zentrums bewirkt haben, die ja nicht minder groß ist als sein äußerer Aufstieg. Schichten, die die wirtschaftlich und kulturell emporsteigen, können auf die Dauer nicht in unfruchtbarer Opposition, in Verneinung der positiven Staatsaufgaben gehalten werden. Sie werden reif für positive Betätigung. Sie wollen Anteil an der Macht, am Leben des Staates. Der Staat mit seinen zwingenden Notwendigkeiten, das nationale Leben weist seine Macht an ihnen und zieht sie in sein Leben und zur Mitarbeit an seinen Aufgaben hinein. Dieser Umschmelzungsprozeß hat sich am Zentrum vollzogen. Der Aufstieg des einst unter die Reichsfeinde geworfenen Zentrums bis zum höchsten Amt im Staat war doch nur dadurch möglich und wird, von der deutschen Mehrheit, wenn auch nicht mit Freuden begrüßt, so doch ertragen und verstanden — noch vor ein

Digitized by Google

paar Jahren wäre das einfach für undenkbar erachtet worden! — weil das Zentrum sich endgültig unter den deutschen Staatsgedanken gestellt und sich in das gemeinsame Leben der Nation eingeordnet hat. Der Krieg hat das endgültig entschieden. Er hat die volle nationale Zuverlässigkeit der deutschen Katholiken erhärtet. Es kann niemand mehr an ihr zweifeln. Das ist doch auch ein gewaltiger Triumph des Staatsgedankens. Er hat sich als die starke Macht erwiesen, die das Trennende der Konfessionen überwindet. Daß heute das Zentrum seinen vollen Anteil an der Regierung haben kann und sogar seinen Mann an der Spitze, ist ein Zeichen dafür, daß wir in Deutschland doch beginnen, die Politik nicht mehr aus ideologischen Gesichtspunkten zu machen, sondern praktisch, positiv, national. Was für ein gewaltiger Gewinn an innerer Geschlossenheit und Kraft der Nation für jetzt und für später! Und wie nötig werden wir ihn brauchen können!

Keine Partei wird in ihrer Position stärker und geschlossener aus dem Krieg hervorgehen als das Zentrum. Seine großen Erfolge werden das Selbstbewußtsein seiner Schichten mächtig stärken. Das wird für die nächste Zukunft nach dem Krieg sicherlich dem Zentrum auch parteimäßig zugute kommen. Es wird mehr denn je seine Leute hinter sich haben. Ob auf die Dauer, bleibt abzuwarten. Seine stärkste agitatorische Kraft hat es aus dem Gegensatz, aus dem Kampf, aus dem Minoritätscharakter des katholischen Volksteils geholt, aus dem Kampf mit einem Staat, der die Katholiken von der Macht ausschließe, zurücksetze, sie ihre Kirche in ihrer Freiheit beschränke. Wie es damit auch sein mag, jedenfalls hat es nicht gehindert, daß in derselben Zeit der deutsche Katholizismus und seine Kirche in Deutschland eine Position erringen konnten, wie in keinem Land der Welt. Nach dem Fall des Jesuitengesetzes, nach dem Eintreten des Zentrums in die Regierung, nach seiner Teilnahme an der Macht und seinem Aufstieg bis zur höchsten Stelle des Reichs wird man kaum mehr sagen können, daß der Katholizismus in Deutschland verfolgt, zurückgesetzt oder minderen Rechtes sei. Es soll auch nicht so sein, in keinem Punkt. Diese Entwicklung muß und wird sich zu Ende vollziehen. Sie wird zunächst das Zentrum vermutlich noch weiter stärken. Es wird in Positionen eintreten, die ihm bisher versagt waren. Aber im weitern Verlauf wird sie doch zur Folge haben, daß manche Volkskräfte, die bisher im Zentrum konfessionell gebunden waren, politisch aber eigentlich nach links gehören, frei werden und mit dem Nachlassen der konfessionellen Spannung eine rein politische Orientierung nehmen. Wer es, unbeschadet aller Verdienste, die das Zentrum politisch hat — und es hat solche, gerade auch jetzt — trotzdem nicht für ein Glück halten kann, daß wir in Deutschland eine große konfessionelle Partei mit einer beherrschenden Stellung im öffentlichen Leben haben, der wird eine solche Entwicklung begrüßen müssen. Die große Position, die das Zentrum jetzt hat entspricht dem Übergang vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat, in dem wir uns befinden. Noch ist die Linke parlamentarisch nicht stark und breit genug, um den letzteren zu tragen. Aber

Digitized by Google

sie wird es werden. Dann wird auch das grundsätzlich Gegensätzliche, das die Notwendigkeiten der Kriegszeit zurücktreten lassen, wieder herauskommen. Dann werden sich erst die Wege zwischen links und rechts scheiden. Der heutigen Übergangszeit wie auch der Natur des Zentrums, das Kräfte von beiden Seiten in sich vereinigt, und auch seiner parlamentarischen Stärke entspricht es, daß es jetzt führt. Das beweist: Auch das Zentrum weiß, daß der Weg in Deutschland jetzt endgültig nach links geht. Darnach hat es sich entschieden.

Das Ende des kolonialpolitischen Zeitalters

Von Karl Hoffmann

Wir betrachten diese Arbeit als Diskussionsartikel. Red.

Immer noch bewegt sich das Kriegsziel in den verschiedenen Gruppen unseres Volkes in den alten Vokabeln! Die einen wollen Machterweiterung im Westen und andere im Osten, manche wollen beides und ein Teil will gar nichts von beiden. Jedoch alle sind sich einig darin, daß die Wiederaufnahme unserer alten Kolonialpolitik sich von selber versteht. In einem schönen Schützenfestpathos nennt man das „Sicherung unserer Grenzen in Ost und West und Übersee", wobei sich ein jeder denkt, was er Lust hat. In dem unbeirrten Glauben an eine Selbstverständlichkeit liegt für den Willen ohne Frage ein Schwerpunkt. Die Wiederherstellung und Weitergestaltung unserer ehemaligen Kolonialmacht ist das einzige Ziel, um das sich die Stimmung des Volkes mit einem gewissen Einmut gruppiert, und dieses Ziel scheint ein Schwergewicht unserer politischen Entwicklung in sich zu sammeln. Rückt aber dieses von neuem hinaus in die Kolonialpolitik, dann läge zum wenigsten die Möglichkeit vor, daß unsere spätere Zukunft ganz und gar in jenem Zug zur Schöpfung überozeanisch angelegter, interkontinental gedachter und ausgeführter „Weltreiche" aufgehen könnte, von dem wir die europäischen Völker seit vier oder fünf Jahrhunderten mehr und mehr ergriffen sehen. Und es ist die Frage, ob es nun richtig sein würde, wenn wir unsere ganze Zukunft, über die der Ausgang dieses Krieges entscheidet, auf eine solche Entwicklungsrichtung hinlenken wollten.

In einem kürzlich erschienenen Buche, das ich schrieb[1], wird diese Frage verneint. Meine Arbeit geht von dem Gedanken aus, daß überhaupt jene ganze Periode der Geschichte Europas, die mit dem Zeitalter der Entdeckungsfahrten begann und von dort aus durch die allenthalben sich ausbreitende Neigung zur Bildung interozeanischer kolonialer Weltreiche gekennzeichnet wird, ihrem sichtbaren Ende sich nähert, weil ein anderer, ihr innerlich fremder Imperialismusgedanke sich ihr entgegenzustellen beginnt und weil außerdem — was materiell vielleicht das Entscheidende

[1] Karl Hoffmann, Das Ende des Kolonialpolitischen Zeitalters. (Grundzüge eines wirtschaftsorganischen Genossenschafts-Imperialismus.) Bei Friedr. Wilh. Grunow in Leipzig, 1917.

Digitized by Google

wäre — den ganzen Charakter ihres Wirtschaftsdaseins allmählich die inneren wirtschaftspolitischen Grundvoraussetzungen entfallen werden. Letzten Endes beruht der Sinn aller Kolonialwirtschaft auf einem Nutznießungsrecht, auf einem Vorrecht des nicht selbst produzierenden Nießbrauchs durch das „Mutterland". Der Anspruch auf dieses Vorrecht hängt innerlich mit einer Wirtschaftsgesinnung zusammen und wird von ihr getragen, die überhaupt und grundsätzlich den Vertrieb und die Vermittlung der Güter höher bewertet als ihre Erzeugung, d. h. für die sich das Schwergewicht der wirtschaftlichen Leistung aus der Produktion in den Handel verschob. Stets sind die Kolonialstaaten zugleich Handelsstaaten gewesen, die ihr Kolonialwesen als materielle Unterlage benutzten: die Kolonialländer haben zu produzieren, damit der Herrschaftsstaat ihnen die Güter entnimmt, um sie für sich und seinen gewinnsteigernden Vertrieb zu verwerten. Nun aber können wir bereits jetzt und gerade auch ganz besonders in dem Arbeitsleben unserer eigenen Nation[1] die ersten Anzeichen einer anderen Wirtschaftsepoche bemerken, in welcher der anerkannte und ausschlaggebende Wert der wirtschaftlichen Leistung aus dem internationalen Handel heraus und wieder in ihre ursprüngliche natürliche Grundlage, die Produktion, hinrücken wird.

Der neue Imperialismusgedanke ist dieser: Die Möglichkeit kolonialpolitischer „Weltpolitik", d. i. einer Weltgeltung durch das überozeanische und interkontinentale System bisherigen Stils, muß mit der Voraussetzung stehen und fallen, daß die Geschicke der anderen Erdteile sich nach wie vor in dem Schicksal und in den inneren Machtverhältnissen Europas verknüpfen und von ihnen abhängen. Wer es noch nicht wußte, daß dergleichen nun wirklich aufgehört hat, der möge sich etwas näher um den politischen Geist Ostasiens kümmern und noch einmal Wilsons „Botschaften" lesen. Die anderen Kontinente setzen dem Europäertum gegenüber ihre Selbstbehauptung und eine organisch bedingte Entwicklungskraft durch und wollen vor allem ihre eigentümlichen Kulturkreise, die alten und die neugeschaffenen, zu Machteinheiten gestalten. Selbst das gewaltigste europäische Kolonialreich, das gleichsam eine Vollendung und Selbstüberwindung der alten Geschichtsperiode bedeutet, das englische Reich, ist auf dem besten Wege, sich von innen heraus zu verwandeln, um der Machtausdruck einer weißen und vom echten Europäertum losgelösten Menschheitsgruppe zu sein. Aus solchen Resultaten der universalistischen Kolonialpolitik, der gruppenweisen Entstehung neuer weißer Volkseinheiten auf außereuropäischen Kontinenten, gehen die Keimkräfte zur neuen Imperiumsbildung hervor.

Daß diese neue Imperiumsbildung der kommenden Zeit sich mit jenem neuen Wirtschaftscharakter anfüllen und auf ihm aufbauen wird, erscheint mir als ein Entwicklungsgesetz. Die neuen Imperien werden nicht nur danach trachten, abgeformte

[1] Vergl. meinen Artikel „Die Schwerindustrie und der Reichtum an Bodenschätzen" in Nr. 455 der „Post", der als Vorabdruck aus dem genannten Buche erschien.

Digitized by Google

Kulturkreise zu sein, sondern die Kulturkreise werden aus sich, aus ihrer materiellen Gliederung und organisch bedingten Weiterentfaltung wirtschaftspolitische Machteinheiten darstellen wollen, deren Stärke in der Selbständigkeit der Produktionswirtschaft liegt. Und wendet man nun diese große entwicklungsgeschichtliche Wandlung auf unsere gegenwärtige Sorge um die Kriegsziele an, so entsteht am Ende die Frage, ob und wie wir aus dem Kriege ein Ergebnis zu sichern vermögen, das in der kommenden Weltlinie verläuft und dem neuen Imperialismusgedanken sowohl, wie dem künftigen Wirtschaftscharakter in gleicher Weise einigermaßen entspricht. Dieses Ergebnis erblicke ich in der Verwirklichung des Mitteleuropa- und Berlin-Bagdad-Gedankens. Er würde die machtpolitische Wiedergewinnung und Verselbständigung Innereuropas bedeuten und auf dem Wege des Ausgleichs, der Anpassung und wachsenden Intensität der inneren Entfaltung wenigstens in den wesentlichen Zügen eine produktionswirtschaftliche Einheit erzeugen. Und indem sie das tut, würde sie gleichzeitig diese macht- und wirtschaftspolitische Einheit in ihren inneren, gewissermaßen anatomischen Bau durch eine neue und der zwangweisen Beherrschung entgegengesetzte imperialistische Methode hervorrufen: durch die Methode des genossenschaftlichen Imperialismus, der auf gegenseitiger Haftung in einer Gemeinbürgschaft unter den Verbandsstaaten des Bundessystemes beruht.

In diesem Widerstreit zweier verschiedener Geschichtsperioden, einer vergehenden und einer kommenden, die in dem Gegensatz zwischen dem Mitteleuropa- und Berlin-Bagdad-Gedanken und der überseeischen Kolonialpolitik des bisherigen Stils in die Erscheinung treten, sitzt der Kern des Problems. Die Entscheidung über dieses Problem löst zugleich alle einzelnen Fragen, soweit diese gleichsam theoretisch gelöst werden können.

Ich sprach ein paarmal absichtlich von der Kolonialpolitik „des bisherigen Stils". Denn es handelt sich nicht darum, ein für allemal den Kolonialbesitz zu beseitigen und auf ihn zu verzichten. Nur käme es prinzipiell darauf an, eine solche Kolonialpolitik zu betreiben, wie sie durch den europäisch-vorderasiatischen Weltmachtgedanken in folgerichtiger Lebenserweiterung hervorgebracht wird und sozusagen durch ihn beglaubigt werden kann. In anbetracht der naturhaft gegebenen Zusammenhänge zwischen Vorderasien und dem inneren und mittleren Afrika — man hat oft mit dem Finger auf sie gewiesen — ist es vielleicht nicht schwer zu begreifen, daß die bekannte Idee eines mittelafrikanischen Kolonialreiches diese Kolonialpolitik sein könnte und wahrscheinlich sein müßte. Ein Kolonialfachmann, der kaiserliche Bezirkshauptmann a. D. Major Walter von St. Paul-Illaire, hob in einem längeren Aufsatz des „Deutschen Kuriers" (Nr. 312 und 316) diese praktische Übereinstimmung der Tendenz meiner Schrift mit heute vorwiegenden kolonialpolitischen Bestrebungen hervor, indem er etwa bemerkte, daß die vermeintliche aggressive Tendenz meines Buches schließlich nur auf bloßen Worten beruhe. In der Afrikapolitik sähe die andere, also

Digitized by Google

seine Partei eine koloniale Tätigkeit, ich aber nur eine erweiterte europäische Tätigkeit, und beides käme auf eins heraus. Dieser Ausdruck von der erweiterten europäischen Tätigkeit, der nicht von mir, sondern von dem Verfasser des genannten Aufsatzes stammt, ist meiner Ansicht nach so treffend und schlagend, daß ich mich beinahe ärgern könnte, ihn nicht selber gefunden zu haben. Herr von St. Paul-Illaire meint weiterhin, daß also die von mir aufgestellte Konfliktsfrage „Entweder — Oder" in Wahrheit nicht gelte, sondern durch die gemeinsame Forderung eines „Sowohl — Als auch" ersetzt werden müsse. Bei aller Selbständigkeit, die dieser Aufsatz der kolonialpolitischen Denkweise wahrt, behandelt er meine Auffassung mit einer eingehenden Sympathie, für die ich ihm danke, und trotzdem möchte ich doch lieber auf dem Entweder — Oder beharren. Darin hat mich der Artikel „An der Schwelle einer neudeutschen Kolonialpolitik" von Dr. Karstedt bestärkt, der jüngst in Nr. 50 der „Grenzboten" erschien. Mit einer gewissen feindseligen Höflichkeit rückt Dr. Karstedt eine nachdrückliche Ablehnung meiner Schrift in den Mittelpunkt der gegen alle „Kontinentalpolitik" gerichteten Front seiner Arbeit. Auch hier tritt es wieder zutage wie in der handgreiflichen Praxis der Kriegs- und Friedensbedingungen eine Verständigung zwischen beiden Seiten leicht möglich sein würde; aber nur um so mehr wird es deutlich, daß bloß eines von beiden die Hauptsache und die Grundrichtung darstellen kann. Denn es handelt sich um die entscheidende Frage, was Zweck und was Mittel sein soll.

Karstedt urteilt gewissermaßen als Kaufmann, der die Geschäftslage der nächsten Zeit überblickt, und sieht dabei auf den Plan Mitteleuropa und Berlin-Bagdad mit einer unverhohlenen Geringschätzung herab. Es mag immerhin einleuchtend sein, daß die wichtige Frage der Rohstoffbeschaffung für manche Industriezweige, die von der Ausfuhr leben, für die nächsten Jahre und vielleicht auch Jahrzehnte durch einen rein hierauf eingestellten und in seiner Art rücksichtslosen Erwerb an Kolonialbesitz am bequemsten gelöst werden kann. Aber die Frage geht nicht nur um ein paar Jahrzehnte, sondern um eine ursprüngliche Festlegung unserer ganzen politischen Zukunft, die wahrscheinlich für ein bis zwei Jahrhunderte gilt. Gerade diese ständige Abhängigkeit des Verstandes und der Gefühle von der sogenannten Weltwirtschaft des internationalen Handelsgeschäfts beweist es von neuem, daß hier die Unversöhnlichkeit zweier grundverschiedener politischer Denksphären waltet. Es sei ferne von mir zu bezweifeln, daß diese Leute die schwarz-weiß-rote Flagge durchaus auf wildfremden und den entlegensten exotischen Küsten flattern sehen möchten, sehr gute Deutsche sein mögen; aber sie fühlen sich als „Überseer" und haben ganz gewiß aufgehört, Europäer zu sein. Die strenge und unerbittliche Scheidung beider Grundrichtungen ist unbedingt nötig, soweit neuerdings anstelle der gleichsam planetarisch richtigen Weltreiche jene völlig andere Kraft der Imperiumsbildung sich durchsetzt, die Kraft einer Imperiumsbildung, die von innen her wächst und sich formt. Und wo

Digitized by Google

es sich um die inneren Lebensnotwendigkeiten einer Weltwende handelt, reden jene Leute, deren Liebe immer noch an dem planetarisch richtigen Weltreiche hängt, in einem fort von Baumwolle und Kraftfuttermitteln.

Am gefährlichsten für diese unausweichbare Zeitenwende und für unser künftiges Dasein in ihr wäre eine Erneuerung unserer Machtbestrebungen am pazifischen Ozean und in der Südsee. Denn diese pazifische Politik, deren Hoffnungslosigkeit in den ersten Monaten des Krieges sich offenbarte, müßte abermals Konfliktslagen für uns erzeugen, die ganz außerhalb der Wirkungssphäre des neuen Weltmachtgedankens sind, den der Krieg in die unverbogene Natur unseres Willens gesenkt hat. Es gilt, Klarheit zu schaffen. Durch die einseitige Schroffheit der Fragestellung sollte der Widerspruch der Südseemänner mit herausgefordert werden, weil er eben zu erwarten war, und er blieb auch nicht aus. Anfang Dezember hat die „Koloniale Korrespondenz" an die Presse einen Artikel verschickt, der unter den führenden Zeitungen, soweit ich es bemerken konnte, wenigstens mit einem Teil seines Umfangs im „Hamburgischen Korrespondenten" (Abendausgabe vom 3. 12. 17.) Aufnahme fand. Dieser Artikel hat einen gewissen symptomatischen Sinn. Soweit er sich mit meinem Buche sachlich beschäftigt, nörgelt er herum an dem Begriff der wirtschaftlichen „Autarkie" und übersieht es vollkommen, daß es nur auf eine Abstellung der Vorherrschaft merkantiler Gesichtspunkte und auf eine Sicherstellung der wichtigsten produktionswirtschaftlichen Grundlagen ankommt. Eine absolute Autarkie gibt es in Wirklichkeit nirgends; sogar die Union, die gegenwärtig von allen wirtschaftlichen Weltmachtgebilden das selbständigste ist, bleibt mit ihrem Kautschukbedarf auf die Einfuhr verwiesen und mit ihrer vollen landwirtschaftlichen Leistung vom deutschen Kali abhängig. Aber jene Einwendung betrifft auch gar nicht die eigentliche und tieferliegende Absicht. Die tieferliegende Absicht geht darauf hinaus, bei einer jeden Gelegenheit, die sich nur bietet, den ganz unschätzbaren Wert unserer Türkenpolitik mit der Bagdadlinie zu verdächtigen. Man will ihn nun einmal nicht zugeben, weil man ihn fürchtet. Die Tendenz des Artikels entschleiert sich in folgender Stelle: „Es ist bekannt, daß die Türkei danach strebt, nach dem Kriege wieder alle europäischen Völker zur wirtschaftlichen Betätigung in ihrem Lande zuzulassen. Wohl fördert sie bis zum gewissen Grade die kulturell und wirtschaftlich vorbildliche Arbeit der Deutschen in ihrem Reiche. Sie hat aber noch keinerlei Neigung gezeigt, sich mit uns zu einem erweiterten Mitteleuropa zu verbinden. Mit anerkennenswerter Offenheit geben die Türken zu, daß ihre asiatische, insbesondere die mesopotamische Bevölkerung noch jahrelanger Schulung bedürfte, um den Aufgaben moderner Wirtschaftspolitik gerecht zu werden." Hängen wir der Katze die Schelle um, so besagt dieser diplomatisch gewundene Abschnitt: man will die Türken gegen uns mißtrauisch und uns gegen die Türken gleichgültig machen, damit aus den mitteleuropäisch-vorderasiatischen Plänen nichts wird.

Digitized by Google

Und würden wir alle tropischen Schätze der Südsee gewinnen und unser Verbandsverhältnis zur Türkei einbüßen, dann wäre dieser Krieg für uns gänzlich verloren. Denn allein durch unseren Bund mit dem türkischen Reiche erhält der Mitteleuropagedanke seinen vollen Wirtschafts- und machtstrategischen Wert. Erst Vorderasien, an dem wir durch dieses Verbandsverhältnis mitinteressiert würden, gewährt die erforderliche Produktionsstärke der erweiterten und in ihrem Innern umgeschalteten Wirtschaft; und es ist beim besten Willen kaum zu verstehen, wie eine monomanische Leidenschaft für Palmenkerne und Kopra das nicht einsehen kann. Freilich scheint der Bund mit den Türken die Reinheit des Gedankens vom einheitlichen „Kulturkreise" etwas zu stören, aber er bereichert ihn gleichzeitig durch gegenseitigen Austausch an geistigen Gütern. Und er führt das neuerwachte Selbstbewußtsein unseres Europäertums wieder auf seine längst vergessene ursprüngliche Heimat zurück, auf die „Alte Welt" und ihre viel Jahrtausend alte Gemeinschaft. Der Ursprung und Anstoß der abendländischen Kultur kam aus der Antike. Die Produktivität des hellenischen Volkes war nicht rein autochthon; wir wissen jetzt, daß es die ersten Beispiele und Anregungen aus Vorderasien empfing. Von dieser vorderasiatischen Urkultur unseres Erdkreises ist die islamische Kultur bloß ebenso eine spätere Ausstrahlung, wie auch — nach mancherlei Umwegen — die abendländische Gesittung davon eine Ausstrahlung ist.

Erst durch die Türkei und Vorderasien bekommt der mitteleuropäische Vierbund den geographischen Zusammenhalt der alten Kontinente, das natürliche Zentrum der Alten Welt, in die Hand, und erst damit öffnet sich uns eine Aussicht auf die Sicherheit wahrhaft weltpolitischer Wirkungen. Nur ein Segment dieses Wirkungskreises würde dereinst unsere Afrikapolitik sein. Sie dürfte jedoch nicht nur nach dem jeweiligen Rohstoffbedarf orientiert werden, sondern nach ganz bestimmten strategischen und kulturpolitischen Plänen hätte sie sich zu richten. Daß dann allerdings das äußerste Ziel dieser innerlich umgestellten Kolonialpolitik letzten Endes auf eine Einbeziehung des gesamten afrikanischen Kontinents in die Sphäre innereuropäischer Macht mit ihrer Idee von der Alten Welt — im Gegensatze zur Neuen Welt und zur britisch-angelsächsischen Menschheit — hinausgehen und dieses Ziel bestenfalls in zwei Jahrhunderten durchgeführt werden könnte, dies darf uns nicht schrecken. Denn eine jede Nation, die ein weltmachtpolitisches Führervolk sein will, muß sich überhaupt eine Aufgabe stellen. Eine Aufgabe, die sein Schicksal und die Leistungen seiner Kraft für lange Geschlechterreihen bestimmt. Auch in den auswärtspolitischen Programmen der Engländer und des russischen Reiches lassen sich ganze zweihundert Jahre hindurch zäher Wille und Plan, Zielbewußtsein und Folgerichtigkeit wiedererkennen. Und haben wir nicht den Mut zu unserer Aufgabe und zu einem solchen Programm, so bleiben wir irgendein Volk, dem es vielleicht gut geht, doch wir werden nie zu einer großen Nation.

Digitized by Google

Deutschlands Schuld und Pflicht gegen das Auslanddeutschtum

Von O. Sperber, Berlin

Die Kriegsjahre haben uns auf Schritt und Tritt gelehrt, wieviele Werte für Deutschland und das deutsche Volkstum außerhalb Deutschlands Reichsgrenzen liegen, zum großen Teile noch verborgen und ihrer sach- und zweckmäßigen Nutzbarmachung harrend. Wenn nun auch der Krieg diese Tatsachen klar hat erkennen lassen, herrscht dennoch über die Wesensart und den tatsächlichen Wert des Auslandsdeutschtums in Deutschland noch immer recht verworrene Begriffe und Ansichten vor. Wie weit solche Begriffsverwirrungen gehen, konnte man Anfang 1917 aus den Reichstagsverhandlungen deutlich erkennen. Als im Reichstage die Frage des Auslandsdeutschtums besprochen wurde, durfte ein hoher Offizier nahezu widerspruchslos die Behauptung aufstellen: „Die Auslandsdeutschen seien nur Deutsche zweiter Güte, weil sie ausgewandert seien."

Allein dieser Vorgang beweist die politische Rückständigkeit unserer Reichsvertreter auf diesem Gebiete.

In Wirklichkeit wäre es in wirtschaftlicher, wie auch kultureller Beziehung für Deutschland nicht nur höchst wünschenswert, sondern sogar dringend notwendig, daß solche Ansichten und Auffassungen endlich als nicht stichhaltig gebrandmarkt werden und aus dem öffentlichen Leben verschwinden.

Es muß Gemeingut des deutschen Volkes werden, daß das Auslandsdeutschtum in der Welt, das ungefähr 30 Millionen Deutsche umfaßt, sich heute nur aus einer verschwindenden Minderheit abgewanderter Reichsdeutscher zusammensetzt, in der Hauptsache aber aus im Auslande längst bodenständigen Deutschen besteht. Rußland, Siebenbürgen, die Vereinigten Staaten, Brasilien, Chile nebst vielen anderen Ländern weisen deutsche Kolonien auf, die Generationen hindurch sich ihr Deutschtum erhalten haben. Dies ist um so anerkennenswerter, als Deutschland sich bisher um die Erhaltung und Förderung des Deutschtums in allen diesen Kolonien wenig und gar nicht bekümmert hat, wohl aber damit sehr zufrieden war, daß alle diese fortlaufend als die Pioniere deutscher Kultur, des deutschen Handels und Wandels in den fremden Ländern tätig waren. Niemals hätte der deutsche Außenhandel den Aufschwung nehmen können, wenn nicht das Auslandsdeutschtum bewußt und unbewußt diesem so außerordentlich als seine Pioniere hätte fördern helfen. Leider ist es aber auch eine feststehende Tatsache, daß durch die Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit Deutschlands selbst ein großer Prozentsatz der Auslandsdeutschen dem Deutschtume ganz verloren gegangen ist und anderen Völkern als Kulturdünger dienen mußten anstatt Kulturträger, Kulturförderer und Kultursucher dort zu werden.

Digitized by Google

Heute nun, wo Deutschland im Kampfe mit einer Welt von Feinden steht, abgeschnitten von allen Verbindungen mit dem Auslande, hat das Auslandsdeutschtum aber unendlich viele Beweise beigebracht, daß ihm deutsche Wesensart durchaus nicht so fremd geworden ist als hier in der alten Heimat vielfach angenommen wird. Noch viel größere und praktischere Dienste werden die Auslandsdeutschen aber Deutschland erst nach Kriegsbeendigung leisten können, wenn es gilt, das zerstörte deutsche Wirtschaftsleben wieder aufzubauen und den Außenhandel wieder aufleben zu lassen. Die Nutzbarmachung der Auslandsdeutschen in diesem Sinne allein wird es in vielen Fällen ermöglichen, zerrissene Handelsverbindungen wieder herstellen zu können. Die richtige Ausnutzung und Anwendung des Auslandsdeutschtums wird auch den angedrohten Wirtschaftskrieg unserer heutigen Feinde vielfach in Bahnen ablenken, daß die bösen Absichten dieser oft genug wirkungslos verpuffen werden.

Die Zukunftsaufgaben Deutschlands gegenüber dem Auslandsdeutschtume gehen aber noch viel weiter.

In erster Linie muß das Deutsche Reich dafür umfassende Vorsorge treffen, daß die kommenden Generationen des Auslandsdeutschtums in der Zukunft nicht nur dem Deutschtume erhalten bleiben, sondern diesen auch Gelegenheit geboten wird, in kulturell-politischer Hinsicht wirkliche Kulturpioniere desselben zu werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird man sich in Deutschland allerdings zu der Ansicht bekehren müssen, „daß man in der alten Heimat das Auslandsdeutschtum nicht nur vom rein politischen Standpunkte aus betrachtet und betrachtet wissen will, sondern es im Sinne der Auslandsdeutschen selbst lediglich vom rein wirtschaftlichen und kulturellen Standpunkte aus betrachten darf".

Hat man sich zu dieser Auffassung in den maßgebenden Kreisen Deutschlands erst einmal durchgerungen, dann wird auch die Erhaltung und Weiterverbreitung des Deutschtums im Auslande auf viel weniger Schwierigkeiten stoßen wie bisher. Ganz besonders ist es notwendig, daß den Auslandsschulen von der alten Heimat mehr Beachtung und Unterstützung gewährt wird und zwar nicht nur in rein materieller, sondern auch in geistiger Hinsicht. Sehr wünschenswert und angebracht würde es sein, wenn man dafür sorgen wollte, besondere, für das Auslandsdeutschtum zugeschnittene Bücher der deutschen Geschichte, Literatur usw. herzustellen. Das Auslandsdeutschtum bietet gerade auf diesem Gebiete ein unglaublich großes und dankbares Wirkungsfeld. Um die Wichtigkeit desselben zu verstehen, muß man sich klar machen, daß ein sehr bedeutender Teil der Auslandsdeutschen oder deren Vorfahren, sofern es sich bereits um die in der Fremde bodenständig gewordenen Deutschen handelt, aus den allereinfachsten Kreisen unserer Landbevölkerung stammen. Die Schul- und Allgemeinbildung dieser war zumeist sehr mangel- und lückenhaft, so daß sie die moderne Wesensart Deutschlands nicht kannten, geschweige gar dessen historische Ent-

Digitized by Google

wicklung und Daseinsberechtigung. Die mangel- und lückenhafte Schulbildung der nachgekommenen Generationen im Auslande konnte naturgemäß auf diesem Gebiete erst recht nicht ausgleichend wirken. Aus diesem sehr einfachen Grunde war besonders das bodenständig gewordene Auslandsdeutschtum auch gar nicht in der Lage, kulturell und aufklärend auf seine fremdsprachigen und andersrassigen Mitbewohner einzuwirken.

Zur Erhaltung und Verbreitung des Auslandsdeutschtums ist es aber auch notwendig, daß Schule und Kirche von der alten Heimat aus mehr beachtet und gepflegt werden. Vor allen Dingen sollte Deutschland in möglichst umfassender Weise für gut durchgebildete Lehrer sorgen, die an den Auslandsschulen ihre Tätigkeit ausüben.

Gleich wichtig wie die Schule ist aber auch die Kirche für die Erhaltung und Förderung des Deutschtums im Auslande. (Siehe unsern Artikel: Peters, „Die Triebkräfte des Deutschtums in Amerika".) Es hat sich hundertfach bestätigt, daß überall dort, wo eine straffe Kirchenorganisation bestand, das Deutschtum am besten gepflegt wurde. Deutschland sollte bei den kirchlichen Unterstützungen im Auslande das bisher zumeist verfolgte System fallen lassen, nach dem nur diejenigen Kirchengemeinden der Unterstützung für würdig erachtet wurden, die sich der preußischen Landeskirche anschlossen. Die katholischen Kirchen, wie auch die der verschiedenen Sektierer, wie Mennoniten u.a., gingen zumeist leer aus, obwohl diese ebenfalls nicht nur im Interesse der deutschen Kultur und Sprache tätig sind, sondern sehr häufig in der Pflege des Auslandsdeutschtums sich ganz hervorragend hervorgetan haben. Man sollte daher von Deutschland aus dafür umfassende Vorsorge treffen und allen den bisher so stiefmütterlich behandelten Gemeinden durch das Gegenteil beweisen, daß das heutige moderne Deutschland ein wirklicher Hort der Toloranz ist.

Gleichwichtig ist es, für die Verbreitung guter deutscher Musik unter den Auslandsdeutschen zu sorgen. Hierbei handelt es sich viel weniger darum, für Verbreitung unserer guten klassischen und modernen Musik zu sorgen, sondern vielmehr um die weitere Bekanntmachung guter deutscher Volksmusik und Volkslieder, wenn man deutsche Wesensart in den breiten Schichten der Auslandsbevölkerung bekannt machen will, um den deutschen Charakter dort richtiger einschätzen und beurteilen zu können. Hierbei sollte man sogar noch weiter gehen und einzelne typische deutsche Lieder in fremden Sprachen verbreiten. Wie angebracht dies wäre, dafür hat uns die heutige Kriegszeit vielfache Beweise erbracht. Das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" ist trotz seiner Harmlosigkeit von unseren Feinden zu einer sehr erfolgreichen Verhetzung gegen Deutschland weidlich ausgenutzt worden. In der ganzen Welt ist man daher auch heute davon überzeugt, daß das Lied alleine schon den Beweis in sich einschließe, Deutschland strebe nach der Weltherrschaft. Einzelne Auslandsdeutsche haben die Gefahr dieser feindlichen Verhetzung auch erkannt und nach

Digitized by Google

Möglichkeit für eine sinngemäße Übersetzung dieses Liedes in fremden Sprachen gesorgt. Mir selbst fiel zufällig eine solche in spanischer Sprache in die Hand, was in mir den Entschluß reifen ließ, für eine möglichst weite Verbreitung des Liedes durch Musikautomaten zur Aufklärung Sorge zu tragen. Leider fand ich hier in Deutschland dafür gar kein Verständnis, obwohl ein paar tausend Musikplatten viel mehr Aufklärung und Erfolg gehabt hätten als Tonnen von bedrucktem Papier, die zur Aufklärung hinausgesandt worden sind und dort nicht verstanden wurden.

Anschließend an die Verbreitung guter deutscher Musik muß auch des Theaters gedacht werden. Auch auf diesem Gebiete läßt sich im Auslande für die Verbreitung deutscher Kultur und deutschen Geistes noch ungemein viel tun. Hin und wider sind ja schon in dieser Hinsicht einzelne Vorstöße gemacht worden, doch fehlten diesen zumeist noch immer die wirksame Kraft, um durchzudringen, da sie von der alten Heimat aus nicht genügend unterstützt waren. Wirkliche Künstler und erfahrene Fachleute müssen zur glücklichen Durchführung solcher Pläne herangezogen werden, denen es mit ihrer Kunst und ihrem Berufe wirklich Ernst ist. Durch Halbheiten und Stümpereien wird mehr verdorben als genützt.

Aber auch damit ist noch lange nicht genügend getan, um das Auslandsdeutschtum in der Zukunft zu der wirksamen Kraft umzugestalten, wie sie Deutschland besonders nach dem Kriege so notwendig gebrauchen kann und wird. Aus diesem Grunde muß auch der deutschen Auslandspresse von der alten Heimat aus mehr Beachtung gewidmet werden.

Gerade der Krieg hat Deutschland den Beweis erbracht, daß die deutsche Auslandspresse vollkommen machtlos war, und ihr keinerlei Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung standen, um sich auf die eine oder die andere Weise Einfluß und Respekt zu verschaffen. Selbst die auch in Deutschland gut bekannten großen deutschen Zeitungen in den Vereinigten Staaten, deren Einfluß ausnahmlos bisher weit überschätzt wurde, haben gegen den Lügenfeldzug der amerikanischen Presse vollständig versagt. Wäre die deutsche Auslandspresse früher schon von der Heimat aus besser unterstützt worden, dann hätte ihr nicht nur mehr Kapital zur Verfügung gestanden, sondern auch die nötigen technischen Hilfsmittel, sowie die Achtung und der Einfluß, die zur Durführung eines solchen Kampfes unbedingt notwendig sind. Millionen wären dadurch gespart worden, die Deutschland im Interesse der Aufklärung jetzt während des Kriegs hat ausgeben müssen.

Wahre Idealisten findet man als Leiter deutscher Zeitungen im Auslande, wo man solche in der alten Heimat wahrscheinlich selbst vergeblich suchen würde. Unter ganz unglaublichen Mühen und Entbehrungen suchen diese das Deutschtum hochzuhalten, deutsche Kultur zu verbreiten und dem deutschen Wesen Ansehen und Respekt zu verschaffen. Wenn ihnen dies bisher nicht in dem Maße gelungen ist, wie es nötig erscheint und ihnen selbst vor Augen schwebt, so trifft die Leiter der Zeitungen zumeist

Digitized by Google

viel weniger die Schuld daran wie die unglaubliche Gleichgültigkeit der maßgebenden Kreise hüben wie drüben, die berufen gewesen wären, an dem Auf- und Ausbau dieser Bestrebungen mitzuhelfen. Man sollte sich vor allen auch in der alten Heimat die Anzeigen in den deutschen Auslandszeitungen vielmehr angelegen sein lassen. Das dürfte sowohl im Interesse der Kräftigung der Auslandspresse, als auch der Inserenten liegen, die hierdurch ihre Absatzmöglichkeiten erweitern könnten.

Die deutsche Auslandspresse hingegen sollte es sich angelegen sein lassen, von ihrer Heimat regelmäßig wahrheitsgetreue Spiegelbilder aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu bringen, die den großen Zeitungen in Deutschland als brauchbare und zuverlässige Unterlagen für publizistische Arbeiten dienen können. Heute legen die Mehrzahl der deutschen Auslandszeitungen viel zu viel Wert auf Lokalklatsch, während die Vorgänge wirtschaftlicher, politischer und kultureller Natur zumeist kaum gestreift werden. Die erwähnten Spiegelbilder würden aber auch zugleich eine sehr wichtige Aufklärungsarbeit in Deutschland selbst über fremde Länder leisten, wodurch manch bedauerliches Mißverständnis hüben wie drüben im Interesse des Deutschtums und der deutschen Kultur sich in Zukunft vermeiden lassen würde.

Nun muß auch noch der deutschen Vereine im Auslande gedacht werden. Wir Deutsche sind ja zu Hause wie auch im Auslande als Vereinsmeier bekannt. Leider decken sich die vielfach recht hochtrabenden und vielversprechenden Namen dieser nicht mit ihren tatsächlichen Leistungen. Es ist eine feststehende Tatsache, daß in vielen Vereinen der Auslandsdeutschen deutsches Wesen ganz oder teilweise verschwunden ist, obwohl gerade sie die Berufensten wären, Erhaltung und Verbreitung des Deutschtums zu fördern. Der Gründe, die solche bedauerlichen Tatsachen herbeigeführt haben, gibt es gar viele, aber einer der hauptsächlichsten ist und bleibt dennoch, daß sich die amtlichen Vertreter des Deutschen Reiches im Auslande der Förderung des geselligen Lebens der Auslandsdeutschen nicht so angenommen haben, wie dies ihre englischen, französischen, amerikanischen Kollegen selbst taten und noch tun. Würden die deutschen Diplomaten, Konsulen und sonstigen amtlichen Personen im Auslande sich öfters einmal der Mühe unterziehen, und wäre es auch nur auf ein halbes Stündchen, die Versammlungen der deutschen Vereine zu besuchen, die deutsche Sprache und deutsche Sitten und Gewohnheiten würden in vielen Vereinen auch heute noch mehr gepflegt und gehegt werden. Leider aber fanden diese amtlichen Vertreter des Deutschen Reiches zumeist nur ihren Weg nach den Elitevereinen und mieden förmlich jene, von denen sie wußten, daß die Mehrzahl ihrer Mitglieder wohl ihrer Abstammung nach Deutsche, politisch jedoch Bürger ihres neuen Heimatlandes sind.

Solche Unterschiede zu machen sollten in Zukunft streng vermieden werden, da sie eine sich fortlaufend vergrößernde Gefahr für das Fortbestehen und die Ausbreitung des Deutschtums in sich einschließen. Hier kann man sich wirklich einmal die Fran-

Digitized by Google

zosen, Engländer, Amerikaner u. a. m. zum Vorbilde nehmen, die überall erscheinen, wo Geselligkeit, Erhaltung und Verbreitung ihrer völkischen Eigenart gepflegt wird. Was tut nicht allein die „Alliance Francaise“ im Auslande zur Erhaltung und Verbreitung der französischen Sprache und wie erfolgreich ist sie damit bisher gewesen. Mehr als jede andere Vereinigung im Auslande ist sie besonders bestrebt, durch Vorträge bekannter Landsleute, sowie durch die Anwesenheit ihrer Diplomaten auf das Publikum anziehend einzuwirken. Die deutschen Diplomaten und sonstigen amtlichen Persönlichkeiten im Auslande glänzen zumeist bei den Durchschnittsveranstaltungen der deutschen Vereine durch Abwesenheit. Durch derartige Zurückhaltungen genießen daher die deutschen Auslandsvereine auch durchweg nicht das Ansehen und die Bedeutung bei den Landesbewohnern, wie es im Interesse des Deutschtums wünschenswert und der Fall sein würde, wenn die amtlichen Vertreter des Deutschen Reiches durch ihr öfteres Erscheinen ihnen selbst mehr Bedeutung und Geltung verschaffen wollten.

Notizen

Die Anerkennung der Ukraine. Als zu Beginn des Krieges von unserer Zeitschrift auf die Bedeutung der ukrainischen Frage für die Entscheidung im Osten aufmerksam gemacht wurde, fand dieser Hinweis bei Regierung und Öffentlichkeit allgemeine Ablehnung. Diese Stellungnahme änderte sich erst, als die Revolution die Ukraine in den Brennpunkt der russischen Geschehnisse stellte. Heute kann auch der größte Skeptiker nicht mehr an der Existenz dieses Volkes zweifeln, das drauf und dran ist, sich wieder nach jahrhundertlanger Knechtschaft einen eigenen Staat zu zimmern. Sitzen doch neben den maximalistischen Vertretern auch ukrainische Unterhändler am Konferenztisch in Brest-Litowsk, die sowohl vom Vierbunde, als auch von den Maximalisten in Petersburg als gleichberechtigte Unterhändler anerkannt sind. Damit ist der ukrainische Staat nach dem von Kühlmann zitierten Urteil des amerikanischen Staats-Gerichtshofes international ins Leben getreten. Für Deuschland ist dadurch die nicht unebene Lage entstanden, die Verhandlungen an zwei Enden anpacken zu können. Je mehr sich Trotzki in uferlose Reden über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Notwendigkeit der vorherigen Räumung der besetzten Gebiete verliert, scheint sich der Schwerpunkt der praktischen Verhandlungen auf die Besprechungen mit der Ukraine zu verschieben. Das dürfte nicht nur nicht ein Nachteil sein, sondern eher sogar ein Vorteil, weil immer sichtbarer wird, daß die maximalistische Herrschaft nur eine vorübergehende Erscheinuug ist, während die ukrainische Regierung, die sich auf alle Schichten der Bevölkerung stützt, von Tag zu Tag an innerer Festigkeit zunimmt. Ist doch der Versuch, Lenins und Trotzkis, in der Ukraine eine maximalistische Gegenrada zu schaffen, völlig gescheitert, so daß sich die Petersburger Machthaber schließlich gezwungen sahen, die von der Rada gesandten ukrainischen Vertreter in Brest-Litowsk anzuerkennen. Die Schwierigkeiten der deutsch-ukrainischen Verhandlungen liegen aber bei Österreich-Ungarn, da bei den Ukrainern starkes Mißtrauen gegen die Donaumonarchie herrscht. Hegt man doch dort die Befürchtung, daß die Habsburger Monarchie gar zu ausschließlich polnisch orientiert sei. Bei dem starken historisch erklärlichen ukrainisch-polnischen Gegensatze muß es daher unsere Aufgabe sein, die ukrainisch-österreichische Spannung zu beseitigen, die bekanntlich wegen der Frage der Zukunftstellung Ostgaliziens im Bestande der Donaumonarchie entstanden ist. Ohne diesen Stein des Anstoßes zu beseitigen, wird es schwer halten, zu einem glatten Er-

Digitized by Google

gebnis bei den Verhandlungen mit den Ukrainern zu gelangen. Bei der Wichtigkeit der ukrainischen Frage für die Ausgestaltung des Ostens — handelt es sich letzten Endes doch darum, wohin in der Zukunft die 30 Millionen Ukrainer zu buchen sein werden — ist zu hoffen, daß unsere Vertreter unter allen Umständen die ukrainische Ernte in die Friedensscheuern bringen werden, sollte auch Herr Trotzki noch einmal Lust verspüren, den Konferenztisch zu verlassen.

A. S.

Französische Warnungen vor Annexionen in der Türkei. In der fünften Senatskommission äußerte sich (nach „Journal officiell" vom 31. 12.) der Abgeordnete Aubry wie folgt: An sich würden wir mit unseren demokratischen Ideen die Gründung eines großen arabischen unabhängigen Reiches mit Freuden begrüßen, wir fürchten aber den mohammedanischen Fanatismus, der die wunderbaren Werke Englands und Frankreichs in Indien, Ägypten und an der ganzen nordafrikanischen Küste bedrohen kann. Zurzeit darf man an die Lösung dieser schwierigen Fragen noch nicht gehen, aber einige Einwände kann man doch schon erheben. Zunächst würde man in den lange unterdrückten Ländern nicht die geeigneten Leute für die Organisation des neuen Reiches finden, und die im Auslande befindlichen Landesangehörigen dürften kaum mit der Aussicht auf eine unsichere Zukunft in die Heimat zurückkehren wollen. Jegliches wirtschaftliche Arbeitsfeld würde uns bei der Anarchie, die entstehen würde, verloren gehen. Daneben haben aber auch England und Frankreich auf alle Bewegungen in der islamitischen Welt wegen der Rückwirkung auf ihre Kolonien zu achten.

Daher muß, wie schon aus diesen Gründen hervorgeht, zunächst abgewartet werden: die Erklärung der Unabhängigkeit Syriens und Palästinas wäre ebenso nutzlos und gefährlich wie die alsbaldige Festsetzung von Einflußsphären und Annexionen durch Geheimverträge. Die Entscheidung muß nach Gerechtigkeit, Billigkeit, Recht der Völker und im Interesse des Weltfriedens geschehen. Sicher aber ist, daß der Zionismus einen unmöglichen Zweck verfolgt: denn eine jüdische Herrschaft in Palästina wäre für die anderen Volkselemente unerträglich.

Alte Diplomatie gegen Nationalitätenprinzip. „New Europe" vom 13. Dezember 1917 nennt den Lansdowneschen Brief: „einen Versuch, das dynastische Prinzip und seine Magd, die alte Diplomatie, vor dem drohenden Angriff der Demokratie und des Nationalitätenprinzips zu retten." Das ist karrikiert, in der Tat aber ist der Lansdownesche Brief ein Versuch in letzter Stunde zur Rettung der europäischen Kultur. Wird dieser Krieg bis zum Weißbluten ausgekämpft, so bedeutet das den Bankrott der Staatskunst, und dies bringt revolutionäre Zuckungen in allen Ländern. Deutschland wird am wenigsten betroffen werden, aber verschont bleiben wird es nicht, wenn wir nicht nur im Osten, sondern auch im Westen von der Nachbarschaft der „unordentlichen Demokratie" betroffen sind. Lord Lansdowne hat Führergedanken; solche gibt es in Deutschland auch. Wo aber ist die Führerkraft, nach der sich heute alle Menschen mit europäischem Gewissen, und es gibt deren Millionen, sehnen?

Headlam über die deutschen Liberalen. Man liest nicht ohne Beschämung die Worte, die der englische Historiker Headlam in „New Europe" vom 15. Dezember 1917 zur Charakterisierung der deutschen Liberalen findet:

„Wir kennen von alters her diese deutschen Liberalen — gelehrt, doktrinär, behaglich, gern argumentierend, die ein Jahrhundert lang geredet, geplant, geschrieben und diskutiert haben, aber das, woran es ihnen beständig gefehlt hat, das ist das Handeln. Wir sehen Ideen, Velleitäten, Absichten, aber weder Willen, noch Entschlossenheit. Ihre eigenen Organe haben wiederholt darauf hingewiesen. Die Energie der Propaganda, die Initiative im Handeln findet sich nicht bei ihnen, sondern bei ihren Gegnern."

England und der Friede. Über die innere Lage Englands schreibt der Londoner Pazifist

Digitized by Google

William Georg Kerridje in dem Blatt „Die Versöhnung“ bemerkenswerte Worte: In England hat sich bisher, außer den ausgesprochenen Pazifisten und dem linken Flügel der Sozialisten, niemand, weder Volk noch Regierung, wenn man unterscheiden darf, mit der Idee eines „Verständigungsfriedens“ versöhnt. Einen solchen Frieden nennt man in England einen „deutschen“ Frieden. Käme er zustande, so würden die Deutschen gesiegt haben — so meinen die Engländer. Angesichts dieser Grundverschiedenheit zwischen den englischen und den deutschen Friedensstimmungen scheint kein Ausweg möglich. England scheut sich überhaupt, jetzt auf Friedensverhandlungen einzugehen, denn die militärische Lage der Entente ist im Augenblick zu ungünstig. Soll also die Unbereitwilligkeit Englands nicht viel eher als die Bereitwilligkeit Deutschlands den wirklichen Beweis von Schwäche erbringen? Das kaum; denn die Engländer glauben immer, sie seien an potentieller Kraft den Deutschen überlegen. Augenblicklich ist die Entente zu schwach, einen Frieden vorzuschlagen, der ihr genügt, aber nicht so schwach, daß sie auf einen deutschen Verständigungsfriedens einzugehen brauchte.

Neuerscheinungen

Kriegsliteratur

Die Kriegsliteratur ist trotz Papiernot und der Klagen der Verleger, das das allgemeine Interesse daran erloschen sei, noch immer im Schwange. Nur die Bücher der Daheimgebliebenen über den Krieg sind seltener geworden. Und das ist kein Schade, zumal dafür die Bücher der Mitkämpfer zahlreicher geworden sind. Die beschäftigen sich nicht oft mit dem Kriegführen selbst. Meist dringen nur Äußerungen des Menschlichkeit, der geistigen Arbeit oder der Sehnsucht nach geistiger Tätigkeit, Versuche geistiger Zerstreuung in die Heimat. Die „Seele des Soldaten im Felde“ wird daraus lebendiger als aus allen den Studien, die nach Erich Everths ausgezeichnetem Versuch ein Bild von der inneren Haltung der Frontsoldaten zu geben suchen (wie aus der letzten, äußerlichen Kopie der Everthschen Skizze durch Leutnant Ph. Stein „Der Soldat im Stellungskampf“ Verlag Eisenschmidt, Berlin).

Von einem dichterisch begabten, jungen empfänglichen Menschen gesehene Bilder aus dem Krieg werden aus dem Nachlaß eines Gefallenen unter dem Titel „Morituri“ von der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart, veröffentlicht. Die Gedichte des im Kriege schnell bekannt gewordenen Arbeiterdichters Heinrich Lersch werden (zusammen mit einigen anderen Flugheften) als schön ausgestattete Flugblätter rheinischer Dichtung im Salm-Verlag zu Köln herausgegeben. Die Kriegszeitungen treten auch hier oft anregend oder als Herausgeber auf. Der Kriegszeitung für das Marinekorps an Flanderns Küste danken wir einen „Flandern-Almanach auf das Jahr 1917“, der eine Auswahl von Gedichten und Aufsätzen aus der Kriegszeitung bringt und durch Zeichnungen und Reproduktionen, vor allem durch flandrische Städteansichten verschönt ist. Der Verlag der Liller Kriegszeitung gibt eine neue Sommerlese (der Auslese fünfter Band) durch Hauptmann Paul O. Hoecker heraus, ebenso ein drittes lustiges Büchel. Geschichtliche und Gegenwartsbilder aus dem eroberten Kurland sind im zweiten Band der Sammlung „Kurland in der Vergangenheit und Gegenwart“ unter dem Titel: „Aus dem eroberten Kurland“ gesammelt. (F. Würtz, Berlin Steglitz.) Gegen die französischen Vorwürfe, daß Deutschland die antiquarisch und künstlerisch wertvollen Bestände französischen Bodens mißachte, zeugt der Katalog, den im Auftrag eines Armee-Oberkommandos der Leutnant Frhr. v. Hadeln bei Julius Wolf, Stuttgart, herausgegeben hat. Auch für den, der nicht das Museum sehen kann, ergibt sich daraus ein geschlossenes Bild des Museums „Au pauvre diable“ zu Maubeuge, in das die aus St. Quentin und Umgebung geretteten Kunstwerke gebracht worden sind. Französische Meister des 18. Jahrhunderts, insbesondere La Tour, französisches Mobiliar und Kunsthandwerk sind gesammelt und, wie einige Bilder aus dem Museum zeigen, mit rückhaltloser Liebe aufgestellt und gewürdigt. „Flandrische Erde“ (M. 3.—, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart), ein Band Erinnerungen an die Kämpfe, die Städte und Landschaft Flanderns läßt die einfachen Soldaten zu Wort kommen, die dabei gewesen sind und davon erzählen können. Mit dem Regiment Hamburg führt das Kriegstagebuch von Otto Ahrends (einem scharfen Beobachter und anschaulichen Schilderer) nach Frankreich hinein. (Ernst Reinhardt, München 1917.) Die Feldzugsberichte der Zeitgenossen erwecken für die Tagebücher und Zeugnisse von Teilnehmern an früheren Kriegen neues Interesse. So werden nicht nur als Beiträge zur Kriegs- und Kulturgeschichte der Rheinbundzeit, sondern auch als Niederschlag des Kriegserlebens die „Kriegserlebnisse nassauischer Soldaten in den Jahren 1806—14“ (H. Stadt, Wiesbaden) Leser finden. Bilderbücher aus dem Kriegs-

Digitized by Google

gebieten erscheinen bei G. Stalling, Oldenburg. Das VII., IX., X. Armeekorps und des XXV. Reservekorps sind bis jetzt vertreten. „Durch Siebenbürgen und Rumänien" führen Schilderungen und Bilder, Zeichnungen und Photographen von Albert Reich (Lucas-Verlag, München). Reich ist mit dabei gewesen, hat vor allem für das deutsche Siebenbürgen Interesse gehabt und sich dann auch in die rumänische Landschaft gut eingesehen. Der Maler Ernst Liebermann gibt sechs Studien von der Front im Stiftungsverlag, Potsdam, heraus. M. 1.20.

Den geistigen Neigungen der Kämpfer im Felde passen sich jetzt auch die Gaben der Heimat ins Feld an, so das Buch von Karl Foerster „Vom Blütengarten der Zukunft". (Furche Verlag, Berlin.) Aus der neuzeitlichen Gartenentwicklung werden farbige und viel einfarbige Bilder aus Gärten und Bilder mit wundervollen Blumen vorgelegt. „Die Menschen in den Lazaretten und Gefangenlagern, denen dieses Buch zugeeignet ist," so schreibt der Herausgeber, „werden nicht lächeln über seinen allzu friedlichen, allzu beschaulichen Inhalt, sondern sie werden daran denken, daß sie nach der Rückkehr aus diesem letzten europäischen Kriege die feierliche Tiefe und seelische Nährkraft stiller, weltweiter Freuden andächtiger erleben werden, als es jemals auf Erden geschehen ist." Diese Worte sind schön wie der Inhalt des Heftes.

Einen Einblick in die religiöse Welt gewähren einige Bücher von Theologen aus dem Felde und der Heimat. Über den Feldgottesdienst stellt der Frontoffizier Paul Gerhard Lehmann Betrachtungen an. (Vandenhoek & Ruprecht, Göttingen.) Die Schrift ist ein Niederschlag persönlicher Erfahrungen, die unter dem Gesichtspunkt gesehen sind: „Die Gemeinde des Feldgottesdienstes ist spröde, kritisch und stumm, sie ist nicht für viele Worte empfänglich und macht selbst nicht viel Worte über ihre Frömmigkeit. Aber es ist eine Gemeinde mit starken persönlicher Erlebnissen und gewohnt, daß große Leistungen von ihr verlangt werden. Darum ist sie empfänglich für eine große Wahrheit, auch wenn sie starke Anforderungen in sich schließt." Drei katholische Geistliche haben sich unter der Führung des Bischofs von Speyer, Dr. Michael von Faulhaber, zusammengetan, um ihre Feldpredigten, sachlich geordnet, zu einem Buche zu vereinigen. („Das Schwert des Geistes", Herder, Freiburg.) Der Herausgeber bezeichnet selbst die gemeinsamen Grundlinien dieser Andachten: „Sie wollen die Seelen stark machen für die militärischen Aufgaben, dabei aber das Hauptziel ihrer Seelsorge, das ewige Heil der Seele, klar und sicher im Auge behalten. Sie wollen nur in dem Sinne kanzelfertig sein, daß sie zum Nachdenken und Weiterdenken anregen und namentlich durch die Anknüpfung an die jeweiligen Erlebnisse und Seelenstimmungen der Kameraden ergänzt werden." Über die Tätigkeit einer Pfarrgemeinde im Krieg, ihre Fürsorge für die Heimat und für die Leute im Felde schildert Ina Maria Jünemann („Unsere Pfarrgemeinden und der Krieg", Volksvereins-Verlag, M.-Gladbach, M. 1.—). Über die Möglichkeiten und Früchte ihrer Tätigkeit in der Zukunft und ihre guten Hoffnungen spricht die Schrift von L. Weichert „Der Weltkrieg der Mission" (Bertelsmann, Gütersloh M. 1.—).

Auch die Literatur der Heimat ist nicht mehr so kriegerisch in ihren Äußerungen wie seither. Sie wäre es noch weniger ohne die Kriegsberichterstatter: Karl Rosner, der unter dem Titel „Vor der Siegfriedstellung" Bilder aus den Frühjahrskämpfen 1917 vereinigt (Aug. Scherl, Berlin) und Sven Hedin, der, was er in Bagdad, Babylon, Ninivé, vor Kut-el-Amara und am Euphrat gesehen hat, in einer vorläufigen Skizze zusammengefaßt. (F. A. Brockhaus, Leipzig, M. 1.—.) Mit dem Namen Hindenburgs deckt sich eine Sammlung von Kriegssinnsprüchen von Hans von Esenbeck (mit Bildnissen von sechzehn „deutschen Männern". Lehmanns Verlag, München.) Unter dem Schutze der Autorität Hindenburgs wagt Karl Leyst eine Zusammenstellung Napoleon mit Hindenburg („Napoleon oder Hindenburg", Braunbeck, Berlin, M. 2.—), in der (naturgemäß für einen Panegyriker) Napoleon den Kürzeren zieht. „Nur mit Majoritäten und Kraftvergeudung hat er seine Erfolge erzielt, durch lügenhafte Reklame vergrößert." „Der überragende Genius des deutschen Helden stellt den französischen Eroberer tief in den Schatten." „Im Vergleich zu Tannenberg ist Austerlitz heute nichts mehr als ein anständiger Pappenstiel." Durch den Titel „Hindenburg als Generalstabschef" sucht eine kleine Anekdoten- und Nachrichtensammlung von Ernst Walter sich Beachtung zu sichern. (Verlag A. Mehlhorn, Charlottenburg, M. 1.—.)

Getrost sehen lassen kann sich dagegen die Arbeit der Heimat nur da, wo sie sich um gründliche Feststellungen und Bearbeitungen der Tatsachen bemüht. So wird die E. von Seydlitzsche Geographie, dessen klassisch gewordenes Handbuch in 26. von E. Oehlmann besorgter Bearbeitung vorliegt, für den Krieg durch einen kleinen Anhang „Kriegsgeographie" glücklich ergänzt, der, von den Herausgebern des Handbuches verfaßt, die geographischen Grundlagen für das Verständnis der Kriegsschauplätze und der politischen und wirtschaftspolitischen Zusammenhange gibt. (Verlag Ferd. Hirt, Breslau.) Eine chronologische Übersicht über die Taten der Flotte im dritten Kriegsjahre gibt Dr. S. Toeche Mittler „Das dritte Jahr im Kampf zur See" (E. S. Mittler, Berlin.) Eine Statistik über den

Digitized by Google

U-Bootkrieg enthält „U-Boot, Englands Tod!“ von Leonh. Steinwäger (J. F. Lehmann, München.) Oberst Egli gibt seine Eindrücke zur Reise an die Isonzofront im März und April 1917, die zuerst in den „Basler Nachrichten“ erschienen, in einem besonderen Heft heraus. (Verlag Schultheß, Zürich, M. 1.50.) Egli begründet die Herausgabe damit, daß der Ausgang der zehnten Isonzoschlacht seinem Urteil „über die Stärke der Verteidigung dieser seit mehr als zwei Jahren von den Italienern immer wieder mit großer Kraft und Ausdauer angegriffenen Front des österreichischen Heeres recht gegeben hat.“ Dr. Paul Michaelis hat eine Reihe schöner anschaulicher Stimmungsbilder über Kurland und Litauen unter dem Titel „Kurland und Litauen in deutscher Hand“ herausgebracht. (Fritz Würtz, Berlin-Steglitz.) Das Leben der Heere, die Wirkung der aufbauenden Tätigkeit der Deutschen werden aus den Schilderungen lebendig, Wesen und Kultur, politische und wirtschaftliche Voraussetzungen des Landes, Blicke in die Vergangenheit und Forderungen an die Zukunft stehen klar nebeneinander gegliedert. Volkstümliche Schriften über das Flugwesen erscheinen in Velhagen & Klasings Volksbüchern. Ein Heft behandelt das deutsche Kriegsflugwesen in seiner Entwicklung und in seiner Tätigkeit; ein anderes die deutschen Heldenflieger, die man in Bild und Wort beisammen hat (M. 1.60 und —.80.) Die Arbeit der „Frau in der Kriegsbeschädigtenfürsorge“ würdigt Freifrau v. Bissing unter den Grundsatz: „Je menschlicher und natürlicher wir uns die Frauenmitarbeit an der Kriegsbeschädigtenfürsorge denken, je weniger wir einen großen Apparat, eine selbständige Sache daraus machen wollen, sondern lediglich alles ausnutzen, was vorhanden ist, und ausbilden, was ausbildungsfähig ist, desto besser wird unsere Arbeit wirken, weil sie eben die Betätigung einer Persönlichkeit an anderen Persönlichkeiten darstellt und aus dem Einfluß der einzelnen Persönlichkeiten die Fortdauer gewährleistet wird.“ (Verlag Leopold Voß, Leipzig.) Aus den volks- und kriegswirtschaftlichen Tatsachen und Zahlen der drei Kriegsjahre entwickelt ein für Deutschland erfreuliches günstiges Bild eine bei B. G. Teubner, Leipzig, erschienene Schrift „Tatsachen und Zahlen“.

Um die „Diplomatie im Weltkrieg“ sieht man weiterhin Dr. Ernst Müller-Meiningen, M. d. R., bemüht, der sein umfassendes Werk dieses Titels, einen politischen Führer durch die Weltkrisis 1914/17, mit einem zweiten Bande fortsetzt, der sich hauptsächlich mit Italien und dem Balkan, mit Rumäniens Eintritt in den Krieg, mit Polen, den Friedensnoten, dem U-Bootkrieg und der Haltung der Vereinigten Staaten beschäftigt und die Dokumente in sorgsamer Auswahl und in kritischer Beleuchtung widergibt. Die Aufsätze des Berliner Historikers Friedrich Meinecke werden unter dem Titel „Probleme des Weltkrieges“ von R. Oldenbourg, München, herausgegeben. Die Farbe des Augenblicks, in welchem sie entstanden sind, ist erhalten geblieben, aber in ihrer Gesamtheit spiegeln sie nun um so schärfer die politische Anschauung des deutschen Historikers, der durch seine Vorurteilslosigkeit und Willen zur Erkenntnis die Würde des Standes vorbildlich gewahrt hat. Das Deutsch-Südamerikanische Institut veröffentlicht eine im August 1915 abgeschlossene Schrift des Südamerikaners Juan P. Ramos (Prof. in Buenos-Aires) „Die Bedeutung Deutschlands im europäischen Kriege“ (Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart). Deutschlands Größe, Energie, Organisation wird hohes Lob gezollt. Die „Konfessionelle Militärstatistik“ wird von R. E. May einer Kritik unterzogen (J. C. B. Mohr, Tübingen), die den Wert aller jüdischen Militärstatistiken, aber auch den Wert aller statistischen Erhebungen auf diesem Gebiete überhaupt in Frage stellt: „Die ‚Verwendungsfähigkeit‘ der Angehörigen der einzelnen Konfessionen läßt sich nach ihrer Zahl, nach ihrem Prozentsatz im Heere, nach der Zahl ihrer Verwundeten und Gefallenen und ihrer militärischen Verwendungsfähigkeit allein nicht beurteilen. Die Kreise der drei Konfessionen sind drei Ringe, die fest ineinander geschweißt, Glieder einer Kette bilden, die gerade dadurch, daß jedes sich an einer Stelle befindet, für die es sich ganz besonders eignet, unzerreißbar ist, einer Kette, die die Feinde rings umher bisher vergeblich sich bemühen zu durchbrechen, und gegen die sie auch künftig vergeblich anstürmen werden, wenn ihre Glieder sich als ein untrennbares Ganzes empfinden. Goethe hat einmal auf den Streit, wer der größere von beiden sei, er oder Schiller, geantwortet: ‚Was streitet ihr euch darüber, freut euch, daß ihr zwei solche Kerle habt.‘ So möchte ich zur Frage, welche von den drei Konfessionen für die Vaterlandsverteidigung den größten Wert hat, antworten: „Freut euch, daß ihr die drei Konfessionskreise habt, ihr habt sie alle drei nötig.“

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik“, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

In 3. Auflage erschien:

Das Ende des kolonialpolitischen Zeitalters

Grundzüge eines wirtschaftsorganischen Genossenschaftsimperialismus

von

gr. 8°, 150 Seiten
steif broschiert

Dr. Karl Hoffmann — Mk. 3.—

„Danzers Armee-Zeitung“, Nr. 42/43 1917, schreibt:

Eine großzügige, geistvolle Studie, die dartun will, daß die bisherige Kolonialpolitik nur eine neue Auflage des alten, veralteten und innerlich überwundenen Merkantilismus gewesen ist, daß diese Kolonialpolitik sich ausgelebt hat und an ihre Stelle die Bildung organischer großer Wirtschaftskomplexe treten wird, — praktisch gesprochen: die mitteleuropäisch-balkanisch-vorderasiatische Gemeinschaft. Was ihr an den Ziffern der Bevölkerung und der Geviertkilometer gegenüber den großbritischen Reichen mangelt, ersetzt sie durch Qualität, durch den engen Zusammenhang, durch die Natürlichkeit der Verbindung, durch die stufenweise Gleichartigkeit der einzelnen Glieder. Eine beachtenswerte, in die Zukunft weisende, an ursprünglichen Gedanken reiche Arbeit.

Durch jede bessere Buchhandlung oder vom
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig. 8

Deutsche Orient-Bücherei

Herausgeber: Dr. Ernst Jäckh

Band XXIV

Die Donau- und die Meerengenfrage

Ein völkerrechtsgeschichtlicher Rückblick und ein rechtspolitischer Ausblick

von Dr. jur. **Wilhelm Knorr, Hamburg**

Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht

Preis Mark 3.50

Bei den Friedensverhandlungen wird es eine der vornehmsten Aufgaben der Diplomaten der Mittelmächte sein, die Freiheit des Weges zum Orient völkerrechtlich zu sichern: Der freie Weg zum Orient kann nur gesichert werden durch die Neuordnung der Donaufrage und der Meerengenfrage, die beide den Hauptinhalt der heutigen orientalischen Frage bilden und zu den wichtigsten Kriegs- und Friedenszielen der Mittelmächte gehören.

Durch die Buchhandlung oder den Gustav Kiepenheuer Verlag/Weimar

Dr. Möller's Sanatorium Dresden-Loschwitz
Herrliche Lage — Wirks. Heilverf. — Chron. Krankh.
Diätetische Kuren
Zweiganst. tägl. 6 M.
Prosp. u. Broschfr.

Technische Glasartikel
Wiederverkäufer gesucht
Herrmann Herzig, Görlitz in Schlesien

Bei allen Anfragen und Bestellungen aus dem Inseratenteil bitten wir, sich auf die „Deutsche Politik“ zu beziehen.

AUTO-LICHT-ENTWICKLER
„DANIEL“
Größter Schlager. Export nach allen Ländern.
Daniel Heinr. Balz, Dresden-A., Gr. Plauensche Straße 18

Digitized by Google

Der neueste Band der Memoiren-Bücherei

Prinz Louis Ferdinand von Preußen

Ein Lebensbild in Tagebüchern und Briefen

Ausgewählt und mit einer Einleitung versehen von Dr. Hans Wahl. Mit zahlreichen Bildnissen, einem Faksimile der Handschrift und einem Faksimile des Prinzen.

Es ist das Ziel dieses umfassenden Buches, die geniale und heldenhafte Gestalt des Fürsten so hinzustellen, daß er nach Möglichkeit selbst das Wort hat oder die, die ihm im Leben, Empfinden und im Tode nahestanden. Dieses Leben, das reich war durch Freundschaften und Begegnungen mit großen Menschen wie Goethe, Fouqué, Madame de Staël, Rahel Varnhagen, von der Marwitz — reicher noch durch seine in glühenden Briefen zum Ausdruck kommende Liebe zu der schönen Pauline Wiesel. Die Briefe des Prinzen an sie gehören mit zu den temperamentsprühendsten Liebesbriefen, welche wohl je geschrieben sind. Auch im politischen Leben seiner Zeit stand er im Mittelpunkt. Über die letzten Stunden und den Heldentod des Prinzen bei Saalfeld erhalten wir völlig neue Kunde aus dem stimmungsschweren Bericht seines treuen Adjutanten, aus einer Urkunde, die hier zum erstenmal aus dem Königlichen Hausarchiv ans Tageslicht tritt. — Historische Überleitungen verbinden die Dokumentenreihen zu einer der anregendsten Gesamtbiographien unserer Literatur.

Pappband Mk. 7.— / Halbleder Mk. 10.— / Ganzleder Mk. 20.—

Die Memoirenbücherei ist durch jede gute Buchhandlung zu beziehen oder direkt vom

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 129
Jäckh, Wien—Washington 132
Schmidt, Maximalistischer Imperialismus 136
Rotheit, Gedankenmacht und Machtgedanken 139
Saenger, Elsaß-Lothringen und die deutsche Sozialdemokratie 141
Ziehen, Lehrerbildung und Schulreform 146
* * Politik und Valuta 149
Schuchart, Brief an die „Deutsche Politik" 152
Notizen / Neuerscheinungen 154

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang 1. Februar 1918 Heft 5

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Digitized by Google

Soeben erschien:

im 11.–25. Tausend

Fr. Naumann, M. d. R.,

Der Kaiser im Volksstaat

Preis 1.20 Mark

In allen Buchhandlungen

Fortschritt (Buchverlag der „Hilfe")

Berlin-Schöneberg, Königsweg

Digitized by Google

3. Jahrgang • 1. Februar 1918 • Heft 5

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die Hertlingsche Rede steuerte den mittleren, den Bethmannschen Kurs, der naturnotwendig dazu führen mußte, daß das Land Bethmann verlor.

Über die innere Gesinnung Hertlings kann kein Zweifel sein. Seine Politik hat ethische Impulse. Seine Kriegsziele sind mit dem Prestige auch der feindlichen Völker vereinbar. Aber die große Politik ist heute die Kunst des Ausdrucks. Wir sehen in seiner Rede noch immer den deutlichen Wunsch, den Burgfrieden zu erhalten, Worte zu wählen, Stimmungen zu erzeugen, welche die Brücke zu den Gegnern des Ministeriums Hertling-Payer schlagen. Das mag richtig sein vom Standpunkte parlamentarischer Bequemlichkeit, aber unsere Weltgeltung sollte schwerer wiegen.

Wir sind aus der Periode des Daseinskampfes heraus. Wir kämpfen um mehr als unsere Existenz. Deutschland muß den Entschluß fassen, allgemeine Menschheitsziele in seinen nationalen Willen aufzunehmen, sonst werden wir im besten Falle eine große kleine Nation.

*

Von finnländischer Seite wird uns geschrieben:

Bei der Festvorstellung im Helsingforser Landestheater, zu der auch der französische Konsul eingeladen war, stand auf dem Programm des musikalischen Teiles auch ein „Jägermarsch" angeführt. Dieses scheinbar unschuldige Wörtlein begann den französischen Konsul nervös zu machen. Er witterte wohl nicht mit Unrecht dahinter den Marsch des finnländischen Jägerbataillons, das bekanntlich an den Kämpfen an der Ostfront teilgenommen hat. Er verlangte daher die Absetzung dieser politischen Programmnummer. Als im Publikum dieses Attentat auf das nationale Lied bekannt wurde, trat es energisch für das sofortige Abspielen des Marsches ein. Die Erfüllung des Wunsches quittierte es darauf mit dem Absingen der „Wacht am Rhein", welches Lied der französische Konsul vorzog, nicht anzuhören.

*

Der Reichkanzler Michaelis hat einmal im Hinblick auf eine unzweideutige Erklä-

Digitized by Google

rung über Belgien das unglückliche Wort gebraucht, sie wäre eine Konzession. Wer so denkt, der darf nichts über Belgiens Freigabe auch nur andeuten. Deutschland ist nicht in der Situation, daß es den Gegnern öffentlich Konzessionen zu machen braucht. Das hieße nur die Feinde ermutigen. Für denjenigen aber, der Deutschlands Sendung begriffen hat, ist die Erklärung über Belgiens Freigabe nicht ein Zugeständnis an die Feinde, sondern eine Forderung des eigenen politischen Gewissens und nationalen Wohls.

*

Aus der Rede von Sir Auckland Geddes im Unterhause zitieren wir die folgende Stelle:

„Ausschließlich ein psychologisches Unheil in unserem oder einem der alliierten Länder, ähnlich dem, das über Rußland gekommen ist, kann die Mittelmächte retten."

Im Leitartikel des „Manchester Guardian" vom 8. Januar heißt es:

„Wir fürchten die brutale Annexionspolitik weit weniger, als die subtilen Pläne der deutschen und österreichischen maßvolleren Gruppen."

*

Man bewundert immer mehr die politische Stoßkraft der Vaterlandspartei. Gewisse Überzeugungen bilden sich bei uns heraus, werden fixe Ideen. Es fügen sich Gruppen zusammen, die danach handeln und nicht ruhen, bis sie an maßgebenden Stellen ihren Willen wiederholt und in intensiver Form zum Ausdruck gebracht haben. Ihre Argumentationen sind meist nicht durchdacht. Die Majorität des Volkes steht nicht hinter ihnen, aber sie haben den Glauben, daß sie im Recht sind, und sie haben vor allen Dingen durch jahrelange Erfahrung die Überzeugung gewonnen, daß es im politischen Kampfe keine unüberwindlichen Hindernisse gibt.

Wie anders ihre Gegner! Sie umkleiden so häufig die Weigerung irgendeiner Regierungsstelle, dieses oder jenes zu tun, mit der Würde eines Naturgesetzes. Oft halten sie es gar nicht für nötig, persönlich aufzutreten, sondern begnügen sich mit einer Denkschrift oder mit einer Formulierung in einer Zeitschrift. Ist die Formulierung besonders glücklich, so kommt ein großes Behagen über sie, wie über Menschen, die nach einer gelungenen Tat sich eine wohlverdiente Ruhe gönnen.

Das Volk aber will nicht nur Wegweiser haben: Wer Ohren hat, der hört heute seinen Hilferuf nach Führern.

*

Die österreichischen Vorgänge waren der Aufschrei eines führerlosen Volkes, das nach einer bestimmten Richtung will und nicht weiß, wie es ans Ziel gelangen soll. Dieser Drang ist auch in Deutschland vorhanden.

Deutschland ist geschützter gegen gewaltsame Zuckungen, als irgendein anderes kriegführendes Land durch den Charakter seines Volkes und durch die Festigkeit seiner Traditionen.

Digitized by Google

Aber wir dürfen die unheimliche Kraft der seelischen Ansteckung nicht unterschätzen.

Die deutsche Staatskunst hat es in der Hand, die Ansteckungsgefahr ein für allemal auszuschalten. Es bedarf nur einer Führertat, um für den letzten großen Entscheidungskampf, den die Feinde uns aufzwingen, das Volk so einig, geordnet und willig zu machen, wie es zu Anfang des Krieges war.

*

Asquith sprach einmal das Wort vom „willing service" — vom willigen Dienst. Unter diesem Zeichen standen die ersten Augusttage, ja standen Jahre des deutschen Krieges. Es gab keinen erzwungenen Gehorsam, es gab nur Gefolgschaft. Wir erlebten in einer ungeahnten Weise die Bejahung des Gesetzes durch die Freiwilligkeit. Wer mit Bewußtsein diese nationale Kraftquelle verschütten will, ist ein Verräter. Wer darauf hinarbeitet, ohne zu wissen, was er tut, ist ein unbewußter Agent des feindlichen Auslandes.

*

Ein boshafter Beurteiler hat einmal vom deutschen Volke gesagt, es hätte kein Talent zur Dankbarkeit. Das ist ungerecht, aber die Daheimgebliebenen haben zweifellos die Gewohnheit angenommen, den Kriegsereignissen ohne die geziemende Spannung zu folgen. Viele sind seelentaub geworden gegen die Taten und Leiden ihrer kämpfenden Volksgenossen und nehmen es als etwas Selbstverständliches hin, daß sich das Waffenglück immer wieder an unsere Fahnen heftet. Wem es an Dankbarkeit fehlt, der sollte die feindlichen Zeitungen lesen.

*

Mitten in die Auseinandersetzungen im Hauptausschuß des Reichstags ist das Ergebnis der Nachwahl in Bautzen-Kamenz gefallen. Durch den Zeitpunkt, da dieses örtliche Referendum über die deutsche Politik stattgefunden hat, hob sich der an sich wenig entscheidende Vorgang, welche Partei das frei gewordene Mandat besetzen würde, zu großer politischer Bedeutung. Ein Wahlkreis, der seit über vierzig Jahren ununterbrochen im Besitz der Rechten gewesen war, der einzige, der 1903 der roten Sturmflut in Sachsen widerstanden hatte, ging mit einer beträchtlichen Mehrheit in den Besitz der Mehrheits-Sozialdemokratie über. Was bei dem Vorgehen der „Unabhängigen" in Oschatz mißlingen mußte, hat sich hier gebildet: eine Front derer, die für die Verteidigung des Vaterlandes alles leisten wollen, die sich aber ebenso gegen eine Politik der chauvinistischen Leidenschaften stellen. Ob Herr Uhlig oder Herr Herrmann in den Reichstag eintreten würden, war unerheblich, wichtig aber, ob die Bevölkerung zu einem „Generalfrieden" oder zur „Verständigung" sich bekennen würde. Sie hat unter Ausschaltung der Parteigegensätze diesen letzteren Weg gewählt. Das mag jenen Stimmen der Rechten eine Mahnung sein, die den gegenwärtigen Reichstag für längst überständig halten und nach Auflösung rufen — sie werden jetzt be-

Digitized by Google

scheidener sein. Der Vorgang ist aber ebenso wichtig für die Reichsleitung wie lehrreich für das Ausland.

*

Im Heer, in ganz Deutschland herrscht ein unerhörtes Vertrauen in die militärische Führung. Jedes Opfer, das verlangt wird, ist unvermeidlich. Nie ist starre Orthodoxie am Werk, welche die Klarheit der militärischen Entschlüsse trübt. Überall spürt der Soldat einen lebendigen und festen Willen. Deutschland weiß: Hinter allem Schweren und Großen, was draußen geschieht, steht ein starkes Verantwortungsgefühl.

In England dringt das Mißtrauen gegen den Feldmarschall Haig in die Massen, in die kämpfende Truppe. Ein englischer Minister kündigt für die kommende Kampagne an, daß die Verschwendung mit Menschenleben aufhören würde. Mag dieses Mißtrauen berechtigt sein oder nicht, es ist jedenfalls eine psychologische Tatsache, unter der die Moral der Truppe leiden muß.

*

Aber zur Kriegskunst gehört heute mehr als die vollendete Beherrschung der Strategie, Taktik und Organisation. Ein Freund stellt uns das folgende Zitat aus der Rede eines feindlichen Führers zur Verfügung:

Man muß nicht nur die bewaffneten Streitkräfte, sondern auch die Psychologie des Feindes bearbeiten.

Wien—Washington

Von Professor Dr. Ernst Jäckh

Das ist der neue Weg, ein neuer Versuch, das Morden der Menschheit im vierten Kriegsjahre einem Ende zuzuführen: der Versuch, zwischen Wien und Washington eine Verbindung zu finden, die für Berlin und London vorbereiten will. Präsident Wilson hat zuerst sein Angebot gemacht — in jener Note, auf die jetzt Graf Hertling und Graf Czernin geantwortet haben. Ein neutraler Diplomat hat Wilsons Gabe einer Birne verglichen, die schmutzig beschmiert sei, die aber — gereinigt und geschält — genießbar gemacht werden könnte. In Hertlings Herz scheint der Appetit danach lauer zu sein: „Der Anfang, Wilson auf den rechten Weg zu leiten, ist vielleicht gemacht" — meint er und fragt sich, „ob aus Wilsons Vorschlägen uns wirklich ein ernstlicher, ehrlicher Friedenswille entgegentritt?" — und hält schließlich für nötig: „er möge sein Programm nochmals revidieren!" Der Reinigungsprozeß, die Genießbarmachung der Wilsonschen „Birne" wird also Wilson selbst zugeschoben, nochmals nahegelegt ... Und Czernin will dabei helfen, säubern und schälen, damit eine schmackhafte Frucht daraus werde: ein förmliches „Friedensangebot" heißt Graf Czernin die Wilsonsche Note, und er nimmt „keinen Anstand, zu erklären, daß er in den letzten Vorschlägen des Präsidenten Wilson eine bedeutende Annäherung an den österreichisch-

Digitized by Google

ungarischen Standpunkt finde, und daß sich unter den amerikanischen Vorschlägen einzelne finden, welchen wir sogar mit großer Freude zustimmen könnten"; und so gibt er zu wissen — und zwar in der gleichen Stunde in Wien und in Washington:

„Wie sich aus der Vergleichung meiner Ansichten und jener Herrn Wilsons ergibt, stimmen wir nicht nur in den großen Prinzipien, nach denen die Welt mit Abschluß dieses Krieges neu geordnet werden soll, im wesentlichen überein, sondern unsere Auffassungen nähern sich auch in mehreren konkreten Friedensfragen. Die Differenzen, welche übrig bleiben, scheinen mir nicht so groß zu sein, daß eine Aussprache über diese Punkte nicht zur Klärung und Annäherung führen könnte. Diese Situation, welche sich wohl daraus ergibt, daß Österreich-Ungarn einerseits und die Vereinigten Staaten von Amerika andererseits jene Großmächte unter den beiden feindlichen Staatengruppen sind, deren Interessen einander am wenigsten widerstreiten, legt die Erwägung nahe, ob nicht gerade ein Gedankenaustausch zwischen diesen beiden Mächten den Ausgangspunkt für eine persönliche Aussprache zwischen allen jenen Staaten bilden könnte, die noch nicht in Besprechungen über den Frieden eingetreten sind."

Washington erfährt diese Anregung eines zunächst zwischenstaatlichen Gedankenaustausches zwecks Anbahnung einer bald internationalen Aussprache in der gleichen Stunde (wie gesagt) wie Wien: dieses Vorgehen ist also technisch vorbereitet, und ebenso politisch. Das heißt: Berlin weiß vorher davon und ist einverstanden, und ebenso Konstantinopel und Sofia. Es gibt Leute in Berlin, die daraus eine „Wiener Führung" machen, die sie ablehnen, klagend über ein angebliches „Sich-ins-Schlepptau-nehmenlassen" Deutschlands. Diese Tonart ist eine alte Leier: auch zu Beginn der Politik weiland Graf Ärenthals hieß es so und schien es so — und es war nachher doch alles anders! Mit dem gleichen Recht könnten Leute in Wien darüber klagen (und tun es auch), daß Wien sich zum „Handlanger von Berlin" hergegeben habe... All das klingt nach Alltags-Phraseologie und nicht nach geschichtlicher Einsicht; nochmals: vergleiche Graf Ärenthal und Kiderlen-Wächter.

Also: Washington hat begonnen, und Wien spinnt weiter, mit Wissen und Zustimmung des Vierbundes. Wien und Washington haben in den beiden Großmächtegruppen die geringsten Gegensätze: zwar ist auch zwischen ihnen schließlich eine Kriegserklärung erfolgt; aber zwischen ihnen allein ist es noch zu keiner Kriegführung gekommen. (Ausgenommen ist auch bisher Bulgarien, das aber nicht die Rolle Wiens übernehmen kann.) Drüben ist Washington die einzige Stelle, die den Londoner Vertrag über die Verpflichtung zu nur gemeinsamen Friedensverhandlungen nicht mitgezeichnet hat. Ein Mandat Wiens und ein Gegenmandat Washingtons lassen sich schon verstehen; es braucht weder eine „Führung" noch einen „Handlanger" zu geben, es genügt der Vergleich mit Vorposten und Patrouillen, die auftragsgemäß

Digitized by Google

sich gegenseitig annähern und anfühlen. Die Vermittlungsversuche des Papstes wie Spaniens sind mißlungen, auch die des „neutralen" Wilson; vielleicht auch eben wegen der „Neutralität" aller dieser Stellen, die „man nicht deklinieren kann". Mag sein, daß der unneutrale, beteiligte Wilson bei den Teilhabern seiner Geschäftsgenossen eher Gehör finden kann, auch eher Gehör sich verschaffen will — eben weil er als Beteiligter auch Geschäftsunkosten zu tragen hat, amerikanische Kriegsschwierigkeiten spürt. Mag sein auch, daß Professor Wilson doch das gelernt hat, daß er endlich weiß, daß er von Deutschland nichts weiß: daß er einsieht, daß seine Beurteilung des Hauses Hohenzollern analphabetischer Unsinn war und daß der demokratische Führer Payer in ein Parlamentarierkabinett Hertling—Payer—Friedberg mit der gleichen Überzeugung eingetreten ist, mit der ein Friedrich Naumann dem „Kaiser im Volksstaat" dient.

(Einen Vorteil hat Wilson sicherlich vor den mitteleuropäischen Partnern voraus: er ist freier in Entschließungen und Handlungen als ein deutscher Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Diese Tatsache ist der Vorzug eines jeden Entente-Ministers, nicht nur des diktatorischen Wilson, auch des revolutionären Trotzki, wie der „parlamentarischen" Lloyd George oder Clemenceau: keiner hat hinter sich eine so unpolitische Presse, wie jetzt Herr von Kühlmann in Brest-Litowsk. Graf Czernin spricht mit Recht von dem „Wahnsinn, einem in den Rücken zu fallen". Herr Trotzki braucht in Brest-Litowsk nichts anderes zu tun, als das merkwürdige Gemisch von „Vorwärts", „Vossische Zeitung" und „Kreuzzeitung", ein sozialistisch-liberal-konservatives Menu, aufzutischen — und er hat alle russischen Materialien gegen die deutschen Vorschläge beieinander; sie machen dem russischen Gegner förmlich das Konzept und verderben das Konzept dem deutschen Vertreter. Dies nur nebenbei.)

Kurzum: der Versuch, über Washington und Wien diplomatisch weiterzukommen, kann gemacht werden und ist gemacht worden in der letzten Januarwoche. Ob der alte Janus seinen Tempel dem Krieg offen hält oder dem Frieden aufschließt — wir können's abwarten mit der Ruhe des Volkes, dessen „militärische Lage niemals so günstig war, wie sie jetzt ist". Und diese Tatsache weiß und glaubt jetzt auch der Feind im Westen . . .

Graf Hertling und Graf Czernin haben beide des Präsidenten Wilson vierzehn Punkte durchgesprochen mit dem Ergebnis, in den Grundsätzen Ausgangs- und Zielpunkte für Verhandlungen zu finden und in konkreten Fragen Schwierigkeiten festzustellen; das letztere mit dem zwischen Berlin und Wien naturgemäßen Unterschied in der Stimmung. Taktisch ist übereinstimmend erklärt worden: „daß wir der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind, daß wir die Bahn frei haben für Sonderverhandlungen mit Rußland, und daß wir auch selbstverständlich an jene von der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Friedensvorschläge der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind." So formuliert Hertling, und er deu-

Digitized by Google

tet aus: „Streiten wir nicht über Formeln, die bei dem rasenden Verlauf der Weltbegebenheiten immer zu kurz kommen!" Und ähnlich Czernin: „Es ist ganz selbstverständlich, daß die Zeit und die Fortdauer des Krieges nicht ohne Einfluß auf die diesbezüglichen Verhältnisse (der Friedensbedingungen) bleiben können", und er deutet Italien als „ein sprechendes Beispiel" aus. Das heißt beiderseits: die Juli-Resolution der Reichstagsmehrheit wird durch den Januar-Willen der Regierung überholt — lautlos und streitlos; sie war einst nötig und auch nützlich, innerpolitisch und außenpolitisch, kommt aber jetzt zu kurz bei dem rasenden Lauf der Weltbegebenheiten". Deutschland erhält die Hand frei westwärts und Österreich-Ungarn südwärts . . . Das ist die taktische Neuerung.

„Elsaß-Lothringen" ist die französische Frage und „Belgien" die englische Frage. Dafür sind alte Antworten wiederholt worden: Elsaß-Lothringen bleibt deutsch, was es war und ist; und für Belgien plant Deutschland „keinerlei gewaltsame Angliederung". England könnte und kann wissen, wenn es wirklich wollte: daß Belgien wiedererstehen kann — unabhängig von England wie von Deutschland . . .

England arbeitet militärisch und diplomatisch noch für ein andes Kriegsziel: die Zertrümmerung des Vierbundes, die Auflösung des Zusammenhangs von Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und Türkei. Das ist das Ziel seiner militärischen Offensive gegen die türkische Peripherie, die den englischen Eisenbahnen und Kriegsschiffen näher und zugänglicher ist als dem türkischen Zentrum. Das ist das Ziel seiner diplomatischen Umwertung Bulgariens und seiner sozialen Beunruhigung Österreich-Ungarns: eine Sonderfriedensneigung zu erwecken und zu entwickeln. Demgegenüber haben Graf Hertling und Herr von Kühlmann und ebenso Graf Czernin mit nachdrücklicher und unzweideutiger Klarheit die Solidarität des Vierbundes und die Unberührbarkeit seiner Integrität doppelt und dreifach betont, und die Wiener Presse hat die Zusammenhänge von „Straßburg und Triest, Bagdad und Jerusalem" mit erfreulicher Einmütigkeit unterstrichen. „Die enge Verbindung mit der verbündeten Donaumonarchie ist der Kernpunkt unserer heutigen Politik und muß die Richtlinie für die Zukunft sein" — versichert Graf Hertling (und Kühlmann wiederholt es, indem er diese Bündnispolitik als „Grundlage und Eckstein" bezeichnet); und für die Türkei: „Die Integrität der Türkei und die Sicherung ihrer Hauptstadt, die mit der Dardanellenfrage eng zusammenhängt, sind wichtige Lebensinteressen auch des Deutschen Reiches; unser Verbündeter kann hierin stets auf unsern nachdrücklichsten Beistand zählen." Und aus Wien wird es genau so deutlich: „daß ich getreu den übernommenen Bündnispflichten für die Verteidigung der Bundesgenossen bis zum Äußersten zu gehen fest entschlossen bin; den vorkriegerischen Besitzstand unserer Bundesgenossen werden wir verteidigen wie den eigenen; das ist der Standpunkt innerhalb der vier Alliierten bei vollständiger Reziprozität." Daß heißt auch, daß Mesopotamien und Palästina nicht englisch bleiben dürfen, sondern wieder türkisch wer-

Digitized by Google

den müssen; und zwar nicht nur wegen der Türkei, sondern im „wichtigen Lebensinteresse auch des Deutschen Reiches", wie der deutsche Reichskanzler mit Recht sieht und sagt.

Diese gegenseitige Interessengemeinschaft des mitteleuropäisch-vorderasiatischen Blockes ist lebensvolles Gemeingut der leitenden Staatsmänner aller vier Völker; daß aber die Einsicht in ihre Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit noch nicht Besitz der sogenannten „öffentlichen Meinung" geworden ist, das beweist deren Nervosität gegenüber gelegentlichen Stimmungen und Verstimmungen. Deshalb war es gut, daß auf einmal der deutsche Reichskanzler auf den geschichtlichen Unterbau von Mitteleuropa verwies, auf das Bismarcksche Werk, das über Österreich-Ungarn hinaus den Weg für Deutschland gewiesen und gebracht hat zum Balkan und nach Vorderasien — aus unserer geographischen Not heraus zu einer politischen Notwendigkeit, nicht des Augenblicks und der Gegenwart, sondern auf die Dauer und für die Zukunft. Der Historiker Hermann Oncken wertet die Bismarcksche Entscheidung für das österreichisch-ungarische Bündnis richtig, wenn er in seinem neuen Buch „Das alte und das neue Mitteleuropa" (auf das wir noch zu sprechen kommen müssen) es so kennzeichnet: „Die Folgen führen in die Gegenwart des Weltkrieges, ja in die Zukunft deutscher Nation und unseres Erdteils hinüber: es handelt sich um Weiterwirkungen von säkularer Natur." Oder so: „daß es sich bei dem Vertrage von 1879 nicht um einen Schachzug handelte, wie ihn eine vorübergehende Konstellation der Mächte wohl hervorruft, sondern um eine in der Natur der Dinge begründete und darum endgültige Orientierung." Und schließlich: „Die Gleichheit der Lage bedingt die Gemeinsamkeit ihres Schicksals; die neuere Geschichte Bulgariens wie der Türkei hat auch diese beide Staaten ähnlich konzentrischen Überfällen ausgesetzt: auch insofern gesellt ein Zug von verborgener Schicksalsverwandtschaft sie zu ihren Verbündeten in Mitteleuropa." An solchen naturgesetzlichen Zusammenhängen ändern auch irgendwelche Schwierigkeiten des Alltags nichts...

Das weiß auch Wien wie Konstantinopel und Sofia; das muß auch Washington einmal erkennen.

Maximalistischer Imperialismus

Von Arel Schmidt

Das Auseinanderjagen der Konstituierenden Versammlung am Tage ihrer Eröffnung, das selbst ein sozialrevolutionäres Blatt eine „Übertrumpfung zarischer Gewalttaten" nennt, hat in Deutschland grenzenloses Erstaunen hervorgerufen. War doch die deutsche Öffentlichkeit geneigt, die Maximalisten für weltfremde Idealisten zu halten, die es für ihre höchste Aufgabe erachten, der Welt den Frieden zu schenken und zarisches Unrecht wieder gutzumachen. Hätte man russisches Wesen besser verstanden, so wäre man in Deutschland nicht in diesen Fehler verfallen. Aber

Digitized by Google

trotz vier Jahre Weltkrieg hat man im deutschen Volke noch immer nicht erkannt, daß russisches Empfinden deutscher Denkungsart völlig entgegengesetzt ist. Germanisches Gefühl für persönliche Freiheit, römisches Rechtsbewußtsein und Logik und mittelalterliche Ritterlichkeit fehlen dem Russen. Dafür ist sein Seelenleben auf Komunismus, der die Persönlichkeit negiert, auf Willkür, die keine Rechtsgrundlagen kennt, auf byzantinischen Schematismus und auf mongolischen Zwang aufgebaut. Nicht Rom und Mittelalter haben seinen Verstand geschult, sondern sein geistiges Erbe stammt aus Byzanz und der Goldenen Horde. Der österreichische Sozialdemokrat Karl Leuthner hat uns zu Anfang des Krieges in einer kleinen, geradezu klassischen Schrift das Wort vom russischen „Volksimperialismus" geprägt. Die Weite der Sarmatischen Tiefebene hat, wie Leuthner richtig bemerkt, dem russischen Volke den Trieb nach schrankenloser Expansion nach allen Seiten tief ins Herz gesenkt. Daher geht auch beim Russen die Wandlung vom oppositionellen Pazifisten zum fanatischen Imperialisten so unglaublich schnell. Nicht zehn Jahre hat es gebraucht, aus Miljukow und seiner Partei, die 1904 den Deutschen es verübelten, daß sie dem zarischen Staate Anleihen gaben, weil dadurch der Zusammenbruch hinausgeschoben würde, fanatische Kriegsapostel zu machen. Noch schneller ist es bei den sozialistischen Parteien gegangen. Krapotkin, der sein Leben lang Attentate auf den Zaren geschmiedet hat, ging Arm in Arm mit Burzew, dem Enthüller zarischer Spitzel, zu Anfang des Krieges ins Lager der russischen Imperialisten über. Ebenso rasch fiel der Edel-Marxist Plechanow um, der noch in den 90er Jahren auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in der Schweiz erklärt hatte, das russische Volk würde die einmarschierenden Deutschen als ihre Befreier begrüßen und predigte dem russischen Proletariat, daß der Verteidigungskrieg nicht genüge, sondern der Angriff in Deutschlands Herz getragen werden müsse. Was aber, kann man einwerfen, haben damit die Maximalisten zu tun, die doch nicht Krieg, sondern Frieden wollen? Allmählich beginnt jetzt auch in Deutschland die Erkenntnis zu tagen, daß nicht der Frieden das Endziel der Maximalisten sei, sondern die Revolutionierung der ganzen Welt. Daß diese Behauptung nicht deutsche Konstruktion, sondern russische Wirklichkeit ist, dafür liegt folgende Mitteilung des Moskauer Blattes „Utro Rossii" vom 4. Januar vor: „Trotzki überzeugt sich mit jedem Tage mehr von der Aussichtslosigkeit des Versuches, die Entente zu den Verhandlungen heranzuziehen, und der Unmöglichkeit des Eintretens der Sozialisten der verbündeten Mächte für den Frieden. Er nimmt daher an, daß sich die Frage mit der deutschen Offensive an der Westfront entscheiden werde, die augenblicklich energisch vorbereitet und die wahrscheinlich in allernächster Zeit beginnen wird. Die in Petersburg anwesenden französischen und amerikanischen Sozialisten versuchen ihrerseits Trotzki in dem Sinne zu beeinflussen, daß er die Friedensverhandlungen bis zu dem Ergebnis der deutschen Offensive hinziehe, welche — wie sie versichern, den Zusammenbruch der alldeutschen Hoffnungen bringen werde."

Digitized by Google

So also sieht der vermeintliche Friedensbringer Trotzki aus, dem übereifrige deutsche Federn schon Huldigungen darbrachten, wie einem Nobelpreisträger.

Die Russen haben es ja immer verstanden, unter der Maske der Volksbeglückung ihre egoistischen Ziele zu verstecken. Man denke nur an das Schlagwort von der Befreiung der Balkanslawen, hinter dem die russische Eroberungsabsicht auf Konstantinopel hervorgrinste. Auch jetzt verstecken sie unter solch einem bunten Phrasenlappen ihre Machtgier. Sie wollen, wie gesagt, gar nicht den Frieden, sondern die Revolutionierung der Welt, um auf diese Weise die maximalistisch gewordenen Völker beherrschen zu können. Ihre Losung von der „Selbstbestimmung der Völker" ist eitel Lug und Trug, denn sie sind bestrebt, die Völker nur frei zu lassen, wenn sie sich zur maximalistischen Lehre bekehrt haben. Finnland, Estland und die Ukraine sind drastische Belege dafür. All diesen haben sie mit der rechten Hand die Freiheit gegeben, mit der linken das Geschenk aber wieder zurückgenommen, als sie sahen, daß nicht der Maximalismus dort zur Herrschaft gelangte. Ebenso haben sie es mit der Konstituierenden Versammlung in Petersburg gehalten. Solange sie noch nicht an der Macht waren, riefen sie nach einem russischen Volksparlamente, das allein Rußlands Zukunft bestimmen sollte. Kaum hatten sie die Diktatur des Proletariats begründet, so sank die Konstituierende Versammlung zu einem „Handlanger" herab, der es nicht wagen dürfe, den „Herren der russischen Erde", den Arbeiter- und Soldatenräten ins Handwerk zu pfuschen. Als dann das russische Land, wie nicht anders zu erwarten, von den maximalistischen Segnungen wenig wissen wollte und nur zum geringsten Teil maximalistisch wählte, da ließen Lenin und Trotzki Kanonen vor das Taurische Palais auffahren, und die „Hoffnung Rußlands seit hundert Jahren" auseinander jagen. Die Auflösung der Konstituirende Versammlung ist aber schließlich doch nur eine innerrussische Angelegenheit, der ukrainische Zwischenfall dagegen geht Deutschland um so mehr an. Machen doch Trotzki und Lenin damit den Versuch, unseren Brest-Litowsker Erfolg in Stücke zu schlagen. Weil der Vierbund mit der Ukraine so gut wie einig geworden, während die Verhandlungen mit den Großrussen ins Stocken gerieten, so machen die Maximalisten den pfiffigen Versuch, die ukrainischen Unterhändler verschwinden zu lassen und an ihre Stelle großrussische Maximalisten aus Charkow zu setzen.

Je eher wir daher erkennen, daß der Vierbund in Brest-Litowsk mit den Maximalisten nicht zu Striche kommen werde, solange er sie dort als Westeuropäer behandelt, um so besser für die Sache Mitteleuropas. Ein Verständigungsfrieden mit Rußland ist eben nur möglich, wenn man sich mit den unterjochten Fremdvölkern zu verständigen sucht.

Die Unkenntnis über Rußland hat Deutschland schon während des Krieges viel Schaden gebracht. Daher sollte man endlich erkennen, daß vom schwärzesten Panslawisten bis zum rötesten Maximalisten alle fanatische Imperialisten sind. Nur

Digitized by Google

ihre Methoden sind verschieden. Die einen wollen Land, die anderen Seelen knechten. Von Freiheit ist bei keinem die Rede, überall nur von Zwang, wobei es selbstverständlich ganz gleichgültig ist, daß die einen zur Unfreiheit, die anderen zur Freiheit zwingen wollen. Beider Art tötet alles Leben und macht die Welt zu einem leiblichen oder geistigen Trümmerfeld. Deutschlands Aufgabe muß es aber sein, die aus der russischen Faust befreiten Völker wieder Europa einzufügen, dem sie nach Kultur und Glauben alle mehr oder weniger zugehören.

Gedankenmacht und Machtgedanken

Von Rudolf Rotheit

Durch die Macht ihrer Gedanken gedenken die Bolschewiki anderen die Machtgedanken auszutreiben und finden dabei in Deutschland teilweise gut vorbereiteten Boden. Bravo links. Auf dieser Seite zittert man um das jetzige und vor dem künftigen Rußland, was nicht einmal die Bolschewiki von Brest-Litowsk und Petersburg tun, denen das jetzige wie das künftige Rußland Hekuba ist. Weder im Namen des größeren noch des kleineren Rußland sprechen die Männer, die etwa den Verdacht, daß sie „Sozialpatrioten" wären, als schwere Beleidigung empfinden würden. Beiläufig bemerkt, stammt der geringschätzige Ausdruck von dem dreinamigen Ober-Bolschewik Herrn Radek-Sobelsohn-Parabellum, der sich gegenwärtig als Untersuchungsrichter gegen die deutsche Regierung aufspielt. Was die Männer von Brest-Litowsk und Petersburg vertreten, ist nicht das Land, nicht das Volk, nicht die Masse, es sind bloß ihre eigenen Theorien, Dogmen, Doktrinen, denen sie in großspurigen Reden auf der ganzen europäischen Linie zum Durchbruch zu verhelfen trachten. Das über die Welt hereingebrochene Blutgericht ist ihnen kaum etwas anderes, als irgendein hochnotpeinliches russisches Kriegsgericht aus der Zarenzeit, vor dem manche von ihnen und ungezählte ihrer Genossen gewaltige Programmreden zum Fenster hinaus hielten, ehe sie den Weg nach Sibirien oder aufs Schaffot antraten. Diesmal geht das Fenster auf die große westliche Öffentlichkeit hinaus, und die Bolschewiki würden völlig von der altüberlieferten russischen Revolutionsschablone abweichen, wenn sie sich die günstige Gelegenheit, großangelegte Prinzipienreden zu halten, entgehen ließen.

In Deutschland gibt es trotzdem immer noch naive Leute, die da glauben, es liege den Bolschewiki etwas an Kurland, Litauen, Polen. Und als die Bolschewiki sich in Brest-Litowsk so stellten, als erwärmten sie sich für die von den Mittelmächten besetzten Gebiete, wurde dies von jenen Naiven als Bekräftigung ihrer eigenen Verranntheiten freudig begrüßt. Sie verschlossen sich der Erkenntnis, daß es den Bolschewiki lediglich auf die „Bolschewikierung" der betreffenden Gebiete und womöglich der ganzen bewohnten Erde ankommt, wobei auch wieder die übliche Selbst-

Digitized by Google

überschätzung der russischen Revolutionäre sowie die gewohnte Überschätzung der revolutionären Phrase zum Vorschein kam.

Hand in Hand damit geht die Überspannung der Begriffe. Geborener Extremist, wie der Russe nun einmal ist, überhegelt er, wenn Hegel gerade Mode ist, den Hegel, er überbüchnert den Büchner und übermarxt den Marx. Der ins Unendliche gestreckte Gedanke, bis die Vernunft sich ins Gegenteil verkehrt — das ist sein Fall. So sind wir denn heute Zeugen des Schauspiels, daß auch eingeschworene Sozialisten entsetzt die Hände über dem Kopf zusammenschlagen angesichts des Enteignungs- und sonstigen Unfugs, den die Bolschewiki in Rußland treiben. Besonders nach geschulten deutschen Begriffen — auch ganz links — sieht politische und soziale Freiheit doch etwas anders aus.

Trotzdem wissen diejenigen unter uns im Reiche, die dem lieben Gott in die Karten blicken, ganz genau, daß sich aus dem bolschewikischen Tohuwabohu ein mächtiges Rußland entwickeln wird. Die Ukraine fällt ab, Finnland erklärt sich selbständig, Turkestan befolgt dies Beispiel, Polen gehört nicht mehr den Russen — macht nichts, Rußland ist groß, Lenin ist sein Prophet und die Bolschewiki müssen zart und rücksichtsvoll behandelt werden, auf daß ein geeintes Kontinental-Europa entstehe. Die Phantasie, die auch Frankreich schon in die Kontinental-Einigung einbezieht, ist bewunderungswürdig. Nach Jahrhunderten noch wirkt auf die deutsche Jugend der von den Franzosen gesprengte Turm am Heidelberger Schlosse — und die unendlichen, nicht wieder gut zu machenden Verheerungen auf französischem Boden sollten ausgelöscht werden können aus der französischen Gedankenwelt? Nicht einmal wenn Frankreich Elsaß-Lothringen zurück erhielte, wäre das möglich. Kontinental-Europa ist ein Traum, herangezogen bloß als ein Hilfsmittel von den Verfechtern der Unantastbarkeit Rußlands, die hierbei über die Schwierigkeiten der Schaffung bloß eines Mitteleuropas hinweggleiten und die wegen der Kontinental-Taube auf dem Dache den russischen Ostsee-Sperling in der Hand mißachten.

Die Machthaber in Frankreich, England, Italien, Amerika haben nicht das geringste Bedenken getragen, den Ohnmacht-Theorien der Bolschewiki ihre eigenen Machtansprüche von neuem als Trumpf entgegen zu halten. Sie oder ihre Nachfolger im Amte werden es sicher billiger geben, aber nicht, weil die Bolschewiki es so wünschen, sondern weil sie durch die deutschen Waffen zu Lande und zur See dazu gezwungen sein werden. Es geht die Idee um, die natürlich auch die Bolschewiki in ihren Verhandlungen zu Brest-Litowsk sich zu eigen gemacht haben, daß der Weltkrieg militärisch nicht entschieden werden könne. Die Männer der deutschen Obersten Heeresleitung, die doch auch einiges davon verstehen, sind allerdings anderer Ansicht. Im Munde der Bolschewiki aber klingt die Theorie von der Unmöglichkeit einer Waffenentscheidung grotesk, denn im Osten ist der Krieg bereits durch die Waffen entschieden und die Bolschewiki selbst sind nichts anderes als ein Nebenprodukt dieses abgeschlossenen Prozesses.

Digitized by Google

Die Herren Trotzki, Joffe, Kamenew und Genossen betraten die Beratungsbaracke in Brest-Litowsk mit dem Bewußtsein, daß sie nunmehr ein Katheder bestiegen hätten, um die Deutschen auf der Schulbank zu lehren, keine Speere mehr zu werfen und die bolschewikischen Götter zu ehren. Die Rolle war nicht durchzuführen, denn die Macht ist trotz alledem kein leerer Wahn. Vielleicht kommt nach hunderttausend Jahren mal die Zeit, wo Schwäche als Ehre, Kraft als Schande gelten wird. Heute ist es noch nicht so weit, obwohl alle Feinde Deutschlands sich Mühe geben, solche Begriffsumwälzung für ihre Zwecke auszuklügeln und der Welt mundgerecht zu machen. So lange indes die Auffassungen bestehen bleiben, die seit Erschaffung der Welt maßgebend sind, darf Deutschland ungeachtet solcher Bestrebungen seiner Kraft sich freuen.

Elsaß-Lothringen und die deutsche Sozialdemokratie

Von Alwin Saenger, München

Die Politik der heutigen Staaten kann nicht ausschließlich, vielleicht nicht einmal vorzugsweise nach Tatsachen abgelaufener Jahrhunderte und Jahrtausende orientiert sein. Die politisch-geschichtliche Vergangenheit zum ewigen Leitstern jeglichen staatlichen und völkischen Denkens und Handelns am heutigen Tage zu wählen, müßte ja, bis zum Ende logisch durchgedacht, dahin führen, daß wir uns alle wieder auf der asiatischen Hochebene, unserer sogenannten Wiege, versammelten, um die Erdenländer neu „gerecht" zu verteilen. So erscheinen mir denn auch philologische Betrachtungen über Caesars (de bello gallico) Bemerkung, daß das angeblich von den Galliern bewohnte Land „attingit flumen Rhenum", sowie alle jene Untersuchungen, die Prozente germanischen und keltischen Wesens im alten Argentoratum oder die Anteilnahme des ernestinischen Wettiners Bernhard von Weimar bei der Überlassung deutschen Bodens an die Franzosen festzustellen, den Kernpunkt unserer Frage, warum heute Elsaß-Lothringen einen wesentlichen, untrennbaren Teil unseres neuen, deutschen Reiches bildet, recht wenig zu berühren. Gewiß, zur absolut unantastbaren Rechtmäßigkeit unseres Handelns dürfen wir besonders in dem Kapitel der äußeren Politik gegenüber den Reichslanden entschieden auf die Historie als lautere Grundlage hinweisen, und namentlich den französischen sozialistischen Genossen kann nicht oft genug ihre höchst merkwürdige demokratische Freundschaft für die „guerres de magnificence" des Sonnenkönigs in ihr, für geschichtliche Wahrheiten so erschreckend wenig zugängliches Gedächtnis zurückgerufen werden. Es ist unverständlich, wie selbst Jaurès in seiner Kammerrede vom 23. Januar 1903 davon spricht, „daß die Elsaß-Lothringer dem von ihnen gewählten Vaterland entrissen wurden".

Auch ohne eine reichlich vorhandene, geschichtliche Berechtigung für den Inhalt des Frankfurter Friedens müssen wir heute nach der Geschichte der letzten Friedensdezennien und den Erfahrungen dieses Weltkrieges die deutschen Reichslande behalten.

Digitized by Google

Und darum haben wir deutsche Sozialisten auch offiziell stets erklärt: Eine elsaß-lothringische Frage den Franzosen gegenüber existiert für die deutsche Sozialdemokratie nicht. Die französischen, sozialistisch-bürgerlichen Annexionsgelüste haben noch auf dem Parteitage zu Würzburg im Oktober 1917 durch Scheidemann folgende Zurückweisung erfahren: „Aber ich stelle fest, daß Elsaß-Lothringen keine besondere Nation ist. (Sehr richtig!) Elsaß-Lothringen ist deutsches Land, und wir verlangen für Elsaß-Lothringen volle Autonomie im Rahmen des Reiches. Die Unversehrtheit Deutschlands gehört zu unseren Friedensforderungen. (Sehr richtig!)"

Karl Kautsky freilich, der allerdings heute noch nicht unseren Daseinskampf als einen Verteidigungskrieg erkannt hat, gesteht in einer jüngst erschienenen Schrift (Elsaß-Lothringen. Eine historische Studie. Stuttgart, Dietz 1917) zum Schluß: „Der Krieg kann die Lösung der Aufgabe (Lösung der elsaß-lothringischen Frage) nicht bringen. Es ist eine Frage der Macht jener Faktoren, die allein gewillt und imstande sind, das Problem durch eine Verständigung aus dem Wege zu räumen: der Macht der Demokratie der arbeitenden Klassen."

Die alte deutsche Ohnmacht der Verantwortungslosen! Ja, unsere Revanchegenossen jenseits des Rheins sind schon andere Männer; die wissen, wie sie jetzt Elsaß-Lothringen „befreien" wollen, die setzten die Welt mit den hohlen Sprüchen vom „Sinnbild des Rechts", „der Revanche des Rechts" von San Franzisko bis zu den Somalinegern in Bewegung, um auf dem Straßburger Münster wieder die Trikolore zu hissen, die begeistern sich selbst für eine Neutralisierung des deutschen linken Rheinufers. (So Sembat im „Renaissance", Hervé in „Victoire" nach „Rappel" vom 22. Dezember 1916.) Nein, wer nicht die Aufgabe des Politikers im Deklamieren, sondern im Handeln sieht, der trachtet dahin, mit dem Friedensschluß nach diesen grauenvollen Jahren auch das Wort Elsaß-Lothringen für immer aus der französisch-deutschen Unterhaltung verschwinden zu lassen, und eben dies kann nur erreicht werden durch Befolgung des Kühlmannschen „Niemals". (Sogar dieses Wort des Staatssekretärs, das von Moltke bereits in der Reichstagssitzung vom 4. Dezember 1886 ausgesprochen wurde, haben die Alldeutschen in den Verdächtigungskreis ihrer Regierungssabotage gezogen!) Die Lösung der elsaß-lothringischen Frage besteht darin, daß für Deutschland diese Frage nicht existiert. Der Politiker Karl Kautsky glaubt zwar, eine solche Anschauungsweise mit ironischen Gebärden abweisen zu müssen. Der Bürger Marcel Sembat schrieb allerdings 1913: „Mein lieber Hervé, präg dir in deinen Schädel wohl ein, es gibt für einen Deutschen, für jeden Deutschen, sei er nun Sozialdemokrat oder nicht, keine elsaß-lothringische Frage! Für den Deutschen ist die elsaß-lothringische Frage nur mehr eine solche der inneren Politik." Und in der einmütig von Deutschen und Franzosen auf dem Kongreß der sozialistischen Internationale in Basel (25./26. November 1912) angenommenen Erklärung, in der von der Autonomie der Türken, der Albanesen, der slawischen Völker-

Digitized by Google

schaften Österreich-Ungarns gesprochen wird, ist der Name Elsaß-Lothringen wohlweislich nicht genannt, so daß der Bürger Hervé die bittere Bemerkung machte: „Kommen wir vielleicht hierher als Besiegte?" Auf der deutsch-französischen Verständigungs-Konferenz in Bern (Mai 1913) hieß es in der gemeinsamen Erklärung: „Die erste Konferenz der deutschen und französischen Parlamentarier ... dankt von Herzen der vom Volke gewählten Vertretung Elsaß-Lothringens, daß sie durch ihre hochherzigen Erklärungen[1] die Annäherung beider Länder zu einer werktätigen Gemeinschaft der Zivilisation erleichtert hat." Einige französische Radikale fanden hierin eine „stillschweigende Anerkennung der Gesetzlichkeit der 1871 vollführten Gewalttat" und unterzeichneten diese Erklärung nicht. Die französischen Genossen nahmen sie „mit Begeisterung" an.

So dürfen wir denn wohl die Behauptung aufstellen, daß die französischen Sozialdemokraten selbst, äußerlich wenigstens, gerade in den Jahren vor dem Weltkriege auf eine Revanche verzichtet hatten. Noch auf ihrer Tagung vom 16. Juli 1914 (!!) haben sie den deutschen Standpunkt gebilligt! Daß sie mit Kriegsbeginn am Altar des „Heiligen Feuers der Revanche" die inbrünstigsten Gebete verrichteten, daß sie selbst in der Mitte des vierten Kriegsjahres, nachdem ihr Land 3 Millionen Männer für die 1½ Millionen Bewohner Elsaß-Lothringens zwecklos geopfert hat, jeder vernünftigen Erwägung, durch einen Revanceverzicht den Weltfrieden zu beschleunigen, beharrlich die Tür verschließen, das Alles ist uns deutschen Sozialdemokraten die schmerzlichste und schwerste Enttäuschung in diesen Jahren, aber was beweist es schließlich anderes, als daß auch unsere Genossen jenseits des Rheins eben — Franzosen sind? Soll es denn wirklich für die Elsaß-Lothringer, die bei den ersten Landtagswahlen den Nationalisten nur 2,8 vom Hundert aller Stimmen gaben, deren arbeitende Klassen durch eine französische Eroberung unendlich viel verlieren würden (Huë), dessen großen Aufschwung unter deutscher Verwaltung selbst Hervé anerkennt, ein so unendlich großes Glück sein, im französischen Staate, dem Lande des politischen Skandals und des hinter einer wortreichen Demokratie scheinheilig versteckten Kapitalismus zu leben?

Ich halte jene Theorie, daß unser Verhältnis zu Frankreich durch die Politik des Frankfurter Friedens verursacht wurde, für eine oberflächliche, den Sachverhalt durchaus nicht erschöpfende Konstruktion. Bismarck hat in seiner großen Rede zur Wehrvorlage am 11. Jannar 1887 im Reichstag gesagt: „... denn sobald sie (Franzosen) glauben, zu siegen, fangen sie den Krieg an ... Man würde dafür sorgen, daß das Deutsche Reich so stark nicht bleibt, wie es ist. Man würde, von der Rheingrenze ausgehend, uns von dem Rhein so viel abnehmen, wie man könnte; ich glaube nicht, daß man sich mit Elsaß-Lothringen begnügen würde, man würde ein alterum tantum

[1] Die elsaß-lothringische Kammer hatte sich am 6. Mai entschieden gegen einen Revanchekrieg ausgesprochen.

Digitized by Google

dazu verlangen den Rhein abwärts." Was Bismarck vor 30 Jahren prophezeite, ist eingetreten; Frankreich will — wie seit Jahrhunderten — wieder deutsches Land. Wenn unsere auswärtige Politik in einer Frage entschlossene Stetigkeit zeigte, so war es gewiß bei dem Bestreben, mit unserem westlichen Nachbar in ein anständiges und ruhiges Verhältnis zu gelangen. „Wir haben" — um Bismarcks Worte anzuführen — „unsererseits alles getan, um die Franzosen zum Vergessen des Geschehenen zu bewegen. Frankreich hat unsere Unterstützung und unsere Förderung in jedem seiner Wünsche gehabt . . . Wir haben uns redlich bemüht, Frankreich gefällig zu sein und dasselbe zufrieden zu stellen, wie wir können." Und was war letzten Endes doch immer nur das Echo? Verständnisloses Kritisieren am deutschen Wesen, glorioſe Verhimmelung der „ewigen Größe Frankreichs", bis dann Staatsmänner und Journalisten, Sozialdemokratie und Bourgeoisie, Künstler und Akademiker mit dem 1. August 1914 die Maske fallen ließen und einer der ersten Kulturnationen nur eine „Spottgeburt von Dreck und Feuer" entgegenschleuderten. Wenn wir auch wußten, daß man in Frankreich vernünftiges und anständiges Denken gegenüber unserem Volke noch nicht gelernt hatte, und daß die französischen Schriftsteller, die einst unter dem Beifall ihres Vaterlandes an dem Deutschen „son genie aussi inventif que patient et laborieux" rühmten, im 13. Jahrhundert lebten, den französischen Deutschenhaß und französischen Größenwahn hatten wir doch reichlich unterschätzt. Und diese beiden, seit vielen Menschenaltern verhängnisvollen Bedrohungen des Weltfriedens müssen, um einen dauernden friedlichen Zustand zu erlangen, in diesem Kriege durch ein unerbittliches „Niemals" den Todesstoß erhalten. Der aufgeblähte gallische Hahn, der noch einmal am 26. Oktober vorigen Jahres aus dem Herrn Painlevé krähte: Frankreich als vornehmste (!) der Nationen könne nicht mit einer offenen Wunde in seiner Flanke im Kreise der Völker seinen Rang halten, der gallische Hahn, der noch einmal unter dem Beifall des Bürgers Albert Thomas im Herrn Barthou der öden, immer gleich fließenden französischen Phraseologie seinen Tribut mit dem Geschrei zahlte: Elsaß und Lothringen sind vom Feinde besetzte Departements, die wir befreien und in ihr wahres Vaterland zurückführen müssen!, dieser gallische Hahn wird nur zur Vernunft gebracht werden, wenn er an seinem Leibe die Wahrheit der weissagenden Worte des Genossen Jaurès verspürt, daß ein Revanchekrieg selbst dann ein vollkommener Zusammenbruch ist, wenn er siegreich sein würde. („Humanité" 18. Oktober 1905.) 14 Jahre vorher hatte Georg von Vollmar auf unserm Erfurter Parteitage (1891) gesagt: „Die Zeche bei der Geschichte (französisch-russisches Bündnis und Besiegung Rußlands durch uns) würde Frankreich bezahlen, und man könnte nicht einmal sagen, mit Unrecht." Und 21 Jahre früher lesen wir die Worte, die Marx am 28. Juli 1870 an Friedrich Engels schrieb: „Die Franzosen brauchen Prügel." Die Situation ist unverändert. Ja, die Franzosen müssen heute wie vor 48 Jahren durch die Leiden eines für sie vollkommen resultatlosen

Digitized by Google

Krieges zu der Überzeugung gelangen, daß es vergebliche Mühe für immer ist, gegen das Deutsche Reich militärisch anzukämpfen. Nicht besagt das Wort von Karl Marx, daß der geheiligte Boden ihres französischen Vaterlandes angetastet, die nationale Selbständigkeit verletzt, ihnen die Bedingungen eines eroberungssüchtigen Siegers aufgezwungen werden sollten; es will nur der Notwendigkeit Ausdruck geben, daß der Schmerz endlich einer besseren französischen Einsicht Bahn schafft. Die einzige, Gewähr versprechende Möglichkeit einer Verständigung mit Frankreich liegt in der unerschütterlichen Unantastbarkeit unseres Reiches. Mit einer Mächtekoalition sondergleichen zogen die Franzosen gegen uns in den Krieg, um ein Vielfaches nach jeder Richtung hin überlegen; ihren ganzen Republikanismus hatten sie an dem Thron des „Selbstherrschers aller Russen" niedergelegt wegen des einen süßen Wortes: Revanche! Sie klopften in Paris wieder leise an die Tore von Nôtre Dâme, der heiligen Einigkeit zu Liebe wegen der Verheißung: Revanche! Sie vergaßen alles, was große Männer ihres Vaterlandes an Kosmopolitismus sie gelehrt und stellten sich im geistigen Kampfe gegen die deutsche Nation in die Gosse wegen des glückseligen Gedankens: Revanche! Sie konnten aller Welten Menschen, Kanonen, Gewehre, Flotten, Schiffe aufbieten für das eine große Ziel: Revanche! Wenn sie dann nach einer Hoffnung, an deren Verwirklichung angesichts der beispiellosen Übermacht kein Franzose in der Welt zweifelte, auf die Trümmerstätten ihrer Heimat sehen und mit einem Friedensvertrag zurückkehren, in dem der Name Elsaß-Lothringen nicht zu finden ist, so muß nach den Jahren innerer Erschütterung der Gedanke das nationale Leben Frankreichs immer mehr beherrschen: es ist Wahnsinn, nach 1870 und 1914 nochmals über die Grenze nach Teilen unseres deutschen Nachbarlandes zu spähen; gelang uns die Erfüllung unserer Wünsche im Weltkriege gegen das umzingelte Deutschland nicht, so wird es uns nie mehr gelingen, und darum müssen wir das Wort Revanche für immer streichen. Die kommenden Monate werden dem französischen Nationalstolz die härteste Prüfung seit dem Bestehen Frankreichs bereiten; seine schwere — vielleicht tragische — politische Niederlage ist notwendig für eine bessere Zukunft.

Wir deutschen Sozialdemokraten aber erkennen die Quellen eines dauernden europäischen Verständigungsfriedens, wenn wir es ablehnen, auch nur ein Wort noch jemals über die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zu verlieren. Wir dienen dem Weltfrieden und treiben Politik vorausschauender Überlegung, wenn wir Frankreich den Franzosen, Deutschland aber den Deutschen lassen wollen und eine militärische Beendigung des Krieges erwarten, die jeden, aber auch jeden Revanceruf der Franzosen als hoffnungslos im Wind verhallen läßt. Es ist wahrlich nicht unsere, deutsche Schuld, wenn die Franzosen sich für ihr politisches Handeln noch nicht den Satz der Thronrede König Wilhelms vom 19. Juli 1870 zur Maxime wählten: Das deutsche wie das französische Volk sind zu einem heilsameren Wettkampf berufen als zu dem blutigen der Waffen. Die Politik Frankreichs in diesem Kriege deckte die Ur-

Digitized by Google

sache des Fehlens der französisch-deutschen Verständigung auf; die Franzosen glaubten, Deutschland könne noch einmal zu einem Westfälischen Frieden gezwungen werden. Diesen Glauben auszurotten ist die Pflicht einer Politik, die an eine Auferstehung des Menschengeschlechts nach diesen Jahren des Todes glaubt, somit in erster Linie Pflicht der deutschen Sozialdemokratie. Wir verabscheuen das Gewaltmittel des Krieges; Bourgeoisie und Arbeiter Frankreichs wollen ihn bis zum Augenblick noch als Waffe in einem Kampfe um ein angebliches Recht benutzen. So müssen wir durch diese Waffe den Unverstand ihres Begehrens für alle Zeiten festlegen. Die Stunde wird einst kommen, in der es sich zeigt, daß aus der Zurückweisung aller Annektionsgelüste der französischen Republick nach Elsaß-Lothringen dem Vaterlande und der Menschheit reicher Segen erwuchs. Und das ist der vornehmlichste Grund, daß wir deutsche Sozialisten *heute*, in Übereinstimmung mit unserer wirtschaftspolitischen und geschichtlichen Berechtigung den undiskutierbaren Satz aufstellten: *die deutschen Reichslande bleiben bei Deutschland.*

Lehrerbildung und Schulreform

Von Stadtrat Prof. Dr. Julius Ziehen

In seinen „Briefen über das deutsche Theater" vom Jahre 1846 hat Heinrich Laube die Frage nach dem besten Wege zur Schaffung einer wirklichen Theaterkultur u. a. dahin beantwortet, daß „das Vorwärts unsrer Tage im Ausbilden von Institutionen besteht, welche uns vor dem Mangel an Persönlichkeiten leidlich sicher stellen" — die Wahl der Ausdrücke in diesem gut geprägten Satze ist mir besonders deshalb immer als beachtenswert glücklich erschienen, weil Richtung und Art *der* Arbeit in ihnen mit so gesundem Sinn für die Wirklichkeit bezeichnet sind: „Vorwärts!" das freudige, durch keinerlei einseitige Programmsetzung vorschnell gebundene Losungswort, und die Bahn zu diesem Vorwärts ohne verstiegene Verheißung in der Richtung gefunden, die gegenüber der so oft beliebten Überschätzung des Stofflichen vor allem für die nötigen persönlichen Träger des Fortschrittes zu sorgen sucht — von der Grundlage dieses Gedankenganges aus sollte an alle „Reformen" unseres öffentlichen Lebens weit mehr herangetreten werden, als es meisthin der Fall ist, und kaum ein zweites Gebiet unserer Kulturpolitik hat diese Mahnung so nötig wie das des Bildungswesens, auf dem über der immer erneuten Erörterung untergeordneter materieller Einzelfragen der eben bezeichnete Kernpunkt der Vorwärtsbewegung nur allzu oft vergessen wird.

Bei dieser Sachlage ist es nun ganz besonders erfreulich, daß die oberste Unterrichtsbehörde unseres größten deutschen Einzelstaates neuerdings mehr als je zuvor die Wege einschlägt, für deren Charakteristik wir Laubes Ausspruch zum Führer nahmen: man hat in der letzten Zeit mehr als einmal beanstanden wollen, daß das preu-

Digitized by Google

ßische Kultusministerium so zurückhaltend ist mit der Stellungnahme zu allen den Reformvorschlägen, die in einer an die Zeit von 1890 erinnernden Masse auch heute wieder von mehr oder weniger berufener Seite in die Öffentlichkeit gebracht werden: diese Zurückhaltung scheint mir vielmehr das einzig Richtige zu sein, wenn sie, wie sicher anzunehmen, in dem Wunsche nach einer nicht bloß äußerlichen Besserung der Zustände ihren Grund hat und wenn bei aller abwartenden Stellung gegenüber den Lehrplan- und ähnlichen Fragen das Vorgehen der Behörde doch entschieden unter dem Zeichen des Losungswortes „Vorwärts" steht.

Drei neuere Maßregeln des preußischen Kultusministeriums beweisen unverkennbar, daß das letztere in hochbedeutsamer Weise der Fall ist: die kurz vor dem Ausbruche des Weltkrieges erfolgte Schöpfung des Zentralinstitus für Erziehung und Unterricht, die nach eingehender Anhörung der Beteiligten im Jahre 1917 erlassene neue Ordnung der Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen und endlich die Abhaltung der pädagogischen Konferenz vom Mai 1917, auf der die Aufgaben der Lehrstühle für Pädagogik an den Universitäten erstmals ausführlich erörtert und einstimmig angenommene Richtlinien für den Ausbau eines bisher stark brachliegenden Gebietes der Hochschularbeit gewonnen worden sind. Wenn die Jahrhundertfeier der Errichtung des preußischen Kultusministeriums unter dem schweren Druck der gegenwärtigen Zeit äußerlich kaum in die Erscheinung getreten ist, so bezeichnen die drei eben angeführten Maßregeln innerlich um so mehr eine Säkularfeier der besten Art: der „Würde und Wichtigkeit der Erziehungs- und Schulsachen", von der die das Kultusministerium einsetzende Königliche Verordnung vom 3. November 1817 redet, ist mit ihnen Rechnung getragen worden in einer fruchtbaren und zielbewußten Schaffensfreudigkeit, die jeden einsichtigen Betrachter gar wohl an die großen Tage Wilhelm von Humboldts und seiner Mitarbeiter erinnern kann und die zur Hoffnung auf ein tatkräftiges Vorwärts nach meiner Ansicht weit bessere Hoffnung gibt, als das durch eine Neuordnung der Lehrpläne und der Schulformen zurzeit der Fall sein würde.

Der gemeinsame Gedanke der drei Maßregeln ist, wenn ich sie richtig beurteile, der einer sehr viel besseren und lebensvolleren Vor- und Fortbildung der Lehrerpersönlichkeiten. Und bei dieser besseren Vor- und Fortbildung soll denn endlich auch das zu seinem Rechte kommen, was bisher bei Licht besehen doch nur sehr äußerlich in ihr vertreten war: die Einführung in die Pädagogik als Lehre vom Bildungswesen, deren Kenntnis für den Lehrer unentbehrlich ist, wenn er nicht nur Übermittler fachmännischen Wissens an die Jugend, sondern zugleich Jugenderzieher und von Engherzigkeit freier Mitarbeiter an der Arbeit der Schule als eines der wichtigsten Träger kulturpolitischen Fortschrittes sein will. Es ist kaum zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß durch dieses neue Element in der Vor- und Fortbildung geradezu ein neuer Typus des Oberlehrers angestrebt und hoffentlich auch bald erreicht wird, das Erfreuliche bei

Digitized by Google

dieser Wendung der Dinge besteht aber mit darin, daß die Unterrichtsverwaltung sich mit sehr gutem Grunde wohl gehütet hat, über der Ausbildung des Pädagogen nun den Fachgelehrten zu kurz kommen zu lassen, wie das bei einer unzweckmäßigen Gestaltung der pädagogischen Belehrung nur allzu nahe liegt — man hat diese Gefahr vermieden, indem man während des Universitätsstudiums die Pädagogik nur als wirkliche Wissenschaft, nicht in der Form der Vorwegnahme der Einführung in die Lehrpraxis bieten und auch bei der pädagogischen Ausbildung während der zweijährigen praktischen Vorbereitungszeit diejenige Art der Pädagogik weiter wirken läßt, die — eben als Lehre vom Bildungswesen, und infolgedessen stark staatswissenschaftlich orientiert — die willkommenste, ja eine geradezu notwendige Ergänzung des fachwissenschaftlichen Studiums bildet.

Die Anforderungen an den Oberlehrer sind durch die neue Prüfungsordnung erheblich gesteigert worden, wobei die tatsächlich schon lange durchgeführte vierjährige Dauer des Studiums eine gegenüber der inneren Steigerung der Forderungen nur verhältnismäßig untergeordnete Rolle spielt; auf der anderen Seite hat die Unterrichtsverwaltung aber nicht unterlassen, dem höheren Maß der Ansprüche auch ein sehr verbessertes System der Einrichtungen gegenüberzustellen, die die Erfüllung dieser höheren Ansprüche erleichtern. Wer trotz dieses letzteren Umstandes die — hoffentlich mit aller Festigkeit aufrecht erhaltenen — Vorbedingungen der Anstellungsfähigkeit nicht erfüllt, der paßt eben nicht hinein in einen Stand, dem eine so wichtige Aufgabe anvertraut ist wie die Unterweisung und Erziehung der Jugend in unseren höheren Schulen; die Gefahr drohenden Oberlehrermangels haben wir aber nach meiner Ansicht aus mehreren Gründen kaum zu befürchten. Erstens deshalb nicht, weil, wie ich bestimmt annehme, die planmäßige Verbreitung der Mittelschule mit ihrem vorzüglichen Lehrplan mehr und mehr dazu beitragen wird, die höhere Schule von den nicht für sie passenden Schülern zu entlasten und dadurch die zurzeit entschieden zu große Zahl höherer Schulen allmählich herabzusetzen, sodann deshalb, weil nach meiner festen Überzeugung der Oberlehrerstand — auch unabhängig von der etwa geplanten Neuregelung seiner Amtsbezeichnungen — unter der Einwirkung der zunehmenden, durch den Krieg gewiß geförderten kulturpolitischen Einsicht unseres Volkes an Anziehungskraft sehr bald beträchtlich gewinnen wird, und endlich darum, weil der gesunde Grundgedanke der jetzt so viel besprochenen Förderung des „Aufstiegs der Begabten" bei zweckmäßigem Vorgehen der in Betracht kommenden Behörden gerade dem Oberlehrerstande zahlreiche überaus wertvolle Elemente zuführen kann: daß aber dieser Zuwachs die gesellschaftliche Lage des Oberlehrerstandes gefährden würde, glaube ich aus dem Grunde nicht, weil ich zu der wahren Tüchtigkeit auch in gesellschaftlicher Hinsicht ein freudiges Zutrauen habe und auch von der assimilierenden Kraft eines sich selbst hochhaltenden Oberlehrerstandes eine ausreichende Einwirkung erwarte; die gesellschaftlichen Scheinwerte aber, die uns vor

Digitized by Google

dem Kriege in so weitgehender Weise belastet haben, die werden wir ja hoffentlich hier wie in anderen Ständen ohne großes Bedauern preisgeben — wir haben uns zum Schaden der Sache lange genug mit ihnen herumgeschleppt.

Ob in dieser letzterwähnten Annahme ebenso wie in manchem vorher Gesagten nicht ein unberechtigtes Stück von allzu hoffnungsbereitem Optimismus steckt? Ich glaube an sich, daß dem Gedanken des „Vorwärts" mit einem solchen Optimismus, selbst wenn er etwas zu weit geht, besser gedient ist als mit einer durch allzuviel Wenn und Aber belasteten Betrachtung der Verhältnisse, meine aber, zu einer zukunftsfrohen Anschauung im vorliegenden Falle doch auch mehr als einen recht greifbaren Anlaß zu haben: eine Arbeit, wie sie das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht mit der jetzt schon so reichen Fülle seiner Veröffentlichungen leistet, kann nicht ohne erhebliche Wirkung zum Guten bleiben; Gedanken, wie sie auf der pädagogischen Mai-Konferenz im Ministerium über volkserzieherische Fragen aller Art teils angedeutet, teils ausgeführt worden sind, können nicht ungehört verhallen, wenn unsere Nation nach einem siegreichen Ausgang des Kampfes für unser unter so unendlich schweren Opfern verteidigtes Volkstum aus den Erfahrungen des Weltkrieges die nötigen Folgerungen zieht, und wenn in den amtlichen Zeilen der neuen Prüfungsordnung selbst schon für jeden Sachverständigen ein Element von treibender Kraft enthalten ist, das ihren Vorgängerinnen bei weitem nicht in gleichem Maße innewohnte, so ist das gleiche Element mit einer gradezu zwingenden Frische und Freudigkeit in den schönen Erläuterungen enthalten, die Geheimrat Reinhardt zu der neuen Prüfungsordnung (Berlin 1917, Weidmann) geschrieben hat. Wer wollte nicht froh in die Zukunft des Oberlehrerstandes und damit zugleich auch in die Zukunft unserer höheren Schule blicken, wenn sich das Vorgehen der obersten Unterrichtsbehörde und ihrer Mitarbeiter mit so mannigfachen, alle dem gleichen Ziele dienenden Äußerungen so herzhaft unter das Zeichen eines auf den Kern der Sache gerichteten „Vorwärts" stellt?

Politik und Valuta

Im neutralen Ausland wird für die Reichsmark erheblich weniger bezahlt als in normalen Zeiten. In großen Zügen betrachtet ist diese Entwertung unserer Valuta mit jedem Kriegsjahr schlimmer geworden bis zum November vorigen Jahres. Da trat eine ganz plötzliche und sehr erhebliche Verbesserung ein. Das ergibt sich am besten aus der nachstehenden Übersicht:

Digitized by Google

Die Bewegung der deutschen Valuta:

Für 100 Mark erhielt man in:	im Frieden	Ende Oktober 1917	d. s. in Prozent des Friedenswertes	Ende Dezember 1917	d. s. in Prozent des Friedenswertes
Stockholm	Kr. 88.89	32.50	37 %	60.—	67.5 %
Zürich	Fr. 123.45	60.50	48 %	85.—	69 %
Kopenhagen	Kr. 88.89	38.25	43 %	64.25	72 %
Amsterdam	Fl. 59.26	30.55	52 %	45.40	77 %
New York	Doll. 23.80	13.33	56 %	20.—	84 %
London	Pfd. 4.89	2.86	58 %	4.20	86 %
Paris	Fr. 123.45	76.60	63 %	112.—	90 %
Rom	Fr. 123.45	105.—	85 %	169.—	137 %
Wien	Kr. 118.—	160.—	135 %	160.—	135 %
Petersburg	Rbl. 46.30	92.60	200 %	108.—	233 %

Will man den Grund der Valutaverschiebung auf eine recht einfache Formel bringen, so wird man sagen können, es ist ein einschneidendes Mißverhältnis eingetreten zwischen Angebot und Nachfrage. Im Frieden gleicht sich auf dem internationalen Wechselmarkt Angebot und Nachfrage aus, und wenn sich ein Fehlbetrag zwischen beiden ergibt, so wird durch Kreditgewährung und Goldhergabe dieser Unterschied vollends ausgeglichen. Im Krieg nun fehlen beide Voraussetzungen für den Ausgleich. Die kriegführenden Länder werden naturgemäß vom Ausland mehr kaufen als sie dorthin verkaufen. Sie werden außerdem, wie das namentlich bei Deutschland der Fall ist, auf wichtige Einnahmequellen verzichten müssen wie zum Beispiel den Zinserlös aus dem ausländischen Wertpapierbesitz, den Gewinn aus der internationalen Schiffahrt, den Gewinn des Fremdenverkehrs usw. Von allem aber fällt die ausgleichende Wirkung des Goldes teilweise weg, denn die Länder, und nicht nur die kriegführenden, haben längst die freie Goldausfuhr untersagt. Übersteigen auf diese Weise die Forderungen des Auslandes unsere Forderungen an dieses, so müssen die Wechselkurse sich zu unseren Ungunsten wenden. Das kann wie erwähnt durch Kreditgabe ausgeglichen werden. Ein Teil der Ententeländer, vor allem England und Frankreich, vermochten das zu tun. Sie erhielten Milliardenkredite namentlich von den Amerikanern. Infolgedessen ist vor allem der englische Wechselkurs während eines großen Teils des Krieges verhältnismäßig nahe an seinem Friedensstand geblieben (erst als auch der amerikanische Wechselkurs ins Wanken geriet, brach auch das Pfund Sterling zusammen). Daß die Wirkungen jener Milliardenverschuldungen sich später sehr unangenehm bemerkbar machen werden, ist eine Sache für sich. Erst im Frieden wird sich für Deutschland als ein Segen bewähren, daß wir nur ganz geringe Verbindlichkeiten im Auslande abzutragen haben, während England eine ungeheure Last wird verzinsen

Digitized by Google

müssen. Hier interessiert uns aber nur die augenblickliche Lage, und da können wir bereits den Einfluß der Politik auf die Valuta feststellen; das Land, das gute Beziehungen bei andern Völkern hat aufrechterhalten können, wird die verhältnismäßig günstigsten Wechselkurse auch im Kriege unter sonst gleichen Verhältnissen bewahren. Deutschland, das dank des britischen Verleumdungsfeldzuges und dank mancher eigenen Ungeschicklichkeit sich so lange im Ausland der größten Antipathien erfreut hat, mußte unter diesen Dingen außerordentlich leiden.

Wie sehr nun politische und namentlich militärpolitische Ereignisse auf die Valuta wirken, haben wir mit besonderer Deutlichkeit beobachtet, als im Dezember 1916 Bethmann Hollweg sein bekanntes Friedensangebot machte. Damals schnellte innerhalb 48 Stunden in New York der Kurs für den deutschen Wechsel von 65⅞ auf 70¼, in der Schweiz von 79 auf 85 und in Amsterdam von 39,15 auf 42¼. Der Grund einer derartigen Erholung liegt natürlich auch in rein finanziellen Überlegungen und hängt auch letzten Endes mit einer Veränderung in Angebot und Nachfrage zusammen: die Bankiers im neutralen Ausland sagten sich eben damals, wenn Deutschland jetzt Frieden erhält, so werden bald wieder normale Verhältnisse eintreten, Deutschlands Handel und Wandel wird sich rasch erholen usw. Aus diesen Erwägungen heraus kaufte gar mancher damals deutsche Wechsel und Banknoten und erhöhte so die Nachfrage.

Am deutlichsten aber ist jene Einwirkung der Politik im Spätherbst 1917 zu beobachten gewesen, wie unsere Tabelle sehr gut zeigt. Als damals die Isonzofront durchbrochen und kurz darauf Kerenski von den Maximalisten verdrängt wurde und damit auch die Hoffnungen auf einen Sonderfrieden zwischen Rußland und den Zentralmächten wuchsen, da erholte sich in ganz wenigen Wochen der Stand der Reichsmark in der Schweiz von annähernd 60 Centimes auf nahezu 90 Centimes (Kurs in den ersten Tagen des Januar). Auch hier sind politische Erwägungen der Antrieb, eine Änderung in Angebot und Nachfrage aber der rein geschäftliche Grund. Bis dahin hatte nämlich eine ganze Reihe von internationalen Spekulanten, ausgehend von einer ungünstigen Beurteilung der deutschen Aussichten, Leerverkäufe in deutschen Noten unternommen, sie hatten also deutsche Valuta verkauft, ohne sie zu besitzen. Auf jene Nachrichten hin waren sie gezwungen, sich rasch einzudecken, und das erhöhte die Nachfrage. Darüber hinaus scheinen namentlich in der Schweiz, aber auch in Holland zahllose mittlere und kleine Existenzen bis herunter zu den Kellnern auf einmal großes Zutrauen zu uns gewonnen und ihre Sparpfennige in Reichsbanknoten angelegt zu haben.

Nüchterne Beobachter haben jene Bewegung damals für etwas überstürzt gehalten, so sehr sie sich über die Besserung freuten. Die letzten Tage haben jenen recht gegeben, die zur Vorsicht mahnten, denn die ersten Januarwochen haben uns einen nicht unerheblichen Rückschlag gebracht, beispielsweise in der Schweiz den Kurs wie-

Digitized by Google

der zeitweise auf 80—82 drückte. Als nämlich die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk sich doch erheblich schwieriger zeigten, als man gedacht hatte, und als in Berlin die Gegner der Kühlmannschen Politik mit besonderer Energie vorgingen, da ergab sich eine nicht unerhebliche Abschwächung der deutschen Devisenkurse, da man die Friedensaussichten und damit auch die wirtschaftliche Wiedererholung Deutschlands etwas skeptischer beurteilte. Umgekehrt hat die Nachricht von der Annäherung an die Ukraine wieder eine gewisse Erholung gebracht.

Mit diesen Feststellungen liegt uns nichts ferner, als selbst Politik zu machen. Denn bei all diesen Dingen kommt es nicht auf Episoden an, sondern darauf, wie die Valuta beim Wiedereintritt normaler Verhältnisse steht; ist sie dann befriedigend, so kann es uns gleichgültig sein, ob in irgendeiner vorübergehenden Zeitspanne des Krieges einmal internationale Spekulanten mehr oder weniger skeptisch über uns gedacht haben. Der Zweck dieser Zeilen war lediglich, die Zusammenhänge zu erklären. Unser aller Hoffnung muß es sein, daß beim Friedensschluß die Gesamtbilanz unserer Friedenspolitik für uns günstig ist. Dann wird auch die Erholung unserer Valuten schnell weiter Fortschritte machen. Das brauchen wir bitter nötig. Denn bei einem Valutastand, wie wir ihn in der letzten Zeit hatten, stößt eine genügende Einfuhr der uns dringend notwendigen Rohstoffe auf schwer übersteigbare Hindernisse. Linter.

Brief an die „Deutsche Politik"

In Nr. 52 hat Hans Delbrück eine schneidige Attacke gegen Graf Reventlow geritten und dargelegt, daß die ständige U-Bootsdrohung nach dem Kriege zur Sicherung unserer Rohstoffbezüge von Übersee ein politisch unmögliches Unternehmen sein würde. Delbrück gibt gleichzeitig seiner Ansicht über die praktische Bedeutung eines allgemeinen Weltboykotts Ausdruck. Er will sich von ihm nicht bange machen lassen und beruft sich darauf, daß „schon in den kaufmännischen Kreisen der Entente selber sich gegen die Pariser Wirtschaftskonferenz sofort schärfster Widerspruch erhoben habe".

Es ist richtig, daß von einem großen Teil der englischen Geschäftswelt heute der Plan des Wirtschaftskrieges nach Friedensschluß entschieden bekämpft wird. Obgleich die britischen Handelskammern, bei denen in wirtschaftlichen Dingen die Fühlung zu liegen pflegt, zum Teil so voreilig waren, sich schon frühzeitig gegen jede Wiederanknüpfung von Wirtschaftsbeziehungen mit den Mittelmächten auszusprechen, hat neuestens unter den Handelskammern eine Bewegung für die Unterlassung des Wirtschaftskrieges eingesetzt; an der Spitze dieser steht die Kammer in Liverpool. In gleicher Richtung wirken die „Daily News." Trotzdem hat sich das Kabinett bisher nicht im geringsten an diese Auffassung gekehrt. Nachdem es auf der Pariser Wirtschaftskonferenz 1916 die Verpflichtung übernommen hatte, zusammen mit den Vereinigten Staaten eine die ganze Welt umfassende Organisation zur Erwürgung des Handels mit den Mittelmächten zu schaffen, haben diese weitausschauenden Pläne, was England angeht, neuestens in dem Department of Oversea Trade (Development and Intelligence) Gestalt gewonnen. Am 12. Dezember ist das Übersee-Handelsamt amtlich ins Leben getreten. Anknüpfungs- und organisatorischer Ausgangspunkt war bei ihm das Commercial Intelligence Bureau, das sich, schon 1899 als Abteilung des Handelsamts begründet, bis zum Kriegsausbruch zu seiner weit-

Digitized by Google

aus bedeutendsten Abteilung entwickelte, und in Anerkennung dieser schon 1916 die Bezeichnung eines Department annahm. Dieses Handelsnachrichtenamt, das während des Krieges seinen Beamtenstab und seinen Aufgabenkreis riesig erweitert hat, ist schon lange die Stelle, auf die zum großen Teile die Maßnahmen zurückgehen, die von England gegen den Handel der Mittelmächte ergriffen wurden. Mit dem 1. Oktober trat eine bedeutsame Veränderung in der politischen Stellung dieses Amtes ein: Es wurde zu einer selbständigen Mittelstelle zwischen dem Handelsamt und dem Auswärtigen Amt erhoben. Damit wurde der Zersplitterung, die in bezug auf die Behandlung von Handelssachen seit Jahren zum Mißvergnügen der britischen Geschäftswelt zwischen jenen Ämtern bestand, wenigstens vorläufig entgegengewirkt.

An die Spitze des Amtes trat als Vertreter im Parlament Sir Arthur Steel-Maitland. Er ist zusätzlicher Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts und andererseits als Hilfsparlamentssekretär des Handelsamts dem Präsidenten desselben verantwortlich. Die praktische Folge dieser einschneidenden Änderung ist, daß der gesamte Handelsnachrichtendienst des Auswärtigen Amts (Konsuln, Handelsattachés) nunmehr unmittelbar dem Übersee-Handelsamt angeschlossen und damit einer einheitlichen Leitung unterstellt ist.

Die Neuorganisation hat zu der früheren eine weitere starke Vermehrung des Beamtenstabes gebracht. Am 1. Oktober eröffnete das Department seinen Betrieb mit 739 Köpfen; für Anfang Januar wurde auf 1000 gerechnet.

Natürlich schweigt sich die britische Regierung über die politischen Ziele dieses neuen Amtes im einzelnen aus. Aber so viel ist von ihr bekannt gegeben worden, daß das Übersee-Handelsamt nicht nur eine Handelsnachrichtenstelle allergrößten Stiles, sondern auch eine Kampforganisation sein soll, und daß sie in allererster Linie zur Vernichtung des deutschen Handels bestimmt ist.

Wir haben allen Grund, dieser Neuschöpfung vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ist auch die Frage: „Wirtschaftskrieg nach dem Kriege oder nicht?“ in England noch nicht zur Entscheidung gelangt, so steht doch, gleichgültig, ob das Amt seinen Vernichtungsfeldzug gegen Deutschland nach dem Kriege fortsetzen wird oder nicht, heute schon fest, daß

1. zur Vernichtung des feindländischen Handels, solange der Krieg dauert, von England alles getan wird, was bisher noch nicht geschehen sein sollte;

2. daß auf jeden Fall England nach dem Kriege über eine überaus rührige, gewaltige und gut eingearbeitete Handelsförderungsstelle verfügt.

Wenn man diese Rüstung Englands zum Weltboykott prüft, kann man doch wohl nicht recht von „Gespensterseherei“ sprechen.

Sollte dies uns nicht endlich einmal für das, was uns auf dem Gebiete der nationalen Außenhandelsförderung bei Friedensschluß nottut, aufmerksam machen? Wer will heute bestreiten, daß es dafür hohe Zeit ist, und daß es auf jeden Fall zu spät ist, wenn erst später die Dinge selbst an uns herantreten?[1] Das britische Weltkrieg und die ihm verbündeten Länder sind nun einmal die, die uns die Hauptmengen der überseeischen Rohstoffe liefern müssen, so sehr wir uns auch nach Ersatz und nach anderweitiger Beschaffungsmöglichkeit umsehen. Im Lärm der Waffen und der innenpolitischen Kämpfe haben wir die wahre Bedeutung jener so notwendigen weltwirtschaftlich-organisatorischen Vorarbeit nach der Seite der Welthandelsförderung leider vollkommen übersehen. Möge uns diese Erkenntnis nicht zu spät kommen!

Dr. Th. Schuchart

[1] Vgl. Schuchart: Die deutsche Außenhandelsförderung unter besonderer Berücksichtigung des Wirtschaftsnachrichtenwesens. 1918. L. Simion Nachf., Berlin.

Digitized by Google

Notizen

Kartoffelkrawalle und Osterbotschaft. Bisher waren wir der Ansicht, die Osterbotschaft sei ebenso wie der spätere Julierlaß geboren aus dem Vertrauen auf ein „treues, tapferes, tüchtigs und hochentwickeltes Volk". Die „Deutsche Tageszeitung" will uns eines Besseren belehren. In einem Artikel „Der Druck der Straße" vom 22. Januar sucht sie beide Erlasse als einen Ausfluß bleicher Furcht vor den Pöbelmassen zu deuten. „Die ersten Anzeichen schwieriger Stimmung beantwortete die Regierung mit den Zugeständnissen im Hilfsdienstgesetz, der teilweisen Depossedierung der Arbeitgeber, die Kartoffelkrawalle mit der Osterbotschaft, die späteren Streiks mit den Pässen für Stockholm und dem Julierlaß". Wie absurd diese Zusammenstellung ist, ergibt sich schon aus den Daten. Die Kartoffelkrawalle in Essen, Düsseldorf, Köln usw. fanden im Januar, vereinzelt noch im Februar statt; die Osterbotschaft ist datiert vom 7. April. Der Munitionsarbeiterstreik brach um die Mitte April im Anschluß an die Herabsetzung der täglichen Mehlration aus; der Wahlrechtserlaß ist erst vom 11. Juli. In beiden Fällen liegt also zwischen den Ereignissen, in denen die „Deutsche Tageszeitung" den Ursprung der kaiserlichen Erlasse sehen will, und diesen Erlassen selbst fast ein volles Vierteljahr. Vielleicht wird die „Deutsche Tageszeitung" gerade darin eine Bestätigung ihres Verdachts sehen wollen. Herr von Bethmann Hollweg war bekanntlich recht langsam von Entschlüssen; also wäre ausgerechnet der lange Zwischenraum zwischen jenen Ereignissen und den Erlassen der beste Beweis für ihren kausalen Zusammenhang! Doch Scherz beiseite. Uns wird immer unverständlich sein, wie ein Blatt, das sich als monarchisch ausgibt, die ausdrücklichen Worte des Kaisers desavouiren kann. „Leuchtend stehen die Leistungen der gesamten Nation in Kampf und Not vor meiner Seele", mit diesen schönen Worten hat der Kaiser die Empfindungen gekennzeichnet, die ihn zum Erlaß der Osterbotschaft bewogen. Nein, unterstellt die „Deutsche Tageszeitung", die Kartoffelkrawalle standen vor seiner Seele! Wir sind der Überzeugung, daß dem deutschen Volk das Zeugnis seines Kaisers für immer maßgebend sein wird.

Bei der Wichtigkeit, die die Vorgeschichte der Osterbotschaft und des Julierlasses für die Beurteilung der heute im Mittelpunkt des Interesses stehenden Verfassungsvorlagen hat, habe ich dieselbe in einem größeren Aufsatz der „Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung" (Jahrg. 1917/18, Heft 5) und einem ergänzenden Artikel der „Vossischen Zeitung" übersichtlich zusammengestellt. Die Aneinanderreihung aller Äußerungen Herrn von Bethmann Hollwegs ergibt mit völliger Sicherheit, daß Osterbotschaft und Wahlrechtserlaß nichts anderes waren als ein innerlich notwendiger und vollauf begründeter Fortschritt auf dem von dem Kaiser selbst am 4. August 1914 eingeschlagenen Wege. Friedrich Thimme

Der Burgfriede ist eine Fiktion geworden, zumal, seitdem eine Parteigruppe entstand, die unter seinem Zeichen den rücksichtslosesten Kampf gegen die Mehrzahl der alten Parteien begann. Wie hat Hindenburg sich getäuscht, als er der neugegründeten Vaterlandspartei den Wunsch auf den Weg gab, sie möchte die Einheit des Volkes neu sammeln und stärken. Wir sind jetzt soweit gekommen, daß an zahlreichen Orten die Werbeversammlungen der Vaterlandspartei zum Schauplatz von Lärm und Ausschreitung geworden sind. Das ist, um des Eindruckes willen, schwer zu bedauern; wir wollen keine Formen terroristischer Vergewaltigung in unseren inneren Auseinandersetzungen. Aber die Vaterlandspartei darf nicht nur wehklagen und anklagen; sie soll an ihre eigene Brust schlagen: Mea culpa, mea maxima culpa! Nicht nur um des Berliner Vorganges willen! Wird sie von den bösen Erscheinungen die Lehre annehmen, daß ihr Name wie ihr Gebahren eine Verletzung jenes Volksempfindens ist, von dem sie glauben und erzählen, daß es in ihre Führung gegangen sei.

Der konservativer Kampf gegen Wilhelm II. Wenige Tage vor dem diesjährigen Kaiser-

Digitized by Google

geburtstag hat die „Deutsche Zeitung“ ihrer monarchischen Gesinnung eine Prägung gegeben, die offenherzig genug ist, um als Zeitdokument bewahrt zu werden:

„Die deutsche Regierung hat sich unter den Willen der internationalen demokratischen Reichstagsmehrheit gebeugt, wie es vollkommener nicht möglich sein konnte, und den Kampf gegen das Haus Hohenzollern fortzusetzen, hat der amerikanische Präsident keine Veranlassung mehr, nachdem der derzeitige Repräsentant des Hauses Hohenzollern auf den Rat seiner verantwortlichen und unverantwortlichen Umgebung alle jene Forderungen der internationalen Demokratie erfüllt hat, die geeignet sind, die Monarchie zu untergraben und die das nationale Volkstum verletzende internationale Demokratie zur Herrschaft zu bringen.“

Was der Hohenzoller verdirbt, soll nach dem Wunsch und der Erwartung jenes Aufsatzes der Wittelsbacher retten. Die Bundesfürsten werden zur Hilfe und zur Fronde gegen den Kaiser aufgerufen. Sie sind die letzte Hoffnung gegenüber der Demokratie. Unglücklicherweise für den Artikelschreiber haben aber gerade zwei der wichtigsten, der Bayer und der Schwabe, seinerzeit die Führung in der Demokratisierung ihrer Staaten übernommen und sich persönlich für das demokratische Wahlrecht eingesetzt wie jetzt der Kaiser.

„Wider den Kleinglauben“ nennt sich eine kurze Flugschrift, die kürzlich Hans Delbrück im Verlag E. Diederichs in Jena erscheinen ließ. Sie stellt sich dar als eine „Auseinandersetzung mit der Deutschen Vaterlandspartei“. Es fehlte bisher an einer kurzen, klaren Darlegung dessen, was der besonnene Vaterlandsfreund gegen das leidenschaftliche Drängen der Vaterlandspartei gefühlsmäßig einwenden möchte, ohne doch den Stoff genügend zu beherrschen. Diese Aufgabe hat Delbrück in sachlicher, vornehmer Weise gelöst. Schlagend legt er dar, daß der Wille zu einer großen deutschen Zukunft durch den Verständigungsfrieden und nur durch diesen Erfüllung finden kann. „Ein jäh durch Friedensschluß abgebrochener Krieg wäre ein Sieg Deutschlands“, so sprach durch den Mund Prof. Headlams kürzlich die englische Kriegspartei ihre ganze Sorge aus.

Der Preis des Heftes beträgt 40 Pf. Größere Mengen zum Vertrieb außerhalb des Buchhandels gibt der Herausgeber, Privatdozent Dr. Martin Hobohm, ab (Charlottenburg 1, Königin Luisestr. 11, Postscheckamt Berlin, Konto Nr. 36 570). 10 Expl. M. 2.50, 100 Expl. M. 20.—.

Rußlands Kampfunfähigkeit. Infolge der Drohung der „Prawda“, des Sprachrohrs Lenins, Deutschland wegen der Verhinderung des demokratischen Friedens mit einem Revolutionskrieg zu überziehen, stellt Basarow in M. Gorkis Organ „Norajo Thisn“ eine ganze Reihe sarkastischer Fragen: Ist es möglich, Bürger, ihr beabsichtigt den Krieg gegen Deutschland von neuem aufzunehmen? Von neuem aufzunehmen, nachdem der Offizierbestand der Armee vernichtet, die Front in eine chaotische Masse verwandelt ist, deren Hälfte sich bereits zerstreut hat, und nachdem die wenigen kampffähigen Truppenteile an die innere Front abgerückt sind? Indem wir Millionen Russen dem Hunger überantworten, werden wir gleichzeitig Millionen Deutscher satt machen. Der wirtschaftliche Drang nach Osten wird jetzt besonders heftig sein, wo Deutschland solche vorteilhaften Märkte eingebüßt hat, wie Südamerika, China, und wo es von einem wirtschaftlichen Bündnis der mächtigsten Wirtschaftsmächte der Welt, wie England, die Vereinigten Staaten, Frankreich, bedroht ist.“ An einer anderen Stelle spricht das Blatt die Ansicht aus, daß Rußland die Gefahr drohe, zu einer deutschen Kolonie herabzusinken.

Gegen die Verwendung schwarzer Truppen nimmt der langjährige Baseler Vizepräsident der Schweizer Gesellschaft für Eingeborenenschutz Dr. H. Christ-Socin, der mit Rücksicht auf sein hohes Alter von 85 Jahren von seiner Stellung als Vizepräsident zurückgetreten ist, noch in einem letzten Antrag Stellung. Dr. Christ schreibt:

„Sie kennen den Artikel 11 des Berliner Vertrages von 1885, der immer noch die rechtliche

Digitized by Google

Grundlage bildet, welche den Schwarzen Afrikas einiges Recht zu leben gewähren sollte. Dieser Artikel sagt, daß das ‚Vertragsbecken' im Falle eines Krieges zwischen den Mächten als neutrales Gebiet respektiert werden soll. Daraus folgt, aus noch besserem Grunde, daß die Verwendung schwarzer Truppen und deren Überführung aus ihrem Gebiet nach europäischen Schlachtfeldern ausgeschlossen ist, ebenso als die Verwendung solcher Truppen auf afrikanischem Boden zum Zweck von Kriegen zwischen den Mächten."

Dr. Christ macht hier die Einwendung, daß der Vertrag von 1885 sich nur auf das Kongobecken und die Bewohner dieses Beckens bezieht, daß der Geist, der diesen Artikel diktiert und angenommen hat, sich aber nicht an diese geographische Begrenzung kehren könne, sondern grundsätzlich den Gebrauch jeder farbigen Truppe außerhalb ihres Landes und für europäische Konflikte verbietet. (In diesem Sinne ist die Kongo-Akte auch stets in Deutschland aufgefaßt worden, was u. a. aus Veröffentlichungen von Reg.-Rat Hans Zache im Frühjahr 1914 hervorgeht. Auch die Kriegsausbruch hat bekanntlich die deutsche Regierung in diesem Sinne Stellung genommen.

„Das Braubuch Belgiens für 1914 hat, mit einer ehrenwerten Offenheit, die amtliche Korrespondenz zwischen Belgien und Frankreich bzgl. des Vorschlags Belgiens veröffentlicht, in diesem Kriege die Vorschrift jenes Artikels 11 zu beobachten und die afrikanische Neutralität zu respektieren. Frankreich verfehlte nicht, seinerseits diesen Vorschlag zu genehmigen, was auch ihm zur Ehre gereicht. Aber England erklärte, sich nicht anschließen zu können, was die menschenfreundliche Absicht der zwei andern Länder (hier hat Dr. Christ leider Deutschland mit zu nennen vergessen) scheitern ließ."

Bekanntlich ist uns von Belgien der Vorwurf gemacht worden, wir hätten zuerst die Neutralität des Kongobeckens durch Angriff gegen kongolesisches Gebiet verletzt. Diese Angriffe sind, wie amtliche Veröffentlichungen des deutschen Kolonialamtes nachgewiesen haben, ebenso verleumderisch, wie die Behauptung von General Smuts, Deutschland habe die Eingeborenen Afrikas militarisiert. Alle diese Verleumdungen beweisen nur das schlechte Gewissen der Ententeführer, was auch daraus hervorgeht, daß der bekannte Philantrop und frühere Sekretär der Kongo-Liga E. D. Morell, der auch während des Krieges sich ein unparteiliches Urteil bewahrt und diese in verschiedenen Schriften niedergelegt hat, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er seinen Freunden in der Schweiz einige seiner Broschüren zusenden wollte.

Dr. H. Christ-Socin schreibt weiter: „Herr John Harris hat eine Liste von Punkten aufgestellt, welche einer künftigen Konferenz der Kolonialmächte zur Beratung vorzulegen wären. Er hat von dem Artikel 11 nicht gesprochen, was man bei einem Angehörigen eines kriegführenden Staates begreift. Ganz anders ist die Lage Ihrer Liga. Als Bürger eines kleinen neutralen Landes, das bereits den in diesen Krieg verwickelten Staaten einige Dienste leisten konnte, wären Sie besonders geeignet, diese Frage anzuschneiden . . .

Ich erlaube mir deshalb, Ihre verehrte Liga zu bitten, eine Denkschrift vorzubereiten, welche bezweckt, diesen Artikel 11 der Kongo-Akte als Grundlage der künftigen Freiheit der Eingeborenen in Afrika wieder zum Leben zu erwecken . . ."

Die anglo-japanische Allianz. Wir entnehmen der englischen Wochenschrift „Commonsense" vom 1. September 1917, deren Ausfuhr aus England wegen ihrer friedensfreundlichen Haltung von der englischen Regierung verboten ist, folgenden interessanten Aufsatz:

„Am Tage des 13jährigen Bestehens der führenden japanischen politischen Zeitschrift, des „Tayo", enthält die Nummer einen langen Artikel von Herrn Yoneda, einem Mitglied des Hauses der Abgeordneten, über die anglo-japanische Allianz, von dem ein großer Teil in dem „Japan Chronicle" abgedruckt ist. Herr Yoneda ist ein eifriger Anhänger der Allianz, die er als

Digitized by Google

„den Drehpunkt der Diplomatie des japanischen Reiches" bezeichnet. Aber er ist gegenüber gewissen Gefahren, die ihren Bestand bedrohen, keineswegs blind.

Wohltaten für Japan

Japan zog im Kriege mit Rußland aus der Allianz großen Nutzen, da sie Frankreich daran hinderte, Rußland zu unterstützen, Japan dank der freundlichen Neutralität der britischen Flotte Erleichterungen in den Verbindungen und im Transportwesen sicherte, deren Rußland beraubt war und Japan bei den Friedensbedingungen freie Hand ließ, während der Chinesisch-Japanische Krieg durch das Dazwischentreten von Rußland, Deutschland und Frankreich nur in einer Japan demütigenden Weise zu Ende gefochten wurde. Seitdem hat die Allianz Japan genützt „durch Aufschub der Bewegung zur Teilung von China".

Feindseligkeit gegenüber Deutschland Japans Schutz

Das Bollwerk der Allianz ist in Herrn Yonedas Augen die Feindseligkeit beider Teilnehmer gegenüber Deutschland. Vom japanischen Standpunkte aus ist eine Allianz mit Britannien einer solchen mit Deutschland (wie sie von einigen japanischen Publizisten anempfohlen wird) vorzuziehen, weil Britannien ein zuverlässiger, Deutschland dagegen ein unzuverlässiger Bundesgenosse ist. Die britische Flotte ist stärker als die deutsche und „wenn Japan Britannien im Kriege zu begegnen hätte, so müßte es darauf vorbereitet sein, Amerika an Britanniens Seite treten zu sehen". Im Falle eines solchen Krieges würde Japan von den überseeischen Eisenvorräten abgeschnitten sein, während alles Erz, das es von chinesischen, koreanischen und heimischen Märkten erhalten könnte, 200000 Tons im Jahre nicht übersteigen würde. Aus diesen rein sachlichen Gründen zieht Herr Yoneda eine Allianz mit Britannien vor.

Gefahren für die Allianz

Aber es gibt Gründe und zwar ebenfalls sachliche, nach denen zu befürchten steht, daß sie nicht lange dauern wird, sollten „Feindseligkeiten oder Wettbewerb zwischen Britannien und Deutschland" aufhören, zu wirken. Der erste besteht in dem Interessen-Konflikt zwischen Japan und Britannien in China „jetzt, wo Rußland der Freund ebenso von Britannien wie von Japan geworden ist und Deutschland seine Basis für seine Tätigkeit im Osten verloren hat". Handelsziffern beweisen, daß, während Britanniens Handel mit China sich in den letzten 23 Jahren fast vervierfacht, sich der von Japan viel schneller ausgedehnt hat.

	1890 Taels	1900 Taels	1910 Taels	1913 Taels
Britannien	25 000 000	45 000 000	71 000 000	97 000 000
Japan	7 000 000	26 000 000	77 000 000	119 000 000
Amerika	4 000 000	7 000 000	25 000 000	36 000 000
Deutschland	—	—	21 000 000	28 000 000
Rußland	3 000 000	4 000 000	16 000 000	22 000 000
Hongkong	72 000 000	95 000 000	171 000 000	172 000 000
Indien	10 000 000	17 000 000	44 000 000	48 000 000

Dieser Wettbewerb ist besonders scharf in Baumwoll-Waren. Im Jahre 1909 sandte Britannien 10½ Millionen Stücke Baumwolle nach China, im Jahre 1913 11¾ Millionen; Japan 1909 weniger als 1½ Millionen, 1913 5¾ Millionen, d. h. der japanische Import nahm in 5 Jahren um mehr als das Vierfache zu, während der britische nur um 10% stieg. Seit dem Kriege hat sich Japans Export von Baumwollwaren nach China mehr als verdoppelt.

Lancashire Waren

Lancashires Protest gegen die indischen Baumwoll-Zölle würde wirksam gewesen sein, sagt

Digitized by Google

Herr Yoneda, wenn nicht der indische Kriegs-Beitrag gewesen wäre. Sein Einfluß ist indes im britischen Parlament äußerst mächtig und in der Presse wird er durch die „Daily News" und den „Manchester Guardian" vertreten. Jener Einfluß ist oft gegen Japan ausgespielt worden. Weiter: „Unter der Oberfläche der anglo-japanischen Allianz lauert ein anti-japanisches Element, dessen materielle Interessen mit denen einiger japanischer Kaufleute zusammenfloßen. Es ist nicht meine Absicht, der Haltung von Lancashire übertriebene Wichtigkeit beizumessen, aber meine Furcht besteht darin, daß, wenn sich dieses Element mit den „zwingenden anti-japanischen Faktoren" vereinigt, daß dann eine optimistische Ansicht hinsichtlich der Zukunft der Allianz nicht allzu verbürgt ist. Mit anderen „zwingenden anti-japanischen Faktoren" meine ich den Konflikt der anglo-japanischen Interessen in Zentral- und Südchina, und besonders im Yangtse-Tale.

China und das Yangtse-Tal

Britischer Widerstand führte zu dem Fehlschlag von Japans Plan der Kiukian—Nanchang-Eisenbahn und den Ansprüchen bei den chinesisch-japanischen Verhandlungen von 1915. Britannien mißt seinen Rechten im Yangtse-Tal die größte Wichtigkeit bei und Japan „wird niemals den Versuch machen, diese besondere Lage zu ignorieren". Aber sollte Britannien versuchen, seine besondere Stellung im gesamten Südchina einzurichten, indem es den weitest möglichen Sinn bei der Auslegung des Begriffs „Yangtse-Tal" anwendet, so wird ein Zusammenstoß der Interessen zwischen Japan und Britannien unvermeidlich sein, da das erstere, welches Formosa im Besitz hat, es sich nicht leisten kann, das gesamte Gebiet von Honkong bis zum Yangtse Britannien zur Verfügung zu stellen. Wenn diese Frage nicht binnen kurzem freundschaftlich gelöst wird, dürfte sie ernsten Umfang annehmen, so daß sie den Bestand der anglo-japanischen Allianz berühren könnte, da sie unterstützt wird durch anti-japanisches Empfinden in Lancashire.

Weißes Australien und Japan

Ein weiterer Punkt, der Herrn Yoneda große Besorgnis verursacht, ist die Haltung von Australien und seine offene Feindseligkeit und sein Argwohn gegenüber Japan. Diese Feindseligkeit ist weit ernster dadurch, daß der Krieg „in hohem Maße den Einfluß der britischen Kolonien auf die britische Diplomatie vermehrt hat".

Kein gemeinsamer Feind

Ferner hat die Allianz „ihr Ziel verloren" insofern, als „weder Britannien noch Japan irgendeinen gemeinsamen Feind weiter besitzen, gegen den die Allianz gebildet wurde. Rußland ist jetzt der intime Freund beider Länder (das hat sich inzwischen geändert! Der Übersetzer), obwohl Deutschland als ihr gemeinsamer Feind in sehr verändertem Sinne betrachtet werden kann". Wenn Australien und Kanada ihre Defensiv-Programme vollendet haben, braucht sich Britannien nicht mehr auf Japan für die Verteidigung des Stillen Ozeans zu verlassen, und dies muß „die Grundlage der Allianz schwächen".

Der vorstehende Aufsatz ist von mehr als einem Gesichtspunkt aus von Bedeutung. Läßt er doch all die Gründe durchblicken, die zu einer Änderung der japanischen Politik im Hinblick auf das Bündnis mit Britannien binnen nicht zu langer Zeit führen dürften. Es ist anzunehmen, daß seine drohende Sprache hinsichtlich Südchinas die beabsichtigte Wirkung im englischen Auswärtigen Amt bereits getan hat. Auch der Hinweis auf die japanischen Publizisten, die ein Zusammengehen mit Deutschland bereits offen empfehlen, hat in England sicherlich Aufsehen erregt. Der östliche Horizont beginnt sich für uns aufzuklären. Wir können der weiteren Entwickelung der Beziehungen zwischen Japan und Britannien ruhigen Herzens entgegensehen.

Africanus

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Politik und Kriegführung

Bismarck hat zu dem — heute wieder zeitgemäßen — Problem Stellung genommen: „Aufgabe der Heeresleitung ist die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte; Zweck des Krieges die Erkämpfung des Friedens unter Bedingungen, die der von dem Staate verfolgten Politik entsprechen. Die Feststellung und Begrenzung der Ziele, die durch den Krieg erreicht werden sollen, die Beratung des Monarchen in betreff derselben, ist und bleibt während des Krieges wie vor demselben eine politische Aufgabe, und die Art ihrer Lösung kann nicht ohne Einfluß auf die Art der Kriegführung." Aus den Erfahrungen der Gegenwart tut es Franz Karl Endres in einer Schrift „Politik und Kriegführung" (Knorr & Hirth, München). Er kommt zu einem Ergebnis, das an den Satz Bismarcks lebhaft erinnert: „Die Politik muß die Leitung des Krieges hinsichtlich seines Zieles in der Hand behalten und die Heerführung nur die Exekutive des politischen Willens bilden. Ohne politisches Ziel ist der Krieg etwas vollendet Sinnloses. Er bildet ja nur das von Gewaltsamkeit erfüllte Zwischenglied zwischen zwei friedlichen politischen Zuständen und die Kriegführung kann nur das eine Ziel verfolgen, den unterbrochenen Friedenszustand so rasch als möglich wiederherzustellen und das in einer Form, die dem politischen Wunsche, der den Krieg verursachte, möglichst vollkommene Erfüllung gewährt. Wollte beispielsweise eine Partei die Oberste Heeresleitung ihres Landes in das Gebiet der Politik ziehen, so wäre das einer der verderblichsten Fehler, die nur gedacht werden können. Die Oberste Heeresleitung hat mit reiner Politik gar nichts zu schaffen. Sie würde in dem Augenblick, wo sie auch die politische Leitung des Krieges an sich risse, die Grundlagen des Staates erschüttern und den notwendigen Dualismus zwischen politischer Leitung durch Politiker und militärischer Leitung durch Offiziere in eine trostlose Anarchie verwandeln. Außerdem müßte sie auch Schiffbruch leiden, weil die Bedingungen politischer Leistungsfähigkeit in einem rein militärischen Personal füglich nicht gegeben sein können." Tatsachen der Geschichte schrinen das Gegenteil zu beweisen. So das Werk Friedrichs des Großen oder Napoleons. Endres lehnt die allgemeine Gültigkeit dieser Erfahrungen der Geschichte ab: nur Genies seien imstande, Politik und Kriegführung gleichmäßig künstlerisch zu beherrschen.

Es ist nicht ausgemacht, ob nicht selbst in den Genies der Geschichte der Kriegsmann bisweilen gegen den Politiker gestritten hat. Alexander der Große, Cäsar, Napoleon haben vielleicht den Zwiespalt zwischen dem der Reflexion, dem zögernden Abwägen des Gedankens. Goethe, der doch auch von Politik etwas verstand, hat in Oranien und Egmont die Politiker gezeichnet und in Alba den Soldaten.

Die Forderung Endres' ist berechtigt: „Die Politik muß die Kriegführung durchdringen, muß durch alle Wogen und Wellen des Geschehens das politische Ziel festhalten oder modifizieren, kurz, so muß der Strategie das Rückgrat des politischen Zwecks geben." Daß es in dem Verhältnis Bismarck zu Moltke so war, ist vielleicht das Geheimnis ihres Erfolges: das Resultat des Zusammenwirkens zweier großer Persönlichkeiten, die einander natürlich ergänzten und in ihrer wechselseitigen Kompetenz nicht beeinträchtigten. In Bismarck war, wie er selbst oft nicht ohne Schmerz gesteht, ein Stück vom Soldaten. Moltke hatte die Ruhe, die Überlegenheit, die natürliche Mäßigung des Politikers. Wo Politiker und Kriegsmann einen guten Teil des Mißerfolges zu verdanken, der, rein äußerlich genommen, ihr Lebenswerk abschließt und in die Hand von Männern hinübergespielt hat, die, größere Politiker als Soldaten, ihre Erben waren.

Die Ursache dafür liegt nicht in dem Unterschied der Eigenschaften, die Endres für den Strategen und den Politiker in Anspruch nimmt: „Nur auf dem reichsten und reifsten politischen Erfahrungsschatz aufgebaut kann sich ein richtiges politisches Urteil, eine politisch mögliche Vorstellung aufbauen. Auch militärische Willenskalte, Entschlüsse sind auf die Erwägungen der militärischen Gesamtlage, auf dem Abwägen des militärischen Machtmittels aufgebaut, aber sie werden stets an die unmittelbar gegebene taktisch operative Lage anzuknüpfen haben und an diese einen neuen Entschluß anreihen. Erwägungen, die weiter zurückliegen in der Zeit, kennt das militärische Denken nicht; gewonnene Siege, erlittene Niederlagen der Vergangenheit liegen dem Militär in der gegebenen Lage als Resultate aller früheren Kraftabmessungen vor. An diese reiht er also unmittelbar seinen Entschluß, der zu einer auch zeitlich kurzfristigen Tat werden soll." Rein geistig genommen hat der Stratege dieselben Eigenschaften der Voraussicht, des Rückschlusses, der Synthese zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nötig wie der Politiker. Denn auch er ist Zusammenfasser der Schöpfer im künstlerischen Sinn.

Aber zum Wesen des Strategen — als eines Soldaten — gehört der Drang zum Draufgängerischen, der Wille zum Sieg. Das Losungswort „Vorwärts" ist nicht umsonst das Wort eines großen Soldaten. Das Wesen des Politikers hat seinen Schwerpunkt in der Besinnlichkeit, Persönlichkeiten durch ihre natürliche Anlage einander nicht zu den gemeinsamen Aufgaben ebenso harmonisch ergänzen,

Digitized by Google

tritt das System lenkend und wegweisend ein. Damit im Krieg die Grenzen geachtet werden, die Endres aus den Forderungen des Tages verlangt, muß ihre Wahrung im Frieden vorbereitet sein: dem Anteil des Soldaten am Organismus des Staats das Maß zugewiesen werden, das ihm zukommt, damit er in der Maschinerie des Staates lediglich den Platz ausfülle, der ihm zur Wahrung des obersten Staatsgrundes, des Gemeinwohls, gehört.

Für die Reinheit dieses Systems und die Ebenmäßigkeit seiner Teile kämpft in einem Buch gesammelter Leitartikel Theodor Wolff. („Vollendete Tatsachen", Kronenverlag Berlin.) Durch die Tagesarbeit eines Journalisten sieht man feste, zuerst geahnte, dann immer deutlicher verarbeitete Linien gehen, die dem vielfältigen Inhalt Einheit, den an die Stimmung des Tags angepaßten Aufsätzen klares Gepräge geben.

In dem Schlagwort „Parlamentarisierung" erschöpft sich das Ziel Wolffs nicht, so dankbar er am Ende der Entwicklung, die er überschaut, gesteht: daß am zweiten November „das deutsche Volk noch nicht das parlamentaristische System, aber ein erhebliches Stück davon besaß, weil zum ersten Male die Volksvertretung sich nicht vollendeten Tatsachen gegenübersah." Wie der Befreiung von einengenden Dogmen, so redet er der Vermenschlichung des Staatslebens im ganzen das Wort. So ruhig er auf die Anzeichen der fortschreitenden Entwicklung zur Parlamentarisierung achtet, gewiß, daß sie sich folgerichtig und naturnotwendig gegen alle Hemmungen durchsetze, so sicher ist es ihm, daß „die Erneuerung Deutschlands zu einer hellen, gerechten Staatseinrichtung sich einfinden wird und daß nicht ein Tüpfelchen von dem wieder fortzulöschen sein wird, was errungen wurde."

Die eigene Zeit kann, spätere Zeiten werden in diesem Buche über „vollendete Tatsachen" einen Schrittmacher der Herrschaft des alten Geistes in den Sieg des neuen Geistes sehen, einen Schrittmacher, der in ruhiger Klarheit mitten in Parteihader und trotz aller Polemik unbeirrt seinen Weg ging.

Die Schrift von Endres läßt sich nur in ihrem Wollen mit dem Buche von Wolff vergleichen. Denn im Denken ungeübt, verlangt Endres vom Leser die gedankliche Durcharbeitung des von ihm aufgeworfenen Problems. Aber für ihr Wollen hat Endres gemeinsamen rechten Ausdruck gefunden, der als Mahnung an unsere Zeit gelten kann und darum hierher gesetzt sei:

„Wahrheit ist eine Art Medizin, die nicht gut schmeckt, aber heilsam ist, ohne die der Körper eines ganzen Staates und Volkes dem Siechtum verfällt. Nur zum geringen Teil verhindern böser Wille oder unsozialer Egoismus, daß die Wahrheit all' den Hunderttausenden werde, die sie suchen. Hauptsächlich ist es ein gewisser Zwang, der auf den Wissenden liegt und sie davon abhält dem Volke zu sagen, was sie im Innersten ihres Verstandes denken, im Innersten ihres Herzens fühlen. Der Zwang entsteht zum Teil aus persönlichen Rücksichten, mithin letzten Grundes aus einem, allerdings begreiflichen und fast entschuldbaren Selbsterhaltungstrieb, dann aber auch bei vielen aus einer inneren Überzeugung. Diese ist wohl zumeist nur ein Beharren in überkommenen Anschauungen, an denen ernsthafte Kritik zu üben man sich scheut; diese Scheu entspringt wiederum entweder einem Mangel an Mut zum Durchdenken der gewaltigen Gegenwartsereignisse bis zur letzten logischen Konsequenz, oder aus der Trägheit zum Denken selbst. Und doch ist Alles in der neuesten Zeit ganz anders geworden, aber so allmählich, daß diese Veränderungen noch einem großen Teil unseres Volkes, vielleicht gerade dem mächtigsten, noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen sind. Die Umwandlungen in unserem Volkskörper werden nicht selten mit einer überlegenen Handbewegung abgetan, vielleicht nur deshalb, weil sie als unbequem empfunden werden. Man glaubt sie damit aus der Welt zu schaffen. Das wäre freilich nichts anderes als die berüchtigte Taktik des Vogel Strauß. Wie dem auch sei — die Wahrheit leidet darunter und das Volk, das heißt die Gesamtheit aller im Staate lebenden erwachsenen Individuen, will desto stürmischer Wahrheit, je mehr es selbst handelnd, denkend, fühlend auftritt, je mehr es Verantwortung will, je mehr ihm zum Bewußtsein kommt, daß dieser Weltkrieg ein Krieg des Volkes, und ein Krieg für das Volk ist, kein Krieg der Souveräne, kein Krieg der Regierungen. Eine neue Zeit ist erstanden! Manchem mag davor grausen. Aber es handelt sich für uns gar nicht darum, daß uns die neue Zeit gefällt oder nicht gefällt, sondern vor allem anderen, daß wir das Wesen dieser neuen Zeit gedanklich erfassen, durchschauen und klar erkennen. Es gibt noch zahlreiche und dabei gebildete Menschen, die an die Demokratisierung der Welt nicht glauben, also an eine Erscheinung, die schon auf dem Wege ihrer Vollendung ist."

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Börsenhandels-Zeitung

Erscheint wöchentlich — Begründet 1902

Organ für die Interessen der Börse, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

(Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels)

Sachkundige kritische Abhandlungen über das Börsenwesen, die Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- und Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 2 Mark, jährlich 8 Mark, Ausland 9 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48—49 (Fernspr.: Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12—2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Der neueste Band der Deutschen Orient-Bücherei

Band 25:

Herausgeber Dr. Ernst Jäckh

Die Reise zur Suezfront

Von Dr. Wilhelm Feldmann

Berichterstatter des „Berliner Tageblattes"

Durch Anatolien und Nordsyrien über Beirut und das herrliche Damaskus führt die Reise zur Suezfront. Volksleben und Arbeit der aufstrebenden asiatischen Türkei werden in anschaulichen Bildern gezeigt, Entwicklungsmöglichkeiten tauchen auf, am Grabe des Propheten in Medina ersteht das neue kraftvolle Leben unseres türkischen Bundesgenossen.

Preis: Mark 2.50

Die Orientbücherei ist durch jede Buchhandlung zu beziehen oder direkt vom

Verlag Gustav Kiepenheuer / Weimar

AUTO-LICHT-ENTWICKLER „DANIEL"

Grösster Schlager. Export nach allen Ländern.

Technische Glasartikel

Wiederverkäufer gesucht

Hermann Herzig, Görlitz in Schlesie

Digitized by Google

Das Gebot der Stunde

ist, daß jeder Deutsche, ob Mann oder Frau, das Höchste leistet, um unser Volk glückhaft aus diesem unseligen Kampfe zu führen und die großen Schäden möglichst rasch wieder gutzumachen. Dazu gehört, daß jeder Deutsche am richtigen Platze steht, nicht nur dort, wo ihn die Gunst oder die Ungunst der Verhältnisse hingestellt hat, wo er aber nicht sein Bestes geben kann. Wenn jemals, dann ist jetzt die Zeit, um an den richtigen Platz zu kommen, um zu zeigen, was man wirklich leisten kann. Dazu gehört aber, daß man alle seine Fähigkeiten ausbildet, um sie auf die höchste Stufe der Leistungsfähigkeit zu bringen, und so sich selbst und dem deutschen Volke am besten dienen zu können. Der Weg zur Höhe, zu Glück und Zufriedenheit steht heute offen für alle, die sich gründlich darauf vorbereiten. / Die beste Anleitung bietet Ihnen ein Unterrichtskurs in Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre. Der Unterricht bietet Gewähr für vollen Erfolg, weil man dabei auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen eingehen kann, was bei einem Buch unmöglich ist. Mehr als zwanzigjährige Erfahrung in der Anleitung von Menschen jeden Alters und jeden Standes. / Einige Auszüge aus Zeugnissen: „Was ich Ihnen am meisten danke ist, daß Sie mir wieder Mut gaben, Mut brauche ich. Möge Ihr Werk Pfeiler werden einer neuen Zeitepoche. M. Ph." / „Schwierigkeiten, mir etwas zu merken, gibt es kaum mehr für mich, seit ich Ihr Schüler wurde. St. D." / „Es gibt wohl tatsächlich nichts in irgendeinem Beruf, worauf sich Ihre Lehre nicht anwenden und was sich nicht durch dieselbe zu hoher Vollkommenheit entwickeln läßt. F. K." / „Ich habe in jeder Beziehung den denkbar besten Erfolg erzielt, wie das auch bei Befolgung der Anweisungen nicht anders möglich ist. C. S." / „Mein Einkommen hat sich gegenüber 1915/16 auf das Dreifache erhöht. E. R."

Verlangen Sie heute noch Prospekt von

L. Poehlmann, Amalienstraße 3, München P 41

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 161
Jastrow, Die osteuropäische Frage 163
Thimme, Der Streik 170
Heuß, Folgerungen 177
Delbrück, Tirpitz und Lloyd George 181
Kolbe, Der deutsche Kolonialbesitz 183
Notizen / Neuerscheinungen 189

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang 8. Februar 1918 Heft 6

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Zwei aktuelle Bände der

Deutschen Orient-Bücherei

Herausgeber Professor Dr. Ernst Jäckh

Band 20:

Tagebuch der ägyptischen Expedition des Sultans Selim I.

Aus Feriduns Sammlung der Staatsschriften.
Aus dem Türkischen übersetzt von Halil Edhem

In die Glanzzeit der türkischen Sultane fällt Selims I. rasche Eroberung Syriens und Ägyptens. Der gelehrte Generaldirektor der Kaiserlichen Museen in Konstantinopel, Halil Edhem Bey, hat an Hand des Tagebuches eines der Feldzugteilnehmer ein ausführliches Bild über diesen Siegeszug durch Anatolien, Syrien, Palästina nach Ägypten entworfen, der bei der aktuellen Bedeutung dieser Länder besonders interessiert.

Preis Mark 1.20

Band 21:

Der Kampf zwischen Bagdad und Sucz im Altertum

von Heinrich Margulies

Die Ausführungen zeigen, daß auch der alte Orient bereits im modernsten Sinne Weltpolitik getrieben hat. Den geistreichen Plaudereien, die die welthistorische Bedeutung des Kampfes zwischen den sich ablösenden vorderasiatischen Reichen und Aegypten einerseits, zwischen Persern und Griechen andererseits, unter einem Gesichtspunkt aufdeckt, der für die Gegenwart erst maßgebend geworden ist, verleiht ein lebendiger und flotter Stil hohen Reiz.

Preis Mark 1.30

Verlangen Sie die kostenfreie Zusendung des ausführlichen Prospektes der Bücherei!
Bis heute sind 25 Bände erschienen.

Zu beziehen durch die Buchhandlung oder vom
Verlag Gustav Kiepenheuer / Weimar

Digitized by Google

3. Jahrgang • 8. Februar 1918 • Heft 6

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die Berliner Streikbewegung ist von Österreich herübergesprungener Bolschewismus. In Neapel ist geschossen worden, Frankreich wird vom Nebel der Gerüchte verhängt. Aber in der Albert-Hall zu London haben die Maschinisten ohne elsaß-lothringischer Vorbehalte den Verzicht auf Annexionen verlangt und Waffenstillstand gefordert. Die Angst vor einem deutschen Angriff und vor der Masseneinbeziehung der bisher freigegebenen Industriearbeiter lastet auf England. Die britischen Staatsmänner wissen, daß der Druck von unten in den nächsten Monaten auch bei ihnen gewaltig wachsen wird. Sie lassen jetzt die Zeitungen über die Nachrichten aus Deutschland jubeln, aber diese Freude hat einen falschen Unterton, denn das „maximalistische Gift" bedroht den eigenen Volkskörper. Es soll bereits drüben sehr einflußreiche Leute geben, die in ihm einen „gemeinsamen Feind" sehen.

*

Tirpitz hat einem holländischen Berichterstatter sein Kriegsprogramm erläutert. Seine Worte waren politisch präziser gefaßt, als manche frühere Kundgebung, aber sie haben in der eigenen Presse des Großadmirals ein nur schwaches Echo gefunden. Denn er erklärt, „kein grundsätzlicher Anhänger der Einverleibung französischen Gebietes zu sein". Das ist für viele Leute der Vaterlandspartei in dem Augenblick ernüchternd, da die schwere Industrie eine verstärkte Propaganda für das französische Erzbecken eingeleitet hat. Wenn Tirpitz die Franzosen schonen will, obgleich sie es nicht verdient hätten, so muß irgendwie der Gedanke der breiten antienglischen Kontinentalpolitik als Zukunftsmöglichkeit für ihn leitend sein. Sein Schlüsselpunkt ist Flandern. Dessen künftige Staatsform mag nach Tirpitz von der Friedenskonferenz bestimmt sein, sicher bleibt es vom deutschen Militär besetzt, als „Friedenssicherung". Die Wallonei wird nicht genannt. Kündigt sich in der neuen Sprache, die der Großadmiral über Frankreich gebraucht, eine neue Pointierung jener Politik an, die die „freie Hand im Westen" proklamiert?

*

Digitized by Google

Der Abgeordnete Naumann hat in seiner großen Rede vor dem Hauptausschuß des Reichstags gegenüber unserer „östlichen" und „westlichen Schule" das Problem richtig gekennzeichnet: „Was heißt freie Hand im Westen? Können wir im Osten demokratisch, im Westen aristokratisch-militärisch sein? So kann man keine Politik führen."

*

Der maximalistische Terror beginnt das zur Verzweiflung gebrachte estnische Volk in Englands Arme zu treiben. Aber auch jetzt legt es Zeugnis ab, daß seine erste Liebe Deutschland war. Auf einer geheimen Sitzung des estnischen Landtages (öffentlich zu tagen, wagt er nicht mehr, weil er das vorige Mal von den Maximalisten auseinandergejagt worden ist) ist folgender Beschluß gefaßt worden:

1. Loslösung von Rußland,
2. keine Entschließung für einen Anschluß zu fassen, weil auf Deutschlands Hilfe nicht zu bauen und die Rache Rußlands sie schutzlos treffen würde.

Ihre Vertreter wurden aber nach Stockholm gesandt, um dort mit England in Verbindung zu treten. Als Grund für diesen Umschwung ihrer politischen Orientierung gibt das führende estnische Organ „Postimees" an, daß England „die unbesiegte Weltmacht sei, die nicht mit dem Maximalismus paktieren wolle". Als Lohn für eine Errettung aus den Klauen des Maximalismus sind die Esten bereit, Reval, Baltisch-Port, Hapsal und Pernau als Freihäfen England zu überlassen.

*

Das maximalistische Parteiorgan „Prawda" veröffentlichte am 22. Dezember folgende Kampfansage an die Fremdvölker:

„Bis zum maximalistischen Umsturz war das Selbstbestimmungsrecht der Völker revolutionär, denn es richtete sich gegen die bürgerliche Regierung. Seit am 7. November die Unterdrückung durch eine Regierung aufgehört hat, hört die nationale Bewegung auf, revolutionär zu sein. Jetzt wird sie reaktionär, kapitalistisch und kleinbürgerlich. Jede nationale Bewegung, die sich gegen den Rat der Volkskommissare richtet, verwandelt sich in ihr Gegenteil. Einige Fremdvölker müssen, sei es auch durch eine Kriegserklärung, zum Gehorsam gegen die Zentralregierung gebracht werden."

Dürfen wir, Deutsche, als Sieger uns noch länger durch den Waffenstillstand die Hände binden lassen, wenn die Maximalisten die freigewordenen Truppen dazu benutzen, die Finnländer, Esten und Ukrainer unter das maximalistische Joch zu zwingen? Deutschland muß wieder zu Bethmann Hollwegs Menschheitsziele weisender Parole von der Befreiung der Fremdvölker vom russischen Joch zurückkehren.

*

Während draußen das Raunen des Streiks sich meldete und an der Westfront die Spannung großer Geschehnisse wächst, hat der Verfassungsausschuß des Preußischen

Digitized by Google

Landtags sehr eingehende, aufschürfende und die Weite des Zieles voll Verantwortung anpackende Beratungen darüber gepflogen, ob das Herrenhaus künftig noch Herrenhaus oder ob es Erste Kammer heißen solle. Damit war jedoch keineswegs eine Ironisierung des geschichtlichen Augenblicks beabsichtigt.

*

Beim preußischen Landtag ist jetzt auch eine Petition der Feuerwehren um Vertretung im Herrenhaus eingelaufen. Der berufsständische Gedanken feiert seine Orgien. Wenn schon, denn schon. Der Antrag darf mit einer freundlichen Aufnahme rechnen, denn die konservative Aufgabe der Feuerwehr ist unbezweifelbar.

Die osteuropäische Frage

Von Dr. J. Jastrow, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin

Wenn man in früheren Jahren mit Kennern Rußlands auf die bunscheckige Völkerkarte des gewaltigen Reichs zu sprechen kam und Zweifel daran äußerte, ob die vielen Völker sich noch lange die Herrschaft eines einzigen, des „großrussischen", werden gefallen lassen, konnte man regelmäßig die Antwort hören: „Da unterschätzen Sie eines, nämlich die Macht des Zaren!" Rußland sei der Zar, und die Anhänglichkeit an die Idee des Zarentums halte alle Elemente weit kräftiger zusammen, als ethnographische Verwandtschaften oder politische Übereinstimmungen es zu tun vermöchten. Was der Zar als Mittelpunkt bedeute, davon mache man sich im übrigen Europa keine Vorstellung; auch Duma und Verfassung könnten daran nichts ändern.

Und jetzt hat das abgelaufene Jahr das Zarentum stürzen sehen, wie noch nie eine Monarchie gestürzt ist. Andere Staaten haben ja auch ihre Revolutionen gehabt und Dynastien verjagt. Aber es blieb doch immer noch ein gewisser Rest von Anhänglichkeit, wie für die Stuarts in ihrem Heimatland Schottland, für die Bourbonen in dem französischen Adel, dessen Emigranten ganz Europa gegen die Revolution mobil zu machen wußten. Mit den gestürzten Romanows ist kein Kammerherr und kein Kammerdiener mitgegangen, um ihr Schicksal zu teilen oder zu wenden. In einem einsamen Kloster Sibiriens sitzt der Ex-Zar als Staatsgefangener.

Leute, die kein Recht hatten, sich als Kenner Rußlands zu bezeichnen, haben in dieser Beziehung klarer gesehen (wie man es nicht selten bemerken kann, daß eine gewisse Entfernung von dem Gegenstande den Überblick erleichtert und den Vorausblick schärft.) Wenige Tage nach Beginn des Krieges habe ich in einem Aufsatze: „Gegen wen führen wir Krieg?" („Berliner Tageblatt" vom 8. August 1914) die aufgeworfene Frage dahin beantwortet: gegen die Richtung, die den Panslawismus als Herrschaft über das geeinte östliche Slawentum auffaßt. Im Laufe des Krieges hat sich immer deutlicher herausgestellt, daß die Träger dieser Richtung längst gewechselt

Digitized by Google

hatten. Es waren nicht mehr die Reaktionäre, sondern im Gegenteil die liberalen Vertreter eines aufkommenden Industrie- und Handelsstandes, die die Führung im Expansionsgedanken übernahmen. Aber so sehr sich dadurch die Begründung verschoben haben mag, das politische Ideal blieb: auf osteuropäischem Boden keine nationale Staatenbildung, sondern nur moskowitische Herrschaft zu dulden.

Das ist der Grund, weswegen wir von Anfang dieses Krieges an unsern natürlichen Bundesgenossen in den staatenlosen Völkern Osteuropas erblicken mußten. Von den etwa 130 Millionen Einwohnern des russischen Reichs entfielen auf Finnland 3,1 Millionen; auf die Ostseeprovinzen (mit gemischter deutscher, estnischer, lettischer und schwedischer Bevölkerung) 2,4; auf das Königreich Polen (dessen polnische Einwohner die einzigen dem Panslawismus unbedingt abgeneigten Slawen sind) 9,4 Millionen; auf Beßarabien, das Rußland den verbündeten Rumänen 1878 im Wege diplomatischer Vergewaltigung abnahm 1,9 Millionen. Von ganz fremden Völkern, wie Mordwinen (an der Wolga), Tataren, Baschkiren (jede von ihnen mit 1—1½ Millionen) abgesehen, sitzen zu beiden Ufern des Dnjepr die Ukrainer mit 23,8 Millionen, die dadurch nicht zu Russen werden, daß man ihnen den Namen „Kleinrussen" gibt; sie sind ein russenfremdes, den Südslawen verwandtes Volk. In diesem Völkergewirre haben die Russen noch nicht einmal die Mehrheit; sie zählen nur wenig mehr als 50 von jenen 130 Millionen. In einer Reihe von Aufsätzen[1] habe ich damals von Anfang des Krieges an die Meinung vertreten, daß sein Ausgang davon abhängen wird, wie wir imstande sein werden, mit diesen Elementen des russischen Reiches gemeinsame Sache zu machen:

„Europa hat eingesehen, daß es die Dynastie der Romanows nicht ertragen kann; ebensowenig, wie die von ihr unterjochten Völker sie ertragen können. Nur wenn nach der Verjagung der Romanows auf dem Boden Osteuropas ebenso mehrere Staaten errichtet werden, wie sie auf dem Boden Westeuropas bestehen, kann ein Friede als verbürgt gelten. Jeder andere Ausgang verbürgt die Fortsetzung der Ausdehnungspolitik, die das innere Prinzip jedes Weltreichs ist. Selbst wenn den Waffen unserer wackeren Ostarmee weiterer Erfolg beschieden ist, so steht dennoch fest, daß schließlich ein Feldzug in Rußland nicht militärisch, sondern politisch entschieden wird, d. h. durch die politisch widerstrebenden Elemente im Reiche selbst. Dadurch, daß die ersten Nachrichten über vereinzelte revolutionäre Erhebungen sich als unrichtig herausgestellt haben, hat die irrige Meinung Platz gegriffen, als ob auf Revolutionen in Rußland nicht zu rechnen sei. Aber trotz der erfolgreichen Nachrichtensperre besteht kein Zweifel, daß nicht bloß in Polen und Finnland, sondern namentlich in dem ukrainischen Teile Südrußlands — und zwar hier bereits in organisierten Formen — die revolutionäre Propaganda am Werke ist und auf unsere Heere als Befreier wartet. Der Feldzug

[1] „Berliner Tageblatt" vom 8. und 18. August, 8. September, 3. Oktober 1914.

Digitized by Google

kann nicht anders entschieden werden, als im Einvernehmen mit Revolutionären in allen Teilen Rußlands. Und da es unmöglich ist, im Falle eines Sieges unsere Helfer den Lenkern des russischen Weltreichs ans Messer zu liefern, so folgt schon daraus mit Notwendigkeit, daß der Krieg nur ein Ende haben kann, wenn an Stelle des russischen Weltreichs die verlangten selbständigen Staaten treten ... Darum ist der Ausspruch unserer leitenden Männer, daß ein dauernder Friede verbürgt werden muß, auf keine andere Art zu verwirklichen, als daß bei Beginn zukünftiger Friedensverhandlungen das russische Weltreich als solches nicht mehr besteht."

Dies war zwei Monate nach Kriegsausbruch, am 3. Oktober 1914, geschrieben. Im November 1915 war ich in Wien und brachte die Eindrücke, die ich über die wichtigsten historisch-politischen Fragen empfing, in einem „Momentbild" zu Papier, das als Privatdruck gedruckt und nur für einen engernen Kreis bestimmt war. Namentlich über die polnische Frage gingen damals die Ansichten weit auseinander, und ich machte den Vorschlag, die Frage: „Was soll sein?", über die man sich offenbar nicht einigen konnte, zunächst auf sich beruhen zu lassen, und einen Versuch der Orientierung zu machen, indem man die Frage beantwortet: „Was wird sein?"

„Heutzutage ist die ganze Erdoberfläche in Staaten geteilt. Nur die Völker, die zwischen Deutschland und China wohnen, haben für sich keine Staaten gebildet, weil hier ein ungeheures Imperium sie an der Staatenbildung hinderte. Daß dieser Zustand ewig dauern werde, wäre eine so naive Anschauung, daß sie politisch ernsthaft nicht in Betracht kommen kann. Wir haben uns vielmehr zu fragen: Ist das, was wir gegenwärtig erleben, bereits der erste leise Anfang einer derartigen Abbröckelung vom Imperium?"

Ich glaube nicht, daß es gegenwärtig in Deutschland noch einen Menschen gibt, der diese Frage anders, als mit ja beantwortet. Darin liegt noch kein Urteil über den Ausgang der russischen Revolution. Die Geschichte aller Revolutionen zeigt, daß die Erfolge des Radikalismus Rückschläge hervorrufen. Ob gegenüber den Bolschewiki (Maximalisten) vielleicht Kerenski, ob diesem gegenüber Miljukow und seine Kadetten, nicht noch einmal hochkommen, kann niemand wissen; und zu behaupten, daß Rußland niemals wieder einen Zaren haben werde, wäre eine Vermessenheit. Aber alle diese Fragen treffen nicht den Kernpunkt des osteuropäischen Problems. Der Kernpunkt ist der Begriff „Rußland" selbst. Dieser Begriff ist erschüttert, der Name als irreführend erkannt, und wir müssen uns schlüssig machen, was wir an seine Stelle setzen wollen.

Nach meinem Empfinden würden die Erörterungen in Deutschland mit viel größerer Klarheit verlaufen, wenn wir uns daran gewöhnten, statt „Rußland" überall, wo von der jetzigen und zukünftigen Entwickelung der Rede ist, „Osteuropa" zu sagen Osteuropa befindet sich heute vor einer Schicksalswende ähnlich wie Westeuropa vor

Digitized by Google

1½ Jahrtausenden. Ähnlich wie damals bei Auflösung des weströmischen Reiches die jugendlichen germanischen Völker sich ihre eigenen Gebilde zu schaffen suchten, werden es jetzt die verschiedenen slawischen und nichtslawischen Völker auf dem Boden des östlichen Imperiums versuchen. Und da damals der Prozeß Jahrhunderte dauerte, wäre es unbillig, von den Staatsmännern, die an der Beendigung dieses Krieges arbeiten, zu verlangen, daß sie auf den ersten Anhieb einen Zustand schaffen sollen, der die Gewähr der Dauer in sich trage. Alles, was sich in diesem Kriege und in diesem Friedensschluß leisten läßt, ist: einen Zustand herbeizuführen, der jenen Völkern die Weiterentwickelung ermöglicht.

Das Interesse, das Deutschland hieran hat, ist im wesentlichen ein Interesse der Friedenssicherung. Osteuropa, von den Moskowitern beherrscht, zeigte an der Grenze gegen Westeuropa eine lückenlose Kette von „Fremdstämmigen". Von Norden nach Süden: Lappland, Finnland, Ostseeprovinzen (Estland, Livland, Kurland), Polen, Littauen, Ukraine, Beßarabien (weiter östlich die Kaukasusländer: Georgien). Das herrschende Volk der Moskowiter stand deswegen zu kriegerischen Plänen anders, als jedes andere Volk. Denn jedes andere Volk weiß: wenn es siegreich vordringt, trägt es den Krieg ins feindliche Land; wenn es besiegt wird, so wird sein eigenes Land zum Kriegsschauplatz. Das moskowitische Herrschervolk aber plant Kriege in dem ruhigen Bewußtsein, daß sein Sieg den Feinden die Kriegsfurie ins Land bringe, seine Niederlage den „Fremdstämmigen". Ostpreußen und Galizien haben schwer leiden müssen, als die russischen Heere vorrückten. Als sie aber nach den Schlägen von Tannenberg und Gorlice sich zurückzogen, hat nicht des moskowitische Land gelitten, sondern der Krieg wurde auf dem Rücken der „Fremdstämmigen" ausgefochten.

Dieses Verhältnis zu ändern, haben die „Fremdstämmigen" ein Interesse, und wir mit ihnen. Aber auch die Bolschewiki haben dasselbe Interesse. Denn sie wollen nicht, daß aus diesem Kriege ein Reich hervorgehe, das neue Kriege planen kann, mit der Sicherheit, daß Land und Volk der Zwingherren zwar die Vorteile der Siege, aber nicht den Schaden der Niederlagen zu kosten bekommen.

Wenn die Verständigung trotzdem sich hinzieht oder zu entschwinden droht, so hat dies seinen Hauptgrund darin, daß man in Deutschland nicht wagt, durch das Gebahren der russischen Unterhändler hindurch die Übereinstimmung da zu sehen, wo sie schon vorhanden ist. Wie ehemals die „Rußlandkenner" uns versicherten, daß wir die Verankerung des Glaubens an das Zartum in den Völkern Rußlands unterschätzen, so versichern sie uns jetzt, daß wir den Glauben an die Reichseinheit (mit oder ohne Zaren) unterschätzen und belehren uns, durch ihre Bloßstellung nicht bescheidener gemacht, daß es tatsächlich keinen Unterschied begründe, wer am Ruder sei; ob echt russische Leute oder Kadetten, ob Menschewiki (Minimalisten), ob Bolschewiki, die Einheit des Reiches sei in „Rußland" selbstverständliches Ideal. So sollen wir die „Selbstbestimmung der Völker" als eine Art Zugeständnis an uns ansehen, das wir nicht

Digitized by Google

mit allerhand Modifikationen belasten dürften, wenn wir zum Ziele kommen wollen. Die so sprechen, stehen allerdings vielfach den russischen Dingen nahe; aber so nahe, daß sie vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen. Was sich jetzt russische Regierung nennt (oder so genannt wird; sie selbst sucht den Ausdruck zu vermeiden) ist schon heute etwas ganz anderes, als was sonst Westeuropa gegenüber stand. Zum erstenmal seit der Beseitigung der Tatarenherrschaft stehen andere, als Moskowiter an der Spitze der Länder- und Völkermassen. Die heutige Regierung der „Volkskommissare" ist in allem wesentlichen bereits ein Komitee von „Fremdstämmigen", die die Selbstbestimmung ihrer Völker als Ziel wollen und denen die Behauptung der Zentralgewalt nur das Mittel ist, um nicht moskowitische Zwingherren (liberale oder konservative) in ihren Besitz kommen zu lassen. Daß auch sie für den Teil der zukünftigen osteuropäischen Staaten, der nicht (wie das protestantische Finnland) die losgelöste Selbständigkeit, oder (wie das römisch-katholische Polen) eine anderweite Anlehnung vorzieht, eine umfassende föderative Gestaltung in Aussicht nehmen, ist richtig. Aber diese zu verhindern, hat niemand von uns die Absicht. Da nach den grundlegenden Erklärungen des Rates der Volkskommissare zu diesem Staatenbunde oder Bundesstaate nur die Völker gehören werden, die dazu gehören wollen, so wird er nicht eine Fortsetzung der Moskowiterherrschaft, sondern ihr Gegenteil sein.

Diesen Sachverhalt zu betonen, liegt gegenwärtig ein gewisser Anlaß vor. Zwar nicht im Deutschen Reich, aber in seiner Hauptstadt greift seit einiger Zeit eine Stimmung um sich, die unser Interesse an einem starken Rußland (gegen England) in einem Maße betont, das eines Tages bereut werden kann. Das hauptsächlichste Organ dieser Stimmung ist die „Vossische Zeitung". Trotz aller Wandlungen der Zeiten ist sie für weite Kreise „das" Berliner Blatt geblieben und hat an suggestivem Einfluß vielleicht noch gewonnen, seitdem Bernhards sehr zielbewußt zugespitzte Montagsartikel die Leser daran gewöhnt haben, in der auswärtigen Politik eine bestimmte Linie verfolgt zu sehen. Bernhard wird nicht müde, seine Leser daran zu erinnern, daß es kurzsichtig sei, bei dem Friedensschluß nur an die Bolschewiki zu denken, die ihn zu unterzeichnen haben; eine weitsichtige Politik müsse den Frieden so gestalten, daß keine zukünftige russische Regierung sich veranlaßt sehe, gegen Deutschland aufzutreten und so an dem Triumphe Englands zu arbeiten. Diesem sei nur durch eine Politik beizukommen: die Einigung des Kontinents, die einer angelsächsischen Einmischung ein Ende mache. Wir verkennen nicht, daß dieser Politik ein Grundgedanke innewohnt, der einer beständigen Wiederholung wert ist. Auch wir wünschen, diesem Grundgedanken zuliebe, ein starkes Rußland. Aber wir wünschen es dort stark, wo es England gefährlich sein kann: in der Nähe Indiens. Und dem steht eine Politik im Wege, die, weit entfernt die Staatenbildung in Osteuropa zu begünstigen, direkt dazu führen muß, das Moskowitertum mit der Front zur Ostsee und zum Schwarzen Meer neu zu beleben.

Digitized by Google

Weswegen haben wir denn in den Jahrzehnten vor dem Kriege die kommende Entwicklung Osteuropas nicht mit richtigen Augen ansehen können? Weil die Führung der Nation Leuten anvertraut war, deren Phantasie nicht so weit reichte, daß sie sich den Planeten, auf dem wir wohnen, ohne den Petersburger Gesandschaftsposten hätten vorstellen können. Daher konnte bei uns der irreführende Begriff des Realpolitikers geschmiedet werden, der mit „realen Faktoren" zu rechnen glaubt, wenn er „die Dinge nimmt, wie sie sind". Wenn es in der Frage Osteuropa etwas gibt, was als feststehend angesehen werden kann, so ist es, daß die Staatenverhinderungs-Maschine, genannt Russisches Reich, nicht ewig dauern werde. Feststehend deswegen, weil nichts auf Erden ewig dauert. An jener Politik, die uns im Namen der Weitsichtigkeit bekämpft, haben wir gerade auszusetzen, daß sie kurzsichtig ist: sie denkt an das Morgen, aber nicht an das Übermorgen. Sie denkt an die Faktoren, die sich in der Beherrschung Osteuropas ablösen, und übersiehe (durch den irreführenden Namen Rußland geblendet), daß sich schon die Zeit ankündigt, wo hier die Völker anfangen, wirkliche Staaten zu bilden. Nur dieser Irrtum macht es erklärlich, daß man in diesem entscheidenden Augenblick Männer aus der Versenkung hervorrufen will, die vor zehn Jahren das kommende Osteuropa so wenig voraussahen, daß sie mit seinen Verkündern durch das Wort von den „Schnorrern und Verschwörern" uns in einen naturwidrigen Gegensatz brachten. Der Weg des Schicksals ist uns günstig. Wir brauchen seinen Gang nur nicht zu hindern.

Ganz Deutschland ist einig in dem Wunsche, mit den Völkern, die jetzt auf osteuropäischem Boden mit der Staatenbildung anfangen, in Friede und Freundschaft zu leben. Die Bolschewiki selbst wünschen nicht, als Fortsetzung des Moskowitertums zu erscheinen, das die Völker hinderte, Staaten zu bilden, um sie unter ein Imperium zu zwingen. Welcher Grund besteht vom Standpunkt deutscher Politik, ihnen diese Fortsetzung aufzuzwingen?

*

Die vorstehenden Zeilen waren bereits gesetzt, als zu dem hier behandelten Gegenstande von dem Abg. Cohen-Reuß in der „Vossischen Zeitung" vom 23. Januar ein Aufsatz unter dem Titel „Man muß offen reden" erschien. „Es kann nicht oft genug betont werden," heißt es in diesem Aufsatze, „daß der Ausgangspunkt des jetzigen außenpolitischen Elends die unglückselige Polenproklamation vom November 1916 gewesen ist." Erst sie habe die Selbständigkeits-Erklärungen in Litauen, Kurland, Livland, Estland hervorgerufen. Daß v. Kühlmann, der die alte Bethmannsche Politik eines großbritannischen Friedens fortsetze, Rußland gegenüber zu immer weiteren Abgliederungen über das militärisch Notwendige hinaus schreite, sei nur konsequent. Die Reichstags-Mehrheit aber könne umkehren. „Es gibt nur eine einzige Form polnischer Unabhängigkeit, warum sollte man das nicht aussprechen, die für Deutschland ungefährlich ist: die im Rahmen eines mit uns befreundeten Ruß-

Digitized by Google

lands." Jede andere führe zur austro-polnischen Lösung, zu einem russisch-polnischen Bündnis zwecks Rückgewinnung Kurlands und Livlands für Rußland, sowie Posens und Westpreußens für Polen, zur Gefährdung des deutsch-habsburgischen Bündnisses. England habe so seinen Zweck die dauernde Spaltung des Kontinents, erreicht.

Ich hätte mir kaum einen Aufsatz wünschen können, der die Notwendigkeit meiner obigen Ausführungen deutlicher illustrierte, als der hier wiedergegebene. Der Aufsatz rechnet mit „Rußland" als einem unabänderlich feststehenden Begriff. Wäre es bei uns Sprachgebrauch, in solchen Fällen statt Rußland „Osteuropa" zu sagen, so wäre es unmöglich, daß ein klar denkender und klar schreibender Autor diese Gedanken jahrelang fortentwickelte, ohne bei sich selbst an die Barriere der Frage zu stoßen, ob die Völker Osteuropas nicht ebenso dazu gelangen werden, Staaten zu bilden, wie die Völker Westeuropas. Weil es aber der zweihundertjährigen Moskowiterherrschaft gelungen ist, uns den Namen „Rußland" aufzunötigen, hat sich unser die Suggestion bemächtigt, als ob hier irgend etwas ähnliches, wie ein gemeinsames Volkstum existiere, und wir sehen die einzelnen Staatenbildungen noch nicht einmal, wenn sie schon da sind. Die Ukraine besteht als Republik und wird als solche nicht einmal mehr von denen bestritten, die sie mit den Waffen in der Hand bekriegen. Im Norden gibt es eine Republik Archangelsk. Kaukasier, Armenier, mohammedanische Völker haben mit Staatengründungen begonnen. In einer solchen Zeit zu sagen, man nehme trotzdem an, daß es noch einmal ein straff geeinigtes Osteuropa geben werde, muß erlaubt sein. Aber es ungesagt dem Leser zu suggerieren und ohne auf den gegenwärtigen Zustand auch nur hinzudeuten, von dem unverändert zu respektierenden „Rußland", wie von etwas Selbstverständlichem zu sprechen, ist nicht erlaubt. Göttliche Macht ist die einzige, die beansprucht als ewig geltend hingenommen zu werden, auch wenn man ihre Geltung nicht sieht.

Kommt noch einmal eine straffe, militärische Einigung Osteuropas zustande (und wir stehen ja nicht am Ende, sondern erst am Anfang der osteuropäischen Umwälzungen), so wird unser Schicksal davon abhängen, ob die Völker, die durch das Moskowitertum an der Staatenbildung gehindert werden, nach dem Erfahrungen des Weltkrieges von 1914 zu uns das Vertrauen haben, daß wir die Gemeinsamkeit unseres Interesses mit dem ihrigen erkennen, oder ob sie den Eindruck haben, daß bei uns ein blinder Glaube an die Ewigkeit des Kolosses waltet. Unter allen diesen Völkern sind die Polen die einzigen, die einmal, ein Jahrtausend hindurch, einen großen, selbständigen, ganz Europa bekannten Staat besessen haben. Unsere Stellung zu Polen wird in der ganzen östlichen Welt als kennzeichnend angesehen werden. Und darin liegt die große historische Bedeutung des Polenproklamation vom November 1916, daß sie uns den Rückzug abschneiden sollte und abgeschnitten hat.

Daß der dadurch geschaffene Zustand uns Schwierigkeiten über Schwierigkeiten schaffen wird, das steht freilich schon heute fest. Aber welcher andere etwa herbei-

Digitized by Google

zuführende Zustand in Osteuropa täte das nicht? Der Friede, der jetzt für Osteuropa geplant wird, ist eben auch nicht ein Ende, sondern ein Anfang. Darüber kommt man nicht hinweg, indem man behauptet, „die" Polen hätten sich selbst für Verbleiben innerhalb Rußlands ausgesprochen (in der von dem Verfasser angeführten Äußerung Kucharzewskis ist kein Wort davon enthalten; und wir hoffen, daß von polnischer Seite die Antwort nicht ausbleiben wird). Der Frage muß ins Auge gesehen werden: wenn es wahr ist, daß unser Interesse erfordert, ein autonomes Polen nur innerhalb „Rußlands" zu sehen, sollen wir dann auch unsere Machtmittel oder doch unsere Bündnisfähigkeit in Zukunft dazu gebrauchen, ein solches „Rußland" (das es ja augenblicklich nicht gibt) herzustellen? Sollen wir direkt oder indirekt unsere Politik darauf einstellen, daß die osteuropäischen Völker, die außerhalb des Imperiums leben *wollen*, in uns den unbedingten Freund ihres Zwingherrn sehen? Und wollen wir, daß dieser Zwingherr sein Machtgefühl in dem sicheren Bewußtsein entwickelt, daß sein westlicher Nachbar sich bei den osteuropäischen Völkern gründlich kompromittiert hat? „*Man muß offen reden.*"

Der Streik

Von Friedrich Thimme

Wenn man aus politischen Ereignissen die Lehren ziehen will, so muß man vor allem ihre Ursachen zu ergründen suchen.

Den Ausgangspunkt für die Streikbewegung in Deutschland bildet ohne alle Frage der voraufgegangene Streik in Österreich-Ungarn, der Mitte Januar ausgebrochen, im Laufe einer Woche nach entgegenkommenden Erklärungen der österreichischen und ungarischen Regierung zu Ende ging. Ihm ist fast unmittelbar die Streikbewegung in Deutschland gefolgt, die am 28. Januar von der Hauptstadt des Reiches ausgehend und hier annähernd den Umfang des vorjährigen Munitionsstreiks erreichend, allmählich auch auf andere Teile des Reiches wie Altona, Hamburg, Kiel, Mannheim usw. übergriff, ohne doch entfernt den Charakter eines Generalstreiks anzunehmen. In dem Augenblick, wo dieses geschrieben wird (1. Februar), scheint der Streik schon wieder abzuflauen, und wenn die gestrigen Zwischenfälle in Moabit nicht das Vorspiel zu ernsteren Ausschreitungen sind, so dürfte in einigen Tagen der Ausstand im wesentlichen sein — um es gleich zu sagen — ergebnisloses Ende erreicht haben.

Über die Gründe, die hüben und drüben zu dem Streik geführt haben, tappt man keineswegs so sehr im Dunkeln, wie viele Zeitungen meinen. In Österreich bot den äußeren Anlaß genau wie bei dem deutschen Munitionsstreik im April 1917 die Kürzung der Mehlquote. Die eigentlichen Gründe aber waren politischer Natur: sie lagen in der tiefen Friedenssehnsucht nicht bloß der österreichischen Arbeiterschaft, in der Unzufriedenheit mit dem schleppenden Gang der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, in dem nicht berechtigten, aber angesichts des Treibens der alldeutschen Presse

Digitized by Google

begreiflichen Argwohn, daß die deutsche Regierung dort letzten Endes doch annexionistische Ziele verfolge. Die gleichen Ursachen kehren mutatis mutandis auch bei uns wieder. Zwar braucht bei uns nach dem Vortrage, den der Unterstaatssekretär Müller jüngst vor den deutschen Landfrauen hielt, vorerst noch nicht mit einer Kürzung der Brotration gerechnet zu werden. Sie würde auch diesmal leichter ertragen werden als im vorigen Jahre. Hat es sich doch eben jetzt herausgestellt, daß der gerechte Sinn der in der Rüstungsindustrie beschäftigten und in erster Linie am Streik beteiligten Arbeiterschaft eine einseitige Bevorzugung der Schwerarbeiter ablehnt. Nicht gegen die Knappheit der Ernährung an sich richtet sich die Unzufriedenheit, die ohne alle Frage in weiten Kreisen unserer Bevölkerung herrscht, wohl aber gegen die Ungleichheit in der Lebensmittelverteilung, die bevorzugte Stellung der Produzenten, gegen das wucherische Treiben, das eine entsetzliche Höhe erreicht hat, gegen die im größten Umfange unter starker Konnivenz sogar staatlicher Stellen betriebene Umgehung der gesetzlichen Höchstpreise usw. Unser wahrlich geduldiges und langmütiges Volk will alles tragen, wenn nur die Lasten und Opfer gleich verteilt sind, aber es bäumt sich in seinen breiten Schichten gegen jede Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht nur in der Ernährungsfrage auf. So empfindet das Volk es auch als ein ihm angetanes schweres Unrecht, wenn von seiten der militärischen Behörden und der Zensur mit ungleichem Maße gemessen wird. Tiefen Unmut hat z. B. die offenbare Bevorzugung der deutschen Vaterlandspartei erregt, der fast allein unter den Parteien öffentliche Versammlungen gestattet wurden. Es hat das zur Folge gehabt, daß die benachteiligten Schichten des Volkes aus dem Gefühl der verletzten Gleichheit heraus, man könnte fast sagen, aus einer Art von Notwehr, die Versammlungen der Vaterlandspartei gestört und gesprengt haben, was sicherlich nicht gebilligt werden kann, aber unter den obwaltenden Umständen begreiflich erscheint. Nicht minder verstimmt hat es weit und breit, daß es der vaterlandsparteilichen Presse einem bestehenden Verbote zum Trotze gestattet wurde, die Persönlichkeiten der Obersten Heeresleitung gegen die Reichsleitung auszuspielen und mit einem angeblichen Entlassungsgesuch Ludendorffs eine „schwerste Reichs- und Volkskrise" zu konstruieren, während die Gegenseite ein solches Gebahren nicht nach Gebühr brandmarken durfte. Überhaupt spielt unter den inneren und tieferen Gründen, die die Streikatmosphäre schufen, das Treiben der vaterlandsparteilich-annexionistischen Presse eine erste Rolle. In seinen breiten Schichten wünscht das deutsche Volk einen demokratischen, d. h. von der Zustimmung der Völker selbst getragenen Frieden der Verständigung und möglichst der Versöhnung, weil es in ihm die einzige Gewähr gegen eine Wiederkehr des fürchterlichen Krieges erblickt. Durch die wilde Agitation der Vaterlandsparteiler aber sieht es die Möglichkeit eines solchen demokratischen Friedens ernstlich bedroht, und die scheinbar nicht recht miteinander harmonierenden Erklärungen der deutschen Regierung in Brest-Litowsk vom 25. und 28. D

Digitized by Google

haben auch in unserer Arbeiterschaft das beklemmende Gefühl ausgelöst, als habe die Regierung sich unter dem Druck militärischer und annexionistischer Kreise von dem Gedanken eines demokratischen Friedens abgewandt. So konnte der Gedanke leicht Platz greifen, durch eine Demonstration nach österreichischem Muster auch bei uns die Situation gleichsam wiederherzustellen Eine solche Demonstration, die sich im letzten Grunde weniger gegen die Regierung als gegen Alldeutsche und Annexionisten richtete, mußte der Arbeiterschaft um so plausibler werden, als dieselben Parteien, die einen demokratischen Frieden unmöglich zu machen suchten, auch gegen die demokratischen Freiheiten des Volkes mit aller Macht anliefen. Nichts hat die sozialdemokratische Arbeiterschaft so sehr erbittert und verbittert als die Tatsache, daß ihr, die sich voll bewußt ist, mit Gut und Blut ebensoviel wenn nicht noch mehr dem Vaterlande geopfert zu haben wie die bevorrechteter Stände, die Erlangung der vollen politischen Gleichberechtigung noch immer erschwert wird, obwohl sie ihr von oben feierlich zugesagt ist. Osterbotschaft und Wahlrechtserlaß haben in der Arbeiterschaft Hoffnungen und Erwartungen erwecken müssen, die jetzt angesichts der Behandlung der Verfassungsvorlagen in der Wahlrechtskommission zu schanden zu werden drohen. Man täusche sich darin nicht: die tatsächliche Verschleppung der Wahlrechtsreform durch die Kommission, die unbedingt schon aus Rücksicht auf die Volksstimmung vermieden werden mußte, ist nicht zuletzt für den Ausbruch des Streiks ins Gewicht gefallen. Mit vollem Recht hat der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Friedberg im Wahlrechtsausschuß betont: werde das allgemeine und gleiche Wahlrecht nicht nach den Grundzügen der Regierungsvorlage angenommen, so werde in den Volkskreisen, die die Vorlage am meisten wünschten und das Hauptinteresse daran hätten, eine große Enttäuschung entstehen unter der der Siegeswille leiden müsse. Es ist ungeheuer bezeichnend, daß in der konservativen Presse wegen dieser Äußerung gegen Dr. Friedberg Sturm gelaufen wurde, als habe er mit dem Mobilmachen der Großstadtmassen und ihrem Loslassen auf die innerpolitischen Gegner drohen wollen. Daß in der gleichen Presse die von den sozialdemokratischen Führern in derselben Richtung ausgesprochenen Warnungen, die vielleicht in der Form nicht immer vorsichtig gefaßt waren, erst recht als Drohungen mit der Revolution hingestellt wurden, versteht sich von selbst. Die „Kreuzzeitung" ging soweit, die beiden sozialdemokratischen Hauptführer Scheidemann und Ebert wegen ihrer Äußerungen im Hauptausschuß des Reichstags als Vaterlandsverräter zu bezeichnen, die „auf den Sandhaufen" gestellt zu werden verdienten. Dazu bemerkte die „Vossische Zeitung" mit vollem Recht: das heiße doch Petroleum ins Feuer gießen.

Ein Wunder ist es nach all diesem wahrlich nicht, wenn der massenhafte Gärungsstoff, der sich allgemach in breiten Schichten des Volkes angesammelt hatte, nach einer Entladung drängte. Ohne diesen Zündstoff hätten die Anstifter und Schürer des

Digitized by Google

Streiks, die man wohl in den Kreisen der Unabhängigen Sozialdemokratie zu suchen hat, gewiß nicht so leichtes Spiel gehabt. Vom staatspolitischen Standpunkte kann man, so sehr man den Streik beklagen und verurteilen muß, fast froh sein, daß die Entladung, mit der Kenner der Volksstimmung mit Sicherheit, wenn auch erst für einen etwas späteren Zeitpunkt rechneten, schon jetzt eingesetzt hat. Im vorigen Jahre fiel der Munitionsstreik mitten in die große Frühjahrsoffensive der Engländer hinein; eine Stockung in der Munitionszufuhr und -Erzeugung konnte damals eine schwere Niederlage, ja den den Verlust des Krieges herbeiführen. Heute, wo seit Monaten der Kampf im Osten ganz ruht, auf den übrigen Fronten aber im wesentlichen auf den gewöhnlichen Grabenkrieg beschränkt ist, und wo unsere militärische Gesamtsituation nach autoritativstem Urteil so glänzend wie noch nie ist, bedeutet der Streik, wenn er, wie vorauszusehen, in einigen Tagen sein Ende erreicht, keine unmittelbare Gefahr. Auch die „Kreuzzeitung" gesteht zu, die Aussichten, daß der Streik ohne schwere Störungen der Ruhe in einem Zeitraum beigelegt werde, der auch für den Fortgang der Produktion keinen bleibenden Schaden bedeute, halte sie für gut. Schlimm bleibt freilich, daß der Streik gerade in den Zeitpunkt fällt, wo es sich entscheiden muß, ob der Sonderfriede mit Rußland zustande kommen wird oder nicht. Daß der Streik die Bolschewisten, mit Trotzki an der Spitze, denen es in Wahrheit nicht um einen Sonderfrieden, sondern um die Revolutionierung der ganzen Welt und vor allen Dingen der Mittelmächte zu tun ist, in ihrer Neigung bestärken wird, mit uns handelseinig zu werden, ist nicht anzunehmen; das Gegenteil ist nur zu sicher. Erst recht wird durch den Streik der Kriegswille unseres Hauptfeindes neu aufgestachelt werden; ist doch die Nachricht von der Berliner Bewegung in London mit heller Freude aufgenommen worden. Die Hoffnung der Streikenden, daß die Arbeiter in den Ententestaaten ebenfalls in den Streik eintreten und so ein allseitiges Übergewicht zugunsten des Friedens herstellen würden, bleibt ziemlich fragwürdig; eher könnte man sich denken, daß der schon vorher in Manchester ausgebrochene Streik nun schleunigst abgestellt wird.

Hier offenbart sich die ganze Torheit eines Friedensstreiks im Kriege: die Streikenden wollen den Frieden, wollen ihn in ihrer großen Mehrzahl sicher heiß und ehrlich — von den herostratischen Elementen der Unabhängigen Sozialdemokratie sehen wir hier ab — und sie erreichen in ihrem Irrwahn bloß die Verlängerung des Krieges, können gar nichts anderes erreichen. Das liegt so sehr auf der Hand, daß man nicht begreift, wie die Führer der sozialdemokratischen Mehrheitspartei und der Gewerkschaften es zu übersehen vermochten. Und wenn diese mit den von den Streikenden erhobenen innerpolitischen Forderungen stark sympathisierten und sich schon darum nicht völlig abseits von den Streikenden halten zu können vermeinten — die Gewerkschaften freilich erklärten ihre Neutralität in der rein politischen Bewegung —, so mußten sie sich doch sagen, daß der Staat, so wie die Dinge gerade jetzt in der End

Digitized by Google

phase des Krieges liegen, schlechterdings nicht in der Lage war, in irgendeinem Punkte sich vor den Streikenden zu beugen, wollte er nicht vor aller Welt den Eindruck der Schwäche machen und dadurch Mut und Hoffnung der Feinde von neuem beleben. In diesem Momente, das muß auch der anerkennen, der wie wir in den Forderungen der Arbeiterschaft viel Berechtigtes sieht, verlangte es das Lebensinteresse des Staates gebieterisch, daß er dem Streik mit kühler Ruhe und Festigkeit gegenübertrat Mit der von der Regierung bisher eingenommenen Haltung kann man sich im allgemeinen nur einverstanden erklären. Im vorigen Jahr hatte der barsche Kommandoton, den General Groener in seinem bekannten Aufruf vom 26. April anschlug, auf einen Teil der Arbeiterschaft eher verletzend als beruhigend gewirkt. Ausgezeichnet war dagegen die ruhige und eindringliche Tonart, die Staatssekretär Wallraf in seiner Reichstagserklärung vom 26. Januar wählte; fein berechnet gerade in diesem Zusammenhang der Hinweis auf den ergreifenden Vers Karl Bröger's von dem deutschen Volk, dessen ärmster Sohn auch sein getreuester war. Zweifelhaft mag es ja erscheinen, ob es richtig von der Regierung war, den Empfang der von dem „Arbeiterrat" gewählten Vertreter, soweit sie nicht Mitglieder des Reichstags waren abzulehnen, und von der Militärverwaltung, daß sie den „Arbeiterrat" auflöste und jede Streikleitung, die doch geeignet und sicherlich auch willens gewesen wäre, die Ordnung unter den Streikenden aufrecht zu erhalten, untersagte; gerade wenn die Masse der Streikenden kein Kommando einer eigenen Leitung hört, gewinnen leicht die tumultuarischen Instinkte jugendlich unreifer Elemente die Oberhand. Daß Staatsregierung und Militärverwaltung, nachdem es einmal zu den bedauerlichen Ausschreitungen vom 31. Januar gekommen war, nicht umhin konnten, den verschärften Belagerungszustand in Berlin und ebenso an anderen Orten zu verhängen, liegt auf der Hand. Selbstverständlich hat die Regierung damit nicht die Absicht aufgegeben, mit den berufenen Vertretern der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften über die Möglichkeit, die Streikart zu begraben, einig zu werden. Mit Zustimmung darf man gerade angesichts der ernsten Wendung der Dinge durch die Verhängung des verschärften Belagerungszustandes die Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" begrüßen, in der ausdrücklich konstatiert wird, daß den Erwählten der Partei und der Gewerkschaften jederzeit der Weg zum Ganzen ohne weiteres offen stehe. Man muß hoffen, daß die Führer beider Organisationen diesen Weg sofort suchen, und daß sie dann nicht etwa zurückgestoßen werden.

Besonders erfreulich ist es, daß die neueste Kundgebung der Regierung in dem offiziösen Blatt den reaktionären Elementen, die überall triumphierend ihr Haupt erheben und die letzten Ereignisse für ihre Zwecke scharfmacherisch ausschlachten möchten, im voraus eine runde Absage erteilt. Wenn konservative, vaterlandsparteiliche und annexionistische Blätter in trautem Verein die Führer der sozialdemokratischen Partei, vorab die Scheidemann und Ebert, die sich keineswegs an die Spitze der

Digitized by Google

Streikbewegung gestellt haben, wie ihnen unterschoben worden ist, sondern die nur als ehrliche Makler hinzutraten, um Unheil zu verhüten und der Arbeiterschaft ihre Treue zu erweisen, als Hochverräter traktieren und ungestüm die Forderung: Los von der Sozialdemokratie! erheben, so stellt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mit aller Gelassenheit fest, daß noch gar kein Grund vorliegt, der eine Zerreißung der inneren Front oder auch nur eine Sprengung der bisherigen Mehrheit fordert. Mit voller Deutlichkeit spricht das Regierungsorgan, das schon neulich jeden Zweifel an der Entschlossenheit der Regierung, die von ihr zugesagten Reformen im Innern durchzusetzen, abgewiesen hatte, von neuem aus, daß die Regierung sich durch den Streik nichts weniger als bewogen fühle, ihre Haltung zu revidieren und ihr für notwendig erachtetes inneres Programm umzustürzen. In der Tat liegt bisher nicht der geringste Grund vor, von der sozialdemokratischen Mehrheit und ihren Führern abzurücken. Man braucht nur die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über Hoch- und Landesverrat durchzulesen, um sich völlig klar darüber zu werden, daß weder bei denen, die ihre Arbeit niedergelegt haben, noch gar bei den Führern der sozialdemokratischen Mehrheitspartei und der Gewerkschaften die juristischen Kriterien des Hoch- und Landesverrats gegeben sind. Das könnte nur für solche Personen gelten, die sich in den Dienst einer feindlichen Macht gestellt hätten, um unsere militärische Kraft zu schwächen, was ganz gewiß — ich lege meine Hand dafür ins Feuer! — auf keinen Führer der sozialdemokratischen Mehrheitspartei und der Gewerkschaften zutrifft. Wollen die reaktionären Heißsporne den Vorwurf des Vaterlands- und Volksverrats wenigstens im übertragenen, im ethischen Sinne aufrecht erhalten, so mögen sie sich gesagt sein lassen, daß der gleiche Vorwurf dann erbarmungslos auch jeden ihrer Parteiangehörigen treffen würde, der etwa durch Zurückhaltung von Vorräten, zu deren Ablieferung er verpflichtet war, durch Umgehung oder Übertretung der Höchstpreisbestimmungen das wirtschaftliche und damit auch das militärische Durchhalten des deutschen Volkes gefährdet. Nicht umsonst hat Hindenburg in seinem Brief an Bethmann Hollweg vom 27. September 1916, der leider viel zu sehr in Vergessenheit geraten ist, ausgesprochen, daß die verständnisvolle freiwillige Mitwirkung jedes Deutschen bei der staatlichen Regelung des Verbrauchs ebenso vaterländische Pflicht ist, wie die Hingabe von Leib und Leben im Kampfe an der Front. Wollen etwa unsere Agrarier behaupten, daß die gesamte Landbevölkerung diese selbstlose Pflichterfüllung, die Hindenburg von ihr mit so eindringlichen Worten verlangte, seither betätigt habe? Können sie es behaupten angesichts der Tatsache, daß der Unterstaatssekretär Müller es in seinem schon gedachten Vortrage den Landfrauen wieder aufs dringlichste ans Herz legen mußte, in ihren Kreisen Selbstsucht, Unverstand, verständnislose Kritik an Kriegsverordnungen zu bekämpfen und für treue Pflichterfüllung der Landwirtschaft in den entscheidenden Monaten des Krieges zu sorgen? Angesichts der Feststellung des Vorstandes des deut-

Digitized by Google

schen Städtetages, daß der Grundmangel der Kriegsernährungswirtschaft die unzureichende Erfassung der Erzeugnisse auf dem Lande, d. h. doch die Verschweigung und Nichtablieferung von Vorräten bleibe? Können sie aber nicht leugnen, daß die Landwirtschaft an der allgemeinen Demoralisierung des Erwerbslebens, in der wir die schlimmste Folge des Krieges sehen, ihren vollen Anteil hat, so werden sie auch nicht behaupten wollen, daß irgendeiner der Landwirte, der den Erwartungen und Mahnungen Hindenburgs nicht voll entsprochen habe, sich als — reif für das gleiche Wahlrecht, oder gar als wert erwiesen habe, bei einem Mehrstimmenrecht wegen seiner Bodenständigkeit doppelt und dreifach bedacht zu werden. Es ist völlig absurd, aus dem Munitionsstreik den Schluß ziehen zu wollen, daß just der Arbeiterschaft, von der sich doch große Teile, ja die weit überwiegende Mehrheit nicht an dem Streik beteiligt hat, die vollste staatsbürgerliche Gleichheit vorenthalten werden könne. Wo gibt es ein Mittel, sei es bei der Arbeiterschaft, sei es bei der Landwirtschaft — wir greifen diese beiden Berufe nur beispielsweise heraus —, um die Schafe von den Böcken, die Gerechten von des Ungerechten zu unterscheiden? Es liegt klar zutage: ein solches Mittel gibt es gar nicht. Und darum bleibt für den Staat auch nichts anderes übrig, als sich nun erst recht zu der göttlichen Maxime zu bekennen, die die Sonne aufgehen läßt über Böse und Gute und regnen über Gerechte und Ungerechte.

Möge denn die Regierung getrost die Straße ziehen, die sie mit dem Kaiserwort vom 4. August, mit der Osterbotschaft und dem Wahlrechtserlaß eingeschlagen hat; es ist und bleibt der einzige Weg, der zum Heile unseres Volkes führt! Wir sahen schon, mit welcher leidenschaftlichen Sehnsucht das Volk die volle und rücksichtslose Durchführung der staatsbürgerlichen Gleichheit nicht bloß in den politischen Rechten, sondern auch in den Lebensbedingungen begehrt. Die gewaltigen Lehren des großen Gleichmachers Krieg reden eine laute und vernehmliche Sprache. Aus der Gleichheit der Lasten und der Opfer ist dem Volke der beste Teil der Kraft zum Durchhalten erwachsen. Die endliche Durchführung der vollen staatsbürgerlichen Gleichheit wird mehr wie alles andere geeignet sein, die Auswüchse der egoistischen Triebe zu beseitigen und den Gemeinsinn zu heben, der heute so vielfach darniederliegt. Die volle staatsbürgerliche Gleichheit würde auch die meisten der Gründe hinwegräumen, die zu dem beklagenswerten Streik geführt haben, und sie würde viel dazu helfen, daß sein Scheitern nicht in der beteiligten Arbeiterschaft einen gar zu bitteren Stachel zurückläßt. Will man also sicher sein, daß der Streik, der hoffentlich nun ein rasches Ende findet, sich nicht wiederhole, so möge die Regierung, nicht wegen des Streiks, sondern trotz seiner, entschlossenen Ernst vor allem mit der möglichst raschen Durchführung der Verfassungsreform machen!

Digitized by Google

Folgerungen

Von Theodor Heuß

Heute, am Sonntag den 3. Februar, darf damit gerechnet werden, daß der große Berliner Streik langsam verlöschen wird. Der Belagerungszustand, die Militarisierung einiger kriegswichtiger Großbetriebe, die Androhung, daß die kriegsverwendungsfähigen Arbeiter zum Heeresdienst eingezogen werden sollen, wirken erschreckend und ernüchternd. Doch darf man sich darüber keiner Ungewißheit hingeben, daß gerade die Art des Ausgangs, dieses Zertreten, ohne daß ein richtiger „Schluß" gemacht wird, keine Lösung darstellt, die einen dauerhaften Frieden gewährleistet. Wenn unsere politische Leitung keine Folgerungen zieht, so ist sie vor der Wiederkehr ähnlicher Bewegungen nicht gesichert. Die Arbeiterwelt ist in großindustriellen Zentren von dem Geist der russischen Maximalisten angefressen, und es gehört zur Staatskunst, diese an sich höchst bedauerliche Tatsache mit vollem Gewicht in die Rechnung zu stellen.

In doppelter Weise.

Indem sie kraftvoll und unverwirrt die Autorität des Staatsgedankens festhält und sich durch Putsche oder „Arbeiterräte" nicht beirren läßt. Darüber sollen die der Unabhängigen Sozialdemokratie nachfolgenden Leute keinen Augenblick im Zweifel sein, daß Deutschland nicht zum Boden improvisierter Machtkämpfe werden darf. Wer mit der Macht spielt und dabei die eigene überschätzt, darf nicht weinerlich werden, wenn Macht sich gegen ihn wendet. Eine sentimentale Beurteilung der Dittmann und Ledebour ist Gefühlsverschwendung. Vielleicht kommt der Augenblick, da die Mehrheitssozialdemokratie begreift, daß es auch ihr Interesse war, wenn der Staat sich nicht von einem Versammlungsbeschluß allzusehr imponieren ließ, der ihr selber erst nach heftigen Kämpfen einen Auftrag zur Mitverantwortung gab.

Das andere kommt dem an Wichtigkeit gleich. Dieser Streik ist von der innerpreußischen Situation, den Methoden der Wahlreform-Mißhandlung und den Fehlgriffen in der Ernährungsfrage freilich genährt, aber nicht hervorgerufen worden. Er kam als Flugfeuer vom Osten und Süden, von Rußland und Österreich-Ungarn und orientierte sich wesentlich an Fragen der äußeren Politik. Das zeigen deutlich genug die ersten Leitsätze der Versammlungsbeschlüsse, die sich auf die Formulierungen der russischen Volksbeauftragten ausdrücklich beriefen und sich auch die agitatorische Forderung aneigneten, „Arbeitervertreter aller Länder" (aber nicht etwa Herr Legien oder Herr Giesberts) sollen an den Friedensverhandlungen beteiligt werden. Diese außenpolitische Spannung wird vielleicht durch den Fortgang der Beratung in Brest-Litowsk gedämpft werden, auf die sie ohne Zweifel zunächst ungünstig zurückwirken muß. Aber als unmittelbare Aufgabe melden sich die Probleme der inneren Politik. Man muß damit rechnen, wenn man sich die jetzige Mehrheit des Preußischen Land-

Digitized by Google

tags betrachtet, daß sie sich mit um so zäherer Hartnäckigkeit den staatspolitischen Forderungen verschließt; sicherlich werden sie die Begleiterscheinungen des Ausstandes unter ihr billiges Arsenal gegen die Erweiterung der Volksrechte aufnehmen. Um so verantwortungsvoller ist aber auch gerade hier die Aufgabe der Regierung geworden; es ist überflüssig, darüber weitere Worte zu sagen.

Die Reichsleitung hat aber noch andere Möglichkeiten in der Hand, und es ist Zeit, sie jetzt endlich aus der Hand zu geben. Wir meinen den Entwurf des Arbeitskammergesetzes und die Novelle zur Gewerbeordnung (Wegfall des Paragraphen 153). Warum das jetzt? Damit in eine Atmosphäre, die nur von vielfach unklaren Erörterungen über Kriegsziele, sozialpolitisch eng umschriebene Sachprobleme eintreten, die klärend, nüchtern erzieherisch wirken und manche unnatürliche Schlafgenossen trennen werden. Damit innerhalb der Arbeiterschaft das Gefühl sich festigt, daß der sozialpolitische Fortschritt im Kriege keine Hemmung erfährt. Beide Gesetze sind im Reichsamt des Innern fertiggestellt — die fast immer unheilvoll verzögernde Notwendigkeit unserer Verfassung will es, daß sie jetzt erst die Prüfung des preußischen Ministerkollegiums durchlaufen müssen, um, je nach dessen Begutachtung, als preußische Anträge vor den Bundesrat zu kommen. Hier soll jetzt etwas Tempo gemacht werden! Nicht um des Streikes willen, nicht unter dem Druck der „Gasse". Die hat sich diesmal gar nicht um solche „Kleinigkeiten" gekümmert, da es ihr „aufs Ganze" ging. Sondern aus ganz klarer, realistischer Erwägung. Die Gesetze sind angesagt, sind fertig, eine Mehrheit im Reichstag ist ihnen sicher, sie zeigen sich als Brücken an für den sozialpolitischen Fortschritt in den Frieden hinein, der ja wohl auch mit den Errungenschaften des Hilfsdienstgesetzes (Arbeiterausschüsse, Schlichtungs- und Einigungskommissionen) wird rechnen dürfen.

Die Folgerungen aus dem Streik sind aber damit noch nicht erschöpft. Es bedarf noch einiger Worte über die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften.

Die lebhaften Anstrengungen einiger Rechtsgruppen, die Verantwortung für den Streik auf die Scheidemannleute zu schieben, ist agitatorisches Gemächte. Die Mehrheitssozialdemokratie hat diesen Streik weder vorbereitet noch gewünscht, aber sie ist, nachdem er vorhanden war, mit nicht ganz sicherem Gleichgewicht eingetreten. Auf der einen Seite mußte es ihre Aufgabe sein, nachdem sie gerufen worden war, die Führung des Ausstandes so zu beeinflussen, daß er in der Wirkung nach außen nicht allzugroßen Schaden ausrichte — das war ein Vorhaben, für das im Rahmen der bayrischen Bewegung der Münchener Ministerpräsident den dortigen Mehrheitssozialisten Dank sagte. Aber während die Sozialdemokratie diesen Schritt tat, trat sie auch in Wettbewerb mit den „Unabhängigen". Ledebour wollte gar nicht die Gesellschaft der „Sozialpatrioten", diese aber lebten in der Angst, daß mit ihrer Zurückhaltung neue Teile der radikalisierten Berliner Arbeiterschaft nach links von innen losgerissen würden. Dieser innere Zwiespalt, der zwischen nationalpolitischer Ver-

Digitized by Google

antwortungsbereitschaft und rein parteitaktischer Beflissenheit notwendig klafft, hat die Bewegungsfreiheit gehemmt. Als man Scheidemann in die Führung des Streiks wählte, setzte man ihn zugleich unter Kuratel — denn zwei Spartakus-Leute, die schon im vergangenen Jahr sich betätigt hatten, waren ihm sozusagen als Bewachungsmannschaft beigegeben. Nur unter ihrer Kontrolle sollte er, als die ersten Ausschüsse zusammentraten, handeln und verhandeln dürfen. Daß aber keine Verhandlungsmöglichkeit rasch geschaffen werden konnte, lag nicht etwa lediglich an einem bureaukratischen Eigensinn der Regierung, die im Gegenteil verschiedene Vermittlungsvorschläge machte, so die Beziehung einiger Gewerkschaften, die in ihren Zusammenhängen mit dem Streik nicht durchexaminiert werden sollten. Bei der Arbeiterdelegation selber ging ein immerwährender innerer Machtkampf zwischen den verschiedenen Gruppen vor sich, die sich mit Mißtrauen in der ungewohnt gewordenen Nähe arbeiten sahen, die verschiedene Ziele vor sich hatten und darum auch keine einheitliche innere Loyalität vorweisen konnten. Diese innere Spannung pflegt übersehen zu werden.

Der „Vorwärts" war der Spiegel dieser verschiedenen Tendenzen. Auch er, eine Zeitlang bei aller Schärfe des Ausdrucks besonnen geleitet, ist unter dem Wehen der östlichen Wortwinde unruhig geworden und hätte mit dem Ausbruch des Streiks alle Haltung verloren. Man hat ihn zuerst verboten, dieses Verbot dann erfreulicherweise vorzeitig aufgehoben, so daß das publizistische Ventil der Streikbewegung nicht zu lange verstopft war. Der „Vorwärts" trägt die Hauptschuld, wenn die Politik der Mehrheitssozialdemokratie, die vom Parteivorstand am 1. Februar nüchtern beschrieben wird, zunächst in eine falsche Beleuchtung kommen müßte. Denn jener Artikel vom 29. Januar, der den Streikbeginn sozusagen „begrüßte", ließ jede kritische Betrachtung der Ausstandsbewegung völlig vermissen. Er war ein Produkt der Feigheit, gegenüber dem von den Unabhängigen angezettelten Ausstand eine eigene Meinung zu formulieren; die falsche Lyrik, die sich in ihm Platz macht, schafft eine Atmosphäre von Sympathie, kein Wort darüber, daß dieser wilde Streik für die innere und äußere Politik eine Belastung werden könnte. Man hilft sich in diesen Tagen mit dem Spruch, daß „Vorwärts" und Sozialdemokratie unbedingt auf der Seite der Arbeiter stehen und entzieht sich damit der Pflicht einer eigenen Verantwortung.

Daß das ein auf die Dauer unwürdiges und unmögliches Verfahren ist, liegt auf der Hand. Die Sozialdemokratie darf sich nicht allzusehr darüber wundern, wenn diese ihre publizistische Verwertung ein Echo werden muß, das sachlich unerwünscht ist. Sie kommt auch nicht darüber hinweg, daß jene gleiche Versammlung, die Scheidemann und Ebert in den Streikausschuß berief, folgende Entschließung annahm:

„Da nur unbedingte Solidarität Erfolg verheißt, geloben wir, jede Maßregelung unserer Führer, Vertreter und Beauftragten mit aller Macht abzuwehren. Wir richten aber auch an die Proletarier Deutschlands wie der anderen kriegführenden Länder insgesamt die dringende Aufforderung, wie schon die Arbeitskollegen in Österreich-Ungarn erfolgreich uns voran-

Digitized by Google

gegangen sind, so nunmehr gleichfalls in Massenstreik einzutreten, denn erst der gemeinsame internationale Klassenkampf schafft uns endgültig Frieden, Freiheit und Brot."

Der „Vorwärts" druckt diese Aufforderung ab, ohne ein Wort der Einschränkung hinzuzusetzen. Es ist nicht gesagt, ob diese Sätze einstimmig oder gegen Widerspruch angenommen wurden. Eine Verwahrung von seiten der Mehrheitssozialdemokratie ist nicht bekannt geworden. Das war zum mindesten eine höchst bedauerliche Unterlassung, auch wenn man anerkennen muß, daß die Formulierung wohl völlig unabhängig von der Scheidemanngruppe geschah und spätere Beratungen durch die Anordnungen des Oberkommandos der Marken verboten wurden. Mit dieser staatsverderblichen Willenskundgebung hatte sich die Streikleitung selber den Weg zu einer vertrauensvollen Erledigung der Fragen verrammelt. Dem Vorgehen der militärischen Behörden, das dieser widerspruchslosen Verdffentlichung des „Vorwärts" folgte, war die Bahn frei gemacht, die Maßnahmen der Zivilbehörden teilweise vorweggenommen. Daß es so kommen mußte, ist schmerzlich genug, denn hier bleibt, gleichgültig wann und wie das Ende kommen wird, ein Stachel.

Es ist ein Glück, daß die Gewerkschaften sich neutral erklärt hatten. Sie haben ja dank den Ledebour und Dittmann, die Berliner Arbeiter nicht mehr so in der Hand wie früher; aber ihre Zurückhaltung hat sie wenigstens nicht belastet. Deshalb erschienen sie der Reichsleitung als die gegebenen Vertreter der Arbeiterschaft. Die Regierung läßt sich nicht darauf ein, mit einer zufälligen Versammlungsdelegation politische Grundfragen auf dem Verhandlungswege zu diskutieren (sie muß sich dann aber auch Privatpersonen an der Spitze der Vaterlandspartei gegenüber zurückhaltender zeigen) — aber sie übernimmt die Lehre der gewerkschaftlichen Überlieferung, daß man von Organisation zu Organisation gleich Behörde verhandelt. Das ist sozialpolitisch „korrekt" und nicht das „Herr-im-Hause"-Bewußtsein. Man muß dringend wünschen, daß der Versuch der Regierung, die Gewerkschaften, die sich mit großer Klugheit diesem wilden Streik gegenüber ablehnend verhielten, zu einer aktiven Rolle zu gewinnen, noch gelingen wird. Die Schwierigkeit liegt bei den „Unabhängigen". Aber nur dann wird es möglich sein, der Bewegung einen Abschluß zu geben, der nicht Gewalt, sondern Verständigung heißt.

Die freien Gewerkschaften sind nicht so in der ängstlichen Zwangslage wie die Sozialdemokratie. Aber auch für sie kommen, wenn sie dem Bolschewismus länger passiv gegenüberstehen, ernste Fragen auf die Tagesordnung; die angebahnte Solidarität mit den andern Gewerkschaftsrichtungen, die sich sachlich in der Arbeitsnachweisfrage, stimmungsmäßig in der Zusammenarbeit beim „Volksbund für Freiheit und Vaterland" ausdrückt, wird durch solche Stöße gefährdet. Gegenwirkungen dürfen nicht ausbleiben. An den Gewerkschaften wird es auch liegen, die maximalistische Phraseologie durch konkrete sozialpolitische Sachfragen, wie wir sie oben beschrieben haben, zu ersetzen.

Digitized by Google

Die Regierung ist in sich offenbar einig. Wie weit die militärischen Maßnahmen von ihr unabhängig oder beeinflußt sind, läßt sich nicht erkennen. Hertling und Payer haben durch die „Nordd. Allg. Ztg." mitgeteilt, daß sie den Streik nicht zu einem Mittel werden lassen wollen, das den Charakter der Politik der letzten Monate umstürzt. Darauf hoffen die Konservativen und die „Unabhängigen". Die Reichsleitung wird ihre eigenen Schritte nach diesem Willen einrichten müssen, aber auch die Sozialdemokratie muß der ernsten Frage sich in jeder Stunde bewußt bleiben, daß sie sie sich nicht durch die rücksichtslose Hartnäckigkeit ihrer Gegner von links in eine Lage drängen läßt, die das eigene politische Werk der letzten Jahre gefährdet.

Tirpitz und Lloyd George

Von Hans Delbrück

Der Berliner Berichterstatter des „Nieuw Rotterdamsche Courant" Dr. van Blankenstein hat dieser Tage den Großadmiral Tirpitz (s. Not.) und Professor Hans Delbrück um ihr politisches Urteil über die Lage und den Frieden befragt. Er stellt uns seine Aufzeichnungen über die Unterhaltung mit Hans Delbrück zur Verfügung.

Nachdem der Vorsitzende der Vaterlandspartei, Großadmiral Tirpitz, mir seine Ansichten auseinandergesetzt hatte, suchte ich eine Unterredung mit einem der Hauptführer der Verständigungsrichtung. Professor Hans Delbrück, der in dieser Woche als Gast der Universität in Utrecht einen Vortrag halten wird, schien mir der gegebene Mann dafür zu sein. Er ist unter deutschen Hochschullehrern einer der ersten gewesen, der gegen das bekannte Auftreten der nationalistischen Professoren öffentlich Stellung genommen hat. Vom Anfang des Krieges an, zur Zeit, als noch großer moralischer Mut erforderlich war, um gegen Kriegsleidenschaften anzukämpfen, hat er unentwegt die Ansichten vertreten, die er jetzt in unserer Unterredung äußerte. Alle die illustren Männer deutscher Wissenschaft, die für Verständigung und Vernunft eingetreten sind, Gelehrte, wie Harnack, Troeltsch, Waldeyer, Nernst, Emil Fischer, Schmoller, Meinecke und so viele andere, sind ihm hierin als ihrem Führer gefolgt. Man kann ihn also als berufenen Verdolmetscher der Auffassungen des nach Völkerverständigung strebenden deutschen Intellekts betrachten.

Professor Delbrück gab mir folgende, in Wortlaut wiedergegebene Erklärung:

„Alle Völker hüben und drüben sind heute in zwei Lager geteilt. Das eine will den Krieg fortsetzen und den Gegner möglichst völlig niederzwingen, das andere sucht nach Verständigung. Der führende Mann der ersten Richtung im Ententelager ist Lloyd George, in Deutschland Großadmiral Tirpitz. In dieser Zusammenstellung ist mit der Gleichheit auch zugleich der Unterschied gegeben. Admiral Tirpitz ist Offizier und Privatmann, Lloyd George hat als leitender Staatsmann die Gewalt. In Deutsch-

Digitized by Google

land sind Kaiser, Regierung, gewaltige Majorität des Reichstags und eine noch größere Majorität im Volke, gewillt und entschlossen, den Verständigungsfrieden anzustreben und anzunehmen. Soeben haben wir den Beweis erhalten, daß tatsächlich die Masse des Volkes diesen Standpunkt einnimmt. Die Konservativen haben in der Nachwahl Bautzen-Kamenz einen Reichstagssitz verloren, den sie seit der Reichsgründung im Besitz hatten. Es wird richtig sein, daß die Richtung Tirpitz auch in der Armee ihre Anhänger hat, aber das dürfte bei den anderen Völkern ganz ähnlich liegen, es liegt in der Natur der Dinge, daß Soldaten geneigt sind, einen Kampf, in dem sie einmal begriffen sind, bis zum äußersten durchfechten zu wollen. Entscheidend aber ist, daß diese, wie wir sie nennen, „alldeutsche Richtung" weder die Leitung im Staate hat, noch diese jemals haben wird; schon deshalb nicht, weil sie ja gar nicht anzugeben vermag, was sie eigentlich will. Sie schwört, daß sie gar nicht daran denkt, Belgien annektieren zu wollen, phantasiert aber gleichzeitig von der Herrschaft über die flandrische Küste, die doch ohne Annexion Belgiens gar nicht durchführbar ist. Ich habe selber eine kleine Schrift geschrieben, worin ich das nachgewiesen und namentlich darauf aufmerksam gemacht habe, daß wir nicht einmal militärisch einen Vorteil davon haben würden, weil wir ja durch die Festsetzung in Belgien notwendig Holland ins Lager unserer Feinde treiben, also unsere Macht nicht stärken, sondern schwächen würden.

Man beschwert sich, daß Reichskanzler Graf Hertling in der letzten Rede nicht deutlich genug ausgesprochen habe, daß Deutschland die belgische Integrität und Souveränität nicht anzutasten gedenke. Auch ich bin der Meinung, daß Hertling das präziser hätte ausdrücken sollen, damit die große Masse den starken und deutlichen Eindruck hätte, welche Stellung die deutsche Diplomatie einnimmt und welche Ziele sie anstrebt. In Wirklichkeit freilich hat der Reichskanzler für jeden, der nahe genug zusieht, mit genügender Deutlichkeit gesprochen. Diplomaten betrachten es nun einmal als ihre Aufgabe, sich sehr vorsichtig auszudrücken. Graf Hertling aber steht als Mitglied und Führer einer großen Partei seit 40 Jahren im öffentlichen Leben, und man kennt seine Weltanschauung. Nichts liegt ihm ferner als Gewaltpolitik, alles, was er denkt und treibt, ist ethisch fundiert. Er ist Katholik, ich bin Protestant, und unsere Ethik ist theoretisch verschieden. Praktisch aber ist in unserer Auffassung, daß auch das Staatsleben in der Ethik wurzeln müsse, kein Unterschied. Daß Deutschland heute an leitender Stelle einen solchen Staatsmann besitzt, der die überwältigende Mehrheit des Volkes hinter sich hat, scheint in der Welt noch nicht genügend gewürdigt. Man glaubt, daß die Richtung Tirpitz doch einmal bei uns zur Herrschaft kommen könne, aber diese Furcht ist durchaus unbegründet. Die wütenden, für Deutschland unerhörten Angriffe der Alldeutschen gegen den Kaiser beweisen zur Genüge, daß der Kaiser selbst mit seiner Auffassung auf unserer Seite steht.

Es ist überaus traurig, daß das Leiden der Menschheit durch künstlich genährtes,

Digitized by Google

ganz unbegründetes Mißtrauen so verlängert wird. Wenn man uns in Deutschland vorwirft, daß wir von gleichem Mißtrauen gegen Lloyd George erfüllt seien, der sich jetzt doch auch ganz gemäßigt ausgesprochen habe, so erwidere ich, daß es ein großer Unterschied ist, ob ein Staatsmann, der uns noch vor kurzer Zeit die Zerschmetterung angedroht hat, jetzt plötzlich freundlichere Töne findet, oder ob man mit einem Staatsmann es zu tun hat, der sein ganzes Leben hindurch sich als Mann der Mäßigung bewährt hat. Würden die Engländer etwa zu uns Vertrauen fassen, wenn Großadmiral Tirpitz Reichskanzler würde und zugleich versicherte, daß er einen Verständigungsfrieden wolle?"

Der deutsche Kolonialbesitz

Von Franz Kolbe

In Sonderheft 1 der Mitteilungen der Auskunftsstelle Vereinigter Verbände hat Generalsekretär R. Mosig eine Reihe von in den letzten Kriegsjahren in der Öffentlichkeit laut gewordenen Stimmen und Meinungsäußerungen über die Möglichkeit und den Wert deutschen Kolonialbesitzes zusammengestellt, um damit dem, der der kolonialpolitischen Zukunft näheres Interesse entgegenbringt, ein Bild der verschiedenen Aufführungen und Strömungen zu geben. Den Versuch, die Richtigkeit der einzelnen Meinungsäußerungen nachzuprüfen, hat der Verfasser nicht gemacht. Es sei mir gestattet, unter Benutzung des Mosigschen Materials, das nach Bedarf durch weitere Mitteilungen ergänzt wird, die Frage vom Standpunkt des Kolonialpolitikers kritisch zu beleuchten.

1. Die Voraussetzung für die Möglichkeit deutschen Kolonialbesitzes.

Als England uns im Jahre 1914 den Krieg erklärt hatte, schloß es uns zunächst vom überseeischen Verkehr, also auch von dem mit unseren Kolonien ab, dann griff es die letzteren selber an. Auf die Abschließung waren wir gefaßt gewesen, erstaunt und entrüstet war man darüber, daß England es wagte, den Krieg in den schwarzen Kontinent hineinzutragen. Hatte man doch bei uns im Vertrauen auf das von England stets hochgehaltene und betonte Solidaritätsgefühl der weißen Rasse geglaubt, daß im Falle eines europäischen Krieges die afrikanischen Kolonien daran nicht teilnehmen, sondern in Übereinstimmung mit dem Artikel 11 der Kongoakte neutralisiert werden würden. Artikel 11 der Kongoakte lautet:

„Falls eine Macht, welche Souveränitäts- oder Protektoratsrechte in den erwähnten Ländern ausübt, in einen Krieg verwickelt werden sollte, verpflichten sich die hohen Teile, welche die gegenwärtige Akte unterzeichnen, sowie diejenigen, welche ihr in der Folge beitreten, ihre guten Dienste zu leihen, damit die dieser Macht gehörigen und in der konventionellen Freihandelszone einbegriffenen Gebiete, im gemeinsamen Einverständnis dieser Macht und des anderen oder der anderen der kriegführenden Teile, für die Dauer des Krieges den Gesetzen der Neutralität unterstellt und so betrachtet werden, als ob sie einem nicht kriegführenden Staate angehörten. Die kriegführenden Teile würden von dem Zeitpunkt an darauf Verzicht zu leisten haben, ihre Feindseligkeiten auf die also neutralisierten Gebiete zu erstrecken oder dieselben als Basis für kriegerische Operationen zu benutzen."

Digitized by Google

Dem Wortlaut dieses Paragraphen nach ist allerdings die Neutralisierung der Kolonien nicht ausdrücklich ausgesprochen, es kann aber, wie Dr. Christ-Socin, der langjährige Vizepräsident der Schweizer Gesellschaft für Eingeborenenschutz, kürzlich in einem Antrage an diese Gesellschaft besonders hervorgehoben hat, keinem Zweifel unterliegen, daß dem Sinne des Vertrages nach nicht nur das Vertragsbecken im Falle eines Krieges als neutrales Gebiet respektiert werden, sondern daß auch die Verwendung schwarzer Truppen und deren Überführung aus ihrem Gebiet nach europäischen Schlachtfeldern ausgeschlossen sein sollte. Im Vertrauen auf die Kongoakte hatte man in den deutschen Kolonien nur Schutz- und Polizeitruppen zur Erhaltung der inneren Ordnung aufgestellt — auf eine Verteidigung nach außen waren die deutschen Kolonien nicht eingerichtet.

Ein Angehöriger des neutralen Schwedens, Professor Kjellén, ist es gewesen, der zuerst den Nachweis geführt hat, daß überhaupt unsere deutsche Auslandpolitik vor dem Kriege auf einem Irrtum aufgebaut war — dem Glauben an die Möglichkeit einer Versöhnung mit England, an die Möglichkeit eines Nebeneinandergehens auf dem Weltmeer und an den „Risikogedanken", durch den England im Interesse der Erhaltung seiner Vorherrschaft zur See von Angriffsabsichten gegenüber dem durch eine starke Flotte geschützten Deutschland abgehalten werden sollte — und daß Deutschland geopolitisch der natürlichen Operationsbasis zum Aufbau einer Kolonialmacht entbehrt. Die Voraussetzungen für einen unmittelbaren Zusammenhang des Mutterlandes mit den Kolonien fehlen. In seiner Schrift über „Die politischen Probleme des Weltkrieges" sagt Kjellén noch klarer zu diesem Problem: „Deutschlands Kolonien liegen weit entfernt in Afrika, und es beruht bei der gegenwärtigen Konstellation ganz und gar auf Englands Gnade, ob das Mutterland mit ihnen in Verbindung treten darf oder nicht. Der Weltkrieg hat die Rechnung bestätigt."

Auch bei uns setzte naturgemäß eine Erörterung über die durch Englands Angriffe auf unsere Kolonien und Deutschlands Abschluß vom Meere durch die englische Flotte geschaffene Lage ein. Es handelte sich vor allem um Beantwortung der Frage: Unter welchen Voraussetzungen kann Deutschland Kolonialpolitik treiben? Ist ein deutsches Kolonialreich möglich, so lange England in der Lage ist, uns den Verkehr mit unseren Kolonien zu sperren?

Unsere konservativen Politiker, besonders Graf Ernst von Reventlow, stellten sich auf den Standpunkt: Seegeltung geht vor Kolonialpolitik, das heißt: Deutschland könne nur Kolonialpolitik treiben, wenn die deutsche Seegeltung England gegenüber derart erstarkt sei, daß die Verbindung zwischen unseren Kolonien und dem Mutterlande unbedingt gesichert sei.

In ähnlicher Weise nahm der Direktor der „Vossischen Zeitung" Georg Bernhard am 11. Juli 1917 Stellung:

„Der lebhafte Wunsch, unsere Kolonien zurückzubekommen, darf uns bei Friedensschluß nicht

Digitized by Google

etwa veranlassen, England kontinentale Zugeständnisse zu machen ... Wir dürfen nie vergessen, daß Kolonien ohne Seegeltung etwas Unmögliches sind. Was nützt uns das schönste Kolonialreich, auf dem alle Früchte des Paradieses wachsen, wenn wir sie im Kriegsfalle nicht zu uns schaffen können? ... Wenn wir nicht unsere kontinentale Machtstellung so aufbauen, daß England aus Furcht vor unserer Seemacht es nicht wagen kann, uns den Weg zu unseren Kolonien abzuschneiden, so werden wir in Zukunft gerade wegen unseres umfangreichen Kolonialreiches vor jeder englischen Flottendrohung ins Knie sinken müssen. Gerade um Kolonialpolitik zu treiben und ein Kolonialreich erhalten zu können, müssen wir in allererster Linie unsere Kontinentalstellung gegenüber England befestigen."

Ähnlich äußerte sich der Nachfolger Adolf Wagners als Lehrer der Nationalökonomie an der Universität zu Berlin, Geheimrat Dr. Schumacher, indem er am 10. Juni 1917 in der „Vossischen Zeitung" schrieb:

„Selbst wenn es gelänge, an Stelle des rücksichtslosen Seemonopols Englands das Ideal der Freiheit des Weltmeeres zu verwirklichen, was würde es uns nützen, wenn uns der Zugang zu diesem nassen Reich der Freiheit jederzeit wie heute verwehrt werden könnte? ... Freiheit der Meere heißt für uns Deutsche in erster Linie Sicherung des Zugangs zum Weltmeer."

Auch Freiherr von Mackay urteilt ähnlich über den Zusammenhang des Mutterlandes, also Seegeltung und Kolonialbetätigung (vergl. Heft 44, 1916 des „Größeren Deutschland"):

In der Tat nimmt, auch wenn Kolonien noch so vorsorglich militärisch und politisch auf eigene Füße gestellt werden, keineswegs in dem absoluten Wachstum überseeischer Macht die Notwendigkeit der Sicherung ihrer Verbindungen mit dem Mutterlande ab; daß das Gegenteil der Fall ist, beweist schon England, dessen Imperialismus und Förderalismus mit dem Programm der „Closer union" desto kräftiger in die Halme schoß, je mehr sich Großbritanniens Überseepolitik ausdehnte. Kolonial- und Seemachtpolitik sind nicht Strahlen zweier zerstreuter Lichtquellen nationalen Machtbetriebes, sondern Seiten eines Parallelogramms von Kräften, so wie anderseits Orient und Afrika nicht als Gegensätze, sondern als sich ergänzende Ziele der Weltmachtwerdung Deutschlands erscheinen, die erst durch deren Zusammenfassung von den Zufälligkeiten und Linien der Kaperkriege und Ringbildungen seegewaltiger Mächte unabhängig werden können.

Wenn wir diese Forderungen mit der Wirklichkeit vergleichen, so müssen wir zunächst die Bemerkung Bernhards, das schönste Kolonialreich nütze uns nichts, wenn wir seine Produkte im Kriegsfalle nicht zu uns schaffen können, als Übertreibung ablehnen. Gott sei Dank ist doch in unserem Zeitalter der Krieg nur der Ausnahmezustand und der Friedenszustand die Regel. Es heißt wirklich das Verlangen nach Sicherung zu weit treiben, wenn man auf kolonialen Besitz gänzlich verzichten soll, weil möglicherweise im Kriegsfalle die Produkte unseres Kolonialreiches nicht nach Deutschland geschafft werden können. Die Erfahrungen des Krieges haben uns eben gelehrt — und das gilt nicht nur für uns, sondern auch für England — daß man im Kriegsfalle unter keinen Umständen darauf rechnen kann, alle Rohprodukte von Übersee her in den wünschenswerten Mengen zu erhalten. Wir werden also nach dem Kriege gezwungen sein, in gewissem Sinne Vorratswirtschaft zu treiben. Würden wir auf Kolonialbesitz verzichten, so würden wir uns dadurch in bezug auf die Preis-

Digitized by Google

höhe vom Auslande abhängig machen. Die Ententemächte — wenigstens England, Frankreich und die Vereinigten Staaten — sind sich darüber einig, uns nach dem Kriege die Rohstoffbeschaffung möglichst zu erschweren und, wenn dies nicht angängig sein sollte, zu verteuern. Wir würden also nicht nur bei unserer Vorratsbeschaffung für einen etwaigen zukünftigen Krieg, sondern auch für unsere gesamte Friedenswirtschaft höhere Preise zu zahlen haben — Preise, durch welche unserer Industrie die Konkurrenzfähigkeit mit der unserer Gegnern erschwert, wahrscheinlich unmöglich gemacht würde. Gerade das Verhalten dieser drei Mächte zwingt uns zur kolonialwirtschaftlichen Betätigung. Wenn wir nicht wollen, daß unsere Industrie durch Verteuerung der Rohstoffe lahm gelegt wird, dann müssen wir Kolonialwirtschaft treiben und müssen darauf bedacht sein, mindestens soviel an industriellen Rohstoffen in unseren Kolonien zu erzeugen, daß der Preis der Rohstoffe auf konkurrenzfähiger Höhe bleibt.

Ebenso ist es nicht richtig, daß wir in Zukunft gerade wegen unseres umfangreichen Kolonialreiches vor jeder englischen Flottendrohung werden in die Knie sinken müssen. Es ist doch bekannt, welche kolossalen Truppenmengen England, Frankreich und Belgien zwecks Eroberung unserer afrikanischen Kolonien aufbringen mußten. Wären die deutschen Kolonien nicht gewesen, so wäre sicher ein Teil dieser Truppen ebenfalls auf dem europäischen Kriegsschauplatz eingesetzt worden. Frankreich hat in diesem Kriege so ungeheuere Verluste, daß es ohne die Zuhilfenahme des Menschenreservoirs in den Kolonien in Zukunft nicht mehr imstande sein würde, Deutschland ein auch nur der Zahl nach annähernd gleichwertiges Heer entgegenzustellen. Schon jetzt wird in Frankreich immer wieder der Ruf laut, die Aushebungen der afrikanischen Truppen, die sich den besten französischen Truppen als ebenbürtig erwiesen hätten, zu verstärken. Wenn nun Deutschland in Afrika selbst ein Kolonialreich von derartiger Ausdehnung besitzt, daß im Kriegsfalle Frankreich zur Sicherung seiner eigenen Kolonien gezwungen sein würde, seine afrikanischen Truppen im Lande selbst festzuhalten, dann könnten sie eben nicht auf die europäischen Schlachtfelder gebracht werden.

Ähnlich steht es mit der Seemacht. Wir haben es staunend erlebt, wie lange unsere Auslandskreuzer den Kreuzerkrieg gegen die englische Handelsschiffahrt geführt haben, obwohl sie ohne jeden Stützpunkt, wo sie ihre Ausrüstungen ergänzen und Schäden reparieren konnten, vollständig auf sich selbst angewiesen waren. Würden die Häfen unseres Kolonialreichs derart ausgebaut, daß unsere — natürlich den Bedürfnissen entsprechend verstärkte — Auslandskreuzerflotte dort Stützpunkte findet, in welchen sie ihre Ausrüstung — vor allem an Munition — ergänzen, etwaige Beschädigungen reparieren kann, in denen auch eine Basis für Unterseeboote geboten würde, so müßte der Seehandelskrieg ein ganz anderes Gesicht bekommen. Schon jetzt ist das Operationsgebiet unserer Unterseeboote bis nach den Kapverdischen Inseln erweitert worden. Ein entsprechender Ausbau unserer Kolonialhäfen würde den Handel Englands im

Digitized by Google

größten Teil des Weltmeeres derart bedrohen, daß die zum Schutze des englischen Handels notwendige Kriegsschiffflotte bedeutend verstärkt und die Heimatflotte entsprechend geschwächt werden müßte.

Wünschenswert ist allerdings, daß nicht nur unsere kolonialen Häfen entsprechend ausgebaut werden, sondern daß die Verbindungen mit unseren Kolonien mit dem Mutterlande durch Anlage einer Anzahl entsprechender Flottenstützpunkte genügend gesichert werden, wie dies auch die „Deutsche Kolonial-Gesellschaft" in einer Entschließung vom Juni 1917 verlangt:

„Die deutsche Kolonialgesellschaft ist durchdrungen von der Überzeugung, daß der Verlauf des Weltkrieges die innige gegenseitige Verknüpfung heimatlicher und überseeischer kolonialer Betätigung immer zwingender hervortreten läßt. Die Wahrung der Weltmachtstellung Deutschlands und der drohende Wirtschaftskampf erheischen gebieterisch, daß dem deutschen Vaterlande in Europa eine feste Machtstellung errungen wird, die seine Seegeltung sichert und den Zugang zum Weltmeere offen hält. Sie verlangt aber ferner, daß die überseeische Betätigung Deutschlands durch den Besitz eigener Kolonien in wesentlich erweiterten Grenzen und in Anpassung an überseeische Stützpunkte gewährleistet wird. Ohne Sicherstellung der Rohstoffversorgung drohen der deutschen Volkswirtschaft und dadurch auch unserer arbeitenden Bevölkerung unabsehbare Gefahren.

Die Deutsche Kolonial-Gesellschaft begrüßt daher mit freudiger Genugtuung den durch den Staatssekretär des Reichskolonialamtes im Namen des Reichskanzlers in Leipzig erklärten Willen, die Rückgabe unserer sämtlichen Kolonien und den Ausbau eines starken Kolonialreiches in Afrika durchzusetzen. Eine solche Erweiterung ist in erster Linie in Mittelafrika — Festland und Inseln — anzustreben. Das ermöglicht den Zusammenschluß der bisherigen deutschen Kolonien. Das faßt auch den Erwerb westafrikanischer Kolonien in sich, die bei ihrer dichten Bevölkerung, bei dem Reichtum an leicht gewinnbaren kolonialen Rohstoffen und der Möglichkeit der Anlegung von Flottenstützpunkten für uns von unersetzbarem Wert sind. Die deutsche Kolonial-Gesellschaft erhebt gleichzeitig den schärfsten Einspruch gegen den Gedanken eines Verzichtes auf unsere wirtschaftlich und flottenstrategisch wertvollen Südsee-Kolonien und tritt nach wie vor eindringlich für die Wahrung der überaus wichtigen deutschen Interessen in Ostasien ein."

Daß die eben erwähnten Folgerungen aber nur dann eintreten, wenn das deutsche Kolonialreich imstande ist, sich auch im Falle eines Abschlusses vom Mutterland selbständig zu verteidigen, ist klar. Unser bisheriges Kolonialreich, das nur aus einzelnen weit von einander entfernten Kolonien bestand, war dazu nicht imstande. Infolgedessen tauchte die Folgerung auf, uns ein geschlossenes, verteidigungsfähiges Kolonialreich in Mittelafrika zu schaffen. So schrieb z. B. Freiherr von Rechenberg, der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, im Februarheft „Nord und Süd":

„... Wie der Kolonialbesitz beschaffen sein muß, damit er auch in kriegerischen Zeiten behauptet werden kann, hat uns der gegenwärtige Krieg gelehrt; er muß so ausgedehnt sein, daß er in sich selbst die Kräfte zu seiner Verteidigung wenigstens so lange findet, bis der Krieg, welcher über sein Schicksal entscheidet, auf anderen Schauplätzen entschieden ist, auf Schauplätzen, auf denen unser Heer und unsere Marine die Entscheidung herbeiführen.

Die einzige deutsche Kolonie, welche sich noch gegen die feindliche Übermacht behauptet, ist Deutsch-Ostafrika. An diese grenzt das belgische Kongobecken.

Digitized by Google

Wenn Belgien — so wie wir hoffen und wie es seiner Bevölkerung und deren Wünschen entspricht — zum Teil an Frankreich, zum Teil an Deutschland fällt, so würden der belgische Kongo und der französische Kongo einschließlich der Tschad- und Schari-Territorien und Wadais an den deutschen Kolonialbesitz anzugliedern sein. Seine Ergänzung würde dieser Besitz noch finden in dem Erwerb vom britischen Ostafrika und Uganda, für welche Kiautschou, Neu-Guinea und unsere Besitzungen in der Südsee aufzugeben wären. Dieser geschlossene Kolonialbesitz bietet in sich genügende Verteidigungs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Togo, das isoliert bliebe, wäre allerdings weiterer Entwicklungsmöglichkeiten beraubt, und es wäre in Erwägung zu ziehen, ob es besser gegen Nordrhodesia und Nyassaland England überlassen würde, da diese englischen Besitzungen schon jetzt in nichtenglisches Gebiet eingeklemmt sind. Bezüglich der portugiesischen Kolonien würde der Vertrag von neuem bestätigt werden, welchen seinerzeit Deutschland und Großbritannien über dieselben abgeschlossen haben.

Deutschland würde auf diese Weise einen in sich geschlossenen, verteidignngsfähigen und an der Westküste leicht erreichbaren Kolonialbesitz haben, der deutschem Unternehmungsgeist ausreichendes Betätigungsfeld bieten und dazu beitragen kann, die uns fehlenden Rohstoffe, seien sie nun Mineralien oder landwirtschaftliche Erzeugnisse tropischer Art, herbeizuschaffen. Versichert man sich bei der Verwaltung der Sympathie der Eingeborenen, so kann man auch auf dieselben im Kriegsfalle rechnen, wie wir es bei Ostafrika gesehen haben. Die Ausdehnung des deutschen Kolonialbesitzes wäre dann eine derartige, daß eine Eroberung von einem unserer Gegner, selbst wenn die Kolonien während dieser Zeit sich selbst überlassen blieben, nicht durchgeführt werden könnte. Andererseits würden derartige Ziele dem deutschen Programm, Gebietserweiterungen nur behufs Sicherung anzustreben, durchaus entsprechen, und dem Gegner keine Opfer auferlegen, die ihm unerträglich dünken müssen."

Näher hat die an ein derartiges geschlossenes deutsches Kolonialreich zu stellenden Anforderungen Dr. Freiherr von Mackay in Nummer 9 der „Deutschen Kolonialzeitung" vom 20. September 1917 auseinandergesetzt:

„Die Wurzel aller solcher Vorschläge liegt zutage: sie sind geboren aus dem Mutterschoße der Begeisterung für interkoloniale Politik, für die Entwicklung politisch und wirtschaftlich selbständiger und organisch gebundener überseeischer Großmachtschöpfungen. Daß die Kriegserfahrungen erst recht auf die Verwirklichung solcher Pläne drängen, bedarf gewiß keiner näheren Begründung; sie haben aber zugleich jeden Nachdenklichen deutlich darauf hingewiesen, daß nichts unfruchtbarer und schädlicher sein könnte, als die schematische Auffassung eines solchen an sich richtigen Gedankens. Es kommt sicherlich nicht allein darauf an, einen großen Block afrikanischen Länderguts dem Deutschen Reich zuzuweisen, es handelt sich vielmehr vorab um folgende Ziele: 1. Gute Verteidigungsfähigkeit des Besitzes und leichte Aufrechterhaltung der Verbindungen mit dem Mutterland. 2. Vorteilhafte Grenzen derart, daß dem Feind möglichst wenig offene und leicht durchzustoßende Fronten gegeben sind. 3. Eignung des Kolonialiandes für deutsche Besiedlung, um die Grundlagen einer starken Schutztruppe zu schaffen. 4. Sicherung der wichtigsten industriellen Rohstoffe, so zwar, daß im Kriegsfalle die militärischen Bedürfnisse aus den Bodenschätzen des Landes selbst gedeckt werden können.

Das erstere Ziel erfordert offensichtlich gute Häfen, die mit Arsenalen, Werften, Docks ausgestattet, dem Kreuzerkrieg einen zuverlässigen Rückhalt geben. Den Kongostaat in seiner heutigen Gestalt könnte man mit einer dickbauchigen Retorte vergleichen, die nur mit einem sehr engen Mundstück Wasser aus dem Atlantischen Ozean aufnimmt: mit dem schmal abgegrenzten Kongomündungsgebiet bei Boma. Hier aber, wo der Kongo jährlich Erd- und Schlammassen in der Menge von 350 Millionen Kubikmeter auswirft, dürfte sich kaum jemals ein Hafen

Digitized by Google

ersten Ranges herstellen lassen. Auch wenn man annimmt, daß Belgisch-Kongo Deutsch-Ost angegliedert wäre, bessern sich diese Verhältnisse in keiner wirklich befriedigenden Form.

Damit hängt das Problem des Grenzschutzes unmittelbar zusammen. Afrikanischer Besitz ist, wie es die Kriegslehren bezeugen, nur von der Küste her wirksam zu verteidigen; muß diese preisgegeben werden, so mag der Kampf ums Inland noch so lange fortgesetzt werden; letzten Endes gleicht er doch immer dem Ringen einer belagerten Festungsmannschaft, die trotz heldenmütigen Widerstandes ohne Ersatz von außen vor dem unvermeidlichen Zusammenbruch ihrer Widerstandskraft steht. Dabei weist der Kongostaat nirgendswo, abgesehen von der östlichen Seenlinie, die aber für die Kampflage Deutschlands keine Vorteile böte, einen von Natur starken Grenzschutz auf, wohl aber desto mehr offene Einfalltore und schwer zu verteidigende Außenwerke, mit deren Fall — wie beispielsweise beim Katangazipfel — zugleich das Schutzgebiet wirtschaftlich ins Herz getroffen würde. Erst recht bietet das ganze mittelafrikanische Kongogebiet wenig Aussichten für deutsche bäuerliche Besiedelung, die Granitgrundlage und der Jungbrunnen aller militärischen Kraft. Weitaus überwiegend ist es ausgesprochenes Pflanzungsland für den Betrieb mit Neger-Arbeiterschaft, einzelne für europäische Besiedlung geeignete Strecken werden immer Inseln im Schwarzen Meer der eingeborenen Volksmassen bleiben."

Allerdings ist es jetzt unsern Gegnern gelungen, auch unsere letzte afrikanische Kolonie, Deutsch-Ostafrika, in ihre Hände zu bekommen. Die Kolonie hat sich aber, obwohl von Beginn des Krieges an, gänzlich vom Mutterlande abgeschlossen und — soweit uns bekannt — während der ganzen Kriegsdauer nur zweimal durch Blockade brechende Dampfer mit Munition und sonstigen Vorräten versorgt, über drei Jahre gegen einen mit allen Hilfsmitteln der Neuzeit ausgerüsteten übermächtigen Feind verteidigen können. Der Kommandeur der ostafrikanischen Schutztruppe, General von Lettow-Vorbeck, hat dadurch den Beweis geliefert, daß auch eine vom Mutterlande gänzlich abgeschlossene Kolonie sich aus ihren eigenen Hilfsmitteln heraus jahrelang verteidigen kann. Kann es einen Zweifel darüber geben, daß ein zusammenhängendes deutsches Kolonialreich mit einer starken Schutztruppe, genügend mit Waffen und Munition versehen, das den vorstehend von Freiherrn von Mackay skizzierten Bedingungen entspricht, nicht nur imstande sein würde, sich auch bei einer längeren Dauer eines Krieges mit Erfolg zu verteidigen, sondern auch, wenn es notwendig sein sollte — den Krieg auf feindliches Gebiet zu tragen und die kolonialen Streitmächte des Feindes so zu binden, daß ihre Verwendung auf europäischen Schauplätzen nicht möglich ist?

Notizen

Nationalliberale und gleiches Wahlrecht. Unter dem Eindruck der Taktik des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Lohmann haben zahlreiche Nationalliberale Preußens, die in den Organisationen der Partei eine führende Stelle einnehmen, die folgende wichtige Kundgebung erlassen:

„Den Erwägungen, ob im Kriege eine Aufrollung der preußischen Wahlrechtsfrage angezeigt sei, hat die Einbringung der Wahlrechtsvorlge den Boden entzogen. Jetzt handelt es sich nur

Digitized by Google

noch darum, ob in absehbarer Zeit das Wahlrecht in Preußen überhaupt verändert werden soll oder nicht. Unausgesetzt, zuletzt noch auf dem Magdeburger Parteitag, hat die Nationalliberale Partei die Notwendigkeit einer durchgreifenden Verbesserung des preußischen Wahlrechts anerkannt. Über die Art und Weise und das Maß haben in der Partei die Meinungen gewechselt. Während die Gründer der Nationalliberalen Partei für das gleiche Stimmrecht eintraten, vereinigten sich auf dem Magdeburger Parteitag die verschiedensten Richtungen auf der Forderung des unmittelbaren und geheimen Wahlrechts unter derzeitiger Ablehnung der vollkommenen Gleichheit. Die Erfahrungen der Kriegszeit haben auch hierin in manchen Kreisen der Partei einen Wandel herbeigeführt, insbesondere eine Abstufung des Stimmrechts nach Besitz immer mehr Gegner zugeführt. Unbeschadet aber der grundsätzlichen Stellung über die Vorzüge der Gleichheit oder Abstufung halten wir es für eine geschichtliche Notwendigkeit, die von unserem Könige zugesagte und vorgeschlagene Gleichheit des Wahlrechts anzunehmen und dadurch die unter dem Kriege schwer leidende Gesamtheit unseres Volkes mit dem Bewußtsein der Gleichberechtigung in unserem staatlichen Leben zu erfüllen. Wir erwarten von diesem Schritt, der für manche ein Opfer bedeutet, daß er in den Kreisen, denen die Vermehrung der politischen Rechte zugute kommt, die vaterländische Opferwilligkeit stärkt, ohne die wir den von unserer Partei gewollten und siegreichen Frieden nicht erreichen können. Wir bitten daher unsere Abgeordneten im Preußischen Landtag, jeder Verschleppung der Wahlreform entgegenzutreten und unter patriotischem Verzicht auf begreifliche Bedenken sich auf den Boden des von der Regierung vorgeschlagenen Grundsatzes der Gleichheit zu stellen."

Die Kundgebung ist von 82 Namen unterzeichnet. Das amtliche Organ der pommerschen Nationalliberalen meint, daß es „auf das tiefste zu bedauern wäre, wenn es zu einer Parlamentsauflösung und zu einem Wahlkampf käme, in dem die Fahne des Königtums im Lager der Demokratie wehte".

Der nationalliberale Führer eines süddeutschen Bundesstaates, selber kein „Heißsporn", äußerte kürzlich, daß die Zukunft der nationalliberalen Parteiarbeit im Süden aufs stärkste gefährdet werde, wenn die Mehrheit der preußischen Landtagsfraktion den Kampf gegen das gleiche Wahlrecht fortsetze.

Tirpitz über die Kriegsziele. Der Vorsitzende der „Deutschen Vaterlandspartei", Admiral Tirpitz, hat dem Berliner Vertreter der holländischen Zeitung „Nieuwe Rotterdamsche Courier" ein Interview gewährt, das auszugsweise wiedergegeben sei. Daß wir in der belgischen Frage auf einem gegensätzlichen Standpunkte stehen, — schon weil wir diesen Bissen niemals verkraften können — haben wir immer wieder ausgeführt. Für heute verweisen wir auf den Aufsatz von Professor H. Delbrück, der die belgische Frage von dem Standpunkte eines Gegners der Ausweitung Deutschlands nach Westen betrachtet:

Tirpitz sagte auf die erste Frage nach der Zukunft Flanderns: Wir verlangen an erster Stelle, daß England in Zukunft nicht mehr imstande sein darf, dieses Land für eine raubsüchtige Überrumpelung gegen uns zu gebrauchen. Dann wollen wir die Vlamen von der schmählichen Unterdrückung durch die französischen Kreise befreien. Ihr Holländer seid nicht stark genug, den Vlamen eine wirkungsvolle Unterstützung zu geben. Das kann nur ein starkes Deutschland. Diese zwei Punkte dürfen wir nie aufgeben. Die Frage, ob nach den Wünschen des Rates von Flandern eine militärische Besetzung oder ein Tauchboot-Stützpunkt in Flandern notwendig wäre, beantwortete Tirpitz bejahend, denn darin liege keine Angriffspolitik gegen England, sondern nur eine Friedenssicherung. Auch würde ein Stützpunkt in Flandern zur Führung einer Angriffspolitik nicht genügen. Wir wünschen nur eine Stellung, welche die englisch-amerikanische Welt vor einer Erneuerung ihrer Angriffe abschrecken kann.

Digitized by Google

Über Antwerpen und die Scheldemündung, zwei Fragen, denen der Holländer besonderen Wert beilegte, meinte Tirpitz, daß da alles beim alten bleiben solle. Die Rechte der Niederlande sollen in keiner Weise geschmälert werden. Die künftige Staatsform Flanderns will Tirpitz den Beschlüssen einer Friedenskonferenz überlassen. Bezüglich der Franzosen erklärte er, kein grundsätzlicher Anhänger der Einverleibung französischen Gebietes zu sein, obgleich es die Franzosen an Deutschland verdient hätten. Wohl zwanzigmal haben sie während der letzten drei Jahrhunderte die Deutschen angegriffen. Der Form nach sind die Franzosen ganz angenehme Menschen, nur haben sie die schlechte Eigenschaft, daß sie von Zeit zu Zeit Blut sehen wollen, das von anderen oder eigenes. Über die deutschen Kolonien sagte der Großadmiral, daß Deutschland alle seine Kolonien zurückerhalten müsse. Über Veränderungen könne ja gesprochen werden. An einen Frieden durch Unterhandlungen mit England glaubt Tirpitz auch dann nicht, wenn Lloyd George abtreten würde, weil England nie freiwillig in die deutschen Forderungen willigen würde.

Neuerscheinungen

Unsere Bundesgenossen

„Gedanken zur österreichischen Verfassungsreform" äußert Ignaz Seipel (Verlag Tyrolia, Innsbruck). Er empfiehlt die nationale Autonomie als die natürliche Lösung der Verfassungsfrage, weil sie „dem freiheitlichen und demokratischen Zuge der Zeit entgegenkommt, sich mit der österreichischen Länderverfassung verträgt, und die internationale Stellung Österreichs zu verbessern verspricht". „Die Nation, die sich aus angeblich nationalen Gründen gegen die nationale Autonomie wendet, ist entweder noch nicht zur klaren Unterscheidung von Nation und Staat fortgeschritten, oder sie kämpft überhaupt nicht um ihre Freiheit und ihr Recht, sondern um die Macht, andere Nationen vergewaltigen zu können." Den Einfluß des Krieges auf die Staatsverwaltung untersucht Wilhelm Loebell: „Krieg und Staatsverwaltung" (Manz-Verlag, Wien). Sind bisher „Versuche zur Einleitung einer im großen Stile angelegten Reform unserer Verwaltung sowohl an den Widerständen in der Verwaltung selbst als auch an den bekannten parlamentarischen Schwierigkeiten gescheitert", so haben der Krieg und seine wirtschaftlichen Folgen die Verhältnisse von Grund auf geändert. „Wir wissen, daß der schweren wirtschaftlichen Erschütterungen ausgesetzt würde, wenn nicht eine tiefgreifende Reform seiner Verwaltung eingesetzt wird. Wir werden ebenso wenig das Herannahen einer wirtschaftlichen Staatsnot im Inneren untätig abwarten, als das Herannahen eines Feindes von außen. Wir werden beizeiten die Geister der Verwaltungsreform und der zielbewußten Wirtschaft im Staatshaushalte mobilisieren." Loebell beruft sich hierbei auf den Satz der Thronrede vom 31. Mai 1917: „Eine weise und strenge Ökonomie im Staatshaushalte, insbesondere die Unterlassung jedes nicht durch sachliche Zwecke unbedingt erheischten Verwaltungsaufwandes muß die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts erleichtern." Eugen Schwiedland hat sich über die Zukunftsaufgaben der österreichisch-ungarischen Wirtschaft, über „die bisherige Entwicklung und heutige Gestaltung des Wirtschaftslebens" ausgesprochen (Manz, Wien): „Unsere volkswirtschaftliche Sicherung ist gegeben durch die Schaffung organisch starker und politisch selbstsicherer Gebilde, die den eigenen Bestand gewährleisten, die heimischen Bedürfnisse so viel als möglich aus dem Inland befriedigen, trotz der Vermehrung der Bevölkerung, deren Ernährung und Bereicherung aus heimischen Quellen durch Rationalisierung der Wirtschaft aus Mitteln des eigenen Gebietes versorgen, nahegelegene Siedlungsgebiete mit sich verknüpfen und ihre Verbindungen mit Rohstoff- und Absatzgebieten allen Fährnissen trotzend sicherstellen."

In die Zukunft weist auch das Buch von Herman Feldstein, Direktor der Landesanstalt für landwirtschaftliche Industrie, der die erste „Vermögens- und Zahlungsbilanz Galiziens" zieht (M. Perles, Wien), was darum schwierig ist, weil man „keine sicheren Daten über den Umfang des Förderungsverkehrs oder darüber besitzt, mit welchem Beitrage der Wert der ausgeführten Waren denjenigen der eingeführten Waren übersteigt". Jedenfalls ergibt sich aber soviel, daß der Charakter und der Umfang der Ausfuhr Galiziens sich wesentlich zugunsten des Landes geändert hat. „Alles weist darauf hin daß die namentlich seit 1894 lebhafter durchgeführten Versuche einer Industrialisierung des Landes nicht ohne Einfluß auf die günstigere Gestaltung der Handelsbilanz Galiziens geblieben sind. Die

Digitized by Google

Handelsbilanz Galiziens ist im Durchschnitt eine günstige, aber die Beisteuer des Landes zum Staatshaushalte und seine Verschuldung so groß, daß Galizien, um diese Beisteuer und die Zinsen seiner Schuld aufzubringen, im Durchschnitt jährlich über 23 Millionen Kronen seiner Wertpapiere außerhalb des Landes verkaufen muß und auf die Auswanderung seiner Bevölkerung über See oder zur Saisonarbeit angewiesen ist. Ohne jene 128 Millionen Kronen, welche die galizischen Auswanderer durchschnittlich jährlich in ihre Heimat senden, wäre das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz nicht zu erzielen. Ist die Auswanderung eine Folge der Verarmung des Landes, welches seine besten und tatkräftigsten Arbeitskräfte zu beschäftigen und zu ernähren nicht imstande ist, so bilden die Ersparnisse dieser, mit ihrer Heimat so zusammengewachsenen, fleißigen und sparsamen Auswanderer einen Segen des Landes. Ewig kann und soll diese Auswanderung, welche das Land der besten Arbeitskräfte und anhänglichsten Bürger beraubt, nicht dauern, sie kann nach dem Kriege ohnehin zum Stillstand kommen, und Galizien muß mit aller Macht und allen Mitteln einen Ersatz für die 128 Millionen Eingänge der Auswanderergelder suchen und finden, es muß seine Landwirtschaft und seine Industrie beleben, fördern und entwickeln, um eine weitere Passivität der Zahlungsbilanz, eine weitere Verschuldung aufzuhalten." Eine Neuordnung des österreichischen Gewerbestandes verlangt Dr. Franz Tomaschek, „Schaffung des österreichischen Bürgers" (R. Strache, Warnsdorf). Er fordert Umgestaltung des Mittelschulwesens, Änderung des Einjährig-Freiwilligenrechts dahin, daß es mit der Absolvierung einer Mittelschulklasse erworben wird, die hoch genug ist, um soviel Wissen und Verständnis zu vermitteln, als der Privatfleiß zur weiteren eigenen Fortbildung braucht.

Die Frage, welche Bedeutung das neue bürgerliche Recht Ungarns für eine Rechtsvereinheitlichung zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn überhaupt für den kommenden mitteleuropäischen Wirtschafts- und Staatenverband hat, stellte Prof. Dr. E. Heymann in der Schrift „Das ungarische Privatrecht und der Rechtsausgleich mit Ungarn" (Mohr, Tübingen M. 3.—). Indem er dem deutschen Juristen eine Einführung in den Hauptinhalt des heutigen und kommenden ungarischen Privatrechtes und in die Geschichte seiner wichtigsten Institute gibt und das ungarische Privatrecht zum Prüfstein für die Frage der Rechtsvereinigung überhaupt ansieht, gibt es nicht nur reiche Anregungen für die Betrachtung unseres eigenen Rechtes, sondern er zieht auch die Folgerung, daß die Verschiedenartigkeit der Fortbildung des Rechtes in Ungarn und im Deutschen Reiche sich um so weniger werde aufhalten lassen, als die nächste Zukunft ganz offensichtlich verschiedenartige wirtschaftliche Verhältnisse für die beiden Länder bringen muß. Gewiß ist Ungarn im Begriff, aus dem Agrarstaat in den Industriestaat, vielleicht allzu schnell überzugehen, aber der Industriestaat, wie wir ihn in Zukunft haben werden, wird doch noch anders aussehen, als ihn Ungarn in absehbarer Zeit erreichen wird. Wir gehen sichtlich einer starken Sozialisierung der Industrie und vielleicht auch vieler Handelsbetriebe entgegen. Ungarn wird vielleicht manches davon teilen müssen, aber die Wirtschaftsformen für seine erst entstehende Industrie, bei der es den einzelnen Unternehmer zunächst anzuregen gilt, werden noch lange von der reichsdeutschen verschieden sein. Die unvermeidliche Folge ist, daß die wirtschaftlichen Tatbestände, auf welche der einzelne Privatrechtssatz anzuwenden ist, vielfach verschieden gelagert sein müssen, und daß daher selbst bei wörtlich gleichen Rechtssätzen eine Gleichmäßigkeit der Entscheidungen ganz von selbst ausgeschlossen ist. Nicht in den Gesetzesworten, sondern in den Lebensverhältnissen wohnt der göttliche Funke, der als Rechtsidee die Geschicke der Menschen zwingend gestalte. „Nur eine Reihe einzelner Gegenstände des Handelsrechts, die für den Verkehr besonders wichtig seien, könnten vereinheitlicht werden. Wichtiger freilich sei noch „die Schaffung eines sorgfältig bis in die Einzelheiten ausgearbeiteten internationalen Privatrechts und internationalen Prozeßrechts, namentlich eines internationalen Vollstreckungsrechts, eine Regelung des Rechts der Schiedsverträge und gewisser Grundsätze des Bank- und Börsenverkehrs". Und ferner kommt es darauf an, die innere Einheit beider Rechte mit allen Kräften zu pflegen. Schließlich münden die Vorschläge des Verfassers in die allgemeinen Zukunftsaufgaben, die Weckung außerpolitischen Verständnisses im Sinne der bisherigen Fachausbildung und in die Verwirklichung des allgemein gültigen politischen Grundsatzes der Aufrechterhaltung der rechtlichen und wirtschaftlichen Eigenart der drei verbündeten Länder, „der Erhaltung der Vielheit in der Einheit".

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Die Münchner „Jugend"

die vornehme farbig illustrierte
Wochenschrift für Kunst und Humor, hat
auch während des Krieges ihren Freundeskreis
erheblich erweitert. In über 110 000 Exemplaren kommt
jede Nummer zur Versendung und ein nicht geringer Teil geht
davon ins Feld, wo die Nummer von Hand zu Hand wandert
und wo ihre farbigen Kunstdrucke schließlich noch zur Austapezierung der Unterstände verwendet werden. Ihren Angehörigen
im Felde können Sie somit keine größere Freude bereiten, als ihnen die Münchner „Jugend"
beim Feldpostamt einweisen zu lassen.
Ihnen selbst liefern wir aber gern

umsonst

eine Probenummer,

wenn Sie sich vom Inhalte unserer Wochenschrift überzeugen wollen. Vom 1. Januar 1918 ab gelten folgende Preise:

Vierteljahrespreis (Januar bis März)..... Mk. 7.50
Bezug durch die Feldpost..... Mk. 7.80
Preis der einzelnen Nummer ..... Mk. 0.70

Bei Einsendung des Betrages und der genauen Feldadresse übernimmt auch der Verlag die Einweisung beim Feldpostamt. Auch jede Buch-, Kunst- und Zeitschriftenhandlung nimmt Bestellungen auf die „Jugend" an.

München, Lessingstr. 1 Verlag der „Jugend".

AUTO-LICHT-ENTWICKLER
„DANIEL"
Größter Schlager. Export nach allen Ländern.
Daniel Heinr. Ralz, Dresden-A., Gr. Plauensche Straße 18

Technische Glasartikel
Wiederverkäufer gesucht
Hermann Herzig, Görlitz in Schlesien

Wie werde ich leistungsfähiger?

Von der Leistungsfähigkeit des einzelnen hängt sein Erfolg im Leben ab. Der Leistungsfähigere wird immer den Vorsprung vor den weniger Leistungsfähigen haben. Ist er selbstständig, so wird er seine Konkurrenten überholen durch neue Art des Vertriebes, der Organisation, der Reklame usw. Er wird darauf bedacht sein, sein Personal zu weiterer Ausbildung zu ermuntern, um es so möglichst leistungsfähig zu machen. Der Prinzipal, der immer Angst hat, das Interesse der Angestellten würde durch Weiterbildung vom Geschäft abgelenkt, ist kein Geschäftsmann, denn sein Personal kann nie zu leistungsfähig sein. Eine Uhr, bei der nur das Triebrad von Stahl, die andern aber von Blei sind, wird weder präzise, noch wird sie lange gehen! Ein Angestellter, der dem Prinzipal eine gute Idee bringt, wie er sein Geschäft weiter heben kann, ist mehr wert, als ein Dutzend anderer, die ihre Arbeit schablonenmäßig verrichten. Ein Geschäft, von dessen Personal jeder einzelne auf dem Höhepunkt der Leistungsfähigkeit steht, muß naturgemäß alle anderen überholen. Und so ist es auch im Staat. Von der Leistungsfähigkeit eines jeden einzelnen hängt die Größe der Nation ab. Säumen Sie deshalb keinen Augenblick, an der Steigerung Ihrer eigenen Leistungsfähigkeit zu arbeiten. Die beste Anleitung hierzu bietet Ihnen Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre. Ein paar Auszüge aus Zeugnissen: „Ich verdanke Ihrer Geistesschulung eine gewaltige Stärkung meines Willens und Gedächtnisses . . . A. M." — „Man wird durch Ihre Geistesschulung ein ganz anderer Mensch. Es ist eben eine ganze Lebensweisheit darin niedergelegt. P. W." — „Es sind mir die Tore geöffnet worden und der Weg zum richtigen Fortschritt im Leben gegen früher um das Hundertfache gebessert. R. W." — „Die gesamte Ausbildung gibt einem jungen Manne eine große Sicherheit und Selbstvertrauen, und nur mit Hilfe Ihrer Lehre war es mir möglich, so schnell eine sichere Stellung zu erlangen. O. F." — „Ich bin durch Ihre Lehre um „vieles" reicher geworden, an Körper und Geist. A. Sch." — „Ein unschätzbarer Reichtum an Lehren und Mitteln sind in dem Werke vereinigt, welche bei gewissenhafter Beachtung infolge der Einfachheit und Leichtfaßlichkeit selbst dem Mindestbegabten zu einem erfreulichen Erfolg verhelfen werden. K. Z." — „Poehlmanns Geistesschulung ist keine graue Theorie, die eben dort versagt, wo man ihrer am dringendsten bedarf, sondern sie ist herausgeboren aus dem Leben, selbst lebendig und muß neues Leben erzeugen. Möchten alle, die das tiefe Sehnen in sich tragen, äußerlich und innerlich vorwärts zu kommen, zu dieser Lehre greifen, sie ist wahrhaft ein Weg zum Erfolg. W. F. R."

Verlangen Sie heute Prospekt (kostenlos) von

L. Poehlmann, Amalienstraße 3, München P 41

Wer sich für rasches und leichtes Erlernen von Sprachen interessiert, verlange Prospekt 3

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 193
Rohrbach, Der ukrainische Friede und die Auflösung Rußlands 195
Heuß, Bakunins Schatten 200
Brentano, Die Ausbeutung Italiens durch seine Freunde . 203
Göhler, Clemenceau und Caillaux 209
Haas, Volksstaat und Monarchie 212
Das schweigende Heer 217
Notizen / Neuerscheinungen 219

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang 15. Februar 1918 Heft 7

Gustav Kiepenheuer-Verlag, Weimar-Berlin

Soeben erschien das 25. bis 27. Tausend

A. Damaschke:
Volkstümliche Redekunst

Erfahrungen und Ratschläge

96 Seiten Preis Mk. 1.00 Porto 10 Pf.

Aus dem Inhalt:

1. Von der Bedeutung der Redekunst
2. Von der Anwendung der Redekunst

A. Fleiß u. Begabung. B. Der Stoff. C. Die Gliederung. D. Der Ausdruck. E. Das Aneignen. F. Der Vortrag.

3. Von der Vollendung der Redekunst

Professor Dr. Waldemar Zimmermann in der „Sozialen Praxis": Es ist Damaschke nicht genug zu danken, daß er uns auch einmal einen Blick in die Werkstatt seiner volkstümlichen Redekunst tun läßt. Es ist ein Genuß, das Büchlein zu lesen. - Legationsrat Dr. v. Schwerin in der „Deutschen Zeitung": In glänzender, zum Teil humorvollen Weise wird hier alles das erzählt, was dem Redner gefährlich werden kann, was alle Redner beachten müssen. - Dr. Potthoff in den „Volkswirtschaftlichen Blättern": Ein treffliches Büchlein, dem weite Verbreitung zu wünschen ist, sowohl des Inhalts wie der Form wegen; denn es bietet das beste Beispiel für das, was es lehren will: den Willen zur Tat wecken. - Generalsekretär Lewsin der „Volksbildung": Das Büchlein enthält mehr, als sein Titel verspricht. - Dr. K. Schmidt in den „Münchner Neuesten Nachrichten": Wenn dieser gewandte und kenntnisreiche Redner Ratschläge über volkstümliche Redekunst erteilt, bedarf dieses Werk keines Wortes der Empfehlung.

◆

Zu beziehen durch die „Deutsche Warte", Buchhandlung, Berlin NW 6
(Postscheckkonto 21068)

Google

3. Jahrgang • 15. Februar 1918 • Heft 7

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Wilson hat auf Czernin nicht oder noch nicht geantwortet. Die Konferenz von Versailles aber hat so gesprochen, daß Clemenceau sehr befriedigt sein konnte. Der Druck der Italiener hat denen die Stimme verschlagen, die vielleicht Politik machen wollten, und die dumpfe Erwartung einer deutschen Offensive hat sie enger geschlossen. Dabei wirkt es sehr merkwürdig, wie die Antwort der Entente negativ gefaßt ist: sie findet sich heute nicht in den oder jenen Kriegszielen zusammen, sondern schwenkt um zur Geste der Verteidigung. Die Mittelmächte haben sich noch nicht an die „gemäßigten Bedingungen" angenähert! Das klingt wie Hohn, ist aber gepreßt. Carson freilich faßt drüben, während die eigenen Nöte steigen, sein Programm der Rohstoffaushungerung in zynische Sätze zusammen; aber auch Lansdowne ist wieder aus der Zurückhaltung hervorgetreten und sucht eine andere Gesinnung als das Knock-out zu organisieren, nicht aus Schwäche, sondern aus nationaler Vernunft.

*

Solche Gegensätze sind uralte Dinge. Auch das alte Athen kannte sie, und man mag an deutsche oder englische Namen denken, wenn man Rankes Worte über Kleon, den Gegner des Perikles, liest:

„Er setzte durch, daß in einem für die Beendigung des Krieges, der keinen rechten Zweck mehr hatte, überaus günstigen Moment die Friedensverhandlungen abgebrochen wurden. Man könnte zwei Arten von Politikern unterscheiden: die einen haben nur immer die gegenwärtige Lage vor Augen, den unmittelbaren einseitigen Gewinn, die andere die nach der Hand zu erwartenden Folgen und den Gegensatz der allgemeinen Kräfte, den man zu provozieren und zuletzt doch nicht bestehen zu können Gefahr läuft. Zu den ersten gehörte der hochfahrende störrische Demagoge von Athen. Ihm lag alles daran, den momentanen Vorteil einseitig auszubeuten."

*

Die polnische Frage bekommt ein neues Gesicht. Gerade als der polnische Regentschaftsrat eine seiner vieldeutigen Erklärungen veröffentlichte, die durch Fort-

Digitized by Google

lassungskünste des W. T. B. dem deutschen Volke schmackhafter gemacht wurden, haben die Polen im russischen Heere durch den maximalistischen Terror zur Verzweiflung gebracht, die von ihnen verkündete Neutralität aufgegeben und zu den Waffen gegriffen. Das in den polnisch-moskowitischen Kämpfen früherer Tage heißumstrittene Mohilew ist dabei in die Hände der Polen gefallen. Sollten auch ferner diese polnischen Truppen den Maximalisten standhalten können, so wäre das neue Königreich Polen über Nacht zu einem eigenen Heere gekommen, das sofort den Ruf für sich in Anspruch nehmen könnte, den russischen Oberbefehlshaber gefangen genommen zu haben.

*

Die Logik der Tatsache ist stärker, als die Verblendung rumänischer Politiker. Die vom Ententegolde verlockten und vor der russischen Dampfwalze zitternden rumänischen Politiker mischten sich in den Krieg, um Siebenbürgen zu erobern. Die maximalistische Gefahr zwingt die Rumänen jetzt, die Waffen gegen Rußland zu erheben und in Beßarabien zu kämpfen. Wenn von Bratianu die politischen Zeichen der Zeit zu Beginn des Krieges richtig erkannt wären, hätte Rumänien an der Seite der Mittelmächte die Eroberung Beßarabiens ohne den Verlust der Walachei haben können. Jetzt wird Bratianus Kopf zum mindesten der Preis ein, um das rumänische Abenteuer gegen Siebenbürgen zu liquidieren.

*

Die Entente gibt noch immer nicht das finnländische Spiel verloren. Jetzt hat sie Finnland Waffen und Munition für den Kampf gegen die Maximalisten angeboten, die zu Schiff nach Nordfinnland gebracht werden könnten. Da der glückliche Ausgang des finnländischen Freiheitskampfes von der Beschaffung von Waffen und Munition abhängt, sollte Deutschland die große Gefahr erkennen, die der deutsch-finnländischen Politik droht. Wir hätten aber keinen Grund, Finnland die Schuld zuzuschieben, wenn sich schließlich England ins finnländische Nest setzen sollte, das deutsche Siege erbaut haben.

*

Die Verfassungskommission des Preußischen Landtags bleibt bei ihren gediegenen Methoden einer umfassenden Gründlichkeit. Aus Unterausschüssen tauchen dann und wann Ergebnisse empor, die das künstliche Gebilde des Regierungsentwurfs ins Maßlose verschlechtern. Heute kann man schon sagen, dieses „modernisierte" Herrenhaus, indem es für das Kartell des Feudalbesitzes mit der schweren Industrie Grundmauern von Ewigkeitsdauer schafft, bei gleichzeitiger Einschränkung der Kronrechte, wird ein Albdruck sein, gegenüber dem die Torheit gewordene Romantik des Erbes von 1851 vielleicht als Idylle anmuten mag. Hat die Regierung inzwischen begriffen, welchen taktischen Fehler sie beging, als sie sich auf die Erstberatung dieses Reformstückes einließ? Erwägt sie, wenn sie auf die teilweise monströsen Beschlüsse blickt, nicht die Möglichkeit, einfach den ganzen Entwurf zurückzuziehen?

*

Digitized by Google

Dem Beispiel der Feuerwehrleute haben sich die Zahnärzte angeschlossen. Sie wollen auch ihren Vertreter ins Herrenhaus; wir fürchten, sie kommen zu spät. Da man sich aber bei der Kommission einer ernsthaften Betrachtung der nationalpolitischen Berufswichtigkeit für versichert halten kann, ist die Möglichkeit einzusetzen, daß die Hebammen sich in gleicher Richtung bemühen werden. Es ist sowieso nicht einzusehen, warum die Berufsfrauen sich an dem Wettlauf um diese Sitze nicht beteiligen. Sollten sie politisch so viel klüger sein als die Männer?

*

Die innerpolitische Sprengwirkung des Streikes, auf die von der rechtsstehenden Presse hingewirkt wurde, kam nicht: die Reichstagsmehrheit bleibt, unabhängig von der verschiedenen Beurteilung des bösen Vorganges, sachlich geschlossen, wenn auch die Sozialdemokratie ihre freie Hand gegen Regierung und Parteien betont. Daß die Nationalliberalen von der ersten interfraktionellen Besprechung fern blieben, war Stresemannsche Angst vor einem „falschen Eindruck". Seine Auffassung ist innerhalb seiner Reichstagsfraktion nun selber umstritten. Die „Unabhängigen", enttäuscht über ihren Mißerfolg, verschärfen ihren Kampf gegen die Mehrheitssozialisten, und der „Vorwärts", der keine gute Haltung gezeigt hatte, sieht sich plötzlich in der Lage, seine Munition wieder gegen links zu verschießen. Offenbar hat der gemeinsame Marsch während einiger Tage die erfreuliche Wirkung gehabt, daß er zur weiteren Klärung zwingt.

*

10. Februar 1918

Der Ukrainische Friede und die Auflösung Rußlands

Von Dr. Paul Rohrbach

Wer die heutige Entwicklung der Dinge in dem Raume, der bisher Rußland war, in Kenntnis der früheren geschichtlichen Vorgänge auf diesem Boden verfolgt, wird bedauern, daß es auf der europäischen Seite sowohl unter den Handelnden, als auch unter den Zuschauern des russischen Dramas nur wenige mit einem Gefühl für die ungeheure historische Wucht der Ereignisse geben wird, die hervortritt, sobald man sie im Zusammenhang der Jahrhunderte betrachtet. Was jetzt in Rußland geschieht, ist nichts anderes, als das Auseinanderbrechen des russischen Staats genau auf den Linien und längs den Fugen, wo seine allmähliche Zusammensetzung durch die Eroberungen Moskaus vom 17. bis zum 19. Jahrhundert vor sich ging. Kein furchtbareres, vernichtenderes Urteil über die Befähigung des moskowitischen Wesens, aus eigenen und fremden Bestandteilen einen Großstaat oder eine Weltmacht zu bilden, kann gesprochen werden, als die Vorgänge seit dem Sturz der Zarenherrschaft es tun!

Schon seit Beginn des Krieges habe ich in unserer Zeitschrift und an vielen anderen

Digitized by Google

Stellen, ich kann wohl sagen unermüdlich, darauf hingewiesen, daß zur Grundlage jeder brauchbaren Anschauung über das russische Wesen die Einsicht gehört: Rußland bildet keine Einheit, sondern es gibt drei verschiedene, gegensätzlich zu einander geartete Rußlande, 1. Moskowien oder Groß-Rußland, 2. Alt-Rußland oder die Ukraine, 3. das nichtrussische Westgebiet, das sich vom Weichsellande bis zur finnischen Eismeerküste ausdehnt. Den größten Wert habe ich von Anfang an auf die Tatsache gelegt, daß die Ukraine und das ukrainische Volk nicht Rußland im gewöhnlichen Sinne sind, sondern etwas Besonderes. Ich habe mich durch die Ablehnung dieses ukrainischen Gedankens fast bei unserer gesamten Öffentlichkeit nie beirren lassen, sondern fest darauf gebaut, daß seine Richtigkeit einmal zutage treten würde, und genau so, wie ich gesagt habe, daß es mit der Ukraine kommen müsse, ist es auch bisher mit ihr gekommen. Darin liegt keine besondere Prophetengabe, sondern das hätte jedermann alles genau so gut voraussagen können, der den Stand der Dinge in Rußland aufmerksam beobachtete und vor allen Dingen die russische Geschichte kannte. Daß man von dieser so wenig in Europa weiß, ist das eigentliche Übel, denn aus ihr folgen gerade die gegenwärtigen Vorgänge mit Naturnotwendigkeit.

Die Ukraine hat von Beginn an eine andere Geschichte und ein anderes Volkstum gehabt, als das Kolonialgebiet an der Oka und Wolga, wo sich in der zweiten Hälfte unseres Mittelalters auf ursprünglich finnischem Boden das großrussische Volk und in der Folge der moskowitische Staat entwickelten. Vom 13. bis zum 17. Jahrhundert haben Groß-Rußland und die Ukraine überhaupt nichts miteinander zu tun gehabt. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts brachte der Zar Alexei, der Vater Peters des Großen, die östliche Ukraine in eine ursprünglich sehr lose Verbindung mit Moskau, die allmählich gewaltsam fester angezogen wurde, und am Ende des 18. Jahrhunderts erwarb Katharina II. in den polnischen Teilungen auch die westliche Ukraine. Das alles wurde dann mit gesamtrussischer Farbe überstrichen und die Fugen für den Blick fernerstehender Beobachter äußerlich verkleistert. Das ukrainische Volkstum aber, das älter ist als das moskowitische, und das in seiner frühgeschichtlichen Zeit auch starke germanische Elemente in sich aufgenommen hat, wie die Großrussen in ihrer herrschenden Oberschicht tartarische, war damit nicht ausgelöscht. Es blieb erhalten und es ist heute als eine Nation mit tausendjähriger unzerstörbarer Geschichte aufs neue politisch wieder auferstanden. Darüber kann nur jemand erstaunt sein, der nicht schon vorher wußte, daß die großrussische Herrschaft vermöge ihres innerlich kulturlosen, barbarischen Charakters unfähig durch die Jahrhunderte hindurch gewesen ist und noch heute unfähig ist, ein ihr überlegenes Volkstum zu überwinden: es sich anzugleichen und mit dem großrussischen Staatsgedanken zu erfüllen. Auf derselben Linie, wo Alexei Michailowitsch vor 250 Jahren die Länder, die unter dem Regiment des ukrainischen Hetmans standen, zur Union mit Moskau brachte, und auf der Moskau und die Ukraine damals aneinander grenzten, trennen sie sich heute, und dieselbe

Digitized by Google

Grenze, die das ukrainische Volk vor 1000 Jahren weiter westlich gegen Weißrussen und Polen innehatte, fordert es auch heute wieder für sich. Der Unterschied von heute und früher ist nur der, daß seit der Erwerbung des sogenannten Neu-Rußland, des breiten südlichen Steppenstriches am Schwarzen Meere unter Katharina II., dieses früher fast menschenleere große Gebiet von Ukrainern kolonisiert und dadurch das ukrainische Volk im ganzen auf 40 Millionen angewachsen ist. Auf dem Raum, den es jetzt einnimmt, kann es sich bei Verbesserung seines jetzt noch mangelhaften Ackerbaues auch noch um das Doppelte vermehren. Es besitzt den besten Weizenboden und die größten Kohlenlager des bisherigen Rußland; es besitzt Eisenerze, wasserreiche Ströme und gute Häfen und alle natürlichen Bedingungen einer kräftigen nationalen Zukunft. Was will es dem gegenüber besagen, wenn einige Großstädte, wie Charkow und andere, eine Mehrheit von zugezogener großrussischer Bevölkerung aufweisen! Diese im Verhältnis zum ganzen wenig zahlreichen fremden Elemente werden in dem jetzt beginnenden Zeitalter der neuen ukrainischen Staatlichkeit bald genug verdrängt oder aufgesogen sein.

Ich habe vor kurzem an dieser Stelle das neue souveräne Finnland, das unter schweren Kämpfen mit der russischen Anarchie um seine Staatsordnung zu ringen hat, auf dessen Sieg über das Tatarentum wir aber fest vertrauen dürfen, begrüßt, und ich begrüße mit derselben Freude und Genugtuung die souveräne Ukraine. Ihr Wiederauferstehen ist der Richtspruch der Geschichte über das tatarisch-moskowitische, gestaltungsunfähige Rußland, von dem man mit Recht gesagt hat, daß die Anarchie stets der verborgene Grundzug seines Charakters gewesen ist. Es ist ein wunderbares und dankbares Gefühl gegenüber der Idee der geschichtlichen Gerechtigkeit, daß die deutschen Waffen es gewesen sind, durch die die moskowitische Gewaltherrschaft über die Ukraine und über die nichtrussischen Westvölker des gewesenen russischen Reichs zertrümmert worden ist, und daß die Vertreter des vereinigten, durch das deutsche Wesen gestützten Mitteleuropa jetzt in Brest-Litowsk mit dem ukrainischen Staat als einer neuen souveränen Macht Frieden geschlossen haben. Die deutsche Politik hat sich von den Ereignissen glücklich beraten lassen, als sie diesen welthistorisch entscheidenden Schritt zu tun sich entschloß. Sie hat die Gelegenheit ergriffen, als Verkünder und Vollzieher des Urteils aufzutreten, das die Geschichte selber gefällt hat, und sie wird die Früchte davon ernten, wenn sie mutig und entschlossen auf dem betretenen Wege bleibt und vor keiner weiteren notwendigen Folgerung zurückschreckt ... Wer Politik im großen Stil machen will, der darf die moralische Note nicht vergessen, die als tiefer Grundton alles historisch-politische Geschehen beherrscht. Nur der politische Kleinhändler und Geschäftemacher hat keine Ohren, diesen Grundakkord zu hören. Selbst die unaufrichtigen Staatsmänner der Entente neigen sich vor dieser Erkenntnis, der in Wahrheit zu dienen ihnen durch ihre räuberischen und heuchlerischen Instinkte versagt ist, indem sie der Gerechtigkeit einen Leerthron er-

Digitized by Google

richten und mit hysterischen Gebärden das Weihrauchfaß davor schwingen, wo doch die Göttin selber nicht bei ihnen weilt. Nirgends aber darf der moralische Gedanke so wenig außer Spiel bleiben, wie in dem Urteil über den gewesenen russischen Staat und die Politik, die wir ihm gegenüber zu machen hatten. Über Rußland fast bis zuletzt ohne Erkenntnis dessen geurteilt zu haben, was gegenüber dieſem Staatswesen das moralische Prinzip bedeutete, ist ein Fehler und eine Schuld der früheren deutschen Politik und öffentlichen Meinung gewesen.

Nachdem der große Schritt der vollständigen und vorbehaltslosen Anerkennung der souveränen Ukraine durch die Mittelmächte geschehen ist, darf man hoffen, daß die Dinge, auch was das maximalistische Rußland betrifft, nun in der richtigen Bahn bleiben werden. Es ist nur schade, daß man nicht von Anfang an die Maximalisten richtig eingeschätzt hat, und aus ihrer irrtümlichen Einschätzung ist auch viel Unglück über einen Teil der bisherigen russischen Westländer, namentlich Finnland, Estland und Livland, gekommen. Vielleicht aber wird schon eine nahe Zukunft die Wunden, die dort geschlagen sind, heilen können. Was man nicht rechtzeitig besaß, war die Einsicht, daß den maximalistischen Führern zwar alles am Waffenstillstand lag, gar nichts aber am Frieden, das heißt am Frieden mit dem gegenwärtigen Deutschland und Österreich-Ungarn. Sie brauchten den Waffenstillstand absolut notwendig, denn die bewaffneten Soldatenbanden, die heute die Stelle des russischen Heeres einnehmen, wollten unter keinen Umständen mehr kämpfen, und sie waren für Lenin, Trotzki und Genossen nur zu haben, wenn diese ihnen Sicherheit vor unseren Kugeln und Granaten gaben. Hatten die Maximalisten aber den Waffenstillstand in der Tasche, so beabsichtigten sie von vornherein gar nichts anderes, als die weitere Verhandlungszeit dazu zu benutzen, um Deutschland und Österreich-Ungarn von innen heraus zu revolutionieren. Das haben sie sogar offen heraus gesagt, und es war merkwürdig genug, daß man nicht gleich darauf geachtet und es nicht gleich so ernst wie nötig — so ernst, wie ich es unseren Lesern immer vorgehalten habe — genommen hat. Jetzt nun zeigt sich, wie überzeugt die Maximalisten beim Beginn der Verhandlungen über den Waffenstillstand waren, daß wir als Preis für seine Bewilligung bedeutende Forderungen stellen würden. Daß wir das tun könnten und sollten, habe ich gleichfalls stets ausgesprochen. Ich erhalte von einer Persönlichkeit, die Augenzeuge der Vorgänge in Estland war, den folgenden Bericht, von dem einzelnes hier und da in die Tagespresse übergegangen ist, der aber nachstehend zuerst im Zusammenhang wiedergegeben sei:

Zur Erreichung des Waffenstillstandes wären Lenin und Trotzki zu allem bereit gewesen. Als Beweis kann dafür angeführt werden, daß wenige Tage vor Beginn der Verhandlungen Befehle vom Zentrobalt, d. h. dem maximalistischen Marineministerium in Petersburg, an die Revaler Marinestation und die Kriegswerften eintrafen, mit der sofortigen Räumung derselben und Überführung der Materialien nach Kronstadt und Petersburg anzufangen, da in den nächsten Tagen Waffenstillstandsverhandlungen mit der deutschen Obersten Heeresleitung

Digitized by Google

beginnen würden, die als Bedingung bei denselben die Räumung von Liv- und Estland verlangen werde; daher müßte soviel wie möglich bis zum Abschluß des Waffenstillstandes evakuiert werden. (Dieser Befehl ist von unserem Gewährsmann selbst in Reval gesehen.) Aber noch mehr! Nachdem die Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet waren, verbreitete sich die Nachricht, daß am nächsten Tage höhere deutsche Offiziere mit einigen Mannschaften von Riga oder Ösel aus eintreffen würden, um in Reval die Anlagen von Werften und Kriegshäfen zu übernehmen. Die kommandierenden Persönlichkeiten der Werft und des Kriegshafens und eine große Menschenmenge wartete um 4 Uhr nachmittags auf dem Bahnhofe, um die Deutschen zu empfangen. So fest war alles überzeugt von der Räumung und Übergabe des Gebietes.

Um so tiefergehend war der Eindruck, nicht nur im baltischen Gebiet, sondern auch in Petersburg, als der Waffenstillstand zu den bekannten Bedingungen ohne die russischerseits schon als selbstverständlich angesehenen Zugeständnisse abgeschlossen war. Der maximalistische Diktator Anwelt verkündete triumphierend, daß Deutschland nichts mehr gegen die Maximalisten zu unternehmen wagen würde, weil die deutschen Maximalisten das nicht dulden würden. Gleichzeitig ist der Terror, den er mit seinen Roten Gardisten in Reval und den maximalistischen Räuberbanden auf dem flachen Lande ausübt, ein so starker, daß das kleine, nicht einmal eine Million starke Bauernvolk der Esten völlig eingeschüchtert ist. Seine einzige Hoffnung war noch, durch Deutschland den Schutz vor der maximalistischen Anarchie und Anerkennung seiner Selbständigkeitsbestrebungen in Anlehnung an das Deutsche Reich zu finden. Diese Hoffnung ist jetzt aufgegeben. Am 15. Januar d. J. trat der estnische Landtag zu einer Geheimsitzung zusammen, weil er aus Furcht vor den Maximalisten nicht mehr öffentlich zu tagen wagte. Auf dieser Sitzung wurde der Beschluß der vorigen Tagung voll aufrecht erhalten, unter allen Umständen die Loslösung von Rußland zu betreiben, aber keine Entschließung für deutschen Schutz zu fassen, weil auf Deutschlands Hilfe nicht zu bauen und die Rache Rußlands die Esten schutzlos treffen würde. Dagegen hoffen die estnischen Führer, Anschluß an einen skandinavischen Bund unter dem Schutze Englands zu finden und sind bereit, die Häfen des Landes als Freihäfen den Engländern zu übergeben. In der führenden estnischen Zeitung „Postimees" hat Tönnisson bereits auch einen aufklärenden Artikel gebracht, worin er sein Volk warnt, trotz der großen Not, die es von den Maximalisten auszustehen hat, voreilige Entschlüsse zu fassen, da es noch eine große Weltmacht gebe, die im Kriege nicht besiegt würde und nicht gewillt sei, mit den Maximalisten und der Anarchie zu paktieren.

Zu dieser Darstellung kann ich aus einer privaten Nachricht noch hinzufügen, daß die estnischen Soldaten in Reval bereits Kränze wanden, um sie beim Einzug der Deutschen aufzuhängen, als die Nachricht des Waffenstillstandes ohne weitere deutsche Forderungen kam. Gegenwärtig werden Estland und Livland, wie mir selber von Augenzeugen berichtet worden ist, von den bewaffneten maximalistischen Horden Gut für Gut, Bauernhof für Bauernhof, systematisch bis auf das letzte Stück und Korn Lebensmittel ausgeraubt und die Soldaten brachten diesen Proviant in ganzen Reihen von Eisenbahnzügen nach Petersburg, um ihn dort für ihre Tasche zu unerhörten Preisen zu verkaufen. Eine furchtbare Hungersnot steht daher dem ganzen Gebiet zwischen der Düna und dem Finnischen Meerbusen bevor.

Heute, wo der Friede mit der Ukraine geschlossen ist, mag sich auch das Schicksal des baltischen Landes zum Guten wenden. Der Stein, der unverrückbar dazuliegen schien, ist ins Rollen gebracht, und die Folgen werden für den ganzen Erdteil unab-

Digitized by Google

sehbar sein. Jetzt kommt es nicht mehr allein auf den Willen und die Einsicht fehlbarer Menschen an; jetzt wird die gewaltige Logik der Ereignisse von selber weiter arbeiten: im Dienst des deutschen Gedankens im ganzen Osten von Europa!

Bakunins Schatten

Von Theodor Heuß

In der wechselvollen Geschichte der sozialistischen Internationale ist der Krieg, den Karl Marx gegen Michael Bakunin geführt hat, einer der wichtigsten Abschnitte. Es war ein Kampf um die Macht, der schließlich zur Sprengung des jungen Versuchs geführt hat: Marx vertritt dabei Ordnung und Zentralisation gegenüber einem unklaren und wilden Freiheitsbegriff und einem ungezügelten Revolutionswillen, der in der baren Vernichtung alles Staatlichen die geschichtlichen Aufgaben des Proletariats erfassen wollte. Von beiden Seiten ging es dabei sehr menschlich zu, die sozialistischen Geschichtschreiber können nach Jahrzehnten noch nicht diese Dinge mit einer gelassenen Ruhe betrachten — doch das soll uns hier nicht beschäftigen.

Die deutsche Sektion ist in diesem Streit Marxens Kerntruppe geblieben und sie hat es immer verstanden, die Elemente des Bakunismus, die auch in ihm alle paar Jahrzehnte sich einmal kristallisieren wollten, aus sich herauszustoßen. Bebel vor allem hat, vielleicht aus einem „kleinbürgerlichen" Reinlichkeitsinstinkt, immer die tiefste Abneigung gegen jene Revolutionsromantiker und Putschisten gehabt, die der Osten von Zeit zu Zeit seiner Partei bescherte. Als Herr Radek-Sobelsohn-Parabellum in die inneren Verhältnisse der deutschen Sozialdemokratie Unruhe brachte, hat ihn die Partei nach langen Streitereien mit einem schweren sachlichen und moralischen Bann belegt — es ist derselbe Herr, der jetzt, von der deutschen Unehre zur russischen Ehre zurückgediehen, die Petersburger Telegraphen-Agentur verwaltet und den Lenin und Trotzki als rechte Hand für die deutschen und polnischen Verhältnisse dient.

Wenn die deutsche Sozialdemokratie in irgend etwas beschlagen ist, dann in dem Ausbau und in der Kenntnis ihrer eigenen Geschichte. Um so erstaunlicher ist es, wie lange und wie freundschaftlich sie sich unter die Suggestion der russischen Maximalisten begeben hat. Nach den „imperialistischen" Verkleidungen der Plechanow, Tschernow, Tsereteli glaubte sie, im Maximalismus die Rückkehr der russischen Sozialdemokratie zum wahren, geistesverwandten Marxismus zu erkennen. Hat sie jetzt begriffen, daß das eine Täuschung war und daß hinter Trotzkis Reden, hinter Lenins Dekreten, hinter Radeks Depeschen der Schatten von Michael Bakunin in die Höhe wuchs? Vielleicht hat die Brester Rada des ukrainischen Delegierten Lubynsky etwas zum Durchbruch der Klarheit gesorgt. Ich weiß nicht, wie dieser Herr zu Karl Marx steht, aber wir wissen, auch die ukrainische Rede ist sozialistisch. Das im Bewußtsein zu halten, ist für die nächste Zeit unserer Regierung so wichtig wie den bürgerlichen

Digitized by Google

Parteien; aber ganz besonders muß sich unsere Sozialdemokratie dies vor Augen halten, daß die ukrainischen Sozialisten mit den Mittelmächten in Frieden kommen wollen, um sich besser der zerstörenden Wirkung des Putschismus im Stile Bakunins erwehren zu können.

Trotzki selber gibt sich freilich als Marxist. In seinem übrigens publizistisch glänzenden Buche „Rußland in der Revolution" (von 1905) bemüht er sich krampfhaft, für die revolutionäre Bewegung den ökonomischen Unterbau dialektisch zu formen; aber seine Angaben sind schließlich Beweisstücke dafür, daß dies Land mit einer so unausgeglichenen, unorganischen Wirtschaftsentwicklung für die Schlußformeln des Marxschen, aus der Perspektive des englischen Frühkapitalismus gesehenen Sozialismus sachlich gar nicht reif ist. (Um von deren Kritik hier ganz abzusehen.) Viel zwingender als die gewaltsame Nähe von Marxens Name, der nur dialektisch angebunden werden kann, ist der Eindruck, den die Erinnerung an das Treiben und die Gesinnung des alten Berufsrevolutionärs Bakunin weckt, dieses Mannes, der gegen die Wissenschaft und die Entwicklung, gegen die staatsbildenden Kräfte eines aufsteigenden Proletariats das Mißtrauen der eigenen Schwäche und die gläubige Zerstörungswut eines anarchischen Temperaments zu setzen hatte. „Der Wille ist mehr als die Wirklichkeit" — die kritische und skeptische Sachlichkeit, mit der Marx das eigene Ungestüm der Jugend und den utopischen Sozialismus mit seinen wirtschaftsgeschichtlichen Analysen des Kapitalismus zu überwinden trachtete, war ihm so unheimlich als fremd und philisterhaft. „Ökonomisches" Denken ist für die russische Seele westlicher Import.

Im Jahre 1848 schreibt Bakunin: „Ich glaube nicht an Konstitutionen und an Gesetze; die beste Konstitution würde mich nicht befriedigen können. Wir brauchen etwas anderes: Steine und Leben und eine neue gesetzlose und darum freie Welt." Als er sich im Jahre 1867 an dem Genfer „Friedens- und Freiheitskongreß" beteiligte, sprach er für die vollkommene staatliche Autonomie der Gemeinden und Provinzen: ‚Die Zerstörung der heutigen Gewaltstaaten sei die Voraussetzung des Weltfriedens. Erst nach ihrer Beseitigung könne sich die ideale Gesellschaft, die freie Vereinigung aller freien Einheiten, die von unten nach oben organisiert seien, entwickeln.' Wer hört nicht nach solchen Gedankengängen, bei denen es Marxens geschichtlichem Sinn übel wurde, die Deklamationen Trotzkis.

Bakunin, der wie sein Geisteserbe russische Gefangenschaft, Verbannung nach Sibirien und Flucht über Japan hinter sich hatte, war Berufsrevolutionär und tauchte überall auf, wo er glaubte, als Geburtshelfer einer neuen Freiheit helfen zu können. Es liegt außerhalb des Ziels dieser Anmerkungen, ihn auf seinen stürmischen Wegen zu begleiten. Doch ist es vielleicht aufschlußreich, einen Augenblick bei einer Station zu verweilen. Als im Sepetmber 1870 das französische Kaisertum durch die Bourgeois-Republik abgelöst war, eilte er nach Lyon und Marseille, um dort, mit zweifachem

Digitized by Google

Mißerfolg, die sozialistische Revolution zu organisieren. Die Kundgebung der „Revolutionären Föderation der Gemeinden" könnte mit ihren sieben Forderungen als Unterlage der Arbeit des Smolny-Instituts gelten:

„1. Die Verwaltungs- und Regierungsmaschine des Staates, die machtlos geworden ist, ist abgeschafft. Das französische Volk nimmt von sich selbst Besitz.

2. Alle Straf- und Zivilgerichte werden aufgehoben und durch Volksgerichtsbarkeit ersetzt.

3. Die Bezahlung von Steuern und Hypotheken ist unterbrochen. Die Steuer wird ersetzt durch Abgaben der föderierten Gemeinden, die erhoben werden von den Reichen, nach Bedarf der Summen, die nötig sind zur Rettung Frankreichs.

4. Da der Staat nicht mehr existiert, kann er sich nicht hineinmischen bei der Bezahlung von Privatschulden.

5. Alle bestehenden Gemeindeverwaltungen sind kassiert und in allen föderierten Gemeinden ersetzt durch die Komitees zur Rettung von Frankreich, die alle Macht ausüben unter der unmittelbaren Kontrolle des Volkes.

6. Jedes Komitee einer Departementshauptstadt ordnet zwei Delegierte ab zur Bildung eines revolutionären Konvents zur Rettung von Frankreich.

7. Dieser Konvent vereinigt sich sofort im Stadthaus von Lyon."

Die deutschen Sozialdemokraten, ihre beiden geistigen Gründer an der Spitze, haben sich damals über diese sozialistische Leistung Bakunins lustig gemacht, ja in ihr eine unfreiwillige Vorarbeit für Bismarcks Politik gesehen — warum nehmen die Erben die etwas systematisierten Nachahmungen solcher Einfälle in ihrem russischen Heimatland so todernst?

Das ist in der Tat nicht mehr eine geschichtstheoretische, sondern eine politische Frage von erheblichem Gewicht. Unsere Sozialdemokratie, indem sie sich mit den „Genossen" Lenin und Trotzki auseinandergesetzt, muß darüber zur Klarheit kommen, daß jener russische Sozialismus etwas grundsätzlich Verschiedenes von dem ist, was sie bisher als ihr geistiges Erbe gepflegt haben. Es ist ins Gigantische und Brutale gesteigert, die Wiederkehr des Bakuninschen Putschismus, der mit lohenden Worten zerstört und das „freie" Individuum in die Glückseligkeit des Chaos führen will. Seine Gedanken reichen immer nur bis zur „Tat". In der ist er groß, erfindungsreich, unwählerisch in den Mitteln des Wortes und der Kugel — Trotzkis Schrift ist geradezu ein Arsenal der Revolutionstechnik, deutlich genug verkündend, daß man seit Bakunin nicht müßig geblieben war. Aber hinter der Tat steht der anarchische Individualismus in einer kalten verwüsteten Einsamkeit, die von Phrasen und Sophismen karg erwärmt wird. Heute ist es so, daß man den deutschen Sozialdemokraten für die geistige Auseinandersetzung mit dem russischen Sozialismus die klare, unsentimentale, unromantische Verstandesklarheit von Karl Marx wünschen muß, damit sie Bakunins Gespenst beschwören und von aller östlichen Suggestion sich befreien können.

Digitized by Google

Die Ausbeutung Italiens durch seine Freunde

Von Lujo Brentano

I.

Die Verschuldung Italiens

Italiens Handelsbilanz zeigt schon viele Jahre vor Ausbruch des Krieges einen Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr. Er diente zum Teil zur Bezahlung dessen, was die Hunderttausende von Fremden, die alljährlich nach Italien kamen, verbraucht hatten, teils bestand er in den Ersparnissen, welche die italienischen Arbeiter im Ausland heimsandten. Seine Grundlage war sonst gesund und seine Zunahme ein Zeichen des wachsenden Wohlstands Italiens. Im Jahre 1913 hat er nach dem „Corriere della Sera“ vom 6. April 1917 1134 Millionen Lire betragen.

Aber ganz anders die Entwicklung der italienischen Handelsbilanz unter dem Einfluß des Weltkriegs. Bevor Italien selbst an ihm teilnahm, ging sein Einfuhrüberschuß zurück. Nach derselben Quelle hat er 1914 nur 712,9 Millionen Lire betragen. Das war nicht bloß die Folge der mit dem Kriege einsetzenden Minderung des Fremdenbesuchs, sondern Italien hatte, solange es neutral blieb, wie alle neutralen Länder, eine größere Ausfuhr; vom September 1914 bis Januar 1915 hat diese sogar mehr als die Einfuhr betragen. Von da ab erfolgte mit der steigenden Vorbereitung seiner Teilnahme am Krieg eine Wiederzunahme der Einfuhr, so daß der Einfuhrüberschuß im Mai 1915 bereits wieder 103½ Millionen Lire betrug; seit Italien an Österreich-Ungarn den Krieg erklärt hat, ist er sprungweise in die Höhe gegangen. Er hat 1915 2170,6 Millionen, 1916 3165,6 Millionen Lire betragen. War die frühere Passivität der italienischen Handelsbilanz ein Zeichen von Gesundheit, so entsprach ihr rasches Anwachsen seiner fortschreitenden Verarmung infolge des Krieges.

Was Italien arm gemacht hat, sind sein Aufwand für Heer und Flotte und die Auswucherung durch seine Freunde. Von dieser soll in einem besonderen Aufsatz die Rede sein.

Nach einer Schätzung des amerikanischen Schatzamts haben Italiens Kriegskosten am 1. August 1917 5050 Millionen Dollars betragen; die tägliche Summe seiner gegenwärtigen Ausgaben für Kriegszwecke wird von ihm auf 7 Millionen Dollars beziffert. Danach würde sich am 1. Januar 1918 der Gesamtbetrag der italienischen Kriegskosten auf 6121 Millionen Dollars gestellt haben. Bei Zugrundelegung des Parikurses wären dies über 31 Milliarden Lire; nach dem Stand der Wechselkurse am 1. November 1917 (1 Dollar = 8,01 Lire) wären es mehr als 49 Milliarden Lire. Nehmen wir an, die Schätzung des italienischen Nationalreichtums im „Economist“ vom 18. Dezember 1915, wonach dieser 7 Milliarden Pfund Sterling vor Ausbruch des Krieges betrug, wäre annähernd richtig, so würden die italienischen Kriegskosten unter Zugrundelegung des Wechselkurses vom 1. Oktober 1917 (1 Pfund

Digitized by Google

Sterling = 30,82 Lire) nahezu ein Viertel des italienischen Nationalreichtums vor Ausbruch des Krieges betragen.

Wie England und Frankreich, so hat auch Italien nicht alles, was es zur Kriegführung und zum Unterhalt seiner Bevölkerung während des Krieges brauchte, im Inland beschaffen können. Es hat, um nur die wichtigsten Einfuhrposten zu nennen, sowohl Munition, als auch Kohle und Lebensmittel von seinen Freunden beziehen müssen, ohne daß diese italienische Produkte dafür genommen hätten. So stieg der Wert der amerikanischen Einfuhr nach Italien von 527,7 Millionen Lire im Jahre 1913 auf 2202,4 Millionen Lire im Jahre 1916, während die italienische Ausfuhr nach Amerika in der gleichen Zeit von 267 auf 535,6 Millionen herabging; und die Einfuhr von England stieg von 591,8 Millionen Lire im Jahre 1913 auf 1078,9 im Jahre 1916, während die Ausfuhr aus Italien dorthin nur von 260,5 auf 374 Millionen in die Höhe ging. Dazu kam noch, daß Deutschland in der Zeit zwischen der Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn und der an Deutschland, zum Teil durch Schweizer Vermittlung, einen großen Teil seiner Geldanlagen aus Italien zurückgezogen hat.

Zu dieser sprungweisen Steigerung der Passivität der Handelsbilanz kam eine Vermehrung des Umlaufs von papiernen Zahlungsmitteln. Trotz allen Widerstandes, den die Regierung den leichtsinnigen Forderungen auf ihre Mehrung entgegensetzte, war der Notenumlauf schon nach drei Kriegsmonaten um mehr als 1½ Milliarden Lire gestiegen. Nach der „Idea Nazionale“ vom 25. Februar 1917 waren am 31. Dezember 1916 6117,1 Millionen Lire Staatspapiergeld und Banknoten im Umlauf. Nach dem „Economist“ vom 17. November 1917 ist der italienische Goldbestand, der Ende 1914 52 035 000 Pfund Sterling betrug, im Oktober 1917 auf 41 089 000 Pfund Sterling gesunken gewesen, der Notenumlauf dagegen war von 86 498 000 Pfund Sterling am Ende 1914 auf 190 191 000 Pfund Sterling im Oktober 1917 gestiegen.

Also: die Goldüberweisungen durch Ausgewanderte waren zurückgegangen; der Fremdenverkehr hatte aufgehört; dagegen hatte der Bedarf an ausländischen Waren zugenommen und diese waren enorm im Preise gestiegen; Deutsche, Österreicher und Ungarn hatten ihre italienischen Wertpapiere verkauft und die Italienern gewährten Kredite zurückgezogen: und der Umlauf von papiernen Zahlungsmitteln war in dem angegebenen Maße gestiegen. Die unausbleibliche Folge war die wachsende Verschlechterung des Wechselkurses. Am 4. März 1917 schrieb die „Italia“: „Die italienische Tausendlirenote gilt heute in Paris 655 Franks, in London 500, in der Schweiz 477 und in New York 420.“ Am 1. November 1917 kostete 1 Dollar in New York 8,01 Lire; am 1. September 1917 1 Pfund Sterling in London 30,82—87 Lire.

Dieses Steigen der Wechselkurse hat der italienischen Regierung begreiflicherweise große Sorge bereitet. Sie hatte die Aufgabe, unabweisbare Ausgaben zu bestreiten.

Digitized by Google

und dabei die italienische Währung gegenüber dem Ausland hochzuhalten, damit nicht die ohnehin schon sehr hohen Preise aller Dinge noch mehr in die Höhe gingen.

In Friedenszeiten dient ein hoher Stand der Wechselkurse dazu, die Ausfuhr heimischer Produkte zu steigern und damit zur Wiederannäherung an die Parität. Aber England fürchtete die Verschlechterung des eigenen Wechselkurses und war außerdem auf Verminderung der Beanspruchung von Schiffsraum durch nicht unbedingt nötige Waren bedacht. Während der Wert der englischen Einfuhr nach Italien infolge der steigenden Kohlenpreise und der Verteuerung der Schiffsfrachten fortwährend stieg, verbot England die Einfuhr einer großen Zahl von Waren, deren Ausfuhr für Italien von der größten Wichtigkeit war. Nach dem Wegfall der deutschen, österreichisch-ungarischen und russischen Absatzmärkte durch den Krieg bedeutete dies für viele italienische Industriezweige das Aufhören jeglicher Ausfuhr. Die lombardische Textilindustrie hat darunter besonders gelitten; aber auch andere Industriezweige, namentlich solche, die sich auf die Versorgung Englands mit den Waren, die es früher aus Deutschland bezogen hatte, eingerichtet hatten, und ebenso verschiedene landwirtschaftliche Produzenten schrieen laut auf. Die italienische Ausfuhr nach England drohte auf die Hälfte herabzugehen. Dabei erregte es besondere Mißstimmung, daß die französischen Seidenwaren in England zugelassen werden sollten, die italienischen nicht. Aber außer für Marmor und Apfelsinen haben die Beschwerden nicht viel erreicht. Man suchte die italienischen Industriellen damit zu beruhigen, daß die Waren, deren Einfuhr verboten sei, fast stets auf Grund von Einfuhrlizenzen zugelassen würden. Ja, die italienische Regierung ließ sich auf Verlangen ihrer Bundesgenossen sogar herbei, die Ausfuhr von Erzeugnissen der Seidenindustrie, mit Ausnahme gewisser hochwertiger, an neutrale Länder Europas, die an feindliches Gebiet angrenzen, zu verbieten.

Ein anderes Mittel, den Stand der Wechselkurse zu verbessern, wäre der Verkauf ausländischer Wertpapiere ans Ausland gewesen. Aber Italien besaß davon keine entsprechenden Mengen; und selbst soweit es solche Werte besaß, stieß es auf das Hindernis englischer Vorschriften; denn England schloß anfangs alle englischen und kolonialen Werte vom Handel in England aus, die sich nicht bei Kriegsbeginn im Lande befunden hatten. Das wurde für die Ententegenossen später dahin geändert, daß der Erlös von Papieren aus ihrem Besitz in englischen Werten angelegt und bis Kriegsende bei einer englischen Bank derart hinterlegt werden mußte, daß darüber nicht mehr verfügt werden konnte, auch nicht als Sicherheit für eine Anleihe. Das hat die Verwertung selbst englischer Werte aus italienischem Privatbesitz zum Zweck der Beeinflussung der Wechselkurse unmöglich gemacht. Die Verschiffung von Gold aber, die, wie gezeigt, stattfand, war unzureichend, um der fortwährenden Verschlechterung des Wechselkurses Einhalt zu tun.

Somit blieben als einzige Mittel nur Sparen, innere Anleihen und solche im Ausland.

Digitized by Google

An Aufforderungen zu sparen hat es denn auch nicht gefehlt. Durch Sparen der Privaten an eingeführten Waren sollte der weiteren Verschuldung ans Ausland entgegengewirkt und gleichzeitig die Mittel angesammelt werden, um sich an den inneren Anleihen beteiligen zu können; außerdem beschränkte der Staat alle Ausgaben, außer denen der Kriegführung dienenden, aufs äußerste. Aber auch das war ein völlig unzureichendes Mittel.

Die Anleihen im Innern sollten der Beschränkung des Notenumlaufs dienen und damit einer der wichtigsten Ursachen der Verschlechterung des Wechselkurses entgegenwirken. Italien hat seit Ausbruch des Krieges vier Anleihen im Gesamtbetrag von 5505 Millionen Lire im Innern aufgenommen; das ist im Vergleich zu dem, was das deutsche Volk geleistet hat, recht wenig. Sehr unbefriedigend sind insbesondere die Zeichnungen von Italienern im Ausland gewesen. Vor dem Krieg hatten sie jährlich Hunderte von Millionen an Ersparnissen nach Hause geschickt; an der zweiten Kriegsanleihe haben sie sich mit kaum 80 Millionen beteiligt. Dabei verdient vermerkt zu werden, wie die Freundschaft der Ententegenossen vor dem eigenen Geldinteresse halt machte: Das englische Schatzamt hat keinem englischen Untertan erlaubt, sich an der italienischen Siegesanleihe zu beteiligen; nur die in England lebenden Italiener durften zeichnen, und die Anleihe wurde nicht zum Handel an der Londoner Börse zugelassen.

Somit blieb Italien ausschließlich auf Anleihen im Ausland angewiesen, wollte es verhindern, daß der Bezug von Munition, von Lebensmitteln und unentbehrlichen Rohstoffen seine Wechselkurse ins Ungemessene verschlechtere. Aus einem zwischen England und Italien abgeschlossenen Geheimvertrage, den die Russen veröffentlicht haben, geht hervor, daß jenes den Italienern als Lohn ihrer Beteiligung am Krieg außer den von ihnen verlangten territorialen Vergrößerungen und dem Versprechen, ihren Widerstand gegen die Beteiligung eines Vertreters des Papstes an den Friedensverhandlungen unterstützen zu wollen, ein Darlehen von 50 Millionen Pfund Sterling in Aussicht gestellt hat. Aber kaum hatte Italien an Österreich-Ungarn den Krieg erklärt, so schrieb schon der „Statist" vom 29. Mai 1915, Italiens schwacher Punkt seien seine Finanzen; England sei schon zur Unterstützung so vieler Alliierter verpflichtet, daß es für Italien kaum viel erübrigen könne; die Vereinigten Staaten möchten doch Italien beispringen. Einige Wochen später berichtete das „Berner Tagblatt" vom 22. Juni 1915, daß man von unerfüllbaren Bedingungen rede, die England an die Gewährung eines Vorschusses an Italien knüpfe, wie von der Überführung des gesamten Goldschatzes der Banca d'Italia nach London und von der Verpfändung italienischer Zölle an England. Das waren Bedingungen, wie man sie sonst an Serbien, Persien, China oder Marokko bei Gewährung von Darlehen stellte. Zur Verpfändung von italienischen Zolleinnahmen scheint es nun nicht gekommen zu sein, wohl aber zeigt der Jahresbericht der Banca d'Italia für die Zeit

Digitized by Google

von Ende Mai 1915 bis Ende Februar 1917 einen Rückgang des Metallbestandes der Staatskasse und der Notenbanken um 450 Millionen Lire; sie wurden großenteils an die Bank von England abgegeben. Vermöge eines Abkommens zwischen Carcano und Mac Kenna in Nizza hat Italien dann auch ein Darlehen von England erhalten, das, wie die „Gazetta del Popolo" vom 6. September 1915 schreibt, von der italienischen Regierung bei ausländischen Zahlungen benutzt wurde; dieses Darlehen und eine Anleihe im Inland haben die Erhöhung des Notenumlaufs verlangsamt. Aber schon am 22. September 1915 erhebt der „Messaggero" neue Klage, was Italien, seit es in den Krieg eingetreten sei, erhalten habe, sei im Vergleich mit den wachsenden Bedürfnissen recht wenig, es müsse auf die englisch-französische Solidarität rechnen können; und der „Mattino" vom 13. März 1916 klagt, die Abmachungen mit England seien schuld, daß Italien in den neutralen Ländern, die, wie Amerika und Spanien, an Gold Überfluß hätten, keine Anleihen aufnehmen könne. Auch andere Nachrichten melden, daß Italien sich mehrfach bemüht habe, in Amerika Kredit zu erhalten, aber vergeblich; es habe nur durch Englands Vormundschaft Geld erhalten können.

Nun ist aber schon im Jahre 1915 eine italienische Regierungsanleihe im Betrag von 25 Millionen Dollars in New York auf den Markt gebracht worden, deren Ertrag zur Bezahlung von Einkäufen in den Vereinigten Staaten verwendet werden mußte. Wenn Italien in Amerika bis zu dessen Beteiligung am Krieg kein weiteres Anlehen aufnehmen konnte, so lag der Grund darin, daß die Vereinigten Staaten von Italien, wie von allen Ententemächten, Gegenwerte in neutralen Papieren forderten und Italien keine solchen Gegenwerte besaß. In England aber hatte es 3848 Millionen Lire besondere Schatzscheine, in Gold zahlbar, ausgegeben, vermöge deren es dort Gold erhielt. Nun waren aber auch Englands finanzieller Kraft Grenzen gezogen; ein sprechendes Beispiel seiner Erschöpfung war das Mißglücken einer Anleihe von 2 Millionen Pfund Sterling für Neu-Südwales, während man gerade in diesem Falle einen großen Erfolg hätte erwarten müssen. England wurde also zurückhaltend mit weiterer Kreditgewährung und antwortete auf die italienischen Klagen mit dem Hinweis, wie viel es für seine Verbündeten bereits getan habe. In der „Fortnightly Review" vom März 1916 wurde den Italienern insbesondere vorgehalten, daß ohne Lombardstreet nicht ein Quadratzoll der italienischen Irredenta hätte erlöst werden können; wenn Italien die erhoffte Erweiterung seines Gebietes erhalte, so werde dies der finanziellen Hilfe Englands nicht weniger als den Anstrengungen des italienischen Heeres zu danken sein. Mit solchen Wahrheiten war aber den Italienern nicht gedient; sie erhielten damit nicht die von Amerika verlangten Gegenwerte. Als Folge stieg die italienische Handelsunterbilanz. Sie hat nach dem „Resto del Carlino" vom 12. April 1917 im Jahre 1916 1967 Millionen Lire betragen. Darauf ist in Italien ein allgemeines Einfuhrverbot ergangen, um der weiteren Ver-

Digitized by Google

schlechterung der Wechselkurse zu steuern. Eine wirkliche Hilfe aber hat, wenigstens vorübergehend, Wilsons Kriegserklärung gebracht. Der Nachteil, den sie Deutschland zufügte, zeigte sich alsbald in dem Wegfall aller bisherigen Erschwerungen der amerikanischen Kreditgewährung an die Ententemächte. Auch Italien erhielt nun ein Darlehen zu niedrigem Zinsfuß mit Verzicht auf die Zinszahlungen während des Krieges. Die Italiener schöpften Hoffnung, daß ihre Geldverhältnisse in Ordnung kommen würden; auch sank der Dollar in wenigen Tagen von 7,90 auf 7,05 Lire. Nach dem „Economist" vom 11. August 1917 hat Amerika bis zum 11. August 1917 Italien 160 Millionen Dollars geliehen. Aber auf die Dauer haben auch diese Darlehen der Verschlechterung des italienischen Wechselkurses nicht Einhalt getan. Die „Times" vom 1. November schrieb: „Die nordamerikanische Regierung gewährt Italien zur Zahlung von Kohlen und anderen Vorräten, die es in Amerika kauft, einen Kredit von 230 Millionen Dollars." An demselben Tage kostete der Dollar in New York 8,01 Lire!

Die Entwickelung von Italiens Finanzen gibt ein deutliches Bild von der Torheit seines Nationalismus. Bevor es die Expedition nach Tripolis unternahm, waren seine Finanzen in blühendem Zustand. Seitdem sind sie in immer üblere Lage geraten. Erst fing man an, $4^1/_2$ Prozent Geld al pari aufzunehmen; dann wurde der Ausgabekurs niedriger, dann die Rente höher; durch massenhafte Banknotenausgabe entstand ein Goldagio von 25 Prozent und mehr. Zu Beginn des Jahres 1916 war Italien wieder auf seinen Finanzstand von vor 1903 zurückgeworfen — die Ergebnisse von über zehn Jahren waren in wenigen Monaten zunichte gemacht. Nach der „Perseveranza" vom 27. April 1917 war der damalige Stand von Italiens Verschuldung folgender:

Ausländische Anleihen	3 600 400 000 Lire
Innere Anleihen	5 505 000 000 Lire
Schatzscheine	1 664 500 000 Lire
	10 769 900 000 Lire

Vor etwa vierzehn Tagen hat der Minister Nitti gesagt, das Ausland allein habe Italien 11 Milliarden Lire geliehen. Danach würde Italiens Verschuldung sich somit auf 18 178 600 000 Lire beziffern. Nun wird abermals eine Kriegsanleihe Italiens angekündigt. Auf dem Schlachtfeld zurückgeworfen, bleibt ihm als Ergebnis seiner Teilnahme am Krieg der Verlust von Hunderttausenden seiner besten Männer, maßloses Elend der Daheimgebliebenen, die Zerrüttung seiner Finanzen und die völlige wirtschaftliche Abhängigkeit von England und Amerika.

Digitized by Google

Clemenceau und Caillaux

Von Hans Göhler

Ein Schweizer Freund der „Deutschen Politik", der während des Krieges mehrfach in Frankreich war und in ständiger Fühlung mit französischen Politikern steht, hat hier wiederholt die Anschauung vertreten, die offenbar seine Kenntnis von Land und Leuten und seine ständigen Beziehungen zu Franzosen ihm aufdrängten, daß die nächste Zukunft in Frankreich nicht den Parteien der Linken, sondern den Parteien der Rechten gehören würde.

Was damals vorausgesagt wurde, ist heute eingetroffen: die Parteien der Linken haben in ihrer schwächlichen und zersplitterten Opposition gegen die Regierungspolitik versagt. Die Parteien vom äußersten Flügel der Rechten bis zu den 166 ursprünglich links orientierten, neuerdings aber nach rechts hinneigenden Radikalsozialisten (mit Ausnahme der 25 Radikalsozialisten, die Caillaux Gefolgschaft leisten) haben sich zu einem Block zusammengefunden, der die Regierungspolitik unterstützt. Auffällig an dieser Neugruppierung der französischen Parteien ist, daß dieser machtvolle Zusammenschluß der größten Parteien Frankreichs nicht vom Innern der Parteien heraus erfolgte, sondern durch die Einschüchterungs- und Gewaltpolitik eines ehemals radikalen Politikers: Georges Clemenceau.

Clemenceau ist im Jahre 1879 mit einem für die damalige Zeit äußerst radikalen Programm in der Kammer hervorgetreten, in der er unbeschränkte Versammlungs-, Vereins- und Preßfreiheit forderte. Als er sich im Jahre 1893 in der Kammer gegen die Anklagen verteidigen wollte, die nicht mit Unrecht aus seinen finanziellen Machenschaften mit Cornelius Herz gegen ihn erhoben worden waren, wurde er, der stets die englische Politik in Frankreich vertrat, von dem Konservativen Deroulède und seinem Anhang mit den Worten: O yes! Panama! Cornelius! niedergeschrien. Im Dreyfushandel stand er in der vordersten Reihe der republikanischen Kämpfer für den unschuldig verurteilten Hauptmann. Er warf in den schärfsten Worten den Regierenden, Abgeordneten und Richtenden Gewaltpolitik, Klassenhaß, Feigheit aus Kameradschaftlichkeit und Mangel an Pflicht- und Verantwortungsgefühl vor, kurzum, er erwies sich als einer der Besten und Stärksten unter den Radikalen. Im Jahre 1907 gebärdete er sich noch einmal als ein tatkräftiger und rücksichtsloser Charakter im Sinne des Radikalismus, indem er den in Paris zurückgebliebenen Sekretär der päpstlichen Gesandtschaft, Monsignore Montaguini, mit Polizisten über die Grenze schaffen ließ, weil er nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan noch zu französischen Politikern Beziehuneng unterhalten hatte. Auch daß er Caillaux zum Finanzminister nahm, als er im Jahre 1906 als Sarriens Nachfolger mit der Leitung der Staatsgeschäfte betraut wurde, ist durchaus die Tat eines radikalen Republikaners; denn Caillaux hat unter seiner Leitung versucht, das Einkommensteuergesetz einzuführen, das im Sinne der Sozia-

Digitized by Google

listen und der sozialpolitisch interessierten Kreise der Radikalsozialisten gehalten war. Als 1914 der Krieg ausbrach, stand Clemenceau daher bei den Rechtsparteien in dem übelsten Rufe, erstens seiner radikalpolitischen Vergangenheit wegen, zweitens infolge des Einkommensteuergesetzes, drittens, weil er während seiner Ministerpräsidentschaft die Rüstungen beschränkt und die Armee desorganisiert hatte. Er wurde daher in den ersten Kriegsjahren täglich in der „Action francaise" als der gefahrvollste Politiker für die Kriegspolitik der Entente als Antimilitarist, Hochverräter usw. angegriffen.

Allein — Clemenceaus politischer Charakter ist mit dem bisher Gesagten keineswegs erschöpfend charakterisiert. Clemenceau hat zwar wegen der Besetzung Tunesiens und der Eroberung Tonkins und Madagaskars Ministerien gestürzt, er selbst aber leitete 1907 seine eigene Regierungspolitik mit der Eroberung Marokkos ein. Clemenceau hat allerdings zersetzend auf die Armee gewirkt, machte aber 1909 gegen die Ausständigen in dem Weinbezirk von Beziers Militär mobil und wandte 1909 gegen die Sozialisten und gegen die Postbediensteten ebenfalls brutale Gewalt an, wodurch er sich die Sozialisten für immer entfremdet hat. Er ist im Verlaufe des Krieges gegen die Ministerien Viviani, Briand, Ribot und Painlevè angestürmt, nicht weil sie mit der Rechten zusammenarbeiteten und weil sie eine Politik trieben, die nicht sozialistisch und nicht radikal war, sondern gerade weil ihm ihre eiserne Faust zu lahm, weil sie ihm nicht fest genug gepanzert erschien, weil sie nicht kräftig und willensstark genug zufaßte. Auch die Engländer beklagten sich mehrfach über die zu matte und zu lahme Politik der bisherigen Staatsleiter Frankreichs und legten Poincaré die Demütigung auf, sich mit demjenigen seiner Gegner zu versöhnen, der ihn während der ersten drei Kriegsjahre am häufigsten, am rücksichtslosesten, am schamlosesten beschimpft, verleumdet und als Hochverräter gebrandmarkt hatte, — mit Clemenceau. Die Engländer hatten aber Poincaré diese Demütigung nicht aus Laune aufgelegt, sondern weil sie zu Clemenceau das Vertrauen hatten, daß er genug Gewalt aufbringen würde, um Caillaux, den gefährlichsten Feind Englands, im Interesse einer willensstarken und rücksichtslosen Kriegführung unschädlich zu machen. Um diesen Preis ging Poincaré auf die Versöhnung mit Clemenceau ein, da Caillaux, der ehemalige Mitarbeiter Clemenceaus, ein persönlicher Feind des Ministerpräsidenten und ein politischer Feind der imperialistischen Politik Poincarés ist. „Caillaux' Verhaftung", schreibt der „Rappel" vom 22. Januar, „schafft jedenfalls eine ganz neue politische Lage. Sie bindet uns für alle Zeiten an England, da durch die Verhaftung uns der einzige Staatsmann genommen worden ist, der eine andere Politik hätte einkeiten können. Diese Politik läßt sich nur verteidigen, wenn Clemenceau von England erreicht: 1. die Ernennung eines französischen Generalissimus, 2. einen Flottenangriff, um die deutschen U-Bootstationen zu zerstören, 3. die Ausdehnung der britischen Front, 4. Tonnage für unsere Handelsmarine, 5. den Beginn des Kanaltunnels." Diese Forderungen werden ganz Frankreich und auch dem „Rappel" als unerreichbare Utopien erscheinen und sind sicher nur aufgestellt worden, um den

Digitized by Google

Wahnsinn einer Politik aufzuzeigen, die ihre Selbständigkeit aufgibt und sich auf Gnade und Ungnade England ergibt.

Caillaux hat sich die Feindschaft der Rechten erworben: 1. durch seine Finanzpolitik, insbesondere durch das Einkommensteuergesetz, das die Kapitalisten der Rechten und des Regierungsblockes am empfindlichsten treffen sollte und mußte. 2. durch seine Auslandspolitik, die einen Ausgleich mit Deutschland anstrebte und das europäische Gleichgewicht durch Unterdrückung aller Rachegedanken, sowie durch vertragliche Regelung der Kolonialfragen erreichen wollte. 3. durch seine Neigung zum Sozialismus, die schon vor dem Kriege erkennbar hervortrat. 4. durch seine Haltung im Kriege.

Caillaux ist der einzige Staatsmann Frankreichs, der sich dem wilden Geschrei der Rachepolitiker: bis zum Sieg! ferngehalten hat, der niemals das linke Rheinufer verlangt hat, der mit Schrecken sah, wie Frankreich nach und nach seine Selbständigkeit verlor und in englische und amerikanische Abhängigkeit geriet. Je wilder und wüster das Kriegsgeschrei der Rechtsparteien wurde, je mehr Radikalsozialisten sich von der größten Partei (166 Mitglieder) Frankreichs zu der politischen Anschauung der Rechten bekehrten, um so mehr verlor er in seiner Partei an Boden und um so fester verankerte er sich in der Partei der vereinigten Sozialisten. Seitdem Clemenceau Ministerpräsident ist, gibt es nur noch zwei Parteien in der französischen Kammer: Eine, die sich dem englischen Kriegswillen gebeugt hat, und „bis in den Abgrund" auf ihre Fahne geschrieben hat, und eine, die sich gegen Clemenceaus neronische Gewaltpolitik auflehnt, die Frankreich aus der englischen und amerikanischen Faust befreien möchte, die noch die schwache Hoffnung nährt, die Freiheit und Selbständigkeit des Landes wahren zu können.

Es wäre denkbar, diese Politik zu betreiben, wenn erstens ein Führer dieser Politik und zweitens eine überzeugte und geschlossene Partei vorhanden wäre, die diesen Führer stützt. Beides ist nicht vorhanden.

Caillaux, der allein zu dieser Führerschaft berufen war, hat durch sein Verhalten kurz vor seiner Verhaftung bewiesen, daß er kaum der Auserwählte sein kann, da es ihm an Konsequenz und an Mut fehlt. Als Caillaux sah, daß die Mehrheit seiner Partei ihn nicht zu unterstützen gewillt war, forderte er selbst in einem jener kleinlichen Schachzüge, wie sie in Frankreich üblich sind, die Aufhebung seiner parlamentarischen Unverletzlichkeit. Als kleinlicher Politiker war er ängstlich auf die öffentliche Meinung bedacht und nutzte die Gelegenheit aus, um sich als guten Patrioten und als Parteigänger der Desannektion von Elsaß-Lothringen zu zeigen. Damit hat er eine, die erste politische Charakterlosigkeit begangen. Die zweite Charakterlosigkeit besteht darin, daß er, der stets das russisch-französische Bündnis verurteilt hat, der in seinem Lande für das demokratische Ideal gekämpft hat, von seiner Partei eine Kundgebung gegen die sozialistische Regierung in Rußland forderte. Das durfte er ganz gewiß nicht tun, wenn er sich die Reinheit seines politischen Charakters erhalten wollte. Und drittens hat Caillaux nicht den Mut gefunden, die Einkreisung Frankreichs durch England

Digitized by Google

und Amerika offen und rückhaltslos zur Sprache zu bringen. Der „Gaulois“ hat ganz offen ausgesprochen, daß seine Verhaftung von England gefordert worden ist; das „Journal du Peuple“ hat in fett gedrucktem Titel Lord Northcliffe als Drahtzieher der Verhaftung Caillaux' bezeichnet, Caillaux selbst aber hat nicht den Mut gefunden, diese Machenschaften ans Licht zu ziehen. Nun ist er zum Schweigen gebracht, sitzt hinter Schloß und Riegel und darf warten, bis sein Todesurteil gefällt worden ist.

Inzwischen fährt Georges Clemenceau, der Totengräber Frankreichs, fort, den letzten Freiheiten seines Landes das Grab zu schaufeln. Soll man den jetzigen Ministerpräsidenten Frankreichs einen Tiger nennen, wie es in Frankreich üblich ist, oder einen Totengräber? Es kommt auf das Gleiche hinaus. Einer zerreißt die lebende Welt, der andere bringt sie unter die Erde. Beide Bezeichnungen betreffen den Grundzug von Clemenceaus Wesen: das Zersetzende, Zerstörende, Mephistophelische seines Charakters. Er war niemals eine aufbauende, sondern stets eine einreißende Kraft. Am 26. Januar 1882 hat er Gambetta gestürzt, am 17. Juli 1882 das Kabinett Freycinet, am 30. Mai 1885 Jules Ferry, im Januar 1886 zum zweitenmal Freycinet, am 18. Mai 1887 Goblet, am 21. Dezember 1887 Jules Grévy, im Kriege hat er alle Ministerien unterwühlt. Jetzt aber steht er mit Poincaré im Bunde und gräbt mit aus England gelieferten und von England bezahlten Schaufeln dem französischen Volk das Grab. Seinem Vernichtungswahnsinn genügt nicht mehr ein Minister, ein Ministerium oder der Präsident, er will das ganze Volk der Vernichtung preisgeben und unter die Erde bringen.

Volksstaat und Monarchie

Von Dr. Ludwig Haas, Mitglied des Reichstags, Karlsruhe

Die politische Geschichte der Völker ist erfüllt von theoretischem Streit, aber auch von harten und blutigen Kämpfen um die Frage, ob Monarchie oder Republik die bessere Staatsform sei. Seit Jahrzehnten aber ist darüber in Deutschland kaum auch nur noch theoretisch gestritten worden. Zwar bekannte sich die Sozialdemokratie zu dem republikanischen Gedanken; aber auch bei ihr war das, wie bei manchen Demokraten, die noch nicht ganz die Tradition des Jahres 49 verloren hatten, und die gerne auf ihren Festen die schwarz-rot-goldenen Farben sahen, kaum mehr als ein Stück politischer Romantik.

Dem nüchternen Sinn des deutschen Volkes war nicht die Staatsform an sich, sondern der Geist der Verwaltung und das Maß der Teilnahme der Bürger an der Führung des Staates von ausschlaggebender Bedeutung und allein des Kampfes wert. Auch dafür war immer ein starkes Gefühl im deutschen Volke vorhanden, daß die Politik nicht die handwerksmäßige Anwendung von Formen und Schablonen, sondern die Kunst des Ausbaues und Umgestaltung des historisch Gewordenen sein soll.

Digitized by Google

In diesem Sinne sagten gute Demokraten lange vor dem Kriege: „Für uns ist die Monarchie die bessere Staatsform." Bis in die Reihen der Sozialdemokratie hinein war die Erkenntnis verbreitet, daß in der Monarchie Werte und Kräfte vorhanden sind, die preiszugeben, nicht höchste politische Weisheit sei. Auch das sahen die nüchternen deutschen Augen schon vor dem Kriege, daß es verflucht undemokratische Republiken diesseits und jenseits des Ozeans gibt.

Kaum in irgendeinem anderen Lande war der soziale Geist der Masse so stark entwickelt, als in Deutschland. Ihm aber wäre die Republik der reichen Leute, eine Demokratie von Kapitalismus Gnaden noch unerträglicher als die absoluteste Monarchie. Es scheint ein Widerspruch zu sein und ist doch wahr: die Deutschen sind zu gute Demokraten und zu starke Aristokraten, als daß sie sich nicht lieber vor einem König verbeugen, als vor einer Clique reich gewordener Spekulanten und Großindustrieller.

Ich will mitten in dieser politischen Betrachtung eine lustige Geschichte erzählen, die unpolitisch zwar, uns doch den Geist beleuchtet, der auch politisch in ganz bestimmte Richtung führt, eine Geschichte, die selbst dem Präsidenten Wilson eine gute Lehre sein könnte. In einer guten braven Stadt im Lande Baden war ein Mann im Kriege reich geworden — sehr reich. Die junge Frau des neuen reichen Mannes richtet ihre Wohnung neu ein. Das soll bei Kriegsgewinnlern auch anderwärts der Fall sein. Neuen reichen Leuten gefallen nie ihre alten Möbel. Aber der Teufel reitet die junge neue reiche Frau noch weiter, und sie sagt ihrem Dienstmädchen: Von heute an sagen Sie zu mir „Gnädige Frau!" Darauf gibt die ihr eine Antwort, gut badisch grob, voll echter Demokratie und voll des feinsten Stolzes: „Da können Sie machen, was Sie wollen! das sag' ich Ihnen nicht." Die Antwort wurde bekannt und löste weit herum im Lande Baden ein frohes, freies Lachen aus.

Dieser soziale Geist, der berechtigte Mangel an Achtung vor dem Reichtum und die ebenso berechtigte Furcht vor der Macht des Reichtums vermehrte die Erkenntnis, daß, um nur ein Beispiel zu nennen, das amerikanische Vorbild deutschen Wünschen und deutschen Bedürfnissen nicht entspricht.

Der Krieg hat dem deutschen Volke neue Erfahrungen vermittelt. Die französische Republik wurde zum Kriege geführt nicht durch das französische Volk; einige wenige haben die unglückseligen Entscheidungen gefällt und vorbereitet. Die italienische Demokratie? Die Straße rief nach Krieg. Aber war die Straße das Volk, und was machte die Straße so stark, daß das Parlament den Mut verlor? Wer hat in Wahrheit die Führung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika? Wer herrschte in Rumänien? Wer in Serbien? Sie nannten sich Demokratien, aber sie waren es nicht. Überall bei unseren Feinden sprechen sie von Demokratie; sie preisen ihre Demokratie und verstecken dahinter ihre imperialistischen Ziele. Auch die russischen Kadetten nannten sich Demokraten und waren doch die treuen Erben des zaristischen Eroberungsdranges. Und die jetzigen russischen Machthaber? Sie sprechen laut „im Namen der Demo-

Digitized by Google

kratie" und handeln gegen ihre einfachsten Prinzipien. Es kann keine Demokratie bestehen ohne Achtung vor den Überzeugungen und Rechten aller Bürger; es kann keine Demokratie geschaffen werden, ohne daß vorausging der Ausbau und die Wirkung der Volksschule. Vier Fragen müßten immer gestellt werden, wenn man von Republik oder Demokratie spricht und ein Land demokratisch nennt wegen der äußeren Staatsform.

Wie ist die Volksschule beschaffen?

In welchem Umfange ist die Presse abhängig von der Großindustrie oder von anderen Einflüssen des Kapitalismus?

Wie ist das Wahlrecht?

Ist die dauernde Beteiligung des Parlaments nicht nur in der inneren Politik, sondern auch bei Führung der auswärtigen Politik gesichert?

Wir sind uns der Mängel deutschen staatlichen Lebens voll bewußt. Trotzdem dürfen wir mit Recht sagen, daß die Prüfung der vier Grundfragen ergibt, daß Deutschland heute schon mehr als die feindlichen Länder die Voraussetzungen demokratischen Lebens erfüllt. Damit soll der jetzige Zustand nicht als befriedigend bezeichnet werden; aber mit gutem Selbstbewußtsein können wir den Lehrmeistern in den feindlichen Ländern sagen, daß sie zunächst bei sich die grundlegenden Voraussetzungen wahrhaftiger Demokratie schaffen mögen.

Die Volksbildung ist in Deutschland so allgemein, daß das Volk zur Teilnahme an der Leitung des Staates reif geworden ist. Aber unsere Feinde werden nicht behaupten können, daß überall bei den Verbündeten das Maß der Volksbildung auch nur annähernd eine tatsächliche Teilnahme des gesamten Volkes an der Politik des Landes möglich macht. Es sollte dann allerdings die Rechte bei uns um so mehr begreifen, daß die deutsche Volksschule die beliebten Gründe gegen die Einführung des demokratischen Wahlrechts in Preußen widerlegt. Man muß entweder bewußt falsche Behauptungen aufstellen oder dem politischen Leben und dem deutschen Volke unendlich fern stehen, wenn man erklärt, daß in den sogenannten gebildeten Schichten ein höheres Maß von politischer Einsicht vorhanden sei, als in der großen Masse der Bevölkerung. Man kann das Gymnasium mit Auszeichnung absolviert und Doktor irgendeiner Fakultät summa cum laude geworden sein, und trotzdem sich durch eine verblüffende politische Dummheit auszeichnen. Man kann auch beruflich Tüchtiges leisten und dennoch der Neigung und Fähigkeit, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen, völlig ermangeln.

Es war ferner vor dem Kriege unsere Presse unabhängiger vom Kapitalismus, als die Presse irgendeines anderen Landes. Es ist aber eine wahrhaftige Demokratie überall dort unmöglich, wo die Presse direkt oder indirekt von kapitalistischen Gruppen beherrscht wird, oder wo durch die Bildung großer Zeitungstrusts ein paar Leute die politische Gesinnung der Masse entscheidend beeinflussen können. Leider hat der

Digitized by Google

Krieg auch in Deutschland eine Entwickelung angebahnt, die uns mit lebhaften Sorgen erfüllen muß. Wenn es der durch den Krieg bereicherten Groß-Industrie auch weiterhin möglich bleibt, ihren Einfluß auf die Presse auszudehnen, dann sind die Zeiten bald vorbei, in denen wir von einer gesunden deutschen Presse sprechen konnten. So wird die steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne nicht nur eine finanzielle Frage und ein Gebot der Staatsmoral und des gerechten Ausgleichs, sondern auch zur, wenn auch nur beschränkten, Garantie des freien Wortes und der freien Bildung des Volkswillens. Wir werden, wenn wir überhaupt einen deutschen Volksstaat schaffen wollen, Normen finden müssen, durch die jede Kapitalbeteiligung an Zeitungsunternehmungen offen gelegt werden muß, um den Kampf aller politischen Richtungen gegen Zeitungen, die kapitalistisch beeinflußt sind und fremden Interessen dienen, zu ermöglichen, vor allem aber, um freie Bahn zu schaffen für den Kampf des Volkes gegen die Presse der Kriegsgewinnler.

Unser Wahlrecht zum Reichstag war — von der veralteten Einteilung der Wahlkreise abgesehen — gut. Es übertraf an demokratischem Wert die Wahlsysteme mancher feindlicher Staaten, die sich stolz Demokratien nennen. Ein demokratisches preußisches Wahlrecht muß, wenn wir ein wirklicher Volksstaat werden wollen, allerdings erkämpft werden

Rückständig waren wir in der Teilnahme des Parlaments an der Leitung des Staats. Die feindlichen Staaten übertrafen uns durch ihren Parlamentarismus. Es darf aber nicht verkannt werden, daß ein Parlament, gewählt durch ein undemokratisches Wahlrecht, gewählt von Wählern ohne eine gute Volksbildung und beeinflußt durch irgendwelche großkapitalistische Interessen, weit entfernt ist von dem Ideal des wahren Volksstaats. Auch darüber hat der Krieg Klarheit geschaffen, daß bis jetzt auch in parlamentarisch regierten Ländern der Einfluß des Parlaments auf die auswärtige Politik außerordentlich gering, manchmal sogar ganz ausgeschaltet war. Der Krieg aber dürfte der erstaunten Welt allzu hart die Erkenntnis vermittelt haben, daß in den Ministerien des Äußern und auswärtigen Ämtern sich eine solche Fülle von Unfähigkeit, Planlosigkeit und Ideenlosigkeit breit gemacht hat, daß die zünftige Diplomatie wahrhaftig kein Recht mehr darauf hat, ihre Arbeit auch weiterhin als eine Geheimwissenschaft zu betreiben, durch die sie über ihre Völker ein ungeheures Maß von Glückseligkeit ausschüttet. Für Deutschland aber ergibt sich auf dem Wege zum Volksstaat als unerläßliche Forderuug die Durchführung des Parlamentarismus, die Sicherstellung des Einflusses des Reichstags auf die innere, wie auf die auswärtige Politik. Dabei wollen wir in keiner Weise fremde Muster nachahmen. Deutschland soll sich seinen Volksstaat und seinen Parlamentarismus schaffen, so wie das deutschen Bedürfnissen und der deutschen geschichtlichen Entwickelung entspricht.

Die obersten Beamten, voran der Reichskanzler, müssen, wenn sie ersprießlich arbeiten und eine klare und einheitliche Politik durchführen sollen, nicht nur das Vertrauen des Kaisers, sondern auch das Vertrauen einer Parlamentsmehrheit genießen. Wohl

Digitized by Google

immer hat der Monarch, wenn leitende Stellen zu besetzen waren, den Rat anderer Menschen eingeholt. Es ist nicht einzusehen, daß das Ansehen der Krone darunter leiden sollte, wenn darüber anstatt mit irgendwelchen unbekannten Persönlichkeiten, mit den bekannten und deshalb auch verantwortlichen Führern einer Parlaments-Mehrheit verhandelt wird. Es ist überhaupt so: Die Gegner des Volksstaats bekämpfen ihn mit der Begründung, daß er das Ansehen des Monarchen schädige; in Wirklichkeit wird nur geschwächt der Einfluß und das Ansehen gewisser Gruppen und Richtungen im Staat, die mit dem Monarchen gleichzustellen, niemand ein Recht hat.

Deutschland wird nach dem Erleben dieses Krieges demokratischer sein als ehemals. Ein Narr, wer glauben möchte, daß ein Volk so Ungeheures leisten und leiden konnte, ohne daß tiefe politische Wandlungen sich vollziehen, ohne daß neue Kräfte und Erkenntnisse im Staate richtunggebend wirken werden. Ein Politiker der Verzweiflung, gleich einem leichtfertigen Spieler, wer da wähnt, man könne mit Erfolg eine Entwickelung verhindern, die naturnotwendig geworden ist!

Es wurden ehemals Privilegien des Adels damit begründet, daß er in besonderer Weise im Kriege mit seinem Blute dem Staate gedient habe. Es mag in dieser Beweisführung, auch wenn man die Friedensarbeit des gesamten Volkes hinter dem Pfluge und in der Werkstatt nicht unterschätzt, wenigstens ein gewisser romantischer Sinn gelegen sein. Aber sie führt heute zu anderen politischen Forderungen. Arm und reich, hoch und nied:r steht seit mehr als drei Jahren in gleicher Weise für das Vaterland und seine Zukunft. Nicht irgendeine Schicht, nicht irgendeine Gruppe der Bevölkerung hat uns vor dem Ansturm einer Welt von Feinden gerettet. Die große graue Masse war des Vaterlandes Schutz. Gleiche Pflichten bedingen gleiche Rechte, und nie gab es eine Zeit von so unendlich gleicher Pflichterfüllung wie die Jahre, die wir vom August 1914 an in gemeinsamer Sorge durchlebten.

So wächst aus diesem Volkskriege der deutsche Volksstaat; aber weite Kreise des Volkes hoffen, daß auch auf diesem Wege die Monarchie sich als eine Kraft bewährt, die die notwendige Entwickelung fördert. Der Monarch steht außerhalb der politischen Parteien; er steht auch abseits aller kapitalistischen Interessen irgendwelcher Berufsgruppen. Deshalb muß in ehrlichen Diskussionen über des Reiches Zukunft der Versuch unterlassen werden, Parteiinteressen und berufsständische Wünsche mit der Stellung des Monarchen decken zu wollen. Wahrhaft monarchisch ist diese Politik jedenfalls nicht. Nie sollte der Eindruck erweckt werden, daß es einen Gegensatz geben könne zwischen berechtigten Forderungen des Volkes und der Monarchie.

Der Staat, auch der monarchische Staat, ist um des Volkes willen gebaut und nur um des Volkes willen; weil das Volk diesen Staat braucht, für sich und seine Kinder, kämpft und stirbt es für diesen Staat; aber es kämpft und stirbt in dem Glauben, daß dieser Staat, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft, sich weiter entwickelt und vervollkommnet.

Digitized by Google

Einen Volksstaat will sich Deutschland errichten. Der Kaiser soll, wie er der Kaiser des alten Reiches war, auch des neuen Reiches Kaiser sein, kein Schattenkaiser, wie die Feinde des Fortschritts sagen, sondern der Kaiser des ganzen Volkes, das aber an die Stelle der Machtfülle der Bureaukratie und des ungeschriebenen Rechtes privilegierter Stände seinen eigenen Einfluß setzen will.

Wir sprachen vor dem Kriege von dem sozialen Kaisertum. Die Zukunft bringt dem deutschen Volke die soziale und demokratische Monarchie, den deutschen Volksstaat.

Das schweigende Heer

Ein Kanonier schreibt uns von der Front:

An der Front ist eine schlechte Akustik für Friedensbotschaften. Sie klingen, auch dem gläubigen Herzen, immer akademisch. Die zerrissene Öde der Kampfzone bebt, als kündigten sich neue Erschütterungen von einer letzten Furchtbarkeit an. Man weiß kaum, ist es Eigenbeben des gepeinigten Bodens, der neue Umwälzungen ahnt, oder sind's die Explosionen der schweren Minen. Und doch glich kein Augenblick dem, in welchem wir zum ersten Male das Wort „Waffenstillstand" gelesen haben.

Nun verfolgen wir fast atemlos den Kampf, der zu Haus um den Frieden geführt wird, immer in dem festen Wissen, daß sein Zustandekommen für uns im Westen erst recht Krieg bedeuten wird. Und dabei wundern wir uns fast, daß wir in diesen Debatten immer wieder wie eine Hauptperson auftreten, apostrophiert werden, zu handeln und zu reden scheinen; wir, die von aller Menschheit wie durch einen leeren Raum geschieden sind. In solchem Zusammenhange heißen wir „das Heer", auch „das herrliche, unvergleichliche" oder ähnlich. Wir staunen jedesmal über die Klüft zwischen dieser rednerischen Fata morgana und der Wirklichkeit. Wenn es in irgendeiner Versammlung gilt, ein allgemeines Bravo zu erzielen, so sind wir Helden, die genau wissen, für welche Kriegsziele sie kämpfen, und die als aufrechte Männer sofort den Kampf abbrechen würden, wenn sich dies Wissen als falsch herausstellen sollte. Und in Wirklichkeit? Man muß einen guten Rednerabgang eben nicht an der Wirklichkeit messen.

Wir erfahren aus dem Redengestöber der Heimat aber noch mehr. Wir ersehen aus den Worten der verschiedensten Redner, wie unsere Ansicht über die Friedensgestaltung sei. Da sagt zum Beispiel — als einer von sehr vielen — der Graf Westarp: „Unsere tapferen Männer draußen verstehen es nicht, daß das, was sie errungen haben, für die Grundsätze der Internationale preisgegeben werden soll." Unsere tapferen Männer draußen: es kann doch kein Zweifel bestehen, daß wir das sind, Musketiere und Kanoniere und dergleichen. Oder sind nur die Stäbe gemeint? Nein doch: es ist wieder „das Heer", dieser nebelhafte Allgemeinbegriff, der sich über den Hunderttausenden von dreckigen, gequälten, geduckten Gesellen wie eine hell beleuchtete Idealspiegelung lagert und sich zu gesprochenen oder gestellten Lebenden Bildern eignet.

Digitized by Google

Aber woher weiß der Herr Redner und seine Kollegen das, was sie von uns erzählen? Wie kommt er und wie kommen ein paar Dutzend andere auf den Einfall, uns schlicht als tapfere Männer anzusprechen, die durchweg der gleichen Ansicht sind und wie ein Mann von ihnen als Eideshelfer in Anspruch genommen werden können? Es läßt sich doch nicht leugnen, daß im deutschen Volk außerordentlich verschiedene Ansichten über die Kriegsziele bestehen. Und da das Heer genau so zusammengesetzt ist wie das Volk, aus dem es ja nur einen Auszug darstellt, so wird die Verschiedenheit der Ansichten im Heer nicht geringer sein als im „Volk" — als welches ja auch solch eine blondköpfige, wirkungsvoll um eine Gips-Germania gruppierte, blitzblanke Embleme in den Händen haltende Kulissenmalerei ist, hinter der sich die dicken Bäuche, der ungewaschene Eigennutz, die zugeknöpften Taschen und die kostenlose Begeisterung der lieben Wirklichkeit verbergen.

Im Verlauf des Krieges ist es eine häufige Übung geworden, dem politischen Gegner vorzuwerfen, er ziehe die Oberste Heeresleitung als Eideshelfer in die Debatte. Nun gut! Was der Leitung recht ist, muß aber ganz gewiß dem Heere billig sein. Keiner soll Hindenburg und Ludendorff für seine politischen Ziele in Anspruch nehmen, aber noch viel weniger das „Heer"! Die zwei Feldherren haben ihre bestimmte Stellung zu den Fragen der Gegenwart, das Heer als solches nicht; es umfaßt die Gesamtsumme aller nur möglichen Ansichten, und wenn die Begeisterung des Auszugs ein großes Gefühl in den Vordergrund gestellt und gemeinsam gemacht hat, so ist es im Heer genau so gegangen wie daheim: vierter Kriegswinter — kein Wort weiter. Fernerhin: die Oberste Heeresleitung, der eine Ansicht oder Äußerung oder ein Gefühl zu Unrecht unterschoben wird, kann dementieren, das Heer kann's nicht. Es befinde sich immer in der opernhaften Rolle des steinernen Ritters, für den ein Baß hinter der Bühne wirkungsvolle Worte singt. Es kann nicht selber den Mund auftun und muß es dulden, daß andere für es sprechen. Jeder, was für seine Zwecke das Wirksamste ist!

Müßte es da nicht die Pflicht des politischen und menschlichen Anstands sein, das Heer als Parteigänger für diese oder jene Kriegsziele endlich aus dem Spiel zu lassen? Es kämpft, es kämpft ohne Murren und mit aller Pflichttreue, die im deutschen Menschen liegt. Laßt es euch damit genug sein! Es sieht, wie daheim Besitz und Einfluß und Lebensformen wechseln, wie die Lücke sich langsam, aber unwiderruflich schließt, die jeder Frontsoldat daheim gelassen zu haben glaubt, und manchmal kommt's dem rückschauenden Blick so vor, als stelle sich das ganze liebe Vaterland im Weltkrieg wie eine riesenhafte Krippe von der Maas bis an den Memel dar, um die ein unentwirrbares Gedränge stattfindet. Und doch kämpft das Herr in seiner trostlosen Verbannung, ohne einen Augenblick an dieser seiner Pflicht irre zu werden. Aber wenn es dabei die Zähne zusammenbeißt, soll kein Bauchredner daheim es Leitartikel auf Bestellung murmeln lassen.

Digitized by Google

Notizen

Konservative und Kronrechte. Bei der Beratung der Herrenhausvorlage im Ausschuß des Preußischen Abgeordnetenhauses haben die Konservativen den Antrag eingebracht, die Anzahl der aus königlichem Vertrauen zu Berufenden, den sogenannten numerus clausus, den die Regierungsvorlage auf 150 Personen bemessen hatte, auf 75—100 Personen zu beschränken, ja darüber hinaus noch festzulegen, aus welchen Ständen der König die von ihm zu Berufenden wählen solle. Es ist klar, wie sehr durch diesen Antrag die Machtfülle, der Glanz und die Freiheit der Krone verändert werden muß, zu deren vornehmsten Rechten es gehörte, aus freiem königlichem Ermessen und in unbeschränkter Zahl die Mitglieder des Herrenhauses zu berufen. Und ein solcher Antrag geht ausgerechnet von denselben Konservativen aus, die sich immer als die getreuesten Hüter der Kronrechte aufspielten, die mit einer Eifersucht sondergleichen darüber wachten, daß die Krone nur ja nicht das kleinste Tütelchen ihrer Vorrechte aufgebe, und die dem Träger der Krone bei jeder Vermehrung der Volksrechte bis auf den heutigen Tag seine Verantwortung vor Gott und der Geschichte vorzuhalten wagten. Nun zeigt es sich, daß die Konservativen nur auf die Konservierung solcher Kronrechte Wert legen, die ihrer eigenen Macht förderlich erscheinen, daß sie aber bereitwilligst die Kronrechte plündern, wo dies ihnen selbst Vorteil verspricht. Freilich ist es nicht das erstemal im Kriege, daß sich der konservative Machtdünkel in Widerspruch zu den heiligsten Vorrechten der Krone setzt. War es nicht in erster Linie die konservative Partei, die im März 1916 durch den Antrag auf die Eröffnung des unbeschränkten Tauchbootkrieges den unerhörten Eingriff in die Kommandogewalt des Kaisers vornahm? War es nicht die konservative Partei, die das Signal zu den heftigen Angriffen auf den Reichskanzler von Bethmann Hollweg gab und dadurch dessen Stellung in einer Weise untergrub, die das Recht des Kaisers, den Reichskanzler zu ernennen und zu entlassen, illusorisch machte? Wahrlich, die Konservativen sollten an ihre eigene Brust schlagen, wenn sie die Klagelieder Jeremiä über den Abbau der Kronrechte anstimmen! Sie waren so treffliche Splitterrichter, wenn es die Übergriffe der bösen Demokraten zu geißeln galt. Nun liegt vor aller Welt der Balken in den stolzen konservativen Augen vor aller Welt offen.

Die ukrainische Selbständigkeit und die „Vossische Zeitung". Die „Vossische Zeitung", die sich immer mehr als Vormund des russischen Staates fühlt, und unentwegt ihre mahnende Stimme erhebt, damit ihm während des Krieges keine staatlichen Werte verloren gehen, hat jetzt zur Verteidigung ihres russenfreundlichen Standpunktes den Entwurf der Ukrainischen Verfassung ausgegraben, in dem noch von der Förderativrepublik gesprochen wird, dem auch die Ukrainische Republik angehören wollte. Nun ist bekanntlich die ukrainische Entwicklung längst über diesen Entwurf hinweggegangen. Die ukrainische Republik hat sich selbständig erklärt und ist vom Vierbund anerkannt worden. Macht nichts. Georg Bernhard operiert mit der Föderation weiter. Daß diese Selbständigkeitserklärung kein Verzweiflungsakt vor der maximalistischen Gefahr gewesen, geht aus der letzten Tagung der ukrainischen Zentralrada (Parlament) hervor. Auf ihr hielt der Generalsekretär (Ministerpräsident) Winnitschenko, eine Rede, in der er die kluge Taktik der Ukrainer gegenüber den Großrussen enthüllte. Schritt für Schritt hat die ukrainische Regierung mit dem Wachsen ihrer Macht ihre Forderungen erhöht, bis die Selbständigkeit als reife Frucht ihr in den Schoß fiel. Die Losung der Selbständigkeit wurde dann vom Vorsitzenden der Rada, Prof. Hruschewskyj, aufgenommen und als Schlußergebnis der Tagung unter großem Jubel der Anwesenden proklamiert. Der Verlauf der Sitzung war nach der „Dilo" folgender:

Die 8. Session der ukrainischen Zentralrada wurde am 11. Januar mit Reden des Präsidenten des Generalsekretariats Winnitschenko und des Präsidenten der Zentralrada Hru-

Digitized by Google

schewskyj geschlossen, die als Vorboten der am 23. Januar proklamierten vollständigen Unabhängigkeit der Ukraine betrachtet werden können. Winnitschenko sagte u. a.: „Das Generalsekretariat hatte drei bestimmte Linien: Sozialismus, Demokratismus und die Staatlichkeit der ukrainischen Nation. Das hat es durchgeführt. Vorwürfe wurden uns von den nationalen Minderheiten gemacht. Die möchten bei uns nur eine Linie sehen, welche von ihnen nicht genannt wird. Dafür kennen wir ihre Linie sehr gut. Sie wird von ihnen vom Anfang der ukrainischen Wiedergeburt geführt. Als wir uns bemühten, irgendeine Rada mit einem Kommissär aus Petersburg zu erhalten, schrieen sie: „Ihr Nationalisten, Chauvinisten, ihr säet Uneinigkeit!" Als wir jedoch diese Etappe passiert hatten, und zur Autonomie gelangten, riefen die Minderheiten wiederum: „Ihr Nationalisten, Chauvinisten" und lobten unsere frühere Etappe. Wir sind jedoch noch weiter gegangen und zur Föderation gekommen. Die Minderheiten waren wieder mit ihrem: „Ihr Nationalisten, ihr Chauvinisten" da. Sie würden uns sicherlich loben, wenn wir bei der Autonomie geblieben wären. (Heiterkeit.) Wir werden jedoch noch weiter gehen und wohin — das wißt ihr alle. (Lebhafter Beifall) ... Wir kennen eine sozialistische Fahne. Sollten wir jedoch eine Staatsfahne brauchen, so wissen wir, daß sie gelb-blau sein soll. ...

Wir sind wie eine Oase in der Wüste und müssen diese Oase vor dem heißen Wüstensand umzäunen. Dieses Umzäunen — ist die Schaffung des eigenen Staates. Ich fürchte nicht das Wort Selbständigkeit, wenn kein anderer Ausweg da sein wird." (Lebhafter Beifall im Saale und auf der Galerie. Dem Redner werden lange herzliche Ovationen dargebracht.) ... Prof. Hruschewskyj sagte zum Schluß: „Bevor ich die achte und hoffentlich die letzte Session der Zentralrada, zurzeit bereits des höchsten revolutionären Regierungsorgans der selbständigen und unabhängigen ukrainischen Republik, schließe (bei diesen Worten erhob sich im ganzen Saale ein Beifallssturm, alle stehen auf, man ruft: „Slava, Slava!", die Ovation dauert einige Minuten), erlaube ich mir meine Meinung darüber, was geleistet wurde, zu äußern. Ich empfinde eine tiefe Zufriedenheit über die Ergebnisse dieser neunmonatlichen Arbeit. ... In der Sphäre der Politik haben wir mehr geleistet, als wir selbst glaubten. Wir waren echte Föderalisten, aber die Verhältnisse haben verursacht, daß wir eine selbständige unabhängige Republik geworden sind. (Beifallssturm, Ovationen.) ..."

Ein russisches Zeugnis gegen Trotzkis Friedensliebe. Das Blatt der Moskauer Großindustrie „Utro Ross." vom 13. Januar schreibt: „Der Verzicht der maximalistischen Delegation auf die Forderung, die Friedensverhandlungen aus Brest-Litowsk nach einem neutralen Lande zu verlegen, wird in wohlunterrichteten Kreisen des Smolny-Institutes nicht als eine Niederlage der russischen Delegation aufgefaßt, sondern als ein taktischer Schritt der Sowjetregierung, der darauf zielt, die Friedensverhandlungen möglichst in die Länge zu ziehen, wenn möglich bis zum Frühjahr. Zu dieser Zeit werden nach Ansicht des Smolny-Institutes sich in Deutschland bedeutende Ereignisse abspielen und die Anhänger des Friedens die Oberhand gewinnen.

Die einzige Aufgabe der russischen Delegation war, den Krieg an unserer Front tatsächlich einzustellen, was sie auch erreicht hat. Die formelle Seite dieser Sache interessiert den Rat der Volkskommissare nicht. Im Smolny-Institut ist man der Ansicht, daß Deutschland gleichfalls die Friedensverhandlungen hinzuziehen bestrebt ist, um Zeit für einen niederschmetternden Schlag an der Westfront zu gewinnen. Es geht ein Doppelspiel vonstatten, und jede Partei ist von dem Erfolge ihres Spieles überzeugt."

Zur Auflösung der Konstituierenden Versammlung in Petersburg. Die offiziellen „Iswestija" (20. 1.) erklären zur Auflösung der Konstituierenden Versammlung: „Die russische Konstituierende Versammlung war eine Agentur der gegenrevolutionären Bourgeoisie, die sich entschlossen hatte, die arbeitende Bevölkerung durch Hinterlist auf geheimen

Digitized by Google

Wegen zu überrumpeln, weil sie nicht imstande ist, sie im offenen Kampfe zu überwinden. Der Plan wurde aufgedeckt, und von diesem Momente an war die Versammlung Tschernows unweigerlich verurteilt. Sie hat sich selbst verurteilt, sie hat Harakiri begangen. Indem die Versammlung die Forderungen der Arbeiter zurückwies und ihnen vorschlug, wieder unter das Joch der Bourgeoisie zurückzukehren, vollzog sie den politischen Selbstmord. Die Sowjetregierung, die die Interessen der arbeitenden Massen vertritt, hatte nichts weiter zu tun, als zu registrieren, daß die Konstituierende Versammlung an eigener Unvorsichtigkeit gestorben ist."

Maxim Gorkis Organ „Now. Shisn" vom 22. Jan. dagegen ist entgegengesetzter Ansicht: „Die Sowjetregierung hat den Höhepunkt ihrer Macht erreicht, jetzt wird der Niedergang beginnen."

Die russische Kirche und die Maximalisten. Die russische Kirche, die beim Sturz des Zarentums wieder zu einem Patriarchen gekommen ist, beginnt gegen die Maximalisten mobil zu machen. Ob es ihr gelingen wird, die Volksmasse für einen Kreuzzug gegen die maximalistischen Heiden zu gewinnen, ist nicht allzu gewiß. Besitzen doch die Maximalisten in der Möglichkeit der Zuteilung der Klosterländereien an die russischen Bauern einen starken Trumpf. Die russische Seele ist nicht nur in eine weiche slawische und eine harte mongolische gespalten, sondern auch in eine mystisch-weltabgekehrte und eine nüchtern-landhungrige. Wie die mongolische die stärkere ist, so dürfte auch die landhungrige den Sieg über die weltabgekehrte davontragen.

Die Entrechtung der deutschen Kolonisten — „ein russischer Schandfleck". Der Dichter Korolenko schrieb Professor Lindemann-Moskau, dem Verteidiger der deutschen Kolonisten, folgenden flammenden Protest: „Das, was jetzt an den russischen Deutschen vollzogen wird, ist die größte Ungerechtigkeit — eine blinde, elementare, schädliche und schmachvolle für Rußland, an die wir lange mit Scham und Schmerz werden denken müssen. Ich wünsche Ihnen Erfolg bei der Verteidigung der Menschen, die eine schreiende Ungerechtigkeit erdulden. Ich halte dies für eine Verteidigung nicht nur der russischen Deutschen, sondern auch des ganzen russischen Vaterlandes vor einem schweren Vorwurf, der sich als ein entsetzlicher Schandfleck auf uns zu legen droht."

Es ist nach so viel deutscher Gleichgültigkeit beschämend, daß ein Russe es den Deutschen sagen muß, welch furchtbares Verbrechen der russische Staat und das russische Volk an unseren nächsten Blutsverwandten, den 2 Millionen deutschen Kolonisten in Rußland, getan hat.

Die „Gallipolisierung" der englischen Schiffahrt. Im Leitartikel des Londoner „Star" vom 18. 1. heißt es: Die geheime Sitzung des Parlaments (am 17. 1.) beunruhigt uns; wir wissen, daß sie dazu gedient hat, dem Volk die Wahrheit zu verheimlichen, nur dadurch hält sich das Direktorium am Ruder. Es würde sich keine Stunde halten können, wenn die Wahrheit bekannt würde.

Lloyd George hat gesagt, das wichtigste Moment des Augenblicks sei die Beschaffung von Schiffsraum, um die Versenkungen zu ersetzen. Das kann aber auch noch auf eine andere Weise geschehen, nämlich durch Aufgabe der exzentrischen Operationen in Saloniki, Palästina und Mesopotamien. Wurde über diese Frage in der geheimen Sitzung verhandelt? Wie viele Männer und wie viele Schiffe könnten wir ersparen, wenn wir aufhörten, unsere Männer und unsere Schiffskraft zu „gallipolisieren"?

Die Macht autokratischer Dummheit, wenn sie hinter einem Schleier arbeitet, ist groß. Das Direktorium ist blöde und haßt und fürchtet die Wahrheit. Dummheit könnte sogar imstande sein, im geheimen eine sterbende Nation und ein erlöschendes Weltreich ins Sterbetuch zu hüllen.

Wenn auch die oben zitierte Zeitung zu den Blättern der sogenannten westlichen Schule gehört — d. h. also aus strategischen Gründen gegen die Verzettelung der Streitkräfte im

Digitized by Google

Osten ist, weil die Entscheidung des Weltkrieges auf den flandrischen Schlachtfeldern fallen wird, — so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß zur Bekämpfung der Frachtraumnot der Abbau der Expeditionen im Osten verlangt wird. Unserem türkischen Bundesgenossen leistet demnach der U-Bootkrieg gute Sekundantendienste und letzten Endes wird auch im Ärmelkanal für die Unversehrtheit der Türkei gekämpft.

Trübe Aussichten für die französische Landwirtschaft. Der im Namen der Kammerkommission für Landwirtschaft über den Antrag Lecquin und Genossen zur Förderung des Getreidebaues erstattete Bericht des Abg. Compère-Morel enthält (nach „Journal officiel" vom 10. 1.) reiches statistisches Material über den Stand der französischen Landwirtschaft, dem folgende Angaben entnommen sind:

Trotzdem Frankreich klimatisch begünstigt ist, und sich von seinen 52 952 579 ha 23 651 100 für Ackerbau, 10 047 688 für Wiesen und Weiden, 1 619 621 für Weinbau, 266 845 für Gartenbau, 960 410 für sonstige Anpflanzungen eignen, im ganzen also 36 542 664 ha bestellbares Land vorhanden sind, steht es in seiner Produktion seit vielen Jahren hinter dem Auslande zurück. Zum Beweise hierfür werden Ziffern über den Ertrag an Weizen, Roggen, Gerste und Hafer auf den ha von 34 Ländern gegeben. Danach steht für die Zeit 1910—14 Deutschland bei allen an 4. Stelle. Deutschland erzielte an Weizen vom ha 21,3 dz Dänemark steht an erster Stelle mit einem Ertrag von 32,6. Frankreich an 15. Stelle mit 12,9. An Roggen erzielte Deutschland 17,8 dz; Belgien steht an erster Stelle mit 22,1. Frankreich an 16. Stelle mit 10,2. Der Durchschnittsertrag an Gerste betrug in Deutschland 20,5 dz, in Belgien (an 1. Stelle) 27,3, in Frankreich (an 13. Stelle) 13,9. An Hafer erzielte Deutschland durchschnittlich 19,4 dz vom ha gegen 23,9 in Belgien (an 1. Stelle) und Frankreich (an 14. Stelle) 12,9. Der Hauptgrund für die geringeren Erträge in Frankreich ist die geringere Verwendung künstlichen Düngers, von dem in den letzten 10 Jahren Belgien am meisten, nämlich 2,74 dz für den ha, verbraucht hat gegen 1,68 Deutschland in und nur 0,58 in Frankreich.

Japan und der amerikanische Mehlhandel nach Ostasien. „The Modern Miller", Chicago, vom 24. 11., berichtet über die Art und Weise, wie Japan die Amerikaner aus dem Mehlhandel nach Ostasien herausdrängte: Vor einigen Jahren begann Japan diesem Handelszweig Aufmerksamkeit zu schenken. Zunächst begann man mit Geschick und Erfolg, die modernsten Mühleneinrichtungen Amerikas nachzuahmen; dann legte man einen, die Einfuhr verbietenden Zoll auf Mehl. Hiermit hörte der amerikanische Mehlhandel nach Japan auf. Wegen der Mehlausfuhr nach China erstrebte und errang Japan auch die ausschlaggebende Rolle im Schiffsverkehr auf dem Stillen Ozean. Das nächste Ziel war, den manchurischen Weizen zu erhalten; auch dies glückte. Japan wußte die ihm passenden Mehlzölle für Hongkong zu erhalten, und jetzt, als letztes Glied in dieser Kette, haben japanische Mühlenbesitzer sich einfach alle bekannten amerikanischen Handelsmarken, in Farbe, Zeichnung usw. angeeignet, wobei sie nur den Namen der japanischen Mühlen hinzufügten.

Zurückblickend finden wir genug langatmige Proteste gegen den Mehlzoll, die Frachtraten, die Hongkong-Vergünstigungen und vieles andere, aber ein Resultat finden wir nicht.

Neuerscheinungen

Das Problem des Völkerrechts

Der Krieg hat das Völkerrecht zum Problem werden lassen, um das nun Philosophen und Juristen sich bekümmern. Vom Standpnnkt des Philosophen hat Leonard Nelson in einem schon im Jahre 1914 abgeschlossenen Werk „Die Rechtswissenschaft ohne Recht" (Veit, Leipzig 1917) sehr Beachtenswertes gesagt. Er wendet sich dagegen, an Stelle des preisgegebenen Rechtsbegriffs poli-

Digitized by Google

tische Surrogate zur „Grundlage einer den Namen der Rechtswissenschaft usurpierenden Dialektik zu machen". Die Wurzeln dieses Zustandes findet er in der Nachwirkung der despotischen Herrschaft, „mit der die Hegelsche Philosophie alle Regungen kritischen Denkens so lange niedergehalten hat". Sie züchtete die Anwälte der durch die bestehenden Machtverhältnisse geheiligten Institutionen, „die Giftpflanze jener Advokatenkunst, unter deren Pesthauch alle Kraft des Rechtsbewußtseins dahinschwinden mußte, jener Advokatenkunst, die es verschuldet hat, daß die Rechtswissenschaft sich mehr und mehr zur Magd der Politik erniedrigen lassen mußte, und deren letzte Früchte wir in diesem Kriege ernten". Nur eine ehrliche Rückkehr zum Rechtsbegriff kann nach Nelsons Meinung dagegen helfen: „Nur durch eine aufrichtige Rückkehr zum Rechtsbegriff und damit zu einer ehrlichen Metaphysik des Rechts, d. h. zu einer auf eine erneute Kritik der praktischen Vernunft gegründeten Rechtslehre, wird man hoffen können, die unsauberen Geister, die sich der Jurisprudenz unserer Tage bemächtigt haben, wieder aus der Wissenschaft zu bannen und damit die Rechtslehre in wissenschaftlich gesunde und zugleich für die höchsten praktischen Zwecke des Lebens fruchtbare Bahnen zurückzulenken."

Das Ideal des Rechts schwebt denn auch Robert Redslob als Grundlage einer neuen Weltordnung vor, der als Jurist „das Problem des Völkerrechts" behandelt. (Veit, Leipzig.) Es darf „nur keiner Nützlichkeitserwägung verkettet" sein. „Es muß verfolgt werden ohne Rücksicht auf ein Ziel". Wie schon Kant im „Ewigen Frieden" sagte: „Trachtet allererst nach dem Reiche der reinen praktischen Vernunft und nach seiner Gerechtigkeit." So kann die Organisation der Welt „nur durch die Wahrheit belebt werden, die in ihr selber liegt". Entscheidend ist nur die Argumentation, daß sie die Gerechtigkeit gewährleistet. „Sollen deshalb die Staaten nach dem Ideal des Rechts handeln, so ist die psychologische Voraussetzung immer die, daß ihre Völker ihnen den Impuls in der Richtung des Ideals des Rechts geben und gewillt sind dafür einzutreten." Damit stößt auch dem praktischen Juristen (wie dem Philosophen Nelson) „die Entwicklung zum Weltrecht mit einer anderen und allgemeinen zusammen, mit dem ethischen Fortschritt der Menschheit überhaupt". „Nur wo Sitte, Moral und Religion sich festigen, entfaltet sich auch die Idee der Gerechtigkeit." So wird ihm das Problem des Völkerrechts im tiefsten Grunde identisch mit dem Kulturproblem in seinem weitesten Sinne. Das Staatensystem, das auf der Grundlage dieses Ideals des Rechtes „die unverbrüchliche Geltung der internationalen Normen verbürge", entwirft Redslob aus den Erfahrungen der Geschichte. Er entwickelt es im engen Anschluß an die Geschichte der Schweizer Eidgenossenschaft, welche ihm als Vorbild der Entwicklung gilt. Daß so das System mit seinen Grundmauern tief in die Geschichte hineinragt, ist wertvoll für die Stabilität der Konstruktion, weil der historische Prozeß, organisch nach immanenten Normen entwickelt, dadurch größere Sicherheit in sich trägt. Die universelle Verfassung Redslobs enthält so schließlich in dreifacher Hinsicht einen gesicherten Fortschritt: Sie ist von der monarchischen und aristokratischen Form zur demokratischen übergegangen, „die einzig der Gleichheit der Staaten entspricht". Sie hat sich von der utilitären zur moralischen Wertung der Völkergemeinschaft erhoben. „Sie hat endlich den Machtgedanken durch das Rechtsideal überwunden." Diese Tendenz ist — geschichtlich beachtet — ein Kreislauf, indem sie den Geist des Mittelalters wieder lebendig macht. „Sie strebt von neuem in idealistischem Gedankenflug nach der staatlichen Einheit der Völker." Die Versuche einer neuen Weltverfassung sind also nur Glieder einer fortlaufenden Kette, Meilensteine eines Weges, der nach einem sicheren Ziele führt: „Man kann auf einen Fortschritt der Menschheit vertrauen. Man kann an einen Sieg des Völkerrechts glauben." In der Geschichte kehren Licht und Schatten wieder. „Auf die Zeit der Erkenntnis folgt die Zeit der Verblendung, auf große Taten tiefer Fall. Aber die Menschheit geht nicht nur den Weg um ihre Achse. Auch sie hat ihre Himmelsbahn und dreht sich um eine Sonne."

Der Glaube des Philosophen und des Rechtslehrers findet seine Bestätigung in dem Bilde, das der nüchternste Wissenschaftler, der Volkswirt, von der Zukunft der Weltwirtschaft entwirft („Probleme der Weltwirtschaft", Heft 27: „Die Zollunionsidee und ihre Wandlungen im Rahmen der wirtschaftspolitischen Ideen und der Wirtschaftspolitik des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart" von J. Pentmann, Jena, G. Fischer). Aus einer Geschichte der Zollunionsidee im Rahmen der wirtschaftspolitischen Ideen und der handelspolitischen Praxis wirft der Verfasser einen Blick auf die während des Krieges in den Vordergrund der handelspolitischen Diskussion gerückten Zollunions- und Zollannäherungsprojekte. Er kommt hierbei zu dem Schluß (der den philosophischen Anschauungen Nelsons und den juristischen Forderungen Redslobs recht gibt: „Die gegenwärtig viel diskutierten ‚Zollannäherungen', Boykottierungen, gegenseitigen Abschlüsse werden die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung nicht zu hintertreiben vermögen.. Auch der Krieg hat die wirtschaftliche Kontinuität nur zeitweilig unterbrochen, vielleicht auch verschoben — aber aufgehoben hat er sie ja nicht."

Digitized by Google

Bulgarien

An Bulgarien interessieren vorerst noch immer Land und Leute, Geschichte und Einrichtungen. Darum gelten die Schriften hauptsächlich der Aufzeigung des tatsächlichen Bestandes an Land und Leuten. Das bulgarische Eisenbahnwesen wird an Hand zahlreicher Bildertafeln und Karten von Dr. Jordan Dantschoff, Ingenieur, Inspektor im Eisenbahn-Ministerium, dargestellt (Leipzig, Parlapanoff, Heft 3 der Bulgarischen Bibliothek). Hofrat Dr. Wilhelm Ruland drängt „Ein Jahrtausend bulgarische Geschichte" für den Leipziger Verlag Dr. J. Parlapanoff auf achtzehn Seiten und eine Karte zusammen. Mit einem ersten Heft „Bulgarische Erzählungen und Novellen" von Iwan Wasow wird eine Bibliothek bulgarischer Schriftsteller und Dichter eröffnet. (Verlag J. Nikoloff, Sofia-Leipzig M. 2.40.) Unsere Kenntnis von Land und Leuten wird durch diese Skizzen ergänzt und erweitert. Auch deutscherseits werden die Versuche, über die Verhältnisse in Bulgarien aufzuklären, fortgesetzt. Eine Sammlung wirtschaftlicher und kulturpolitischer Abhandlungen über die Balkanländer wird mit einem Heft des Herausgebers Otto Keßler über „Die Textilindustrie auf dem Balkan unter besonderer Berücksichtigung Bulgariens" eröffnet. (Berlin-Friedenau, Selbstverlag, M. 1.—.) „Die historischen Rechte Bulgariens auf Mazedonien" sucht Fonck-Mironitsch (Schwetschke & Sohn, Berlin) zu erweisen. Mit Zukunftsaufgaben Bulgariens beschäftigt sich Georg Buschan, der „Sitten und Gebräuche des Volkes der Bulgaren" „künftigen Studien- und Erholungsreisenden liebenswürdig zu erzählen" unternimmt („Die Bulgaren", Strecker & Schröder, Stuttgart 1917, M. 1.50). Er sieht folgende (zunächst fernliegende) „Kulturaufgaben" als die für Bulgarien „nächstliegenden" an: das Sammeln und Erhalten volkstümlicher Gebräuche, menschenkundliche Forschung, anthropologische Erhebungen und Untersuchungen usf. In Verbindung mit dem Balkan überhaupt wird Bulgarien von Arthur Dix, zurzeit Vorstand des Pressebureaus des deutschen Militärbevollmächtigten in Sofia, gesetzt. Er schildert die politische Bedeutung des Balkans, insbesondere Bulgariens als der Völkerbrücke des Balkan, der Verbindung zwischen Abendland und Morgenland. („Zwischen zwei Welten, die Völkerbrücke des Balkan", Heimat und Welt-Verlag, Dresden M. 2.—.) „Indem der Balkan die Brücke zwischen Abendland und Morgenland geschlagen hat, hat sich quer durch Europa und Vorderasien ein Ländergürtel zusammengeschlossen, der nun seinerseits zwischen der östlichen und westlichen Welt steht, zwischen dem Rubel und dem Dollar, dem Weltherrschaftsstreben des Moskowitertums und des Angelsachsentums, zwischen Dekadenz des Westens und Stumpfheit des Ostens. Die alten Kulturen Europas und Vorderasiens stehen zusammen gegen die Vernichtung von allslawisch und allbritisch eingekleideten Bestrebungen, die Welt unter Kosakenknute und britischen Krämergeist aufzuteilen. Zwischen der abendländischen und der morgenländischen Welt ist über den Balkan die Verbindung geknüpft, um zwischen der Ost- und der Westwelt die alte Kultur und die alten Völkerindividualitäten bestehen zu lassen, die Aufteilung der Welt in gleichförmige, alte Kulturen und alte Völkerindividualitäten zu ersticken und tötende Riesenreiche zu verhindern." A. Ischirkov, Professor der Geographie in Sofia, macht den ersten, von bulgarischer Seite her unternommenen Versuch, die wissenschaftliche Forschung zur Grundlage politischer Betrachtungen zu nehmen. Gegenüber der — hauptsächlich von serbischer Seite vorgebrachten — Behauptung, die Grenzen Bulgariens, die der Frieden von San Stefano (am 1. Juli 1873) festgelegt habe, seien nicht ethnographisch, sondern politische, begründet er den Nachweis, daß die Westgrenze durch den Vertrag vom 3. März 1878 vollkommen den ethnographischen Voraussetzungen entsprechen („Les confins occidentaux," Notes et documents Lausanne). Er macht unter demselben Gesichtspunkt für Bulgarien denn auch nur Anspruch auf die rein bulgarischen Gebiete Bulgariens, Thraciens und Macedoniens, um dadurch eine Vereinigung der ganzen bulgarischen Rasse herzustellen und ihr ihre natürlichen Landesgrenzen zu geben.

*

Lebhafte Bilder aus Vergangenheit und Gegenwart der Türkei gibt Friedrich Schrader in einem Skizzen über Land, Leute, Gebräuche, Kunst, Architektur, Dichtung, Religion („Konstantinopel" Tübingen, Verlag J. C. B. Mohr).

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für kolonitale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Orient-Bücherei
Herausgeber: Dr. Ernst Jäckh
Band XXIV

Die Donau- und die Meerengenfrage

Ein völkerrechtsgeschichtlicher Rückblick und ein rechtspolitischer Ausblick

von Dr. jur. Wilhelm Knorr, Hamburg

Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht

Preis Mark 3.50

Bei den Friedensverhandlungen wird es eine der vornehmsten Aufgaben der Diplomaten der Mittelmächte sein, die Freiheit des Weges zum Orient völkerrechtlich zu sichern: Der freie Weg zum Orient kann nur gesichert werden durch die Neuordnung der Donaufrage und der Meerengenfrage, die beide den Hauptinhalt der heutigen orientalischen Frage bilden und zu den wichtigsten Kriegs- und Friedenszielen der Mittelmächte gehören.

Durch die Buchhandlung oder den Gustav Kiepenheuer Verlag/Weimar

Börsenhandels-Zeitung

Erscheint wöchentlich — Begründet 1902

Organ für die Interessen der Börse, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

(Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels)

Sachkundige kritische Abhandlungen über das Börsenwesen, die Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- und Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 2 Mark, jährlich 8 Mark, Ausland 9 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48—49 (Fernspr.: Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12—2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

AUTO-LICHT-ENTWICKLER „DANIEL"

Größter Schlager. Export nach allen Ländern. Daniel Heinr. Balz, Dresden-A., Gr. Plauensche Straße 18

Technische Glasartike

Wiederverkäufer gesucht

Hermann Herzig, Görlitz in Schlesie

Dr. Möller's Sanatorium Dresden-Loschwitz

Herrliche Lage Märk. Heilwert Diätetische Zweiganst. tägl. 6 M. Prosp. u. Empf.

Bei allen Anfragen und Bestellungen aus dem Inseratenteil bitten wir, sich auf die „Deutsche Politik" zu beziehen.

Aus eigener Kraft!

Was gibt im Leben die höchste Befriedigung? Das, was wir aus eigener Kraft vollbracht haben, nichts Geschenktes, Ererbtes, durch Protektion Erlangtes, sondern das aus eigener Kraft Erworbene. In jedem Menschen ist diese Quelle der Kraft vorhanden, groß bei manchen, kleiner bei der Mehrzahl. Die Quelle hat uns die Natur gegeben, von uns aber hängt ihre Entwicklung ab: ob sie versiegt oder verkümmert mangels Zuführung an Nahrung, ob sie gemächlich dahinfließt als plätscherndes Bächlein nur von wenigen flüchtig beachtet, oder ob sie entwickelt wird zum mächtigen Strom, welcher der Welt Tausende und Hunderttausende von Energien zu ihrer Entwicklung biete. Die Quelle ist der Wille. Wird seine Schulung vernachlässigt, so verkümmert und versiegt er. Wird er aber nach erprobten Grundsätzen geübt, so wächst er zum kraftvollen Fluß an. Vereint er sich dann mit den ebenfalls durch sorgsame Pflege gespeisten Nebenflüssen der Gesundheit, Beobachtung, Phantasie, Aufmerksamkeit, Begeisterung, Ausdauer, des Denkens, Charakters, Wissens und Könnens, so wird er zum mächtigen Strom, der die Fluren weithin beherrscht und ihnen Segen spendet. Wollen Sie so ein Strom oder wenigstens ein kraftvoller werden, so dürfen Sie sich nicht scheuen, an Ihrer Ausbildung zu arbeiten. Arbeit kostet es, aber sie ist nicht sehr schwer, dank der Anleitung, die durch das Denken, Ausprobieren und die Erfahrung eines halben Menschenalters geschaffen worden ist in Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre. Verlangen Sie den Prospekt, den Sie kostenlos erhalten von **L. Poehlmann**, Amalienstraße 3, **München P 41**, in dem Sie den sichern Weg zum hohen Ziel vorgezeichnet finden, und sehen können, wie andere zu Kraft und Erfolg gelangt sind.

Ein paar Auszüge aus Zeugnissen: »Immer höher von Stufe zu Stufe höher führt Ihre Methode; wenn man eine Stufe erklommen hat, so zeigt sie wieder neue Mittel und Wege, noch höher zu kommen. Ich meine damit nicht nur an äußeren Ehren und Erfolgen, sondern auch an innerem Wert und Charakterstärke. H. J.« — »Ich verdanke den größten Teil meiner Erfolge und Kenntnisse im praktischen Leben Ihrer Lehre. B. M.« — »Ferner hat meine Willenskraft eine außerordentliche Stärkung erfahren, es ist Ihr Werk, ein Vademecum fürs Leben. M. L.«

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 225
Rohrbach, Wilson und Trotzki, Gebrüder 227
Jesser, Österreichs innere und äußere Politik 230
Luther, Tolstoi und die Maximalisten. 237
Jakipse, Belgien und Holland 242
Jäckh, Zwangsläufigkeit 244
Thimme, Herrenhaus und berufsständisches Prinzip . . . 247
Linter, Amerikas Kriegswirtschaft 251
Notizen 254

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang 22. Februar 1918 Heft 8

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

VORZUGS-ANGEBOT
für die Leser dieser Zeitschrift!

In etwa 2 Wochen erscheint der vielfach mit größtem Interesse erwartete erste Band von

Kaindls Reklame-Bücherei

enthaltend die erste und vollständigste, für jeden im Reklamefach tätigen, sehr wichtigen

Bibliographie der deutschen Reklame-, Plakat- und Zeitungs-Literatur

(Etwa 3500 Titel, teilweise mit kritischen Betrachtungen, 1400 Autoren usw., mit Namen-, Orts-, Länder- und Sachverzeichnis)

Vorzugspreis bei Vorausbestellung:
5 Mark zuzüglich 50 Pfennig Porto

Nach Erscheinen kostet das Buch M. 8.50 nebst Porto.
Vorausbestellungen erbittet recht bald der Verfasser:

J. J. Kaindl, Wien, XIII. Postamt 94
Hietzinger Hauptstraße 113

Digitized by Google

3. Jahrgang • 22. Februar 1918 • Heft 8

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die Engländer stehen unter dem Druck der Befürchtung, daß durch Versailles ihre Politik und ihre Kriegführung den rein französischen Zielen dienstbar geworden. Diese Stimmung hat das Unterhaus unsicher gemacht und Lloyd George so nervös, weil man ihm nicht mehr das Führertum zutraut. Aber die gleiche Beängstigung, die ihm so gefährlich wird, mag ihn vielleicht noch erhalten — doch seine Macht ruht dann nicht mehr auf Vertrauen, sondern auf Verlegenheit. Daß man gegen den bekanntesten britischen Militärkritiker, Oberst Repington, einen Hochverratsprozeß anstrengt, zeigt deutlich genug, wie der „Affären"-Geist von Paris nun London droht.

*

Gespräch zweier Neutraler: „Ich bin sehr gespannt, wie die Deutschen auf Trotzkis Erklärung antworten?"

„Wieso, das ist doch ziemlich naheliegend. Was, glauben Sie, würden die Franzosen tun, wenn Deutschland morgen mitteilen würde, es habe den Krieg satt, lehne es jedoch ab, seine Unterschrift unter einen Frieden mit französischen Bedingungen zu setzen?"

„Sie würden in Elsaß-Lothringen und im Saargebiet einmarschieren."

„Also!"

*

„... würde also mangels Abschlusses eines Friedens der eigentliche Daseinszweck des Waffenstillstandsvertrages verschwinden, so würden nach Ablauf der vorgesehenen Frist die Kriegshandlungen wieder aufleben" — so lautete, wie man verspätet erfährt, Kühlmanns Erwiderung auf Trotzkis brüsken Abbruch der Friedensverhandlungen. Das Sprachrohr der Regierung, W. T. B., ließ in seiner ersten Mitteilung diese Erklärung weg und erreichte damit, daß Trotzkis Verzicht auf einen Friedensvertrag in der Öffentlichkeit fast als der beginnende Friede mit Rußland erschien, den man in Berlin mit Schulfeiern und in Wien mit einem Dankgottesdienst beging. Dieser unglaubliche Regiemangel ist so töricht als unverantwortlich,

Digitized by Google

und er bedarf einmal der rücksichtslosesten Aufklärung im Reichstag, aber möglichst nicht in einer verschwiegenen Kommission, sondern vor der breiten Öffentlichkeit der Vollversammlung.

*

Prinz Max von Baden spricht nicht für das amtliche Deutschland, aber für jene politische Gesinnung, die auch in den Entschlüssen der Reichsleitung Tat werden muß, wenn der Ablauf der Friedenserörterungen aus einem gehemmten Stocken in freien Fluß kommen soll. Wir müssen, was die Feinde lange genug versucht haben (und nicht ohne Erfolg bei vielen Neutralen) neben die angreifende Verteidigungskraft unserer Heere die moralische und politische Offensive eines kräftigen und zugleich würdigen Verständigungswillens setzen. Darin sehen wir das Richtung-Weisende in dem Vorgehen des badischen Prinzen. Es ist staatsmännisch gehandelt, um so mehr, da es weder in Einzelfragen sich verliert (die dem Verhandlungstisch vorbehalten sind) noch an der müde geredeten Schuldfrage kleben bleibt, sondern große sammelnde Gesichtspunkte aufstellt: Deutschland als das Bollwerk Europas gegen die anarchische Zerrüttung, die vom Osten droht, Deutschland als die Macht, deren Zukunftsaufgabe sein muß (ohne daß es sich in blasse Sentimentalitäten verliert), den Völkern, die zur Ordnung und Freiheit kommen wollen, eine moralische und staatliche Stütze zu sein. Dieses Mandat der Weltgeschichte wird uns nicht übertragen, wir müssen es uns erkämpfen, indem wir die unerschütterliche Kraft des Staates durchsetzen mit dem Geist der Gerechtigkeit.

*

Graf Hertling hat sich für das gleiche Wahlrecht stark gemacht. Die sozialpolitischen Gesetze werden dem Reichstag demnächst vorgelegt werden. Das sind sehr notwendige Bewegungen und Entschließungen. In dem Maße, als die Regierung kräftig führt, strahlt sie eine Suggestion der Kraft aus, der die Antwort von unten her folgt. Beim preußischen Zentrum läßt sich die Wirkung heute schon beobachten. Die Entschiedenheit des Ministeriums und die unwillige Kritik aus der katholischen Arbeiterschaft werden die Fraktion des Preußischen Landtags in die Richtung des gleichen Wahlrechts vollends drängen müssen.

*

Nach einem längeren unsicheren Zaudern hat die deutsche Sozialdemokratie sich entschlossen, die russischen Dinge zu sehen wie sie sind und „Bakunins Schatten", von dem wir vor acht Tagen sprachen, zu erkennen. Otto Braun, ein Parteivorstandsmitglied, schreibt am 15. Februar im „Vorwärts" die notwendigen Worte:

„Die Herrschaft der zügellosen bolschewistisch-sozialistischen Soldateska ist aber ebenso zu verwerfen, wie die Gewaltherrschaft der zaristischen Soldateska. Sie kann auch nicht von Dauer sein. Was die Bolschewiki in Rußland treiben, ist weder Sozialismus noch Demokratie, es ist vielmehr gewaltigster Putschismus und Anarchie.

Deshalb müssen wir zwischen den Bolschewiki und uns einen dicken, sichtbaren Trennungsstrich ziehen."

Digitized by Google

Wilson und Trotzki, Gebrüder

Von Dr. Paul Rohrbach

Der fluchtähnliche Abbruch der angeblichen Friedensverhandlungen in Brest durch den in die Enge getriebenen Trotzki wird nun wohl auch unseren Optimisten die Klarheit gebracht haben, die wir ihnen von Anfang an gewünscht haben: daß diese Operation der Maximalistenführer in St. Petersburg unter allem was möglich war von Anfang an nichts so wenig bezweckt hat, wie den Frieden mit Deutschland; das heißt mit dem gegenwärtigen, staatlich und sozial geordneten und festgefügten Deutschen Reich. Damit ist nicht gesagt, daß wir es unsererseits hätten vermeiden sollen, nach Brest-Litowsk zu gehen und mit den dortigen sogenannten Russen zu „verhandeln", denn sobald wir uns keiner Täuschung darüber hingaben, was diese Gesellschaft von redegewandten und spitzfindigen Putschisten und Anarchisten wirklich wollte, vielmehr in jedem Stadium des von ihnen aufgeführten politischen Zirkusspiels durchschauten, wie sehr es ihr Wunsch war, uns darin wider unseren Willen mitspringen zu lassen, konnten wir die Abfuhr für sie in aller Ruhe vorbereiten. Ungefähr so ist es zum Glück auch gekommen. Wir wollen nicht untersuchen, wie weit bei dem vermeintlichen Friedensvorschlag der Maximalisten und in den verschiedenen Abschnitten der Verhandlungen von Brest auf seiten der deutschen und der österreichisch-ungarischen Politik die Erkenntnis lebendig war, daß die Maximalisten überhaupt nie einen anderen Plan hatten, als die gegenwärtige Staats- und Heeresordnung Deutschlands und seiner Verbündeten zu zertrümmern. Ich meinerseits habe vom Beginn der Komödie an in der „Deutschen Politik" und an anderen Stellen darauf hingewiesen, welch ein Irrtum es sei, von Lenin und Trotzki zu glauben, daß sie mit unserer Regierung jemals Frieden schließen wollten. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß die maximalistischen Gewalthaber sich ja nicht einmal die Mühe gaben, zu verschweigen, wie sehr es ihre Hoffnung war, die mit dem Staatssekretär von Kühlmann und dem General Hoffmann begonnene Unterhandlung mit Karl Liebknecht zu Ende zu führen. „Wir haben die ordensgeschmückten Schergen des Kaisers an den Verhandlungstisch gezwungen!" Mit diesem Triumphgeschrei begleitete der Lenin-Trotzkische Telegraph den Anfang der Sitzungen in Brest. Natürlich war Trotzki zu feige, um, als er endlich auf diese Tonart im maximalistischen Regierungsdraht gestellt wurde, sich zu seinen Unverschämtheiten zu bekennen. Mit Bedauern und Sorge habe ich verfolgt, wie ein großer Teil unserer Presse und unserer öffentlichen Meinung ganz ahnungslos in bezug auf die Art der „Friedens"-Absichten war, die Lenin und Trotzki verfolgten. Dabei stand alles in der maximalistischen russischen Presse und in zahlreichen Zeitungen des Auslandes zu lesen. Die Bolschewiki fühlten sich bei ihrem Fanatismus und ihrem durchgehenden Mangel an Augenmaß für Wirkliches und Mögliches ihrer Sache schon so sicher, daß sie in alle Welt hinausriefen, was sie

Digitized by Google

wollten! Anfang Januar, als bei uns alles, was den russischen Maximalismus nicht kannte, sich in Hoffnung wiegte, schrieb das offizielle maximalistische Blatt „Prawda“ über „die ungeheuren Erfolge unserer revolutionären Propaganda in der deutschen Armee, die Anerkennung, die unser Friedensprogramm in der deutschen Armee gefunden hat und die Popularität der russischen Sowjetregierung unter den deutschen Soldaten“!

Sie glaubten ihren Friedensvorschlag als Dynamitpatrone gebrauchen zu können, um unseren deutschen Nationalstaat auseinanderzusprengen. Statt dessen hat die deutsche Politik die Wege und Ziele gefunden, die von dem Tage an, da Rußland uns den Krieg aufzwang, von jedem, der tieferen politischen Verstand besaß, vorgezeichnet erblickt wurden: die Auflösung Rußlands und die Beseitigung der russischen Gefahr durch ein neues osteuropäisches Staatensystem, in dem das anarchische, gewalttätige Großrussentum auf seine Stammesgrenzen beschränkt bleibt.

Damit ist dieser Anschlag der bolschewistischen Tollhäusler gegen Deutschland und die mitteleuropäische Ordnung erledigt. Die einzige wirkliche Gefahr, die mit ihm verbunden war, war die, daß man bei uns seinen Zweck und seine Natur nicht rechtzeitig erkannte und fortfuhr, in Brest an den Trotzkischen Strippen zu tanzen, statt diese Sorte Unterhändler auf den Heimweg zu schicken. Weshalb unser Wolffsches Bureau, dessen ewige Unzulänglichkeiten schon lange aus einem bloßen Ärgernis zu einer wirklichen Gefahrenquelle für unsere Politik geworden sind, aus dem klaren Hergang, aus dem erfreulichen entschlossenen Ton unserer Vertreter und dem hinterhältigen Auskneifen Trotzkis bei der ersten Meldung einen Gesang über den Frieden mit Rußland hat machen und dadurch eine ganz falsche Stimmung im Lande verbreiten können, das ist unbegreiflich, und wieder einmal ein Stück der schlechten Regie, mit der man es bei uns versteht, nach außenhin selbst das zu verderben, was sachlich aufs erfreulichste gelingt. Dieses Unglück, scheint es, werden wir nicht los.

Fast gleichzeitig mit dem ukrainischen Frieden und dem Abbruch der Theaterbude in Brest, von deren Brettern aus Trotzki mit seinem Spiel Deutschland und Österreich-Ungarn aus den Angeln zu schleudern hoffte, hat Wilson eine neue Rede über seine Kriegsziele gehalten. Er verfolgt damit dieselbe Methode wie der Genosse Trotzki. Er sucht den Eindruck hervorzurufen, als ob es ihm um Friedensschluß zu tun wäre, aber was er sinnt und denkt, ist weniger der Friede, als die Unschädlichmachung des gegenwärtigen Deutschland. Man wird Wilson zugeben können, daß er auch keine englische Vorherrschaft in Europa wünscht. Noch größere Sorge aber hat er offenbar davor, daß Deutschland aus dem Kriege mit einer unerschütterten Verfassung und in militärisch-politisch gut gesicherter Lage hervorgehen könnte. Der Krieg wird von der öffentlichen Meinung in Amerika zwar als eine „ernste“ Sache, aber als ernst doch nur etwa in dem Sinne betrachtet, wie auch jedes sportliche Ereignis von außerordentlichem Maßstab drüben ernst aufgefaßt wird. Das Interesse,

Digitized by Google

auch die Leidenschaften des Volkes sind dabei, aber der aufgeregte Wellenschlag dringt noch nicht bis in die Tiefe. Das kann natürlich auch anders kommen. Wenn erst Verlustziffern von der Höhe der englischen während des letzten Jahres gemeldet werden, dann wird die vorwiegende Stimmung der großen Sportsensation ohne Zweifel einer tieferen Erregung weichen. Die Stimmung der Mehrheit in Amerika wäre heute ganz zufrieden, wenn der Weltkrieg so beendet würde, daß dabei der Amerikaner in möglichst imposanter Figur erschiene und auf dem Altar der demokratischen Phrase nach amerikanischem Verständnis recht dicke Weihrauchwolken aufstiegen. Wilson ist aber klug genug, um zu sehen, daß die Dinge auch anders kommen können. Er muß auf alle Fälle einen eindrucksvollen Beleg dafür haben, daß er Deutschland die Friedenshand hingestreckt hat. Gehen wir jetzt auf die im Ton immer noch anmaßende und uns beleidigende, inhaltlich hinterhältige Rede Wilsons ein und erklären unseren Wunsch, die Friedensverhandlungen unter seinem Patronat zu beginnen, so wird das erste, was er tut, vermutlich sein, durch weitere Vorbedingungen ein Joch aufzurichten, unter dem wir erst hindurchmüssen, bevor wir uns wirklich mit an den Tisch setzen dürfen. Sitzen wir daran, dann beginnt die große Gerichtsverhandlung, in der wir Schritt für Schritt aus der Rolle des Teilnehmers in die des Angeklagten gedrängt werden und schließlich von allen Seiten umstellt werden sollen, während der lockende demokratische Ton von Wilsons Pfeife die Massen im Innern bei uns aufregen, und der Unterschied in der Behandlung Deutschlands und Österreich-Ungarns unsere Bundesgenossen und uns auseinandersprengen soll. Gehen wir aber nicht auf die Wilsonsche Rede ein — nun, dann sind wir eben die verbrecherischen Feinde des Friedens und werden nach außen und nach innen als solche denunziert.

Man sieht, wie die Methoden Trotzkis und Wilsons einander ähneln. Man bietet Verhandlungen an und hofft diese dazu zu benutzen, einen Frieden nicht durch ehrenhaften, die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands nach außen und innen achtenden Ausgleich, sondern durch Beseitigung der angeblichen „deutschen Gefahr" zu erreichen. Trotzdem ist gar nicht gesagt, daß wir es nicht fertig bringen sollten, die Wilsonsche Linie zu beschreiten und dabei doch die Schlingen, die uns gestellt werden sollen, mit demselben Erfolg zu vermeiden, wie in Brest. Wir haben genügend wirksame Waffen dazu in der Hand, und es sollte keine unlösbare Aufgabe für unsere Diplomatie sein, das von Wilson vorgeschlagene Spiel so zu spielen, daß er im entscheidenden Augenblick Farbe bekennen muß: ob er den Frieden oder ob er die Schwäche Deutschlands will. Um ihm die Trümpfe, die er gleich für den Anfang in der Hand zu halten glaubt, vorweg zu stechen, dazu bedarf es nur genügender Klarheit über das, was wir im bevorstehenden Frieden erreichen und was wir nicht erreichen wollen, ja was uns, selbst wenn wir es wirklich erreichten, nur zur Gefahr ausschlagen würde. Die Absage an den Napoleonismus, unzweideutig gegeben und von Maßnahmen begleitet, die durch ihren Ernst es auch der feindlichen Lüge unmöglich machen, unsere

Digitized by Google

Ehrlichkeit in Zweifel zu ziehen, würde uns gleich eine Poſition geben, von der aus wir mit Ausſicht auf denſelben Erfolg wie ſchließlich in Brēſt auch den Tanz mit Amerika wagen können. Wilſons ſtärkſte Waffe ſind nicht ſeine Dollars und ſeine Flugzeuge, iſt nicht ſeine Armee, ſondern iſt das Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit der deutſchen Politik in aller Welt.

Der weitere Fortgang der Kriegs- und Friedenspolitik wird weſentlich auch von dem Schickſal Lloyd Georges in England abhängen. Wir möchten ſehr davor warnen, dieſen Mann ſchon als politiſch tot oder ſein Ende als nahe anzuſehen. Ohne Zweifel hat er Niederlagen und Einbußen erlitten, aber ſeine ſtärkſte Seite iſt, daß er wirklich ein großer Organiſator und ein genialer Kriegstreiber iſt, ein Aufpeitſcher zum Blutvergießen, wie ihn die Welt noch nicht geſehen hat. Er könnte nur dann beſeitigt werden, wenn entweder die Kriegspartei einen noch beſſeren Kriegsgenius zur Verfügung hätte, oder die Friedensfreunde in England größere Macht hätten, als ſie beſitzen. Die kommandierenden engliſchen Generale aber müſſen ſich ſamt und ſonders recht viel begründete Kritik gefallen laſſen, und zu dem Entſchluß, dem Kriege dadurch ein Ende zu machen, daß man Deutſchland als gleichberechtigte Macht anerkennt und den dummen heuchleriſchen Phraſen von Deutſchlands Unrecht und Strafe den Abſchied gibt, dazu reicht offenbar weder das friedensfreundliche Wollen noch das friedensfreundliche Können in England. Schließlich wird kaum eine andere Hoffnung übrigbleiben, als daß auch in England die vernünftigen Politiker eines Tages die Gefahr, die allen europäiſchen Staaten droht, und die auch in England reißend ſchnell wächſt, ſo deutlich ſehen, daß ſie laut mit dem Programm hervortreten: die Kriegsfurie zu binden, ſelbſt um den Preis, daß Deutſchland dabei aufrecht und frei ſtehen bleibt. Geſchieht das nicht, ſo kann zwar eines Tages der Krieg aufhören, aber der Friede wird dann für keins der beteiligten Völker mehr ein ſtaatsmänniſcher und vaterländiſcher ſein, ſondern ein maximaliſtiſcher, ein roter Friede, der zuſammen mit dem Schrei nach Aufhören des Blutvergießens die rohen und kulturfeindlichen Inſtinkte der bolſchewiſtiſchen Maſſen, die einfach nicht mehr kämpfen und ſich nicht weiter umbringen wollen, zum Durchbruch bringt.

12. Februar 1918

Öſterreichs innere und äußere Politik

Vom Reichsratsabgeordneten Franz Jeſſer

Die dualiſtiſche Verfaſſung der öſterreichiſch-ungariſchen Monarchie ſchaltet die Entſcheidung über die äußere Politik aus dem verfaſſungsmäßigen Wirkungskreiſe der beiden Parlamente aus und überträgt ſie den von ihnen entſendeten Delegationen, ohne jedoch verhindern zu können, daß die Bedeutung der Parlamente für die äußere Politik ſtändig zunimmt.

Digitized by Google

Dazu hat der derzeitige Minister des Äußern, Graf Czernin, selbst beigetragen, indem er durch den Mund des österreichischen und ungarischen Ministerpräsidenten seine Anschauungen in bestimmten Fällen bekannt geben oder seine Politik verteidigen ließ. Er war dazu aus zwei Gründen gezwungen — aus dem formalen, daß die Delegationen nicht einberufen waren, ihm daher das zuständige parlamentarische Forum fehlte, und aus dem sachlichen, daß von den slawischen Parteien Österreichs die innere Politik in den Dienst der äußeren Politik gestellt wurde, daß mit innerpolitischen Mitteln außenpolitische Wirkungen erzielt werden sollten.

War bei diesen Parteien die Verquickung von innerer und äußerer Politik beabsichtigt, um die militärisch-politische und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit Österreichs zu schwächen, so haben die innerpolitischen Forderungen der deutschen Sozialdemokratie und der kleinen, aber rührigen Gruppe der bürgerlichen Demokratie Wiens wider den Willen ihrer Vertreter ebenfalls zu schädlichen außenpolitischen Folgen geführt.

Beide Parteiengruppen, die slawische wie die deutsch-sozialdemokratische, haben sodann aus den außenpolitischen Wirkungen ihrer inneren Politik wiederum neue Argumente für die Fortsetzung dieser inneren Politik entnommen.

Slawen und Sozialdemokraten bilden aber die Mehrheit des österreichischen Abgeordnetenhauses — beide bekennen sich zu den Idealen der Demokratisierung und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Daß jeder Teil diesen Idealen einen anderen Inhalt gibt, hindert nicht, daß sie gemeinsame Sache gegen die grundsätzlichen Gegner dieser Ideale machen. Diese Gegner sind die bürgerlichen deutschen Parteien, die Magyaren und ein großer Teil der Deutsch-Ungarn und endlich die Vertreter der österreichisch-ungarischen Staatsidee, die Regierungen.

Die Gegnerschaft gegen die Demokratisierung ist jedoch nur eine bedingte — Deutsche und Magyaren lehnen nur jene rein mechanische Demokratisierung ab, welche mit der geschichtlichen Entwicklung brechend das geschichtlich Gewordene durch die absoluten Zahlen der Individuen ersetzen will. Eine Demokratisierung solcher Art würde eine derartige Kräfteverschiebung zugunsten der slawischen Völker im Gefolge haben, daß nicht nur die heutige Staatsform zersprengt, sondern sogar der ungeschmälerte Bestand der Monarchie in Frage gestellt würde.

Dieselben Folgen zöge die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker nach sich. Den Nachweis haben wir in dem Aufsatze „Nationale Autonomie" in Nr. 47 1917 dieser Zeitschrift zu erbringen versucht.

Die schädliche außenpolitische Wirkung dieser zwei Kardinalforderungen besteht darin, daß die Mehrheit des österreichischen Parlamentes als Anhänger der von der Entente ausgesteckten Ideale und als Gegner der von den Mittelmächten vertretenen staatlichen nationalen und politischen Ideale erscheint. Darauf baut die Hoffnung unserer Feinde, auf ein Ausscheiden Österreich-Ungarns aus dem Bündnisse, oder auf einen staatlichen Zusammenbruch der Monarchie. Diesen nachteiligen Wirkungen wollte die Re-

Digitized by Google

gierung des Grafen Stürgkh durch Ausschaltung des Parlamentes, durch Verschärfung der Zensur und durch administrative Maßregelung politisch unverläßlicher Personen begegnen. Stürgkhs Nachfolger verwarfen dieses brutale System, dem ein unvoreingenommener Beobachter den Charakter einer Staatsnotwehr gegen revolutionäre Umtriebe nicht absprechen kann, und kehrten zum parlamentarischen Systeme zurück. An diesem Wechsel hat bereits Graf Czernin großen Anteil, ja es darf wohl — ohne dem Vorwurfe ausgesetzt zu sein, „post hoc, ergo propter hoc" zu urteilen — die Vermutung ausgesprochen werden, daß er dem jungen Monarchen dazu geraten habe. Auf seinen Einfluß ist wohl auch die Ablehnung des Verfassungseides zurückzuführen; daß er auch zur Amnestie geraten habe, wird von seinen Vertrauten entschieden geleugnet.

Den deutschen bürgerlichen Parteien bereitete er sofort eine große Enttäuschung. Er hatte sich stets für die Verwirklichung jener deutschen Forderungen ausgesprochen, die auf die straffe Zusammenfassung, Vereinheitlichung und Vereinfachung der staatlichen Verwaltung hinzielten, dabei aber auch die Stellung des deutschen Volkes als des eigentlichen Staatsvolkes stärken sollten.

Als die russische Revolution ausbrach, erklärte er den deutschen Parteiführern, die Regierung müsse aus Gründen der äußeren Politik ihre Zusage zurückziehen; es gehe nicht an, die Fäden zu einem Separatfrieden mit der großen slawischen Republik anzuspinnen und gleichzeitig den österreichischen Slawen die deutsche Staatssprache aufzuzwingen.

Die Deutschen mußten sich wohl oder übel mit dieser Enttäuschung abfinden — politische und parlamentarische Konsequenzen zu ziehen, verbot die Kriegslage und die Rücksicht auf die äußere Politik.

Diese Zwangslage der deutschen Parteien wurde nun sowohl von der Regierung als auch von den anderen Parteien des Parlamentes weidlich ausgenützt. Es folgte die Amnestie, die Duldung des passiven Widerstandes der Tschechen gegen die gesetzlichen Vorschriften der Lebensmittellieferung, es folgte das auffällige Schweigen der Regierung gegenüber der zunehmenden Hetze gegen das Deutsche Reich, die sichtliche Begünstigung der Südslawen in den Küstenlanden u. a. m.

Man erkannte deutlich als Taktik der Regierungspolitik, die Slawen nicht zu verstimmen, ihnen keinen Vorwand zu bieten, innere Unruhen hervorzurufen. Dieselbe Taktik wandte man gegenüber der sozialdemokratischen Partei an.

Parallel damit liefen aber zahlreiche Beweise höfischer Huld für die deutschen und zahllose private Versicherungen, daß der verdiente Lohn nicht ausbleiben werde.

Auch unterließ die Regierung jeden entscheidenden Schritt, der die so oft und so feierlich versprochene Reform der Verfassung der parlamentarischen Behandlung zugeführt hätte. Übrigens ergingen sich alle offiziellen Ankündigungen dieser Reform in Zweideutigkeiten. Sie boten den Zentralisten ebensoviel wie den Autonomisten.

Digitized by Google

Gewollte Unklarheit und Vieldeutigkeit sind die Kennzeichen dieses neuen Regierungssystems — das Ziel ist das Hinausschieben jeder Entscheidung während des Krieges oder doch bis zur völligen Klärung der militärischen Lage.

Die Ähnlichkeit mit der diplomatischen Methode des Grafen Czernin ist so auffallend, daß man wohl keinen Fehlschluß begeht, wenn man ihn als den einflußreichsten Ratgeber der Krone in allen Fragen der inneren österreichischen Politik ansieht.

Ebenso aber wie die diplomatischen Methoden Czernins in der äußeren Politik manche Politiker im Deutschen Reiche unsicher gemacht haben, ebenso zahlreich sind in der deutschösterreichischen Bevölkerung die Zweifler an den deutschfreundlichen Endabsichten der Regierung.

Daraus ergibt sich ein eigentümliches Verhältnis der deutschen bürgerlichen Parteien zum Grafen Czernin. Sie leisten ihm unbedingte Gefolgschaft in seiner äußeren Politik, weil sie in ihm einen überzeugten Anhänger des Bündnisses mit Deutschland sehen, sie fügen sich mißmutig der von ihm geforderten Taktik der inneren Politik, weil er sie für die einzig mögliche hält, die innere Ruhe im Staate zu wahren und dem Auslande ein parlamentarisch regiertes Österreich vorzuführen — sie können aber ein immer wieder aufkeimendes Mißtrauen gegen ihn nicht abschütteln, und fürchten nach dem Kriege abermals den bekannten Dank vom Hause Österreich zu erhalten.

Die künstlichen Nebel, in die sich die Regierung hüllte, konnten jedoch nicht in ihrer vollen Ausdehnung erhalten werden. Die Siegessicherheit verleitete die Tschechen mit ihren nationalstaatlichen Ausdehnungsbestrebungen auf das ungarische Staatsgebiet überzugreifen. Ihrem Beispiele folgten die Südslawen.

Da die österreichische Regierung jede ernste Abwehr dieser maßlosen Forderungen unterließ, rief man in Ungarn zur Sammlung. Auch dort riet man auf den Grafen Czernin als den eigentlichen Leiter der inneren österreichischen Politik. Er galt niemals als ein überzeugter Anhänger des Dualismus — wohl aber als ein Anhänger der großösterreichischen Idee. Nichts lag daher näher, als die Duldung der tschechischen Ansprüche auf die Slowakei, der südslawischen auf das Banat und die Batschka auf einen Wink des großösterreichisch gesinnten Minister des Äußeren zurückzuführen. Czernin beeilte sich, ein feierliches Bekenntnis zum Dualismus abzulegen und die tschechischen Forderungen durch den österreichischen Ministerpräsidenten zurückweisen zu lassen.

Wekerle hatte sich aber damit nicht begnügt — er hatte auch Zusicherungen verlangt und erhalten, daß eine Föderalisierung Österreichs nicht beabsichtigt werde.

Der energische ungarische Vorstoß hatte also endlich die österreichische Regierung gezwungen, aus ihrer gewollten Unklarheit ein wenig herauszugehen.

Inzwischen gestaltete sich die Kriegslage immer günstiger. Und als nun auch mit deutscher Hilfe der italienischen Bedrohung ein Ende gemacht war, fiel ein großer Teil der Rücksichten, die bisher die deutschen Parteien genommen hatten, weg.

Digitized by Google

Die Wählerschaft drängte die Abgeordneten endlich einmal der Regierung die Kabinettsfrage zu stellen.

Und so kam es denn, daß in den letzten Januarwochen das Ministerium Seidler auch die Gefolgschaft der deutschen bürgerlichen Parteien verloren hatte.

Es blieb nun nichts übrig als auch einmal den Deutschen mehr als geheime Versprechungen für die Zukunft zu geben. Es scheint, als habe sich die Regierung bereit erklärt, im Laufe einer bestimmten Frist allmählich alle jene deutschböhmischen Forderungen zu erfüllen, die sich auf die nationale Zweiteilung beziehen, und die auf dem Wege einer Verordnung, also ohne Zustimmung des Parlamentes oder des Landtags, durchgeführt werden können. Als erste Abschlagszahlung sollte die Errichtung des deutschen Kreisgerichtes in Trautenau gelten.

Vorher schon hatte der Ministerpräsident gegen die jüngste staatsrechtliche Deklaration der vereinigten tschechischen Parteien (vom 6. Januar 1918) entschiedene Stellung genommen. Er verurteilte sie als staatsfeindlich, als geeignet die Friedensverhandlungen zu stören und als eine gewaltsame Umdeutung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker; denn sie wolle „entgegen dem gleichwertigen Rechte des deutschen Volkes den Sudetenländern unter Auflösung des bisherigen Staatsverbandes alle Unabhängigkeit und Souveränität sichern, sei es nun bei Österreich oder nicht". Die Bekämpfung dieser Bestrebungen sei eine Regierungspflicht — daß sie erfüllt werde „dafür bürgt — ich stelle dies mit ausdrücklicher Ermächtigung fest — der Wille des höchsten Faktors im Staate".

Gleichzeitig gaben die Deutschböhmen die Erklärung ab, daß sie sich einer Einverleibung in einen tschechischen Staat mit Gewalt widersetzen würden und daß sie nur eine einzige Form der Lösung des böhmischen Problems anerkennen — die Errichtung einer selbständigen Provinz Deutschböhmen.

Es ist zweifellos, daß zwischen der Regierungserklärung und der deutschböhmischen Erklärung ein innerer Zusammenhang besteht — es ist aber sehr unwahrscheinlich, daß die Regierung diese weitgehende deutschböhmische Forderung erfüllen werde. Jedenfalls ist sie aber ein vortreffliches taktisches Mittel — denn sie führt das tschechische Staatsrecht, das sich der nationalen Selbstbestimmung als Maske bedient, ad absurdum.

Nicht minder deutlich sprach sich der Ministerpräsident den deutschen Sozialdemokraten gegenüber aus, welche das allgemeine Wahlrecht für die Gemeinden forderten. Er wies „auf die ungeheuere Gefahr für das deutsche Volk in Österreich und für die Erhaltung des Deutschtums in diesem Staate hin". In einer am 20. Januar d. J. abgehaltenen Besprechung mit den deutschen Parteiführern gab er die Erklärung ab, daß die Regierung eine Gemeindewahlreform „nur unter Anpassung an die besonderen nationalen Verhältnisse in den einzelnen Ländern so durchführen werde, daß daraus dem Deutschtum nicht die geringste Benachteiligung oder Kränkung zugefügt

Digitized by Google

werde". Aber auch vom staatlichen Standpunkte sei eine Verschiebung des nationalen Kräfteverhältnisses, das ja zugleich eine Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses im Gefolge habe, schädlich und daher zu vermeiden.

In den Rahmen dieser flüchtigen Skizze einer die deutschen Interessen sichernden künftigen Neuordnung des Staates fügen sich vortrefflich die Äußerungen des Grafen Czernin vom 26. Januar d. J. über die Regelung der Verhältnisse in Böhmen ein. Auch Graf Czernin rügte den Widerspruch zwischen Staatsrecht und völkischer Selbstbestimmung und verwies darauf, daß er schon als Abgeordneter des verfassungstreuen Großgrundbesitzes den besten Schutz der deutschen Minderheit in einer förmlichen Zweiteilung gesehen habe. Zwischen dieser Zweiteilung und der von den Deutschböhmen geforderten deutschen Provinz besteht freilich ein grundsätzlicher Unterschied, da die Zweiteilung nur innerhalb des Kronlandes Böhmen bei Aufrechterhaltung seiner Verwaltungseinheit möglich ist. Man kann wohl heute schon voraussagen, daß Böhmen eine Verwaltungseinheit mit zwei national getrennten Unterabteilungen bilden werde. Dann aber gilt dieser Grundsatz der Unteilbarkeit eines Kronlandes auch für Kärnten, Steiermark und Tirol. Da Ungarn von seinem Staatsgebiete keinen Stein abtreten wird, Österreich (abgesehen von Dalmatien) ebensowenig, so ist auch der sogenannte südslawische Trialismus, eine Lieblingsidee der Großösterreicher, aufgegeben.

Aus den Äußerungen Czernins und seines Sprachrohres Seidler ergibt sich, daß in diesem Augenblicke alle föderalistischen und nationalautonomistischen Pläne fallen gelassen wurden.

Es hieße sich auch unnütz beschweren, wenn man die enormen Schwierigkeiten, die sich in Galizien und Polen auftürmen, noch um die im Norden und im Süden drohenden vermehren wollte.

Das Verhältnis des Polenklubs zum österreichischen Kabinett ist stets genau so freundlich oder feindlich wie das zum Grafen Czernin und seiner auswärtigen Politik. Der Patriotismus der Polen war stets einer auf Kündigung.

Sie haben auch diesmal dem Ministerium Seidler das Messer an die Brust gesetzt und ihm, als er ihre Wünsche nicht erfüllen wollte oder konnte, die Stimmen für das Budget versagt. Schon waren sie bereit, gegen ein politisches Trinkgeld umzufallen, als die Nachricht vom Friedensschlusse mit der Ukraine eintraf. Der Schlag, der sie durch die Abgrenzung der Ukraine im Westen trifft, ist allerdings schwer genug, denn nunmehr ist Polen völlig eingekreist und ist unfähig, seine hochfliegenden Pläne auch nur zu beginnen.

Mit Recht fürchten sie nun den zweiten Schlag — die Errichtung einer ukrainischen Provinz Ostgalizien mit der Hauptstadt Lemberg, die jüngst noch der Schauplatz allpolnischer Demonstrationen war.

Man kann es dem Polenklub nicht verübeln, wenn er im ersten Zorne bereit wäre mit den Tschechen und Südslawen das Parlament zu zertrümmern.

Digitized by Google

Alle drei nationalen Parteien erkennen, daß nach dem Abschlusse eines Friedens mit den Randvölkern im Osten und bald wohl auch mit Großrußland die westlichen Ententestaaten jede Möglichkeit verloren haben, ihre Wünsche zu unterstützen. Darum hat auch für diese Parteien das Parlament die Bedeutung einer Tribüne für Westeuropa verloren.

Die Tschechen beginnen sich bereits den geänderten Verhältnissen anzupassen — ihre Sozialdemokraten haben jüngst ihren radikalen Obmann abgesetzt und ausdrücklich den Wunsch ausgesprochen, daß der gemäßigte Dr. Šmeral, den sie vor einem halben Jahre mit Kot beworfen haben, wieder die Politik der Partei leite.

Es ist daher noch nicht ausgemacht, daß alle Tschechen, geschweige denn alle Polen, an der Zertrümmerung des Parlamentes mit Hand anlegen werden. Viele werden die Meinung ihrer Radikalen nicht teilen, daß es der Regierung gar so unerwünscht sei, zum Absolutismus gezwungen zu werden.

Die Spekulation jedoch, daß die deutschen Sozialdemokraten diesen erzwungenen Absolutismus mit Streiks und Unruhen beantworten werden, ist falsch — die deutschen Arbeitermassen lassen sich nicht für tschechische oder polnische Zwecke mißbrauchen.

Vielleicht aber bereitet die deutsche sozialdemokratische Partei den Parlamentszertrümmerern eine andere Überraschung. Wenn sich ein Teil der Partei bewegen läßt, für das Budget zu stimmen und wenn die Ukrainer ihren Dank in derselben Form zum Ausdrucke bringen wollen, dann ist eine Mehrheit für das Budget nicht unwahrscheinlich.

Dasselbe gilt für die Delegation. Wir bezweifeln, daß dort die deutschen Sozialdemokraten ihre grundsätzliche Opposition dauernd aufrecht erhalten können.

Der Friedensschluß mit der Ukraine hat die Stellung des Grafen Czernin derart befestigt, daß sie sogar die Ausschaltung des Parlamentes verträgt.

Man gewinnt den Eindruck, daß mit den wachsenden außenpolitischen Erfolgen mit der zunehmenden Verringerung des militärischen und wirtschaftlichen Druckes die Schritte des Grafen Czernin sicherer und fester geworden sind, daß er selbst bemüht ist, die Vieldeutigkeiten seiner früheren Politik zu beseitigen.

Er darf es uns aber nicht verübeln, wenn trotz der letzten entschiedenen deutschfreundlichen Erklärungen von der Ministerbank große Kreise unseres Volkes seiner Politik kein unbedingtes Vertrauen entgegenbringen, wenn sie behaupten, daß er nicht nur seine Taktik, sondern auch sein Ziel der Konjunktur anpasse.

Sie fürchten, daß der augenblickliche deutschfreundliche Kurs nicht aus Überzeugung, von der Notwendigkeit der Stärkung des deutschen Elementes eingeschlagen wurde, sondern aus nüchterner Berechnung der augenblicklichen Vorteile, die sich aus der rückhaltlosen deutschen Unterstützung, sowie aus dem Bundesverhältnisse ergeben.

Diese zahlreichen Zweifler wären glücklich, wenn sie endlich einmal angenehm ent-

Digitized by Google

täuscht würden. Jetzt rächt sich die Schaukelpolitik der Regierungen des letzten halben Jahrhunderts — selbst die staatstreuesten Bürger können sich nicht zu einem fröhlichen Glauben an den guten Willen der Staatslenker bekennen. Wenn Graf Czernin uns diesen Optimismus wieder verleiht, dann hat er sich um die Zukunft des Staates ein größeres Verdienst erworben als selbst durch den Friedensschluß mit der Ukraine.

Tolstoi und die Maximalisten

Von Arthur Luther

Zu Anfang des Krieges, als man in Rußland noch von dem Kreuz auf der Hagia Sophia träumte und statt Konstantinopel Zargrad zu sagen begann, wurde bei uns wiederholt auf den Zusammenhang dieser russischen Bestrebungen mit den politisch-religiösen Ideen Dostojewskis hingewiesen. Jetzt, wo der Traum von den Meerengen ausgeträumt ist und an seine Stelle der vielleicht noch kühnere Traum von der Errichtung des Zukunftsstaates auf den Trümmern des Zarismus getreten ist, des Zukunftsstaates, der von Rußland aus die ganze Welt beglücken soll, — tritt einem immer wieder das Bild des zweiten „großen Dichters des russischen Landes", das Bild Leo Tolstois vor Augen, und es ist eigentlich merkwürdig, daß man bisher bei uns noch so wenig auf den Zusammenhang zwischen der Lehre Tolstois und den Bestrebungen der Maximalisten aufmerksam gemacht hat.

Nun hieße das natürlich viel zu weit gehen, wenn man etwa versuchen wollte, Tolstoi als „den ersten Maximalisten" hinzustellen. Das geht schon deshalb nicht an, weil Tolstoi und — sagen wir einmal Lenin, mögen ihre Ziele oft auch wirklich die gleichen sein, doch über die Mittel zur Erreichung dieser Ziele ganz verschieden denken, so verschieden, daß man mit Sicherheit annehmen kann, Tolstoi würde, wenn er heute noch lebte, sich mit all seiner Heftigkeit gegen die Maximalisten wenden, so wie er ja auch schon 1905 der ersten russischen Revolution durchaus verneinend gegenüberstand. Dieses Verhalten erklärt sich ohne weiters aus seinem Hauptgrundsatz, den er immer und immer predigt: „Ich aber sage euch, daß ihr nicht widerstreben sollt dem Übel." Diesem Grundsatz widerspricht die Taktik der Maximalisten mit ihrer Diktatur des Proletariats, mit ihren Revolutionstribunalen usw. natürlich durchaus, es ist kaum ein schrofferer Gegensatz denkbar. Und ebenso fällt ins Gewicht, daß die Maximalisten doch in erster Linie eine Arbeiterpartei sind, während Tolstoi immer wieder vom russischen Bauern ausgeht, und das Heil auch des Fabrikarbeiters nicht in „Verbänden, Genossenschaften, Ausständen, kindischen Mai-Ausflügen und dergl." sieht, sondern in der Rückkehr zur Landarbeit. In dieser Beziehung steht er unzweifelhaft den Sozialrevolutionären näher.

Immerhin aber berührt sich der Maximalismus in einigen seiner grundlegenden Lehren so nah mit Tolstoi, daß man darin wohl zum Teil die Erklärung dafür

Digitized by Google

suchen kann, daß er so viele Anhänger in Rußland gefunden hat. Oft sieht es so aus, als wollten Lenin und Trotzki einfach verwirklichen, was Tolstoi schon vor Jahren gepredigt hat. Wie sehr aber Tolstois Lehren schon in das russische Volk gedrungen waren, davon habe ich mich gerade in diesen Kriegsjahren aus der Lektüre verschiedener Gefangenenbriefe überzeugen können. Es ist ganz eigentümlich, wie in den orthographisch und stilistisch oft ganz unbeholfenen Ergüssen dieser einfachen Leute einem immer wieder die Gedankengänge des großen russischen Meisters begegnen.

In drei wichtigen Fragen stimmen die Anschauungen Tolstois und der Maximalisten überein: in der Beurteilung des Nationalitätenproblems und des Krieges, in dem Verhalten zum Kapitalismus und in der Agrarfrage. Alle diese drei Fragen hängen für Tolstoi insofern aufs engste zusammen, als Militarismus, Nationalismus, Kapitalismus und Landbesitz für ihn in gleicher Weise Zeugnisse der „Sklaverei unserer Zeit" sind. Diese Sklaverei wird erst dann ein Ende nehmen, wenn die Menschen nicht mehr in zwei Gruppen geteilt sein werden, von denen die eine von der Arbeit der andern lebt.

In dem Aufsatz „Patriotismus und Regierung" erklärt Tolstoi den Patriotismus für ein „für unsere Zeit unnatürliches, unvernünftiges, schädliches Gefühl", das durch alle Mittel, die vernünftigen Menschen zugänglich sind, vernichtet werden müsse. Das Bemühen, Sitten, Glauben, Sprache eines Volkes in ihrer Eigenart zu erhalten, sei das Haupthindernis für die Verwirklichung des von den Menschen schon erkannten Ideals der brüderlichen Einigung der Völker. Die Aufrechterhaltung der nationalen Eigentümlichkeiten führe nur zu immer größerer Entfremdung und Trennung der Völker.

Darum verwirft Tolstoi die Bestrebungen der nationalen Mehrheiten, den Minderheiten mit Gewalt ihre, der Mehrheit, Sprache, Glauben usw. aufzudrängen, er verwirft die russische Polen- und Finnlandpolitik; als das eigentlich Gefährliche und Verhängnisvolle dieser Politik erscheint ihm aber das, daß jeder Druck Gegendruck erzeugt, daß gerade die Verfolgungen, die „Finnen, Polen, Elsässer, Tschechen" erleiden müssen, sie in der Anschauung bestärkten, ihre nationale Eigenart sei etwas ganz besonders Gutes, Wichtiges und Heiliges, das um jeden Preis erhalten werden müsse; der Unterdrücker steckt den Unterdrückten an, der nun sein Volkstum mit ebenso verwerflichen Mitteln durchzusetzen sucht, wie jener es vernichten möchte.

Je mehr das Nationalgefühl gepflegt wird, desto mehr sympathisieren die Völker ohne jeden vernünftigen Grund, gegen das eigene Bewußtsein und gegen die eigenen Vorteile, mit ihren Regierungen in deren Überfällen auf fremde Völker, in dem Raub fremden Besitzes und in der gewaltsamen Erhaltung des schon Geraubten. Daher liegt es natürlich im Interesse der besitzenden Klassen, das vaterländische Empfinden im Volke zu pflegen, — damit man jederzeit Leute bereit hat, die „im Morden unter-

Digitized by Google

richtet sind und als unterwürfige Sklaven ihrer Vorgesetzten unweigerlich jeden morden, den zu morden ihnen befohlen wird". Denn „solange wir im ausschließlichen Genuß des Reichtums bleiben, während die Volksmassen durch die Arbeit erdrückt werden, wird es Kriege geben, weil wir Absatzgebiete, Goldminen usw. brauchen, um unsern Reichtum zu mehren und zu erhalten".

Das ist ganz genau das Glaubensbekenntnis der Maximalisten und nur von hier aus wird auch ihre Auffassung des „Selbstbestimmungsrechts der Völker" verständlich. Es ist den Lenin und Genossen gar nicht darum zu tun, daß den Letten, Ukrainern usw. die Möglichkeit gegeben werde, ihre nationale Eigenart, die von der alten russischen Regierung unterdrückt wurde, nunmehr frei zu entfalten. Im Gegenteil, das Nationalgefühl ist für sie, ganz wie für Tolstoi, etwas Überlebtes, in gewissem Sinne sogar Schädliches, das allenfalls geduldet, aber nicht gefördert werden darf. Für sie gibt es keine Nationen, sondern nur Parteien. Wollen sich bestimmte Bevölkerungsgruppen vom russischen Staat trennen, so kann und soll man sie nicht daran hindern; bleiben sie aber unter russischer Herrschaft, so wird man ihre Nationalität zwar vielleicht nicht direkt unterdrücken, aber man wird ihnen mit allen Mitteln zu Gemüte führen, daß es nicht so sehr darauf ankommt, daß sie ihre nationale Eigenart wahren, als daß ihnen alle Segnungen des Maximalismus zuteil werden. Das zeigt ja die Art und Weise, wie die Maximalisten heute in Estland und in den von den Deutschen nicht besetzten Teilen Livlands wirtschaften; das zeigt auch die höchst eigentümliche Auffassung des Selbstbestimmungsrechts, wie sie z. B. bei den rigaschen Stadtverordnetenwahlen unmittelbar vor der Einnahme der Stadt durch die Deutschen zutage trat: da verdankten die Maximalisten ihren Sieg nur dem Umstande, daß sämtlichen in der Stadt garnisonierten Soldaten, von denen so mancher noch vor ein paar Monaten nicht einmal gewußt haben mochte, daß es eine Stadt Riga gibt, das Stimmrecht zuerkannt worden war.

Völlig übereinstimmend mit den Maximalisten beurteilt Tolstoi auch das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Statt aller langen Auseinandersetzungen gebe ich einfach ein Zitat aus der Schrift „Die Sklaverei unserer Zeit":

„Alle die Gegenstände, die von den Arbeitern erzeugt werden, werden im Laufe ihrer Herstellung denjenigen abgenommen, die sie erzeugen. Zuerst waren den Arbeitern die Erzeugnisse ihrer Arbeit ungerecht abgesprochen worden, worauf dann die Regeln festgesetzt wurden, wonach diese ungerecht abgesprochenen und gewaltsam weggenommenen Erzeugnisse als das unveräußerliche Eigentum der Räuber erklärt wurden. Das Eigentum der Fabrik, das durch eine Reihe von Betrügen an den Arbeitern erworben ist, wird als Produkt der Arbeit angesehn und als heiliges Eigentum bezeichnet; dagegen wird das Leben der Arbeiter, welche an der Arbeit in derselben Fabrik zugrunde gehen, sowie ihre Arbeit nicht als ihr Eigentum anerkannt sondern

Digitized by Google

als das des Fabrikanten, der die Notlage des Arbeiters zu seinem Vorteil ausnutzt."

Wie kann das anders werden? Tolstoi antwortet darauf genau so, wie die Maximalisten, die gegenwärtig ja eben dabei sind, die Sache praktisch zu erproben: durch Sozialisierung der Produktion und der Produktionsmittel. Der Begriff des Kapitals als solchen existiert für ihn überhaupt nicht; das Kapital ist wie das Geld, etwas, was die Unterdrücker erfunden haben. Er führt die russischen Bauern als Beispiel an, die sich irgendwo in Sibirien ansiedeln und Neuland bebauen:

„Die Ansiedler beschaffen die Arbeitsgeräte für die Bebauung des Bodens und es fällt keinem ein, zu behaupten, daß dieses Arbeitszeug an und für sich etwas einbringen könnte, ebensowenig macht das Kapital irgendwelche Rechte geltend; im Gegenteil, die Ansiedler erkennen ganz bewußt an, daß jeder Zins für das Arbeitszeug, für geliehenes Getreide, für das Kapital eine Ungerechtigkeit ist."

Und weiter: „Die Menschen siedeln sich auf einem Stück Land an, jeder macht sich an die ihm entsprechende Arbeit, und nachdem er das erforderliche Arbeitszeug selbst gefertigt hat, tut jeder nur seine eigene Arbeit. Erscheint es jedoch diesen Leuten vorteilhafter, gemeinsam zu produzieren, so bilden sie eine Genossenschaft; aber weder in der Einzelwirtschaft, noch in der Genossenschaft wird es gesonderte Produktionsfaktoren geben, sondern nur die Arbeit und die notwendigen Arbeitsbedingungen."

Und: „Es mag Leute geben, die nach und nach schließlich ihrer Arbeitsgeräte gänzlich beraubt und dazu getrieben werden, mit fremden Werkzeugen Gegenstände zu produzieren, für die sie selbst keinen Gebrauch haben, aber das will nicht sagen, daß darin das Wesen der Produktion liegt, das bedeutet nur, daß es Fälle gibt, in denen das wahre Wesen der Produktion unterdrückt wird ... Das Recht eines Menschen auf Grund und Boden, den er nicht bearbeitet, ist in Wirklichkeit nichts anderes, als das Recht auf die Nutznießung eines Stückes Land, das ich nicht benutze, das Recht aber auf die Arbeitsgeräte ist nichts anderes, als das Recht auf Werkzeuge, mit denen ich nicht arbeite."

Hier wird schon die Agrarfrage gestreift. Für Tolstoi ist ja — und hier stimmt er nicht ganz mit den Maximalisten überein — der Industriearbeiter im Grunde nur ein vom rechten Wege abgekommener Landarbeiter. Der eigentliche Beruf des Menschen ist, den Boden selbst zu bebauen, der ihn ernährt, und wenn so viele davon abgekommen sind, so erklärt sich das wieder nur aus der Gewaltherrschaft einer starken Minderheit über die große Masse des Volkes. Diese Gewaltherrschaft hat es bewirkt, daß Grund und Boden, die ebenso Gemeingut aller Menschen sein müssen, wie Licht und Luft, Gegenstand des Einzelbesitzes, Kauf- und Tauschobjekt geworden sind. Das darf aber nicht sein. Der Boden gehört dem, der ihn bearbeitet.

Tolstoi lehnt sich hier zum Teil an die Theorien von Henry George an, geht aber noch weiter, indem er auch die von George geforderte Bodensteuer, die als einzige

Digitized by Google

Steuer bestehen bleiben soll, verwirft. Für Tolstoi bedeutet jede Art Steuer den Anfang der Sklaverei, „weil der Mensch, gezwungen zur Renten- oder Steuerzahlung bei jeder Mißernte, jedem Unglücksfall genötigt sein wird, bei dem Geld zu leihen, der es hat, und somit wieder in Sklaverei verfallen könnte."

Der Unterschied zwischen Tolstoi und George ist eben der, daß George am Begriff des Staates festhält und demgemäß Grund und Boden für Staatsbesitz erklärt. Tolstoi aber verwirft den Staat überhaupt, das Land ist ihm Besitz des ganzen Volkes und kann daher auch von niemand besteuert werden. Den Einwand, daß nun erst recht Besitzstreitigkeiten entstehen würden und die Staatsgewalt nötig sei, sie zu schlichten, widerlegt er mit der Behauptung, daß mit dem Aufhören des privaten Grundbesitzes auch die Wertsteigerung desselben fortfallen würde; die Menschen würden sich dann nicht mehr an einem Ort zusammendrängen, sondern sich an den leeren Plätzen niederlassen, deren es auf dem Erdkreis so viele gebe.

Man braucht nur das Agrarprogramm der Maximalisten, wie es sofort nach der Novemberrevolution veröffentlicht wurde, ganz flüchtig durchzusehen, um sich zu überzeugen, daß es in allen wesentlichen Zügen fast wörtlich mit diesen Ausführungen Tolstois übereinstimmt.

Das einzige, worin die Maximalisten nicht ganz mit Tolstoi übereinstimmen dürften, sind die Aussichten, die Tolstoi der Industrie stellt. Er glaubt, daß die Schaffung neuer Lebensbedingungen die Mehrzahl der Industriearbeiter aus den Städten zurück aufs Land treiben wird, so daß viele Betriebe lahmgelegt werden dürften, sieht darin aber keine Gefahr für den Volkswohlstand, — im Gegenteil: „Wenn infolge dieses Übergangs die Produktion unnützer und schädlicher Gegenstände, die jetzt in großen Werken mit außerordentlicher Schnelligkeit hergestellt werden, abnehmen und die gegenwärtig übliche Überproduktion notwendiger Gegenstände aufhören wird, während die Menge des Saatkorns usw. wachsen wird, so wird dadurch der Reichtum der Menschen nicht geringer werden, sondern nur steigen."

Ganz so schroff würde der Maximalismus das Problem wohl nicht formulieren, aber in der Verwerfung einer Industrie, die nur dem Kapitalismus dient und nicht den wirklichen Bedürfnissen des Volkes, sind die Maximalisten doch wohl mit Tolstoi einig. Klingt der folgende Passus aus der „Sklaverei unserer Zeit" nicht fast, wie ein maximalistisches Flugblatt?

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß Krupp bei der jetzigen Arbeitsteilung ausgezeichnete Kanonen macht, daß M. sehr rasch und geschickt Seidenstoffe, X. Parfümerien und Schminke, Y. feine Likör produziert und daß dieses sowohl für die Konsumenten dieser Artikel, als auch für die Fabrikanten sehr nützlich ist. Die Kanonen, Parfümerien, der Schnaps sind all denen sehr erwünscht, die die chinesischen Märkte beherrschen wollen oder das Trinken lieben oder sich mit der Erhaltung ihres Teint beschäftigen; es wird aber auch Leute geben, die die Produktion dieser Artikel für

Digitized by Google

schädlich halten werden, und wer darf sie dazu zwingen, an der Erzeugung dieser Gegenstände teilzunehmen?"

Nun, dazu werden die Maximalisten einen auch nicht zwingen. Aber während Tolstoi grundsätzlich jeden Zwang verwirft, sind Zwang und Gewalt die Hauptmittel der Maximalisten, die, wie im Grunde alle Russen, fest davon überzeugt sind, man könne und müsse den Menschen auch zu seinem Glück zwingen; denn sie glauben wirklich, durch ihre Lehre die Welt zu beglücken, und daß nur der Unverstand daran zweifeln könne. Im Grunde dachte ja auch Tolstoi so: er war fest überzeugt, daß nur der Menschen eigene Torheit daran schuld sei, wenn das Paradies auf Erden noch nicht da sei; er konnte sich nur nicht entschließen, die Unverständigen ins Paradies hineinzu prügeln. Der geistige Despotismus aber, den er — zum Teil unbewußt — ausübte, war ein ganz gewaltiger. Und so erscheint er schließlich doch nicht nur in seinen Ideen, sondern auch in seinem Wesen den Maximalisten verwandt. Er hat sie nicht nur unmittelbar beeinflußt, sondern vor allem auch den Boden für sie vorbereitet.

Belgien und Holland

Von Professor Dr. N. Japikse, Haag

Zu dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" vom 28. Januar liest man ein Interview, das Exzellenz von Tirpitz dem Berliner Korrespondenten dieses Blattes über die Festhaltung der flandrischen Küste durch Deutschland gegeben hat. Es hat selbstverständlich in Holland die gebührende Aufmerksamkeit erregt. In Deutschland könnte man meinen, die Leute hier würden jetzt beruhigt sein. Hat doch der Admiral gesagt: „Das alles (s. c. die Schelde-Frage) wird bleiben wie es ist. Keins der Rechte Hollands darf im mindesten gekränkt werden. Das soll eine entscheidende Bedingung sein."

Und doch sind wir in Holland nicht ruhiger geworden. Wenn ein großer Nachbar eine hohe Fassade baut gen Osten eines Landhäuschens und nach einigen Jahren macht er Miene, diese Fassade auch an der Südseite dieses Häuschens durchzuziehen, obwohl ihm der Grund nicht einmal zugehört, dann wird der kleine Besitzer sich doch nicht recht behaglich fühlen können. Wird man ihm nicht zuviel vom Licht der Sonne nehmen? Welche schönen Worte der Kastellherr zu ihm spricht, er wird fürchten, daß seinem Besitze unermeßlicher Nachteil zugefügt wird.

Sagen wir's rund heraus: Der deutsche Einmarsch in Belgien im Jahre 1914 hat die Leute in Holland sehr aufgeregt. Momente der Verwandtschaft mit der belgischen Nation, Momente des Sentiments und des Interesses waren hier im Spiel. Es mag jetzt dahingestellt bleiben, ob dieser Einmarsch notwendig war, er bestimmte jedenfalls zu einem großen Teile die Meinung des niederländischen Volkes hinsichtlich des großen Krieges. Nur die vom Kanzler des Deutschen Reiches

Digitized by Google

ausgesprochene Versicherung, daß die Besetzung eine zeitliche wäre, konnte eine einigermaßen beruhigende Wirkung haben. Und wir wissen es auch jetzt — Gott sei dank — daß viele deutsche Männer der Ansicht Bethmanns treu geblieben sind.

Als im 17. Jahrhundert, im Zeitalter Ludwigs XIV., Frankreich versuchte, sich Belgiens zu bemächtigen, da sagte die Republik der Niederlande sich von der französisch-freundlichen Politik, der sie seit ihrer Geburt gefolgt war, los, und das stärkste nationale Moment in der Politik des Oraniers, Wilhelms des Dritten, zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts war eben die Sicherung Belgiens einem mächtigen Nachbarn gegenüber.

Die Zeiten, die Umstände, die Verhältnisse haben sich geändert. Aber der Kern der Sache ist derselbe geblieben, und Herr Professor Hans Delbrück hat durchaus recht, wenn er behauptet, daß die bleibende Besetzung Belgiens, in welcher Form auch, schon darum Deutschland keinen Gewinn bringen würde, weil dann Holland seine Zuflucht zu der Entente nehmen würde.

Erinnern wir uns doch an die Worte des deutschen Staatssekretärs des Äußern in einer Depesche an den deutschen Botschafter in London vom 4. August 1914[1]: „Wir verpflichten uns feierlich mit unserem Wort an Holland, streng seine Neutralität zu achten. Es ist einleuchtend, daß wir füglich nicht belgisches Territorium annektieren könnten, ohne zur selben Zeit Erwerbungen auf Kosten Hollands zu machen."

Offenbar ist die Meinung dieser Worte, daß Deutschland, wenn es sich in Belgien oder einem Teile Belgiens festsetzte, auch einem Teil der holländischen Provinz Limburg einverleiben müßte. Die Worte des Admirals von Tirpitz über die Art, wie er sich die Stellung Belgiens in der Zukunft vorstellt, sind nicht so klar. Es war im Interview die Rede von einer militärischen Besetzung Belgiens, von einer Basis für U-Boote, von einem unabhängigen Flandern, aber keine dieser wichtigen Dinge werden deutlich auseinandergesetzt. Es leuchtet jedoch ein, daß der Admiral jedenfalls in der einen oder der anderen Form eine Art Oberhoheit Deutschlands über Belgien beansprucht. Das ist der Angelpunkt und das würde auch die böse Tat sein, die fortwährend neues Böses gebären müßte. Wir in Holland wären immer der Furcht ausgesetzt, daß diese Oberhoheit auch unsere Selbständigkeit bedrohen würde.

Man vergesse niemals, daß die Niederlande, wiewohl politisch getrennt, zwei Randstaaten bilden zwischen großen Nebenbuhlern und daß ihre Lebensbedürfnisse und Interessen schon darum sehr viel Identisches haben. Was der eine erlebt, der andere erfährt es, sei es auch nicht genau in derselben Weise, ebensogut. Sie unterliegen zu einem großen Teil den Folgen von dem, was sich bei

[1] „We solemnly pledged our word to Holland strictly to respect her neutrality. It is obvious that we could not profitably annex Belgian territory without making at the same time acquisitions at expense of Holland". (English White Book, No. 157).

Digitized by Google

den großen Nachbarn abspielt. Sie vermitteln außerdem zwischen diesen letzten und sie werden im besonderen diese letzte Rolle auf ökonomischem und kulturellem Gebiet nur zu spielen vermögen, wenn sie unabhängig und frei sind. Eben in der Zukunft wird ihre Vermittelung von größerer Bedeutung sein können, als sie je zuvor war. Das muß jedermann zugestehen, der hofft und wünscht, daß so bald wie möglich nach dem Krieg sich neue regelmäßige Beziehungen zwischen England und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits entwickeln. Und wer würde das nicht hoffen und wünschen? Die ganze Zukunft Europas steht hiermit auf dem Spiel.

Man lasse sich doch nicht irreführen von der feindseligen Stimmung, die im belgischen Volke augenblicklich gegen Deutschland obwaltet. Die Stimmung selber ist ja durchaus natürlich. Allein sie ist weder allgemein, noch ist umgekehrt die Stimmung der Belgier der Entente, im besonderen England gegenüber, allgemein günstig. Ich brauche diese Behauptung nicht in Einzelheiten auszuführen. Es genügt hervorzuheben, daß die sogenannte flämische Bewegung während des Krieges sehr verstärkt worden ist. Ich meine nicht die Bewegung der sogenannten Aktivisten, oder der Passivisten an sich, aber die Bewegung als Gesamtheit betrachtet. Es steht für mich ohne weiteres fest, daß eine restaurierte belgische Regierung mit dieser Verstärkung des flämischen Nationalgefühls zu rechnen haben wird. Aber das flämische Volk selber, dessen gemäßigte hiesige aktivistische und passivistische Vormänner einmal zusammenwirken werden, muß in letzter Instanz die flämische Frage lösen. Die Deutschen müssen die ihnen überlassen, und sie können ganz gewiß sein, daß das flämische Volk niemals eine rücksichtslose, volle Anlehnung Belgiens an die Entente gutheißen würde. Einer deutschen Lösung der flämischen Frage würde immer der Makel eines fremden Ursprunges anhaften.

Wäre einmal ein kulturell starkes Flandern da, eben die Rolle des Randstaates zwischen den germanischen und romanischen Nachbarn würde von Belgien desto besser gespielt werden können. Die Verwirklichung der Pläne des Admirals Tirpitz, wie sehr es ihnen an wirklicher Klarheit mangelt, würden die ganze Sachlage in den Niederlanden, bezw. in Europa, einstellen und die schwersten Folgen haben.

Im Haag, am 6. Februar 1918.

Zwangsläufigkeit

Von Dr. Ernst Jäckh.

In der gleichen Woche, in der im öden Barackenlager des litauischen Brest vom mitteleuropäisch-vorderasiatischen Vierbund der Friede mit der Ukraine geschlossen worden ist, ist am Bosporus hinter hohen Mauern im einsamen Parkschloß der türkische Exsultan Abdul Hamid gestorben. Ob er wohl noch erfahren oder vorher schon

Digitized by Google

erkannt hat, daß in der jungtürkischen Entscheidung dieses Weltkrieges sein eigener alttürkischer Wille lebendig geblieben ist — nur zielsicherer und entschlossener und erfolgreicher als durch ihn selbst?

Abdul Hamids Person und Politik erlebte die Mittelmächte und den Orient in folgendem Verhältnis. Entlang der deutsch-österreichisch-balkanisch-türkischen Grenze rundet sich halbkreismäßig der großrussische Koloß, er drückt und rückt, er drängt und zwängt gegen die geographische Einheit der Länder zwischen Ost-Preußen und Ost-Türkei, zumeist durch das Mittel der balkanischen Mitte: sie soll den deutsch-österreichisch-ungarischen Zweibund vom Türkischen Reich trennen durch montenegrinische, serbische, bulgarische, rumänische und griechische Zwischenglieder und Umtriebe. Ein slawischer Balkanwall soll Deutschland-Österreich-Ungarn abschließen und bedrohen nordwärts, und ebenso das Türkische Reich südwärts. Der russisch-türkische Krieg in den ersten Jahren Abdul Hamids führt die russische Macht bis in die San Stefano-Vorstadt von Konstantinopel und legt den rumänischen Bundesgenossen und den bulgarischen Vasall quer über den Balkan, der Türkei gegenüber schon fast mit den gleichen Grenzen wie heute. Aber Bismarck rettet im Berliner Vertrag nochmals die geographische Einheit zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Türkei, holt Rußland über die Donau zurück und schiebt Österreich in den Balkan vor ... Das russische Revanchegeschrei vom russisch-französischen „Zweifrontenkrieg", von einem neuen „Marsch nach Konstantinopel durchs Brandenburger Tor" ist das Petersburger Echo ...

Die jungtürkischen Persönlichkeiten erleben von Anfang an fast die gleiche Willensrichtung. Wiederum schiebt und stößt der russische Imperialismus zwischen der Mittelmächte-Einheit einerseits und der türkischen Nachbarschaft andrerseits den Balkanblock des Balkanbundes im Balkankrieg und scheidet die vorherige geographische Dreieinigkeit und sperrt Deutschland den „letzten und einzigen Landweg in die Welt" orientwärts und will den Orient selbst sich unterwerfen. Eine Generation liegt in der Zwischenzeit von jenem ersten bis zu diesem letzten Versuch Rußlands; und während dieser Zeitspanne hat Abdul Hamid deutsche Arbeit in die Türkei gerufen für Bahnbauversuche und Armeeorganisation, und Bismarck hat eine deutsche Militärmission schon 1880 befürwortet, indem er sagte: „Wenn in Rußland der Chauvinismus, der Panslawismus und die antideutschen Elemente uns angreifen sollten, so wäre die Haltung und die Wehrmacht der Türkei uns nicht gleichgültig; ... ihr Feind könnte auch unsrer werden." So ist es gekommen: der russische „Krieg um Konstantinopel" hat Ost-Preußen wie Ost-Türkei bedroht; und die jungtürkischen Politiker erlebten gleich dem alttürkischen Abdul Hamid die Zwangsläufigkeit der deutsch-türkischen Interesseneinheit.

Der Friede von Brest-Litowsk zieht die Folgen daraus — und er bestätigt gewissermaßen den Frieden von San Stefano — nur in völlig umgekehrter Richtung! Damals legte Rußland einen südeuropäischen Wall zwischen die

Digitized by Google

Mittelmächte und den Orient; heute legt Deutschland einen osteuropäischen Wall zwischen die Mittelmächte und den Orient einerseits und die russische Gefahr andrerseits. Damals fügte Rußland sich Bulgarien und Rumänien als seine abhängigen Vasallen ein und bedrohte weiterhin die Türkei; heute fügen sich aus eigener Erkenntnis der Interessengemeinschaft und gemäß dem „Selbstbestimmungsrecht" als selbständige Genossen zusammen: die Mittelmächte und zuerst die Türkei, dann dazwischen Bulgarien, jetzt daneben die Ukraine, und bald dazwischen auch Rumänien, und bald noch der Grenze entlang von der ukrainischen Küste des Schwarzen Meeres bis zu den Stämmen des Finnischen Meeres die ganze Kette der durch diesen Krieg von russischer Herrschaft befreiten „Fremdvölker". Das ist die weltgeschichtliche Wendung seit San Stefano und durch Brest-Litowsk: Mitteleuropa und der Orient sind sicher und frei und zusammengefügt und zusammenwachsend als reichgestaltiger Organismus von Organen, die sich gegenseitig nötig haben. Zum erstenmal seit Jahrhunderten ist der russische Druck vom Osten und vom Orient genommen und ist die großrussische Gefahr auf ihren Herd zurückgedrängt. Zu Beginn des Krieges lag der serbische Stein noch im Weg; dann gelang der Durchstoß und die Verbindung — dünnfadig und eingleisig nur; später breiter und ergiebiger durch Rumäniens Niederwerfung und Einfügung; heute und bald durch das weite Gelände zwischen den Schwarzen Bergen und dem Schwarzen Meer, zu Land und zu Wasser. Das ist der anschauliche Ausdruck des Sieges von Mitteleuropa und Orient gegenüber dem russischen Mittelasien.

Namen wie Tannenberg und Gorlice weisen den Weg — und die Dardanellen: dort, in den Dardanellen, war der entscheidende Drehpunkt. Ihre Öffnung hätte bedeutet: sichere Versorgung von Rußland und Rumänien durch feindliche Munition, noch stärkerer Anprall von Rußland und Rumänien gegen Österreich-Ungarn, größere feindliche Erfolge und keine russische Revolution, und keine Möglichkeit zum Zusammenschluß zwischen Deutschland und Türkei, weder für Bulgarien noch für Ukraine, noch für andere. Die jungtürkische Einsicht und Entschlossenheit hat den Weg eröffnet, den Abdul Hamid tastend und zögernd gezeigt hat. Abdul Hamid hat die militärischen und technischen Mittel einer solchen Politik nur schaffen wollen, noch nicht schaffen können, die die jungtürkische Durchführung braucht; und darum mußten Erzerum, Bagdad und Jerusalem wie ferne Kolonien fallen, weil die Jungtürken in wenigen Jahren nicht erreichen konnten, was der Alttürke in vielen Jahren versäumt hat. Das ist die Belastung der deutsch-türkischen Politik durch Abdul Hamid, und deshalb hat zur gleichen Zeit, wo der russische Mittelasiengedanke scheiterte, der englische Mittelasienwille zunächst siegen können — hoffentlich nur vorübergehend.

Digitized by Google

Herrenhaus und berufsständisches Prinzip

Von Friedrich Thimme

Es ist heute, da uns in dem Wirbel der Ereignisse die Erinnerung an die Einzelvorgänge rasch entschwindet, fast schon vergessen, daß die Keimzelle für die Umbildung des preußischen Herrenhauses dessen Ablehnung der Diätenvorlage am 9. März 1917 und die damaligen Reden des Grafen Yorck und des Herrn von Buch sind. Infolge dieser Vorgänge brachte die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses den Antrag auf einen Gesetzentwurf ein, durch den eine Neuordnung in der Zusammensetzung des Herrenhauses in der Art herbeigeführt werden sollte, daß unter Aufrechterhaltung des königlichen Berufungsrechts, aber unter Beseitigung aller bisherigen Familien- und Standesrechte, allen größeren Kommunalverbänden, sowie allen für das wirtschaftliche und kulturelle Leben unseres Volkes wichtigen Berufskreisen eine aus Wahlen hervorgehende, ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung im Herrenhause gewährt werde. Dieser Antrag war, wie der damalige Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion, jetzige stellvertretende Ministerpräsident Dr. Friedberg am 14. März ausführte, aus dem Bewußtsein entstanden, daß mit dem heutigen Herrenhause auf die Dauer nicht zu arbeiten sei, wenn es sich darum handeln werde, die großen Fragen in Fluß zu bringen, mit denen wir nach dem Kriege zu tun haben werden. „Nach dem Beweise politischer Unklugheit, den sich das Herrenhaus durch seine Abstimmung in der Diätenvorlage geleistet hat, müssen wir befürchten, daß es zu einem Hemmschuh der Entwicklung wird; da müssen wir glauben, daß es die höchste Zeit ist, daß endlich einmal nach der Richtung etwas bei uns geschieht."

Die Regierung ist dieser Aufforderung rasch gefolgt: Die Osterbotschaft vom 7. April stellte für die Umbildung des Herrenhauses den Grundsatz auf, daß es in weiterem und gleichmäßigerem Umfange als bisher aus den verschiedenen Kreisen und Berufen des Volkes führende, durch die Achtung ihrer Mitbürger ausgezeichnete Männer in seiner Mitte vereinigen solle. Auch die Vorlagen vom 24. November v. J. hielten in dieser Frage die Richtlinien jenes nationalliberalen Antrags fest. Zwar verzichtete die Regierung, die die „Anknüpfung an das geschichtlich Gewordene und Bewährte" nicht völlig fallen lassen mochte, nicht durchaus auf die Berücksichtigung der hergebrachten Familien- und Standesrechte, deren Vertretern statt bisher 134 noch 60 Sitze vorbehalten wurden, im übrigen aber wurde genau nach dem nationalliberalen Vorschlag die künftige Zusammensetzung des Herrenhauses auf einer Verbindung des kommunalständischen mit dem berufsständischen Prinzip aufgebaut. Allerdings ward sich die Regierung bei der Ausarbeitung der Vorlage alsbald klar, daß es bei der weitgehenden, fortdauernd im Fluß befindlichen Differenzierung der einzelnen Berufsstände ein Ding der Unmöglichkeit sei, die Berufsvertretung bis in die letzten Konsequenzen durchzuführen. Sie blieb daher dabei stehen, nur die be-

Digitized by Google

deutsamsten Gruppen aus den Ständen und Berufen herauszuschälen, die danach aber noch verbleibenden Unbilligkeiten auf dem Wege einer Berufung aus besonderem königlichen Vertrauen auszugleichen, zu welchem Zwecke sie sich die Besetzung von 150 Sitzen vorbehielt. Bei der Auswahl der für das wirtschaftliche und kulturelle Leben unseres Volkes wichtigen Gruppen hat die Regierung ihr Augenmerk offenbar auf diejenigen gerichtet, die bei der Durchführung des gleichen Wahlrechts zum Abgeordnetenhause nicht hoffen dürfen, eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung zu erhalten, also neben der Landwirtschaft, die ja noch in jedem Parlament, im Reichstage wie im Abgeordnetenhause, eine ausgiebige Vertretung gefunden hat, und eine Beschneidung ertragen konnte, auf Handel und Industrie, sowie auf das Handwerk. Völlig sah dagegen die Regierung von einer Vertretung der Arbeiterschaft ab, wohl nicht so sehr, weil diese nicht als ein in sich geschlossener Berufsstand erscheint, als, weil ihr bei dem gleichen Wahlrecht schon eine sehr ausgiebige Vertretung im Abgeordnetenhaus gesichert ist. Offenbar hat aber die Regierung dabei nicht genügend berechnet, daß der Einfluß der Arbeiterschaft besonders in sozialreformerischer Beziehung unwirksam bleiben muß, wenn bei der Zusammensetzung des Herrenhauses in dem Großagrariertum und dem industriellen Unternehmertum just diejenigen Berufsstände zu „Determinanten" des öffentlichen Lebens erhoben werden, die sich schon bisher in dem Widerstand gegen eine fortschrittliche Sozialpolitik zu finden pflegten, und die in Zukunft sicherlich eine geschlossene Phalanx in dieser Beziehung bilden würden.

Die Regierung hat sich überhaupt getäuscht, wenn sie glaubte, mit einer maßvollen Anwendung des berufsständischen Prinzips den rechten Weg zu finden, um das Herrenhaus in der öffentlichen Meinung zu heben. Es konnte gar nicht ausbleiben, daß dieses Prinzip, einmal auf den Schild erhoben, zu einem Wettlauf der Berufe führen mußte, zu einer Hervorkehrung und Betonung der materiellen Interessen, zu einer Abwendung von dem nationalen und sozialen Gemeinschaftsgeist. Mit Schaudern haben wir den sofortigen Ansturm der Berufsvereinigungen einsetzen sehen; er hat zu reinen Grotesken geführt. Durch die Arbeit des Verfassungsausschusses, der sich bemüht hat, das berufsständische Prinzip von den Hauptgruppen des Entwurfs auf eine Anzahl weiterer Berufe, darunter die Arbeiter, die Angestellten, die unmittelbaren und mittelbaren Beamten, die Lehrkräfte, die gelehrten Berufe, die Künstler, Schriftsteller und Journalisten auszudehnen, ist die Sache nicht besser, sondern eher schlimmer geworden, denn nun werden die einzelnen Berufsarten sich erst recht gegen die anderen benachteiligt glauben, und die, welche auch jetzt noch übergangen sind — und ihre Zahl ist Legion — werden sich aufs schwerste gekränkt fühlen. Wahrlich, es kann kaum ein geeigneteres Mittel gefunden werden, um ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten der Berufe und Stände zu erschweren, als die Anwendung des berufsständischen Prinzips im parlamentarischen Leben.

Digitized by Google

Dabei kann für kein Parlament die Berufsvertretung, sobald sie sich über die Zusammenfassung der bedeutsamsten Gruppen hinaus erhebt, weniger angebracht sein, wie für eine Erste Kammer. In einem Oberhaus sollten gerade gegenüber den materiellen Interessen die großen und allgemeinen Gesichtspunkte, das Gemeinsame und Einigende betont werden. Es war der größte Vorzug des Herrenhauses, daß in ihm vor allem doch — wir sehen von den Ausnahmefällen ab, die es überall gibt — die Gesamtinteressen, nicht die Einzelinteressen der besonderen Berufe in den Vordergrund gestellt wurden. Das müßte bei der Durchführung des berufsständischen Prinzips, wie es vom Ausschuß angestrebt ist, von Grund aus anders werden; an die Stelle der staatsmännischen Erwägungen würde das kleinliche Gezänk der Berufsinteressen, an Stelle der Geschlossenheit, zu der sich oft die Beratungen des Herrenhauses erhoben haben, die itio in partes treten. Mit vollem Recht bemerkt Walther Rathenau in seinen jüngst im „Berliner Tageblatt" veröffentlichten Gedanken (12. Februar):

„Die Tätigkeit des Oberhauses darf noch weniger als die des Volkshauses auf kahlen Interessenkampf gegründet sein; hier darf nicht einmal die Partei vorwalten, hier bedarf es der Einheit und vor allem der Weisheit ... Dieses Parlament soll nicht selbständig sein, sondern weise, es soll nicht aus Fachmännern bestehen — wir gehen nachgerade am Fachmann zugrunde — sondern aus Menschen und zwar bedeutenden; es soll den Blick aufs Ganze richten, nicht das Geschrei der Interessen und Interessenten wiederholen ... In ein Oberhaus gehören nicht Menschen, die etwas vertreten, weder Meinungen, noch Interessen, noch Berufe, noch Herkommen, sondern Menschen, die etwas sind, etwas können und etwas geschaffen haben. Nicht Exponenten, Durchschnitte, Vereinsangestellte und andere Beauftragte, sondern Persönlichkeiten. Am wenigsten solche, die von ihresgleichen präsentiert werden. Denn jede geschlossene Körperschaft entsendet, wenn es schon einmal sein muß, denjenigen, der es am wenigsten mit allen verdirbt, der am besten dem Mittelmaß ähnelt, sofern er einigermaßen mit Rhetorik geölt ist; der Überragende ist in der Regel den älteren unter seinesgleichen verdächtig, den Gleichaltrigen verhaßt."

„In ein Oberhaus gehören die besseren der gewesenen Staatsminister, Diplomaten und Verwaltungsbeamten; bedeutende Militärs, hohe Kultusbeamte; die Oberbürgermeister der größten Städte; erfolgreiche und altansässige Landwirte, Arbeiter, Gewerbetreibende und Handwerker, die etwas geleistet oder organisiert haben, Frauen, die sich in öffentlicher Fürsorge bewähren; selbstgeschaffene und anerkannte industrielle und großhändlerische Führer; hervorragende Staatsrechtslehrer, Forscher, Künstler, Schriftsteller und Journalisten."

Aber freilich, wie sollen diese Elemente eines Oberhauses, wenn sie nicht von ihresgleichen zu präsentieren sind, zusammengebracht werden? Rathenau meint: ein Teil sollte kraft seines Amtes Mitglied sein, ein Teil von der Krone ernannt, ein Teil vom Unterhaus — jedoch nicht aus seiner Mitte — erwählt, ein Teil kooptiert werden. Diese leicht hingeworfenen Vorschläge werden ihrer Mehrzahl nach kaum brauchbar sein; weder der Gedanke einer Erwählung durch das Unterhaus oder der einer Kooptation durch das Oberhaus selber, oder gar der von Kurt Breysig gemachte Vorschlag, daß ein jedes Mitglied des Hauses selbst seinen Nachfolger erwählen solle, erscheinen durchführbar. Für einen Teil der zu Berufenden, so vor allem für das

Digitized by Google

Gros der aus der Selbstverwaltung stammenden, wird der Weg der Präsentation der gegebene bleiben. Aber wenn schon an der Verbindung des berufsständischen mit dem kommunalständischen Prinzip festgehalten werden soll, so sollte die Auswahl der Berufsvertreter ebenso wie die Zahl der auf die einzelnen Berufe Entfallenden doch möglichst einer Stelle überlassen bleiben, die über allen kleinlichen Interessen steht und bei der Berufung vor allem das eine berücksichtigt, ob die in Betracht kommenden Persönlichkeiten schöpferisch und zugleich geeignet sind, ihren Blick über die speziellen Interessen hinweg auf das große Allgemeine zu erheben. Diese Stelle kann nur die Krone sein. Erscheint das ihr damit einzuräumende Recht zu groß, so wäre leicht ein Mittelweg einzuschlagen, indem die auch hinsichtlich der verschiedenen Berufsarten zu wählenden Präsentationskörper nicht je eine Persönlichkeit, die dann nicht gut von der Krone abzulehnen ist — in der bisherigen Praxis des Herrenhauses ist ein solcher Fall noch gar nicht vorgekommen — sondern deren zwei oder drei präsentieren müßten, unter denen die Krone die Auswahl hätte. Wenn solchergestalt die Berufung nicht bloß nominell, wie nach der heutigen Vorlage, sondern in Wahrheit in die Hände der Krone gelegt würde, so könnte der Kreis der von dieser aus besonderem Vertrauen zu Berufenden ohne Schaden herabgesetzt, der Spielraum für einen Pairsschub, der namentlich den Konservativen ein Dorn im Auge ist, fallen gelassen werden. Anderenfalls muß die Beschränkung auf einen numerus clausus von 150 Personen, wie die Vorlage sie vorsieht, vom staatspolitischen Standpunkt aus schwere Bedenken verursachen. Wenn der Minister des Innern am Schlusse der ersten Lesung der Herrenhausvorlage in der Kommission ausgeführt hat: die Regierung sei bei dem Entwurfe davon ausgegangen, dem Herrenhause möglichst eine völlig selbständige Stellung einzuräumen; es sollten keinerlei Wege existieren, einen Widerspruch des Herrenhauses beiseite zu schieben; die Regierung wolle diese unabhängige Stellung des Herrenhauses gerade deshalb fest begründen, weil durch die Wahlreform eine außerordentliche Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhause eintreten werde, so scheinen alle die Gefahren nicht berücksichtigt, die in Nr. 1 dieser Zeitschrift der Abgeordnete Waldstein sehr treffend aufgezeigt hat: daß das Herrenhaus ein auf verfassungsmäßigem Wege unüberwindliches Hindernis jedes ihm unerwünschten Gesetzes und jeder Reform werden und die ganze Staatsmaschinerie zum Stillstand bringen könne. Was soll denn werden, wenn Abgeordnetenhaus und Herrenhaus, was bisher bei ihrer gleichartigen Zusammensetzung nicht eben zu befürchten war, was in Zukunft aber sehr leicht und sehr oft der Fall sein wird, sich auf keine Weise zu verständigen vermögen? Man versteht nicht recht, wie die Krone ihre schiedsrichterliche Stellung und Macht aufgeben kann. Die Konservativen freilich drängen diesmal auf die Beschränkung der Kronrechte. Sie haben es ganz offen in der Kommission herausgesagt, daß ihr Streben dahin gehe, das Herrenhaus zu einem Hemmschuh zu machen: „ein Hemmschuh habe immer etwas Gutes“!

Digitized by Google

Wir erinnern uns hier der Befürchtung Dr. Friedbergs vom 14. März 1917, daß das Herrenhaus zu einem Hemmschuh der Entwicklung werden könne. Sein damaliger Antrag bezweckte, diese Gefahr durch eine Reform des Herrenhauses zu beseitigen, Die heutige Reform scheint aber vor allem, wenn auch noch die Bestimmungen über die Kompetenzverhältnisse von dem Ausschuß in der Richtung eines Hemmschuhs verschlechtert werden sollten, die Gefahr um vieles größer und drohender zu machen. Soll wirklich die Herrenhausreform einen circulus vitiosus schlimmster Art beschreiben? Wir hoffen, daß die Regierung, daß insbesondere Herr Dr. Friedberg diese Gefahr nicht zu leicht nehmen möge!

Amerikas Kriegswirtschaft

Von Linter

Sir Edward Grey hat zur Begründung der englischen Kriegserklärung im August 1914 darauf hingewiesen, daß in einem Weltkrieg neutrale Großstaaten kaum weniger von den Schrecken des Krieges zu leiden hätten, wie Staaten, die in den Kampf mit eingreifen. Kaum ein Engländer wird heute noch diesen Standpunkt für richtig halten. Namentlich nicht vom finanziellen Standpunkt aus: Die englische Staatsschuld ist trotz ungeheurer Steuerlasten von 710 Millionen Pfund Sterling bis heute auf ziemlich genau 6 Milliarden Pfund gestiegen. Noch klarer aber zeigt die finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten den Irrtum jenes Greyschen Ausspruches. Bis zur Kriegserklärung an Deutschland konnte Amerika alles in allem nur ungeheure Vorteile aus dem Völkerstreit buchen. Man hat bis zum 1. Februar 1917 diese Gewinne ziemlich genau mit 6 Milliarden Dollars berechnet. Und heute? Wenige Ziffern mögen die Antwort auf die Frage geben. In einer äußerst bemerkenswerten Rede, welche soeben Sir Edward Holden Bart, wohl der angesehenste englische Bankmann, gehalten hat, schätzt er die Kriegskosten der Vereinigten Staaten von Juni 1917 bis Juni 1918 auf 19 Milliarden Dollars. Darunter befinden sich 7 Milliarden Vorschüsse an die europäischen Verbündeten. Die Deckung dieser Unkosten ist wie folgt gedacht: Die beiden ersten Kriegsanleihen brachten zusammen 5,80 Milliarden Dollars. Weitere 2 Milliarden sollen durch Kriegszertifikate aufgebracht werden. Aus Kriegssteuern hofft man den sehr ansehnlichen Betrag von 4 Milliarden Dollars herauszuwirtschaften. Es fehlen dann noch rund 7 Milliarden, deren Deckung durch weitere Kriegsanleihen, aber auch durch Schatzwechsel erfolgen soll. Mit andern Worten: **Ein einziges Kriegsjahr kostet den Vereinigten Staaten nach deutschem Gelde ungefähr 85 Milliarden Mark.** Dagegen sind die europäischen Kriegskosten noch als bescheiden zu bezeichnen. Selbstverständlich sind das keine reinen Nettounkosten, da fast ein Drittel auf Vorschüsse an die Alliierten entfällt. Ob aber diese wirklich ohne Verlust später wieder

Digitized by Google

eingehen werden, ist heute noch keineswegs sicher. Wie es auch unsicher ist, ob dieser Voranschlag nicht zu günstig vorgenommen wurde, ob die Vorschüsse nicht schließlich doch erheblich höher geleistet werden müssen. Diese Zweifel erheben sich bei der Betrachtung folgender Übersicht für die neun Monate April bis Dezember 1917. In diesen betrugen

die amerikanischen Vorschüsse an die Alliierten

in Millionen Dollars:	April/Juni	Juli/September	Oktober/Dezember	Zusammen
Großbritannien . .	560	630	855	2045
Frankreich	210	480	595	1285
Italien	100	155	245	500
Rußland	100	175	50	325
Belgien	45	8	24	77
Serbien	3	—	1	4
Zusammen .	1018	1448	1770	4236

Wir sehen hier, was leider nicht verwunderlich ist, wie von Vierteljahr zu Vierteljahr die Vorschüsse lawinenartig wachsen. Daß darin noch lange keine Stagnation eingetreten ist, ergibt sich aus der neuesten Meldung, wonach bis zum 6. Februar, also in rund fünf Wochen seit Jahresschluß die Vorschüsse bereits auf 4684 Millionen Dollars angelangt sind. Das stellt aber nicht etwa das Gesamtrisiko Amerikas dar, denn bereits während der Zeit der Neutralität haben die Amerikaner ihren Freunden erheblich über 2 Milliarden Dollars vorgestreckt. Es besteht aber ein wesentlicher Unterschied im Charakter dieser alten und neuen Darlehen. Jene waren auf Grund privatwirtschaftlicher Übereinkommen durch die amerikanische Bankwelt gewährleistet worden. Für sie mußten dementsprechend sehr hohe Zinsen bezahlt werden, in der letzten Zeit 6—7 Prozent, darüber hinaus aber verlangten die amerikanischen Banken für derartige Anleihen Deckung in erstklassigen Wertpapieren. Demgegenüber werden seit April vorigen Jahres Darlehen an die europäischen Freunde ohne jegliche Deckung und zu den Selbstkosten bezahlt. Da die erste amerikanische Anleihe zu 3 1/2 Prozent ausgegeben wurde, wurde von April bis September vorigen Jahres ein Zinssatz von 3 1/2 Prozent bezahlt. Seitdem hat er sich auf 4 1/4 Prozent erhöht, weil die zweite Anleihe zu 4 Prozent ausgegeben werden mußte und außerdem noch der amerikanische Fiskus den Entgang an Steuern mit 1/4 Prozent in Rechnung stellt. In absehbarer Zeit wird dieser Satz eine weitere Erhöhung erfahren, denn aller Voraussicht nach wird die dritte Anleihe wiederum, wie das in England auch der Fall war, zu einem höheren Zinssatz angeboten werden müssen. Denn die beiden ersten stehen heute an der New Yorker Börse erheblich unter ihrem Ausgabekurs. Sie sind mit andern Worten nicht gut untergebracht. Aber auch unter diesen Gesichtspunkten besehen, ist die amerikanische Freundschaft für die Entente außerordentlich wertvoll, denn heute würde die amerikanische Bankwelt nur mehr zu den beschämendsten Be-

Digitized by Google

dingungen der Entente Geld leihen. Der Kredit für England und Frankreich ist in den Vereinigten Staaten nämlich schwer erschüttert. Das ist keine Redensart, sondern ergibt sich rein ziffermäßig aus einem überaus interessanten Inserat, das wir im „Financial Chronicle“ vom 5. Januar finden. Dort bietet eine sehr angesehene New Yorker Bankfirma allerhand Ententewerte mit dem Hinweis auf deren hohe Rentabilität an und macht dabei folgende Rechnung auf:

Es rentierten sich mit:	Anfang 1917	Anfang 1918
Die 5prozentige englisch-französische Anleihe (fällig 1920) zu	7.20 Prozent	11.50 Prozent
„ 6 „ Stadtanleihen von Bordeaux, Lyon und Marseille (fällig 1919) zu	6.80 „	15.— „
„ 6 „ Anleihe der Stadt Paris (fällig 1921) zu . .	7.20 „	11.50 „
„ 5½ „ französische Anleihe (fällig 1919) zu	6.— „	9.80 „
„ 5½ „ englische Anleihe (fällig 1919) zu	6.05 „	7.80 „
„ 5½ „ „ „ (fällig 1921) zu	6.— „	8.— „

Der unabhängige Markt verlangt also heute von den gedeckten englisch-französischen Anleihen je nach ihrer Fälligkeit zwischen 8 und 15 Prozent! Das mag sich zwar später bessern, ist aber immerhin bezeichnend.

An und für sich recht bewundernswert ist die Energie, mit der Wilson die Steuerschraube anzieht, und schon im ersten Kriegsjahr werden, wie erwähnt, 4 Milliarden Dollars erwartet. Das Vorgehen ist recht eigenartig. Man stellte sich in Washington auf den Standpunkt, daß ein Normalverdienst von höchstens 9 Prozent des wirklich angelegten Kapitals vollauf genüge und daß andererseits im Kriege nicht mehr als im Frieden verdient werden solle. Auf diesen beiden Grundsätzen baute sich die Steuer auf. Indessen ist namentlich der Begriff „Normalverdienst“ darum äußerst dehnbar gewesen, weil die Frage, welches Kapital wirklich investiert ist, nirgends schwieriger zu beantworten ist als in den Vereinigten Staaten mit seiner bekannten Verwässerungspolitik. Es ist deshalb leicht verständlich, daß heute schon jenes Gesetz in den wichtigsten Punkten abgeändert werden muß, da kein Steuerbeamter und kein Anwalt sich an eine Auslegung des Gesetzes heranwagt. Immerhin hat das Gesetz genügt, um das in den Vereinigten Staaten bis vor einem Jahr üblich gewesene „Grobverdienen“ gründlich einzuschränken. Das zeigt nicht nur ein Blick auf den Kurszettel, sondern auch eine Betrachtung der wichtigsten Industrieabschlüsse. So hat beispielsweise die größte Gesellschaft der Stahltrust, im vierten Quartal 1917 „nur“ 60 Millionen Dollars Gewinn zu verzeichnen gegenüber 106 Millionen in der gleichen Zeit des Jahres 1916.

Diese Einschränkung der Kriegsgewinne wurde allerdings nicht nur durch die Steuern, sondern auch durch die Wilsonsche Preispolitik bestimmt, die ebenfalls die Anerkennung des unparteiischen Beurteilers verdient. Man hat auf die meisten Waren, deren die amerikanische Heeresverwaltung bedarf, die Preise scharf begrenzt — ein Vor-

Digitized by Google

gehen, das bei rechtzeitiger Anwendung auch in Deutschland viel Übel hätte verhüten können.

Um so ungünstiger scheinen die Erfahrungen mit dem amerikanischen Eisenbahnnetz gewesen zu sein, das ohnehin verhältnismäßig schlecht gerüstet in den Krieg eingetreten ist, da in den letzten Jahren aus finanziellen Gründen die Auffrischung des Wagenparks stark vernachlässigt worden war. Infolgedessen waren die Verkehrsstörungen allmählich so schlimm geworden, wie man es in einem großen und mit einem so wunderbaren Eisenbahnnetz ausgestatteten Lande (die Vereinigten Staaten besitzen 400 000 km Schienenlänge) nicht hätte für möglich halten sollen. Die schwere Kohlennot und vieles andere ist zweifellos auf diese Mißstände zurückzuführen. Aus allen diesen Gründen erklärte Wilson kurz nach Weihnachten die Übernahme des gesamten Verkehrswesens durch die Regierung. Ob damit die Verkehrsnot wirklich behoben wird, ist einigermaßen zweifelhaft. Eines aber ist sicher: dieser Schritt bedeutet eine abermalige Verteuerung der amerikanischen Kriegführung, denn Wilson hat sich verpflichtet, den Besitzern amerikanischer Eisenbahnwerte eine sichere Verzinsung für die Dauer der staatlichen Besitzergreifung zu gewähren. Da er außerdem die Eisenbahnarbeiter bei guter Laune erhalten muß, so sind Opfer für die Staatskasse oder aber eine außerordentliche Verteuerung der Frachtsätze nur schwer zu vermeiden.

Wohin man in den Vereinigten Staaten sieht, ob es sich nun um die eigentlichen Staatsfinanzen, das Steuerwesen, das Notenbanksystem, die Verkehrs- und Arbeiterfragen handelt, überall sieht man in viel größerem Maßstabe, als man hätte annehmen sollen, die ungünstigen Wirkungen des Krieges. Ob aber das alles genügt, den maßgebenden Männern in den Vereingten Staaten klar zu machen, was für ein schlechtes Geschäft die mutwillige Hinausziehung des Völkermordens ist, scheint nach den Versailler Beschlüssen, es sei denn, daß Wilson sich von ihnen schleunigst abwendet.

Notizen

Der Hilferuf der Fremdvölker. Die Ukraine, Finnland, die livländische Ritterschaft und das estnische Volk haben gleichzeitig Deutschland um Hilfe gegen den blutigen Schrecken angerufen, mit dem der Maximalistenwahnsinn diese Teile des einstigen Rußland bedroht und verwüstet. Eine ukrainische und eine estnische Abordnung sind nach Deutschland gekommen, um für ihre Völker bei uns das Wort zu führen: Kein Zweifel, daß unsere Truppen Waffenhilfe leisten werden. Das Eis geht! Endlich stehen wir frei vor der Welt da, wo wir hingehören und wo wir innerlich uns stets bewußt waren zu stehen: als Verfechter des sittlichen Rechts im Völkerleben, als Schützer der unterdrückten und schwachen Nationen, die sich helfen lassen wollen. Bald genug wird man in aller Welt spüren, welch ein Aufschwung moralisch-unwiderstehlicher Kraft für Deutschland von hier ausgehen wird. Wer uns jetzt noch von bloßen Eroberungsabsichten redet, der zeigt, wie stumpf und dumpf sein Sinn gegenüber der wahrhaft großen und befreienden Aufgabe ist, die das deutsche Volk und seine Regierung jetzt gegenüber

Digitized by Google

der Flut des aus der Tatarei auf Europa andringenden anarchischen Wahnsinns übernommen haben. Die Fahne, von der wir gewünscht hätten, daß sie am ersten Tage des Krieges gegen Rußland erhoben wurde, die Fahne der Verteidigung der sittlichen Kultur Europas gegen das Moskowitertum — jetzt endlich weht sie uns voran, und niemand wird sie herunterholen, ehe wir nicht auch von diesem Stück unserer weltgeschichtlichen Aufgabe sagen können: sie ward getan — und trotz jedermann, der Arges dabei denkt!

Die polnisch-ukrainische Abgrenzung. Zu den auffallendsten Ergebnissen des Friedensschlusses von Brest gehört die Ziehung der Grenze zwischen dem polnischen und dem ukrainischen Gebiet westlich des Bug. Der Bug grenzte seit 1815 auf einem großen Teil seines Laufes das sogenannte Kongreßpolen und die bisherigen russischen Gouvernements Wolhynien und Grodno voneinander ab. Auch Brest liegt auf dem rechten Ufer des Bug im Gouvernement Grodno. Auf dem linken Ufer des Flusses wohnen im Gebiet von Cholm und weiter nach Norden ungefähr bis zur Höhe von Brest in der Mehrheit Ukrainer. Die ukrainische Sprachgrenze geht dann unterhalb Brest auf das Ostufer des Bug hinüber und läuft östlich weiter, durch die Polesje, das große Sumpfgebiet des Pripet und seiner Zuflüsse. Polen und Ukrainer sind aber in der Gegend des Bug nicht scharf von einander geschieden; es gibt ukrainische Sprachinseln noch tief im polnischen Gebiet und polnische im ukrainischen. Die im Frieden von Brest festgesetzte ukrainisch-polnische Grenze entspricht weitgehenden ukrainischen Ansprüchen. An ihrem nordöstlichen, durch den Friedensvertrag festgesetzten Punkte, Prushany, ist sie in der Luftlinie nur noch 125 km von Grodno am Njemen entfernt, das vorläufig, gleich Wilna, sowohl von den Polen als auch von den Litauern beansprucht wird.

Sollte nun Grodno mit der nächsten Umgebung zu Litauen geschlagen werden, so würde für die eventuelle Ausdehnung Polens nach Osten auf das weißrussische Gebiet nur ein Verbindungsstreifen von rund 100 km Breite übrigbleiben. In Weißrußland operiert gegenwärtig eine polnische Streitmacht, die, wie es heißt, auf Betreiben der Entente und angeblich auch auch mit Ententemitteln aus der revolutionären russischen Armee herausgezogen und selbständig organisiert worden ist. Ob die Entente tatsächlich an dieser polnischen Armee so stark beteiligt ist, kann dahingestellt bleiben; jedenfalls haben die Polen Erfolge gehabt. Mohilew am Dnjepr, Minsk, angeblich sogar Smolensk, sind von den Polen besetzt und der kommandierende polnische General soll die von den polnischen Truppen besetzten Teile Weißrußlands dem polnischen Staat dargebracht haben. Von Weißrußland, namentlich dem näher zu Polen gelegenem Gebiet, läßt sich sagen, daß ein erheblicher Teil des Großgrundbesitzes noch polnisch ist. Das weißrussische Volk, das etwa 5 Millionen zählt, hat zum Teil auch noch eine gewisse Erinnerung an die polnische Zeit. Eine Minderheit unter den Weißrussen ist katholisch und neigt dazu, beim Aufsteigen in die höhere Kulturschicht sich zu polonisieren. Besonderer nationaler Widerstand ist von den kulturell sehr unentwickelten Weißrussen weder einer eventuellen Polonisierung noch einer Ukrainisierung gegenüber zu erwarten. Sprachlich stehen die Weißrussen den Ukrainern näher als den Großrussen. Es fragt sich, was mit der Heranziehung der ukrainischen Grenze bis nahe an den zukünftigen litauischen Staat beabsichtigt ist und ob etwas damit beabsichtigt ist. Will man auf diesem schmalen Strich zwischen Prushany und Grodno Großrußland unmittelbar an Polen grenzen lassen? Will man Litauen so weit südwärts sich ausdehnen lassen, daß es direkt mit der Ukraine zusammenstößt, und Polen gegen

Digitized by Google

Großrußland ganz abgeriegelt wird? Will man trotz des schmalen übriggebliebenen Verbindungsraums jenseits dieser Enge doch noch weißrussische Landstriche an den polnischen Staat kommen lassen? Denkt man sich, daß Polen und Ukrainer miteinander über gegenseitige Zugeständnisse verhandeln sollen, um für Polen eine Erweiterung des Verbindungsraums nach Weißrußland hin zu erlangen? Haben die galizischen Fragen etwas hiermit zu tun? Wir fürchten, daß die schließliche Beantwortung dieser schwerwiegenden Fragen nicht außer Zusammenhang mit den Fehlern erfolgen, die von polnischer Seite begangen wurden, als der klare und unzweideutige Verzicht auf die einstigen Landesteile Polens in Deutschland nicht geschah, und die polnische Armee des 5. November nicht zustande kam.

Die maximalistische Welle beginnt sich zu überschlagen. Es mehren sich die Anzeichen, daß nicht nur in der Provinz, sondern auch in Petersburg die Bevölkerung des Terrorismus der Maximalisten überdrüssig zu werden beginnt. Ein wichtiger Schritt in diesem Kampf bedeutet ein Aufruf des Führers der Sozialrevolutionäre, Tschernow, gegen den maximalistischen Terror. Da bei den Wahlen zur konstituierenden Versammlung bekanntlich die Sozialrevolutionäre die weitaus größte Zahl der Mandate erhielten, so ist dieser Versuch eines Kampfes gegen Lenin und Trotzki viel aussichtsreicher als die bisherigen Versuche der Kadetten. Dazu kommt, daß das Scheitern der Friedensverhandlungen den Maximalisten den Nimbus der Friedensbringer nehmen wird, sobald wie Kühlmann in seiner Schlußrede feststellte, „die Kriegshandlungen wieder aufleben" werden. Das starke Betonen der Notwendigkeit eines Friedensschlusses durch Tschernow dürfte damit starke Kräfte für die Sozialrevolutionäre frei machen. Wie aber auch der Vorstoß der Sozialrevolutionäre auslaufen mag, die maximalistische Flut scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben und vor dem Fallen zu stehen. Die Stockholmer Meldung über den Tschernowschen Aufruf besagt:

In allen größeren Städten Rußlands werden mit der Unterschrift des Hauptkomitees der Armee versehene Flugblätter verteilt, in denen folgende vielsagende Forderung enthalten ist: Wir empfehlen allen sozialistischen Parteien und allen demokratischen Organisationen, von Lenin und seinen Genossen die Durchführung des nachfolgenden Programms zu fordern:

1. Gänzlicher Bruch mit dem System der terroristischen Politik und Wiederherstellung aller bisherigen Freiheiten.
2. Sofortige Festsetzung des Termins für den Wiederbeginn der Beratungen der Konstituante mit voller Redefreiheit.
3. Die Überweisung des Bodens an die Verwaltung des Ackerbaukomitees.
4. Weiterführung der Friedensverhandlungen.
5. Eine schleunige Durchführung des Programms und Übernahme der obersten Staatsgewalt durch den Präsidenten der Konstituante.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Für 15 Pfg.

wöchentlich bringt

‚Die Welt-Literatur'

die besten

Romane u. Novellen.

Sie ist die unterhaltendste und billigste

Haus-Bibliothek

die in keiner Familie fehlen sollte.

Vierteljährlich (13 Nummern) ..... 1.80 Mk.
Vierteljährlich Feldpost (13 Nummern) 2.10 Mk.
Probe-Bände (5 Nummern) mit Porto —.50 Mk.

Verlag: „Die Welt-Literatur" München 2

Soeben erscheint das **vierte bis siebente Tausend** Verlag von **Fr. Wilh. Grunow, Leipzig**

Dr. Karl Hoffmann:

Das Ende des kolonialpolitischen Zeitalters

Grundzüge eines wirtschaftsorganischen Genossenschafts-Imperialismus

Gr. 8, 150 Seiten **Preis 3.00 Mark** Steif broschiert

„Das Werk geht nicht in Zahlen und Statistiken auf. Es schürft viel tiefer, es behandelt Gebiete, an denen der durchschnittliche volkswirtschaftliche, mitunter auch der politische Schriftsteller nur zu oft vorübergeht. Die seelischen Faktoren im Handel wie in der Industrie, im Kolonialsystem wie in den politischen Kämpfen der Völker überhaupt werden von ihm gewürdigt und mit anerkennenswerter Kenntnis behandelt. Der Verfasser erweist sich überall als historischer Denker, der die Zusammenhänge im großen kolonialpolitischen Geschehen seit Beginn der Neuzeit durchschaut und daraus seine Schlüsse zieht. Seine Logik ist am zwingendsten, wo er die Geschicke Englands als Kolonialmacht verfolgt und zu der Ansicht kommt, die jetzigen überseeischen Besitzungen Englands würden mit der Zeit alle selbständige „Imperien" werden und das Mutterland vereinsamt und geschwächt zurücklassen, — und er warnt davor, auf unser Verhältnis zu Vorderasien und der Türkei die alte kolonialpolit sche Methode anzuwenden. Auch wenn man dem Verfasser nicht überall beistimmt, hat man in dem Werke Hoffmanns ein höchst lesenswertes, kenntnisreiches, fesselndes Buch vor sich." Köln. Ztg.

Zu haben in jeder Buchhandlung oder direkt von der Verlagsbuchhandlung

AUTO-LICHT-ENTWICKLER „DANIEL"

Größter Schlager. Export nach allen Ländern.
Daniel Heinr. Belz, Dresden-A., Gr. Plauensche Straße 18

Technische Glasartikel

Wiederverkäufer gesucht

Hermann Herzig, Görlitz in Schlesien

Bei allen Anfragen und Bestellungen aus dem Inseratenteil bitten wir, sich auf die „Deutsche Politik" zu beziehen.

Soeben erschien:

Das 40. bis 42. Tausend, die neunte wesentlich erweiterte Auflage von der

Geschichte der Nationalökonomie

Eine erste Einführung von

A. Damaschke

Inhalt des ersten Bandes:

I. Vom Wesen der Nationalökonomie - II. Das Altertum - III. Das Mittelalter und das kanonische Recht - IV. Das Zeitalter des Merkantilismus - V. Die Physiokraten - VI. Die liberale Schule

400 Seiten - Preis 4 Mark, gebunden 5.50 Mark, Porto 30 Pfennig

Aus den Urteilen der Presse:

Preußisches Verwaltungsblatt: Wir wüßten zurzeit kein anderes Werk, das so sehr zur ersten Einführung in die Geschichte der Volkswirtschaftslehre geeignet wäre.

Das Polytechnikum: Das Werk bedarf keiner Empfehlung mehr; es ist namentlich für Anfänger in der Nationalökonomie unentbehrlich geworden.

Magdeburger Zeitung: Dies ist das Buch, das sich viele schon lange gewünscht, auf das viele gewartet haben, denen nach Verständnis verlangte für wichtige Aufgaben unserer Zeit, um mitarbeiten zu können an ihrer Lösung.

Zu beziehen durch die „Deutsche Warte", Buchhandlung, Berlin NW 6
(Postscheckkonto 21 068)

Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 257
Rohrbach, Der Eisgang im Osten 259
Stein, Kühle Nase und kühler Kopf 264
Bittenfeld, Militarismus 269
Brentano, Die Bewucherung Italiens 276
v. Blume, Bethmann Hollweg, der Demokrat 284
Notizen / Neuerscheinungen 286

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang 1. März 1918 Heft 9

Gustav Kiepenheuer-Verlag / Weimar / Berlin

Digitized by Google

Bereits im 61. bis 70. Tausend erschien:

Die Bodenreform

Grundsätzliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Überwindung der sozialen Not von

Adolf Damaschke

500 Seiten – Preis: broschiert Mk. 3.50, gebunden M. 5.00 – Porto 30 Pf.

Inhalt: 1. Weder Mammonismus noch Kommunismus! 2. Die Bodenreform und die industrielle Entwicklung – 3. Die Bodenreform und das Agrarproblem – 4. Die Bodenreform in Israel – 5. Die Bodenreform in Hellas – 6. Die Bodenreformkämpfe in Rom und ihre Lehren – 7. Henry George – 8. Die Hohenzollern und die Bodenreform – 9. Der Weltkrieg im Lichte der Bodenreform.

Aus mehr als 1000 Besprechungen:

Kölnische Volkszeitung: Damaschkes Bodenreform wird infolge ihrer Vorzüge der fesselnden, überzeugenden Darstellung, namentlich aber infolge ihres tiefen inneren Wertes für den allgemeinen Kulturfortschritt, zu den unvergänglichen Büchern der national-ökonomischen Literatur gehören. – Deutscher Reichs- und Preußischer Staatsanzeiger: Eine Aufklärungsschrift im besten Sinne, die eine erschöpfende Darstellung der in immer weitere Kreise dringenden Grundsätze der Bodenreform enthält. – Soziale Praxis: Dieses Werk ist nicht bloß für Zehntausende, sondern bald für Hunderttausende deutscher Leser eine Art volkswirtschaftliches Bekenntnisbuch geworden. – Dresdener Neueste Nachrichten: Ein einzigartiges Werk! Wenige Bücher gibt es, die so viele Taten geschaffen haben! – Berliner Volkszeitung: Es ist das klassische Buch der Bodenreform-Literatur. Sein Studium ist jedem anzuraten, der in einer der bedeutsamsten Fragen der Zeit sich nicht als Ignorant entlarvt sehen möchte!

Zu beziehen durch die „Deutsche Warte", Buchhandlung, Berlin NW 6 (Postscheckkonto 21068)

Digitized by Google

3. Jahrgang • 1. März 1918 • Heft 9

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Den Russen, die kein Mittelalter durchgemacht haben, fehlt der Ritterlichkeitsbegriff. Für sie ist die Sprache der Kraft die einzig verständliche. Großmut üben sie selbst nicht und halten sie bei anderen für Schwäche. Unser Vormarsch auf Trotzis Brüskierung in Brest-Litowsk war, wie der Erfolg zeigt, die einzig richtige Antwort. Die Befürchtung, als ob wir durch Tatkraft uns in Rußland dauernde Feindschaft erwecken würden, ist gänzlich verkehrt. Rußland hat es England nie nachgetragen, daß ihm Japan auf den Hals gehetzt wurde. Vielmehr schloß es mit beiden bald ein Bündnis ab, weil es sich lohnt, mit Klugheit und Kraft zusammenzustehen. Unser Edelmut dagegen, der uns abhielt, während des japanischen Krieges, wie die Engländer es vorschlugen, die russische Gefahr zu beseitigen, hat Rußland nicht verhindert, den Kriegsbrand gegen uns zu entzünden. Für uns ist daher der richtige Weg gegenüber Rußland vorgezeichnet. Wir müssen es England und Japan an Klugheit und Kraft gleichtun. Dann wird die russische Zuneigung ganz von selbst kommen.

*

Das Wort eines unabhängigen Sozialdemokraten, die baltischen Hilferufe seien in Berlin fabriziert, wird durch die Wucht der Tatsachen Lügen gestraft. Laut Heeresbericht kämpfen die Esten auf unserer Seite gegen die Russen. Damit ist für die Neutralen, aber auch für unsere Sozialdemokratie der unumstößliche Beweis erbracht, daß nicht nur die „baltischen Barone", sondern auch die „unterdrückten" Volksmassen, soweit sie nicht, wie ein Teil der Letten, dem Maximalismus verfallen sind, den festen Entschluß gefaßt haben, mit Waffengewalt das russische Joch abzuschütteln.

*

Kommt Rumänien zum Frieden? In ein paar Tagen muß sich das Schicksal des Landes und der Dynastie entscheiden. Seit dem Frieden mit der Ukraine ist es, zudem in heftige Kämpfe mit den Banden der Maximalisten verwickelt, ohne allen Rückhalt

Digitized by Google

Wir können ihm auch einen Frieden gewähren, der Bulgariens Ansprüche befriedigt und das bessarabische Problem erledigt. Es erhält diesen Frieden aber nur, wenn wirtschaftlich, politisch und militärisch die Garantien gegeben sind, die Rumäniens Zukunft an das Schicksal Mitteleuropas binden. Die konservativen Staatsmänner, die in Bukarest geblieben sind, wissen das und werden so mit dem neuen Ministerpräsidenten, General Averescu, zu handeln haben.

*

Lloyd George ist in England Sieger geblieben, noch einmal; die Vertrauensfrage wurde nicht gestellt. Aber daß er den Generalstabschef Robertson opferte, verschärft im Volk und an der britischen Front die zerrissene Stimmung, mit der man die deutsche Kriegsaktion erwartet. Northcliffe hat es in diesem Augenblick übernommen, die Offensive gegen die deutsche Heimatfront amtlich zu leiten. Er ist der Propagandachef für die Agitation in den Ländern des Vierbundes geworden. Die Öffentlichkeit dieses Vorgangs hat etwas Verblüffendes. Ausrichten wird dieser Techniker der Verleumdung, denken wir, nichts, denn nach $3\frac{1}{2}$ Jahren von sorgfältiger Dosierung ist unser Volkskörper gegen dieses Gift immun geworden.

*

Das Schwergewicht der innerpoiltischen Situation legt sich im Augenblick auf die preußischen Nationalliberalen. In dem Kampf zwischen Friedberg und Lohmann sammelt sich die politische Entscheidung unserer Zukunft. Einstweilen ist Friedberg unterlegen, vielleicht weil er selber einen Augenblick schwankte. Die Mehrheit seiner alten Fraktionsgefolgschaft hat im preußischen Verfassungsausschuß das gleiche Wahlrecht zum Fall gebracht. Nie wurde das Odium einer unpolitischen Handlungsweise bereitwilliger aufgenommen — die Konservativen können lachen. Sie sind entlastet. Denn das Musterbeispiel von Mandatsangst an Stelle von Staatspolitik ist von der anderen Stelle gegeben. Die Regierung, soll sie nicht ihre Autorität aufs tiefste erschüttern, muß jetzt mehr als je ohne Konzessionen ihrem Führerberuf dienen. Der Monarch steht fest zu seinem Willen.

*

Das Herrenhaus wartet ab, was ihm vom Landtag überreicht wird. Die Öffentlichkeit geht in sehr unsicheren Schritten, wenn sie den Weg vorfühlen will, den die „Erste Kammer" suchen wird. In den stillen Stuben beginnt aber auch dort die Auseinandersetzung — denn der berufsständische Gedanke schafft selbst hier innerhalb der wenigen Fraktionen neue Bindungen. Aber es ist unverkennbar: die alten Magnatengeschlechter sperren sich gegen die neuen Vertretungen der gebundenen Mandate. Sperren sich vielleicht auch gegen die Beschränkung des Kronrechts, das dem König die freien Ernennungen begrenzen will. Denn sie sehen gerade hier, gegen „unerwünschte Tendenzen" im eigenen und im andern Haus, einen Hebel der königlichen Macht. Das Herrenhaus will seine Reform selber besorgen. Es ergibt sich der

Digitized by Google

eigentümliche Zustand, daß man heute hoffen muß: diese Stelle wird die Verewigung des schwerindustriell-großagrarischen Dauerkartells, das in dem Ausschußentwurf seinen Grundriß gefunden hat, vielleicht wieder verwerfen.

*

Die Bevölkerungsverschiebung seit 1867 bezw. 1871 wird jetzt endlich, wenn auch unvollkommen, anerkannt. Dem Reichstag wird das Gesetz vorgelegt, daß er neue Mandate schafft; gleichzeitig mit dem Grundsatz der Verhältniswahl, den bislang nur Württemberg durchgebildet hat. Sachlich erscheint eine alte Forderung der einfachen logischen Gerechtigkeit, wenn auch nur auf Abschlagung, erledigt. Politisch bedeutet der Vorgang eine Sicherung der gegenwärtigen Mehrheit, wenn sie, was heute nicht unwahrscheinlich gelten muß, ihre politische Tragfähigkeit über die derzeitige Legislaturperiode ausdehnen will und kann.

*

Herr von Oldenburg-Januschau prägt die Stichworte des Umsturzes von oben: ... „was nach innen geschehen wird, wie wir da herauskommen werden, das ist Gott dem Herrn bewußt. Der Kanzler, der das eines Tages wieder in Ordnung bringt, auf den wird wohl geschossen werden, und wenn nicht auf ihn geschossen wird, taugt er nichts (Heiterkeit und Bravo); es kommt bloß darauf an, daß er selber auch schießt" (Heiterkeit und Bravo). Die fröhliche Erwartung dieses Tages belebte die Jubiläumsversammlung des Bundes der Landwirte, der zum Symbol auch Landrat Rötger, der Sachwalter des Zentralverbandes der Industriellen, die Gunst seiner Gegenwart schenkte.

*

Die deutsche Sozialdemokratie hat eine wichtige und dringliche Aufgabe: ihre Wiener Genossen im Zaum zu halten. Otto Bauer, aus der russischen Gefangenschaft entlassen, macht die „Arbeiterzeitung" zu einem Ableger von Bolschewismus, und Viktor Adler verkündet, daß Österreich-Ungarn aller Kriegsbedrohung ledig, also zum eigenen Frieden reif. Derlei hören auch die deutschen Proletarier, die Czernowitz, Lemberg und Görz befreit haben, auf die Dauer nicht ohne dumpfen Zorn.

Der Eisgang im Osten

Von Dr. Paul Rohrbach

Wie richtig die russischen Dinge von uns beurteilt worden sind, das zeigt sich jetzt durch den Verlauf der Ereignisse dort, wo bisher Rußland war. Die Nachricht, daß Lenin und Trotzky durch die Agrarsozialisten unter Tschernow gestürzt worden seien, lief den Ereignissen voraus, aber es ist doch wahrscheinlich, daß es in absehbarer Zeit dazu kommen wird. Vor allen Dingen haben wir aber gesehen, wie sofort, nachdem unsere Truppen sich in Marsch gesetzt hatten, die Friedensbitte der

Digitized by Google

maximalistischen Diktatoren eintraf. Man sollte daraus lernen, daß es nur ein Mittel gibt, mit dem Russen von politischen Angelegenheiten zu sprechen: ihn fühlen lassen, daß er der schwächere Teil ist! Geschieht das nicht, so bildet er sich stets ein, der Stärkere, oder mindestens der Schlauere zu sein. Die Vorlesung, die wir darüber in Brest bekommen haben, sollte einem politisch nicht zu unbegabten Volk auf ein Menschenalter zur Belehrung genügen.

Richtig ist auch die Bemerkung, der man jetzt in der deutschen und neutralen Presse häufiger begegnet, daß Lenin und Trotzki ihre irrige Meinung, sie würden uns noch zu gezwungenen Mitspielern oder bolschewistischen Affenkomödie machen und den Frieden schließlich mit Liebknecht und Ledebour schließen können, stark aus unseren Streiks und aus der Haltung der meisten sozialdemokratischen und einiger anderer deutscher Zeitungen geschöpft haben. In der bürgerlichen deutschen Presse hat sich fortdauernd Georg Bernhard in der „Vossischen Zeitung" hervorgetan, dessen Artikel ein Russe, mag er Maximalist, Zarist oder sonst etwas sein, nur als fortgesetzten Ausfluß eines ausgesprochenen deutschen Schwächegefühls und als Beweis gründlich verkehrter Beurteilung aller Verhältnisse im Osten verstehen kann. Hand in Hand mit Bernhard, von ihm auch als Zeuge und Helfer verwertet, ist Professor Hoetzsch in der „Kreuz-Zeitung" tätig gewesen, wobei nur erfreulich war, daß der Führer der konservativen Partei im Reichstag die Annahme Professor Hoetzsch vertrete mit seiner russischen Politik den Standpunkt der Partei, unzweideutig zurückwies. Wir halten es heute nicht mehr für nötig, eine eindringende Untersuchung über das System Hoetzsch-Bernhard und die Einführung verkehrter Gesichtspunkte zur Ostpolitik in unsere öffentliche Meinung anzustellen. Die Ereignisse selber haben gesprochen, und die seltsamen Irrgänge, in denen der Geist der beiden Herren und einer Anzahl mehr oder weniger offen hervortretender Geistesverwandter sich gefiel, sind so deutlich, wie man nur wünschen konnte, gekennzeichnet.

Für das bisherige Rußland ist es geschichtliche Nemesis, daß der moskowitische Charakter nun auch den letzten Akt in dem Schauspiel des Zusammenbruchs selber herbeigeführt hat. Ohne Zweifel hätte das zarische Rußland einen Frieden haben können, der es im ungeschmälerten Besitz seiner Grenzen und seines äußeren Machtumfanges ließ. Zur Zeit Stürmers und Protopopows waren bekanntlich starke Einflüsse bei uns für den russischen Sonderfrieden tätig, und wenn die damaligen Regierungsleute in Petersburg gegenüber dem fanatischen Kriegswillen des Dumablocks und der öffentlichen Meinung die Kraft und den Mut zu Friedensverhandlungen gehabt hätten, wenn sie nicht gewußt hätten, daß sie ihren Kopf und der Zar seine Krone riskierten, sobald sie auf die deutschen Annäherungsversuche eingingen, so hätten wir 1916 einen Abschluß mit Rußland erlebt, der den befreienden Eisgang im Osten noch lange nicht hätte eintreten lassen. Dann kam die Zeit, wo Kerenski nur seine Hand auszustrecken brauchte, um den von uns abermals angetragenen

Digitized by Google

Frieden mit geringen Opfern für Rußland zu erhalten. Die Ukraine hatten wir noch nicht entdeckt, und was Litauen und die baltischen Provinzen betraf, so begriff nur ein Minderheit bei uns, daß die Ausscheidung dieser Gebiete aus dem russischen Staatskörper auch dann verlangt werden mußte, wenn Kerenski gegen ihre Rückgabe den Frieden zu bewilligen bereit war. Kerenski und seine Gesinnungsgenossen fingen an, als ob sie in Wahrheit Frieden und Freiheit für alle Völker Rußlands wollten. Es dauerte aber nicht lange, so schlug der großrussische, moskowitische Charakter durch. Sie vergaßen ihre Versprechungen und Proklamationen und richteten das alte System der Unterdrückung und Vergewaltigung gegen die Fremdvölker und Ukrainer wieder auf. Zuletzt kamen Lenin und Trotzki, verkündeten wieder freies Selbstbestimmungsrecht für Finnländer und Ukrainer, für Esten, Polen, Tataren und Kaukasier, und stellten die dumme, mit den Vorhängen des demokratischen und des annexionslosen Friedensgedankens maskierte Falle von Brest auf. Auch diese tollen und blutigen Harlekine hätten noch von uns einen Frieden bekommen können, in dem wir der grundsätzlichen Einflußnahme darauf entsagten, wie sich in Rußland das innere Verhältnis der Nationalitäten gestaltete. Trotzki hätte nur zuzugreifen gebraucht, und die Ukraine, Finnland, Livland und Estland wären nicht so schnell als notwendige Sicherungen Mitteleuropas gegen die moskowitisch-tartarische Anarchie in den Gesichtskreis des ganzen deutschen Volkes getreten. Trotzki aber wollte die deutsche Revolution, und bei den Bolschewiki offenbarte sich in überraschend kurzer Zeit derselbe unzerstörbare Charakterzug des Moskowiters, daß er, gleichviel ob Zarist ob Republikaner oder Anarchist, nicht anders kann, als unterjochen, vergewaltigen, morden und zerstören.

Nun endlich krachte es in der Eismasse. Die Decke barst, die Schollen fingen an zu gehen und unwiderstehlich treibt nun vor unseren Augen der ganze Eisstoß, sich überstürzend, gleitend, splitternd stromab. Wodurch haben wir das erlebt? Etwa kraft unseres uranfänglichen politischen Verständnisses? O nein, dieses Verständnis wäre dreimal in drei Jahren bereit gewesen, um des Scheins einer augenblicklichen Erleichterung willen auf das zu verzichten, was für eine tiefblickende und zielbewußte deutsche Politik vom ersten Tage des Krieges mit Rußland an als Friedensprogramm hätte aufgestellt werden müssen: Rußland aus einer unsere nationale Sicherheit bedrohenden Weltmacht in einen geographischen Begriff zu verwandeln. Das ist es, was wir jetzt erleben, und wenn es auch größer und erhebender wäre, unsere Politik hätte das schon an dem Tage vorbedacht und vorgewollt, als Rußland uns durch seine Mobilmachung den furchtbaren Entschluß aufnötigte, ihm den Krieg zu erklären, so freuen wir uns darum doch des wunderbaren und gnädigen Geschicks, das es trotz allem so hat kommen lassen; wir freuen uns in aller Bescheidenheit auch darüber, daß wir unbeirrt durch den mehrfach sich wiederholenden scheinbaren Tiefstand der Aussichten auf ein gutes Ende im Osten, niemals in diesen Jahren etwas von der großen Gesamt-

Digitized by Google

idee preisgegeben haben, Rußland durch Osteuropa zu ersetzen. Der größte Helfer aber ist uns dazu der Moskowiter selber gewesen, und weil diese durchschlagende Hilfeleistung Moskaus für den Sieg des deutschen Gedankens in der Welt mit Naturnotwendigkeit aus dem inneren Wesen des Moskowitertums hervorkam, darum sind wir auch sicher, daß dies Wesen unser und aller befreiten Völker im einstigen Rußland nie versagender Bundesgenosse auch in zukünftigen Fährlichkeiten bleiben wird.

Trotzkis Friedensangebot mag man behandeln, wie es das nach allem Vorhergegangenen verdient. Wahrhaft ehrlich ist jetzt so wenig gemeint, wie vordem, und wie gesagt, nichts ist zweifelhafter, als wie lange Lenin und Trotzki noch an der Macht bleiben. Zu den Bedingungen, die jetzt übereinstimmend als Voraussetzung dafür genannt werden, daß wir wieder verhandeln: Räumung der Ukraine, Finnlands, Estlands und Livlands von dem maximalistisch-moskowitischen Raub- und Mordgesindel, würden wir jetzt noch hinzufügen: Entschädigung sowohl der Ukrainer als auch der Finnländer und der deutschen, estnischen und lettischen ausgeplünderten Landesangehörigen im baltischen Gebiet für alle Verluste und Mordtaten. Diese sind unter Verantwortung der maximalistischen Machthaber in Petersburg erfolgt; sie sind von ihnen angeordnet und die Täter sind mit Geld, Waffen und Panzerzügen ausgerüstet worden.

Unter den Gebieten, die jetzt von Moskau befreit sind oder der Befreiung entgegengehen, ist die Ukraine wichtiger als alle anderen zusammen. Es ist nötig, daß man sich bei uns mit Energie dem Studium des ukrainischen Lebens, der ukrainischen Geschichte und der zu entwickelnden Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine hingibt[1]. Die Befürchtung, als ob mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Wirren die Existenz des ukrainischen Staates selbst wieder in Frage gestellt werden könnte ist grundlos; sie kann nur auf gänzlicher Verkennung aller Grundlagen und Wurzeln der gegenwärtigen Vorgänge in Osteuropa beruhen. Auch was Finnland betrifft, braucht niemand mehr Sorge um den endgültigen Ausgang zu haben. Die Zustände dort, so furchtbar sie sind, werden nicht mehr lange dauern. Finnland ist als Glied des besseren Europa vom Bösen gerettet und wird, wenn es hoch kommt, nach einem Menschenalter seine Wunden geheilt und verschmerzt haben.

Als ernsthafte Sorge besteht nur die um die Entwicklung der Dinge in Polen. Die letzten Nachrichten, die auf ukrainischer Seite Bereitwilligkeit erkennen lassen, über das Cholmer Land und die angrenzenden Gebiete nochmals mit den Polen zu verhandeln, könnten günstig wirken, wenn nicht noch an anderen Stellen in Polen Grund zur Unruhe bestände. Die Polen haben zwar recht, wenn sie sagen, daß vor

[1] Unmittelbar nach dem deutsch-ukrainischen Friedensschluß erging von ukrainischen und deutschen maßgebenden Stellen der Vorschlag zur Gründung einer deutsch-ukrainischen Gesellschaft. Er ist bereits in der Verwirklichung begriffen; vorläufige Auskunft erteilt der Ausschuß für deutsche Ostpolitik, Berlin W., Kurfürstenstr. 101.

Digitized by Google

und nach der Proklamation über die Wiederherstellung des polnischen Staats manches von dem, was auf unserer Seite geschah, nicht geeignet war, eine günstige Entwicklung der Dinge in Polen zu fördern. Schwerer aber scheint es uns zu wiegen, daß man auf der polnischen Seite offenbar während das entscheidenden Zeitraums nicht erkannt hat, wie sehr es im Interesse Polens war, trotz dieser Hinderungen und über alle Kritik an dem Verhalten der Polen besetzt haltenden Gewalten hinweg, zwei Tatsachen sicherzustellen: das polnische Heer und den unzweideutigen Verzicht der maßgebenden Stellen auf die polnischen Landesteile des Deutschen Reiches. Man mag die von deutscher und österreichischer Seite in Polen gemachten Fehler noch so eindrucksvoll zur Verteidigung der polnischen Partei und der polnischen Gesellschaft gruppieren können, aber diese Verteidigung findet keine Antwort auf den Vorwurf: bei hinreichendem staatsmännischen Einblick in die Lage hätten die Polen erkennen müssen, daß sie dauernd in Gefahr schwebten, ihr oberstes Ziel, einen lebensfähigen und hinreichend ausgedehnten polnischen Staat bei den starken entgegenwirkenden Kräften nicht zu erreichen, außer durch heroische Anwendung jener beiden Mittel, polnische Armee und klaren Verzicht auf Posen und Westpreußen. Hier hat die staatspolitische Einsicht großen Stils bei ihnen versagt, und darum ist es schwer, jetzt für die Polen einzutreten. Sicher ist die Ukraine als zukünftige europäische Macht wichtiger als Polen. Trotzdem wäre es ein verhängnisvoller Fehler, wenn man jetzt dazu schreiten wollte, zwischen Mittel- und Osteuropa ein polnisches Serbien zu schaffen. Die Polen sind ein Volk von 18 Millionen und die Serben zählten kaum 9; davon nur ein Drittel im serbischen Königreich, und der Rest noch lange nicht voll für das national-serbische Ideal gewonnen. Trotzdem nahm die Weltkatastrophe von Serbien ihren Ausgang. Etwas ähnliches kann sich eines Tages von Polen aus wiederholen, wenn man hier Verhältnisse schafft, bei denen der nationale Schmerz die Polen bei jeder auftauchenden Möglichkeit einer zukunftigen Krisis die Besinnung verlieren läßt. Trotz des mangelnden Befähigungsnachweises, den die Polen vorläufig geliefert haben, möchten wir unseren Standpunkt in der polnischen Frage doch dahin kennzeichnen: 1. daß eine erhebliche Ausdehnung Litauens, so daß der litauische Staat sowohl Wilna als auch Grodno und außerdem erhebliche weißrussische Gebiete umfaßte, ein Fehler wäre; 2. daß die Möglichkeit, Polen größere nationale Entschädigungen in Weißrußland zu geben, vorläufig noch offen bleiben sollte; 3. daß wirkliche Annexionen polnischen Landes an Preußen-Deutschland mit der größten Bestimmtheit, weil unnötig und gefährlich, abzulehnen sind; 4. daß trotz der polnischen Leidenschaftlichkeit in unserer inneren Politik nicht von neuem ein hakatistischer Polenkurs eingeschlagen werden darf; 5. endlich, daß anständigerweise von einer Wegnahme des polnischen Kohlenbeckens von Dombrowa nicht gesprochen werden sollte.

Digitized by Google

Kühle Nase und kühler Kopf

Von Prof. Dr. Philipp Stein

Ein neuerer volkstümlicher Naturforscher, der von Brehm Liebe zu den Tieren und Verständnis für ihr Leben erbte, hat die Tiere nach den Organen, die ihnen im wesentlichen die Eindrücke vermitteln, eingeteilt in Augen- und Nasentiere. Mir scheint, daß man die Einteilung auch auf die Menschen anwenden kann. Will man nicht überhaupt die Menschen in die Nasentiere einreihen, wofür manches spricht, so gehört der Politiker, oder sollte es wenigstens gehören, zweifellos zu den Nasentieren. Vornehmlich der Diplomat muß eine feine Nase für das „Geschäft" haben, muß die leisesten Bewegungen wittern, den feinsten Spuren nachspüren können. Wie wir aber vom Hund, dem besten Vertreter der Nasentiere, wissen, ist die Voraussetzung für die volle Leistungsfähigkeit der Spürnase, zugleich das Zeichen der Gesundheit, die kühle Nase. Mich deucht, einer der wichtigsten Gründe für die gleicherweise bedauerliche wie beschämende Erscheinung, daß so viele unserer Politiker, beamtete, redende und schreibende, so oft für nichts und wieder nichts heiße Köpfe bekommen oder ihn gar verlieren, ist, daß sie entweder überhaupt keine „Nase", oder, was nicht minder schlimm ist, keine kühle Nase haben. Es gebricht ihnen daher an der edlen Gleichgültigkeit, der Gelassenheit, die nicht bloß eine adlige Eigenschaft, sondern die wirksame Voraussetzung des Erfolges in jeder geschäftlichen Tätigkeit, namentlich in dem Geschäft der Geschäfte, in der Politik, ist. Die Beispiele hierfür auch nur aus dem letzten Halbjahr anzuführen, gestattet die Papiernot nicht. Es genügt der bloße Hinweis auf die Friedensverhandlungen mit Rußland und was sich in ihrem Gefolge in unserer Öffentlichkeit abgespielt hat. An den jähen Wechsel von himmelhochjauchzend und zu Tode betrübt sein erkennt man den Verliebten und den „Berliner", aber es ist wahrlich kein Zeichen für einen Politiker.

Vor einer Wiederholung des Freudenausbruches über das neue Telegramm der bolschewistischen Regierung, die Brest-Litowsker Bedingungen anzuerkennen, hat uns zum Glück die Erinnerung an die Enttäuschung ganze acht Tage vorher bewahrt; so rasch vergißt selbst ein Politiker nicht, obwohl das „kurze Gedächtnis" eine seiner wesentlichen Eigenschaften ist. Aber was diesmal nicht eingetreten ist, kann jeden Tag sich wiederholen, und deshalb ist jedes Mittel nützlich, das dazu hilft, unseren Politikern und unserem Volke die Nase kühl zu machen; dann wird der kühle Kopf von selber kommen!

Wenn ich über Rußland zu schreiben wage, so sei von vornherein gesagt, daß ich kein „Russenkenner" bin. Für mein Unterfangen habe ich aber eine Entschuldigung und eine Rechtfertigung. Die erstere ist: wenn nur die Russenkenner über Rußland zum Worte kommen dürften, dann entfielen in den meisten Zeitungen weiße Stellen auf das Kapitel Rußland. Die Rechtfertigung finde ich darin, daß ich in den letzten

Digitized by Google

Monaten in Skandinavien reichliche Gelegenheit gefunden habe, mit Deutschen und Nichtdeutschen, die Rußland genau kannten, die zum Teil bis in die letzte Zeit hinein in Rußland gelebt und gearbeitet haben, regsten Austausch von Erfahrungen und Anschauungen zu pflegen.

Aller Besprechungen Anfang und Ende waren die beiden Sätze: In Rußland herrscht das Chaos und Rußland ist müde, nicht bloß kriegsmüde. Die Herrschaft Kerenskis und die jetzige der Bolschewikis sind nur Episoden; selbst die soziale Revolution ist nur eine Nebenströmung, im wesentlichen eine Angelegenheit der Petersburger Machthaber. Das Chaos ist das Entscheidende, das Allrussische. Das alte zentralistische Rußland ist zusammengebrochen; nur noch Stücke arbeiten. An Stelle des einen Zaren hat Rußland jetzt tausend und abertausend Machthaber von dem Mann, der zufällig an der Spitze der Petersburger Regierung steht, bis zu dem letzten Soldaten oder Matrosen, der über einen Revolver oder ein Gewehr verfügt. Die Waffe begründet das Herrschaftsrecht, zu gehorchen hat der Waffenlose. Weder große Parteien, noch starke Führer, gestützt auf Heeresgewalt, stehen sich gegenüber. Der Bürgerkrieg ist verzettelt in Kämpfe von Haufen und Banden, ein wildes Aufeinanderschlagen von Personen, Grüppchen und Gruppen. Man mache einmal den Versuch, in den phantastisch aufgeputzten Berichten auf den Grund sicherer Zahlen über Kämpfende oder Tote zu dringen, und man wird mit staunender Überraschung erkennen, wie klein die Zahl der Beteiligten ist. Selbst im Kampf zwischen Kerenski und Kornilow standen sich — auch abgesehen von den Riesenheeren des Krieges — nur Haufen von bewaffneten Soldaten, aber keine Armeen gegenüber. Es fehlt an jeder geordneten Macht. Die alte Bureaukratie ist zerschlagen. Die Bauernschaft ist unorganisiert. Die Kirche, die die Anlehnung an die alte Macht verloren hat, hält sich abwartend zurück. Die Parteien scheiden sich mehr nach Personen, als nach Programmen. Das Heer ist zersetzt. Schon längst vor dem Demobilisierungsbefehl Trotzkis vom 10. Februar hatten sich die russischen Soldaten selbst demobilisiert. Die einen, um nach Haus, zur Familie, zum Dorf, zur Landausteilung zurückzukehren, die anderen, und nicht die wenigsten, mit der einen Absicht, auf Staatskosten oder auf eigene Faust, zumal wenn sie mit einem Revolver bewaffnet war, zu leben.

Sie gerade stellen den einen, am stärksten erkennbaren, eindeutig bestimmten Machtteil dar, sie sind, aus dem Chaos geboren, die Elemente des Chaos. Nicht kämpfen, sondern leben und genießen, wenn es nicht weiter geht, wenigstens den Hunger stillen, ohne arbeiten zu müssen, über Geld verfügen aus der Staatskasse oder fremdem Besitz, ist das Ziel der Vielen, Vielzuvielen. Im Anfang der Revolution verklärte die Sonne der Freiheit alles und rechtfertigte und reinigte alles: uralte kommunistische Vorstellungen, revolutionäre Gedanken von Bakunins Tagen an, verzückte Hoffnungen und Prophezeiungen Dostojewskis und seiner ins religiös-anarchistische weit hinausschweifenden Jünger, religiöse und soziale Schwärmereien Tolstois ver-

Digitized by Google

banden sich mit den Ideen des modernsten Sozialismus und mit dem Machtstreben der unterdrückten jüdischen Intelligenz und ließen in dem Chaos das Entstehen eines neuen, die ganze Welt erobernden Rußlands erhoffen. Träume aus der Frühzeit des europäischen Sozialismus wurden wieder lebendig, die alten Prophezeiungen schienen sich zu erfüllen und durch den russischen Krieg den Sieg des Proletariats zu verwirklichen, und zwar in einem dialektischen Sprung der Entwicklung durch das russische Proletariat und seine Führer. Hatten sie sich doch schon seit langem als die Überwinder und Vollstrecker zugleich des alten Marxismus gegenüber den nach ihrer Meinung verknöcherten deutschen Bourgeois-Sozialdemokraten gefühlt und angesehen.

Auf dem Wege dieser Stimmungen wurde zuerst Kerenski, dann Lenin und Trotzki an die Spitze der Regierung gehoben. Aber Menschen machen die Geschichte, und die Menschen Kerenskis waren der zusammengewürfelte Haufen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Regimenter der Petersburger Truppen, und hinter ihnen die Botschafter und Sendlinge der Ententestaaten, die auch das revolutionäre Rußland als Söldling und Landsknecht zu benutzen gedachten. Lenin aber und Trotzki wurden emporgetragen durch die kriegsmüden Matrosen der Ostseeflotte, die kriegsmüden Soldaten an und hinter der Front. So wurden sie zu den Männern des Friedens, aber zu merkwürdigen Vertretern des Friedens. Gelinder Größenwahn ist die Eigenschaft eines jeden Radikalismus, namentlich kann der Radikalismus der Weltbeglückung nicht ohne maßlose Überschätzung des eigenen Ichs und ebenso grenzenlose Geringschätzung des anderen Ichs leben und wirken. In langen Jahren der Not und der Verbannung hatte sich der Herrschaftswille der russischen Revolutionäre nur auf dem Papier betätigt; ihr Szepter war der Federhalter, ihr Reich eine Redaktionsstube, eine Studentenbude oder ein Kaffeehaus. Nun standen sie an der Spitze eines Weltreichs und ihr Wille galt Millionen, unumschränkter als je der eines Zaren. Die Zeit der Diktatur des Proletariats schien gekommen, im Innern wie nach außen. Nach altem Rezept gedachten sie alle Mittel der Macht schrankenlos anzuwenden und nichts zu beschönigen, und sie taten es.

Auch dem äußeren Gegner traten sie nicht als Besiegte, sondern als Sieger entgegen. Sie stellten die Bedingungen als die vermeintlichen Vertreter einer neuen Weltepoche. In der Selbsttäuschung über ihre eigene und ihrer Gegner Macht sahen sie, als 48er neuester Auflage, es als selbstverständlich und geschichtlich notwendig an, daß das Proletariat in den anderen Ländern sich erheben und den Frieden erzwingen werde. „Nicht in Brest-Litowsk, sondern auf den Straßen von Berlin und Wien wird der Frieden geschlossen werden", telegraphierte ihr offizielles Telegraphenbureau in die Welt hinaus. Und wir bauten ihnen die Bühne, sich als Sieger zu gebärden und zu empfinden, indem wir zum Redekampf mit ihnen in Brest antraten, um wie jedesmal, wenn Deutsche mit Russen in Worten streiten, den Beweis zu erbringen, daß sie uns an Dauer und Schlagfertigkeit der Rede ein paarmal

Digitized by Google

überlegen sind. Trotzki und Genossen redeten und redeten aber nicht allein, weil sie Zeit gewinnen und zugleich durch ihre Reden, unter unserer amtlichen Mitwirkung, die Straßen von Berlin und Wien mobil machen wollten; sie wußten auch, daß jeder Friede, der nicht auf den Straßen von Berlin und Wien geschlossen wird, das Ende ihrer Herrschaft bedeutet. Ohne solchen Frieden ist für sie und ihre Anhänger der Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden das einzig Nützliche und Mögliche. Die Matrosen- und Soldatenhaufen, die in Petersburg und durch Petersburg über Rußland herrschen, sind ebensosehr gegen den Frieden wie gegen den Krieg. Im Krieg ist ihr Leben in Gefahr, weil der Gegner ebenfalls bewaffnet ist und wieder schießt. Mit einem Frieden, der wieder Staatsmacht und Regierungsgewalt aufrichtet, Ordnung schafft, verlieren sie aber die Grundlage des jetzigen, so angenehmen Herrendaseins, auf Staatskosten zu leben.

Die Männer, die als reine Idealisten, Fanatiker, Streber oder Beutemacher jetzt in Petersburg die Diktatur ausüben, angeblich im Auftrag und Sinn des Proletariats Rußlands und aller Länder, stehen und fallen mit dem Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden. Sie sitzen noch im Regiment; aber die Grundlage ihres Herrschaftsbereichs ist schmal. Die Schußweite der Maschinengewehre setzt seine Grenzen. Darüber hinaus beruht ihre Macht wie in den Tagen der Verbannung auf dem Papier. Auf ihm vernichten sie die alte Wirtschafts- und Gesellschaftsordung mit dem einen Federzug und errichten mit dem nächsten die neue Weltordnung. Nur daß jetzt Staatssache ist und durch den Regierungstelegraph in alle Welt gemeldet wird, was früher Privatsache irgendeines der vielen russischen Literaten war. Außerhalb des Papiers, in der Wirklichkeit, herrscht, soweit die Gewehre schießen, Schrecken, darüber hinaus das Chaos. Aus beiden aber erwachsen die beiden stärksten Gegner der Bolschewisten und ihrer Regierung: die Hoffnungslosigkeit und die allgemeine Müdigkeit. Wann diese Stimmungen ihre Männer und Parteien finden werden, die, durch sie zur Macht emporgetragen, Frieden nach außen und Ordnung im Innern bringen wollen, vermag niemand zu sagen. Nicht wenige Russen hoffen und glauben, daß die Deutschen es sein werden.

So sehr wir an einem geordneten, seiner Kraft, aber auch der Grenzen seiner Kraft bewußten Rußland Interesse haben, für heute und die nächste Zeit gibt es nichts anderes als kühle Gelassenheit allen Ereignissen in Rußland gegenüber. Wir haben von dem einen wie von dem andern Rußland nichts mehr zu fürchten. Der Krieg mit Rußland ist mit oder ohne Waffenstillstand zu Ende.

Wir sollten aber auch von Rußland in wirtschaftlichen Dingen zunächst wenig oder nichts hoffen. Das gilt nicht auch von der Ukraine.

Ob Rohstoffe und Getreide in erheblichen Mengen noch dort vorhanden sind, kann kein Mensch wissen. Das hindert freilich nicht, daß bereits viele mit voller Sicherheit darüber reden und schreiben. Nicht minder fraglich und schwierig sind andere Fragen

Digitized by Google

ob, wie und wann, falls Rohstoffe und Getreide noch vorhanden sind, sie erfaßt, transportiert und herausgebracht werden können. Wir sollten nichts erwarten, um vor jeder Enttäuschung gesichert zu sein.

Ein Wesentliches kann uns aber Rußland und die Ukraine bringen, sobald Wirtschaftsbeziehungen wieder hergestellt sind, zum Teil haben sie es uns bereits gebracht: Milderung und Minderung der Preise und im Zusammenhang damit das Auftauchen bisher aus Spekulation oder Angst zurückgehaltener heimischer Waren.

Die Preise für Waren und Geld sind viel stärker als man gemeinhin annimmt, von psychologischen Massenstimmungen abhängig. Unsere Warenpreise im Innern sind unausgesetzt gestiegen, unser Geldkurs im Ausland stetig gesunken — oder was dasselbe heißt, der Preis des ausländischen Geldes ist gleich den Warenpreisen stetig gestiegen, weil, solange der Ring des Wirtschaftskrieges ringsum lückenlos geschlossen war, jede Möglichkeit des Preisrückschlags ausgeschlossen schien.

Man konnte jeden Preis bewilligen und bewilligte ihn, weil man sich sicher glaubte, die Ware mit Gewinn, zum mindesten ohne Verlust, weiter zu verkaufen.

Als in diesen Ring die erste Bresche geschlagen war, und damit die Möglichkeit eines Rückschlages auf dem beschränkten Markt, der für uns die Welt bedeutet, auftauchte, zeigte sich zunächst an dem feinsten Registrierapparat der Kriegswirtschaft, dem Stand der Valuta, die Wirkung. In jähen Sprüngen stieg unsere Währung, mit anderen Worten sank der Preis des Geldes unserer Nachbarstaaten. Langsam, ungleichmäßig und in der Öffentlichkeit weniger bemerkbar folgten auch die Preise einzelner Waren, am stärksten in den Grenzbezirken.

Kommen wir zu einem auch nur irgendwie nennenswerten Warenaustausch mit Rußland und der Ukraine, dann wird weit über die Menge der Zufuhren sich die Wirkung zeigen. Die Gefahr einer Preissenkung, die Möglichkeit einer Preisunterbietung durch den Konkurrenten wird auf die Kauf- und Marktstimmung wirken. Mit den fallenden Preisen werden wieder Waren an das Tageslicht des Marktes kommen. An Stelle der Angst des Käufers, keine Waren zu erhalten, tritt die Angst des Verkäufers, auf seinen Waren mit hohen Einstandspreisen sitzen zu bleiben. In der abgeschlossenen Kriegswirtschaft haben steigende Preise ihre Wirkung, das Warenangebot zu vermehren, die Nachfrage zu vermindern nicht bloß eingebüßt, sondern sie ist in das Gegenteil verkehrt: steigender Preis steigert die Käuferangst und verringert das Angebot an Waren, in der Hoffnung nach weiterer Steigerung oder in der Absicht ihres unmittelbaren Austausches.

Aber auch in den wirtschaftlichen Dingen werden wir um so sicherer und vollständiger den Erfolg unserer Waffen im Osten ausnutzen, je kühler und gleichmütiger, gleich frei von Hoffnungen und Enttäuschungen, wir zu Rußland stehen.

Digitized by Google

Militarismus

Von Oberstleutnant H. W. Herwarth von Bittenfeld
(von 1910—14 deutscher Militär-Attaché in Washington)

Mit dem Waffenstillstand im Osten und der Niederlage Italiens dämmerte die militärische Entscheidungsstunde des Weltkrieges herauf. Je näher sie rückt, desto erbitterter bekämpft uns der Gegner mit seinen vergifteten Waffen, die wir als Lüge und Verleumdung kennen. Die gewaltigen Erfolge, die ihm diese verächtliche Kampfesweise bei Vorbereitung und Führung des Krieges auf dem ganzen Erdenrund eintrug, können gleichwohl den deutschen Glauben an den Triumph der Wahrheit nicht erschüttern. Wir müssen nur für sie kämpfen!

Das siegreiche Deutschland ließ im Verein mit seinen Verbündeten vor mehr denn Jahresfrist die erste Friedenstaube aufflattern und hat bereits mit einem seiner Gegner Frieden geschlossen. Dennoch, ja gerade deshalb, verkünden die Lenker der westlichen Demokratien hartnäckig die Legende von den „eroberungslüsternen Hunnen" und haben sich als Stichwort wieder die alte Parole vom preußischen Militarismus zugerufen, um so den Rest von Ansehen zu retten, den sie bei ihren verführten Völkern noch haben.

Wenn einst die Nebel fallen, die jetzt die Geister umnachten, dann wird die Welt die Macht jener Schlagworte erkennen, die den furchtbarsten Krieg entfesseln halfen und Millionen in den Tod trieben. Ihrer schlimmstes heißt „Militarismus". Vom Haß geprägt, dient es einer verleumderischen Hetze, um die unklaren Begriffe, die im überwiegenden Teile des Auslandes über Deutschland vorwalten, weiter zu verwirren. Selbst wenn man dem Wort einen Wesenskern zugesteht, so muß man mindestens sagen, daß die von den Feinden beliebte Anwendung Ursache und Wirkung absichtlich verwechselt. Wäre lediglich militärische Tüchtigkeit gemeint, so hätten wir es eben mit einer Wirkung zu tun, deren Ursachen letzten Endes in Deutschlands Vergangenheit liegen, einer Vergangenheit, die durch bedrohte Grenzen bestimmt wurde.

Wie oft wurde nicht vor und im Kriege an diesem Wort herumgedeutet! Rein sprachlich betrachtet, von „militare" d. h. Soldat sein, abgeleitet, bedeutet es mit der angehängten Endung etwa „Kampfbereitschaft". Man will also einen Zustand vernichten, in den man sich zu diesem Behufe selbst versetzte und der bei uns angeblich dauernd besteht. Ist Törichteres denkbar? Wer daher unsere Feinde nicht der Torheit zeihen will, muß tiefer forschen.

Als England noch die Hauptlast des Krieges seinen Verbündeten aufzubürden hoffte, selbst aber nur mit einigen Söldnertruppen bluten zu können glaubte, als die Vereinigten Staaten sich noch nicht zu einer Militärmacht umgestalteten, da war den feindlichen Schreiern die Begriffbestimmung des Militarismus verhältnismäßig leicht, da hieß Militarismus allgemeine Wehrpflicht und militärische Rüstung

Digitized by Google

schlechthin. Es ist aber wohl zu beachten, daß es für jene Antimilitaristen im Ententelager stets nur einen deutschen oder mit Vorliebe preußischen Militarismus gab, während sie den französischen, russischen und englischen einfach totschwiegen. Wir wissen, daß Deutschland die allgemeine Wehrpflicht vor diesem Kriege gar nicht durchgeführt hatte, daß von seiner Bevölkerung noch nicht 1 Prozent gegenüber 1½ Prozent in Frankreich zum stehenden Heer gehörte und daß die Rüstungsausgaben in England, Frankreich und Rußland, ja selbst im Lande Wilsons nicht niedriger, sondern erheblich höher waren als in Deutschland. Die feindliche Propaganda verkehrte diese Tatsachen ins Gegenteil.

Die levée en masse der Französischen Revolution war der erste, wenn auch nicht nachhaltige Versuch zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Preußen verfiel auf sie erst in höchster vaterländischer Not, als ultima ratio, um in den Befreiungskriegen sein Dasein zu retten. Das Ursprungsland der allgemeinen Wehrpflicht ist also Frankreich.

Das gewarnte Preußen behielt freilich die Wehrpflicht nach 1815 auch im Frieden bei, während die übrigen deutschen Bundesstaaten erst nach 1866 seinem Beispiel folgten. Dies war um so nötiger, als das geeinte Deutschland schnell zu Wohlstand gelangte und dadurch fremden Neid in steigendem Maße auf sich zog. Seine Lage im Herzen Europas machte es zum bedrohtesten aller Länder. Gerade Lloyd George, der heute am lautesten unser Recht auf Heer und Wehr bestreitet, hat Deutschlands historischen und geographischen Zwang zu militärischer Stärke offen anerkannt. Am Neujahrstage 1914 sagte der damalige Schatzkanzler: „Das deutsche Heer ist eine Lebensnotwendigkeit nicht nur für das Reich, sondern für die Existenz und Unabhängigkeit der Nation, da Deutschland von zwei Staaten flankiert ist, deren jeder eine fast ebenso starke Armee unterhält."

Die Anklagen wider die allgemeine Wehrpflicht als Wurzel des Militarismus sind heute verstummt. Kein Wunder, denn England steht im Begriffe, uns in der Heranziehung des Volkes zum Heeresdienst zu übertreffen, indem es die Wehrpflicht vom 18. bis zum 50. Lebensjahre ausdehnt. Kein Wunder, da auch die Vereinigten Staaten, die auf ihrem Kontinent niemand bedroht, sich ein Millionenheer anschaffen.

Aber: Quod licet jovi, non licet bovi! Deshalb wird nun erst recht gegen den „deutschen Militarismus" gehetzt. Wilson nennt ihn „dieses unerträgliche, dessen häßliches Antlitz uns die Herren Deutschlands gezeigt haben, diese Drohung von Hinterlist und Gewalt zugleich". Churchill und Lloyd George sind sich am 10. und 12. Dezember 1917 einig, daß der preußische Militarismus endgültig zerstört werden muß. Auch Bonar Law und Clemenceau haben von „diesem Pesthauch der Welt" geschwatzt und jeden Frieden abgelehnt, ehe „dieses Gespenst nicht für immer gebannt sei". Asquith schalt ihn „eine zweiköpfige militärische und bureaukratische Maschine, ein

Digitized by Google

System, das die Gewalt als oberste Autorität auf den Thron erhob und sich berechtigt dünkt, je nach den Forderungen der Stunde die feierlichsten Verträge zu fälschen, zu verhöhnen oder beiseite zu schieben".

Herr Asquith sollte wirklich wissen, wem Wortbruch und Verhöhnung von Verträgen eine liebe Gewohnheit sind, in wessen Politik das Wort „der Zweck heiligt die Mittel" stets oberster Grundsatz war.

Nein, die Anbetung der brutalen Macht ist wahrlich keine deutsche Glaubenslehre. Ihre Unterstellung aus englischem Munde klingt grotesk. Gibt es ein deutsches Sprichwort: „My country, right or wrong"? Huldigten wir je dem Lehrsatz „Might is right?" Sagte ein deutscher oder ein englischer Staatsmann: „Verträge und Konventionen binden nur die schwächere Partei?" — Und die Übertragung dieser Lehrsätze in die Praxis? Wieviele Kriege hat England geführt, während das junge Deutschland gewissenhaft Frieden hielt und die günstigen Gelegenheiten, England, Frankreich wie Rußland überlegen anzugreifen, unbenutzt verstreichen ließ? Wer hat Spanien zertrümmert und Gibraltar besetzt? Wer hat die Iren geknechtet? Wer hat den Niederlanden die Kap-Kolonie und Ceylon geraubt, die Freiheit der Buren vernichtet, wer Argentinien die Falklandinseln genommen? Wer läßt Inder und Chinesen in Opium vertieren? Wer stahl Ägypten? Wer hat Griechenland vergewaltigt? Wer sät heute in Rußland Bruderzwist und Tod?

Trotz aller Mühe, aller Reden, trotz der täglich zu unseren Füßen brandenden Schmutzflut einer feindlichen Presse wird das Märchen von Deutschland als dem Störenfried der Welt doch endlich in nichts zerrinnen.

Militarismus als hervorstechendster Charakterzug deutschen Wesens! — Wir wollen ihn gelten lassen, wenn darunter verstanden wird: kriegerische Tüchtigkeit, Organisation, Pflichtgefühl und Selbstdisziplin. Mit Recht hieß es in der Thronrede vom 13. Januar 1916: „In Stürmen ist der preußische Staat groß geworden, im Sturm steht er heute unerschütterlich da. Was Feindschaft als Zwang ausgibt, ist Freiheit auf Ordnung gebaut. Das Band, das die Preußen an ihren König bindet, haben diese Zeiten des Kampfes und Sieges, wenn es möglich war, nur noch fester geschmiedet." Mit Recht betont der Schweizer Schriftsteller Stegemann auf Seite 100 des I. Bandes seiner „Geschichte des Krieges", daß unsere Gegner als absichtsvolle Kriegsvorbereitung deuteten, was nur deutsche Tüchtigkeit und Gründlichkeit gewesen sei, eben weil sie solche Leistungen, wie unsere Heere sie vollbrachten, nicht erwartet hätten. Aber das blutrünstige Phantasiegebilde, das unsere Feinde uns andichten, ist nicht deutsch. Fremd sind uns Wesen und Begriff dieser Ausgeburt ohnmächtigen Hasses.

Und seltsam! Die Franzosen als hetzende Hauptvertreter dieses Hasses brachten ja selbst den Gegenstand ihres lauten Widerwillens hervor! „Le Militarisme" entstand als ein ganz bestimmter terminus technicus zur Zeit der Dreyfus-Händel (die

Digitized by Google

notabene ihre würdige Parallele im Caillaux-Prozeß finden). Er bedeutet das Streben einer Militär-Clique nach Herrschaft im Innern, verbunden mit dem chauvinistischen Drang nach kriegerischer Machtentfaltung gegenüber dem Ausland. Dieser von England später übernommene und gegen deutsches Wesen ausgespielte Begriff war seinerzeit der Schlachtruf der französischen Radikalen in ihrem Kampfe gegen Klerikale und Konservative. Heute gebärden sich die Väter dieses „Militarisme" als dessen heftigste Ankläger!

In England steht es nicht anders. Auch dort herrscht gerade der Militarismus, den Lloyd George zu bekämpfen vorgibt. Englische Gefangene bestaunen ausnahmslos bei uns den vertraulichen und kameradschaftlichen Ton zwischen Mann und Offizier. Bei ihnen gäbe es derartiges nicht, bei ihnen seien Untergebene und Vorgesetzte unüberbrückbar geschieden. Und das in England, der Hochburg bürgerlicher Freiheit! Wir haben bisher nur auf dem Schlachtfelde angegriffen, blieben im Federkrieg in der Verteidigung. Deutsches Reinlichkeitsgefühl mochte den schmutzigen Fehdehandschuh nicht aufheben. Unser Anklagematerial ruht noch in den Schränken. Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solf hat letzthin einiges hervorgeholt. Er berichtete auf Grund englischer Angaben über die grausame Unterdrückung der Unruhen in Ceylon im Frühjahr 1915. Nachdem längst alles beschwichtigt war, wurden Singalesen ohne jedes Verhör erschossen, hausten die Regierungskommissare wie die Bestien. Das ist gegenüber Farbigen, die der Brite ja unter dem Tiere achtet, altenglisches Herkommen.

Die augenblicklichen englischen Machthaber lynchen auch im eigenen Lande. Vor mir liegt eine lange Liste von Todesurteilen, die im englischen Heere vollstreckt wurden. Sie ist unvollständig, da nur aus erbeuteten Akten zusammengestellt, enthält aber authentische Angaben über Namen, Dienstgrad, Truppenteil, Tag der Hinrichtung und Schuldspruch. Sie umfaßt für die Zeit vom 27. Oktober 1916 bis zum 30. August 1917 nicht weniger als 67 Namen englischer Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, die in Frankreich standrechtlich erschossen wurden. Für welche todwürdigen Verbrechen? Mit Entsetzen liest man Vergehen, die im deutschen Heere lediglich mit Arrest, höchstens mit Gefängnis, geahndet werden. Immer wieder heißt es: „Entfernung aus dem Schützengraben", „Entfernung von seinem Truppenteil", „hat sich aus seinem Unterstand in der Frontlinie entfernt", „Weigerung sich zu seinem Bataillon zu begeben", „Weigerung in den Schützengraben zu gehen", „Entfernung von seinem Truppenteil auf dem Marsche" usw. Dazu kommen die Soldaten, von denen „New Statesman" vom 12. Januar 1917 schreibt:

„Sie wurden erschossen, weil sie sagten, daß sie lieber sterben als an die Front zurückkehren wollten. Unter ihnen waren viele, die glänzend gekämpft hatten. Man will uns glauben machen, daß ihre Kameraden sich fester aneinander schlössen und großen Nutzen daraus zögen, wenn sie die Namen derer hörten, die Tag für Tag hingerichtet wurden."

Dies ist eine der Baralong-Nation durchaus würdige militaristische Justiz. Will

Digitized by Google

Lloyd George nicht die vollständige Liste der in diesem Kriege standrechtlich Abgeurteilten veröffentlichen? Die Zeitschrift „John Bull" machte kürzlich den Anfang, indem sie die Hinrichtung eines jungen Offiziers beschrieb.

Darum bekannte auch der eben verstorbene Sir William Beyls im Unterhaus am 23. Mai 1916: „Der Engländer ist nicht mehr Herr seines Gewissens, noch Befehlshaber seiner Seele. Tag für Tag verlieren wir, was wir verteidigen wollten, und richten auf, was zu zerstören wir auszogen." Beyls behandelte in dieser Rede zahlreiche Gewaltakte gegen Gewissensbedenkler. Als deren einer, schwer gepeinigt, ausrief: „Ich muß dem Befehl meines Gottes gehorchen, Sir," schrie ihn der Oberst an: „Zum Teufel mit Ihrem Gott (Dam your God), in die Arrestzelle mit ihm!" Auf die Zurufe mehrerer Abgeordneter erwiderte Beyls: „Ich kenne Männer in diesem Hause, denen der Mann mit Gewissensbedenken nichts gilt. Das einzige was sie würdigen können, ist der Gewehrkolben auf eines Mannes Kopf oder das Bajonett in seinen Eingeweiden."

Kolben und Bajonett herrschen auch heute in England, dessen Zeitungen täglich Brutalitäten an Gewissensbedenklern melden. Auch an der englischen Front weht der Geist der Bestialität. Hier als Beweis nur eine Stichprobe aus der englischen Vorschrift über die Ausbildung des Zuges für Angriffszwecke: „... die Grabensäuberer arbeiten nach beiden Seiten und töten jeden Feind, den sie im Graben finden. (Also auch die Verwundeten!) Ein Zugführer kann das Vertrauen seiner Leute gewinnen, indem er blutdürstig ist, stets danach trachtet, Feinde zu töten und seinen Leuten hierzu verhilft." Über die grauenvollen Prügelstrafen für indische Soldaten sind erbeutete englische militärbehördliche Verordnungen in unserer Hand. Sie werfen ein helles Schlaglicht auf die barbarische Behandlung, die diese unglücklichen farbigen Hilfsvölker unter den britischen Fahnen zum Lohne dafür erfahren, daß sie in majorem Britanniae gloriam „freiwillig" ihre Haut zu Markte tragen. Folge dieses finsteren Sinnes ist zunehmende Roheit im Lande. An der Tagesordnung sind Raubmord, Bigamie, Wechselfälschung und ähnliche Verbrechen, bei denen die Beteiligung von Militärpersonen keineswegs eine Ausnahme ist.

Ähnlich liegen die Dinge in Amerika. Ganz zu schweigen von den vielen Gewalttaten an Pazifisten und Wehrpflichtgegnern, sei nur wiederholt, was der amerikanische Sozialistenführer, Morris Hillquith, nach Abschluß der letzten Munizipal- und Staatswahlen im Staate New York in öffentlicher Rede im Madison Square Garden zu New York sagte:

„Die große historische Bedeutung der letzten Wahl liegt darin, daß sie gleichkommt einer vernichtenden Niederlage der gefährlichen Propaganda, die den Militarismus und die undemokratische Politik der Gedankenknebelung in dieses Land einführen wollte. Unsere Gegner unterbreiteten der Wählerschaft ein Programm der Militarisierung unserer Regierung, unserer Schulen, unserer Handlungen und unseres Denkens, ein Programm des politischen und moralischen Terrorismus, kurz des intellektuellen Zwangsjackentums."

Digitized by Google

Wenn aber Wilson gegen den „deutschen Militarismus" wettert und immer wieder beteuert, sein Kampf gelte nicht dem deutschen Volke, dem er jede Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit gönne, sondern nur jenem finsteren System der Gewalt und des Unrechts, so wird kein Deutscher, kein denkender Neutraler seiner Sirenenstimme glauben. Die anglo-fränkisch-belgische Militär-Konvention, die Veröffentlichung der Geheimverträge, der Suchomlinow-Prozeß und manche Kammerdebatte bei der Entente haben deutlich auf die Schuldigen am Weltkriege gewiesen, haben der ländergierigen Entente die Maske vom Gesicht gerissen. Andererseits zeigen deutsche Dokumente klar, mit welcher fast übergroßen Vorsicht unsere verantwortlichen militärischen Stellen die Ereignisse erwogen, wie sie die uns aufgezwungene Mobilmachung immer wieder hinausschoben, solange die leiseste Hoffnung bestand, Europa den Frieden zu erhalten.

Sagen Wilson und Lloyd George „Militarismus", so meinen sie deutsche wirtschaftliche Kraft, Wehrpflicht, Schule und soziale Gesetzgebung. Sie alle sind Säulen unseres Wohlstandes, Wurzeln unserer Stärke und ausschließlich gegen diese kämpft das konkurrenzneidische Angelsachsentum! Mit großartiger Unbekümmertheit stellte der Herr des Weißen Hauses die Wahrheit auf den Kopf, indem er behauptete: „In dem Augenblick, wo Deutschland sichtbar seine Friedenstriumphe gewonnen hatte" — gemeint sind unsere wirtschaftlichen und industriellen Erfolge — „warf es sie fort, um an ihrer Stelle aufzurichten, was aufzurichten die Welt nicht mehr erlauben wird, nämlich die militärische und politische Herrschaft der Waffen, um die am meisten gefürchteten und gehaßten Rivalen aus dem Felde zu schlagen." Professor Wilson übersieht, wie unlogisch es wäre, wenn der, den er selbst einen friedlichen Triumphator nennt, mühsam Errungenes leichtsinnig im Kriege aufs Spiel setzte. Richtig ist vielmehr, daß England es war, das, im friedlichen Wettbewerb überflügelt, an die Waffen appellierte, um seine Märkte zu behaupten oder zurückzugewinnen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß unsere Feinde unter deutschem Militarismus verstehen die Kampfeignung eines Volkes, das diese Kampfeignung auf allen Gebieten in jahrhundertlangem Ringen um eine freie Existenz, eine gedeihliche Entwicklung und eine Betätigung, einer völkischen Eigenart erwarb. Ihre eventuelle Wirkung ist der von so gestähltem Arm geführte Schlag, falls er zum Schlage gezwungen. Diese Wirkung, die heute eine Welt von Feinden in Schach hält, ist das, was unsere Feinde „Militarismus" nennen! Der Furcht vor dieser Wirkung aber ward der wesenlose Begriff entbunden. Selber nichts als Schein-Demokratien, mit höchstem Kult des, notabene reichen, Individuums, blickten sie scheeläugig auf jenen machtvollen kommunistischen Zug in unserem Staats- und Volksleben, der jeden einzelnen aus freiester Überzeugung in den Dienst des Ganzen zwingt. Sie fühlten die Wirkung unserer organisierten Tüchtigkeit im friedlichen Erwerbsleben, sie fürchteten sie im Kriege, mit dem sie den unbequemen Konkurrenten vernichten wollten und darum

Digitized by Google

nur darum erfanden sie jenes giftige Schlagwort, das uns nicht charakterisieren, sondern in der ganzen Welt verächtlich machen sollte!

Deutscher oder preußischer Militarismus ist somit in Wahrheit nichts anderes als unser Können auf allen Gebieten, zusammengefaßt in einem geeinten Deutschland und gestützt durch eine Weltanschauung, die wiederum aus harten Schicksalen und eisernen Notwendigkeiten geboren wurde. Wenn andere Völker solchen Schicksalen erlagen, das deutsche Volk aber durch sie zu dem erzogen wurde, was es heute ist, dann ist das eben unser Werdegang, nicht unsere Schuld! Dabei bleibt es merkwürdig, daß dieser unser Werdegang zum großen Teil durch eben die beeinflußt wurde, die heute über seine Folgen wüten und rasen. War es nicht Frankreich, das uns die allgemeine Wehrpflicht aufzwang? War es nicht England, das uns zur Schaffung einer Flotte nötigte? War es nicht beständige Bedrohung in Süd, Ost und West, die uns das friderizianische „Toujours en vedette" beherzigen lehrte?

Die Vorsehung setzte uns zwischen feindliche Nachbarn, gab uns ein Land, das erst fleißige Hände zur Blüte brachten, ein Land, einst so unwirtlich, daß der römische Feldherr Drusus verwundert ausrufen konnte: Et hanc illi homines patriam vocant! Und das nennen diese Leute Vaterland! — Wie für uns gesprochen klingt der göttliche Fluch: „Im Schweiße des Angesichts sollst du dein Brot essen", göttlich auch deshalb, weil er dem Menschen, der ihn versteht, zum Segen gereicht. Wir haben ihn verstanden und unverdrossen immer wieder aufgebaut, wenn in zahllosen Kriegen, die über unser Vaterland dahingingen, von jahrzehntelanger Arbeit nur rauchende Trümmer und zerstampfter Boden übrigblieben. Wir haben ihn verstanden, denn jede noch so schwere Prüfung, die über uns hereinbrach, sah uns stärker denn zuvor daraus hervorgehen. Darum ist es der stahlharte Wille, die unverdrossene Zähigkeit, die geordnete Pflichterfüllung und die auf gegenseitige Rücksicht gegründete Freiheit unserer Rasse, die der Feind erwürgen will, weil er fühlt, daß er das System, in dem diese Eigenschaften wirken, nicht nachahmen kann. Das ist es, was sie unter „Militarismus" verstehen, das ist es, was sie vernichten wollen, und was sie erst ausgerottet haben werden, wenn den letzten Deutschen der Rasen deckt. Denn wir sind und bleiben das freie Volk in Waffen!

Das englische, wie das Ententekriegsziel: „Vernichtung des deutschen Militarismus" bedeutet daher nicht mehr und nicht weniger als die Erdrosselung unseres ganzen Volkes bis zum letzten Mann. Und dieses Kriegsziel wagt die Entente auch heute noch aufrecht zu erhalten und in die Welt zu schreien mit einer Bilanz, die dem Bankrott verzweifelt ähnlich sieht!

Digitized by Google

Die Ausbeutung Italiens durch seine Freunde

Von Lujo Brentano

II.

Die Bewucherung Italiens

Außer durch Verschlechterung der Wechselkurse hat der Krieg durch wucherische Verteuerung der zur Kriegführung und zum Leben unentbehrlichen Güter zur Verarmung Italiens geführt. Das hauptsächliche, wenn auch nicht das einzige Mittel der Kriegswucherer war die Steigerung der Frachtsätze der Seeschiffahrt. Dadurch wurden die Preise aller Waren, die Italien vom Ausland beziehen muß, unerhört in die Höhe getrieben.

Die wichtigste unter diesen ist die Kohle. Außerdem hat Italien nicht genügend Metalle, Getreide, Holz, Baumwolle, Wolle und andere Rohstoffe. Dafür aber hat es das Meer; nahezu allen Teilen des Landes sind treffliche Häfen zugänglich; mit Leichtigkeit könnte es sich heute, wie zur Zeit, da seine Städte die einzigen großen Seemächte waren, alles, was es braucht, im Austausch gegen seine Qualitätsprodukte verschaffen, hätte es sich mit der Entwicklung dessen, was eine reiche Natur und die außerordentliche Begabung seiner Bevölkerung ihm bieten, in friedlicher Arbeit begnügt. Aber so modern die Italiener sich dünken, sie sind in denselben mittelalterlichen Vorstellungen befangen wie andere Völker, auf die sie überlegen herabsehen. Statt nach Intensivierung ihrer heimischen Wirtschaft und Eroberung von Absatzmärkten durch Erzeugung besserer und billigerer Produkte zu streben, hat sich ihr hochgespanntes Nationalgefühl durch Sonderinteressenten verleiten lassen, fremde Länder ihrer Gewalt unterwerfen zu wollen. Was aber hätte es ihnen genützt, wenn sie Abessynien, Tripolitanien, die Irredenta und das gesamte Küstengebiet der Adria sich unterworfen hätten? Alle diese Gebiete haben nicht, was ihnen fehlt; und selbst wenn sie Kohle, Metalle, Holz, Getreide und, was sie sonst brauchen, ihnen liefern könnten, so würden ihnen diese Güter weit teurer zu stehen kommen, als wenn sie ihre unvergleichliche Lage zum Meer dazu benutzt hätten, ihre Schiffahrt zu entwickeln, um im Austausch gegen ihre Produkte das Begehrte zu erlangen. Ein Zehntel dessen, was sie der gegenwärtige Krieg schon gekostet hat, hätte dazu genügt, und das unsägliche Elend, was es seiner Bevölkerung gebracht hat, wäre ihr erspart geblieben. Statt dessen haben sie romantischen Zielen nachgejagt und, was ihnen Unabhängigkeit hätte schaffen können, vernachlässigt. Italien hat vor dem Kriege nur zwanzig Prozent seines überseeischen Handels durch eigene Schiffe betrieben. Die Folge ist eine Abhängigkeit von den herrschenden Seemächten, die es nicht bloß der Verarmung entgegentreibt, sondern auch widerstandsunfähig gegen deren politische Zumutungen gemacht hat. Wir werden sehen, wie England Italiens Mangel an Schiffsraum zur Beschaffung der von ihm benötigten Kohle dazu benutzt hat, um es gegen seinen Willen zur Kriegserklärung

Digitized by Google

an Deutschland zu nötigen. Ja selbst, wenn es heute zum Frieden bereit wäre, würde es, wie die „Tribuna" vom 12. November 1917 schrieb, einen Sonderfrieden nicht abschließen können; denn die italienische Industrie und das italienische Volk können heute nur durch die Marine Englands und Nordamerikas am Leben erhalten werden, daneben noch, was von den Italienern als besonders demütigend empfunden wird, durch die griechische Handelsmarine. Der italienische Verkehrsminister Arlotta hat, nach dem „Corriere della Sera" vom 15. März 1917, im Parlament gesagt, Italien sei 1917 auf eine Mindesteinfuhr von 18 Millionen Tonnen wichtiger Waren über See angewiesen; dazu sei ein Schiffsraum von 3,25 Millionen Tonnen nötig während Italien einschließlich der beschlagnahmten feindlichen Dampfer nur 1,5 Millionen Tonnen zur Verfügung ständen.

Es war ganz normal, daß die Kohlenpreise in England mit Ausbruch des Krieges in die Höhe gingen. Tausende von Bergleuten waren Soldaten geworden; die Arbeiter, die an ihre Stelle traten, waren unerfahren; folglich gingen die Durchschnittsleistungen zurück; die Ausbeute fiel und der Kohlenpreis stieg. Aber für die Steigerung der Kohlenpreise in Italien war weit maßgebender die Steigerung der Frachtsätze, wie folgende der „Stampa" vom 6. März 1916 entnommene Übersicht zeigt:

	Kohlenpreis in Cardiff	Fracht von Cardiff nach Genua
15. Juli 1914 . . .	18 sh 6 d	7 sh 3 d
15. August 1915 . . .	30 „ — „	22 „ — „
17. September 1915 . .	24 „ — „	31 „ 6 „
15. Oktober 1915 . . .	19 „ — „	39 „ — „
15. November 1915 . .	19 „ — „	49 „ — „
15. Dezember 1915 . .	22 „ — „	72 „ — „
31. Dezember 1915 . .	24 „ 5 „	75 „ — „
15. Januar 1916 . . .	30 „ — „	77 „ 6 „
29. Januar 1916 . . .	30 „ — „	70 „ — „
9. Februar 1916 . . .	30 „ — „	60 „ — „
16. Februar 1916 . . .	32 „ — „	64 „ — „
19. Februar 1916 . . .	32 „ — „	77 „ — „
26. Februar 1916 . . .	35 „ — „	80 „ — „
1. März 1916 . . .	35 „ — „	85 „ — „

In demselben Maße waren die Frachtsätze aus Newcastle gestiegen.

Die Folge war furchtbarste Kohlennot in Italien. Alsbald füllte sich seine Presse mit den bittersten Anklagen gegen England:

„Die Kohlenpreise", hieß es im „Sole" vom 17. Dezember 1915, „haben eine für viele Industrien unerträgliche Höhe erreicht; ihr Betrieb ist in Frage gestellt. Von 33 bis 40 Lire in den Jahren 1913 und 1914 ist der Preis pro Tonne Kohlen auf 130—140 Lire gestiegen. Es ist Pflicht der Regierung, die Beschaffung der für die einheimische Industrie erforderlichen Menge Kohle zu angemessenem Preis selbst in die Hand zu nehmen."

Digitized by Google

Aber die Regierung hatte erst am 3. Dezember 1915 im Parlament erklärt, daß ein Kohlenmangel in Italien nicht zu befürchten sei! Damit verhielt es sich freilich wie mit so vielen beschwichtigenden Erklärungen auch anderer Regierungen in diesem Kriege. Die „Sera“ vom 21. Dezember 1915 berechnete, daß Italien im Jahre 1915 für dieselbe Menge englischer Kohle wie 1913 (9 Millionen Tonnen) statt 380 Millonen 1100 Millionen Lire bezahlen müssen. Nach der „Tribuna“ vom 20. Dezember 1915 schätzten Sachverständige den dermalen von Italien an die englischen Minenbesitzer und Reeder zu zahlenden Tribut auf 900 Millionen Lire. Ähnliche Berechnungen brachten der „Messagero“ und andere Zeitungen. Der „Mattino“ vom 16. Oktober 1915 schrieb:

„Das italienische Volk ist mit einer Sklavenseele geboren. Kaum hat es die alten Bande gesprengt, auf die es täglich mit allzu ostentativem Eifer speit, und schon fühlt es das Bedürfnis, neue Ketten auf sich zu nehmen. Unsere Politik wird anhaltend von Fremden gelenkt und kontrolliert und dies während einer Kriegs, dem die Regierung einen nationalen Charakter zu geben sucht. Die Einwirkung zurückzuweisen, ist nicht erlaubt, da die von der Regierung eingesetzte Zensur, statt den Verteidigern der Freiheit dankbar zu sein, ihnen sich entgegenstellt.“

Aber auch in Italien gab es eine Stätte, wo Unerschrockene unbehelligt von der Zensur aussprechen konnten, was alle dachten: das Parlament. Unter Hinweis auf die hohen Schiffsfrachten hielt im Senat Marconi seinen Freunden, den Engländern, vor, eine Hilfe, die nur für den Geber von Vorteil sei und dem Empfänger mehr Opfer, als nötig, auferlege, bedeute auf die Dauer eine Gefahr für die Festigkeit des Bündnisses. Er fand große Zustimmung, und als der „Secolo“ die Engländer ihm gegenüber in Schutz nahm und das Steigen der englischen Schiffsfrachten von $2^1/_2$ auf 6 Milliarden als berechtigte Entschädigung Englands für die Belastung seines Nationalhaushalts durch den Krieg hinstellte, antwortete „Popolo e Liberta“ vom 21. Dezember 1915:

„Italien will nicht, daß England sich auf Kosten der Verbündeten bereichert, obendrein an Kriegsbedarfsstoffen wie Kohle. In der Schweiz zahlt man für Kohle halb so viel wie in Italien, und dabei bezieht man sie nicht von Verbündeten, sondern zum Marktpreis von Deutschland. Kein Wunder also, daß sich ein dumpfer Groll gegen England in Italien regt und daß ein Blatt unzensuriert schreiben durfte, England führe Krieg nicht nur mit den Knochen, sondern auch mit dem Gelde der anderen“,

und die „Idea Nazionale“ vom 20. Dezember 1915 verlangt die Schaffung einer eigenen kräftigen Handelsflotte.

Also schon ein halbes Jahr, nachdem Italien in den Krieg eingetreten, war die dort herrschende Stimmung wieder zum Abfall reif. Zeuge die Klage des Engländers W. Bagot im „Giornale d'Italia“ vom 27. Januar 1916:

„Italiens öffentliche Meinung kann man ehrlicherweise nicht als bündnissicher hinstellen. Die englandfeindlichen und deutschfreundlichen Strömungen sind in den letzten Monaten immer zahlreicher und stärker geworden.“

Das hat in England Eindruck gemacht. Es traf mit seinen Bundesgenossen ein Ab-

Digitized by Google

kommen, wonach jedem zur Entente gehörigen Lande eine bestimmte, seinen nachgewiesenen dringenden Bedürfnissen entsprechende Zahl von bisher nicht requirierten Schiffen zugewiesen werden sollte. Der „Corriere della Sera“ und andere englandfreundliche Blätter haben dies alsbald zur Beruhigung der aufgeregten Gemüter bekanntgemacht.

Aber, was zur Verfügung gestellt wurde, war unzureichend. Wenn das Bulletin der britischen Handelskammer vom März 1916 meldet, die britische Regierung habe der italienischen 70 Frachtdampfer von je 5000 Brutto-Register-Tonnen zwecks Getreideverschiffung zur Verfügung gestellt und monatlich 50000 Tonnen für den Transport von Kohlen für die italienischen Staatsbahnen, so war das etwas; aber der Kohlenbedarf der italienischen Industrie war damit nicht gedeckt. Mehr, erklärten aber die Engländer wegen Schiffsmangels nicht leisten zu können, und daran knüpfte sich dann ein heftiger Streit zwischen den italienischen und englischen Zeitungen, wer von den beiden von den wucherischen Frachten den größten Gewinn ziehe. Dabei bewährte sich aufs neue der Satz G. B. Shaws, daß „der Engländer nie vergißt, daß die Nation verloren ist, die ihre Pflicht dort sucht, wo nicht ihr Vorteil zu finden ist“, während kein Zweifel ist, daß es auch in Italien Leute gibt, die von der Not des Vaterlandes Gewinn ziehen. Die „Morningpost“ vom 1. Februar 1916 hielt den Italienern vor:

„Man darf nicht vergessen, daß fast die Hälfte der englischen Handelsflotte von der Regierung beschlagnahmt ist und kaum 2000 englische Seeschiffe zur Verfügung stehen, ferner, daß der Verdienst dieser Schiffe nicht nur für England, sondern auch für seine Verbündeten von großem Wert ist. Viele Reeder sind der Ansicht, daß gegenwärtig der größte Teil des englischen Ozeanverkehrs von Schiffen der Neutralen und Verbündeten getätigt wird“,

und dann folgt eine Berechnung, wonach von 35 Kohlenladungen, die im Januar 1916 nach Italien gingen, nur 4 in britischen, dagegen 17 in italienischen Schiffen befördert worden seien. Der Gewinn einiger italienischer Reeder hat aber das übrige Italien nicht über die steigenden Kohlenpreise getröstet, und nachdem die Tonne Kohlen in Genua auf 183,20 Lire und in Sizilien auf 257,6 Lire gestiegen war und als Folge die sizilianischen Schwefelgruben geschlossen worden waren, sagte selbst der so ententefreundliche Luzzatti in einer im Beisein des britischen Gesandten gehaltenen Rede, auch unter Brüdern entstehe häufig der Verdacht, daß der eine sich auf Kosten des andern bereichern wolle; bezüglich der Frachtsätze, der Kohlen, des Getreides und namentlich der Wechselkurse täten Italiens Verbündete nicht alles, was sie tun könnten und sollten; sie speisten die Italiener mit schönen Reden ab, aber die Kohlenpreise und Frachtsätze stiegen weiter, und noch immer erwarte Italien vergeblich seinen Anteil am Getreide, dessen Ankauf und Versendung England übernommen habe. Die „Tribuna“ vom 6. April 1916 meinte, daß England einsehen müsse, wie ungerecht es sei, daß Italien infolge der hohen Frachten das Drei- und Vierfache wie das reiche England für sich-

Digitized by Google

tigste Stoffe zahlen müsse. Um sich von dieser Brandschatzung frei zu machen, kaufte Italien in England ein Dutzend Frachtdampfer zu hohem Preise.

Aber die Frachten gingen weiter in die Höhe, und, wie der „Economista d'Italia" vom 29. April 1916 schreibt, kehrten auf der interparlamentarischen Konferenz in Paris die Reden der italienischen Vertreter ihre Spitzen gegen England. Marconi schilderte die ernsten Folgen der entsetzlichen Frachtsteigerung für die italienische Industrie; Crispi betonte die fabelhaften Gewinne der englischen Reeder, an denen die englische Regierung durch eine Steuer von 67½ Prozent beteiligt sei. Die englischen Reeder und ihre Organe dagegen bestritten, daß England die Notlage seiner Verbündeten planmäßig ausbeute. Man hob hervor, wie einerseits von einigen Ländern mehr Schiffsraum wie früher beansprucht werde, so von Frankreich, das sein bis dahin geschlossenes Tor der freien Zufuhr geöffnet habe, andererseits infolge des Festliegens der deutschen und österreichischen Schiffe in den Häfen und des U-Boot-Kriegs weniger Schiffe verfügbar seien. Das bringe den Besitzern von Schiffsraum naturgemäß Vorteil, und allerdings besitze England die Hälfte des Schiffsraumes der ganzen Welt Aber seine Regierung gestatte den englischen Reedern nicht, diesen Vorteil auszubeuten. Die englischen Gesellschaften müßten mit 60 bis 70 Prozent ihrer Schiffe zu Blaubuchsätzen fahren und 67½ Prozent ihres Gewinns dem Staate abgeben. Dagegen hätten die Neutralen und die italienischen Reeder den Hauptvorteil von dem Mangel an Schiffsraum. Sie verdienten höhere Frachten, seien, mit Ausnahme der dänischen, von der Besteuerung frei, und speziell Italien habe den Vorteil, sowohl die billigen Blaubuchfrachten der britischen Schiffe zu genießen, als auch mit seiner eigenen Handelsflotte die Steigerung auf dem Frachtenmarkt voll auszunutzen. Und nun folgen regelmäßig Angaben, die jedoch miteinander nicht ganz übereinstimmen, über die Beteiligung der verschiedenen Nationen an dem Gewinn aus den hohen Frachten. Nach dem „Economist" vom 4. März 1916 von den Schiffen, die an den hohen Kohlenfrachten nach Italien verdienten. nur 17 v. H. auf britische, 36 v. H. auf italienische, der Rest auf griechische, skandinavische und andere neutrale Schiffe.

Aber alle diese Berechnungen ließen die Italiener kalt. Hatte doch der Handelsministers Runciman im britischen Parlamente erklärt, „daß England ein Interesse an hohen Kohlenpreisen habe", und der „Statist" hatte berechnet, daß die englischen Reedereien im Jahre 1915 250 Millionen £ gegenüber 20 Millionen im Jahre 1913 verdient hatten. Selbst wenn man die Gewinnsteuer von 50 v. H. des Reingewinns abziehe, bleibe immer noch ein Gewinn von 543 v. H. „Die Lage", schrieb „The Nation" vom 5. Februar 1916, „hat sich allmählich zu einem öffentlichen Skandal ausgewachsen." Auch die „Daily Mail", der „Daily Telegraph", der „Economist", der „New Statesman" wimmelten von Angaben über exorbitante Gewinne der englischen Reedereien. Ein Schiffahrts-Korrespondent berichtete in der „Times" vom 20. Januar 1916 über folgenden typischen Fall:

Digitized by Google

„Der englische Dampfer „Elmoor" von 3744 Tonnen, erbaut im Jahre 1910, der Moor-Line (Runciman limited) gehörig, kann im Bau etwa 42 000 £ gekostet haben. Wenn man 4 v. H. jährlich für Abnützung abschreibt, würde der Dampfer jetzt unter normalen Umständen mit 35 000 £ zu bewerten sein. Dieser Dampfer wurde kürzlich für 12 Monate an eine italienische Firma vermietet zum Preise von 30 sh per Tonne und Monat. Das ergibt für 12 Monate 109 728 £. Die laufenden Ausgaben pro Monat können 900 £ betragen, Kriegsversicherung 250 £, zusammen 1150 £ oder 13 000 £ jährlich. Es bleibt ein Gewin von 95 928 £. Wenn man für Entwertung noch 1680 £ abzieht, bleibt ein Reingewinn von 94 248 £. Der Durchschnittsgewinn an demselben Dampfer mag vor dem Kriege 5000 £ jährlich betragen haben, so daß ein Kriegsgewinn von 89 248 £ verbleibt. Von diesem Mehrgewinn würde der Staat die Hälfte als Kriegsgewinnsteuer an sich nehmen, so daß den Reedern ein Gewinn von 49 624 £ bleibt, während das ganze Schiff 35 280 £ wert ist.

Letztere Wertangabe bezieht sich auf das, was der Dampfer gekostet und durch Abnutzung verloren hatte. Was den Marktwert der Dampfer angeht, so ging es mit den Schiffen, wie es mit dem Grundbesitz bei steigenden Getreidepreisen geht: entsprechend den gestiegenen Frachtsätzen stieg der Wert der Dampfschiffe. Schon der „Standard" vom 5. November 1915 hat von Dampfern berichtet, die um das Dreifache ihres früheren Preises verkauft worden waren; im weiteren Verlauf des Krieges stiegen die Dampfer auf das Zehnfache im Preis.

Diese Tatsachen lassen es erklärlich erscheinen, daß die englischen Berechnungen die Italiener nicht beruhigten. Da nutzte die englische Regierung die Bedrängnis, um das, was sie bis dahin vergeblich erstrebt hatte, zu erreichen. Noch immer hatte Italien nicht an Deutschland den Krieg erklärt. Schon die „Morning Post" vom 2. März 1916 hatte deshalb geschrieben:

„Niemand zweifelt an der Loyalität Salandras oder Sonninos; aber Sonnino ist nicht das Auswärtige Amt. Man darf keine Ansprüche an deutschfreundliche Gefühle bei festangestellten Beamten erwarten, deren ganze dreiunddreißigjährige Karriere in einer Atmosphäre der Hinneigung zum Dreibund verlief. Außerdem sind die Deutschenfreunde in Italien keineswegs abgetan."

Und so geht es weiter, um in der Forderung einer offenen Kriegserklärung an Deutschland zur „Luftreinigung" zu enden. Als nun in den folgenden Monaten die Kohlennot in Italien immer mehr stieg, sandte die britische Regierung Runciman hin, und am 10. Oktober 1916 brachten die „Daily News" folgende Mitteilung:

„Es ist nicht allgemein bekannt, daß Runcimans Mission in Italien nicht nur darin bestand, eine Einigung mit unseren Verbündeten über die dringend benötigte Kohle und Versorgung mit aller Art von Kriegsbedarf zu erzielen, sondern daß der Besuch auch der Regelung aller zwischen Italien und England schwebenden Fragen galt, insbesondere der Einschränkung des feindlichen Handels. Die wichtigste Frage war aber die bis dahin noch zurückgehaltene Kriegserklärung Italiens an Deutschland. Es gelang Runciman, eine Einigung über alle strittigen Punkte zu erzielen und die bindende Zusage zu erhalten, daß die Kriegserklärung binnen kurzem erfolgen werde. Sieben Tage nach der Abreise Runcimans erklärte Italien den Krieg an Deutschland."

Hat nun Italien für diese ihm abgepreßte Kriegserklärung wenigstens billige Kohlen erhalten?

Digitized by Google

Der „Corriere della Sera“ vom 24. Oktober 1916 berichtet von einem Kohlenvertrag, den Italien mit England abgeschlossen habe, wonach es vom 1. November bis Kriegsende monatlich 850 000 Tonnen Kohlen erhalten solle. Die Kohlen sollten je nach ihrer Qualität zwischen 30 und 18 sh pro Tonne an der Grube kosten und von da nach dem nächstliegenden Hafen verfrachtet werden. Für den weiteren Transport waren je zu einem Drittel englische, italienische und neutrale Schiffe vorgesehen. Die niedrigste Frachtrate sollte die nach Neapel sein: 57½ sh ab Hafen im Bristol-Kanal. Die kleineren italienischen Häfen sollten höhere Raten zahlen, die höchsten Porto-Empedocle: 80 sh per Tonne für schottische Kohle. Es wurde erwartet, daß danach der Kohlenpreis von etwa 220 Lire auf etwa 160 Lire in Italien sinken werde.

Aber im „Sole“ vom 17. Oktober 1916 heißt es, die Cardiffkohle sei frei Waggon Genua auf 225 Lire gestiegen, was dem so gefeierten englisch-italienischen Abkommen wenig entspreche. Im „Caffaro“ vom 17. Dezember 1916 wird unter scharfer Ablehnung halbamtlicher Beschwichtigungsversuche des „Corriere della Sera“ gesagt, in den 50 Tagen seit Abschluß des Abkommens sei nicht eine Tonne Kohle zu neuen Höchstpreisen nach Italien gelangt und nicht eines von den zugesagten den englischen Schiffen in den Dienst der italienischen Kohlenzufuhr gestellt worden. Noch heftiger ist der „Mattino“ vom 6. Dezember 1916, der mit dem Zerfall der Entente droht. In der „Preparazione“ vom 28. Dezember 1916 heißt es:

„Seit Inkrafttreten des englisch-italienischen Kohlenabkommens sind die Kohlenverschiffungen für den freien Handel, die sich vorher auf durchschnittlich 55 monatlich im Betrage von 250 000 Tonnen beliefen, auf 5 im Betrage von 20 000 herabgegangen.“

Damit stimmen englische Angaben überein. Nach dem „Economist“ vom 13. Januar 1917 hat England im Jahre 1915 an Italien 5 785 000 Tonnen Kohlen für 4 997 000 £, dagegen im Jahre 1916 nur 5 710 000 Tonnen für 7 019 000 £ geliefert, also weniger Kohle zu einem um 44 Prozent höheren Preise. Das englisch-italienische Kohlenabkommen war also, trotz aller Ableugnungsversuche des Unterstaatssekretärs Ancona, ein Fehlschlag.

Nun wurde in London ein internationaler Charterausschuß ins Leben gerufen, der dafür sorgen sollte, daß jede Charterung von ausländischen Schiffen seitens einer Privatfirma in erster Linie den Interessen der Alliirten diene. Um neutrale Schiffe anzulocken, wurden die Frachtsätze erhöht. Aber die Erhöhung hatte keine größeren Zufuhren zur Folge. Auch die Vergrößeruug des von England Italien zugewiesenen Schiffsraumes um 140000 Tonnen führte nicht zur Behebung des italienischen Notstandes. Der U-Boot-Krieg hielt die neutralen Schiffe auch zu den erhöhten Frachten fern. Darauf wurden die Höchstfrachtpreise überhaupt beseitigt; das Frachtenbureau sollte jeden Preis gelten lassen, der nötig sei, um von den Neutralen Schiffraum zu erhalten. Auch wurden die Preise für Kohlen, die nach Italien gehen, erhöht. Aber die Furcht vor den U-Booten war zu groß, und das Londoner Schiffahrtsblatt „The Syren and Shipping“ vom 29. August 1917 machte bittere Bemerkungen darüber,

Digitized by Google

daß die Bundesgenossen in der Benutzung ihrer Fahrzeuge zurückhaltender seien, „als wir Briten zu sein pflegen". Daß „italienische Schiffe unter dem Vorwand von Reparaturen in die Häfen flüchteten, um der U-Boot-Gefahr zu entgehen und sich so für die Zeit nach dem Kriege zu retten", hat der Minister Canepa in einem vom „Giornale d'Italia" vom 25. Mai 1917 veröffentlichten Pressegespräch für eine „peinliche, aber unleugbare Tatsache" bezeichnet, die ihm bei seinen Verhandlungen mit den Engländern sehr ernste Hindernisse bereitet habe. An den exorbitanten Gewinnen wollten die italienischen Reeder teilnehmen, so lange dies verhältnismäßig ungefährlich war; sobald die Gefahr stieg, wagten sie sich nicht mehr aufs Meer. Den Nachteil hatte Italien.

Wie mit der Kohlenversorgung verhält es sich mit der Beschaffung des von Italien benötigten Getreides und Holzes, nur daß es hier in erster Linie die Amerikaner, erst in zweiter die Engländer sind, die Italien durch exorbitante Frachtpreise bereichert haben. Um zuerst vom Holz zu sprechen: im Jahre 1913 betrug die Holzeinfuhr Italiens 11 583 000 dz = 3 580 000 Kubikmeter, wovon allein 9 040 000 dz aus Österreich kamen. Infolge des Krieges trat trotz abnehmender Bautätigkeit großer Holzmangel ein, denn Italiens eigene Holzproduktion ist gering. Als weitere Folge waren die Holzpreise schon fünf Monate nach Ausbruch des Krieges in Genua, dem Haupteinfuhrhafen für Holz, um 181 v. H. gestiegen. Da die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten und Kanada durch die hohen Frachten (80—100 Lire für den Kubikmeter) gehindert wurde, sah der „Sole" vom 21., 22. und 24. Januar 1916 mit der Erschöpfung der Holzlager ein weiteres Steigen der Preise voraus.

Aber weit wichtiger war der Getreidemangel. Nach der amtlichen Statistik von 1914 hat der Getreideverbrauch Italiens im Durchschnitt der Jahre 1908—1913 53,4 Millionen dz betragen, wovon 41,6 durch inländische Erzeugung, 13,0 durch Einfuhr (abzüglich der Ausfuhr) gedeckt wurden und ein Überschuß von 1,2 Millionen dz verblieb. Infolge des Krieges ging die heimische Erzeugung, da Arbeitskräfte und Düngemittel fehlten, zurück. Besonders im Jahre 1916 war der Ernteausfall enorm. Die große Schwierigkeit bei der Beschaffung ausländischen Getreides bereitete auch hier der Mangel an Schiffsraum. Er war schon 1916 so groß, daß nach „Sole" und „Corriere Mercantile" die Getreidepreise auf den amerikanischen Märkten fielen, da es unmöglich schien, den gesamten Getreideüberschuß des Jahres 1915 nach Europa zu befördern. Die Frachtsätze für Getreide von den nordamerikanischen Häfen nach Genua stiegen vom 1. Oktober 1915 bis 18. März 1916 um 100, von La Plata nach Genua um 210 v. H. Nach einer Berechnung der „Stampa" vom 23. Februar 1916 kam der Weizen, der im amerikanischen Hafen etwa 28 Lire kostete, in Genua auf 56 Lire zu stehen. Darauf hat die italienische Regierung für 350 Millionen Lire ausländisches Getreide angekauft, um die Ernährung der Bevölkerung zu sichern. Aber Italien hat das Getreide nicht rechtzeitig erhalten, weil England seine Schiffe für die Beförderung seiner Truppen von den Dardanellen und nach der Balkanhalbinsel nötig hatte. Darauf ein ungestümes Verlangen nach größerem Entgegenkommen der Ver-

Digitized by Google

bündeten in der italienischen Presse. Die Allgemeinheit der Mißernte im Jahre 1916 und der U-Boot-Krieg haben dann die Beschaffung von Getreide aus dem Auslande noch mehr erschwert. Die Transportkrise wurde für Italien wahrhaft bedrohlich. Nach einem Leitartikel des „Messagero" vom 28. Oktober 1916 kostete im Oktober 1916 das amerikanische Getreide in Chicago 220 v. H. mehr als im Juli 1914, die Frachten 600 v. H. mehr und der Wechselkurs war um 25 v. H. höher. Im Jahre 1917 ist die Anbaufläche weiter zurückgegangen, da die Arbeitskräfte fehlen; daher die größte Besorgnis des Volkes im Jahre 1918.

Erst vor wenigen Wochen haben die deutschen Zeitungen Angaben über den Rückgang der Einfuhr von Rohstoffen aller Art in den Hafen von Genua gebracht. Die Lage, die dadurch geschaffen, kommt in geradezu verzweifelten Artikeln der italienischen Presse zum Ausdruck. Dabei spricht „Messagero" die Erwartung aus, daß „die Verbündeten bei Überlassung von Kohle und Getreide Italien nicht auswuchern. Hoffentlich werde Orlando bei seiner Rückkehr von Paris hierüber gute Kunde bringen und die Sieges- und Revanchebegeisterung des Volkes neu beleben." „Tribuna" schreibt, „Italien habe an Opfern alle Verbündeten übertroffen, aber es könne seinen allgemein anerkannten und gepriesenen Widerstand nicht bis zum Äußersten fortsetzen, wenn die Verbündeten nicht beispringen. Zwischen dem Widerstandswillen und dem Widerstandskönnen klaffe heute ein gefährlicher Abgrund." „Idea Nazionale" verweist namentlich auf den furchtbaren Kohlenmangel der Eisenbahnen, der die Lösung der übrigen schweren Fragen unmöglich mache. „Stampa" pocht auf die klaren Rechte Italiens, das nicht allein seinen eigenen Krieg, sondern auch den Krieg seiner Verbündeten führe und die gerechte Berücksichtigung seiner Notwendigkeit erwarte. Sogar der „Corriere della Sera" enthält eine fast drohende Aufforderung an die Verbündeten, Italien im eigensten Interesse besser zu versorgen. Böten sie nicht die Hand dazu, daß die Maschine des Lebens in Italien nicht zum Stillstand komme, so hätte auch Frankreichs letztes Stündlein geschlagen und England hätte seinen jahrhundertealten Festlandkrieg verloren.

Durch Vorenthaltung von Kohle hat England Italien 1916 genötigt, an Deutschland den Krieg zu erklären; fast scheint es, als ob das Ausbleiben der damals Italien versprochenen Kohle eine ernste Gefahr für den ganzen Verband bedeute, dem beizutreten es damals gezwungen wurde.

Bethmann Hollweg, der Demokrat

Von Professor Dr. Wilhelm v. Blume, Tübingen

In der „Leipziger Illustrierten Zeitung" vom 24. Januar findet sich ein Festartikel zum Geburtstage des Kaisers, der etwas niedriger gehängt zu werden verdient. Ob die „Illustrierte Zeitung", die ja doch wohl bisher kein politisches Blatt sein wollte, die Absicht hat, von jetzt ab einer Partei, und zwar der äußersten Rechten, zu dienen,

Digitized by Google

ist uns unbekannt. Will sie es, so ergeben sich für einen großen Teil ihrer Leser die Folgerungen daraus von selbst.

Der Verfasser des eigenartigen Festartikels ist Herr Dr. Wildgrube, Mitglied des Reichstages. Thema: „Der monarchische Staatsgedanke." Richtiger: „Die Demokratie als Feind der Monarchie." Über die Staatsauffassung des Herrn Dr. Wildgrube soll hier nicht mit ihm gestritten werden. Ganz so einfach, wie er meint, liegt die Frage nach dem Wesen der Monarchie denn doch nicht. Wenn er unter Berufung auf Bismarck die Grenzlinie zwischen Monarchie und Republik da zieht, wo der König durch das Parlament zu etwas gezwungen werden kann, was er aus freiem Antrieb nicht tun würde, so ist Herr Wildgrube sich schwerlich darüber klar gewesen, daß er von diesem Standpunkte aus jedenfalls das Deutsche Reich nicht als Monarchie betrachten kann. Im übrigen soll ihm ohne weiteres zugegeben werden, daß der eigentliche Wert der Monarchie in ihrer Stellung über den Klassen und Parteien liegt. Darin, daß ein Mann da ist, der so hoch steht, daß er vom Kampf der Interessen nicht berührt wird, aber die Macht hat, ausgleichend in diesen Kampf einzugreifen.

So weit wir sehen, dürfte die Zahl derer, die unter „Demokratisierung und Parlamentarisierung" unseres Staates eine Schmälerung dieser Stellung der Monarchie verstehen, — wenn wir von der Sozialdemokratie absehen — nicht allzu groß sein. Aber Herr Dr. Wildgrube hält es für nötig, den Kaiser an seinem Geburtstage vor den Feinden, die ihn in Deutschland bedrohen, nachdrücklich zu warnen. Denn — so behauptet er — der Kampf, der im Innern entbrannt ist, ist letzten Endes ein Kampf gegen die Monarchie. Die Verantwortung für diesen Kampf aber „fällt in ihrer ganzen Schwere auf den unglückseligen Mann, der in den ersten drei Kriegsjahren Reichskanzler war, auf den Herrn von Bethmann Hollweg". Ihm habe der Glaube an die Monarchie gefehlt, er sei in demokratischen Grundanschauungen befangen gewesen. So habe er die „gefühlsmäßige Hingabe bisher antimonarchischer Volkskreise an den Augenblick" in ihrem Wert überschätzt, und die Folge sei das „Versprechen einer Belohnung an die Demokratie" gewesen. Demokratisierung und Parlamentarisierung seien die Losung geworden.

Also Bethmann Hollweg, „der unglückselige Mann", ein Demokrat! Demokratisierung und Parlamentarisierung seine Losung! Man möchte laut lachen, aber das Lachen vergeht einem, wenn man sich klar macht, daß derartiges in einem Festartike von einem Abgeordneten der konservativen Partei geschrieben werden konnte. Wohin hat der Haß diese Männer geführt! Der Haß, der darin und nur darin seinen Grund hat, daß Bethmann Hollweg ihnen nicht zu Willen war und der Vertrauensmann des Kaisers blieb trotz aller Anfeindungen, bis — ja bis der Kaiser in seine Entlassung willigen mußte, obwohl er das Vertrauen zu ihm nicht verloren hatte. Und eben diese Leute, die den Monarchen gezwungen haben, seinen Kanzler preiszugeben, die wagen

Digitized by Google

es, in einem Festartikel zu Kaisers Geburtstag den Mann zu beschimpfen, der dem Kaiser nahe gestanden hat, und wagen es, als das Kennzeichen des Monarchen zu preisen, daß niemand ihm seinen Willen aufzwingen könne! — Pfui Teufel!

Notizen

Die Niederlage des gleichen Wahlrechts in dem preußischen Verfassungsausschuß kann nur eine Etappe auf dem Leidensweg dieser politischen Forderung sein. Die Regierung hat noch die Hoffnung, daß im Plenum eine kleine Mehrheit zu ihrem Entwurf sich findet. Denn von der freikonservativen Fraktion ist die Gruppe, die ihr folgen will, im Ausschuß gar nicht vertreten. Sie wird auch damit rechnen können, daß die Nationalliberalen des Reichstags ihr Gewicht auf die preußischen Kollegen lenken werden. Freilich — ernste Schritte muß sie sich vorbehalten. Sie wird, wenn sie ohne Erfolg bleibt, während des Krieges die Auflösung nicht beschließen, sondern den Landtag nur mit dem Haushalt beschäftigen, um dann mit dem Frieden Neuwahlen auszuschreiben, die nur das Wahlrecht als Losung haben. Deren Erfolg wäre, trotz des Dreiklassensystems und trotz des Aufstiegs der Kriegsgewinner, ohne Frage. Aber der Beginn der Friedenspolitik würde unter die schwierigsten Reibungen kommen! Deshalb ist die baldige Erledigung der Wahlrechtsfrage im Augenblick gar keine Angelegenheit, ob man für etwas mehr oder für etwas weniger Demokratie schwärmt, sondern eine fast ausschließlich staatspolitische Entscheidung.

Finnland muß das Glacis für Petersburg bleiben. Die maximalistische Zeitung „Rossija" vom 7. Februar betont in einem Artikel die militärische Notwendigkeit, Finnland in Abhängigkeit von Rußland zu halten. Das Blatt entwickelt dabei Ansichten, die sich nicht im geringsten von kadettischen Äußerungen unterscheiden. Auch bei ihr bildet der nächste Krieg eine feststehende Tatsache, gegen die man sich durch vorgeschobene Stellungen, wie Aaland und Ösel, sichern müsse:

„Der russische Bürger begrüßt den politischen Sieg der finnländischen Demokratie, er muß aber zugleich in die Zukunft schauen, wo auch andere politische Kombinationen möglich sind. Die Möglichkeit ist keineswegs von der Hand zu weisen, daß es der finnländischen Republik künftighin vorteilhaft erscheinen werde, in den Bestand von Staaten einzutreten, die der russischen föderativen der A.- und S.-Räte-Republik offensichtlich feindlich gegenüberstehen . . .

Man muß festlegen, welche strategischen Punkte unbestreitbar von russischen Truppen bei allen politischen Kombinationen besetzt werden müssen.

Historische Erinnerungen und die strategischen Bedingungen von heute führen zu dem Schluß, daß die Verteidigung Petersburgs sich nicht auf die Küste des Finnischen Meerbusens beschränken könne, und wie früher in das Gebiet der Moonsund-Inseln und der Aaland-Inseln vorgeschoben werden müsse . . .

Ein jedes Zugeständnis in dieser Richtung bedroht uns mit Gefahr, welche anfangs nicht zu merken, ihren Folgen nach jedoch um so verhängnisvoller ist. Die Absperrung des Finnländischen Meerbusens für die russische Flotte bildet den Anfang der Verdrängung unserer bewaffneten Kräfte aus dem Gebiet der strategischen Zugänge nach Petersburg."

Ein politischer Atlas von Bulgarien. D. Rizoff, Kgl. bulgarischer Gesandter in Berlin, hat eine historisch-politische Kartensammlung mit Begleittext herausgegeben: die Bulgaren in ihren historischen, ethnographischen und politischen Grenzen, 679 bis 1917 — eine Arbeit, die an sich wertvoll ist, außerdem aber zu den geschicktesten gehört, was die mannigfaltige nationale Propaganda-Literatur zurzeit des Weltkrieges hervorgebracht hat. Geschickt, und was das Entscheidende ist, wirklich überzeugend! So nur kann man diese Arbeit urteilen, die vier-

Digitized by Google

zig Karten der verschiedensten Herkunft, serbische, französische, englische, deutsche, russische, bulgarische aus der Zeit vom Beginn der wissenschaftlichen Untersuchungen über die Abgrenzung der Nationen auf der Balkanhalbinsel bis auf die Gegenwart in genauer Wiedergabe vereinigt. Der Zweck der Zusammenstellung ist, zu beweisen, welch eine lange Reihe kompetenter Zeugnisse aus allen Lagern dafür spricht, daß die nationalen bulgarischen Ansprüche auf die jetzt im Kriege angestrebten Grenzen des Königreichs Bulgarien in der Tat durch die Ausbreitung des bulgarischen Stamms gerechtfertigt sind. Das gilt namentlich auch von der umstrittenen Dobrudscha. Daß dieser wichtige Landstrich zwischen der untersten Laufstrecke der Donau und dem Schwarzen Meer geschichtlich zu Bulgarien gehört und daß auch ethnographisch die Bulgaren dort ein alt ansässiges und zahlreiches Volkselement ausmachen, wird die Rizoffsche Kartenfolge in der Tat als das überwiegende Urteil dieser Zeugnisse dargetan, von denen eine ganze Anzahl schon durch ihr Datum und ihre Herkunft ganz außerhalb des Verdachtes stehen, bestimmte Ziele für die Gegenwart zu verfolgen.

Neuerscheinungen

Geschichte und Leben

Seit dem Kriege wird *geschichtliches Verstehen* nicht mehr da allein geübt, wo der Geist nur das starre Produkt des Prozesses historischer Begriffsbildung hinnimmt. Es erlebt diesen Prozeß in seinem Werden in sich. Dadurch ist es nicht ein Bedürfnis des betrachtenden Geistes geblieben, das es vor dem Kriege war. Es ist „*eine Forderung des handelnden und leidenden Menschen* geworden, die schleunige Erfüllung verlangt". Universität und höhere Schule können und müssen zur Lösung dieser ein Beträchtliches beitragen. Beide haben sich darum während des Krieges oft um die Beschaffenheit des Stoffes bekümmert, an dem der Lernende die aufbauenden Grundkräfte des historischen Erkennens entwickeln und erproben soll. Ein neues Hilfsmittel, das originellste und gedankenreichste, das bis jetzt herauskam, ist ein Buch von Ph. Litt, „*Geschichte und Leben*" („*Von den Bildungsaufgaben geschichtlichen und sprachlichen Unterrichts*". B. G. Teubner, Leipzig. M. 5.20). Es legt einen zusammenhängenden Lehrgang geschichtsphilosophischer und soziologischer Unterweisungen vor, „durch den es gelingen kann, wirkliche Einsicht in die Grundvorgänge des historischen Lebens aus dem unmittelbaren Besitz an persönlicher Lebenserfahrung abzuleiten". Sprach- und Geschichtsunterricht werden dafür in Anspruch genommen. Und beiden wird die Aufgabe zugewiesen, „die Stellung des einzelnen innerhalb der historischen Gemeinschaften im Sinne einer von *Verantwortlichkeitsgefühl* und *Gerechtigkeit getragenen Gesinnung* zu bestimmen. Auch das ist ein neuer, fruchtbarer, für die Neugestaltung unserer geschichtlichen und geistigen Erziehung gleich wertvoller Gesichtspunkt. Zusammenfassend sagt der Verfasser über die Prinzipien seiner Anschauung: „Das geschichtliche Leben hat in stürmischem Voranschreiten seiner Entwicklung eine Stufe erreicht, bis zu der ihm der langsamere Fortgang der durchschnittlichen Denkweise nicht hat zu folgen vermocht. Sie sucht des Gewirres von tausendfach sich durchkreuzenden Ereignisketten, in deren Mitte sie steht, mit den Denkformen Herr zu werden, die selbst auf einfachere Zeiten angewandt nur einen Teil der Wahrheit ans Licht fördern, jetzt aber vollends nur ein Zerrbild der Wirklichkeit zustande bringen können. Und dieses Zurückbleiben des Erkenntnisvermögens bedeutet in seinen Wirkungen unendlich viel mehr als ein bloßes intellektuelles Versagen. Es dürfte nicht zu viel behauptet sein, daß nicht wenige der schweren Krisen, von denen die gegenwärtige Menschheit heimgesucht wird, in diesem Mißverhältnis einen entscheidenden Grund haben. Je schneller es gelingt, den Abstand, in dem die allgemeine Lebenskenntnis dem Leben folgt, zu verringern, desto eher möchte es möglich werden, einen Teil seiner inneren Unausgeglichenheiten wenigstens zu mildern."

Der denkenden Betrachtung über die Geschichte, für deren Notwendigkeit ein Buch wie das von Litt ein neues Zeugnis aus unserer eigenen Erfahrung ist, kommt zurzeit weiterhin ein Buch entgegen, das *Georg Lasson* aus aufbehaltenem handschriftlichen Material *Hegels* neu herausgegeben hat „*Die Vernunft in der Geschichte*" („*Einleitung in die Philosophie der Weltgeschichte*", Felix Meiner, Leipzig, br. M. 5.50). Hegels Denken paßt sich unserer Zeit darin an, daß er nicht, wie seine philosophischen Vorgänger, bei dem Individuum stehen bleibt, sondern auf die geistige Welt zurückgeht, die den Boden für das sittliche Leben der Individuen bildet, „auf das durch den objektiven Geist gebildete *sittliche Ganze*, dem der einzelne als seinen Mutterboden das eigene sittliche Bewußtsein, den Inbegriff seiner sittlichen Aufgabe verdankt". Auch durch sein „*Ziel der Weltgeschichte*" wird

Digitized by Google

Hegel der geistige Betrachter auch unserer Zeit: „daß der Geist sich zu einer Natur, einer Welt ausbilde, die ihm angemessen ist, daß der Geist zum Bewußtsein seiner wahren Wirklichkeit komme".

Auf den Wert geschichtlicher Erkenntnis für das politische Urteil der Gegenwart kommen aber auch Schriften zu sprechen, die sich mit einzelnen geschichtlichen Fragen beschäftigen. So zehn in Wien gehaltene Vorträge über „das Königreich Polen vor dem Kriege", die die Freie Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung in Wien mit einer Einleitung ihres Vorsitzenden Dr. L. Ewiklinski (bei Franz Deuticke, Wien) herausgibt. Die Vorträge (über das Land, die Bevölkerung, Verfassung und Recht, Landwirtschaft, Industrie, Finanzen und über die wichtigsten geschichtlichen Momente im Königreich Polen) werden ein beachtenswertes Zeugnis für politische Erziehung durch ihren Standpunkt: „Erst heißt es sich über die Grundtatsachen klar werden, ehe man zu politischen Urteilen aufsteigt. Wie die Theorie durch die Praxis, so muß die Praxis durch die Theorie gefördert werden. Polen kennen zu lernen, ist schwer. Es liegt an der Grenze zweier Welten, der westlichen und der östlichen. Davon wurde es ein Land voll gegensätzlicher politischer, nationaler, wirtschaftlicher Interessen. (Es ist im übrigen die Hoffnung des Buches, daß „des Zwanges bar, der den freien Gang hemmte, der Willkür der Machthaber nicht mehr ausgesetzt, gehoben durch das ethische Gewicht der übernommenen Pflichten, der wiedererstandene Staat nach Überwindung der mit der Umschaltung des Wirtschaftsbetriebes verbundenen Schwierigkeiten hoffentlich in der Lage sein wird, im Anschluß an die Gemeinschaft der Mittelmächte, die Schätze seines Bodens, sowie die geistigen Anlagen und physischen Kräfte seiner Bevölkerung in fruchtbarer Weise für seine ökonomische, kulturelle und nationale Entwicklung zu verwerten".)

Moses Schorr begründet durch einen geschichtlichen Rundblick den Anteil der Juden Polens und Litauens an dem staatlichen Wiedererstehen Polens. (Rechtsstellung und innere Verfassung der Juden in Polen. R. Löwit, Berlin 1917.) Zur Literatur alten Schlages gehört dem gegenüber das Buch von Slavicus, der über „Österreich-Ungarn und die südslawische Frage" schreibt. (Ferd. Wyß, Bern.) Die südslawische Frage, die bis jetzt meist zu den jüngsten politischen Problemen gerechnet wurde, wird in ihrem Ursprung zwei Jahrhunderte zurück verfolgt. „Ihre Geburt fällt in die Zeit, da der Niedergang der ottomanischen Herrschaft auf dem Balkan begann." Das Geburtsdatum ist der Friede von Passarowitz 1718, weil „dieser Vertrag durch die Abtretung eines Teils von Bosnien, des nördlichen Serbien und der sogenannten „kleinen Wallachei" (westlich des Altflusses) an Österreich den ersten Gebietsverlust der Türkenherrschaft auf dem Balkan darstellt". Schon dieser Frieden läßt die Entwicklung sehen, die das Problem genommen hat: zum Verfall der ottomanischen Baltanherrschaft, zur Anwartschaft Österreichs an das Balkanerbe der Türkei. Als Losung der südslawischen Frage wird die Annexion von Serbien und Montenegro gefordert. „Durch die Angliederung Serbiens an die Monarchie würde deren Machtsphäre nicht einmal in dem Maße ausgedehnt werden, als sie in der Budapester Konvention von 1877 zwischen Österreich-Ungarn und Rußland vereinbart worden war (bis zum Timok und Vardar)."

Als richtige Erzieherin der Gegenwart tritt die Vergangenheit in zwei Büchern auf: Dr. Kurt Herfurth hat aus Bismarcks Schriften und Reden zu vorläufiger Orientierung die Grundzüge seiner Kolonialpolitik dargelegt („Fürst Bismarck und die Kolonialpolitik". Wilhelm Borngräber, Berlin). In historischer, für eine Zeit lehrreicher Folge, die sich die Einsicht in die Notwendigkeit der Kolonialpolitik von neuem erkämpft, wird Bismarcks Stellung zu den kolonialen Fragen seinerzeit an den einzelnen großen Momenten erörtert. Alexander Cartellieri sieht in der Geschichte Frankreichs von 1871 bis 1914 eine innere Einheit („Frankreichs politische Beziehungen zu Deutschland", G. Fischer, Jena) durch die Revanche als das im entscheidenden Augenblick immer maßgebende Ziel der französischen Politik, die das Urteil lähmt, alle vernünftigen Erwägungen unterbricht, die die Vergangenheit fälscht und die Zukunft verschließt — „das Verhängnis eines großen Volkes".

Erzieherin der Zukunft ist die Vergangenheit in dem Denkmal, das Alexander Cartellieri Gobineau (als einem nachahmenswerten Vertreter der internationalen Wissenschaft) setzt. (Straßburg, K. J. Trübner, 1917.) Durch und durch Franzose, reiht er sich den führenden Denkern an, die sich vom festen Grunde ihres Heimatlandes strebend zum Allgemeinen und Höchsten erheben. Sein ganzes Leben, Forschen und Dichten, ruhelos wie er war, galt dem Edelmenschen, dem Helden, den er auf der ganzen Erde in allen Jahrhunderten sucht.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Für 15 Pfg.

wöchentlich bringt

„Die Welt-Literatur"

die besten

Romane u. Novellen.

Sie ist die unterhaltendste und billigste

Haus-Bibliothek

die in keiner Familie fehlen sollte.

Vierteljährlich (13 Nummern) ..... 1.80 Mk.
Vierteljährlich Feldpost (13 Nummern) 2.10 Mk.
Probe-Bände (5 Nummern) mit Porto —.50 Mk.

Verlag: „Die Welt-Literatur" München 2

Deutsche Orientbücherei (Herausgeber: Ernst Jäckh)

Bd. 19: **Als ich die Türken pflegte**

Erinnerungen einer Einundzwanzigjährigen. Von Hilde Mordtmann

Ein kleines Bild aus dem großen Krieg! Während die anderen Hefte der Orientbücherei politische, wirtschaftliche und historische Fragen aufrollen, sind in diesem Band Erlebnisse rein persönlicher Natur zusammengestellt.

Verlangen Sie gratis den Prospekt der Bücherei

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar

Technische Glasartikel

Wiederverkäufer gesucht

Hermann Herzig, Görlitz in Schlesien

AUTO-LICHT-ENTWICKLER „DANIEL"

Größter Schlager. Export nach allen Ländern.
Daniel Heinr. Belz, Dresden-A., Gr. Plauensche Straße 18

Deutsches Leben Band 1

Heinrich Lhotzky:

Das Deutsche Weltreich,

Elegant kart. Mk. 1.00

Es steckt deutsches Leben in der neuen Schrift, der wir Verbreitung und Ausbau von Herzen wünschen. Es ist köstliche Saat, möge sie auf guten Boden fallen. Mannheimer Tageblatt.

Digitized by Google

Bei allen Anfragen und Bestellungen aus dem Inseratenteil bitten wir,

Sie sollen mitbauen an Deutschlands Größe!

Das Ziel unserer Feinde ist, das deutsche Volk zu zerschmettern. Unser Ziel muß es sein, daß das deutsche Volk nach diesem Kriege noch viel stärker und leistungsfähiger dasteht als zuvor. Selbst unsere Feinde müssen, wenn auch ungern, die ungeahnte Leistungsfähigkeit unserer Industrie anerkennen, die der vereinten Kriegsindustrie aller fünf Weltteile Trotz bietet. Auch in der Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft haben sie sich arg verrechnet. Wie ungeheuer würde aber die Leistungsfähigkeit, das Blühen und die Wohlfahrt des deutschen Volkes werden, wenn jeder einzelne - gleichviel was sein Beruf ist - sein Bestes an Geist, Arbeit und Tatkraft geben würde, was ja auch ihm den entsprechenden Lohn eintragen würde. Ein großes Uhrwerk kann nur dann Wunderbares leisten, wenn nicht nur die großen Triebfedern, sondern auch das kleinste Rädchen sein Bestes gibt. Es ist deshalb die Pflicht eines jeden Deutschen (ob alt oder jung, Mann oder Frau), also auch Ihre Pflicht, alle Ihre Fähigkeiten bis zur Höchstleistung zu erziehen und zu steigern. Sie müssen Ihre Beobachtung, Auffassung, Konzentration, Ihr Denken und Gedächtnis, Ihre Sinne, Ihren Willen, Tatkraft und Ausdauer auf die höchste Stufe der Leistungsfähigkeit bringen. Die beste Anleitung hierzu finden Sie in Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre. Sie erhalten nicht nur gedruckte Lektionen, sondern auch persönliche Anleitung, gestützt auf mehr als 20jährige Erfahrung im Unterricht von über 130000 Schülern aller Stände und Berufe. Einige Auszüge aus Zeugnissen: „Nicht nur geistigen, sondern auch materiellen Nutzen hat mir Ihre Lehre eingebracht. Ich habe die mir z. Zt. höchste erreichbare Stellung erhalten. F. St." - „Ihre Geistesschulung hat mir gezeigt, wie man sein Denken, Fühlen und Wollen auf eine fast unglaubliche Höhe bringen kann. A. Sch. - Durch eine im Felde erworbene Lähmung war ich gezwungen, meinen Beruf aufzugeben. Ich bin jetzt nach 8monatigem Arbeiten im neuen Beruf zum Disponenten aufgerückt. Dies verdanke ich zum großen Teil Ihrem Unterricht. K. M."

Verlangen Sie heute noch Prospekt (mit zahlreichen Zeugnissen) von

L. Poehlmann, Amalienstraße 3, München P 41

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 289
Haußmann, Im Reichstag, Februar 1918 291
Knorr, Die Zukunft des Donaugebietes 294
*** Petersburger Eindrücke 301
Peus, Eine schwere Gefahr 306
Knapp, Über den sogenannten Geldwert 309
Linter, Französische Bankrotteurpolitik 316
Notizen 320

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang 8. März 1918 Heft 10

Digitized by Google

Die Einbanddecken zur „Deutschen Politik" 1917

II. Halbjahr (Juli-Dezember)

sind fertiggestellt. Wir bitten die Verzögerung entschuldigen zu wollen und weitere Bestellungen den Buchhandlungen oder dem Verlag aufzugeben. / Die Decken kosten wie bisher

M. 1.50

Gustav Kiepenheuer Verlag in Weimar

Perthes' Kleine Völker- und Länderkunde

zum Gebrauch im praktischen Leben

„Hatte der Plan des Unternehmens schon bei seiner Ankündigung Zustimmung gefunden, so geben die ersten Bände der neuen ‚Kleinen Völker- und Länderkunde zum Gebrauch im praktischen Leben' den Erwartungen Recht." Reichsbote, Berlin

1. Band: **Irland.** Von Dr. J. Pokorny. Preis: 4.— Mk.

„Der Band, der mit außerordentlicher Sachkenntnis und Frische geschrieben ist, bedeutet, soweit wir wissen, die erste zusammenhängende Darstellung der irischen Geschichte in deutscher Sprache überhaupt und wird nicht nur jetzt, wo begreiflicherweise unsere Teilnahme an irischen Angelegenheiten sehr stark ist, sondern auch bei der Förderung der deutsch-irischen Beziehungen, die sich nach dem Kriege ergeben können, eine wichtige Rolle spielen." Velhagen & Klasings Monatshefte

2. Band: **Rumänien.** Von Prof. Dr. O. Freiherr von Dungern. Preis: 4.— Mk.

„Ein ernstes Buch in ernster Zeit; ein Werk, gründlich, vollständig in der Mitteilung der Tatsachen und doch ohne unnütze Überladung; die Arbeit nicht nur eines Kenners, sondern auch eines Beobachters, der mit lebendigem Blick das Wirkliche sieht. Professor von Dungern kennt Rumänien wie kaum ein anderer im Auslande." Deutsche Levante-Zeitung

3. Band: **Schweden.** Von Dr. F. Arnheim. Preis: 4.— Mk.

„Arnheim hat mit diesem Schwedenbuche, das gediegene Kenntnis in zuverlässigster Form vermittelt, nach Anlage und Durchführung etwas schlechthin Mustergültiges geschaffen." Weserztg., Bremen

4. Band: **Polen.** Von Dr. E. Zivier, Pleß. Preis: 6.— Mk.

„Eine äußerst gelungene Zusammenfassung von des Verfassers Studien, die ein ebenso interessantes wie erschöpfendes Bild der Entwickelung Polens gibt und allen denen zu empfehlen ist, denen die Zeit mangelt, mehrbändige Werke durchzuarbeiten." Rheinisch-Westfälische Zeitung

Demnächst erscheinen:

Türkei. Von Dr. Achmed Emin, Konstantinopel

und

Bulgarien. Von Dr. G. Kunzer, Sofia

Digitized by Google

3. Jahrgang • 8. März 1918 • Heft 10

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

In den Blättern der Rechten wird dem Vizekanzler Payer zum Vorwurf gemacht, er habe als „Parteimann" gesprochen. Das klingt einigermaßen idricht. Was Payer getan hat, war nichts anderes als das, was schon längst einmal gesagt werden mußte: daß eine Minderheit Minderheit sei. Nicht im parlamentarischen Sinn, sondern gegenüber dem Inland wie gegenüber dem Ausland. Die Mehrheit des deutschen Volkes steht weder bei den Extremen der Rechten noch der Linken, und die heutige Reichsregierung ist nicht der Gefangene einer autokratischen Gruppe, wie die Weltlegende, geflissentlich und durchsichtig, beschreibt. Schärfe schafft Klarheit. Diese aber brauchen wir.

*

Daß die Isolierung der äußersten Rechten deutlich ausgesprochen wurde, ist dort peinlich empfunden worden. Man weicht der Selbsterkenntnis aus und übersieht auch gerne die in der Tat groteske Erscheinung, wie oft Heydebrand und Haase in wichtigen Fragen gleichartig abgestimmt haben. Das zu verwischen dienen Lärm, Protest, gekränkte Beschwerden. Im Gegenstoß sucht man Payer innerhalb der Regierung selber zu isolieren. Das ist aber mißlungen. Die Rede des Vizekanzlers war die notwendige Ergänzung der Hertlingschen Rede; der Kanzler hat die Ausführungen seines Stellvertreters sachlich gedeckt.

*

In England steht Lloyd George vielleicht vor neuen Anfechtungen, denn der Schiffsbau hat im Jahr 1917 nur ein Drittel seiner Julivoransage erreicht, und Bonar Law muß sich zu einem Finanzprogramm von Wochenterminen entschließen, da er einen zuversichtlichen Finanzappell an die britische Stimmung im Augenblick offenbar nicht wagen kann. Daß der Vorstoß von Asquith nicht gelingen konnte, lag daran, daß er an die Frage der Generalität anknüpfte, daß er aber keinen siegreichen General zu verteidigen hatte. So lange der als Knock-out-Politiker gekennzeichnete Lloyd George das Feld beherrscht, ist ein verhandlungsfähiger Friedenswille für unsere Betrachtung nicht vorhanden. Balfour wird zwar vorgeschickt, um in milderen For-

Digitized by Google

mulierungen einer etwas brüchigen Stimmung Rechnung zu tragen — aber im Sachlichen kommt auch er keinen Schritt vorwärts.

*

Die Erwartung großer Ereignisse im Westen überschattet bis zu einem gewissen Grad die neuen Leistungen unserer Truppen im Osten. Ist das gerecht? Müssen wir nicht mit der größten Bewunderung die ungeheuren Erfolge betrachten, die unsere Regimenter jetzt im Osten errungen? Der Heroismus der Entbehrung, des rastlosen Marschierens, Marschierens, Marschierens, die kühne Entschlossenheit einer Handvoll Leute, ins Ungewisse hineinzustoßen, hinter deren fast abenteuerlicher Schnelligkeit die Umsicht und Arbeit aufbauender, pfleglicher Ordnung nachrückt. Daß Groener in der Ukraine führt, ist ein Symbol, daß hier der Organisationswille und die Sorge um die Heimat das Chaos niederkämpft. Was dabei militärisch geleistet wird, ist zugleich Sekundantendienst für die Verhandlungen mit Rumänien.

*

Österreichische Divisionen rücken in Podolien ein. Eine gewisse Befangenheit gegenüber den Strömungen in der Wiener Sozialdemokratie hat die österreichisch-ungarische Regierung bisher gebunden. Sie braucht Adler für das Budget. Adler will ihr das Budget jetzt bewilligen, um der parlamentslosen Herrschaft des § 14 auszuweichen, aber die Kriegskredite selber sollen weiterhin abgelehnt werden. Der Kaiser wehrt sich gegen diese Scheidung. In diesem Zwiespalt schwebt Wien heute noch. Er kann am ehesten durch den baldigen Friedensschluß mit Rumänien gelöst werden; diesen bringt jener Einmarsch, gegen den im doktrinären Zirkel die Sozialisten sich wehrten!

*

Nachdem endlich das System Isenburg in Litauen liquidiert worden ist, sollte möglichst schnell an den politischen Aufbau dieses Staatswesens gegangen werden. Das wäre nicht nur im litauischen, wie im deutschen Interesse, sondern auch für unser Verhältnis zur Ukraine von großer Bedeutung. Gerade jetzt, wo deutsche und österreichische Truppen auf Bitten der Ukraine tief in ihr Gebiet vorstoßen, um es von der maximalistischen Pest zu befreien, wäre es ein Gebot politischer Klugheit, den litauischen Beweis zu erringen, daß Mitteleuropa den früheren Randvölkern Rußlands ein uneigennütziger Freund sein will.

*

Die spanischen Wahlen haben den Neutralitätswillen des spanischen Volkes bestätigt. Die Entente hat es nicht daran fehlen lassen, die Versenkung einiger spanischer Schiffe nach Kräften auszubeuten, aber sie hat es nicht verhindern können, daß ihr eifrigster Agent, Lerroux, zweimal durchgefallen ist und damit aus der Kammer ausscheidet. Das spricht, ohne daß wir heute schon eine innere Klärung der spanischen Parteigruppierungen zu erkennen vermögen, formelhaft die deutlichste Sprache.

Digitized by Google

Im Reichstag, Februar 1918

Von Conrad Haußmann, M. d. R.

Die erste Etatsdebatte unter der neuen Regierung brachte eine große politische Aussprache. Sie hat klärend gewirkt und sie hat dem Volk ein Regierungsprogramm, politische Persönlichkeit und eine feste Mehrheit gezeigt.

Es sind Veränderungen seit einem Jahr eingetreten: Spahn, Bassermann und Payer sind nicht mehr die Führer ihrer Fraktionen. Payer ist Mitglied der Reichsregierung geworden und ist als Stellvertreter des Reichskanzlers erstmals vor das Haus getreten. Schon dies wirkte als ein politisches Ereignis. Denn nie ist in dem fast fünfzigjährigen Reichstag ein Parlamentarier, der als Parlamentarier berufen worden war, niemals ein Demokrat auf der Ministerbank erschienen.

Payer entwickelte das Innenprogramm der Reichsregierung. Es ist ein Programm besonnener Reformen. Er vertrat es in glücklicher Weise, offen und nachdrücklich. Es ging durch seine Worte ein Klang von Kraft und von Zuversicht, von Willen und von Selbständigkeit. Das war es, was bei fast allen Sätzen die Zustimmung der Mehrheit auslöste, das war es, was den Grimm der Konservativen nicht schweigen ließ.

Das politisch Wichtigste war das Aufschäumen der Konservativen und der Beifallsturm der Mehrheit, der in immer erneuter Woge durch das Haus brauste. Im Kriegsjahr riefen die Männer der guten Manieren zum Willkommen dem Vizekanzler eine Pfuisalve entgegen. Dabei war die Rede in der Form untadelig und in besonderem Grad maßvoll. Entschlossen zum Demonstrieren — suchten die Konservativen den äußeren Grund darin, daß der Vizekanzler bei der Aufzählung der politischen Schädlichkeiten nach dem Streik auch die Exzesse der radikalen Konservativen aufzählte. Die Gemeinschädlichkeiten der größten Sünder von rechts aus Feigheit nicht zu erwähnen, wäre der Vernachlässigkeit eines Staatsinteresses gleich gekommen und wäre eine „Unbesonnenheit" gewesen, wie sie nur Michaelis zuzutrauen war, der durch diese Verzagtheit uns in eine schädliche Krisis verstrickt hat.

Höchstens die Frage ist aufzuwerfen, ob Payer nicht allzu optimistisch war mit seinem Appell an die Konservativen, ihre Strangschläger abzuweisen. Denn die ganze konservative Politik ist Strangschlägerei geworden. Die Sammlungspolitik ist von ihnen schon unter Bethmann grundsätzlich verleugnet worden, um die Reichsregierung, einschließlich der Krone, fortgesetzt unter dem einschüchternden Druck demagogischer Angriffe halten zu können. Dieses staatserschütternde Treiben, das dem Feind das Material zur Verdächtigung der deutschen Politik gibt, ist der Hauptgrund gewesen, der die anderen Parteien lehrte und zwang, im Staatsinteresse eine Mehrheit zu bilden und einer neuen Regierung die parlamentarische Stütze zu schaffen.

Es war mathematisch sicher, daß der dadurch parlamentarisch isolierte Flügel den Vizekanzler tendenziös angreifen werde. Um das parlamentarische System, vor dem sich

Digitized by Google

die Konservativen, als vor dem Ende ihrer Herrschaft, wie vor dem Tod fürchten, lästern zu können, müssen sie den ersten parlamentarischen Minister „herunterreißen". Den Vorwand hierzu bildete das Mittel: sich für grundlos angegriffen zu erklären und über „Herausforderung" verwirrenden Lärm zu machen. Dabei benutzten sie den Kunstgriff, sich mit dem Don Quichotte von Januschau zu identifizieren und ihn gleichzeitig zu verleugnen. Weiterhin aber griffen sie zum Instrument des Pfui-Rufs.

Aber die Mehrheit erkannte das Spiel und scharte sich im ersten Augenblick um Payer. Der Vorstoß gegen ihn schmiedete die Mehrheit am ersten Tag der Etatsberatung nur noch fester zusammen.

Was der Beifall der stürmischen Sitzung versprach, erfüllte die Debatte, die eine Reihe interessanter Reden aus dem Haus über die innere Politik und über die von Hertling vertretene, unten zu besprechende Außenpolitik brachte.

Das Zentrum durch Trimborn und Erzberger sprachen der Reichsregierung und gerade auch dem Programm Payers ihr „volles Vertrauen" aus. Die Sozialdemokratie durch Scheidemann und Landsberg traten hinter das Reformprogramm, und die fortschrittliche Volkspartei durch Wiemer und Schultze-Gaevernitz schlossen den Kreis der Mehrheit durch die Zusage energischer Unterstützung.

So erhielt die neue Reichsregierung im Parlament eine Vertrauenskundgebung so lebhaft wie noch keine ihrer Vorgänger.

Herr von Heydebrand sah sich in der rettungslosen Minderheit. Er sprach nervös und wenig eindrucksvoll. Die „Deutsche Zeitung" bedauerte, daß er „den guten Tag" nicht gehabt hat, den man hätte wünschen mögen". Der Reichskanzler übernahm es, Öl auf das bewegte Wasser des Herrn Heydebrand zu tröpfeln. Er hatte vor neun Monaten kommandiert: „Wir erwarten, daß der König uns ruft!" Es ist schmerzlich, wenn nach solch zornigem Fordern andere gerufen werden. Der konservative Führer erlebt persönlich Fehlschlag um Fehlschlag und zwar durch eigenste Schuld, in die dieser Versager seine Partei verstrickt hat.

Erzberger nahm die große politische Situation des Februar 1918 wahr, um die Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 zu beleuchten und die Mehrheitspolitik zu rechtfertigen und zu begründen, und zwar die äußere wie auch die innere Politik.

Da das Zentrum der rechte Flügel der Mehrheit ist, so ist die Mehrheit aus der Etatsdebatte fest und geschlossen hervorgegangen. Was im Juli 1917 sich herausgebildet hat, ist gewachsen und erstarkt. Die Fundamente eines neuen politischen Systems sind gelegt und haben sich als tragfähig erwiesen. Die Geschäfte wickeln sich dank einer Mehrheit rasch ab. Der Reichstag hat nach Anhörung der Regierung die große politische Debatte in wenig Tagen abgeschlossen.

*

Der Frage des Friedens galt Hertlings Rede vom 25. Februar.

Es ist Blindheit, nicht zu sehen, daß Hertling den Frieden will und daß er

Digitized by Google

maßvolle Friedensbedingungen zu den Verhandlungen mitbringen wird. Davon hat sich die Mehrheit vollkommen überzeugt und das ist der Hauptgrund ihrer Unterstützung seiner Kanzlerschaft. Er hat für denjenigen, der hören will, die Bereitwilligkeit zu Gedankenaustausch im engeren Kreis unter Billigung des Unterhausvorschlags von Sir Runciman erklärt. Er hat Wilsons „vier Punkte" angenommen. Er hat für Belgien auf die Papstnote, nicht auf die Antwortnote an den Papst Bezug genommen.

Das muß ebenso offen anerkannt werden, wie die Ehrlichkeit seines öffentlich vertretenen Wunsches, vor dem großen Zusammenprall verhandeln zu können.

Balfours Antwort zeigt den alten verdrossenen Tonfall. Hertling und Balfour zusammen aber zeigen, daß die Staatsmänner der kriegführenden Staaten bei ihren Zwiegesprächen noch immer belegte Zungen haben.

Das ist bei Balfour deshalb erklärlicher als bei Hertling, weil die Kriegslage des Februar 1918 für die Mittelmächte erheblich besser ist als die der Belagerer, welche den Ring im Osten zerfallen sehen.

Deshalb hätte auch Hertling die Möglichkeit gehabt, seine Gedanken in noch deutlichere Worte zu kleiden und den zähen Stil der europäischen Eloquenz noch entschlossener zu ersetzen und durch einen fühlbaren Ruck die Stimmung an die Oberfläche zu bringen, die bei wichtigen englischen Politikern vorhanden ist. Die Methoden Lloyd Georges offen aufzugeben, erkennen viele als notwendig. Aber zu einer kräftigen Beeinflussung der Stimmung ihres Landes sind die psychologischen Grundlagen zu verbessern und diese Stimmung wird durch auslegungsbedürftige Worte nicht sicher genug erreicht, in einer Zeit, in der sich die Völker zum höchsten Mißtrauen erzogen haben.

Dazu kommt, daß der Einmarsch nach Rußland ein politisches Moment ist, das erlaubt und nötigt, den deutschen Respekt vor der staatlichen Freiheit rückhaltlos zu erklären. Die von Graf Hertling gebrauchte Wendung „kein Aufmarschgebiet gegen feindliche Machenschaften" ist durch die Mischung technischer und bildlicher Gedanken dehnbar und undurchsichtig. Die milde Haltung der Rechten gegen Hertling zeigt das Maß seiner Vorsicht.

Alles in allem: Der arge Menschenhaß muß „stückweis' brechen". Das Tempo der diplomatischen Annäherung vollzieht sich in Schrittchen und das steigert die Abneigung gegen öffentliche Zwiesprachen, von der Hertling in seiner Einleitung sprach. Aber es scheint, dieses endloses Verfahren ist noch nicht überwunden. Wird Wilson reden oder nach der Annahme seiner „vier Punkte" handeln? Oder wird Czernin zuerst die Gedanken Hertlings unterstreichen, wie sein Monarch im Hauptquartier?

Graf Hertling hat aus der Debatte gesehen, daß, wenn er zum Handeln eine Mehrheit bedarf, er diese Mehrheit hat. Deren Standpunkt konnte Deutschland und die Welt den Reden aus dem Haus entnehmen, und der Kampf gegen Payer und die erfolgreiche Abwehr erhöht die nationale und internationale Bedeutung der diesmaligen Tagung.

Digitized by Google

Die Zukunft des Donaugebiets

Von Dr. Wilhelm Knorr, Hamburg

Der Große Krieg hat die Donaufrage von neuem aufgerollt. Das Bündnis der Mittelmächte mit der Türkei und Bulgarien, die beispiellosen Erfolge der verbündeten Heere haben die Bahn frei gemacht zu einer neuen, alle Beteiligten befriedigenden Lösung der Donauprobleme, an deren mannigfachen Schwierigkeiten die diplomatische Kunst des 19. Jahrhunderts gescheitert ist.

Die Donaufrage im engeren Sinne ist der Kampf um die Schiffahrt auf diesem größten der internationalen Ströme Europas. Aber diese Frage ist weit davon entfernt, nur ein Problem der Schiffahrtstechnik und des Verkehrs zu sein. Obwohl die ihrer Lösung entgegensehenden Hindernisse auch auf technischem und wirtschaftlichem Gebiete liegen, so sind es doch von Anbeginn vor allem völkerrechtliche und in der Hauptsache politische Schwierigkeiten gewesen, die immer wieder die eben erreichten Ergebnisse angestrengter diplomatischer Arbeit zerstörten.

Die Lösung der Donaufrage hängt auf das engste mit der Ordnung des Balkanproblems und der orientalischen Frage zusammen und ihre Entwicklung erhält seit ihre Entstehung die Richtlinien von der großen europäischen Politik in den Dingen des nahen Orients. Nur der, der die vielverzweigte Geschichte der Donaufrage kennt, kann klar voraussehen, welchen Weg ihre Zukunft nehmen muß, um zu erstrebenswerten und dauerhaften Zielen zu gelangen.

Wie die orientalische Frage zu einer europäischen Angelegenheit wurde, als der ununterbrochene Ansturm der Moskowiter gegen das Osmanische Reich jede andre Macht vom Schwarzen Meere und den türkischen Meerengen auszuschließen und den Sultan zu ihrem Vasallen herabzudrücken drohte, so wurde das Eingreifen der europäischen Staaten in die Rechtsverhältnisse der Donau notwendig, als das Zarentum auf dem Landwege zum Bosporus an der Donau angelangt war und dort das friedliche Gedeihen des Völkerverkehrs völlig lahm legte.

Der Rahmen dieser Arbeit gestattet mir, in großen Zügen die Hauptlinien der Entwicklung der Donaufrage dem Gedächtnisse zurückzurufen[1]: Es sei daran erinnert, daß das Zarentum zuerst 1812 im Frieden von Bukarest seine Grenzen bis an den nördlichsten Arm der Donaumündung vorschob und dadurch in die Lage kam, als Uferstaat in die Schiffahrtverhältnisse der Donau einzugreifen. Die Konvention von Akkerman im Jahre 1826 bestätigte die Abtretung Beßarabiens an Rußland und stellte den Hauptarm des Donaudeltas, die Sulinamündung, unter russische Botmäßigkeit. Endlich gab die Türkei im Frieden von Adrianopel 1829 die ganze Donaumündung den Russen preis.

[1] Die sehr bedeutsamen Einzelheiten der geschichtlichen Entwicklung habe ich zusammengestellt in meiner Schrift „Die Donau- und die Meerengenfrage", Heft 24 der Deutschen Orient-Bücherei, Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar 1917.

Digitized by Google

So beherrschte Rußland die große Schiffahrt auf dem Strome, und jetzt begann eine beispiellose Unterdrückung jeden Fernverkehrs in den Donaumündungen. An der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Länder im Gebiete der unteren Donau, die die russische Kriegsfurie in regelmäßigen Zwischenräumen verwüstete, war dem Zarentum nichts gelegen. Ja, die wirtschaftlichen Interessen Rußlands, das auf die Hebung seiner Pontushäfen bedacht war, widersprach direkt der Entwicklung der Donauländer und ihres Handelsverkehrs, da die südlichen Provinzen Rußlands allen Grund hatten, den Wettbewerb der gleichen Ausfuhrwaren der Donauländer auf dem Weltmarkte zu fürchten. Die Donauländer hatten für die Moskowiter nur Wert als Weg nach Konstantinopel, ihre Agenten, stets Muster in allen politischen Ränken, hatten nur den selbstsüchtigen politischen Vorteil ihrer Gebieter zur wahren. Man erkannte sehr wohl, daß die Entwicklung der Schiffahrt auf den Donau die natürlichen Beziehungen der Donaufürstentümer und der Balkanländer zu der Habsburgischen Monarchie und dem Deutschen Reiche nur immer enger zu verknüpfen geeignet war.

Die Belästigungen der Schiffahrt durch die Gleichgültigkeit, ja die Böswilligkeit der russischen Verwaltungsorgane wurde von Jahr zu Jahr schlimmer. Die Reiseberichte, Akten, Zeitungen der dreißiger bis fünfziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts waren voll von den heftigsten Klagen über den geradezu grauenerregenden Zustand der Donaumündungen. Schiffbrüche waren an der Tagesordnung, und Sandbänke und Trümmer hinderten selbst kleine Fahrzeuge an der Aus- und Einfahrt. Da weder Vorträge noch Vorstellungen eine Änderung in dem Treiben Rußlands herbeizuführen vermochten, wurden diese Beschwerden einer der Gründe zum Krimkriege.

Unter den Friedensbedingungen, die die Westmächte im Jahre 1854 stellten, war die Befreiung der Donauschiffahrt von dem russischen Drucke einer der Hauptpunkte. Sie wurde wirksam erreicht durch die teilweise Abtretung Beßarabiens an das Moldaufürstentum und Verdrängung Rußlands von den Mündungen. Von nun an verwaltete die durch die Pariser Kongreßakte eingesetzte „Europäische Donaukommission" die Donaumündungen; ihre Tätigkeit wirkte Wunder, der Verkehr auf der Donau wuchs zu ungeahnter Bedeutung an. Die Kommission fand allgemeine Anerkennung, ihr Machtbereich wurde mehrmals erweitert und ihre zunächst auf zwei Jahre bestimmte Lebensdauer immer von neuem verlängert. Die gesamteuropäische Verwaltung der Mündung blieb auch bestehen und erwies sich als wirksamer Schutz der Schiffahrt auch, nachdem Rußland im Berliner Frieden 1878 wieder an die Douau vorgerückt war.

Der Berliner Kongreß baute das Werk des Pariser Friedens an der Donau weiter aus; und die rechtliche Ordnung der Donauschiffahrt schien weiteren günstigen Verlauf zu nehmen, als der Londoner Donauschiffahrtsvertrag von 1883, der die

Digitized by Google

russische Kiliamündung ganz dem Bereiche der europäischen Kontrolle entzog und den großen Gelehrtenkampf um die Rechte Rumäniens entfachte, die weitere Entwicklung hemmte. Seitdem dann vollends der Streit über die Arbeiten am Eisernen Tore und die ungarischen Tarife die Uneinigkeit zwischen den Ufermächten verschärfte, hat die Rechtsordnung der Donauschiffahrt keinerlei Fortschritte mehr gemacht. Als der Weltkrieg begann, beherrschten etwa zehn verschiedene Verwaltungen den Flußlauf der Donau zum Schaden der Schiffahrt. Verhängnisvoller aber als alles andre zeigte sich in den Jahren vor Ausbruch des Krieges der politische Einfluß der Zarentums, den die örtlichen Verhältnisse auf das wirksamste unterstützten. Serbien wurde von den russischen Häfen aus mit Kriegsmaterial ausgerüstet, ja noch während des Krieges bis zur Niederwerfung Serbiens nahm der serbische Hafen Radujewac ununterbrochen die russischen Truppentransporte, Lebensmittel und Kriegsgerät auf, die feindlichen Minen verseuchten den Flußlauf, und so wurde den Mittelmächten unter Duldung Rumäniens fast jede Verbindung mit der Türkei abgeschnitten.

Endlich befreite der glänzende Vormarsch der verbündeten Heere den Strom und die Schiffahrt von der Verstrickung des Gegners, und die Donau konnte abermals, wie schon einmal zur Zeit der Kontinentalsperre, unter ähnlichen Verhältnissen den Mittelmächten eine wirksame Hilfe aus den englischen Aushungerungsplänen gewähren.

Sogleich nach der militärischen Freimachung des Donauwegs ging der deutsche Feldeisenbahnchef zusammen mit der k. u. k. Zentral-Transport-Leitung in Wien an das Werk, die „Balkanstraße" für die Abbeförderung der bulgarischen Vorräte zu eröffnen. Die „Balkanstraße", die bereits im November 1915 benutzbar wurde, ging auf der Eisenbahn von Konstantinopel über die bulgarischen Hafenplätze an der Donau, insbesondere Rustschuk, Sistow, Lom Palanka und Widdin, mit Schleppzügen auf der Donau bis Orsova, dem bekannten südungarischen Hafenstädtchen an der rumänischen Grenze, und nach Ujvidek (Neusatz), einem gegenüber von Peterwardein am Nordufer der Donau belegenen ungarischen Ort. In Orsova wurde das bulgarische Getreide auf die Eisenbahn umgeschlagen und nach Deutschland und Österreich-Ungarn befördert.

Von viel größerer Bedeutung wurden kurze Zeit darauf die Getreideversendungen aus Rumänien. Ungeheuer groß war die Transportaufgabe, die hier entstand. Der deutsche Feldeisenbahnchef übernahm die Aufgabe und schuf innerhalb weniger Wochen ein System von größtem Umfange und ungeahnter Wirkung; mit seiner Hilfe gelang es, die gestellte Aufgabe in ihrem ganzen Umfange zu erfüllen und von Januar bis September 1916 mehr als 2¼ Millionen Tonnen Getreide nach Deutschland und Österreich-Ungarn zu befördern.

Die Lehren der Geschichte und des Krieges geben ein klares Bild von der Zukunft des Donaugebiets, wie sie die Donauländer selbst endlich bitter nötig haben, um in friedlichem Wetteifer ihre überreichen Entwicklungsmöglichkeiten auszubauen, und

Digitized by Google

wie sie die natürlichen Bundesgenossen und nachbarlichen Freunde brauchen zum gegenseitigen Austausch ihrer Kulturgüter. Es sind politische und völkerrechtliche, wirtschaftliche und technische Forderungen, die erfüllt werden müssen, um eine gedeihliche Entwicklung der Donauländer zu gewährleisten. Ein glückliches Geschick hat den verbündeten Mächten geholfen, die Hindernisse, die bisher einer glücklichen Lösung der Donau- und der Balkanfrage entgegenstanden, hinwegzuräumen.

Wir haben gesehen, daß die politischen Ziele des Zarentums stets verhängnisvoll für die Donauländer gewesen sind. Die Niederlage des Zarentums und des großrussischen Imperialismusses haben den Alp von den Donauländern genommen, und die jüngsten Ereignisse in der Ukraine und in Beßarabien scheinen die Errungenschaft des Pariser Friedens, die Verdrängung der großrussischen Herrschaft von den Donaumündungen, wiederherstellen zu wollen. Mit allem Nachdrucke muß die Forderung der Westmächte auf dem Pariser Kongresse, die Donaumündung ganz von russischem Einfluß zu befreien, wiederholt werden. Weder vom ethnologischen, noch vom politischen, noch vom wirtschaftlichen Standpunkte hat das alte Rußland ein Recht auf die Donau. Dasselbe gilt auch von dem neuen Staat der Ukraine. Es scheint ja auch, als ob die Ukraine auf Beßarabien, soweit es an die Donau grenzt, keine Ansprüche erhebt, sollte das doch der Fall sein, müßten sie aufs entschiedenste zurückgewiesen werden. In Beßarabien an den Donaumündungen sitzen Rumänen, gemischt mit Bulgaren, Ukrainern und Deutschen, die dort in großen und blühenden Niederlassungen wohnen. Wenn die Bevölkerung nach dem Grundsatze der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes der Volksstämme den Wunsch haben sollte, sich an Rumänien anzulehnen, so würde das unter gewissen Bedingungen zu begrüßen sein.

Während des Krieges nach der Niederwerfung Rumäniens, um die Zeit, als man von einem Sonderfrieden mit Rußland munkelte, ging einmal eine Notiz durch die Presse, die scheinbar die Aufteilung Rumäniens vorschlug: Niemand habe, so hieß es dort, ein Interesse an der Wiederherstellung Rumäniens; es wurde angedeutet, daß man die Moldau zum Teil an Rußland als Entschädigung für anderweitigen Verlust, zum Teil an Ungarn angliedern, die Dobrudscha an Bulgarien, die Walachei teils Bulgarien und teils an Österreich-Ungarn geben solle. Zum Glücke hat offenbar kein ernsthafter Politiker in Deutschland solche Pläne gutgeheißen. Solche Teilung wäre ein verhängnisvoller Fehler und eine Ursache immerwährender künftiger Unruhen auf der Balkanhalbinsel gewesen. Was auch immer die mißleiteten und die verbrecherischen Führer Rumäniens den Mittelmächten und ihren Verbündeten angetan haben, und wie immer auch das Schicksal Rumäniens sich wenden mag, die Selbständigkeit und der Bestand Rumäniens wird nach der Gerechtigkeit und dem Selbständigkeitsrecht der kleinen Völker und auch im Interesse der Mittelmächte gewährleistet werden müssen.

Digitized by Google

Die Verräter im rumänischen Volke sind teils ihrem eignen Verrate zum Opfer gefallen, teils sind sie mit ihrer Beute ins schützende Ausland geflüchtet. Ihr Verrat ist offenbar, ihre Politik ist gerichtet. Die gesunden Teile des rumänischen Volkes haben gezeigt, daß die bestechenden Verlockungen asiatischer und französischer Kultur nur ein Firnis war, den die Stunden der Not abgewaschen haben. Das Land wird zwar für den Schaden, den seine mißleiteten Führer angerichtet haben, aufzukommen haben, aber in fester Hand und unter zuverlässiger Leitung wird es „reale Garantien" darbieten. Das rumänische Volk wird unter der Führung der Verbündeten einer neuen Blütezeit zugeführt werden. Dann wird es in besserer Erkenntnis das Werk seiner dahingegangenen großen Führer aus der Zeit Carols vollenden und wieder werden, was er und seine treuen Ratgeber ersehnten, ein festes Außenwerk und eine wachsame Grenzmark europäischer Kultur.

Bulgarien hat seine Forderungen, auf die es kraft seiner militärischen Leistungen und seiner politischen Reife ein Recht hat, angemeldet, ihm werden die Dobrudscha und diejenigen Nachbarbezirke, in denen bisher die bulgarischen Volksgenossen unterdrückte Mehrheiten bildeten, angegliedert werden. Auch wird man unter allen Umständen dafür Sorge tragen, daß Bulgarien in direkter Verbindung mit den Mittelmächten bleibt, damit diesen der Weg zum Orient nicht wieder versperrt werden kann

Aber auch die Serben werden, nachdem sie von den verbrecherischen Führern befreit sind, sich auf die alte serbische Tüchtigkeit besinnen und werden — worauf in diesem Zusammenhang nicht näher einzugehen ist — Gelegenheit erhalten, billigere und gerechte Entwicklungsansprüche zu verwirklichen.

In diesem politischen Rahmen, der mit einigem Geschicke im Wege der Verständigung und ohne Vergewaltigungen zu schaffen sein wird, werden neue völkerrechtliche Verträge zugleich mit der Neuordnung der engverwandten Meerengen- und Schwarzen-Meer-Frage ein neues Donaurecht nach Maßgabe der berechtigten Interessen jeden Uferstaates aufrichten, das die Freiheit der Schiffahrt von geographischen und rückständigen politischen und rechtlichen Hindernissen gewährleistet.

Es können hier nur in großen Zügen die Richtlinien gezeichnet werden, in denen vom Standpunkte politischer und völkerrechtlicher Sicherung der Mittelmächte und ihrer Verbündeten und des freien Weges zum Orient die Entwicklung gehen müßte.

Zunächst werden sich die Uferstaaten von der bisherigen gesamteuropäischen Einmischung freimachen. Nach einem solchen Zwiespalt zwischen den Mächten Europas, wie ihn der Krieg hervorgebracht hat, können die verbündeten Mittelmächte ein Hineinreden Englands, Frankreichs, Italiens und Rußlands in die Betätigung ihres wirtschaftlichen Lebens nicht mehr dulden. Im Jahre 1856 und in den folgenden Jahrzehnten war die europäische Leitung der Donauangelegenheiten durchaus nötig. Die Beseitigung der politischen, rechtlichen und natürlichen Hindernisse der

Digitized by Google

freien Schiffahrt war unmöglich ohne einen mächtigen, von großen, allgemeinnützigen Gesichtspunkten geleiteten Willen, ohne eine große, des allgemeinen Vertrauens würdige technische und finanzielle Kraft. Die Europäische Donaukommission hat ihre Aufgaben zur allseitigen Befriedigung durchgeführt, aber immerhin hat auch die Teilung der Gewalt zwischen der Europäischen Kommission und den Einrichtungen der Uferstaaten lähmend auf die Entwicklung des Donaurechtes gewirkt, und nach dem Erstarken der Donaustaaten ist heute die Arbeit der Europäischen Kommission getan, so daß sie, wie dies von vorneherein in Aussicht genommen war und in den verschiedenen Donauakten vorgesehen ist, ihren Platz und ihre Rechte den Uferstaaten abtreten muß. Die Handelsinteressen der westeuropäischen Mächte und Italiens an der Donauschiffahrt und besonders an der Aufrechterhaltung des Seeweges zur Donau wird genügsam durch das gleiche Interesse Deutschlands, Österreichs und der kleineren Donaustaaten gewährleistet.

Der Große Krieg hat schon jetzt in den Ländern an der Donau die Überzeugung von der Notwendigkeit des Zusammenhaltens und des Zusammenarbeitens an der großen Lebensfrage aller, an der Ausgestaltung der *Donau zu einer einheitlich geordneten Großschiffahrtsstraße* gestärkt, hat den festen Willen erweckt, begangene unheilvolle Fehler gutzumachen.

Das Kriegsfeuer hat den Donaustaaten das Schwert geschmiedet, den gordischen Knoten der völlig verwirrten Schiffahrtsrechte zu zerhauen und so die Bahn frei gemacht zu einer alle befriedigenden Neuordnung.

Die namhaftesten Vertreter der Völkerrechtswissenschaft und der zuständigen neugegründeten wirtschaftlichen Verbände fordern mit Recht eine *einheitliche Verwaltung des ganzen schiffbaren Stromes*. Jedenfalls ist der Machtbereich der an Stelle der Europäischen Kommission neu einzusetzenden Uferstaatenkommission zu erweitern. Nicht nur bis Braila, sondern bis zum Eisernen Tor müßte ihre Macht reichen, auch dies Stromhindernis, dessen Beseitigung noch große Arbeit erfordert, müßte ihr unterstellt werden. Weiter aufwärts mag — wenn schon *eine* einheitliche Verwaltung nicht durchzuführen sein sollte — wenigstens nur *eine* weitere, den Mittelmächten gemeinschaftliche Verwaltung zur Verwaltung der ungarisch-österreichisch-deutschen Flußstrecke, die wieder auf das engste mit der Uferstaatenkommission zusammen arbeiten müßte, im gemeinsamen Interesse aller eingesetzt werden, damit der Strom besser als bisher eine Völkerstraße werde, nutzbar dem Verkehr zwischen den Mittelmächten und dem Orient.

Es erübrigt sich, eingehendere Einzelvorschläge für die Zukunft der Donauschiffahrt zu machen; die berufenenen Kreise sind nicht müßig gewesen. Technische Aufgaben aller Art sind bereits abgesteckt, die geeignet sind, die Donau selbst, ihre Zuflüsse und die erreichbaren Flußsysteme zu einem riesigen Wasserstraßennetz von höchster Nutzbarkeit auszubauen. Auch die rechtlichen Grundlagen der Donauschiffahrt sind auf-

Digitized by Google

gestellt[1], die Rheinschiffahrt ist als vorzügliches Vorbild für die neue Rechtsordnung anerkannt. Die „Europäische Kommission" hat der Wirksamkeit einer neuen Uferstaatenkommission die Wege geebnet, ihre Einrichtungen und ihre rechtlichen Grundlagen werden ohne Schwierigkeiten übernommen werden können, doch möchten wir anregen, der Neutralisation ihres Personal- und Sachbestandes die Neutralisierung des Donaudeltas selbst hinzuzufügen, damit die in alle Zukunft notwendigen Arbeiten an den Mündungen von jeden territorialen Hindernissen frei werden und dem nebelhaften völkerrechtlichen Gebilde des „Donau-Flußwasserstaates" endlich die erwünschte feste Gestalt gegeben werde.

Und noch eine weitere Anregung möchten wir hinzufügen: Wenn man die Dobrudscha an Bulgarien angliedert, wird Rumänien aller Einrichtungen verlustig, die die Hauptstadt Bukarest über Cernavoda an der Donau mit Constanza, dem nahen Hafen am Schwarzen Meere, verbindet, der großen Donaubrücke und der Eisenbahn. Im Interesse der friedlichen Entwicklung der Beziehungen zwischen Bulgarien und Rumänien muß der Verkehr auf dieser Strecke unter allen Umständen für Rumänien erhalten bleiben.

Da beide Werke ebenso dem noch viel besser auszubauenden Landverkehr von Deutschland, Österreich-Ungarn über Rumänien zum Schwarzen Meere dienen, erscheint die Forderung nicht unbillig, die genannte Bahn und den Hafen Constanza der gemeinsamen Verwaltung der beteiligten Mächte zu unterstelleu. Die technischen Entwicklungsmöglichkeiten gerade an dieser Stelle sind heute unübersehbar. Wir sehen voraus, daß das alte Kanalprojekt, zu dem kein Geringerer als Moltke in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts schon Untersuchungen an Ort und Stelle machte, in Zukunft neben der Bahnverbindung verwirklicht werden könnte. Eine einheitliche Verwaltung dieser Verbindung und der unteren Donau wäre das Gegebene. Daher wäre es von Wert, der Uferstaatenkommission auch die Verwaltung der gesamten Verbindung zwischen der Donau und dem Schwarzen Meere an dieser Stelle zu übertragen.

Eine besondere Berücksichtigung aber kann bei den ungeheuren Interessen des Deutschen Reiches an der Verbindung mit den Donauländern der deutsche Handels- und Schiffahrtsverkehr auf der unteren Donau fordern. Deutschland kann eine Anerkennung beanspruchen dafür, daß es mit überragender Fähigkeit und unermüdlicher Willenskraft im Interesse aller Verbündeten den Warenverkehr von der Türkei und den Donauländern zu den Mittelmächten und umgekehrt so vorbildlich durchgeführt hat. Wir möchten daher die Forderung vertreten, daß dem deutschen Handel durch Einräumung von geeigneten Freihäfen nach Art etwa der alten Hansa-

[1] Siehe statt aller Einzelheiten Prof. Dr. Oskar Kende, Die Donaustraße, Weltwirtschaftliches Archiv, Band 10, Heft 3.

Digitized by Google

Niederlassungen oder der neuen Freihäfen an den Stellen der Donau besonders, wo ein Umschlagverkehr nötig ist, alle nur möglichen Erleichterungen geschaffen werden, die den durchgehenden Verkehr von allen territorialen Hindernissen befreien.

Petersburger Eindrücke

Von * * *

Ein Mitglied der Deutschen Wirtschaftskommission stellt uns nach seiner Rückkehr aus Petersburg folgende Bemerkungen zur Verfügung.

Man hört oft das alte Wort wiederholen, daß alles auf der Welt schon einmal dagewesen ist. Aber für das, was jetzt in Rußland geschieht, sucht man vergeblich in der Geschichte aller Völker nach einem Beispiel.

In politischer und geographischer Beziehung ähneln die Vorgänge dem Zerfall des Römischen Reiches. — Unter dem Ansturm fremder Völker ein Entstehen neuer Staaten aus lange und scheinbar für immer unterworfenen Provinzen. Aber wirtschaftliche Erschütterungen, wie sie heute Rußland sieht, waren im Römerreich mit der politischen Auflösung nicht verbunden, konnten es auch bei dem einfachen Aufbau der damaligen Wirtschaft nicht sein. Und auch die soziale Schichtung erlitt damals keine Veränderung; was die sozialen Fragen anlangt, ähnelt der Entwicklungsgang der russischen Verhältnisse in der letzten Zeit noch am ehesten der Französischen Revolution, ist teilweise auch mit Bewußtsein in dieselben Bahnen geleitet. Noch nie sind in Rußland soviel Bücher über die Französische Revolution verkauft worden wie jetzt. Man kauft sie, wie Leute, die einen Hausstand gründen wollen, sich ein Kochbuch anschaffen.

Aber die Französische Revolution war eine wirkliche Revolution, eine Umwälzung, bei der sich das Rad des Staatskörpers um ein paar Speichen drehte, so die Lage der Gesellschaftsschichten verschiebend. — In Rußland ist das Rad des Staatskörpers nicht gedreht, sondern zerschmettert worden. Alles, was die letzten Jahrhunderte an politischen und sozialen Werten, an wirtschaftlichen Errungenschaften hervorgebracht hatten, liegt in Trümmern. Auf den Trümmern stehen ein paar Fanatiker, die die rote Fahne des Kommunismus entfaltet halten, und predigen den sie umjubelnden, aller Hemmungen ledigen untersten Volksschichten das Evangelium der Proletarierherrschaft. — Die Gebildeten und Vernünftigen schleichen scheu dazwischen umher, haltlos und hoffnungslos wie Blinde in der Irre.

Den äußeren Anlaß zu diesen Zuständen hat das Emporkommen der Bolschewiki-Regierung gegeben, die sich zur Macht aufschwingen konnte, vor allem, weil sie den kriegsmüden Massen den Frieden versprach. Aber die eigentlichen Ursachen der Entwicklung liegen viel tiefer und haben zu wirken begonnen in dem Augenblick, wo Rußland in den Krieg trat.

Digitized by Google

Wer einmal im Orient gereist ist, der wird in einem Dorf oder am Wegrand oder in irgendeinem Ackerfeld schon verlassene Maschinen gesehen haben: Lokomobile, Wasserhebewerke, Mühlen und ähnliches. Sie tragen gute Marken, aber stehen unbenutzt da, zerbrochen, verrostet und verstaubt. Was ist geschehen?

Irgendein Großgrundbesitzer oder ein sonstiger, etwas erleuchteterer Kopf hat sich von einem Europäer eine solche Maschine aufschwatzen lassen. Sie wird ihm geliefert, herrlich lackiert, in tadellosem Betriebszustande. Auch ein europäischer Maschinist kommt mit; aber der verschwindet aus irgendeinem Grunde. Die Maschine ist gut, sie läuft noch eine Zeitlang unter den Händen der Einheimischen weiter. Dann kommen Betriebsstörungen, die man nicht zu beheben versteht — man schmiert sie nicht mehr richtig —; weiß nicht, woher man sich Ersatzteile verschaffen soll. Immer unsicherer und schlechter läuft die Maschine. Und schließlich bleibt sie ganz stehen und wird zu altem Eisen.

So ist es auch mit der russischen Dampfwalze gegangen. Als der Krieg ausbrach, war sie schön imstande und lief großartig. Die Verbündeten halfen auch weiter mit Geld und Menschen aus. Aber damit allein war's nicht getan und Hilfe durch Zufuhren war schwierig, da Rußland durch Schließung der Dardanellen und der Ostsee für Warenzufuhren ja fast unzugänglich war. Mehr als vorher mußte sich Rußland für die Bedürfnisse seiner Heeresmaschine auf die Kräfte seiner eigenen Wirtschaft verlassen, und diese Kräfte versagten.

Die Deutschen (wie alle Angehörigen der Mittelmächte, unter denen eben die Deutschen in der Mehrzahl sind) waren fort. Interniert, geflohen oder ausgewiesen. Die Einheimischen mußten sehen, wie sie allein die Wirtschaftsmaschine in Gang hielten, ölten, reparierten, und das unter immer schwieriger werdenden Verhältnissen. Der Russe ist nun wohl imstande, über die verwickeltesten philosophischen und politischen Probleme zu grübeln und zu debattieren, nicht aber sich in praktischen Schwierigkeiten zurechtzufinden. So geriet der Mechanismus der russischen Wirtschaft mehr und mehr in Verwirrung, um endlich gänzlich zusammenzubrechen.

Rußland hatte sich gleichzeitig den Deutschen als Feind auf den Hals geladen und als Freund vom Halse geschafft. Das hat es auf die Dauer nicht ausgehalten.

Die Angehörigen der Mittelmächte waren freilich nur eine kleine Anzahl im Verhältnis zu den russischen Volksmassen. Aber wie eine Eisenkonstruktion aus Hunderten von Teilen und Tausenden von Schrauben besteht, nimmt man ein Paar der Hauptteile und der wichtigsten Schrauben heraus, so fängt das Ganze an zu schwanken, und ein einziger Schlag kann es dann zum Einsturz bringen: So war es auch hier.

Den Schlag haben die Bolschewiki geführt. Und nun liegt das staatliche und wirtschaftliche Leben Rußlands in Trümmern.

Lenin ist Christus, sagen seine Anhänger. Sie meinen damit, daß er der Verkünder einer neuen, reinen, menschenbeglückenden Lehre sei, die eine ebensolche Umwälzung

Digitized by Google

in der Welt hervorrufen werde, wie es seinerzeit das Christentum getan hat. Daß Lenin und die meisten der führenden Bolschewiki Männer mit reinen Händen sind, ist wohl außer Frage. Es sind Fanatiker, die an ihre Lehre und ihre Sendung glauben, und wissen, daß sie ihren Kopf wagen. Die meisten von ihnen sind Juden und die Juden haben ja seit jeher gezeigt, so nüchtern sie im allgemeinen denken mögen, daß sie gleich allen Kindern des Orients imstande sind, ihr Leben für eine Idee zu opfern.

Was wollen nun die Bolschewiki?

Ihr Programm, soweit es ihnen selbst klar ist, läßt sich in wenigen Worten zusammenfassen: Luft und Bewegungsfreiheit schaffen für das Proletariat. Dazu soll vor allem aufgeräumt werden mit dem, was sie als den ärgsten Feind des Proletariats ansehen: dem Kapitalismus.

Ist dieser Alp, der auf dem Proletariat lastet, erst einmal beseitigt, so wird sich aus den Massen in der neu gewonnenen Freiheit ganz von selbst der ideale Zukunftsstaat bilden. Wie, das wird sich dann finden. Denn über das Aufbauen machen sie sich nur ganz nebelhafte Gedanken. Was sie vernichten wollen, wissen sie dagegen ganz genau und dem gehen sie rückhaltslos und zielbewußt zuleibe. Nämlich den Hauptpfeilern des Kapitalismus: Industrie, Banken, Großgrundbesitz, Großhandel.

Die Bolschewiki glauben im Grunde ihres Herzens selbst nicht, daß sie sich lange an der Macht behaupten werden. Darum wollen sie die Zeit, die ihnen noch bleibt, benutzen, um diese vier Großmächte so zu schwächen, daß sie sich nie wieder zu erheben vermögen.

Die Fabriken sollen nationalisiert werden, d. h. die jetzigen Eigentümer entrechtet und das Eigentum auf die Arbeiter und Angestellten übertragen werden. Einstweilen ist dieses Programm noch bei den wenigsten Fabriken praktisch in Angriff genommen. Aber Arbeiter- und Angestelltenräte sind überall eingesetzt, die bei den Rohstoffeinkäufen, dem Verkauf der Erzeugnisse mitzureden haben und über die Bankguthaben verfügen. Wie es in solchen Fabriken zugeht, läßt sich denken. Wenn einmal die Rohstoffe aufgebraucht, die Erzeugnisse nicht verkäuflich, die Guthaben erschöpft sind — was dann?

Die Banken sind militärisch besetzt. Die Direktoren, die sich sämtlich geweigert haben, sich den Maßnahmen der Bolschewiki-Regierung zu fügen, entfernt, die Beamtenschaft ist in den Ausstand getreten und der Betrieb wird mit ein paar Bankkommissaren aufrecht erhalten, meist früheren untergeordneten Angestellten, die sich durch hohe Gehälter haben ködern lassen. Die Banken sollen auch nationalisiert, d. h. zu Filialen der Staatsbank umgestaltet werden; wie — das ist noch nicht klar. Die Einlagen sind gesperrt, nur an Fabriken werden gegen Unterschrift der Arbeiterräte Zahlungen für Lohnzwecke geleistet. Die Stahlfächer müssen in Gegenwart von Regierungskommissaren geöffnet werden, der Inhalt, soweit es Banknoten, Metall oder Wertpapiere sind, wird beschlagnahmt. Die Besitzenden helfen sich durch Be-

Digitized by Google

stechung der Bankkommissare und bekommen so doch einen Teil des Inhalts der Stahlfächer. Oder sie setzen sich mit dem Arbeiterrat irgendeiner Fabrik in Verbindung und beziehen durch diesen Geld gegen eine Abgabe. Auch haben wohl alle Begüterten noch irgendwelche Rücklagen, von denen sie eine Zeitlang leben können. Aber wenn alle diese Mittel erschöpft sind — was dann?

Der Großgrundbesitz soll zugunsten des Staates enteignet, das Land den Bauern zur Nutznießung übergeben werden. Noch ist die Maßregel von der Regierung gar nicht in die Wege geleitet worden, aber schon haben sich die Bauern eigenmächtig in den Besitz dieser Ländereien gesetzt. Die Großgrundbesitzer haben ihr Land damit wohl endgültig verloren. Denn wer wird diese Millionen von Bauern wohl je wieder vertreiben?

Den Handel, wenigstens was Großhandel anlangt, und vor allem Ein- und Ausfuhr, will die Bolschewiki-Regierung in eigene Hände nehmen. Wie — darüber ist sie sich selbst nicht klar. Einstweilen ist der Handel in Nordrußland tot. Er braucht zu seiner Betätigung einen regelmäßigen Geldverkehr, Eisenbahnverkehr, Post- und Telegraphenverkehr. Alles das gibt es heute in Rußland nicht. Wie die Bankangestellten, wie alle besitzenden und gebildeten Kreise sind die Beamten aller Ministerien, der Bahn, der Post, des Telegraphen in stillem Aufruhr gegen die Regierung und größtenteils im Ausstand. Briefe kommen nicht an, Telegramme werden nicht befördert. Der Güterverkehr ist ganz unregelmäßig; die Personenzüge sind von zuchtlosen Soldatenhorden überschwemmt und für den Bürger so gut wie unbenützbar.

Die leitenden Männer der Bolschewiki-Regierung sind keine Mörder und keine Diebe. Sie trachten ihren Gegnern nicht nach dem Leben und fühlen sich bei ihren Maßnahmen gegen die besitzenden Klassen als Richter, denen Eigentum Diebstahl ist. Aber unter ihrer Regierung wird trotzdem unaufhörlich gemordet und gestohlen. Sie haben eben die bestehenden Gesetze des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens aufgehoben, ohne Greifbares an die Stelle zu setzen. Die Polizei ist verschwunden, die Gerichte arbeiten nicht. Es gibt nur Lynchjustiz. Das ganze Land lebt infolgedessen unter einem dumpfen Drucke.

Auch die Armee unterstützt die Regierung, denn die Soldaten werden gut bezahlt und brauchen keinen Dienst zu tun. Was nennt sich überhaupt heute noch Armee in Rußland? — Ein Haufe von Leuten in Uniform, die vor den Unterständen um große Feuer sitzen wie die Zigeuner und zur Balalaika Lieder singen. — Ein Haufe von Leuten in Uniform, der dichtgedrängt in den Bahnzügen fährt — niemand weiß woher und wohin. Ein Haufe von Leuten in Uniform, der die Dörfer überschwemmt und mit den erbeuteten Lebensmitteln in den Städten Handel treibt. Ein Haufe von Leuten in Uniform, der in den Städten die Tabakläden belagert, wo er keine Zivilisten zuläßt, um die so erstandenen Zigaretten dann im Hausierhandel mit hohem Nutzen zu verkaufen. Von Disziplin ist keine Rede. Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften alles gleich.

Digitized by Google

Eine Gefahr für uns kann diese Armee in ihrem heutigen Zustande nicht mehr bilden. Und es ist auch ausgeschlossen, daß sie in absehbarer Zeit wieder in einen Zustand kommt, der uns gefährlich werden könnte. Dazu reicht die Macht der Bolschewiki-Regierung nicht hin.

Die Macht der Regierung beruht heute auf reiner Gewaltherrschaft, gestützt auf die Soldaten, Matrosen und Rote Garde. Sie haben allein die Gewehre und Maschinengewehre, und das unbewaffnete Volk muß sich fügen. Aber auf diese Stützen der Regierung ist auch nur zu zählen, solange man nichts Unbequemes von ihnen verlangt und sie gut bezahlt. Und das ist der schwache Punkt, denn woher soll auf die Dauer das Geld kommen? Eisenbahn, Post und Telegraph bringen nichts ein, niemand zahlt Steuern und die Notenpresse kann nicht ins Unendliche weiterarbeiten. Was im Wirtschaftskörper noch lebt, hält sich nur durch das allen Dingen innewohnende Beharrungsvermögen, das sich schließlich einmal auslaufen wird.

Die Bolschewiki-Herrschaft kann also nicht lange mehr dauern; wann und wie sie aber ihr Ende finden wird, ist heute schwer zu sagen.

Manche meinen, daß die Don-Kosaken, zu denen alle zarentreuen Elemente und namentlich die Besten der Armee gestoßen sind, schließlich Rußland wieder einen Zaren geben werden. Andere sagen, daß die Bolschewiki über die Brotfrage fallen müssen und daß dann derjenige Herr und Heiland von Rußland sein wird, der das Brot hat — die Ukraine. Dazu wird aber die Ukraine, wie die Dinge heute liegen, wohl Hilfe von außen, Hilfe der Mittelmächte brauchen. Und das hört man allerdings heute in Nordrußland von allen Seiten offen aussprechen: „Deutschland muß helfen; denn wir selbst sind zu schwer geschlagen und vermögen es nicht." Die verspotteten Kolbasniki, die Wurstesser, sind zu Ehren gekommen — „Dajtie nam Njemtzi nazad — gebt uns die Deutschen wieder", so seufzen heute die meisten.

Einstweilen freilich, solange wir mit den Bolschewiki offiziell verhandeln und diese Feinde der besitzenden Klassen dadurch stützen, herrscht in diesen Kreisen eine dumpfe Wut gegen uns. Die Bolschewiki sind verfehmt, niemand aus den gebildeten Schichten — und sei er noch so geldbedürftig — traut sich ihnen zu dienen aus Furcht, von seinesgleichen in Acht und Bann getan zu werden. Und auch die deutsche Friedensdelegation in Petersburg war deshalb von den guten russischen Kreisen scheel angesehen, nur wenige haben sich getraut, mit ihr in Verbindung zu treten.

Wenn wir aber Lenin, Trotzki und Genossen fallen lassen, wenn wir gar zu ihrem Sturze mithelfen, dann sind wir der Sympathien der besseren Kreise sicher. Sie wollen den Frieden wie heute jedermann in Rußland und sie sehen ein, daß der größte Fehler der Kerenski-Regierung war, nicht den Frieden aufrichtig angestrebt zu haben. Mit dem Verlust von Provinzen haben sie sich abgefunden; was ihnen am Herzen liegt, ist nur die Wiederherstellung geordneter Zustände im Innern. Schließlich werden ja doch die gebildeten und besitzenden Schichten in Rußland wieder

Digitized by Google

die Oberhand gewinnen müssen. Wenn wir ihnen dazu verhelfen, wird es für unsere Zukunft in Rußland nur von Vorteil sein.

Eine schwere Gefahr

Von H. Peus, M. d. R., Dessau

Auf dem Würzburger Parteitage hat der Abgeordnete Scheidemann in seiner ausgezeichneten Rede über die großen Zukunftsaufgaben der Sozialdemokratischen Partei zur praktischen Gemeinschaftsarbeit mit den übrigen Parteien aufgerufen. „Zur Erfüllung unserer großen Zukunftsaufgaben reicht die Kraft unserer Partei nicht aus, sie greift weit hinaus über den Rahmen unserer Parteiorganisation, die auf den politischen Kampf eingestellt ist. Sie ist nicht Parteisache, sondern Volkssache, eine allgemeine nationale Angelegenheit. Wer in Zukunft seinem Volke dienen will, wird praktischer Sozialist sein müssen, ob er nun zu unserer sozialistischen Kampfgemeinschaft gehört oder nicht. Zu diesem praktischen Sozialismus rufe ich alle die auf, die vom Wesen der neuen Zeit einen Hauch verspürt haben." Ein tatfreudiger Optimismus sprach aus diesen Worten und der ganze Parteitag stimmte darin ein.

Man braucht keine Besorgnis zu hegen, daß es nicht schließlich auch so komme, wie Scheidemann die Perspektive gesteckt hat. Aber unmöglich ist es doch nicht, daß durch mangelndes politisches Geschick ein oder auch zwei Jahrzehnte recht entbehrlichen erbitterten Kampfes mehr als einer halben Generation unseres Geschlechts die so heiß ersehnte Freude an der sozialen wie politischen Reformarbeit rauben und den Fortschritt unseres Volkes unsäglich hemmen. Das muß nicht sein, das kann vermieden werden. Und wir Älteren, die wir nur noch etwa 20 Jahre mit dabei sind, haben keine Zeit noch zu warten, wir wollen auch noch etwas von der besseren fruchtbareren Zeit erleben.

Die Demokratisierung muß kommen, das sollte man doch endlich auch auf Seiten derer begreifen, denen jetzt von begreiflicher Ungeduld der Vorwurf der Verschleppung der Wahlrechtsvorlage gemacht wird. Man wird doch verstehen können, daß der Kampf um das demokratische Wahlrecht nicht aufhören kann, als bis es erreicht ist. Wie unendlich viele Kraft geht aber darüber verloren! Das Wahlrecht ist nur Mittel zum Zweck. Solange man sich noch um das beste Mittel streitet, kommt man nicht zum eigentlichen Zweck, zur wirtschaftlichen und sozialen Ordnung der Dinge selber. Hat das Volk erst das gleiche Recht, dann kann es keine Bevorrechtete mehr anklagen, daß sie unzulängliche Zustände schaffen, dann ist es allein selber verantwortlich, dann sind die Volksvertreter und das Volk selber schuld, wenn aus ihrem Tun keine allgemeine Zufriedenheit hervorgeht.

Der von Bethmann Hollweg beratene Kaiser hat begriffen, daß wenn es nicht zu sozialen und politischen Fieberzuständen kommen soll, ein gesetzlicher Fortschritt in

Digitized by Google

Richtung der Demokratisierung gesichert werden mußte. Die Osterbotschaft des Kaisers und das Juli-Versprechen des gleichen Wahlrechts für Preußen waren weite Schritte, die das Vertrauen des Volkes auf den ruhigen gesetzlichen Entwicklungsgang zu stärken geeignet waren. Dadurch wurden die Massen in ihrer Anhänglichkeit an die die Evolution, die ruhige gesetzliche Entwicklung wollende Sozialdemokratie bestärkt. Jede Politik hingegen, die das Versprechen des Königs zum Mißerfolge zu führen droht, gibt den Gewaltrevolutionären Nahrung, fördert die Auffassung, man müsse durch Massenaktionen, die zuletzt auf Massengewalt hinauslaufen, gewaltsam erzwingen, was durch Verhandlung und verständige Aussprache nicht zu erreichen sei.

Nach dem Kriege, wenn wieder frei gewählt werden kann, wird es eine mit positiven praktischen Zielen arbeitende Sozialdemokratie geben und eine mit ihr konform gehende wahrscheinlich gewaltig gewachsene Gewerkschaftsbewegung. Es wird aber auch eine mehr oder weniger ausschließlich aufs Agitatorische abzielende sozialrevolutionäre Richtung geben, neben der eine syndikalistisch gestimmte Gewerkschaftsgruppe bestehen wird. Es gibt Politiker, die da meinen, je mehr die Arbeiterbewegung, die nicht ganz artig ist, sich im Sinne der Sozialrevolutionäre und Syndikalisten bewege, um so weniger gefährlich sei sie, da sie das so diskreditiere, daß sie dadurch ungefährlich werde. Solche Spekulation ist aber höchst verderblich. Die zu lösenden Aufgaben bleiben bestehen. Sie können um so weniger gelöst werden, je größer der Teil des Volkes ist, der jede positive Mitarbeit ablehnt, weil er auf eine plötzliche und dann auf einmal vollständige Erfüllung seiner Wünsche rechnet. Kampf und Hetze, Erbitterung und Mißmut an Stelle verständiger Gemeinschaftsarbeit, das ist das Resultat eines mangelnden Entgegenkommens der heute noch Bevorrechteten gegen das Verlangen des Volkes nach Gleichberechtigung. Welche Raserei wird sich zudem dann bei der Reichstagswahl austoben! Die Konservativen sind doch wohl der Meinung, daß sie auch im Reichstage wichtige Interessen zu vertreten haben, und so lange die Landwirtschaft in den Konservativen noch ihre Führer sieht, ist das ja auch der Fall. Zu welcher Ohnmacht glauben sie aber wohl verurteilt zu werden, wenn sie in die Reichstagswahl hineinziehen müssen mit dem Vorwurf belastet, daß sie bei der preußischen Wahlrechtsreform sich völlig ablehnend verhalten haben. Jedes berechtigte Interesse hat in der Volksvertretung sich zur Geltung zu bringen, das ist durchaus wünschenswert, ja notwendig. Darum wäre auch eine einseitige Zusammensetzung des Reichstags falsch. Das wird aber um so weniger der Fall sein, je mehr sowohl für den Reichstag als auch für das preußische Abgeordnetenhaus die Gleichberechtigung des ganzen Volkes die gesetzliche Grundlage bildet. Die Konsequenz einer Verweigerung des demokratischen Wahlrechts für den Landtag wäre, daß auch das Reichstagswahlrecht entsprechend rückwärts revidiert würde. Wo aber ist die Regierung, die dazu den Mut fände? Und wo soll der Reichstag herkommen, der zu solchen Verlangen sein Ja ausspräche?

Digitized by Google

Auch in der Friedensfrage muß der Grundsatz der Völkerversöhnung seine dauernde Anerkennung finden. Denn nur dieser führt auch zur Gerechtigkeit gegen alle Völker, zur Gleichberechtigung allen Völker. Die heute so vielgenannte Selbstbestimmung aller Völker kann nicht bedeuten sollen, daß jedes Volk seinen eignen souveränen Staat soll bilden können. Organisation, nicht Desorganisation ist das Heil der europäischen, besonders der kontinental-europäischen Völker. Möglichst viele souveräne Staaten zu haben, das würde die Kriegsgefahr ins Ungemessene steigern, das stände auch in krassem Widerspruche zu den Bedürfnissen unserer Zeit. Soweit das, was man Imperialismus nennt, ein Streben nach großen Reichen bedeutet, in denen für Handel und Wandel dieselben Steuern und Zölle, dieselben Verkehrsverhältnisse, dieselben sozialen Gesetze bestehen, soweit ist der Imperialismus ein durchaus berechtigtes Streben. Wie Preußen Deutschland über das Elend der Kleinstaaterei hinausgehoben hat, so muß Deutschland Europa über dies Elend hinausheben. Das ist aber offensichtlich nur möglich, wenn jede Nation nach Möglichkeit sich selbstbestimmen kann, wenn sich alle Völker als gleichberechtigt behandeln.

Von dieser Gleichberechtigung im Rahmen einer bestimmten Souveränität ist freilich sehr verschieden die Forderung eigner Souveränität oder der freien Entscheidung darüber, welcher Souveränität ein Volk sich anschließen will. Offenbar kann darüber nur das gegenseitige Machtverhältnis der verschiedenen Imperien entscheiden. Käme unsere Regierung dazu, nicht nur für das Reich und die Bundesstaaten ein in jeder Beziehung demokratisches Wahlrecht vorzuschreiben, sondern es auch für die russischen Grenzvölker, die Finnen, Kurländer, Littauer, Polen und Ukrainer ihrerseits es selber zu fordern, dann dürfte auch die deutsche Sozialdemokratie kaum viel dagegen einzuwenden haben, wenn die Souveränitätsgrenze für die Mittelmächte östlich einiger dieser Grenzvölker statt westlich derselben gezogen würde. Alles kommt darauf an, daß kein Volk unterdrückt wird, daß in freiem Wettbewerbe jedes um die Palme der höchsten Kultur ringen darf. Wie die Regierung moralische Eroberungen in der Arbeiterklasse suchen muß, so hat es auch ihr Ziel zu sein, moralische Eroberungen bei den Völkern zu machen, die als die Nachbarn des deutschen Volkes für die Gestaltung seines Schicksals von Bedeutung sind. Die deutsche Regierung soll es offen sagen, daß die Sicherheit des deutschen Volkes ihr verbiete, jede von jedem Volk geforderte Souveränität anzuerkennen. Warum sollten sonst die Tschechen sie nicht auch fordern können! Aber sie soll gleichzeitig erklären, daß sie im Rahmen derjenigen Souveränität, die die Mittelmächte fordern müssen, wenn sie sich nicht selber aufgeben wollen, diejenige Selbstbestimmung jedes Volkes anerkennen, die mit der Gleichberechtigung aller unter einer Souveränität verbundenen Völker vereinbar ist. Wenn ein mitteleuropäischer Staatenbund begründet würde mit dem Ziel, ein kontinentaleuropäischer Staatenbund zu werden, dann möchte die

Digitized by Google

Angliederung nicht nur Polens, Litauens und Kurlands, sondern auch noch weiterer Staaten in aller Freiwilligkeit leicht erfolgen können.

England wird uns in absehbarer Zeit nicht verzeihen, was wir ihm durch diesen Krieg getan, und in Frankreich sind die Caillaux und Gesinnungsgenossen durch den Krieg leider auch für absehbare Zeit zur Ohnmacht verdammt. Darum muß der Anschluß im Osten gesucht werden. Er ist aber zu finden nur mit demokratischer Gesinnung nach innen wie nach außen. Mit ihr aber eröffnet sich auch solch unermeßliches Feld fruchtbarer Arbeit, daß man die Menschen beneiden kann, die diese Arbeit zu tun bekommen.

Auch wir Älteren möchten an dieser Arbeit noch teilnehmen. Darum wollen wir mit aller Macht die Gefahr bannen, daß durch eine engherzige, kurzsichtige und unterdrückungswütige Politik uns diese Hoffnung, eine größere Zukunft noch mitzuerleben, genommen wird. Nach innen wie nach außen liegt schöne, begeisterungsfrohe Arbeit vor uns. Möge die Regierung uns allen Widerständen zum Trotz zu ihr führen!

Über den sogenannten Geldwert

Von Georg Friedrich Knapp, Straßburg

Von der „Staatlichen Theorie des Geldes", dem grundlegenden Werk des Straßburger Nationalökonomen, erscheint demnächst im Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig die zweite Auflage. Sie ist durch „Nachträge und Ergänzungen" erweitert. Der Verfasser hat uns den Schlußabschnitt der Zusätze auf unseren Wunsch zum Vorabdruck zur Verfügung gestellt.

Eine Darstellung des Verwaltungsrechts, soweit es sich um Geldwesen handelt, hat mit der Frage nach dem Werte des Geldes nur ganz wenig zu schaffen. Vielmehr ist die allgemeine Volkswirtschaftslehre hier weit mehr zuständig. Darüber wollen wir uns eingehend verständigen.

Unter Wert der Geldstücke könnte man etwa den Wert ihrer Platten verstehen, wobei vorausgesetzt ist, daß man die Platten als bloßes Material gegen valutarisches Geld verkaufe. Hierbei entsteht der Begriff des Agios bzw. Disagios der nichtvalutarischen Geldstücke, und diese Erscheinung, gehört — als merkantilischer Vorgang — in die Wirtschaftslehre, kann aber nur in Verbindung mit der juristischen Lehre von der Geltung behandelt werden.

Man kann ferner unter Wert des Geldes folgendes verstehen: da unser Geld auf ausländischen Börsen als Ware behandelt wird, die man im dortigen Gelde abschätzt, so ist die Frage aufzuwerfen, welchen Wert hat unser Geld im Auslande? Es ist die Frage nach dem intervalutarischen Kurse, und auch hierbei tritt eine Agiofrage auf, nämlich die des intervalutarischen Agios. Auch hier vermischen sich Betrachtungen juristischer Art mit solchen der Wirtschaftslehre.

Digitized by Google

Unsere Ökonomisten meinen aber etwas ganz anderes, wenn sie vom Werte des Geldes reden, und dies „andere" gehört nicht in die Staatliche Theorie des Geldes, sondern nur in die Wirtschaftslehre. Es handelt sich dabei um „die Preise", wie man es höchst umfassend auszudrücken pflegt. Noch genauer: es handelt sich um Statistik der Preise und um Folgerungen, die aus derselben gezogen werden, also um ganz andere Dinge, als jene des inneren Agios oder die des intervalutarischen Agios.

Hier herrscht nun ganz unverkennbar einige Verwirrung, weil der Ausdruck „Wert des Geldes" an sich noch unvollständig ist und von jedem Leser auf beliebige Art ergänzt werden kann. Überall, wo vom Werte die Rede ist, handelt es sich um einen Vergleich; wenn vom Werte des Geldes geredet wird, so muß gesagt werden, womit verglichen werden soll.

In den oben erwähnten Beispielen, worin von den beiden Arten des Agios geredet wird, ist der Vergleichsgegenstand stets genannt und von Verwirrung kann also dort nicht die Rede sein.

Wohl aber ist Unsicherheit vorhanden bei der rein volkswirtschaftlichen Frage nach dem Werte des Geldes. Man könnte die noch fehlende nähere Bestimmung auf folgende Weise ergänzen:

I. Der Ökonomist denkt an ein bestimmtes Gut, untersucht die Preise, die für dies Gut in dem und dem Lande, in dem und dem Zeitraum gezahlt worden sind und ermittelt auf dem Wege der Statistik den mittleren Preis jenes Gutes. Als Beispiele könnte man sich vorstellen: Getreidearten, oder gewisse Metalle oder noch enger gewisse Edelmetalle. Das Ergebnis wäre dann stets von folgender Art: der Preis des erwählten Gutes betrug für die Mengeneinheit durchschnittlich so und so viele Werteinheiten jenes Landes und jener Zeit. Die Zahlung hat in der valutarischen Geldart bestanden, die ja stets als Geld schlechthin erscheint.

Nun kommt der entscheidende Schritt: unser Ökonomist kehrt die Beziehung um, welche zwischen jenem Gute und dem Gelde statistisch aufgefunden war, und sagt:

Wenn jenes Gut als Grundlage des Urteils gewählt und die Frage gestellt wird nach dem Werte des Geldes, so ergibt sich: 100 Mk. waren damals x Mengeneinheiten des Gutes wert, über welches die statistische Untersuchung der Preise stattgefunden hat.

Man wolle aber beachten und festhalten: diese Art, den Wert des Geldes zu bestimmen, beruht auf einer Umkehr der gegenseitigen Beziehung Ware und Zahlungsmittel. Was vorher Ware gewesen ist, wird als Zahlungsmittel gedacht und was vorher Zahlungsmittel war, wird als Ware gedacht. Es kann niemandem verwehrt werden, diese Umkehr der Beziehungen in Gedanken vorzunehmen; aber wer es tun will, muß es sagen und vor allem muß er das Gut nennen, das er zugrunde legt. Dann erst weiß der Leser Bescheid und kann zu der Sache Stellung nehmen.

Gesetzt, es lägen zwei statistische Untersuchungen des Preises vor, für zwei verschie-

Digitized by Google

dene Zeiträume, aber im gleichen Lande, so würde sich für das untersuchte Gut vielleicht ergeben, daß der durchschnittliche Preis sich geändert hätte, wir wollen annehmen im Verhältnis von 12 zu 13. Das Gut wäre also, für jede Mengeneinheit, teurer geworden. Danach müßte nun, wenn jene Umkehr der Beziehungen vollzogen wird, die Aussage über das Geld lauten: nach jener Untersuchung des Gutes gewinnt man den Eindruck, daß der Wert des Geldes geringer geworden ist; man muß jetzt 13 Werteinheiten anwenden, wo früher nur 12 nötig waren. Auch hiergegen ist nichts einzuwenden; wer so rechnet, muß nur abwarten, ob der Leser dies Urteil als ein ausreichendes über den Wert des Geldes in jeder Beziehung anerkennen will; aber wenn jenes eine Gut als maßgebend anerkannt wird, dann ist die Sache entschieden. Wie man aber den Leser zwingen will, die Wahl des Gutes gut zu heißen, sieht man nicht ein. Der Rechner bleibt also im ungewissen, ob er mit seiner statistischen Untersuchung Beifall findet in bezug auf den „Wert des Geldes in jeder Beziehung".

In die Staatliche Theorie des Geldes gehört diese Betrachtung nicht. Der Staat setzt voraus — und zwar bei allen Gelegenheiten, wo es sich um Preise handelt, daß man sich der Werteinheit bediene, die juristisch üblich ist, und daß Zahlungen in dem valutarischen Gelde geleistet werden.

Was etwa durch eine statistische Preisuntersuchung herauskommt, hat juristisch nicht die geringste Wirkung. Der Staat kennt gar keine Veränderlichkeit „des Geldwertes". In dem Augenblicke, in dem der Staat die Begültigung der Stücke ausspricht, sagt er, daß bestehende Schulden mit diesen Stücken getilgt werden können; neue Schulden auch, und es wird für neue Schulden angenommen, daß die vertragschließenden Parteien ihren Vorteil wahren.

Der Ökonomist mag allerdings Preisuntersuchungen anstellen und die Begriffe von Ware und Geld vertauschen. Es ist dies dann nur ein besonderes nachdrücklicher Weg, um den Leser über veränderte Durchschnittspreise aufzuklären, indem man sagt — um an das obige Beispiel anzuknüpfen — es ist geradeso, als wäre das Geld an Wert vermindert, was aber heißen sollte: an Geltung vermindert. „Es ist geradeso, als wenn", diese Worte werden leicht vom Leser im ernsteren Sinne genommen! Nämlich in dem Sinne, als hätte sich die juristische Geltung der Stücke verändert — und das ist durchaus nicht der Fall.

II. Bisher haben wir nur von einem einzigen Gute geredet, dessen Preisveränderungen statistisch untersucht worden wären. Es gibt aber noch eine andere Art solcher Untersuchungen: es wird eine Reihe von Gütern ausgewählt, die natürlich genannt sein müssen, z. B.: Weizen, Kohlen, wichtige Metalle wie Eisen, Kupfer u. dgl. Man verabredet also einen Komplex von Gütern, wie wir es nennen wollen, und untersucht statistisch, wie sich der Preis dieses Komplexes verändert hat. Ehe dies geschehen kann, muß aber gesagt werden, welche Mengen jedes Gutes, das im Komplex einbegriffen ist, in Betracht gezogen werden sollen, z. B.: ein Kilogramm Weizen, eine

Digitized by Google

Tonne Kohlen, ein Pfund Platin usw. Es ist gleichgültig, welche Mengen man von jedem Gute annimmt, aber eine Verabredung über die Mengen ist durchaus erforderlich, damit der Sinn des Komplexes von Gütern eindeutig bestimmt ist. Wenn diese Eindeutigkeit des Komplexes erreicht ist, kann die statistische Untersuchung des Preises unseres Komplexes stattfinden, vorher aber nicht. Nun soll für zwei Zeiträume die Untersuchung des Preises statistisch durchgeführt sein; dann erhält man für den ersten Zeitraum eine Zahl von Werteinheiten, z. B. x_1 Mark; für den zweiten Zeitraum ebenfalls eine Zahl von Werteinheiten, z. B. x_2 Mark. Diese Zahlen nennt man bekanntlich Indexzahlen. Wenn die spätere Indexzahl, also x_2, größer ist als die frühere, also größer ist als x_1, so ist der Wert jenes Komplexes gestiegen; im umgekehrten Falle ist der Wert des Komplexes gefallen. Darüber kann kein Zweifel obwalten.

Die Statistiker, welche solche Indexzahlen berechnen, bleiben aber nicht bei dieser zweifellosen Tatsache stehen, sondern sie gehen weiter, indem sie sagen: Man sieht daraus, daß „der Wert des Geldes" sich umgekehrt bewegt hat, wie die Indexzahlen. Ist die Indexzahl gewachsen, so geht daraus hervor, daß der Wert des Geldes gesunken ist; hingegen ist der Wert des Geldes gestiegen, wenn die Indexzahl kleiner geworden ist.

Hierbei waltet derselbe psychologische Vorgang ob, den wir vorher festgestellt haben: unser Statistiker betrachtet das Geld als die Sache, deren Wert gefunden werden soll, und den Warenkomplex als die Sache, mit der man das Geld vergleichen soll. Vorher, bei der Ermittlung des Preises, ist aber die Ware mit dem Gelde verglichen worden. Also hat unser Statistiker die Beziehung, die zwischen Ware und Geld besteht, vertauscht: an die Stelle, wo das Geld gestanden hat, setzt er die Ware und an die Stelle, wo die Ware gestanden hat, setzt er das Geld. Die richtige Ausdrucksweise wäre offenbar: die Preisänderung des gewählten Komplexes hat sich so vollzogen, als wenn der Wert des Geldes (richtiger: die Geltung des Stückes) sich so und so verändert hätte. Statt dessen aber sagt er: der Wert des Geldes hat sich verändert. Er verschweigt dabei, daß es darauf ankommt, ob der Warenkomplex als maßgebend zugestanden wird und tut so, als sei dies außer Zweifel; und er nimmt ferner an, daß sein „Wert des Geldes" dasselbe sei, wie die Geltung des Stücks. Der Leser aber hat vergessen, daß er den Warenkomplex als maßgebend anerkennen muß, und hat ferner vergessen, daß die Geltung, als eine juristische Vorstellung, ganz unabhängig ist davon, was man mit dem Gelde kaufen kann.

Indexzahlen können also über die juristische Eigenschaft des Geldes nichts aussagen, gehören daher nicht in die Staatliche Theorie des Geldes. Sie gehören in die Wirtschaftslehre, und auch da bedeuten sie nichts anderes, als eine veränderte Ausdrucksweise über Preisstatistik; sie liefern nichts Neues, sondern sagen nur das Alte in anderer Form. Sie zeigen, daß Güterpreise sich ändern können, was niemand bezweifelt hat; und drücken dies so aus: die Änderung hat so stattgefunden, als wenn

Digitized by Google

das Geld seine Geltung so und so verändert hätte. Aber daraus folgt doch nicht, daß die Geltung sich verändert habe!

Bei der allgemein zugestandenen Möglichkeit, daß Güterpreise sich ändern, ändert sich allerdings manches; nämlich die Lage des Interesses derer, die Geld besitzen und derer, die Waren besitzen. Dies aber ist eine Sache für sich. Es scheint beinahe, als ob viele Schriftsteller von der Annahme ausgingen, daß die Güter, jedes für sich normalerweise einen festen Preis hätten, der sich abnormerweise hie und da ändere — wovon doch gar nicht die Rede sein kann.

Vor allem aber muß man die Inderberechner daran erinnern, daß sie schlechterdings nichts anderes darbieten, als höchst willkommene Nachrichten über Preisänderungen. Einige von ihnen glauben, sie hätten noch was anderes gefunden, nämlich einen Änderungsvorgang auf der Seite des Geldes, eine „Wertvermehrung oder Verminderung", die — daran zweifeln sie nicht — auf die Preisänderungen der Güter mit einwirke. Dies ist ein unerhörter Zirkelschluß! Die von ihnen festgestellte Wertänderung des Geldes wird ja nur aus der Statistik der Preise abgeleitet: wie soll denn die Preisänderung der Güter — aus der Preisänderung der Güter erklärt werden?!

III. Wie aber steht es, wenn wir das Einkommen der wirtschaftenden Personen in Betracht ziehen?

Er gibt Leute, die ihr jährliches Einkommen in fester Geldsumme beziehen; dahin gehören die Beamten, seien es öffentliche oder private, deren Zahl in Deutschland so groß und deren Einfluß auf die Stimmung so bedeutend ist. Der Mann mit fester Besoldung klagt so leicht bei eintretender Teuerung über Schwinden des Geldwertes. Was meint er damit?

Ein solcher Mann überblickt seine Lage und rechnet so: ich gebe für Wohnung soviel aus, für Nahrung soviel, für Schulgeld meiner Kinder soviel, usw. Früher habe ich jährlich tausend Mark übrig behalten, jetzt komme ich kaum aus ohne Schulden zu machen. Also hat sich „der Geldwert" sehr zu meinen Nachteil verändert.

Offenbar hat jener Mann sich einen „Komplex" von Gütern gebildet: Nahrungsmittel, Wohnungsmiete, Bier- und Weinpreise, Tabak u. dergl. hat er, aus seinem Ausgabenbuch, in diesen Komplex eingestellt nebst den Preisen, und findet seine Inderzahl stark vergrößert gegen frühere Jahre: also hat sich für ihn der Geldwert stark, und zwar zu seinen Ungunsten, verändert. Das rechnet er uns aufs Genaueste vor.

Sein Nachbar aber, der sich einen solchen Komplex bildet, findet auch eine Inderzahl — aber eine andere; denn der eine raucht, der andere tut es nicht; der eine reist viel, der andere reist wenig, und so fort. Für ihn ist also der Geldwert vielleicht auch verändert, aber nicht in gleicher Weise. Eine Übereinstimmung ergibt sich also nicht.

Bei der so geführten Untersuchung kommt eben nur dies heraus, daß Preissteigerungen der Güter, die der Beamte verbraucht, ihn stark belasten, und er kann daraus begründen, daß er Zulage braucht. Daß aber das Übel vom Gelde an sich herrühre,

Digitized by Google

kann er nicht behaupten; wir haben ja nur einen besonderen Fall der Inderberechnung vor uns. Er hat nur sein Interesse geschildert, das durch die Preissteigerung betroffen ist. Wo steht denn aber geschrieben, daß seine Lebenslage die gleiche bleiben muß; sein Vertrag lautet auf eine feste Summe des jährlichen Einkommens in Geld. Er ist jetzt verstimmt durch die Teuerung, sein Einkommen genügt ihm nicht mehr — aber daran ist nicht die Verfassung des Geldwesens schuld, sondern die Beschaffenheit unseres wirtschaftlichen Verkehrs. —

Es gibt aber auch Leute, deren Einkommen auf ganz andere Weise zustande kommt. Denken wir an die Landwirte, an die Besitzer von Kohlengruben oder von Eisenwerken, kurz an die Produzenten von Gütern. Ihr Einkommen besteht zunächst in ihren Produkten, die sie zum Verkauf stellen. Der Landwirt erzeugt jährlich so und so viel Weizen, der Teilhaber an Gruben erzeugt — sozusagen — so und so viele Zentner Eisen oder Kohlen. Diese Waren müssen verkauft werden, ehe sich für ihn ein Geldeinkommen bildet. Wenn dieser Mann seinen Güterkomplex bildet und ausrechnet was seine Inderzahl ist, so findet er — bei steigenden Preisen — daß diese Zahl sich erhöht. Aber da er die eingestellten Güter nicht kauft, sondern verkauft, so ist ihm die Veränderung zum Heil.

Wer nur als Konsument von Gütern auftritt, wie der Beamte tut, dem schadet die Preissteigerung; wer nur als Produzent auftritt, dem nützt sie. Wer als Konsument gewisser Güter und zugleich als Produzent anderer Güter auftritt, bei dem kann vielleicht Schaden, vielleicht auch Nutzen herauskommen.

Die volkswirtschaftliche Betrachtung muß beide Fälle umfassen. Preissteigerungen verschieben die Interessenlage je nach der Klasse, welcher die wirtschaftliche Person angehört.

Die Interessenlage der Klassen ist eine Angelegenheit von hoher Bedeutung — aber sie hat nichts mit der Verfassung des Geldwesens zu tun, die in der Staatlichen Theorie des Geldes geschildert wird. —

IV. Auch sprechen Kaufleute und gewerbliche Unternehmer oft von teuerem Gelde oder von billigem, wenn sie mit fremdem Gelde arbeiten, daß heißt wenn sie Darlehen aufgenommen haben, um ihren Betrieb zu vergrößern. Besonders beim Bauunternehmer ist dieser Fall häufig. Wenn er gefragt wird, warum seine Bauten still stehen, antwortet er, das Geld ist zu teuer, oder sagt wohl gar: der Wert des Geldes ist jetzt zu hoch. Gehen aber die Geschäfte flott, so erklärt man es wohl daraus, daß das Geld jetzt billig sei, was mancher wohl so ausdrückt: das Geld habe jetzt keinen großen Wert. Was nun hier gemeint ist, sieht jedermann: es wird von den Zinsbedingungen geredet, die man bewilligen muß, um ein Darlehen in Geld zu erlangen. Man sollte deutlicher sagen: jetzt muß ich zu hohe Zinsen für Darlehen bewilligen; bzw. jetzt sind die Zinsforderungen für Darlehen niedriger geworden.

Wer stattdessen von hohem oder niedrigem Geldwerte redet, der verwischt wieder

Digitized by Google

alle Unterschiede; denn hier wird ja nicht von einem bestimmten Gute (etwa von Weizen oder von Silber) und auch nicht von einem verabredeten Komplex von Gütern geredet, wie in den früher besprochenen Fällen. Sondern es wird gefragt, welchen Bruchteil (wieviel Prozente) des Kapitals man jährlich dem Darleiher entrichten muß. Dies ist denn doch etwas ganz anderes! Wie kann man so grundverschiedene Dinge unter die gleiche Bezeichnung „Wert des Geldes" zusammenfassen! Daraus entsteht eine heillose Verwirrung, die auf den Anfänger den Eindruckt macht, als sei hinter dem „Werte des Geldes" ein tiefes Geheimnis verborgen, das auf Lösung warte. Die Lösung liegt auf der Hand: man hat einen undeutlichen, weil unvollständigen Ausdruck gewählt für vielerlei Erscheinungen, die, wenn sie einzeln betrachtet und vollständig beschrieben werden, durchaus nichts Rätselhaftes darbieten. Man hat ein Problem geschaffen, indem man Verwirrung schuf!

Wenn der Deutsche im Jahre 1917 sagt: Unser Geld hat auf den Börsen der neutralen Länder stark im Wert — ausgedrückt im dortigen Gelde — verloren, so hat er recht und es ergeht an unsere Ökonomisten die Aufforderung, dies durch die gestörten Handelsbeziehungen zu erklären.

Wenn der Deutsche sagt: Ferner sind viele Preise, verglichen mit dem Zustande von 1913, im Inlande gestiegen, so hat er ebenfalls recht, und es ist die Sache unserer Ökonomisten, nachzuweisen, welche Störungen auf dem inneren Markte daran schuld sind.

Wenn der Deutsche sagt: Der Bau von Häusern steht still, weil hypothekarische Darlehen nur unter harten Bedingungen zustande kommen, so ist dies ganz richtig; der Ökonomist muß ihm nun erklären, weshalb jetzt für solche Darlehen höhere Zinsen als früher gefordert werden.

Alles dies aber aus einem einzigen Grunde erklären zu wollen durch den nebelhaften Ausdruck „der Wert des Geldes hat sich vermindert" — ist, gelinde ausgedrückt, keine Aufklärung, sondern Fahrlässigkeit.

V. Die Verwirrung erreicht noch einen höhern Grad durch die eingebürgerte Gewohnheit, immer nur auf die Vermehrung des vom Staate oder von seiner Bank ausgegebenen Papiergeldes hinzuweisen als auf den Grund der eingetretenen Preissteigerungen. Hier liegt allerdings ein Problem vor, aber es wird nicht gelöst durch die einfache Behauptung: Vermehrung des Papiergeldes steigert an sich schon „die Preise". Es ist vielmehr die Aufgabe der Ökonomisten, die Finanzwirtschaft des Staates zu untersuchen und uns zu sagen, ob die ungeheueren Aufgaben, die dem Staate durch einen Krieg erwachsen, auch auf andere Weise gelöst werden können als durch Schaffung von „Papiergeld", besser von Notalgeld aus wertlosen Stoffen. Bisher hat man kein anderes Mittel nachweisen können, als dieses, welches zwar nicht allein, aber doch immer neben andern Mitteln auftritt. Es ist also vorläufig unvermeidlich. Das bloße Bedauern hilft hier nichts. Man hat sich darauf einzulassen!

Digitized by Google

Und um die Natur dieses Mittels aufzuklären, dazu soll die Staatliche Theorie des Geldes beitragen. Das geschieht durch die juristische Auffassung, die hier nicht beiseite geschoben werden kann.

Erst wenn dies in Ordnung gebracht ist, kann der Ökonomist auftreten; seine Ablehnung der Staatlichen Theorie des Geldes hilft ihm nichts. Wenn er aber das, was aus der rechtlichen Natur des Geldes folgt, sich angeeignet hat, dann hat er noch reichliche Arbeit vor sich. Er muß dann zeigen, wie der Staat durch jenes unvermeidliche Hilfsmittel die inneren Produktionsverhältnisse stört, denn darauf läuft alles hinaus. Diese Störungen einfach abzulehnen, wenn politische Notwendigkeit sie fordert, ist Torheit. Man erwäge nur, was geschieht:

Beim Ausbruche des Krieges kauft der Staat alle erlangbaren Pferde auf; er kauft alle Automobile an, die er bei Privaten findet; er kauft endlose Massen von Munition; er beschäftigt alle Waffenfabriken durch neue Bestellungen, er nimmt alle Transportmittel in Anspruch, besonders die Eisenbahnen; er kauft Nahrungsmittel an für Millionen von Soldaten. Der Staat leistet Löhnungen und Besoldungen an die im Kriege aufgebotenen Truppen. Kann er dies alles tun ohne Papiergeld? Gewiß nicht. Und wenn er es tut — stört er dann nicht alle bestehenden Produktionsverhältnisse?

Und weiter: woher nimmt der Staat alle die Mannschaften, die er einberuft? Er entzieht sie dem gewerblichen Leben; die Bergleute treten aus ihrem Dienst, die Fabrikarbeiter werden Soldaten, die Arbeiter der Kleinindustrie sind einberufen; der Bauer verläßt seinen Hof, die Landarbeiter tragen Waffen. Der Fabrikant, der Handwerker, der Kaufmann, kurz alle Erwerbstätigen werden der früheren Tätigkeit entzogen und stehen im Felde. Das ganze bürgerliche Leben wird unterwühlt: und da sollen „die Preise" ungestört bleiben? Vor allem aber: daran soll die Schöpfung des Papiergeldes schuld sein? Der Krieg nötigt uns, das gewohnte bürgerliche Leben umzuwälzen, und das Papiergeld ist nur das Mittel, die notgedrungene Umwälzung durchzuführen. Es ist doch eine merkwürdige Beschränkheit, nur das Papiergeld anzuklagen. Die weit wichtigere Aufgabe des Ökonomisten wäre es, die Art der Störungen zu beschreiben und die Wege der Finanzwirtschaft zu beleuchten.

Daß dies neben der staatlichen Theorie des Geldes noch geschehen muß, hat nie jemand geleugnet; aber ohne diese Theorie kann es nicht geschehen.

Französische Bankrotteurpolitik

Von Linter

Die Versailler Beschlüsse fordern geradezu zu einer nüchternen Betrachtung der französischen wirtschaftlichen Verhältnisse heraus. Denn beide stehen in einem unüberbrückbaren Widerspruch. Oder sollte etwa doch gerade das Gegenteil der Fall

Digitized by Google

ein? Sollte zwischen beiden ein engerer Zusammenhang bestehen? Das klingt paradox, ist es aber nicht. Denn gerade die katastrophale Verfassung, in die die Clique um Poincaré das reiche Land hineingesteuert hat, ist der Grund, warum eben diese Oligarchie sich vor dem Frieden fürchtet. Daß Frankreich bis zum Jahre 1914 ein reiches, glückliches Land war, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Wohl aber dürften die inzwischen eingetretenen Veränderungen nicht überall geläufig sein. Gewiß: den wichtigsten und unersetzlichsten Verlust kennt jeder, die Opferung der männlichen Jugend in einem Lande, das bei seinem Einkindersystem weniger als jedes andere der Jugend entbehren kann. Auch die Verwüstung des industriereichen Nordens braucht nicht erwähnt zu werden. Dagegen ist es angebracht, wieder einmal einen Blick auf die Kriegsunkosten, im engeren Sinn die bleibenden und die vorübergehenden, zu werfen. Es betrugen:

Die französischen Kriegslasten und ihre Deckung bis Ende 1917

Eigentliche Kriegskosten	87	Milliarden Fr.	Steuereinnahmen usw.	15½	Milliarden Fr.
Zinsendienst	11	" "	Laufende Schatzwechsel	20	" "
Zivilverwaltung	8½	" "	3 Kriegsanleihen	31	" "
			Innere schwebende Schulden	15½	" "
			Rückständige Zahlungen	5½	" "
			Auslandschulden	19	" "
Gesamtkosten	106½	Milliarden Fr.		106½	Milliarden Fr.

Hier fällt zunächst einmal das böse Mißverhältnis zwischen langfristigen gedeckten und schwebenden Verbindlichkeiten auf: das Inland hat nur ein rundes Drittel an Kriegsanleihe aufbringen können und wollen; damit steht Frankreich unter den großen Ländern weitaus an letzter Stelle, unvergleichlich schlechter als Deutschland, aber auch ungünstiger als England, das gerade in dieser Beziehung nicht übermäßig vorteilhaft abschneidet. Wie denn überhaupt die Kriegsfinanzierung in Frankreich stark versagt hat. Die Tatsache, daß ein so reiches Land sich dazu verstehen mußte, eine kürzlich vierprozentige Anleihe zu einem Kurse von nur 68,60 Proz. auszugeben, ist dafür Beleg genug. Denn damit ist der Kredit Frankreichs auf eine Stufe gesunken, wie er dort nur in Zeiten des schlimmsten nationalen Unglücks stand. Man muß bis 1871 zurückgehen, wo zu einem ähnlichen Kurs, zu 65¼, eine vierprozentige Anleihe begeben wurde.

Das zweite Bezeichnende an der amtlichen Zusammenstellung ist die außerordentlich hohe Auslandsschuld. Sie dürfte in Wahrheit erheblich größer sein, da Frankreich bei den unleugbaren Sympathien, auf welche die französische Kultur auch heute noch überall rechnen kann, für sehr ansehnliche Posten der inneren Anleihen jenseits der Landesgrenzen Käufer gefunden hat. Es sei daran erinnert, daß beispielsweise in London die Anleihen in aller Form aufgelegt und an der Börse regelrecht gehandelt

Digitized by Google

werden. Auch der ungünstige Stand der französischen Valuta hat die Anleihe zu einem willkommenen Spekulationsobjekt für ausländische Käufe gemacht. Man bedenke, daß die letzte Anleihe beispielsweise in der Schweiz zu etwa 53 Proz. zu kaufen war.

Die französische Valuta nämlich hat in gewisser Beziehung eine noch erheblichere Einbuße erfahren als die deutsche, wenn man berücksichtigt, daß Deutschland ausländische Kredite in größerem Maße versagt waren, daß aber Frankreich in verschwenderischer Weise solche erhalten hat. Wenn man die Schweiz als Maßstab für die Valutabemessung annimmt, so ergibt sich dort eine Entwertung des französischen Franken um 22 Proz. Das Verhältnis des französischen Franken zur deutschen Mark, das im Frieden wie 100 zu 123 ½ war, ist heute 100 zu 113. — Das ist übrigens schon eine außerordentliche Besserung zu unsern Gunsten, denn noch vor vier Monaten war das Verhältnis wie 100:90. Sachverständige sind allgemein der Überzeugung, daß in kurzem diese Relation sich weiter zu Deutschlands Gunsten verbessern wird.

Wenn man als den eigentlichen Grund der Valutabildung lediglich das Verhältnis von Auslandsforderungen und Auslandsguthaben heranzieht, so ist jene Entwertung des Franken freilich begreiflich. Denn Frankreichs Zahlungsbilanz hat im Kriege eine Verschiebung erfahren, wie kaum in einem anderen Lande. So fehlt vor allem seit fast vier Jahren die namentlich für Paris so ungeheuer wichtige Fremdenindustrie. Viel wichtiger aber ist die Revolutionierung der französischen Handelsbilanz, die noch viel schlimmer ist als jene in England. Frankreich gehörte vor dem Kriege zu jenen glücklichen Ländern, die nur unwesentlich mehr einzuführen brauchten als sie ausführten. Der Passivsaldo war nur selten mehr als 1 bis 1 ½ Milliarden Franken. Das hat sich von Grund auf verschoben. Während im Jahre 1915 der Fehlbetrag der Handelsbilanz mit 7 Milliarden offiziell angegeben wurde, ist er bereits für 1916 mit 14 bis 19 Milliarden geschätzt worden, und im Jahre 1917 dürfte er 25 Milliarden Franken überschritten haben.

Zwei Dinge sind an dieser Verschiebung vor allem schuld. Das ist zunächst der Mangel einer eigenen genügend großen Kriegsindustrie, wie sie fast alle andern Staaten rasch aufgebaut haben. Teilweise ist das französische Volk daran unschuldig, weil das Kriegsglück die eigentlichen Kohlen- und Eisengebiete den Deutschen in die Hände gegeben hat, teilweise liegt hier aber auch eine Unfähigkeit vor. Man hat viel zu langsam in den östlichen und südlichen Teilen des Landes die Rüstungsindustrie aufgebaut und sich völlig auf die Freunde jenseits des Kanals und des Atlantischen Ozeans verlassen. Und hier kommt der zweite Grund, das ist die Notwendigkeit, fast den gesamten Bedarf auf dem Wasserwege zu beziehen. Man behauptet, daß nur 1 Million Tonnen der Einfuhr auf dem Landwege und 45 Millionen per Schiff eingeführt werden. Infolgedessen mußte Frankreich ungeheuer unter der phantastischen Verteuerung der Frachtsätze leiden und dafür zahlen.

Digitized by Google

Das aber deutet bereits an, wie der Unterseebootkrieg gerade in Frankreich empfunden wird. Die daraus sich ergebenden Schwierigkeiten der Versorgung machen sich gerade jetzt in fast unerträglicher Weise bemerkbar, weil das Jahr 1917 eine Mißernte schlimmster Art brachte. Im Frieden deckt das Land ja reichlich sechs Siebentel Prozent seiner landwirtschaftlichen Bedürfnisse aus dem eigenen Boden. Heute muß die Hälfte des hauptsächlich in Betracht kommenden Weizens von Übersee bezogen werden, wenn das Land sich einigermaßen erhalten will. Es betrug nämlich

die französische Ernte (in Millionen Tonnen)

	1914	1915	1916	1917
Weizen	7,69	6,06	5,84	3,94
Roggen	1,12	0,84	0,85	0,67
Gerste	0,98	0,69	0,83	0,90
Hafer	4,62	3,46	4,02	3,45
Zusammen	14,41	11,06	11,52	8,96

Neben den Verschiebungen in der Handelsbilanz und neben dem Fehlen des Fremdenverkehrs kam in Frankreich noch das Versagen der ausländischen Schuldner in Betracht. Frankreich hat infolge der korrupten Praxis seiner Großbanken und seiner Presse eine besonders unglückliche Hand im Kauf ausländischer Wertpapiere gehabt; so wurden gerade bei Kriegsausbruch Milliarden von Anleihen in Südamerika notleidend. Dazu trat dann bald die Unfähigkeit Rußlands, seine Zinsen weiter zu bezahlen. Da es sich bei den Besitzern russischer Papiere um einen Posten von sicherlich 25 Milliarden Franken handelte, so sind allein dadurch bisher $3\frac{1}{2}$ Milliarden Franken nicht eingegangen. Wie erinnerlich, hat die französische Regierung es von vornherein übernommen, diese Zinsen von sich aus zu bezahlen, um die kleinen Rentner nicht allzusehr aufzubringen. Dazu kam dann später noch der Ausfall der Balkanschuldner, wo Frankreich aus politischen Gründen stets mit offenen Händen gegeben hatte. Erwähnt sei, daß heute in Paris die dreiprozentige russische Rente mit sage und schreibe 32 Prozent notiert, woraus sich ergibt, wie man dort diese Forderung einschätzt.

Ganz schlimm steht es um die Notenbank. Wenn man von den chaotischen Verhältnissen in Rußland absieht, so schießt die Bank von Frankreich, was die Verwässerung und das Unsolide der Verfassung anbelangt, entschieden den Vogel ab. Das verhältnismäßig kleine Land, das im Frieden einen Notenumlauf von etwa 6 Milliarden Franken aufwies, weist bereits jetzt 24 Milliarden auf, und soeben ist die weitere Hinaufsetzung der Umlaufgrenze auf 27 Milliarden erfolgt. Kein Wunder, daß der englische Bankfachmann Sir Edward Holden, der kürzlich eine Revision der englischen Bankgesetzgebung empfahl, nicht etwa auf das befreundete Frankreich, sondern auf die Deutsche Reichsbank als Vorbild hinwies. Das ist zweifellos bezeichnend dafür, wie man im nüchternen London über Frankreich denkt. Man macht dort

Digitized by Google

kein Hehl daraus, daß die französische Finanzgebahrung nach jeder Hinsicht hin im höchsten Grade verdächtig ist.

Es braucht wohl nicht erwähnt zu werden, daß Frankreich ähnlich wie England seinen wertvollen Besitz an ausländischen Papieren, namentlich an amerikanischen, spanischen, schweizerischen, nordischen längst verkauft hat, um halbwegs seine ausländischen Bezüge zu finanzieren.

Alles in allem: das reiche Frankreich ist heute schon in der erschreckendsten Weise verarmt, verarmt nicht nur an Menschen, sondern auch an materiellen Gütern. Wie wird nun die Sache weitergehen, wenn man den Krieg zur Eroberung Elsaß-Lothringens weiterführt? Zweifellos muß dann an die Stelle der Verarmung eine völlige Verelendung treten. Die Gefahr, daß bei einer Durchführung der drohenden deutschen Offensive ein weiterer Teil des Landes verwüstet, daß die heute schon bedenkliche Verschuldung an das Ausland geradezu katastrophal wird, muß jeder klar sehende Mann in Frankreich erkennen. Wenn also trotzdem jene Handvoll Va banque-Spieler in Paris die Fortsetzung des Krieges verkündet, so wird es den Franzosen mit diesen bald ähnlich gehen wie dem Oberst Repington mit Lloyd George, über den er kürzlich wörtlich schrieb: „Jetzt wissen wir wenigstens, wen wir zu hängen haben, wenn die Sache schief geht."

Notizen

Russische Ländergier in Zahlen. Professor Brückner, Dorpat, hat vor Jahren den Zuwachs an Bodenfläche Rußlands vom Regierungsantritt Peters des Großen (1676) bis 1876 auf etwa 4400 qkm täglich errechnet; hat er auch seitdem an Geschwindigkeit allmählich abgenommen, so machte er doch noch bis zur Thronbesteigung Nikolais II. im Jahre 1894, in welchem Jahre Rußland 22,4 Millionen qkm umfaßte, noch täglich 438 qkm aus. Das ist bildlich ausgedrückt: „Rußland verschluckte alle sechs Monate ein Gebiet von der Größe Bayerns." Diese Zahlen sollten denjenigen zu denken geben, die Rußland unter allen Umständen territorial geschont wissen wollen. Ein ungeschwächtes Rußland würde aber bald wieder seinem Expansionsdrang die Zügel schießen lassen. Die Zeche würden wir zu bezahlen bekommen. Wenn erst nach dem Vorschlage General Kuropatkins Rußlands Bevölkerung auf 300 Millionen angewachsen sein wird, um Europa wie mit einem Heuschreckenschwarm überfluten zu können.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Börsenhandels-Zeitung

Erscheint wöchentlich — Begründet 1902

Organ für die Interessen der Börse, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

(Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels)

Sachkundige kritische Abhandlungen über das Börsenwesen, die Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- und Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 2 Mark, jährlich 8 Mark, Ausland 9 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48—49 (Fernspr.: Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12—2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Technische Glasartikel
Wiederverkäufer gesucht
Hermann Herzig, Görlitz in Schlesien

AUTO-LICHT-ENTWICKLER „DANIEL"
Größter Schlager. Export nach allen Ländern.
Daniel Heinr. Balz, Dresden-A., Gr. Plauensche Straße 18

Dr. Möller's Sanatorium Dresden-Loschwitz
Herrliche Lage. Wirks. Heilverf. D... Zweiganst. tägl. 6 M.

Bei allen Anfragen und Bestellungen aus dem Inseratenteil bitten wir, sich auf die „Deutsche Politik" zu

Digitized by Google

Ein neuer Geist

geht durch das deutsche Volk. Nicht nur zu Hause und in der Etappe, sondern selbst im vordersten Schützengraben zeigt sich das Bestreben nach geistiger Weiterbildung. Wir alle wissen, daß diesem Kampf mit den Waffen ein erbitterter Kampf im friedlichen Wettbewerb unter den Nationen folgen wird, der von den Waffen des Geistes entschieden wird, und daß nur diejenige Nation in Ehren bestehen und siegreich vordringen kann, welche den anderen in geistiger Ausbildung überlegen ist. Wir haben im Vergleich zu den Neutralen große Einbuße an Menschenkräften erlitten, große Entbehrungen erduldet, aber wir haben einen großen Vorsprung vor ihnen gewonnen, wir haben den Ernst und den wahren Sinn des Lebens kennen gelernt, wir haben uns auf uns selbst besonnen, sind härter, zäher, strebsamer und eifriger geworden. Man hat uns unseren Platz an der Sonne mißgönnt und streitig gemacht, nun wollen wir ihn erst recht festhalten. Für uns gibt es keine Schwierigkeiten mehr, die zu überwinden wir uns scheuten. Wir wollen alle unsere geistigen Fähigkeiten bis zum Höchstmaß ausbilden, unser Denken und Gedächtnis, unser Wissen und Können, unseren Charakter und Willen und eine unbezwingbare Ausdauer. Die beste Anleitung hierzu finden Sie in einem Unterrichtskurs in Poehlmanns bekannter Geistesschulung und Gedächnislehre. Eine fast 25jährige Erfahrung in der Anleitung von Menschen zum Erfolg bietet die beste Gewähr. Kein totes Buch, sondern ein lebendiger Quell, aus dem jeder nach seinem Bedürfnis schöpfen kann. Ein Zeugnis aus Tausenden: „Sie haben einen neuen Abschnitt in meinem Leben eröffnet, denn Ihre Lebensweisheit und Anschauung werden das Fundament sein, auf dem ich mein künftiges Leben bauen will. Sie haben mir Wankelmut und zielloses Arbeiten genommen und mich zu neuem zielbewußten Streben ermuntert. Dieser Bau der Lebenskunst kann niemals ganz erschöpft werden. R. O."

Verlangen Sie heute noch Prospekt (frei) von

L. Poehlmann, Amalienstr. 3, München P 41

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 321
Rohrbach, Der osteuropäische Frieden 323
Jäckh, Der westasiatische Weg 329
Stein, Finnland 333
*** Was bezweckt Japan in Sibirien? 338
Brentano, Die Durchdringung Italiens durch England und Amerika 341
Notizen / Neuerscheinungen 350

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang | 15. März 1918 | Heft 11

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Digitized by Google

DAS KUNSTBLATT

HERAUSGEBER: PAUL WESTHEIM

Das Kunstblatt ist die Zeitschrift der jungen Kunstgeneration. Es will aufklären über Ziele und Vermögen der heute wesentlich Schaffenden und bemüht sich, aus diesem neuen Künstlergeschlecht die starken eigenwertigen Persönlichkeiten einem weiteren Kreis von Menschen nahezubringen. Große anschauliche Abbildungen, klare lesbare Begleittexte, die das Wesen des neuen Kunstwollens darlegen, werden angestrebt.

Bisher erschienen Veröffentlichungen von

MUNCH / ENSOR / MARC / KOKOSCHKA / NOLDE
A. MACKE / CHAGALL / ARCHIPENKO / BARLACH
LEHMBRUCK / HECKEL / PURRMANN / PECHSTEIN
O. MÜLLER / CAMPENDONK / PICASSO / MATISSE
U. A.

Jedem Heft ist ein wertvolles Blatt Originalgraphik beigegeben

Das Kölner Tageblatt schreibt: „... Man will zusammentragen, was wirklich Wertvolles aus der Weltanschauung gewachsen ist, der eine neue Generation sich rühmt: Abkehr vom unbedingten Glauben, an die Naturgesetzlichkeit, an den Kausalzusammenhang. Die dunklen Kräfte der Seele, die eigentlich kunstgestaltenden, beginnen wieder zu formen, eine Einheit erwächst, in der das 19. Jahrhundert wie ein Riß klafft ... Es war ein überaus glücklicher Gedanke dieser Zeitschrift, den Blick rückwärts und in die Weite zu richten. Gotische Skulptur, ottonische Buchmalerei sprechen plötzlich eindringlicher, ihre Schönheit und Tiefe scheint keiner Erklärungen zu bedürfen, aus den Mystikern ersteht die geistige Schicht. ... Eine solche Kunstzeitschrift mit reichen Abbildungen, konsequenter Einstellung und vorsichtiger Auswahl mußte kommen. Sie kann den Lebenden die Augen über sich selbst öffnen, die Reichtümer der Vergangenheit auf dem ganzen Erdenrund neu beleben."

Das Kunstblatt erscheint monatlich
Das II. Quartal beginnt mit dem des Kalenderjahres im April

Verlangen Sie kostenlos den neuen Prospekt
Vierteljährlich Mark 8.— / Einzelheft Mark 3.50

Durch jede gute Buchhandlung oder direkt vom Verlag zu beziehen

GUSTAV KIEPENHEUER VERLAG / WEIMAR

Digitized by Google

3. Jahrgang * 15. März 1918 * Heft 11

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Balfours ungenügende Antwort auf Hertling hat Lansdowne und Runciman zu neuen Äußerungen veranlaßt. Inhaltlich wird freilich die mühsame Aussprache über den Kanal hinweg durch die Meinungen dieser „distinguierten Privatleute" auch nicht sehr gefördert, denn sie wissen sich nicht völlig frei von dem Abc des alten Entente-Wörterbuches und sprechen nicht so offen über Elsaß-Lothringen, über Triest und Südtirol, über den Orient und Afrika, wie wir es erwarten müssen, wenn wir uns von dem Verfahren dieser Form der öffentlichen Verhandlungen über den Frieden etwas versprechen sollen! Sie bekennen sich jetzt und erneut zu den Vorzügen des „runden Tisches". Das ist ein technischer Fortschritt — aber indem wir das feststellen, versäumen wir nicht, uns dessen ganz klar bewußt zu sein, daß dies alles im Augenblick nur ganz akademischen Charakter hat. Lloyd George will noch einen Frühling, einen Sommer des Blutes und der Toten. In England murrt man über ihn, weil er Robertson, weil er Jellicon wegschickt, weil er in falscher Schiffsbauprophetie Tolles geleistet hat. Aber seine Gegner bleiben noch im Deklamieren stecken.

*

Die Franzosen haben, wohl auf dem Umweg über Washington, den früheren Schlüssel der amtlichen deutschen Depeschen erhalten. Das ist für uns ein einigermaßen peinlicher Zustand. Seine erste Wirkung war die Entzifferung des Bethmannschen Telegramms vom 31. Juli 1914 an den Botschafter v. Schoen. Pichon hat es triumphierend mitgeteilt. Die durch Generaloberst v. Moltke geforderte Besetzung von Toul und Verdun im Falle einer französischen Neutralitätserklärung hat für den geschichtlichen Ablauf keine Rolle gespielt, denn ihre Voraussetzung fiel weg. Sie war sachlich eine gebotene militärische Vorsichtsmaßnahme gewesen. Aber da selbstverständlich ist, daß sie von Paris nicht angenommen würde, nicht angenommen werden konnte, war sie diplomatisch falsch formuliert. Das zu beschönigen wäre zwecklos. Es hätte genügt, den Franzosen zu sagen, daß jede Maßnahme der Mobilisierung Krieg be-

Digitized by Google

deuten würde. Der Sinn der Bekanntgabe ist die moralische Stärkung Frankreichs vor dem schweren Waffengang, der an der Westfront kommen wird.

*

Die schwedische Presse hat sich anfänglich bei der Nachricht über die Besetzung der Aalandsinseln als Stützpunkt für unsere Befreiungsexpedition nach Finnland mächtig aufgeregt. Da diese Inselgruppe staatsrechtlich zu Finnland gehört und dieser Staat uns selbst um Hilfe gebeten hat, ist die Grundlage zur schwedischen Erregung nicht recht begründet. Trotzdem hat sich die schwedische Regierung zu einem Protest gegen Deutschland gedrungen gefühlt, dessen sachliche Berechtigung freilich selbst in der schwedischen Presse auf Bedenken stößt. Der Wunsch, ohne selbst gesät zu haben, ernten zu wollen, hat in der großen Politik niemals dauernden Erfolg gebracht. War schon die Nichtbeteiligung Schwedens am Kriege nach Ansicht bedeutender Schweden, wie Sven Hedin, ein Fehler, so dürfte die Nichtberücksichtigung der finnländischen Hilferufe für den schwedischen Staat verhängnisvoll werden. Wenn auch Deutschlands Absichten nicht auf die Aalandsinseln zielen, so wird Finnland die kalte Schulter, die Schweden ihm in seiner Not gezeigt, nicht so bald vergessen. Jedenfalls aber hat Schweden die Gelegenheit versäumt, die Aalandsinseln moralisch zu erwerben.

*

„Auf ewig ungeteilt" hieß die Losung mit der vor zwei Menschenaltern Schleswig-Holstein in den Kampf um ihren Anschluß an Deutschland gingen. Das muß jetzt auch für die baltischen Provinzen gelten, über deren Befreiung Kaiser Wilhelm so warm empfundene Worte gesprochen hat. Die Berichte aus Est- und Livland zeigen, wie notwendig unser Vormarsch in die baltischen Provinzen war. Galt es doch gleichermaßen, an Deutsch-Balten, Letten und Esten ein Befreiungswerk vor maximalistischem Wüten zu vollziehen, wie wir es jetzt auch in Finnland entschlossen sind, durchzuführen, nachdem Schweden nichts wie Worte für Finnlands Not gefunden hatte.

*

Das österreichische Budgetprovisorium ist angenommen, weil die Polen einen Ausweg fanden, nämlich den zur Saaltüre, und die Sozialdemokraten Wiens zeigten, daß ihnen das Parlament doch wertvoller als der Paragraph 14. Der Staat ist also wieder von der Sandbank losgekommen. Der Kurs hängt jetzt völlig an Czernin, in dessen Abwesenheit nur mit halben Zusicherungen gearbeitet werden kann. Czernin denkt, daß er aus Bukarest soviel Friedensballast mit heimbringen mag, daß das Schlingern des Schiffes aufhören wird. Er hat jetzt die ernste Probe seiner Staatskunst am inneren Österreich zu bewähren. Das ist heute fast eine größere Aufgabe, als den Sieg der Waffen im Frieden zu bestätigen. Sie ist ihm dadurch erleichtert, daß der Polenklub auseinandergebrochen ist.

*

Digitized by Google

Die preußischen Polendebatten, als Auswirkung des Friedens mit der Ukraine, kommen nicht gerade überraschend, aber sie sind in ihrer Heftigkeit im Augenblick höchst unerwünscht. Hakatisten und radikale Polen ringen in bösen Worten miteinander um den Vorrang, die nationale Kluft im deutschen Osten wieder ganz breit auseinanderzureißen — keiner der Scharfmacher denkt daran, daß Zehntausende preußischer Polen für das Deutsche Reich im Kampf stehen und den Blutzoll geben, keiner der Männer aus Korfantys Gefolgschaft will sich dessen erinnern, daß die Hingabe und Tapferkeit deutscher Soldaten überhaupt erst die Frage einer Erneuerung der polnischen Kultur und Staatlichkeit in dem Gebiet des alten Zarenreichs gestellt hat. Aus vaterländischen Gründen halten wir eine Änderung des vielfach dilettierenden Polenkurses unter Bülow für notwendig; aber es bedarf keiner breiten Worte, daß die Polen selber mit ihrer Taktik die pflegliche Entwicklung ihrer eigenen Zukunft geradezu leichtfertig in Frage stellen. Die neue Warschauer provisorische Regierung scheint übrigens aus der reinen Verneinung herauskommen zu wollen; sie hat sich zum Wege der Verständigung mit der Ukraine entschlossen.

*

Wollen die preußischen Konservativen ihre Wahlrechtstaktik ändern? Im Zentrum rechnet man damit, daß sie alle von dieser Partei geplanten „Sicherungen" niederstimmen werden, um ihr dann die Annahme des gleichen Wahlrechts zu verekeln. Ebenso sollen sie alle Stützen, mit denen vielleicht noch die nationalliberale Fraktion sich dem verpönten Prinzip nähern könnte, wegschlagen wollen, um eine möglichst radikale Prägung des Gesetzes zu erreichen. Sie hoffen dann auf die verzichtende Unlust der Paten. Ein keckes, wenn auch nicht großes Spiel, und eine gefährliche Sache. Denn dann geht die Lawine reißend zu Tale.

Der osteuropäische Frieden

Von Dr. Paul Rohrbach

In diesen Tagen erhielt ich von einer hervorragenden wissenschaftlichen Persönlichkeit ein Schreiben über die damals vorauszusehenden und jetzt verwirklichten Resultate des Friedensschlusses mit den maximalistischen Machthabern in St. Petersburg, das mit den Worten schloß: „Alles in allem wird das Ergebnis groß und erhebend sein, und dann, wenn alles gesichert ist, bleibt nur noch die Frage übrig: ‚Wo stellen wir das Denkmal für Trotzki auf?'" In der Tat, russische Verblendung ist es gewesen, durch die sich im entscheidenden Augenblick die Dinge so gewandt haben. Das gilt nicht nur für den ersten Verhandlungstermin in Brest, sondern auch für die Versuche, die zur Zeit Stürmers, Protopopos und Kerenskis von uns gemacht wurden, um zum Sonderfrieden mit Rußland zu gelangen. Die Russen selbst haben uns vor dem verfrühten Abschluß eines Friedens, bevor die osteuropäischen Verhältnisse im ganzen die erwünschte Gestalt gewonnen hatten, bewahrt. Indes das ist doch nur die eine

Digitized by Google

Betrachtungsweise gegenüber den Ereignissen, und es ist nicht die eigentlich entscheidende. Wir dürfen hier das Wort Moltkes anwenden: Glück hat auf die Dauer nur der Tüchtige! Sicher war es ein wiederholter Glücksfall für uns, daß wir bei den russischen Machthabern mit unsern Bemühungen um den Frieden auf keinen Friedenswillen stießen. Wäre er auf russischer Seite vorhanden gewesen, so wären wir unsererseits jedesmal bereit gewesen, einem Frieden zuzustimmen, der Rußland als Ganzes bestehen ließ und die Umwandlung des Begriffes „Rußland" die den Begriff „Osteuropa" wieder verhinderte. Die osteuropäische Krisis wäre darum eines Tages doch gekommen, aber ihr befreiendes Ergebnis hätte sich nicht unmittelbar an die Großtaten unserer Waffen geknüpft, und wäre nicht der höchste sittliche Ruhmestitel des deutschen Volkes seit vielen Jahrhunderten geworden. Daß aber die russische Torheit und Halsstarrigkeit diese Folgen hat haben können, war doch nur möglich, weil die ungeheure Leistung deutscher Waffentüchtigkeit, das heißt deutscher Volkskraft, vorhergegangen war, wodurch die ganze vom Zarismus aufgebaute russische Wehrkraft samt dem Zarentum selber zertrümmert wurde.

Man erlebt nicht alle Tage den Sturz eines Weltreiches. Was mit Rußland geschehen ist, läßt sich in der Tat nur vergleichen mit dem Untergang des Römischen Reiches. Was aber dort mehr als ein halbes Jahrhundert dauerte, das drängte sich hier in schwindelnd schneller Folge in dem Raum weniger Monate zusammen. Die moderne Weltgeschichte schreitet schneller als die alte. Noch ein anderer Vergleich zwischen dem Ende Roms und dem Ende Rußlands ist lehrreich. Wo Rom geherrscht hatte, da hinterließ es die Spuren seiner geistig-politischen Kulturkraft in der Gestalt romanisierter Völker und in der Gestalt der römischen Weltkirche, die gleich weit über die alte Grenze des Römerreiches hinausgriff. Wo das moskowitische Großrussentum geherrscht hat, da zeigt sich, daß von ihm überhaupt keine geistig nationalen Wirkungen ausgegangen sind, weder auf die angegliederte Ukraine, noch auf Finnland, Polen, Litauen oder das baltische Land. Sie wurden alle vergewaltigt, ihr Volkstum und ihre Eigenkultur wurde mit brutalen Mitteln zerstampft, aber von russischem Staatsgefühl, von russischem Kulturbewußtsein, von irgendwelchen positiven, mit der russischen Periode zusammenhängenden Kräften ist nichts in ihnen vorhanden. Sie sind von dem ursprünglichen moskowitischen Kerne Rußlands, an den sie mit Gewalt angefügt worden waren, wieder abgefallen, wie schlecht angeleimte Stücke einer Tafel, die äußerlich durch Klammern zusammengehalten wurde. Das ist der Unterschied von schöpferischer Kulturkraft und barbarischer Gewalt. Wem fiele dabei nicht das Wort Turgenjews ein auf der Weltausstellung in Paris gegenüber dem Aufbau all dessen, was die abendländische Kultur und Zivilisation in Wissenschaft, Kunst und Technik zu leisten fähig war: Was von alle dem würde nun fehlen, wenn es nie ein Rußland gegeben hätte? Die Bastschuhe, der Samowar und die Knute, und die beiden letzten haben wir uns auch von den Tartaren geholt!

Digitized by Google

[Aber, so hört man, es ist doch leicht möglich, ja wahrscheinlich, daß die jetzt getrennten Teile des gewesenen Rußland sich wieder zusammenfinden, mindestens Großrußland und die Ukraine! Da sei es doch gefährlich, den Sieg jetzt zur „Vergewaltigung" Rußlands oder Großrußlands auszunutzen, denn die Russen würden sich wieder erholen und würden dann auf Tod und Leben zur Wiedererlangung der ihnen genommenen Gebiete, vor allen Dingen der Ostseeküste, kämpfen. Wie sehr verkennt doch diese Meinung das wirkliche Russentum und den neuen Stand der Dinge in Osteuropa! Es hat viele Legenden über Rußland gegeben, die in aller Welt, am meisten in Deutschland, geglaubt wurden. Die eine Legende war die von der inneren Geschlossenheit Rußlands. Eine zweite war die von der vermeintlichen Zarentreue und Kirchentreue des russischen Bauern. Eine dritte war die von dem angeblich nicht vorhandenen tiefen Interessengegensatz zwischen Rußland und Deutschland. Eine vierte war und ist noch heute die von den unerschöpflichen natürlichen Reichtümern Rußlands. Sie hängt zusammen mit der Vorstellung, Rußland, ja selbst Großrußland, bleibe auch nach der jetzt erlittenen Niederlage ein Gebiet, das stark und entwicklungsfähig sei und bald wieder zu Kräften kommen werde. Wer das glaubt, der kennt nicht Rußland. Rußland im ganzen genommen war schon vor dem Weltkriege eher ein armes als ein reiches Land, das heißt: auf den gewaltigen Flächenraum und die große Einwohnerzahl des Reiches verteilt, ergaben seine Naturschätze nur einen mäßigen Wert. Dabei ist entscheidend, daß sie keineswegs über den ganzen Boden des einstigen Reichs gleichmäßig verteilt liegen, sondern sich nach Süden hin, auf dem Gebiet der Ukraine, zusammendrängen. Die Ukraine ist allerdings ein reiches Land. Sie hat das meiste von dem fruchtbaren Lößboden, der sogenannten Schwarzen Erde, sie hat die meisten und besten Kohlen, die besten Eisenerze, sie hat Mangan und Phosphorit, sie hat fast das ganze russische Zucker- und Tabakland, große Ströme und Häfen am Meere. Auch Polen hat Naturschätze, Kohle und Eisen, Wald, Ackerland, und dazu eine dichte Bevölkerung. Litauen und das baltische Gebiet sind waldreich und größtenteils fruchtbar, sie sind reich an Flachsbaugebieten und können landwirtschaftlich noch glänzend entwickelt werden. Auch steht die Bevölkerung, namentlich was die baltischen Deutschen, die Letten und die Esten angeht, kulturell hoch. Finnland ist von altersher ein ganz westeuropäisches Kulturgebiet mit unerschöpflichen Holzvorräten, reichen Wasserkräften, wahrscheinlich auch reich an Eisenerzen, schönen Häfen, und einem Volk, das nach seiner Durchschnittsbildung mit an die Spitze der europäischen Nationen gehört.

Was aber hat denn Großrußland? Ein Volk, das für jede organisatorische Kulturleistung unfähig ist, das seine bisherige Machtpolitik nur mit Hilfe einer fremden Dynastie und fremder Hilfskräfte, in der Verwaltung, im Verkehr, im Geschäft, in der Wissenschaft, in der Industrie und auf jedem anderen Gebiet hat betreiben können. Wenn Großrußland die Deutschen, die Polen und die Juden los ist, dann ist es

Digitized by Google

überhaupt zu nichts mehr fähig. An der Schwarzen Erde hat Großrußland mit Sibirien nur den geringeren Anteil. Seine Ackerfläche liegt zum größten Teil auf eiszeitlichem Schuttboden und könnte nur durch eine hochentwickelte und kostspielige landwirtschaftliche Technik ergiebig gemacht werden. Großrußland hat zu dem bisherigen russischen Getreideexport so gut wie nichts beigetragen, namentlich nicht mehr, seitdem in seinen Industriegebieten die Volksdichte und der Brotbedarf zunahmen. Es wird auch in Zukunft kein Getreide zu exportieren haben. Großrußland hat wenige, kleine und mangelhafte Kohlenvorkommen. Es hat Eisenerzlager nur im Ural, aber die leiden darunter, daß es in der Nähe keine Kohle zum Verhütten gibt. Die Goldlager im Ural sind in der Erschöpfung begriffen, das Platin und die Halbedelsteine spielen volkswirtschaftlich keine Rolle. Sibirien (falls es bei Großrußland bleibt) hat im Süden ziemlich große Strecken guten Ackerlandes, auch schwarze Erde. Die einst so berühmten Bergwerke des Altaigebirges sind stark ausgebeutet; die Goldseifen in der Nähe des Baikal im oberen Lenagebiet geben noch Erträge, liefern aber doch keinen erheblichen Prozentsatz der Weltausbeute, können auch wegen der Kälte nur einige Monate im Jahr bearbeitet werden, und außerdem wird Japan sie vielleicht für sich nehmen. Wald gibt es im europäischen Rußland und in Sibirien massenhaft. In Sibirien ist er fast unverwertbar, wegen der Schwierigkeiten des Holztransportes, und auch in Nordrußland ist es aus klimatischen und aus anderen Gründen nicht leicht, das gefällte Holz auf den Markt zu bringen. Immerhin stellen die nordrussischen Wälder einen bedeutenden Wert dar.

Nimmt man alles zusammen, so zeigt sich, daß der zukünftige russische Reststaat Großrußland ein wirtschaftlich schwaches Gebilde sein wird. Die Werte, die beim Ausbruch der Revolution vorhanden waren, sind heute radikal verwüstet und die vorhandenen Überbleibsel werden weiter verwüstet werden, wenn der russische Bürgerkrieg fortdauert. Er ist noch lange nicht zu Ende, sondern steht in Großrußland erst im Beginn. An Exportwerten wird das Hauptaktivum, mit dem das frühere Gesamtrußland auf dem Weltmarkte auftreten konnte, die Getreideausfuhr, fast ganz ausfallen. Vielleicht, daß Sibirien noch etwas Getreide wird liefern können, aber viel wird es nicht sein. Die Butter- und Eierausfuhr wird bleiben. Von der Holzausfuhr wird in Wegfall kommen, was bisher die litauischen, polnischen und baltischen Wälder lieferten; ebenso steht es mit der Flachsausfuhr, die bisher größtenteils auf das baltische Gebiet entfiel. Auch die großrussische Industrie wird zurückgehen. Im Petersburger Bezirk kann sie sich mit Hilfe englischer Kohle halten, im Moskauer Bezirk wird sie von ukrainischer Kohle abhängig sein. Die Vorstellung, daß Großrußland zukünftig mit Gewalt werde gegen die Ukraine vorgehen können, um sich die dortigen „Ergänzungen" seines Wirtschaftslebens wiederzuholen, ist darum irrig, weil dazu die großrussischen Kräfte nicht entfernt ausreichen werden. Großrußland wird zwar ein bedeutendes Gebiet umfassen und mit Sibirien 100 Millionen zählen (ob

Digitized by Google

der Kaukasus und Turkestan bei ihm bleiben, ist zweifelhaft), aber es wird ein wirtschaftlich, politisch und militärisch schwacher Staat sein, mit entsprechend schwachem Auslandskredit und unerheblicher Rüstungskraft, eine ganz und gar ungefährliche Größe. Wer da meint, daß von dort noch große Anstrengungen würden ausgehen können, um die verlorene Stellung, die Ostseeküste, die Ukraine, Finnland usw. wieder zu unterwerfen, verkennt ganz und gar, daß mit der Abtrennung dieser Randgebiete die großrussischen Kräfte wieder auf ihr eigenes bescheidenes Maß angewiesen sind. Dazu kommt, daß in Großrußland die Auseinandersetzung zwischen den „rechtgläubigen" Agrarsozialisten unter Tschernow und dem privatbesitzlichen Bauerntum bevorsteht. Mit diesem letzten werden sich vermutlich auch alle anderen Kräfte verbinden, denen daran gelegen ist, sich selbst und das Land soweit wie möglich noch aus dem erlittenen wirtschaftlichen und politischen Schiffbruch wieder hinauszuretten. Tschernow und seine Leute sind Anhänger der alten primitiven Mir-Wirtschaft, bei der das Ackerland Eigentum der Gemeinde ist, entsprechend bewirtschaftet und immer nach einigen Jahren neu umgeteilt wird. In dies System wollen sie auch den neuen großen Landfonds hineinziehen, der aus den Ländereien des gewaltsam enteigneten Großgrundbesitzes, aus den Staats- und den Kirchen-Gütern besteht oder vielmehr bestehen soll, denn in Wirklichkeit ist dieser Landfonds gar nicht mehr zur Verfügung der Regierungsgewalt, sondern die Bauern haben sich längst seiner bemächtigt. Sie haben ihn unter sich verteilt und stehen mit Mehrladern und Maschinengewehren bereit, ihn zu verteidigen. Vor allen Dingen sind das diejenigen Bauern, die durch die Stolypinsche Landreform bereits Eigenbesitz haben oder sich entschlossen haben, unter dem Einfluß der gegenwärtigen Verhältnisse zum Eigenbesitz überzugehen. Die Strömung dahin scheint durch den Krieg in Rußland verstärkt zu sein. Militärgewehre sind in Rußland jetzt zu Hunderttausenden herrenlos und ohne weiteres zu erhalten; Maschinengewehre mit Patronen konnte man zuletzt von den Maschinengewehr-Abteilungen zu 3 Rubel das Stück kaufen. Feldgeschütze mit Munition kosteten 25 Rubel. Die Bauern auf dem flachen Lande sind also zum größten Teil schwer bewaffnet und viele von ihnen sind gediente Leute. Die Eigenbesitzer denken nicht daran, ihren Landraub herauszugeben, und mit ihnen können sich die einstigen Kadetten, Oktobristen und Rechten verbünden unter der gemeinsamen Parole: Wiederherstellung des Privatbesitzes! Gegenwärtig sind alle früheren bürgerlichen Parteien mit untergeschlüpft unter der Bezeichnung „Sozialrevolutionäre". Diese bilden jetzt die Rechte; was sich nicht mindestens Sozialrevolutionäre nennt, hat heute überhaupt keinen Anspruch, dem Totgeschlagenwerden zu entgehen. Man kann sich denken, welche Aussichten aus alledem sich für Großrußland ergeben.

An der Auflösung Rußlands ist also nicht mehr zu mehr zu zweifeln, und sie bildet eine merkwürdige Erfüllung jenes Programms aus den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts, das die sogenannte Bethmann Hollwegsche Partei aufgestellt hatte:

Digitized by Google

Preußen als Vorkämpfer Europas möge die Zerteilung Rußlands in seine Bestandteile als politisches Ziel verfolgen, da sonst die Russen, wenn sie vereinigt blieben, das Übergewicht in Europa erhalten müßten. Bismarck erklärte das für eine Utopie und sagte, es sei unmöglich, „den Körper von 60 Millionen Großrussen in der europäischen Zukunft als ein caput mortuum zu behandeln, das man nach Belieben mißhandeln könne, ohne daraus einen sicheren Bundesgenossen jedes zukünftigen Feindes von Preußen zu machen". Das war für die Bismarcksche Zeit verständlich gedacht. Wunderlicherweise graben unsere heutigen Rußlandfreunde dies Bismarck-Wort aus, um damit ihre Behauptung zu begründen, wir hätten Rußland beim Friedensschluß im allerweitesten Umfange schonen sollen. Bismarck hat unter anderen Voraussetzungen auch Konstantinopel an Rußland geben wollen; er hat sogar gesagt, Bulgarien sei uns Hekuba und der ganze Balkan nicht die Knochen eines pommerschen Musketiers wert. Er hat aber doch im entscheidenden Augenblick sich gegen das deutsch-russische und für das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis entschieden. Er hat die Gefahr der russischen Feindschaft gegen Deutschland nach ihrer vollen Schwere eingeschätzt, und er hat vor allen Dingen sein politisches Gedankensystem damals aufgebaut, als der scharfe Gegensatz zwischen Deutschland und England auf der einen, Deutschland und Rußland auf der anderen Seite sich noch nicht bis zu der unvermeidlichen Einkreisung Deutschlands durch seine starken und feindlichen Nachbarn zu Lande und zu Wasser entwickelt hatte. Als wir in den Weltkrieg gingen, waren wir in ein doppeltes Gefängnis eingeschlossen, zu Lande durch unsere Lage in der Mitte zwischen Frankreich und Rußland samt dem italienischen Druck auf Österreich-Ungarn, und zur See durch die von England ausgeübte Nordseesperre. Jetzt ist die Einschließung zu Lande durchbrochen, die Gefängnismauer im Osten gesprengt und auf immer niedergelegt, und es bleibt nun noch die Aufgabe im Westen.

Für alle Zukunft bildet die Schwäche des Großrussentums die stärkste Garantie des osteuropäischen Friedens. Es ist ein Irrtum, als ob wir fortan mit den Schwierigkeiten der Aufgabe belastet wären, die neuen osteuropäischen Staaten auf dem Boden des einstigen Rußland gegen großrussische Wiederherstellungsgelüste zu verteidigen. Die Zeit, wo von Rußland die europäische Gefahr ausging, ist vorüber. Die Kraft Deutschlands hat ihr ein Ende gemacht; fortan wird Deutschland nach Osten hin rückenfrei dastehen. Das ist ein weltgeschichtliches Ergebnis und eine Wandlung in den tiefsten Grundlagen unseres nationalen Daseins von einer Größe, die man sich staunend und dankbar immer von neuem vor Augen halten muß, und die man gerade darum, weil sie so unsagbar groß ist, so langsam begreift. Alle auf dem bisher russischen Boden entstandenen Staaten sind lebensfähig. Die Ukraine ist es, Finnland ist es, Litauen ist es, das baltische Gebiet, falls es so organisiert wird, ist es auch. Auch Polen ist es oder kann es werden, wenn ihm die richtigen Grenzen gezogen werden. All diese Gebilde werden aufrecht dastehen, werden von

Digitized by Google

Großrußland nichts, gar nichts mehr zu befürchten haben, und sie werden durch ihre Lage und durch ihren wirtschaftlichen Eigencharakter darauf hingewiesen sein, nahe und freundschaftliche Beziehungen zu dem mitteleuropäischen Wirtschafts- und Kulturgebiet zu pflegen. Ein schöner blühender und dauernder Friedenszustand im ganzen Osten unseres Erdteils wird sich daraus ergeben. Nun bleibt noch die Aufgabe übrig, den gewonnenen osteuropäischen Frieden zum Weltfrieden zu erweitern. Wir müssen und wir wollen das unsrige dazu tun, um durch unser tatsächliches Verhalten auch dem kommenden großen Frieden eine Gasse zu öffnen. Handeln wir so, und wollen dann die Feinde um ihrer Eroberungsziele willen, um unserer Vernichtung willen, das Blutvergießen fortsetzen — dann die Folgen auf ihr Haupt!

Der westasiatische Weg

Von Dr. Ernst Jäckh

Man kann sagen: Der osteuropäische Friede bestätigt und befestigt den westasiatischen Weg Deutschlands — durch die beiden Tatsachen der Ausdehnung der Türkei und der Eingliederung Rumäniens. Sehen wir zu:

Die Türkei steht Rußland siegreich gegenüber; sie geht aus diesem russisch-türkischen Krieg mit einem Gewinn hervor, wie noch nie in der mehr als zweihundertjährigen Regelmäßigkeit der russisch-türkischen Kriege, die sich in jeder Generation wiederholt haben: jedesmal mit dem Zielpunkt Konstantinopel, jedesmal mit dem Ergebnis eines kleineren oder größeren Schrittes der Annäherung an dieses Kriegsziel, das letzte Mal (1877/78) sogar bis in die Vorstadt San Stefano. In diesem Weltkrieg aber hat die Türkei gegenüber Rußland zum erstenmal nicht nur ihren Bestand völlig gewahrt (also das im Krieg verlorene Erserum und Trapezunt im Friedensschluß wieder erhalten), nicht nur ihre Selbständigkeit endlich gesichert (durch die russische Anerkennung der Abschaffung der vierhundertjährigen „Kapitulationen", deren System von Knebelung die Türkei so eisenbahnlos zu bleiben zwang, daß Erserum wie Bagdad und Jerusalem an den eisenbahnmächtigeren Feind verloren gehen mußten), sondern sie hat sogar Landgewinn dazu geholt: das im russisch-türkischen Krieg 1877/78 der Türkei abgenommene Gebiet von Batum und Kars. So tritt die Türkei mit ihrem türkischen Teil vergrößert und gestärkt in den Frieden ein; sie erhält so den Lohn für ihre kühne und erfolgreiche Sperrung der Dardanellendurchfahrt, ohne die der deutsche Sieg im Osten nie Rußland völlig hätte niederwerfen und auflösen können. Gewiß: die westasiatischen Gebiete von Batum und Kars sind durch die osteuropäischen Entscheidungen von Tannenberg und Gorlice gewonnen worden; aber diese selbst sind mit ihren weiteren Wirkungen nur durch die Absperrung Rußlands von der Munitionszufuhr durch die Dardanellen möglich geworden. So hat zusammengespielt, was russische Revanchestimmung nach

Digitized by Google

dem Berliner Kongreß 1878 Deutschland mit der Zusammenfassung angedroht hat: daß der nächste russische Marsch nach Konstantinopel durch das Brandenburger Tor angetreten werden müsse! Die Wirkung war aber jetzt eine umgekehrte, die entgegengesetzte. So wie sie Bismarck selbst auch schon 1880 errechnet und erwartet hatte, wenn er dem damaligen deutschen Kronprinzen die Notwendigkeit einer deutschen Militärmission für Konstantinopel also begründete: „Wenn in Rußland der Chauvinismus, Panslawismus und die antideutschen Elemente uns angreifen wollten, so wäre die Haltung und die Wehrhaftigkeit der Türkei für uns nicht gleichgültig; gefährlich könnte sie uns niemals werden, wohl aber könnten unter Umständen ihre Feinde auch unsere werden." Das hat sich jetzt erfüllt und bewährt, für Deutschland wie für die Türkei, im Krieg wie für den Frieden.

Dieser große Erfolg rechtfertigt heute schon die Politik der jungtürkischen Staatsmänner Enver, Talaat und Djemal vor ihrem Volk: sie haben in dieser Dreiheit im Herbst 1914 in klarer Einsicht in die weltpolitischen Zusammenhänge und in kühner Entschlossenheit aus eigenem, freiem Willen die Entscheidung getroffen, die nunmehr der Türkei gegen Rußland Bestand, Selbständigkeit und einen Gewinn gebracht hat, der über die Türkei hinaus weiter sich verziehen wird. Schon die wiedergewonnenen Gebiete von Batum und Kars sind vorwiegend türkisch bevölkert; das Gleiche gilt für die weiteren Nachbargebiete — sowohl zum Kaukasus hinauf und nach Persien hinüber. Bereits hat die russische Niederlage auch die Folge der Selbständigkeitserklärung des Kaukasus gehabt, in der Form eines mohammedanischen Kaukasien und eines christlichen Georgien, die gemeinsam ein föderatives Transkaukasien bilden wollen. Dieser neue Staat hat die Türkei ersucht, Unterhändler nach Tiflis zu senden zur Vereinbarung eines politischen und wirtschaftlichen Freundschaftsverhältnisses mit der Türkei; ebenso ist eine Anlehnung an die Mittelmächte geplant. So würde die Reihe der Randvölker, die Deutschland und den Vierbund vom russischen Moskowien trennen und sich zu „Mitteleuropa" bekennen, sich nicht nur von Finnland bis zur Ukraine erstrecken, sondern sich über Kaukasien nach Mittelasien fortsetzen. Die breite Brücke, die bisher Rußland nach Persien und zum Persischen Golf führte, verschließt sich dem russischen Einfluß: nur die Armenier kämpfen dort als russische Söldner noch einen Bandenkampf ...

Schließlich zeigt im Friedensvertrag auch der Hinweis auf die durch Deutschland geforderte „Unabhängigkeit von Persien und Afghanistan" die Möglichkeit nach weiterer Auswirkung des türkischen Sieges und Ansehens in die benachbarte und befreundete mohammedanische Welt Mittelasiens hinein. In den Dezemberfassungen war nur von Persien die Rede, jetzt in den Märzverträgen auch von Afghanistan. Wer die Kriegsreiseerlebnisse des jungen Diplomaten von Gentig (von der Türkei durch Persien und Afghanistan nach China und Japan) kennt, der weiß, welche Gesinnung dort auf Konstantinopel und auf Berlin rechnet. So ist es auch zu verstehen, daß das englische Orientorgan „The Near East" sich schon solche Sorgen macht:

Digitized by Google

Chaos oder Unterdrückung in Rußland werden die Tataren des Kaukasus veranlassen, sich an ihre osmanischen Nachbarn zu wenden. So lange das russische Reich intakt war, gab es wenig Aussicht, daß der türkische Nationalismus in Zentralasien vorwärts käme. Jedoch haben die separatistischen Tendenzen, die niemals völlig ausgerottet waren, durch Rußlands häusliche Wirrnisse einen plötzlichen Machtzuwachs empfangen. Die gesamte Bevölkerung ist türkisch und gehört zu der Sunnitensekte des Islams. Wenn Rußland seine Hand von diesem Gebiete aufhebt, so kann damit gerechnet werden, daß die deutsch-osmanische Diplomatie es einem türkisch-islamischen Staat einverleibt. Die Aussichten in dieser Richtung würden für Verluste in Südmesopotamien und Syrien völlig entschädigen. Ein Berlin-Buchara-Projekt würde an Stelle des Berlin-Bagdad-Projektes treten und dies würde eine neue Anregung für Konstantinopel sein, seinen Frieden mit dem nichttürkischen Islam zu machen und die Treue der Araber zurückzugewinnen. Es bedarf geringer Phantasie, um zu verstehen, daß ein so gut umrissener Staat unter der Leitung des jungtürkischen Komitees für Einheit und Fortschritt, gestützt durch Deutschland, für den Frieden der Welt und für die britischen Interessen im besonderen eine ständige Drohung darstellen würde. Welche Schritte sind nun zu unternehmen, um uns gegen eine solche Gefahr zu schützen? Sicherlich muß der Militarismus aus der Türkei so vollkommen ausgerottet werden, wie aus Deutschland. In den Friedensbedingungen, die der türkischen Regierung gewährt werden, darf keine kurzsichtige Politik sein, die den Türken die Hoffnung läßt, noch eine größere islamische Macht zu bleiben, imstande, eine unabhängige Rolle in der internationalen Politik zu spielen. Wenn man sich die innere Kraft der großturanischen Bewegung nicht richtig vergegenwärtigt, so mag Deutschlands Ehrgeiz, das britische Reich im Osten zu unterminieren, noch durch Umwege zu erreichen sein.

Die Ausdehnung der Türkei geschieht durch den russischen Frieden in zweierlei Weise: durch Landzuwachs nach Kaukasien hin und durch Ansehenzuwachs nach Mittelasien hinein. Beides kommt auch dem deutschen Bundesgenossen zugute, um so mehr als der Weg Deutschlands zum Orient sich geweitet hat: vom engen Balkanweg aus (durch Bulgarien und Türkei) zur breiten Küstenfahrt (durch Litauen und Ukraine und weiter durch Kaukasien und Mittelasien). So muß auch das in diesen sich schließenden Kreis eingekeilte Rumänien sich endlich eingliedern — in den Zusammenhang von Mitteleuropa und Vorderasien.

In diesem Zusammenhang gehörte Rumänien von Anfang an ganz naturgemäß — nach den „Gesetzen der Landkarte", durch geopolitischen Zwang. (Vergl. „Deutsche Politik", 14. Juli 1916.) Der Gründer von Rumäniens Größe, König Karl, hat es schon 1867 gesehen und gesagt (auf die Frage, warum er den Thron in Bukarest bestiegen habe): „Weil ich weiß, daß es die geschichtliche und geographische Aufgabe Deutschlands ist, südostwärts zu schreiten, und daß alle Völker, die an diesem Wege liegen, daran Gewinn haben werden." Von dieser Rechnung und Gesinnung waren alle Besprechungen und Vereinbarungen zwischen König Karl und Bismarck angefüllt. Und auch Bratianu (der spätere Verräter) hat Kiderlen-Wächter gegenüber ganz richtig erklärt: „er habe von seinem Vater den Grundsatz geerbt, Rumäniens Weg führe über Berlin, und er habe die feste Überzeugung, daß alles, was Berlin rate und tue, zum wahren Besten Rumäniens sei". Warum dann doch nicht die geopolitische Gesetzmäßigkeit, sondern persönliche Verblendung einen Irrweg gefunden hat, das deutet

Digitized by Google

das Bukarester Blatt „Adeverul“ am Tage vor der rumänischen Kriegserklärung an: „Wenn Deutschland vor Verdun und bei Riga gesiegt hätte und wenn die Österreicher nicht Galizien verloren hätten, hätten die Mittelmächte weiter auf die Mithilfe unseres Königs und seines ersten Ministers sich stützen können. Wenn die Deutschen z. B. in Beßarabien eingedrungen wären — so wie die Russen in die Bukowina —, dann wären wir nicht nur in einem geheimen, sondern in einem öffentlichen Bündnis gewesen, und unsre ganze Armee bis zum letzten Mann hätte an dem rechten Flügel der Armeen der Mittelmächte mitgewirkt.“ Nun ist es — auf späten Umwegen — so gekommen: vor Riga und in Beßarabien; und Rumänien muß sich eingliedern. Muß! Genau wie es auch der englische Politiker Garvin als Notwendigkeit vorausgesagt hat (vergl. „Deutsche Politik“, 28. Juli 1916): wenn der mitteleuropäisch-vorderasiatische Zusammenhang für Deutschland bestehen bleibe, so müßten ihm schließlich auch Rumänien und Griechenland sich anschließen, ja sogar Serbien, soweit es noch übrig bleibe; sie müßten sich so entscheiden! — Das wird auch für Griechenland sich noch so erfüllen, trotz Venizelos; und für Montenegro-Serbien, trotz Pasitsch.

„Rumäniens Weg führt über Berlin“ — diese frühe und frühere Einsicht von Bratianu bestätigt sich jetzt für Rumänien, etwas spät, aber auch fruchtbar für die Zukunft. So kann Rumänien auch Rußland gegenüber den Zustand vor 1878 wieder herstellen (genau wie die Türkei): durch die Wiederergreifung von Beßarabien, das Rußland ihm damals abgenommen hat zum Ausgleich der Dobrudscha. Das ist die eine Festlegung des neuen Rumänien: gegen Rußland. Die andere ist: für Mitteleuropa. Und zwar durch die Erfahrung harter und bleibender Tatsachen von zweierlei Art: solcher, die Rumänien für uns gefahrlos machen, und solcher, die Rumänien vorteilhaft werden. Das erste ist eine Grenzsicherung und Grenzstärkung für unsere Verbündeten Ungarn und Bulgarien, die beiden Nachbarn Rumäniens: also nördlich in den Karpathenpässen sowie nordwestlich an der Donau, und südlich der Donau entlang sowie südöstlich durch die Dobrudscha. So geht Rumänien aus den Karpathenpässen heraus und auch über die Donau zurück; weder Ungarn noch Bulgarien haben Rumänien mehr zu fürchten. Rumänien seinerseits hat aber kein Rußland und keine „Entente“ mehr zu fürchten: denn die Donau bleibt nicht mehr „international“ d. h. russisch-englisch-französisch kontrolliert und beherrscht (infolge der englisch-französischen Mitwirkung im Krimkrieg 1856), sondern sie wird „mitteleuropäisch“, d. h. vierbundmäßig-rumänisch-ukrainisch. Ähnliches gilt für den Eisenbahnverkehr: durch Rumänien hindurch; und auch für Rumänien auf der Bahnlinie Cernawoda—Konstanza, die wie auch der Hafen Konstanza eine gemeinsame „mitteleuropäische“ Angelegenheit wird. Auch die Petroleum- und Getreideverpflichtungen Rumäniens Mitteleuropa gegenüber befriedigen beiderseitige Interessen.

So wie die Donau frei wird von russisch-englisch-französischer Einmischung, so auch

Digitized by Google

das Schwarze Meer selbst: kein Rußland berührt mehr die Küste und beunruhigt im Dienste Englands und Frankreichs den Orient. Nur der Vierbund sitzt rings um das Schwarze Meer: am breitesten die Türkei, dann Bulgarien (beides Verbündete Deutschlands); weiter die Ukraine, dann Transkaukasien (beides Schutzbefohlene Deutschlands); und dazwischen schmal Rumänien (der bekehrte Genosse Deutschlands).

Der ukrainische Friede war der starke Hebel, durch den auch Rußland und Rumänien gefaßt und geschoben werden konnten und mußten. Die Donau und der Kaukasus, im Westen und im Osten des Schwarzen Meeres, vollenden je in ihrer Neugestaltung den osteuropäischen Frieden und befestigen den westasiatischen Weg Deutschlands.

Finnland

Von Prof. Philipp Stein

Unter den Reclambüchern ist ein dünnes Heftchen „Fähnrich Stahls Erzählungen" von Runeberg. Es ist das glänzendste Heldenlied eines Volkes, das das europäische Schrifttum kennt. So oft ich es lese, überkommt mich der Schmerz, daß uns für die Zeit der Kriege gegen Napoleon, für Deutschlands Niederlage und Deutschlands Sieg kein gleicher Dichter erstanden ist. Es ist das Lied von dem Todeskampf der Finnen im Krieg gegen Rußland 1809, und der es gesungen hat, ist ein Finne nach dem Land der Geburt, nach dem Blut der Abstammung ein Schwede, und ein Finnländer nach eigenem Willen. In schwedischer Sprache ist dieses Lied finnischen Heldenmutes geschrieben, schwedisch ist das Widmungsgedicht, das das finnländische Nationallied geworden ist, aber es verkündet den Willen und das Entstehen eines neuen Volkes, des finnländischen, das aus dem Zusammenfließen schwedischen und finnischen Blutes erwächst.

Wir wußten vor dem Krieg in Deutschland wenig oder nichts von Finnland und wissen heute nur wenig mehr von diesem Land, mit dem wir jetzt Frieden geschlossen haben und zu dessen Hilfe wir Truppen aussenden.

Wie wenig haben wir trotz unserer Nordlandreisen von Skandinavien gewußt! Wir haben nur die Küsten des Landes und des Wesens der skandinavischen Völker befahren; Finnland lag zudem weit abseits vom Wege der Vergnügungsreisenden. Finnland ist dem Umfang und der Volkszahl nach das zweite unter den vier oder, da die Isländer trotz ihrer 90000 Einwohner und ihrer staatlichen Zugehörigkeit zu Dänemark sich als selbständiges Volk fühlen, der fünf skandinavischen Völker. Im Umfang etwas größer als Preußen, der Einwohnerzahl nach mit jetzt rund 3¼ Millionen, einer preußischen Provinz vergleichbar, ist es in früheren Jahrhunderten schwedisches Kolonialland, seit 1809 ein Großfürstentum mit eigenen inneren staatlichen Rechten im russischen Reich gewesen.

Die finnländische Kultur ist schwedischen Ursprungs und Gepräges. Wie das finnische

Digitized by Google

Schwedisch der schwedischen Umgangssprache des 18. Jahrhunderts ähnelt, so hat in Recht, Sitte und Brauch Finnland die alten schwedischen Formen sicherer bewahrt als Schweden. Den Erfahrungssatz, daß Wasser verbindet, nicht trennt, belegen die Ostseestaaten. Vielfältig waren und sind die Handels- und Lebensbeziehungen zwischen ihnen, in Mundart und Anschauung, in Geschichte und sozialer Entwicklung weisen sie vielfach ähnliche Züge auf; eng ist namentlich die Verwandtschaft und Ähnlichkeit der geschichtlichen Entwicklung zwischen Finnland und den baltischen Gebieten. In beiden lag die Herrschaft in Kultur, Staat und Wirtschaft in den Händen einer landfremden dünnen Oberschicht, dort der Schweden, hier der Deutschen; aber beide waren nicht bloß die Herren, sondern auch die Erzieher der landgeborenen Einwohner, erweckten sie zu völkischem Selbstbewußtsein. Gleich den deutschen Lehrern und Pfarrern in den baltischen Provinzen schufen an dem andern Ufer des Finnischen Meerbusens die jungen Gelehrten und Dichter schwedischen Blutes ein finnisches Volksbewußtsein, faßten sie die Quellen der finnischen Sprache. In der Abgeschlossenheit und der Selbständigkeit eines eigenen staatlichen Daseins erwuchs aber in Finnland trotz der politischen Kämpfe, trotz der gesellschaftlichen und kulturlichen Unterschiede zwischen den finnischen Schweden, den Swekomanen, und den eingeborenen Finnen ein einheitliches, alle Parteien und Klassen umfassendes Volks- und Staatsbewußtsein. In dem „Finnländer", welche Bezeichnung sich seit einigen Jahren durchgesetzt hat, ist der Finne und der finnländische Schwede aufgegangen.

Finnland ist, auch während seiner Zugehörigkeit zu Rußland, das Grenzland Westeuropas gegen Rußland geblieben und hat zäh und tapfer seine Eigenart behauptet. Die führende Oberschicht hat im Bewußtsein ihrer Vorpostenstellung westeuropäische Kultur und Gesittung gehütet und bewahrt. Wie in ihr deutsche Familien zahlreich vertreten waren, so führten vielfältige Wege geistiger Anteilnahme von Finnland und seiner Hochschule Helsingfors nach Deutschland, enger knüpften sich die Fäden des Handels und der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Helsingfors und Wiborg, Tammerfors, Hangö und Abo und den deutschen Ostseehäfen, bis hinüber nach Hamburg.

Die Einfuhr Finnlands nach Deutschland stieg von 1910 bis 1913 von 26 Millionen Mark Wert auf 45 Millionen, an erster Stelle standen Holz und Holzerzeugnisse, ihnen folgte Butter. Deutschlands Ausfuhr nach Finnland betrug 1913 97 Millionen Mark gegen 74 Millionen 1910. Deutschland nahm neben Rußland den ersten Platz in Finnlands Außenhandel ein, stand in der Einfuhr allen anderen Ländern, auch Rußland, weit voran. Wir lieferten Industrieerzeugnisse aller Art, daneben Mehl, denn Finnlands Getreidebau vermag nicht die Bevölkerung zu ernähren, dagegen ist die Viehzucht in aufblühender Entwicklung. Finnlands Industrie beruht auf Wald und Wasser; zu den gewaltigen Kraftquellen der finnischen Stromschnellen treten für die Zukunft die ausgedehnten Torfmoore. An Metallen findet sich neben Eisen auch Kupfer, beide aber nur in verhältnismäßig geringen Mengen.

Digitized by Google

Von den 3 110 000 Einwohnern, die Finnland 1910 zählte, wohnten 450 000 in den Städten; die größte Stadt ist Helsingfors mit damals 153 000 Einwohnern, ihr folgte mit 50 000 die alte Haupt- und Hafenstadt an der Westküste Abo, an dritter Stelle stand das industrielle Tammerfors mit 46 000 Einwohnern. 338 000 sprachen schwedisch, nur 7300 russisch, 1700 deutsch. Das lutherische Bekenntnis ist alleinherrschend, Griechisch-Katholische wurden nur 52 000 gezählt. Den Juden war bis zur Revolution der Aufenhalt nur auf Grund besonderer Erlaubnis gestattet. 1910 lebten von der Landwirtschaft 1 555 000, von der Industrie 288 000 Personen. Die Zahl der hauptberuflich Tätigen betrug in der Landwirtschaft 322 000, in der Industrie 74 000, diese letztere Zahl war 1911 auf 97 000 gestiegen, davon waren in dem Holzgewerbe rund 30 000, in der damit zusammenhängenden Papierindustrie 12 000 beschäftigt, die nächststärksten Gruppen waren die der Metall- und der Textilindustrie mit je 13 000 Arbeitern; im Bergbau waren ganze 154 tätig.

Finnland steht auf den Anfangsstufen einer kapitalistischen Entwicklung, die in erster Linie Holz und dessen Erzeugnisse, dann die Eisen-, Textil- und die chemische Industrie umfaßt. Ihre Mittelpunkte sind Helsingfors und Tammerfors. Die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ist stark und einflußreich.

Im Zusammenhang der russischen Revolution hat Finnland in jähem Sprung seine mittelalterlich-ständische Verfassung in die weitaus freieste Staatsform umgewandelt. Kein Staat der Alten und Neuen Welt hat ein gleich demokratisches Wahlrecht für Männer und Frauen, hat die politische Macht so ausschließlich der einen Kammer der Volksvertretung zugeteilt wie Finnland. Die Sozialdemokratie ist die weitaus stärkste Partei, bis zur letzten Wahl hatte sie mit 103 Stimmen die absolute Mehrheit gegenüber 97 Stimmen, die auf die Parteien der Jungfinnen, Altfinnen, Swekomanen und der Bauern entfielen. Ein ragendes Zeichen dieser Macht erhebt sich in Helsingfors das Gewerkschaftshaus und Sitz der sozialdemokratischen Parteiorganisation gleich einer Burg über den andern Gebäuden empor.

Die Altfinnen waren vor dem Krieg einer Verständigung mit Rußland geneigt, heute vertreten sie mit am entschlossensten die Lostrennung und die völlige Selbständigkeit Finnlands. Bei der Wahl im letzten Jahr erlitten die Sozialdemokraten eine Niederlage; sie blieben mit 90 Stimmen die stärkste Partei, verloren aber die Mehrheit. Eine bürgerliche Regierung wurde gebildet mit dem volkstümlichsten Politiker Finnlands, Svinhuvud, an der Spitze, die alsbald die Anerkennung Finnlands als selbständigen Staat nachsuchte und bei Schweden, Deutschland und Frankreich fand.

Auch in diesem demokratischsten Land aller Länder mit reinstem Parlamentarismus und Einkammersystem begann nunmehr zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten ein Kampf um die Macht und zwar außerhalb des Parlaments. Gleich der Entwicklung in anderen Ländern hatte sich im Krieg auch in Finn-

Digitized by Google

land eine Gruppe der Linkssozialisten gebildet, ohne aber — und dies ist für das Verständnis der Dinge in Finnland wie für das Verhältnis der Revolutionsregierung zu den schwedischen Sozialdemokraten und zur Erklärung der Haltung der jetzigen schwedischen liberal-sozialistischen Regierung von Bedeutung — sich von den Rechtssozialisten zu trennen. Durch die russische Revolution im vorigen März wuchs die Strömung und der Einfluß der Linkssozialisten, die mit den russischen Bolschewiks sich in den Anschauungen und Methoden über Vorgehen und Pläne fanden. Sie fanden eine weitere Unterstützung darin, daß das in Finnland stehende russische Militär und vor allem die Matrosen der Ostseeflotte, die in Sweaborg und Helsingfors lagen, die stärkste Stütze der Partei der russischen Bolschewiks waren, sie gerade trugen wesentlich zu deren Sieg über Kerenski bei. Nach russischem Beispiel schufen sich die finnischen Linkssozialisten aus ihren Anhängern eine eigene Rote Garde. Die Bewaffnung war rasch und einfach durchzuführen, da die russischen Soldaten mit regem Geschäftssinn ihre eigenen Waffen zu billigen Preisen verkauften oder aus den russischen Arsenalen lieferten. Ohne politische Gewissensbisse machten sie aber das gleiche Geschäft auch mit den Anhängern der bürgerlichen Regierung, als diese zur Sicherung der Freiheit des jungen Staatswesens eine Bürgergarde ins Leben rief, die sogenannte Weiße Garde.

Im Januar gelang es den finnischen Linkssozialisten, gestützt auf die finnische Rote Garde und mit dem Rückhalt der in Petersburg herrschenden Bolschewiks, die bürgerliche Regierung zu stürzen. Inwieweit die Rechtssozialisten an dem Staatsstreich beteiligt waren, ist vorläufig schwierig zu entscheiden, auf jeden Fall erkannte die Mehrheit der Partei die vollzogene Tatsache an, und ihre Führer traten in die neue Sozialisten-Regierung ein. Eine Minderheit erhob Verwahrung und schloß sich z. T. der Weißen Garde an. Den Mitgliedern der alten Regierung gelang es zu entfliehen, ein Teil befindet sich im Hauptquartier des Führers der Weißen Garde, des früheren russischen Generals Mannerheim, andere, unter ihnen der Präsident Svinhuvud, halten sich noch verborgen. Auf jeden Fall hat die alte Regierung weder abgedankt noch sich unterworfen, sondern führt die Geschäfte weiter, so daß zurzeit in Finnland zwei Regierungen nebeneinander bestehen, die bürgerliche, von den Mächten anerkannte und die sozialistische Regierung, die in der Hauptstadt des Landes, in Helsingfors, ihren Sitz hat.

Seit dem Staatsstreich tobt der Bürgerkrieg in Finnland. Er ist ein ausgesprochener Kleinkrieg, von Person zu Person, von Klasse gegen Klasse, von Dorf gegen Stadt, von Gemeinde gegen Gemeinde. Zurzeit ist die Lage so, daß die Weiße Garde ein Gebiet von etwa $^3/_4$ des Landes und $^1/_4$ der Einwohnerzahl beherrscht. Der Süden und Südwesten mit den volkreichsten Orten, mit den Sitzen der Industrie, mit den wichtigen Häfen ist in der Gewalt der Roten Garde. Um Tammerfors, das die Rote Garde noch hält, geht zurzeit ein harter Kampf. Sein Fall wäre ein großer, vielleicht der

Digitized by Google

entscheidende Erfolg der Weißen Garde. Eigenartig und zwiespältig war die Haltung der russischen Soldaten und Matrosen. Während die Bolschewikische Regierung in Petersburg sich sofort auf die Seite der revolutionären Regierung in Helsingfors stellte und Waffenhilfe zusagte, getreu ihrem Programm und ihrem Glauben, die Revolution über die anderen Staaten zu verbreiten, hat — daraufhin deuten eine ganze Reihe zuverlässiger Nachrichten — nur ein Teil der Soldaten und Matrosen sich der finnischen Roten Garde angeschlossen. Ein anderer Teil sucht in der Verwirrung die willkommene Gelegenheit, zu plündern und zu rauben, und ein weiterer Teil steht jetzt ebenso als Zuschauer den Kämpfen der Finnen gegenüber, wie sich in den ersten Monaten nach der russischen Revolution die Finnländer, gleichsam vom Parkett aus, das Räuberschauspiel der Mordtaten an russischen Offizieren angeschaut haben. Ebenso wie im übrigen Rußland sind große Teile des in Finnland stehenden russischen Militärs kriegsmüde und nur insofern zum Kämpfen entschlossen, wenn sie es mit waffenlosen, aber nicht mittellosen Gegnern zu tun haben.

Das alte Wort, daß nirgends mehr gelogen wird, als vor einer Wahl, während eines Krieges und nach einer Jagd, gilt verstärkt für Bürgerkriege. Für Finnland kommen die Abgelegenheit, die geringen Verbindungen nach dem Auslande hinzu, deshalb ist gegen alle Meldungen und Nachrichten doppelte und dreifache Vorsicht geboten. Was aber an prüfbaren, zuverlässigen Nachrichten nach Schweden herüberkommt, ergab und ergibt ein Bild von toller Wildheit, wie es die sich überschlagende Phantasie eines Futuristenklubs nicht zu ersinnen vermag. Und diese geschichtliche Tragödie vollzieht sich hinter den breiten Schranken des Packeises, das die ganze Küste Finnlands noch für die nächsten Wochen und Monate von dem Verkehr abschließt, auf dem Boden eines Landes ohne hinreichendes Mehl und Brot. Die anerkannte Regierung Finnlands hat die Hilfe der Nachbarstaaten, in erster Linie Schwedens, nachgesucht. Das schwedische Volk steht — mit Ausnahme der kleinen, aber rührigen Partei der Linkssozialisten — auf der Seite der Weißen Garde. Auch die Rechtssozialisten um Branting machen keine Ausnahme. Sie können ihre Gefühle freilich nur verhüllt zum Ausdruck bringen, da ihre Parteifreunde an der revolutionären Regierung in Helsingfors beteiligt sind. Aus äußeren wie inneren Gründen sind sie aber schärfste Gegner der russischen und finnischen Bolschewiks und ihrer Freunde in Schweden, der Linkssozialisten um Lindhagen.

Die liberal-sozialistische Regierung Schwedens hat die Hilfe, auch in der Form der Zulassung der Zufuhr von Waffen und Munition, versagt. Die schwedischen Konservativen, die bis zu den Wahlen im Herbst die Regierung bildeten, treten mit größtem Nachdruck für unmittelbare Waffenhilfe ein; sie sehen darin zugleich die Rechtfertigung und die Möglichkeit für die Vereinigung der Alandsinseln, die politisch zu Finnland, der Sprache nach zu Schweden gehören, mit Schweden.

Deutschlands Hilfe für Finnland kann nicht darauf gerichtet sein, in die inneren

Digitized by Google

Parteiverhältnisse Finnlands einzugreifen; die Machtenteilung und -verteilung zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Parteien ist eine innerfinnische Angelegenheit. Auch die Führer der sozialistischen Parteimehrheit haben in Deutschland den Mitstreiter für Finnlands Freiheit und Selbständigkeit anerkannt. Unser Ziel muß sich darauf beschränken, die zuchtlosen Soldaten- und Matrosenhaufen, die für Finnland, aber auch für unsere Seeflanke eine Gefahr bilden, niederzuhalten. Die Herbeiführung und Sicherung der Ruhe und Ordnung in Finnland muß und wird Sache der Finnländer selbst sein.

Was bezweckt Japan in Sibirien?

Von * * *

Die Nachrichten über eine beabsichtigte militärische Aktion Japans in Sibirien haben in der ganzen Welt eine große Erregung gezeitigt. Insbesondere wird von Gegnern der von unserer Regierung gegenüber dem Osten befolgten Politik in der deutschen Presse der Standpunkt vertreten, das beabsichtigte Eingreifen Japans sei die erste der von ihnen befürchteten schädlichen Folgen der durch unsere Friedensbedingungen bewirkten Schwächung Rußlands. Japan, das früher deutlich Neigung zu einer südlichen Ausdehnung seines Machtbereiches an den Tag gelegt habe, habe sich nun plötzlich nach Norden umorientiert und werde dadurch enger an die Entente gekettet. Es verlohnt sich, diese Frage einer genaueren Prüfung zu unterziehen. Als die siegreichen Armeen Japans gegen Ende des russisch-japanischen Krieges im Vormarsch gegen das eigentlich sibirische Gebiet zu begriffen waren, wurde in einem großen Teil der japanischen Presse die Forderung erhoben, den Machtbereich Japans bis zum Baikalsee auszudehnen, und es ist bekannt, daß der Abschluß des Portsmouther Friedens in Japan eine große Enttäuschung hervorgerufen hat. Besonders die sogenannte Amur-Gesellschaft, die es sich in einer Zeit, in der man in Europa vom wirtschaftlichen Wert Nordasiens keine Ahnung hatte, unablässig hatte angelegen sein lassen, die Volksgenossen über die natürlichen Reichtümer der Mandschurei und der angrenzenden Gebiete aufzuklären, zeigte sich im höchsten Grade unbefriedigt, und die Demonstrationen, die in Tokio gegen die Regierung stattfanden, waren wohl hauptsächlich auf ihre Agitation zurückzuführen. Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß die damalige Mäßigkeit der japanischen Regierung auf einen starken englisch-amerikanischen Einfluß zurückzuführen war, der sich auf die Tatsache stützte, daß Japan aus eigener Kraft die finanziellen Mittel zur Fortsetzung des Krieges nicht aufbringen konnte. Immerhin erlangte Japan Zugeständnisse bezüglich Koreas und der Mandschurei, wichtige Fischereigerechtsame längs der sibirischen Küste und die Abtretung der südlichen Hälfte Sachalins. Damals bestand in den leitenden japanischen Kreisen die Überzeugung, daß Rußland, sobald es seiner innerpolitischen Schwierigkeiten Herr geworden wäre,

Digitized by Google

mit aller Kraft rüsten würde, um Japan die Beute wieder abzujagen. Der Japaner besitzt ein außerordentlich reges Gefühl für Waffenehre und setzt ein gleiches Gefühl bei seinen Feinden voraus. Erst allmählich wurde erkannt, daß in der großen Masse des russischen Volkes gegenüber der Tatsache, daß das russische Riesenreich von dem kleinen Japan besiegt worden sei, eine den Japanern anfänglich vollständig unverständliche Gleichgültigkeit herrsche, und daß man in Rußland bereit sei, die Folgen des Krieges als unabänderlich hinzunehmen und mit den Feinden von gestern wieder in ein erträgliches Verhältnis zu gelangen. Seitdem ist Japan unablässig darauf bedacht geblieben, seine Stellung im Norden des asiatischen Kontinents zu befestigen. Bekannt ist die Stetigkeit, mit der es seine Ziele in Korea bis zur vollständigen Angliederung schrittweise verfolgt hat; bekannt sind die Methoden, durch die es, gestützt auf die ihm eingeräumten Eisenbahn- und Handelsprivilegien, eine endgültige Einverleibung der Mandschurei vorbereitet hat; bekannt sind die Fühler, die es in Gestalt von wichtigen Eisenbahnkonzessionen nach der Mongolei ausstreckt. Für alle diese in steigendem Maße wichtig werdenden japanischen Interessen bedeutete die Anwesenheit Rußlands in Nord-Sachalin und der Küstenprovinz und die Notwendigkeit, in gewissen Gebieten der Mongolei das Vordringen Rußlands zu gestatten, trotz aller freundschaftlichen Beziehungen eine Flankenbedrohung.

Der Weltkrieg gab Japan Gelegenheit, in der Verfolgung seiner Ziele auf dem asiatischen Kontinent ein rascheres Tempo anzuschlagen. Es dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen, daß zwar der Wortlaut des englisch-japanischen Allianzvertrages Japan den Vorwand für das Eingreifen in den Krieg auf seiten der Entente abgegeben hat, daß aber der tiefere Grund für dieses Eingreifen in der den japanischen Politikern sich aufdrängenden Erkenntnis zu suchen ist, daß sich hier eine nie wiederkehrende Gelegenheit biete, den alten Traum „Asien für die Asiaten" zu einem guten Teil seiner Verwirklichung näher zu führen. Tsingtau in deutscher Hand bedeutete ein Hindernis für Japans asiatische Pläne, und die Gunst des Augenblicks mußte genutzt werden, um es zu beseitigen. Nachdem dieses Ziel erreicht war, hat Japans Interesse an der Kriegführung zunächst so sichtlich nachgelassen, daß in der Ententepresse wiederholt der bitteren Beschwerde Ausdruck gegeben werden mußte, Japans Sympathien schienen fast unverhohlen auf der Seite der Mittelmächte zu stehen. Japan hat auf diese Beschwerde in der Regel durch mehr oder weniger tönende Versicherungen seiner unwandelbaren Bundestreue geantwortet. Es hat aber tatsächlich allen Bitten und Lockungen, durch die es zu weiterer Hilfeleistung bewogen werden sollte, ein taubes Ohr entgegengesetzt. Nur die japanische Kriegsmarine hat in sehr beschränktem Maße an der Weiterführung des Krieges aktiven Anteil genommen, während die Erörterungen in der japanischen Presse über den Unwert des englisch-japanischen Bündnisses einen immer breiteren Raum einnahmen und an Deutlichkeit der Absage nichts zu wünschen übrig ließen. Trotzdem wäre es falsch, in diesen Erscheinungen — wie

Digitized by Google

es vielfach geschehen ist — einen an die Mittelmächte gerichteten Wink erblicken zu wollen, Japan sei bereit, noch während des Krieges von der Entente abzufallen und mit ihnen gemeinschaftliche Sache zu machen. Japans Interesse liegt in einer möglichst langen Fortsetzung des Krieges. Je mehr die übrigen Weltmächte sich gegenseitig schwächen, um so sicherer durfte es hoffen, schließlich auf dem asiatischen Kontinent als Gewinner hervorzugehen. Der Umstand, daß auch die Vereinigten Staaten in den Krieg gegen uns eingriffen, ermöglichte es ihm, durch das Ishii-Abkommen bis zu einem gewissen Grade freie Hand in der Verfolgung seiner asiatischen Ziele zu erlangen. Wie es zu seinem Vorteil war, daß England alle anderen politischen Interessen der Erwägung unterordnete, daß Deutschlands Macht gebrochen werden müsse, so verstand es jetzt ähnliche Erwägungen der Vereinigten Staaten auszunutzen. Nicht die Befürchtung, daß der Sieg der Mittelmächte über Rußland zu einer selbst für Japan gefährlich werdenden Tätigkeit der Deutschen im äußersten Osten führen würde, sondern die Erkenntnis, daß Rußland jetzt oder nie sich die von Japan für nötig gehaltenen Amputationen gefallen lassen muß, und daß England und Amerika zähneknirschend so tun müssen, als seien sie mit der japanischen Aktion im Grunde einverstanden, bilden den Anlaß zum jetzigen Vorstoß. Japan will die Abrundung seines Gebietes, will von Nord-Sachalin und mindestens von der östlich des Amur belegenen Küstenprovinz, wenn nicht auch noch von der Amur-Provinz, Besitz ergreifen und die Japanische See zum mare clausum machen. Ein Blick auf die Karte lehrt, wie sehr die Stellung Japans dadurch gefestigt werden würde und zeigt, daß von dem Augenblick, wo diese Abrundung erfolgt ist, Japans Druck auf Nord-China mit seiner Hauptstadt Peking unwiderstehlich wird. In Japan hat man bei aller Begünstigung der revolutionären Strömungen des unruhigen chinesischen Südens die Bedeutung des Nordens nie verkannt. Zudem scheut man auch das Übergreifen der revolutionären Tendenzen des Südens auf das benachbarte Inselreich. Daher war es unverkennbar in letzter Zeit die Politik Japans, die Wiederherstellung des monarchischen Systems in China zu fördern. Es wird nun die Frage aufgeworfen werden können, ob ein von Japan um erhebliche Gebietsteile verkürztes Rußland bereit sein würde, mit Japan politische Freundschaft zu halten. Gerade in dieser Beziehung rechnet Japan offenbar auf Grund seiner oben erwähnten Erfahrungen mit der Möglichkeit, sich Rußland trotz der vorerwähnten Amputation nicht zum Feinde zu machen. Aber selbst wenn es sich in dieser Voraussetzung getäuscht hätte, würde die Feindschaft des von dem großen russischen Reich übrig gebliebenen Torsos Japan so wenig schrecken, wie sie uns zu schrecken braucht. Was Japan auch heute noch fürchten müßte, wäre eine Kombination aller Welthandelsnationen, die es unternehmen würden, es im fernen Osten wieder aus dem Sattel zu heben. Aber das Zustandekommen einer solchen Kombination dürfte ihm wohl mit Recht höchst problematisch erscheinen, und es kann angenommen werden, daß in dem Augenblick,

Digitized by Google

in dem England und Amerika, von ihren jetzigen Bindungen frei geworden, eine Revidierung der asiatischen Landkarte ins Auge fassen sollten, Japan nach wie vor die Neigung an den Tag legen wird, da Anlehnung zu suchen, wo es auch nach Beendidung des Weltkriegs mit einer natürlichen Gegnerschaft gegen das Angelsachsentum rechnen zu können vermeint.

Die Ausbeutung Italiens durch seine Freunde

Von Lujo Brentano

III.

Die Durchdringung Italiens durch England und Amerika

Vor dem Krieg wurde oft über die Ratlichkeit von Kapitanlagen im Ausland gestritten. Nicht bloß bei uns. Wo immer es Schutzzöllner gibt, auch in England, haben sie solche Anlagen als unpatriotisch denunziert. Denn der heimischen Produktion, für die man eben wegen ihrer größeren Teuerkeit Schutz verlangte, wurden dadurch Kapitalien entzogen, und außerdem führen Kapitalanlagen im Ausland, je gewinnbringender sie sind, zu um so größerer Steigerung der Einfuhr. Dem Schutzzöllner aber gilt eine Einfuhr, welche fremde Ware in Wettbewerb mit seinem eigenen Produkte bringt, als das Böse an sich. Es hat daher Befriedigung in diesen Kreisen erregt, als unsere ausländischen Kapitalanlagen im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege zurückgingen. Immerhin hat sie Helfferich, wenn auch unter Bedenken, ob dies nicht zu hoch sei, in seiner Schätzung von Deutschlands Volkswohlstand noch mit 20 Milliarden Mark im Jahr 1913 eingesetzt. Die mannigfache Gefährdung, der unsere ausländischen Kapitalanlagen während des Krieges ausgesetzt gewesen sind, schien dann jenen abfälligen Urteilen über ihre Ratlichkeit Recht zu geben.

Mir scheint das recht einseitig zu sein, und da die Schutzzöllner aller Länder gleichzeitig Gewaltpolitiker zu sein pflegen, gerät dieses ihr Urteil mit ihrer sonstigen Politik in Widerspruch. Freilich dient gerade die Verflechtung der Volkswirtschaften in eine Weltwirtschaft, wie sie durch internationale Kapitalanlagen stattfindet, als Friedenspfand; aber doch nur unter einigermaßen gleichstarken Völkern; gegenüber schwächeren geben sie den stärkeren eine nicht hoch genug zu bewertende Macht. Ohne die Milliarden Franken, die Frankreich in Rußland angelegt hatte, hätte es dieses nie als Verbündeten uns gegenüber gewonnen. Nach den sehr sorgfältigen Berechnungen, die Sir George Paish im „Journal of the Royal Statistical Society" veröffentlicht hat, bezifferte sich das von Großbritannien im Ausland angelegte Kapital im Januar 1911 auf 71,4 Milliarden Mark; glaubt jemand, daß es ohne die Macht, welche diese Kapitalanlagen ihm gaben, imstande gewesen wäre, fast die ganze Welt zur Kriegserklärung an uns zu bringen? Wir sehen heute die Vereinigten Staaten in allen Ländern unerhörte Zahlen von Millionen anlegen, nicht bloß um des Gewinns

Digitized by Google

willen, den dieſe ſelbſt abwerfen, ſondern als Grundlage für weitere Kapitalanlage und Ausdehnung ihrer wirtſchaftlichen und politiſchen Macht. Was iſt der Grund, wenn wir in den letzten Dezennien die Völker ſich ſtreiten ſehen, wer dieſem oder jenem bankerotten Herrſcher in Aſien oder Afrika Geld borgen dürfe, und daß ſie, um den Schuldner in ihrer Gewalt zu behalten, ſich ausbedangen, daß er bei keinem andern als bei ihnen fernerhin borgen dürfe? Doch nur, daß die gewährten Darlehen der erſte Schritt waren, um deren Länder wirtſchaftlich und politiſch ſich zu unterwerfen. Ebendies auch iſt der Grund, warum England und Amerika, ſeit die Italiener in den Krieg eingetreten ſind, uns aus unſerer Rolle als Kapitalgeber an Italien zu verdrängen ſuchen.

Nach einer Angabe in der „Voſſiſchen Zeitung“ vom 13. Mai 1915 freilich waren wir gar nicht die Hauptgeldgeber Italiens geweſen. Danach ſoll das damals in Italien angelegte ausländiſche Kapital 550 Millionen Lire betragen haben, wovon 110 auf England, 50 auf Deutſchland und 390 auf Belgien, die Schweiz und Öſterreich gekommen ſeien. Aber trotzdem hat Deutſchland in den Augen der Engländer wie der Italiener die einflußreichſte Rolle als Geldgeber geſpielt. So ſchrieb die „Fortnightly Review“ vom März 1916: „Italien hat, von inneren Anleihen abgeſehen, ſeit Beſtehen des Dreibunds ſich finanziell auf Deutſchland verlaſſen. Deutſches Geld entwickelte die italieniſche Schiffahrt, die Banken, die Fabriken, wenn auch die Entwicklung keineswegs ſelbſtlos geſchah. Aus einem beſtimmten Grunde zogen franzöſiſche und engliſche Bankleute vor, Italien allein zu laſſen. Dieſe Tatſache arbeitete der Propaganda der Verbandsmächte in Italien entgegen. Nachdem ſich einmal die italieniſche Regierung endgültig für den Kampf entſchieden, folgte auch ſofort die finanzielle Hilfe von England.“ Die italieniſchen Zeitungen aber ſchreiben, als ob Italien vor der Kriegserklärung von den deutſchen Geldmännern geradezu unterjocht geweſen ſei; und nachdem es an Öſterreich den Krieg erklärt hatte, klagten ſie über die Verſchlechterung ihrer Valuta, weil die Deutſchen ihre Geldanlagen zurückgezogen hätten. Danach ſcheinen alſo die deutſchen Kapitalanlagen in Italien durch den Krieg nicht oder nur unerhebliche Verluſte erlitten zu haben.

Kaum war Italien in den Krieg eingetreten, ſo rief der „Manchester Guardian“ vom 27. Mai 1915 den engliſchen Handel auf, den deutſchen auszuſtechen. Die Geſchäftshäuſer ſollten ſofort Vertreter und Reiſende ausſenden. Der „Scotsman“ vom 28. Juli 1915 fordert die Briten auf, die in italieniſchen Banken, Fabriken und Handelshäuſern angeſtellten Deutſchen zu erſetzen. Der Präſident des Handelsamts Runciman ſchickte alsbald einen Vertreter nach Italien, der Erfahrungen ſammeln ſollte, wie man, nicht den Italienern, wohl aber den Deutſchen den von ihnen betriebenen Handel entreißen könne. Bald hören wir von den Herren Dottridge und Mackenzie, die in Catania, von den Behörden empfangen, die Ausfuhrhäuſer für Obſt, Eſſenzen und Marmeladen beſichtigen und den Austauſch italieniſcher gegen

Digitized by Google

englische Waren vereinbaren. Überall in Italien werden englische Handelsagenten angestellt, Vertreter der Leder-, Eisen-, Stahl-, Kohlen-, Chemikalien-, Metallwarenbranche, der Fabriken von Werkzeug-, von Holzbearbeitungs-, von landwirtschaftlichen, von Kellereimaschinen usw. Sie müssen den englischen Konsulaten oder Handelskammern unter Beifügung von Mustern oder Abbildungen möglichst eingehende Mitteilungen über den Bedarf Italiens, die bisher bezahlten Preise, die Zahlungsbedingungen erstatten. Dabei bleibt es nicht. Die weitere Ausgestaltung der so angeknüpften wirtschaftlichen Beziehungen wird noch systematischer in die Hand genommen. In England ruft ein englisch-italienisches Komitee, bestehend aus Parlamentariern, Bankiers, Kaufleuten und Industriellen eine italo-britische Wirtschaftsliga, in Italien als Gegenstück eine Lega italo-britannica ins Leben. Sie bezeichnet als Ziel die Verbesserung der italienischen Transportmittel, Eisenbahn- und Schiffahrtsgelegenheiten, Frachten, den Bau und die Verbesserung von Kanälen und Hafenanlagen, die Begründung neuer Schiffahrtslinien mit staatlicher Unterstützung, die Umgestaltung des Seerechts, des Gesellschaftsrechts, der Handelsgesetzgebung. Im weiteren Verlauf werden die Aufgaben der Liga vergrößert. Sie soll die Vermittlung zwischen der italienischen Handelskammer in London und den englischen Handelskreisen übernehmen. In Genua wird eine britische Handelskammer für Italien gegründet; sie veranstaltet Ausstellungen englischer Waren, und die italienische Regierung bewilligt, daß die Ausstellungsgegenstände zwei Jahre lang zollfrei in Italien eingeführt werden dürfen. Alsbald errichtet diese Handelskammer Zweigstellen, so in Mailand, Livorno, Rom, Neapel.

Aber es wird den Engländern nicht leicht, den Deutschen ihre Stellung im Handel zu entreißen. Die britische Handelskammer in Genua ergeht sich in Klagen über den geringen Erfolg. Die wichtigste Ursache schreibt sie dem Mangel an Anpassungsfähigkeit der Engländer, ihrer Sprachunkenntnis und dem Unterlassen langfristiger Kreditgewährung zu. Sie verlangt nach sofortiger Gründung einer britischen Bank in Italien und erläßt einen flammenden Aufruf, der britische Handel möge die gebotene, unvergleichliche Gelegenheit, sich des Handels mit Italien zu bemächtigen, nicht verpassen. Auch glaubten, wie ich schon erzählt habe, die Engländer, daß die Tatsache, daß Italien noch immer nicht Deutschland den Krieg erklärt habe, die Verdrängung des deutschen durch den britischen Handel behindere.

Im Jahre 1916 ist es endlich zur Gründung der so heiß ersehnten Bank gekommen. Die London County and Westminster Bank limited und Lloyds Bank limited schlossen als Vertreter einer englischen Finanzgruppe ein Abkommen mit dem Credito Italiano als Vertreter einer italienischen Finanzgruppe zur Begründung einer British-Italian Corporation mit 1 Million £ Kapital und einer Compagnia Italo-Britannica mit 10 Millionen Lire Kapital. Ihre Aufgabe sollte die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und Italien und die Förderung von

Digitized by Google

Handel und Industrieunternehmungen in Italien sein. Die beiden Gesellschaften sollten in enger Beziehung miteinander arbeiten. Jede verfügt über Depositen im Betrag von 100 Millionen £. Außerdem ist es beachtenswert, daß die britische Regierung, ähnlich wie sie sich an den privaten Unternehmungen zur Förderung von Petroleum in Südpersien beteiligt hat, sich nun auch mit einer Subvention an der am 20. Juli 1916 ins Londoner Handelsregister eingetragenen British-Italian Corporation beteiligt. Sie soll jährlich 50000 £ oder den Gegenwert von 6 Proz. auf das eingezahlte Kapital, falls dieses weniger als 1 Million £ beträgt, erhalten. Für diese Beihilfe zahlt die Gesellschaft den Überschuß über eine Dividende von 5 Proz. an die Regierung, bis dieser auf diesem Weg der von der Gesellschaft als Beisteuer gezahlte Betrag ohne Zinsen zurückgezahlt worden ist. So nach dem Bericht des Schatzkanzlers im Unterhause am 1. August 1916. Außerdem berichtete der Schatzkanzler, daß von den Aufsichtsräten der parallelen Compagnia Italo-Britannica drei Engländer sein sollten. Die beiden Gesellschaften sollten in engem Zusammenhang wirken und bis auf die britische Staatssubvention einander völlig gleichgestellt sein. „The Daily News" vom 14. März 1916 bezeichnen als Zweck der neuen Banken, den Kredit, den sich Italien bisher, z. B. in der Eisenindustrie, in Deutschland verschafft habe, von England gewährt zu erhalten. „Wenn ein Fabrikant", schreibt der „Statist" vom 18. März 1916, „einen Auftrag erhält, werden die Gesellschaften für das Kapital sorgen und später durch Abgabe von Bonds und Stocks an das investierungslustige britische Publikum Rückzahlung erhalten." In der „Times" vom 19. April 1917 findet sich der Bericht über die erste Jahresversammlung der British-Italian Corporation. Danach waren von dem Gesellschaftskapital von 1 Million £ deren 834180 einbezahlt; vom Kapital der Compagnia Italo-Britannica hatte die englische Gesellschaft die Hälfte eingezahlt. Ihre eigentlichen Arbeiten waren bis dahin nur erst vorbereitender Art gewesen; sie hatte eine Anzahl industrieller Pläne untersucht, so 7 Eisenbahnpläne, 1 Kanalbau, die Elektrisierung dreier Eisenbahnen, 3 Hafenanlagen, 4 Bergwerke, 4 Werften, 2 Zement-, 1 Gas-, 5 allgemeine Import- und Exportunternehmen, 4 elektrische Wasserkraftanlagen, 2 landwirtschaftliche, 1 metallurgische Unternehmung und 1 Wasserwerk. Einige Projekte waren gebilligt worden. Auch hat die britische Gesellschaft den italienischen Finanzen in London einen Kredit von 1 Million £ zur Schützung des italienischen Wechselkurses eingeräumt.

Nach dem „Sole" vom 5. und 6. Juli 1917 wurden ferner zwischen der London and South Western Bank und der Banca Italiana di Sconto in London das Anglo-Italian Syndikade limited mit einem Kapital von 50000 £ zur Finanzierung von Industrie- und Transportunternehmungen und nach der „Times" vom 8. Dezember 1917 am 4. Dezember 1917 in London die British-Italian Commercial Association limited zur Ausdehnung und Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Großbritannien und Italien gegründet.

Digitized by Google

Kaum weniger energisch, wenn nicht noch energischer wie die Engländer, haben sich die Amerikaner, und zwar schon vor Wilsons Kriegserklärung, bemüht, die Deutschen aus der Stellung zu verdrängen, die sie vor dem Kriege im italienischen Handel innehatten. Im Gegensatz zu den Engländern sind ja die Amerikaner seit lange wegen ihres planmäßigen, systematischen Vorgehens zur Eroberung der Märkte berühmt. Selbstverständlich haben sie noch im Jahre 1915 in Mailand eine amerikanische Handelskammer für Italien errichtet; ihre Mitgliederzahl stieg in kürzester Zeit auf 300; in anderen italienischen Städten traten Unterabteilungen derselben ins Leben. Umgekehrt wurde in New York eine italienisch-amerikanische Auskunftsstelle ins Leben gerufen, um den Italienern, die über den Ozean verkaufen, in allen Angelegenheiten des Handels, der Finanz und des Rechts zur Seite zu stehen. Die Unione Commerciale Italo-Nordamericana in Mailand mit Zweigniederlassung in New York will die Handelsbeziehungen zwischen Italien und den Vereinigten Staaten vor allem durch bessere Organisation der Vertretungen in beiden Ländern fördern, sowie die Bildung von Syndikaten der Ein- und Ausfuhrfirmen derselben Geschäftszweige fördern und die Ausgabe regelmäßiger Marktberichte fördern.

Alle diese Organe reden von der Verdrängung des Handels der Mittelmächte als dem anzustrebenden Ziel. Dazu bedürfe Italien ausländischer Hilfe. Amerika ist sie zu bieten bereit. Auf Grund ihres so ausgebildeten wirtschaftlichen Spioniersystems fertigen die amerikanischen Konsuln in Italien alsbald lange Listen an von allen Rohstoffen und Fabrikaten, die dieses bisher von den Mittelmächten bezogen hat, und schicken sie an amerikanische Firmen, auf daß sie Kataloge in italienischer Sprache einsenden. Die Gewährung langer Kredite nach deutschem Muster wird empfohlen. Der Konsul verspricht dem Veneto, daß Amerika es mit Kohle, Stahl, Eisen, Porzellan, Stiefeln u. a., ganz zu schweigen von Getreide, Petroleum und dergleichen, versorgen werde. Er lobt den neuen Hafen von Venedig, der bestimmt sei, der amerikanischen Einfuhr zu dienen. Sehr beachtenswert ist die Aufforderung zum Durchhalten: „ein Kompromißfriede wäre für Amerika und Europa gleich verhängnisvoll.“ Auf Anregung der amerikanischen Handelskammer in Mailand beschließt die italienische Regierung die Gründung einer besonderen Handelsflotte durch Ankauf und Chartern neutraler Schiffe, welche den Verkehr zwischen Italien und Amerika vermitteln soll; die großen italienischen Transportgesellschaften sollen zu dem Zweck sich zusammenschließen; einige amerikanische Firmen haben ihre Beteiligung zugesagt.

Vor allem aber geht auch bei den Amerikanern das Verlangen auf Gründung amerikanisch-italienischer Banken. Bei ihnen sollen italienische Kaufleute Konnossemente für Verschiffungen nach Amerika diskontieren lassen können. Alsbald werden die Wünsche befriedigt. 1916 wird eine Zweigniederlassung der National City Bank of New York in Genua eröffnet; 1917 folgt ebenda eine Filiale der Mercantile Bank of America. Selbstverständlich erstreckt sich die große International Corporation, die

Digitized by Google

am 23. November 1915 in New York mit einem Kapital von 50 Millionen Dollars gegründet worden, ihre weltumspannenden Projekte auch auf Italien. Ihr Zweck ist Entwicklung des Ein- und Ausfuhrhandels, Förderung der Verwendung von amerikanischen Materialien im Ausland, Unterbringung von amerikanischem Kapital und Ingenieuren in ausländischen Unternehmungen und Schaffung einer überseeischen Transportsystems unter amerikanischer Flagge. Im ersten Jahre ihres Bestehens hat sie 39 italienische Projekte in Betracht gezogen. Weiter meldet der „Sole" vom 18. April 1917, daß auf amerikanische Anregung in Rom unter dem Vorsitz von Prospero Colonna ein italienisch-amerikanisches Finanzkonsortium zusammengetreten sei, das große öffentliche Arbeiten und mächtige neue Industrien ins Werk zu setzen beabsichtige. Über die „Società per l'Esportazione e per l'Industria Italo-Americana" in Mailand wird erzählt, daß sie in den ersten zehn Monaten ihres Bestehens mit einem Kapital von 12 Millionen Lire einen Gewinn von 2½ Millionen Lire erzielt habe. Im übrigen sei bemerkt, daß auch schon vor dem Krieg amerikanische Unternehmungen in Italien bestanden haben. So ist die „Società di Luisiana", welcher der Handel der hauptsächlichsten Schwefelproduzenten Siziliens untersteht, amerikanisch.

Aber so mannigfach die Ziele sind, auf die sich die Projekte von Engländern und Amerikanern in Italien beziehen, ihr Hauptinteresse geht doch auf die Verdrängung der Deutschen aus der Eisen- und der elektrischen Industrie. Vor dem Krieg verbanden sich die führenden italienischen Eisengesellschaften: Ilva, Elba, Siderurgica di Savona, Ferriere Italiane, Alti Forni di Piombini und Società Ligure Metallurgica zu einem Eisentrust nach Art des deutschen Stahlsyndikates. „Ilva" hatte die Führung. Der Trust stand in engen Beziehungen sowohl zum deutschen Stahlverband als auch zu einigen britischen Stahlwerken. Nach Eintritt Italiens in den Krieg im Mai 1915 wurde die Verbindung zwischen dem italienischen Trust und dem Stahlverband aufgelöst, während die Beziehungen zu Armstrong, Whitworth & Co. und Vickers Ltd. sowie zu anderen britischen Firmen entsprechend ausgedehnt wurden. Der Trust erwarb den maßgebenden Anteil an der „Idea Nazionale", welche schutzzöllnerisch die Politik der industriellen Unabhängigkeit Italiens von fremden Ländern nach dem Kriege vertritt. 1916 wird gemeldet, daß der Trust bis 1930 erneuert werden und die Bande mit gewissen britischen Gesellschaften enger geknüpft werden sollten. Eine neue englisch-italienische Gesellschaft solle entstehen; an diese sollten die Geschäfte der Mitglieder des Trusts verpachtet werden; auch französische Eisengesellschaften sollten an dem neuen Unternehmen beteiligt sein.

Die vom Eisentrust gekaufte „Idea Nazionale" warnt aber auch vor dem in anderen italienischen Industriezweigen und ganz besonders in der Elektrizitätsindustrie angelegten deutschen Kapital. Angesichts des italienischen Kohlenmangels biete diese Industrie die einzige Hoffnung für die Befreiung Italiens vom ausländischen Joch.

Digitized by Google

Die Ausbeutung der reichen Wasserkräfte stehe jedoch stark unter deutschem Einfluß, der mittelst italienischer Strohmänner auch durch den Krieg nicht ausgeschaltet worden sei. Unerbittlich setzten die Deutschen ihre Bestrebungen fort, um nach dem Krieg die ganze italienische Industrie unter ihre Herrschaft zu bringen. 1914 habe das in der italienischen Elektrizitätsindustrie angelegte Kapital über 1 Milliarde Lire betragen, wovon 135,5 Millionen deutsches und nur 16 Millionen französisches und englisches Kapital. Wenn die italienischen, französischen und englischen Kapitalisten nicht herbeieilten, sei das Schicksal der italienischen Elektrizitätsindustrie besiegelt, und, wie diese, stehe auch die elektro-mechanische Industrie, welche die Einrichtung der Elektrizitätswerke liefere, unter deutschem Einfluß. Die Deutschen hätten kein erlaubtes und unerlaubtes Mittel verschmäht, um den italienischen Markt zu erobern.

Die englischen und amerikanischen Kapitalisten ließen nicht auf sich warten. Sie stürzten zur Ausbeutung der Wasserkräfte Italiens herbei, erlangten Konzessionen und gründeten mit Hilfe der genannten Banken Elektrizitätsgesellschaften in Mailand, Rom, Sardinien und den südlichen Provinzen Italiens, in deren Aufsichtsrat sie Mitglieder des Verwaltungsrats ihrer eigenen großen Aktienunternehmungen, wie Vickers & Co., entsandten. Und — das Schutzzöllnertum ist doch in allen Ländern dasselbe! Firmen, welche nahezu in jedem Lande Zweigniederlassungen haben, pflegen in jedem im Namen des Schutzes der nationalen Arbeit Zölle zu verlangen, obwohl sie selbst es sind, gegen deren Einfuhr diese Zölle schützen sollen; denn unter diesem patriotischen Rufe können sie den Bevölkerungen der verschiedenen Länder um so höhere Preise abnehmen. So haben denn auch die Werke der elektro-mechanischen Industrie, die mit Hilfe von englischem und amerikanischem Kapital errichtet sind, gegen das Regierungsdekret vom 17. Februar 1916 protestiert, das zur Förderung der Industrie Maschinen und Maschinenbestandteile in Italien zollfrei einließ, obwohl diese Waren zurzeit nur aus England und Amerika eingeführt werden können. Man sieht, wie wohlberechtigt der „Economist" vom 18. März 1916 schrieb: „Vom Standpunkt des englischen Handels ist es nichts weniger als wünschenswert, daß durch britische Banken britisches Kapital im Ausland in Industriezweigen angelegt wird, die durch Zolltarife geschützt sind. Das ist sicherlich nicht der Weg, um den Umfang unseres Handels mit Italien, Rußland oder irgendeinem Land zu erweitern." Die britischen Kapitalisten stimmen dann nämlich in diesen Ländern alsbald ein in den Ruf, die „nationale Arbeit" gegen britische Konkurrenz zu schützen.

Aber auch in Italien regt sich schon die Besorgnis, daß man durch Ersetzung von deutschem durch englisches und amerikanisches Kapital nur aus der Pfanne ins Feuer gefallen sei.

Im „Avanti" vom 6. März 1916 schreibt Girolamo Polacco:

„Es existiert in Mailand eine große anglo-italienische Industrie, welche einen Trust aus allen Nähgarn-Fabriken gebildet hat. Unter dem Namen ‚Cantoni Coats' hat sie alle in Italien existierenden Fabriken zusammengefaßt und ihnen starke Preissteigerungen auferlegt. Augenblick-

Digitized by Google

lich werden dieselben Garnrollen, die früher zu 15 Centesimi verkauft wurden, zu 30 und 35 verkauft; diese Preisverdorpelung kommt allein und gänzlich dem englischen Hause zugute... Dieses Haus führt ein Register wie die S. Questura, in welchem alle italienischen Konsumenten eingetragen sind mit allen auf sie bezüglichen persönlichen und kommerziellen Notizen; es sendet Reisende durch alle Teile Italiens, die es zu benachrichtigen haben, ob irgendein Konsument irgendwelche neuen Garne, die von anderen Fabriken herrühren, benutzt; dann wirft es sofort, um diese billigeren neuen Fabrikate zu diskreditieren, Garne von schlechterer Qualität mit ganz ähnlichen Abzeichen und zu billigerem Preise auf den Markt, mit dem einzigen Zweck, das Publikum gegen billigere Fabrikate mißtrauisch zu machen. Scheint es nicht, als seien diese englischen Praktiken schlimmer als die deutschen?"

Und schon früher, am 9. September 1915, hat der „Avanti" von einer in den Räumen der „Idea Nazionale", des vom englisch-französisch-italienischen Stahltrust angekauften Blattes, abgehaltenen Versammlung berichtet, welche die Versorgung Italiens mit Munition zu Halsabschneiderpreisen beschloß. Daran nahmen Vertreter des französischen Creuzot und des internationalen Bankkonsortiums teil, das die neue französisch-englische Erzgesellschaft finanziert hat. „Aber freilich," schreibt der „Avanti", „die schändlichen Gelder waren immer nur Mark; Franken und Pfund Sterling sind stets ehrenhaft."

Von dem Überwuchern italienischen Kapitals durch ausländisches gibt eine Notiz in „Kelly's Monthly Review" vom März 1916 eine Andeutung. Danach waren in den zehn Monaten seit Italiens Beteiligung am Krieg in Italien allerdings 63 italienische gegen nur 5 ausländische Aktiengesellschaften gegründet worden; aber jene hatten ein Kapital von nur 1 600000 Pfund Sterling, diese von 3 400000 Pfund Sterling. Man ist sich auch in anderen Kreisen als denen des „Avanti" der politischen Gefahren bewußt, welche mit dieser Überschattung Italiens durch ausländisches Kapital verbunden sind. So sagte nach dem „Secolo" vom 29. Mai 1916 der Minister Cavasola: „Ich wünsche eine Entente cordiale unter den Verbündeten, nicht ihre Kapitalien. Geld bringt Herrschaft mit sich und schließt die Konkurrenz aus. Da wir Geld haben, sollten wir auch hauptsächlich mit unserem Geld arbeiten." Ebenso denken andere italienische Patrioten. Sie zeigen eine wahre Angst vor fremdem Geld; der „Resto di Carlino" vom 22. September 1916 verweilt bei einem Aufsatz in der „Nuova Antologia", der ausführt, wie die Entwicklung der Produktionskräfte des Landes, die es bringe, ihr Gegengewicht habe in der Abhängigkeit, in die es dieses versetze. Daher sei ein Gesetz nötig, daß im Verwaltungsrat jeder italienischen Aktiengesellschaft die Mehrheit aus italienischen Bürgern bestehen müsse.

Wie gerechtfertigt diese Besorgnisse der Italiener sind, zeigt sich aus den Zumutungen, welche das englische Kapital schon wenige Monate, nachdem es den neuen Bundesgenossen gewonnen hatte, diesem zu stellen wagte.

„Wenn Rur ciman und Bonar Law zur Handelskonferenz nach Paris gehen, sollten sie — so heißt es in einem Londoner Brief der ‚Birmingham Daily Post' vom 3. April 1916 — dort mit der italienischen Regierung Verhandlungen einleiten, um deren bisherige Auswanderer

Digitized by Google

anstatt nach den südamerikanischen Republiken nach englischen tropischen Kolonien abzulenken. Das italienische Proletariat hat wertvolle Erfahrungen hinsichtlich der Bebauung tropischer Länder und kann gut auf Plantagen arbeiten. England kann die Kräfte, die bisher unter nicht viel besseren Bedingungen, als denen von Sklaven, in Brasilien arbeiteten, wohl verwenden und hat Überfluß an Landstrecken, die es der italienischen Einwanderung öffnen könnte. Außer den eingeborenen Australiern, vielleicht noch Spaniern und Portugiesen, besitzen unter den Weißen nur noch die Italiener die Kraft, unter der glühenden Tropensonne physisch zur Landarbeit fähig zu sein. Nach dem Krieg wird Italien seine überschüssige Arbeitskraft nicht sämtlich für Tripolis und Cyrenaika verbrauchen. Da die italienische Regierung mit den Verhältnissen, unter denen ihre Bürger im lateinischen Amerika arbeiten müssen, ohnehin unzufrieden ist, so lohnt ein Versuch, entsprechende Abmachungen zu treffen. — Eine solche Lösung wird besonders wichtig durch den Entschluß der indischen Regierung, die kontraktliche Bindung der ostindischen Auswanderer zu verbieten. Wie die Dinge jetzt liegen, fließt ein guter Teil der Früchte italienischer Arbeit in Brasilien in deutsche Taschen. Deutschland hat dort große Interessen, die zum Teil auf dem reichlichen Zustrom italienischer Arbeiter beruhen. Wenn dieser daher den Kaffee-Plantagen englischer Kolonien zugeführt würde, könnten alle Verbündeten davon gemeinsam Nutzen haben und die Deutschen zusehen, wie sie fertig werden."

Wer sich der Seufzer erinnert, die J. A. Froude in seinem Buche „The English in the Westindies" schon in den achtziger Jahren über die englischen Kolonien in den Tropen ausgestoßen hat, weil sie, ungeeignet, um von Engländern bebaut zu werden, England völlig unnütz, von diesem nur der Ehre halber gehalten würden, wird die Findigkeit bewundern, mit der das englische Kapital sofort darauf aus ist, die durch den Krieg gebotene Gelegenheit zu nutzen, um den italienischen Proletarier zu nötigen, Trinidad und all' die übrigen Inseln im Karaibischen Meere, die es Spaniern und Franzosen abgenommen hat, ohne sie zur Entwicklung zu bringen, nun nicht nur dem Stolze, sondern auch der Gewinnsucht der Engländer dienstbar zu machen. Auch in Afrika soll der italienische Bundesgenosse an Stelle des ostindischen Kulis für den Engländer arbeiten!

Doch um zum Ausgangspunkt dieser Betrachtung zurückzukommen. Es erhellt, unsere Feinde kennen keinerlei Vorurteile gegen Kapitalanlagen im Ausland. Während bei uns weite Kreise dem Anachronismus leben, daß es noch heute, wie zurzeit, da die Staaten überwiegende Agrarstaaten waren, für deren Macht darauf ankomme, fremde Länder sich anzueignen, und sich nicht klar machen, daß der Widerstand einer widerwilligen Bevölkerung und die Lasten, welche deren Regierung mit sich bringt, für uns eine Ursache nur der Schwäche sein würden, wissen unsere Feinde, daß es in unserer heutigen Wirtschaftsorganisation die Beherrschung der Märkte ist, was Macht und Vorrang verleiht. Rücksichtslos dringt ihr Kapital in fremden Ländern ein, setzt sich in Besitz ihrer natürlichen Produktivkräfte und mehrt, indem es diese entwickelt, den eigenen Reichtum; deren Bevölkerung aber läßt sie den Luxus, im Gefühl politischer Selbständigkeit zu schwelgen und diese zu bezahlen, während sie sie tatsächlich in wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit hält. Wie doch soll Lloyd George kürzlich gesagt haben: „Ich werde die Welt so einrichten, daß Deutschland, selbst wenn es

Digitized by Google

siegreich sein sollte, tatsächlich der Geschlagene ist." Daher auch ein Interesse an Fortdauer des Kriegs; jeder Tag, daß dieser länger dauert, verlängert Engländern und Amerikanern die Möglichkeit, fremde Länder auf Kosten der Deutschen zu durchdringen.

Notizen

Die kirchliche Selbständigkeit der Ukraine. Nicht nur auf dem Balkan, sondern im ganzen Osten ist die Nationalität noch kirchlich orientiert. Die muselmanischen Kreter hielten es mit der Türkei, die Orthodoxen mit Griechenland. Daher war es ganz folgerichtig, daß Bulgarien bei seiner Staatswerdung sofort eine unabhängige bulgarische Kirche unter einem Exarchen schuf, um nicht weiter noch griechische und serbische kirchliche Einflüsse in der Politik dulden zu müssen. Auch die Ukraine arbeitet jetzt eifrig daran, ihre Kirche, die zwangsweise Moskau unterstellt war, wieder zu befreien. Schon war ein orthodoxer Bischof, der die Sache der Ukraine zu der seinigen gemacht hatte, zum Patriarchen für die Ukraine ausersehen. Jetzt ist auch er dem maximalistischen Terror zum Opfer gefallen. Das kann natürlich den Loslösungsprozeß der ukrainischen Kirche von der großrussischen aufhalten, den Drang nach Selbständigkeit aber nur verstärken. Ist erst einmal ein geistliches Oberhaupt in der Ukraine eingesetzt, so wird die Ukrainisierung der Kirche sehr schnell vor sich gehen, weil die niedere Geistlichkeit nicht nur zum nicht geringen Teil im Gegensatz zur höheren Geistlichkeit, die lauter Russifikatore aufwies, aus der Ukraine stammte, sondern neben den Volksschullehrern die Hauptträger der ukrainischen Selbständigkeitsidee war. Schon der russische Historiker Kostomarow, der von Geburt ein Ukrainer war, hat in seinem interessanten Schriftchen über „Die zwei Nationalitäten in Rußland" (Lemberg 1886, während des Krieges ist vom Bund zur Befreiung der Ukraine in Lausanne eine französische Übersetzung veröffentlicht) die Ansicht verfochten, daß Großrussen und Ukrainer in religiöser Beziehung völlig anders geartet seien. Der Großrusse ist kirchlicher Formalist, der Ukrainer dagegen Mystiker. Daher hat auch der Baptismus in der Ukraine so starken Einfluß gewonnen, der unter dem Namen Stundismus (Betstunden) dort weitverbreitet ist. Da das jetzige Streben der Ukraine nach kirchlicher Selbständigkeit kein Kunstprodukt ist, sondern in alter Tradition wurzelt, hat es gute Aussicht, die breiten Massen des Volkes für sich zu gewinnen.

Polnische Hetze gegen Deutschland. In einem „Offenen Schreiben an D. Friedrich Naumann" beklagt sich der publizistische Vertreter der Polen in Berlin, W. Feldmann, nicht mit Unrecht über ungerechte alldeutsche Kritiken über Polen. Daher berührt es doppelt unangenehm, daß er selbst in seinem Organ „Polnische Blätter" vom 25. Februar ohne ein Wort des Widerspruches folgenden Aufruf des österreichischen Polen Daszynski an die Polen in Österreich veröffentlicht, der gegen die Deutschen die sinnlosesten Vorwürfe erhebt.

Die Sache wird dadurch besonders schlimm, weil der Aufruf in der Vollversammlung des polnischen Klubs einstimmige Billigung fand. Der Aufruf besagt in den von der Zensur freigegeben Stellen:

„Mitbürger! In schwerer, ernster Zeit wenden wir uns an Euch, wir, Eure Abgeordneten und Vertreter im österreichischen Parlament. Der erste Friedensvertrag im vierten Jahre des Weltkrieges ist auf Kosten unseres Landes und unseres Volkes geschlossen worden, auf Kosten des blutgetränkten Bodens von Cholm und Podlasie, welchen Deutschland und Österreich widerrechtlich der sich neu bildenden ukrainischen Republik ausgeliefert haben. Im Laufe des furchtbaren Weltkrieges hat die polnischen Nation als ihr einziges Ziel das unabhängige, geeinte Vaterland aufgestellt. Durch Ströme an Blut von Millionen polnischen Soldaten, durch

Digitized by Google

die furchbarste Verwüstung des Landes, durch Hunger und Massentod, über Berge an Opfern und Hingebung, gestützt auf das unverjährte Recht des polnischen Volkes, im festen Glauben an die Verwirklichung des Rechtes der Nation, das doch als Ziel des Krieges verkündet worden war, waren und sind wir bereit, zu diesem unserem Ziele beharrlich und unerschrocken zu schreiten. Die deutsch-ukrainische Freundschaft, die auf dem Leichnam Polens und Litauens begründet werden soll, beabsichtigt eine Saat von Haß zwischen dem polnischen und ukrainischen Volke auszustreuen, will Polen jeder nationalen, staatlichen und wirtschaftlichen Bedeutung berauben und aus ihm einen Hörigen des deutschen Staates, des deutschen Handels und des deutschen Gewerbes machen, einen Hörigen, der im Osten von der durch Deutschland unterstützten Ukraina bewacht werden soll. Statt der Freiheit harrt unsrer eine neue Sklaverei. Statt eines gerechten, auf freie, unabhängige und geeinte Nationen gestützten Friedens die Ankündigung neuer Bruderkämpfe, neuer Opfer, neuen Elendes des polnischen Volkes.

Vor dem Tribunal der gesitteten Menschheit erklären wir, daß wir nach fremden Gut langen, nicht nach fremdem Boden. Aber der Boden von Cholm und Podlasie gehört seit Jahrhunderten zu Polen, beide Länder sind Polens teuerste Kinder, weil durch ihr Martyrium geheiligt. Dort starb das polnische Landvolk unter den Kugeln der Moskowiter den Heldentod für sein Vaterland und für den Glauben seiner Väter, dort leistete es heldenmütigen Widerstand der Übermacht, der Tücke und Gewalt der offiziellen orthodoxen Russifikatoren. Dort bezeigten Hunderttausende mit Blut und Tränen ihre Zugehörigkeit. Vor diesem Martyrium mußte selbst die triumphierende Reaktion der zarischen Schwarzen Hundert das Haupt beugen. Jetzt soll dieses Land dem deutschen Soldaten, der deutschen Ware in ihrem Vormarsch nach dem Osten Europas, an das Schwarze Meer, an den Kaukasus als Brücke dienen, und die Polen, bar jeder eigenen Verbindung mit dem Osten, planmäßig in den tödlichen Zwist mit der Ukraina gestürzt, ausgeliefert deutscher Ausbeutung und der deutschen Unterdrückung, sollen den Boden für Preußens Vormacht düngen. Im Namen der Polen Österreichs erheben wir feierlichen Protest gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk und nehmen den Kampf auf, um ihn zu beseitigen. In der Absicht, diesem polnischen Protest den mächtigen Ausdruck zu verleihen, appellieren wir an das ganze polnische Volk. An das Land aber, an sämtliche Parteien und sämtliche Klassen wenden wir uns mit der Aufforderung zur Vereinigung der gesamten Kräfte der Gesellschaft."

Diese wut- und haßerfüllten Worte wegen des Cholmlandes klingen reichlich exaltiert, zumal wenn man weiß, daß sich die polnische Fraktion in Duma und Reichsrat seinerzeit zwar gegen die Ausscheidung des Cholmer Gebietes aus Polen durch Stolypin protestierte, deswegen aber lange nicht daran dachte, in prinzipieller Opposition gegen die russische Regierung zu treten; im Gegenteil, sie näherte sich bald darauf immer mehr der russischen Regierung. Gerade weil wir von Anfang an eine polenfreundliche Politik getrieben haben, muß dieser unerhörte polnische Anwurf von uns mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Neuerscheinungen

Verfassungsfragen

Geschichtlich, juristisch, politisch ist die Einstellung der ziemlich zahlreichen Literatur, die sich in den letzten Monaten um die deutschen Verfassungsfragen gesammelt hat. Der Anstoß zu einer stärkeren staatsrechtlichen Publizistik kommt nicht aus einem plötzlichen wissenschaftlichen oder literarischen Bedürfnis, sondern ganz ersichtlich von der Tatsache, daß seit bald einem Jahr die Verfassungsdinge, die im Brennpunkt der Kriegsliteratur nur apologetisch behandelt worden waren, Gegenstand der praktischen Politik wurden. Von der Einstellung auf die politischen Tagesfragen erhalten darum auch die vorliegenden Arbeiten, so verschieden sie sonst sein mögen, nach Anlage und Temperament, ihre Färbung.

Digitized by Google

Unter den Schriften allgemeinerer Haltung tritt Friedrich Naumanns kleines Buch „Der Kaiser im Volksstaat“ (Buchverlag der „Hilfe“) in den Vordergrund; es enthält, auf die Gegenwart zusammengefaßt, eine neue Formulierung des alten Themas „Demokratie und Kaisertum“. Beide politischen Kräfte werden in ihren Wertungen und Wandlungen geschichtlich und psychologisch abgegrenzt, in ihrer Bedingtheit und in der Stoßkraft ihres Gegeneinander und ihres Miteinander aufgezeigt. Professor R. Piloty in Würzburg hat eine Arbeit veröffentlicht „Das parlamentarische System“ (W. Rothschild Leipzig), die den gleichen Gedankenkreis anpackt, um dann auf die staatsrechtlichen Einzelprobleme einzugehen. Das Büchlein ist deshalb sehr gut zu lesen, weil es in höchst glücklicher literarischer Formung einen Vertreter des monarchischen und des republikanischen Gedankens in Rede und Gegenrede zusammenbringt; der Stoff erfährt dadurch eine sehr frische Lockerung. Piloty, ohne sich in einem Werturteil festzulegen, hält die Entwicklung des parlamentarischen Systems in Deutschland auf Grund der internationalen Anpassung für wahrscheinlich. Als Ergänzung zu dem Werk des Würzburger Gelehrten mag die Arbeit des Bonner Professors Stier-Somlo gelten: „Vom parlamentarischen Wahlrecht in den Kulturstaaten“ (Dietrich Reimer, Berlin). Was bei Piloty anklingt, die „Anpassung“ der verschiedenen Verfassungsformen, ist hier in der theoretischen Einleitung als ein Zentralproblem der Wahlrechtsentwicklung angefaßt: die Demokratisierung als ein schlechtweg internationaler Vorgang. Stier-Somlo, der ein sehr eifriger Sammler ist, hat dann in knapper Weise die Wahlrechte in den Kulturstaaten der Welt durch ihre wesentlichen Bestimmungen charakterisiert und da dies in so knapper Weise, auf dem Stand der heutigen Verhältnisse, nirgends sonst vorliegt, wird der Politiker ihm für diesen Fleiß Dank wissen.

Aus den Problemkreisen der staatspolitischen Erörterung tritt neuerdings vor allem die Frage des berufsständischen Wahlrechts hervor. Ed. Heyck will es in einer „Parlament oder Volksvertretung“ betitelten Schrift empfehlen, aber es bleibt nur bei Ansatz und Vorhaben, während die Arbeit, in manchen historischen Hinweisen aufschlußreich, infolge polemischer Tagesjournalistik vor dem Ziel sozusagen stecken bleibt. Max Weber seinerseits wird in der kleinen, gestrichenen Schrift „Wahlrecht und Demokratie in Deutschland“ (Buchverlag der „Hilfe“) zum temperamentvollen Kritiker dieses berufsständischen Gedankengangs, freilich ohne die Fülle seiner höchst eindrucksvollen Feststellungen darin zu erschöpfen.

Während in diesen Arbeiten das staatsrechtliche Problem vor allem politisch eingestellt ist, behandelt das neue große Werk von Heinrich Triepel es von juristischer Seite: „Die Reichsaufsicht“ (Verlag J. Springer, Berlin). Die Fragestellung seiner höchst eingehenden Untersuchungen liegt in dem Satze: „Erst in der rechtlichen Ausgestaltung und in der praktischen Handhabung des Aufsichtsrechts erweist es sich, ob die Verfassung des Bundesstaates und seine Überordnung über die Gliedstaaten Wahrheit oder Lüge ist.“ Das deutsche Staatsrecht wird hier von der Kompetenzfrage der Zentralgewalt aus abgewandelt; politisch ist besonders fruchtbar auch die geschichtliche Einleitung, die das alte Deutsche Reich und den Deutschen Bund in ihrer mangelhaften Ausbildung des Aufsichtsrechts beschreibt und darin eine Wurzel des Verfalls und der Lähmung aufdeckt. Dabei verzichtet Triepel — und das vermißt man — auf die Erörterung der Frage des Souveränitätsrechts; diese hat praktisch eine immerhin nicht unerhebliche Rolle gespielt, wenn sie auch vorzugsweise eine Angelegenheit der literarischen Dialektik geblieben ist. Der Wert der Arbeit liegt in der überaus gründlichen Untersuchung der rechtlichen Bindungen der Reichsaufsicht — die politischen Folgerungen werden mit Vorsicht gezogen. Denn Triepel sieht die Schwierigkeiten sehr scharf, die in dem Doppelcharakter des preußischen deutschen König-Kaisertums liegt. Aber er betont — wie uns scheint mit Recht — daß nach dem Krieg gerade auch von diesem Blickfeld aus der unitarische Charakter gestärkt werden müsse, in dem die Macht des Kaisertums im Wettbewerb mit dem Bundesrat erhöht wird. Th. H.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik“, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Börsenhandels-Zeitung

Erscheint wöchentlich — Begründet 1902

Organ für die Interessen der Börse, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

(Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels)

Sachkundige kritische Abhandlungen über das Börsenwesen, die Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- und Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 2 Mark, jährlich 8 Mark, Ausland 9 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48—49 (Fernspr.: Amt Stpl. 4409). Zweig-Bureau: In der Börse von 12—2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Flugschriften

der Zentralgeschäftsstelle für Deutsch-Türkische Wirtschaftsfragen

Als viertes Heft erschien vor kurzem:

Die türkische Bergbaustatistik

1318 bis 1327 (14. März 1902 bis 13. März 1912)

Übersetzt und bearbeitet von

Dr. Gustav Fester

Professor an der Universität Stambul

In dieser Schrift ist zum erstenmal das vorhandene amtliche Material über den Stand des türkischen Bergbaues von fachkundiger Seite übersichtlich zusammengestellt und in Einzelheiten erläutert

Preis: 2.50 M.

Durch jede Buchhandlung zu beziehen oder direkt vom Verlag

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar

Technische Glasartikel

Wiederverkäufer gesucht

Hermann Herzig, Görlitz in Schlesien

AUTO-LICHT-ENTWICKLER „DANIEL“

Größter Schlager. Export nach allen Ländern.

Daniel Heinr. Belz, Dresden-A., Gr. Plauensche Straße 18

Digitized by Google

Alexej Remisow

Prinzessin Mymra

Novellen und Träume

Mit 2 Originallithographien von Robert C. Leonard
Aus dem Russischen übertragen von Alexander Eliasberg

Zeitgenössische Erzähler des Auslandes 2. Band

Paul Hatvani schreibt: „Wo haben wir dieses alles schon gehört? Wann war es, daß wir diese Geschichte und Gesichter gesehen haben? Hier gestaltet ein neuer Dichter, der Russe Alexej Remisow, aus dem Unterbewußtsein der Gegenwart. Er hat Visionen von den Ereignissen, Schicksalen und Begebenheiten dieses unergründlich-fremden russischen Volkes, dessen Seele, weit und grenzenlos wie seine Steppen und Schneefelder, keineswegs nur auf die bekannten, etwa aus Dostojewskij abgeleiteten Formeln zu bringen ist. Hier, in diesen Novellen, wo sich eine elementare Einfalt mit dämonischen Ursprüngen der Seele vereint, offenbart es sich voll und ganz. Tiefer Glaube und tiefster Aberglauben mischen sich märchenhaft in die Realität, die unwirklich von den abgründigsten Dingen gespendet. Die Menschen Remisows sind Visionen, wie es etwa die Menschen aus den Dramen des alten Strindberg sind. Aber diese Visionen (Teufel, Geister, Knaben, Ideen, Dirnen, Großmütter, Frauen ... Spuk) sind auch Menschen, oder eigentlich die literarische Steigerung davon: Hamsunmenschen. Dieses Buch des in Deutschland noch kaum bekannten Dichters fesselt mit geheimnisvoller Gewalt. Es verschleiert das Dasein und enträtselt seinen Sinn; es ist dämonisch und naiv, Märchen und Apokalypse, Lied und Fluch. Es ist ganz neu und uralt. Wie Volksdichtung. Es ist die Dichtung des neuen Unterbewußtseins. Wo haben wir dieses alles schon gehört? ... Der Spuk täuscht uns; es ist alles ganz fremd, ganz neu. Nur werden wir an ein Dunkles, Unerforschliches erinnert, das wir irgendwie irgendwo im Blute haben ... Im Kaleidoskop der russischen Seele ist Alexej Remisow ein neuer Stern.

Preis: gut br. M. 4.–/geb. M. 5.–/Geschenkband M. 7.–

Die Bücher der Serie „Erzähler des Auslandes" sind durch jede gute Buchhandlung, oder falls keine am Platz, direkt vom Verlag zu beziehen.

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Politische Glossen 353
Heuß, Der Ostfriede und die westlichen Probleme 355
von Schulze-Gävernitz, Zum Freiheitsfrieden 358
Wertheimer, Livländische Stimmungen 365
Bencke, Ethnographische Randglossen z. Entwicklung im Osten 369
Baare, Englische Stimmen über Elsaß-Lothringen 371
Schiller, Die Diktatur des Proletariats 374
Lenter, Daimler 378
Notizen 382

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang 22. März 1918 Heft 12

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Digitized by Google

Kabylenfrauen — Isl. Welt Nr. 11

DIE ISLAMISCHE WELT

zählt zu den schönsten und wertvollsten deutsch-türkischen Zeitschriften. Infolge ihrer Vielseitigkeit, reichhaltigen Inhalts und genauer Informierung ist die Islamische Welt zum

Organ aller Orient-Interessenten

geworden.

Ständige Mitarbeiter:
Emir Schekib Arselan, Halil Halid Bey, Abdul Malik Hamsa Bey, Abdul Hakk Hamid Bey, Halid Zia Bey, Prof. Dr. Iuschan, Freiherr v. Mackay, Major Morath, Dr. Carl Peters, Graf E. Reventlow, Rudolf Rotheit, Scheich Abdul Aziz Schauisch, Davis Trietsch, Emil Zimmermann usw.

Bezugspreis: Jährlich Mark 9.—

Verlangen Sie Probenummern vom Verlag

Die islamische Welt, Berlin W 15, Konstanzerstraße 5

Digitized by Google

3. Jahrgang • 22. März 1918 • Heft 12

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Lloyd George und Clemenceau haben ihr politisches Schicksal miteinander verknüpft. Man weiß in Paris, daß eine Krisis in London verwirrend an der Seine spürbar werden muß, und umgekehrt liegt es geradeso. Dieser Zustand erhält eine Art von künstlichem Gleichgewicht; in der Mitte der Wage steht General Foch, der die Reservearmee der Entente befehligt. Von dem Schicksal, das er lenkt oder leidet, wird in der Tat in den nächsten Wochen oder Monaten die Entscheidung über die politischen Wege Englands und Frankreichs abhängen. Das wissen auch beide Staatsmänner; aber sie sind, wenn auch in ihrer Stimme der kecke Hohn einem gepreßten Fanatismus gewichen ist, entschlossen, auf den Gang des Waffenaustrags zu setzen. Frankreich fühlt heute schon in einer Vorwirkung die Wucht der kommenden Ereignisse — auf der einen Seite wird die Regierungspolitik gegen die Caillaux-Gruppe immer brutaler, auf der andern sehen sich die „Regierungssozialisten" zu einem immer stärkeren Gegensatz gegen Clemenceau gedrängt. Sie suchen sich außerhalb der drohenden Katastrophe zu halten.

*

Das Schiffsraum-Ultimatum, das von England und den Vereinigten Staaten an Holland gestellt worden ist, bringt diesen kleinen und bedrohten Staat vor die fast schwierigste Aufgabe, die er in den letzten Jahren zu lösen hatte. Auf die Tonnage, die gewaltsam in den Ententehäfen zurückgehalten wird, hat er praktisch schon lange verzichten müssen, und auch die Berechnung unserer Marine hat sie dem Feinde bereits zugeschrieben; aber man weiß natürlich im Haag, daß wir es als einen Bruch des Wirtschaftsabkommens und als eine unmögliche Erweiterung des Neutralitätsbegriffs ansehen müßten, wenn nun die heimische Flotte einfach freihändig an die Entente gegeben würde. Frachtraum ist keine Ware, sondern Kriegsmittel. Die Holländer überlegen sich auch, daß ihrer Tonnage nur Versprechungen gegenüberstehen — was aber Versprechungen der Zufuhr heute bedeuten, darüber können sie sich an den römischen Wehrufen unterrichten. Die deutsche Regierung erkennt die Notlage

Digitized by Google

der holländischen Regierung, aber sie wird verlangen müssen, daß die Drohung der Entente in diesem bedeutungsvollen Zeitpunkt nicht zum einseitigen Schaden Deutschlands durchgesetzt werden wird.

*

Der kurländische Landesrat hat dem deutschen Kaiser und König von Preußen die Herzogskrone von Kurland angeboten. Und die deutsche Regierung hat die Unabhängigkeit Kurlands anerkannt. Damit ist die politische Neugestaltung der östlichen Fragen aufgerollt. Zweifelsohne wird aber der Reichstag ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben, weil in Zukunft Kurland, resp. das baltische Gebiet als Herzogtum mit dem deutschen Kaiser an der Spitze unter dem Schutz deutscher Waffen stehen wird. Wer sich aber unter ihn begibt, für den muß der Reichstag zum mindesten in der auswärtigen Politik der mitbestimmende Faktor werden.

*

Daß der Abgeordnete Dr. Stresemann und einige andere Mitglieder der nationalliberalen Fraktion in einer einheitlichen Kundgebung ihren Austritt aus dem „Alldeutschen Verband" mitteilen, zeigt deutlicher als viele Worte und Reden, die man darüber schon verlieren mußte, daß sich mit den außenpolitischen Zielen dieses Verbandes und seiner Ableger innerpolitische Bindungen und Strebungen verknüpfen, die selbst bisherigen Wortführern alldeutscher Gedankengänge unerträglich werden.

*

Der Zentralausschuß der nationalliberalen Partei hat sich mit 104 gegen 24 Stimmen hinter die Forderung des gleichen Wahlrechts gestellt. Das ist ein für die Entwicklung unserer inneren Fragen höchst bedeutungsvoller Vorgang. Hoffentlich bleibt er nicht ohne entsprechende Wirkung auf die preußische Landtagsfraktion. Denn nachdem die oft geleugnete Verschleppungstaktik der Konservativen in der Wahlrechtsfrage von Woche zu Woche offenkundiger wird, bedarf es bei den übrigen Fraktionen nicht nur einer lauen Bereitwilligkeit, der Regierung zu folgen; die Lage fordert parlamentarische Entschlossenheit zu eigener staatsmännischer Leistung.

*

Der Ausgang der Wahl in Niederbarnim ist lehrreich — in einem der radikalsten Berliner Wahlkreise, der Stadthagens Erbe zu vergeben hatte, ist die Unabhängige Sozialdemokratie durchgefallen und zwar energisch. Das ist ein an sich gutes Zeichen, von dem man nur hoffen mag, daß es auch auf den Sieger günstig zurückwirke: ihn nämlich frei halte von der Feigheit, die allzu ängstlich und unsicher ihn auf den rücksichtsloseren Wettbewerber zur Linken schielen läßt. Es ist jetzt festgestellt, daß auch die Mehrheit von Stadthagens Wählern zur Politik des 4. August steht.

Digitized by Google

Der Ostfriede und die westlichen Probleme

Von Dr. Theodor Heuß

Die wechselvolle und teilweise ablehnende Beurteilung, die der osteuropäische Friede rechts und links erfährt, ist das Ergebnis vorgefaßter Meinungen oder des Bedürfnisses nach einer möglichst ungestörten Auslegung des Begriffs „Verständigung". Unsere „russophilen" Politiker sehen die Möglichkeit eines Bündnisses mit dem ungeschwächten Russenreich zerbrochen und prophezeien den Rachekrieg Moskaus; sie verneinen mit geflissentlichem Nachdruck die Lebensfähigkeit der staatlichen Neubildungen im Westen und Süden Großrußlands, unterstreichen aber eine ungeminderte Lebenskraft des großrussischen Restbestandes. An dieser Unterhaltung beteiligt sich neuerdings auch sehr stark die Sozialdemokratie. Ihrer antirussischen Überlieferung war mit dem Sturz des Zarentums Genüge getan; sie wollte nicht sehen, daß der zaristische Imperialismus nur der Exponent der großrussischen Eroberungspolitik schlechtweg war. Daß Deutschland eine Befreieraufgabe gegenüber den Randvölkern geschichtlich zu erfüllen habe, hat sie nicht in den Bestand ihres Parteiglaubens aufgenommen.

Dazu kommt für sie ein zweites. Ist dieser Friede ein „Gewaltfriede" oder entspricht er noch der „Verständigung"? Die russische Delegation in Brest-Litowsk hat, um sich gegen die Vorwürfe der Heimat zu decken, die Regie gewählt, sich als die Vergewaltigten erscheinen zu lassen. Das hat bei uns manche Leute beeindruckt. Sie verkennen die Banalität, daß zur Verständigung zwei gehören, und daß bei Trotzki der ehrliche Wille zu Friede und Freundschaft fehlte. Statt des zarisch-kadettischen Programms der Gebietserwerbungen, das mit der Zerrüttung des Heeres auseinanderfloß, trat er an den Verhandlungstisch mit dem Imperialismus der seelischen Verwüstung, „moralischer Eroberungen". Anarchie und Chaos waren seine Auftraggeber; mit diesen aber kann sich niemand verständigen, der das staatliche Grundwesen in Freiheit und Ordnung begreift.

Es ist deshalb etwas verlorene Liebesmühe der dialektischen Versuche, auseinanderzufalten, ob der Ausgang von Brest-Litowsk ein „Gewalt"- oder ein „Verständigungs"-Friede sei. Wir haben uns mit Finnland und der Ukraine verständigt, die als nationale Staatsgebilde sich herauslösen, und es ist ganz logisch, daß wir ihnen in der Vereinigung ihrer inneren Staatlichkeit auch militärisch, auf ihren Wunsch, so lange helfen, bis die Russen die Bedingungen des Brester Abkommens, Zurückziehung ihrer Truppen, restlos erfüllt haben. Das ist keine imperialistische Ausschweifung, sondern der notwendige Schluß einer Politik, die in Osteuropa ein Band freier Staatsgebilde als Sicherung des europäischen Friedens entstehen sehen möchte. „Innerrussische" Angelegenheiten, in die wir uns nicht mischen wollen und sollen, sind das nicht mehr. Wir haben ein deutsches und ein europäisches Interesse daran,

Digitized by Google

daß in diesen Staaten die Ansätze einer freien kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung bald sich verfestigen. Unser „Befreiertum" darf keine Phrase sein so wenig wie eine Maske, hinter der sich zwecklose Eroberungsziele verstecken, sondern muß einen politischen, wirtschaftlichen und sittlichen Kern besitzen: diesen jungen Nationalitäten, die keine russischen „Fremdvölker" mehr sind, zu einem eigenen Leben zu verhelfen. Dieses Programm muß in gleicher Weise die baltischen Gebietsteile und Litauen umschließen und darf vor Polen nicht halt machen. Ein Mindestmaß von Loyalität ist bei diesen Völkern dabei Voraussetzung, und solange das in Polen versagt, stärken sich daraus bei uns diejenigen Elemente, für die Gewalt allein als das brauchbare Werkzeug des Staates erscheint. Das Wort der „Verständigung" hat vor diesen Grenzvölkern nun, nachdem der verständigungsunlustige Partner ausgeschieden, eine neue und dringende Bedeutung erhalten, bei der die Mitwirkung von Verstand die höchst erwünschte Bedingung. Denn weder mit dem Enthusiasmus, der die baltische Frage in einigen Depeschen und Entschließungen gelöst sieht, noch mit dem Mißtrauen, das die litauische Frage auf der langen Bank liegen läßt, werden hier haltbare Früchte gewonnen, sondern nur mit einer klugen und kühlen Handlungsbereitschaft, die den eigenen nationalen Willen jener Bevölkerung aus der Tiefe zur Selbständigkeit der staatlichen Entscheidung strömen läßt. Die Richtung und die Kraft dieses Stromes werden freilich nicht durch Gewalt bestimmt, sondern durch eine ehrliche Gesinnung. Jene Völker sollen nicht an unsere Befreierrolle glauben, weil wir sie ihnen erzählen, sondern weil die Wirkung von ihnen verspürt wird. Wir selber aber müssen Experimente vermeiden, die den 1871 festgelegten geschichtlichen Charakter des deutschen Nationalstaates verwischen.

Daß die Entscheidungen im Osten nun die stärksten Rückwirkungen auch auf die Fragen ausüben, die uns mit den Westmächten gemeinsam sind, bedarf keiner langen Darlegungen. In mannigfacher Prägung lesen wir die Formeln der Ententepresse: die einen legen das größere Gewicht auf den „russischen Verrat", die andern auf die „Doppelzüngigkeit" der deutschen Reichsleitung, die zwar die Verständigung im Munde trage, jetzt eben aber im Begriffe stehe, ein Programm der Unterjochungen durchführen zu lassen. Diese Stimmen mußten erwartet werden. Sie können uns in unserem Sachurteil nicht verwirren — es muß in Kauf genommen werden, daß die Regelung der östlichen Fragen, durch die suggestive Auslegung, die sie in London und Paris erfährt, in jenen Ländern für einige Zeit die Kreise zurückdrängen wird, die ihrerseits einen ehrlichen Verständigungswillen herausarbeiten wollen. Ernsthafter als die rhetorische Behandlung des Brest-Litowsker Friedens, die das unbehagliche Gefühl gegenüber der Lage an der Westfront überschatten soll, ist für die feindlichen Staatsmänner die Furcht, daß über die Kriegsfragen hinaus ihr Einfluß in Osteuropa zusammenschmilzt. Das ist auch Wilsons Sorge, und da er die Bolschewiki nicht so beschimpft hat wie seine Kollegen das taten, bekundet er den Sowjets seine Sympathie.

Digitized by Google

Starke wirtschaftliche Interessen bestimmen neben den politischen diese Geste. Auch soll der Zusammenhang insoweit aufrecht erhalten bleiben, damit rechtens die osteuropäische Lösung nochmals zum Gegenstand des allgemeinen Friedenskongresses gemacht werde. Dieses Programm findet auch die Sympathie deutscher Publizisten, die in ihrer Unzufriedenheit hoffen, der allgemeine Friede werde den jetzt geplanten Zustand wieder aufheben. Das kann aber nicht das Ziel der deutschen Politik sein. Wird der allgemeine Friede die erstrebten völkerrechtlichen Neubildungen und Kriegssicherungen bringen, so werden auch diese Staaten daran beteiligt sein, aber wie das Baltikum staatsrechtlich einmal aussehen wird, darin haben künftig weder Montenegro und Portugal, aber auch nicht Clemenceau, George und Wilson hereinzureden. Die Voraussetzung ist, daß wir genügend stark an den Friedenstisch treten; diese hängt an dem Ausgang der kommenden Kämpfe im Westen.

Als wir mit den Russen an Weihnachten zur Verhandlung traten, waren wir, gemäß den wiederholten Erklärungen der Regierung, bereit, zuzustimmen, daß von den russischen Vertretern eine Einladung an die übrigen kriegsbeteiligten Mächte gehe. Das blieb ohne Echo, und die Antwort des deutschen Kanzlers lautete: nun haben wir „freie Hand" nach Westen. Was heißt das? Soll der Friede, den wir mit den Westmächten einmal feststellen werden, eine andere neue Richtlinie besitzen als das, was jetzt im Osten abgeschlossen wurde? Ist es möglich, im Osten „Verständigung" zu schaffen und im Westen mit „Gewalt" operieren zu wollen? Oder, mag einer einwerfen, wenn der ganzen Welt unser Abkommen über den Osten als Unterjochungspolitik in die Ohren geschrieen wird, glaubt ihr dann noch, daß jemand eurem ehrlichen Verständigungswillen traut? Dieser Gegensatz zeigt nur, daß Schlagworte und Begriffe verblassen, wo man einfache Sachregelung erreichen will, zeigt aber auch, daß es seine eingeborene Schwierigkeit besitzt, die umgrenzten politischen Probleme, die auf der Erdoberfläche und jetzt an mannigfachen Fronten und und Küsten vorhanden sind, nach einem gleichen Schema zu erledigen.

Deutschland hat, ohne sie zu suchen, die Aufgabe von der Geschichte erhalten, die osteuropäischen Randvölker zum eigenen staatlichen Leben, um ihrer selbst und um unseretwillen zu heben. Das ist seine kontinentale Lösung, die nach Osten weist, heute noch behängt mit unabsehbarer Schwierigkeit und Unsicherheit. Nach Westen und übers Meer zwingt die weltwirtschaftliche Nötigung und Lockung, dem deutschen Lebensspielraum die Weite zu schaffen und zu sichern — darum wird jetzt der große Kampf in Frankreich geführt werden. Nicht um den Besitz von Belgien — diesem Staat haben wir auch nicht Erhöhung eines staatlichen Lebens zu bringen, wir mögen uns damit begnügen, dem vlämischen Volksteil so starke Eigenkräfte entbunden zu haben, daß er kulturell aufrecht bleiben wird. So wenig wie unser Vormarsch nach Narwa, Minsk und Odessa das Ergebnis eines selbstbetrügerischen Eroberungswahns gewesen ist, sondern der Zwang einer politischen Notlage, so wenig gibt es im Westen für unsere

Digitized by Google

Waffen Eroberungsziele, die den Einsatz neuen Blutes forderten. Das Programm der Politik ist gegeben — es ist das einer Verständigung über die Lebensnotwendigkeiten und die Ehre der deutschen Zukunft, die Voraussetzungen sind gegeben, aber der andere fehlt. Er lebt noch in dem Glauben, mit den Waffen Elsaß-Lothringen erobern zu können. Das ist die ungeheure Tragik der großen Schlachten, die im Westen bevorstehen, daß ihr deutsches Ziel nur eine schwere Lektion für die Unbelehrbaren sein muß. Der Ostfriede hat kein neues westliches Programm geschaffen — das Heer in Frankreich kämpft um die Sicherung der deutschen Grenze, um den deutschen Wirtschaftsfrieden, die deutschen Kolonien, die Unversehrtheit unserer Bundesgenossen, den friedlichen Neuaufbau unseres Außenhandels. Das ist geblieben. Die Feinde, zur Einsicht noch nicht reif, teils in einer Sackgasse verrennt, teils noch der Hoffnung eines innerdeutschen Zusammenbruchs nachhängend, wollen wieder den Appell an die Waffen. Die große Schlacht scheint unentrinnbar — die blutige Aufgabe des deutschen Sieges ist es, den Völkern die Lehre aufzuzwingen, daß der Fanatismus ihrer Staatsmänner in erfolglosen Opfern sich einen Ausweg suchte, während die politische Zielsetzung für eine klare und nüchterne Vereinigung längst gereift war.

Zum Freiheitsfrieden

Von Prof. Dr. von Schulze-Gävernitz, M. d. R.

Aus der Reichstagsrede des Abg. v. Schulze-Gävernitz vom 28. Februar bringen wir, mit einigen Kürzungen, die wesentlichen Stellen zum Abdruck.

Dieser Krieg ist in erster Linie ein Eroberungskrieg, den unsere Gegner um Elsaß-Lothringen, Mesopotamien und die deutschen Kolonien führen. Er ist ein Wirtschaftskrieg, geführt von britischen Jingos, um einen unbequemen Konkurrenten in elfter Stunde zu Boden zu schlagen; aber dieser Krieg ist, wie unsere Gegner immer wieder erklären, zugleich ein „Freiheitskrieg". So betonte Präsident Wilson noch neuerdings, daß „die Grundsätze, auf denen die amerikanische Republik beruht, in Frage gestellt seien", daß dieser größte und letzte aller Kriege geführt werde für die Herrschaft des Rechts über die nackte Gewalt. Wir Deutsche erheben dem gegenüber den Vorwurf der Heuchelei. Wäre es Heuchelei! Heuchelei ist ohnmächtig. Für jeden, der die angelsächsische Welt kennt, ist es zweifellos, daß dieser Freiheitslegende ein guter Teil der Schwungkraft unserer Gegner entsprang.

Aber auch für uns Deutsche ist dieser Krieg ein Freiheitskrieg. Wir kämpfen für das Weltgleichgewicht und den Platz Aller an der Sonne; denn die Welt war, wie Dilke mit Recht sagt, im Begriff „schnell englisch" zu werden. Im Zeichen des deutschen Freiheitsgedankens, der den britischen in sich aufgenommen, aber vertieft und erweitert hat, muß, wie mein Freund Naumann mit Recht sagt, der deutsche Freiheitsglaube neu aufgerichtet und der deutsche Freiheitston auch vom Ministertisch neu gefunden werden. Wir freuen uns, daß das Herrn v. Payer als erstem gelungen ist. Der deutsche Freiheitsgedanke — liberal und sozial zugleich — fordert einen Rechtszustand

Digitized by Google

in welchen jeder, auch der letzte Bürger, als Selbstzweck behandelt wird; der deutsche Freiheitsgedanke — national und kosmopolitisch zugleich — fordert eine Staatengesellschaft, in welcher jede Nation als Eigenwert anerkannt ist, dem der einzelne sich freiwillig unterordnet, und die Nationen zu einander aus einem Zustand der Gewalt und des Krieges in einen Zustand des Rechts und des Friedens emporreifen. Dies die beiden Pole des deutschen Freiheitsgedankens, welcher von unseren großen Denkern in unendlichem Reichtum auseinandergefaltet worden ist. Aber auch daran wollen wir Herrn Wilson erinnern, daß Deutschland zugleich der Träger einer uralten Freiheitspraxis ist und in der allgemeinen Schulpflicht, der Gewissensfreiheit, dem allgemeinen Wahlrecht der Welt vorangeschritten ist. Wenn unsere Gegner uns „Barbaren" nennen, so sind wir geneigt, diesen Namen nicht ungern anzunehmen, Barbaren als die Erneuerer und Verjünger einer alten Welt. Waren die Goten doch Fortschrittler, die Byzantiner Reaktionäre. Barbaren freilich sind wir eigener Art, welche Säuglingsfürsorge in Belgien, Schutz der Kunstdenkmäler in Frankreich, Hochschulkurse hinter der Front betreiben, aber nicht Vandalen im Sinne zweckloser Zerstörung.

Aber die Kritik unserer Gegner, selbst ihre sinnlose Karikatur von der deutschen Knechtesseele, sollen uns nicht hindern, diese Sonde der Kritik gegen uns selbst anzulegen. In der Tat ist der deutsche Freiheitsgedanke getrübt worden, gerade im letzten Menschenalter durch die alldeutsche Gewaltlehre, welche die Germanen als Langschädel zur Beherrschung der minderwertigen Rassen berief. Diese Lehre ist unchristlich und undeutsch — „kein Jude, kein Grieche" sagt der Apostel; „Menschenwürde alles dessen, was Menschenantlitz trägt", ehrt der deutsche Denker. Die alldeutschen Heiligen sind Ausländer: ein Darwin, der auf Malthus fußt, ein Gobineau, ein H. St. Chamberlain. Diese Lehre, deren Schriften in englischer Übersetzung als das letzte Wort Deutschlands verbreitet wurden, hat uns im Auslande mehr als alles andere verhaßt gemacht, worüber die Schrift von Baumgarten: „Das Echo der alldeutschen Bewegung" merkwürdigen Aufschluß gibt. Die deutsche Freiheitspraxis ist verkrümmt worden durch das ostelbische Junkertum, dem bei der Reichsgründung 1871 die politische Führung anheim fiel. Wie einherschleichender Nebel verbreitete sich vom Gutshof des Ostens her der Geist der Unfreiheit über das deutsche Land, jener Geist, der letzthin in der Gutsuntertänigkeit leibeigenen Gesindes wurzelt.

Die Freiheit, die uns heute nottut, ist keine vage und allgemeine, die ihren Reigen mit schönen Redensarten am Himmelszelte führt; sie ist eine höchst greifbare und gipfelt in wenigen Forderungen des Tages.

1. Der heutige Zustand der Zensur, wie sie von Militärbehörden ausgeübt wird, widerspricht den friderizianischen Überlieferungen des preußischen Staates; denn es handelt sich nicht darum, militärische Geheimnisse zu schützen, sondern Meinungen und Gesinnungen künstlich zu machen. Diese Versuche bleiben auf die Dauer nicht nur wirkungslos, sondern müssen sogar das Gegenteil bewirken wegen der Verbitterung, die sie bei den unabhängigen und darum besten Tagesschriftstellern zurücklassen. In dieser Richtung hat die Zensurausübung zweifellos mehr geschadet, als alle die Zeilen zusammen geschadet hätten, die ihrer Schere als „aufreizend" verfielen. Das deutsche Volk ist mündig und imstande, der Wahrheit in das Gesicht zu schauen. Es ist unser Ruhmestitel, etwa im Vergleich zu Frankreich, daß es in Berlin erlaubt ist, den „Matin" und die „Times" zu kaufen. Warum knebelt man dann das deutsche Wort? Der heutige Zustand ist entwürdigend für den Zensierten, der vielleicht ein Leben lang

Digitized by Google

die Politik beackerte, während der Zensor das „schmutzige Gewerbe" vielleicht ebenso lange gemieden hat. Unerträglich aber wird dieser Zustand, wenn der Zensor Richtungen begünstigt, welche die Reichsleitung bekämpfen, und den Verteidigern der Regierungspolitik den Maulkorb umhängt. Wir fordern, daß die während des Krieges unvermeidliche Zensur einer Zivilbehörde unter Verantwortung des Reichskanzlers übertragen werde, wobei alle rein militärischen Nachrichten einer militärischen Sonderzensur unterfielen. — Gefährlicher aber als die militärische harte Zensur sind die feineren Mittel der geistigen Knechtung. Der bekannte Historiker Prof. Dr. Goetz weist auf die ungewöhnlich großen und ungewöhnlich hoch bezahlten Inserate Unerträglich aber wäre es, wenn die Kriegsgewinne ihre Anlage in Kauf und Beteiligung an Zeitungen fänden, die Kriegsleidenschaft aufpeitschen, den Krieg verlängern und abermals Kriegsgewinne abwerfen. Diesen hoffnungslosen Kreislauf, auf den ebenfalls Prof. Götz hinweist, kann nur ein scharfer Schnitt zerschneiden: die verschärfte Besteuerung der Kriegsgewinne bis zu der Höhe, daß ein geschäftliches Interesse an der Kriegsfortsetzung nicht mehr besteht. England und Amerika greifen in der Besteuerung der Kriegsgewinne erheblich stärker zu als wir.

2. Das A und O aller freiheitlichen Forderungen, der Punkt, wo aller Widerstand der Gegner sich sammelt, die Frage, in der alle anderen entschieden werden, betrifft die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen.

Nicht als ob das allgemeine und gleiche Wahlrecht eine ewige Vernunftforderung wäre. Zu verstehen sind die Bedenken, die seiner Einführung entgegengehalten werden, etwa bei den neubefreiten russischen Randvölkern mit ihren 80—90% Analphabeten. Aber wenn jemals ein Volk für das allgemeine und gleiche Wahlrecht reif war, so ist es das unsre, welches das schwerste Examen der Weltgeschichte erfolgreich bestanden hat. Denjenigen, die dieses Volk immer noch für unreif erklären, gilt das Wort Kants: „Nach einer solchen Voraussetzung wird die Freiheit nie eintreten. Man kann zur Freiheit nicht reifen, wenn man nicht zuvor in Freiheit gesetzt worden ist. Es zum Grundsatz zu machen, daß denen, die unterworfen sind, überhaupt die Freiheit nicht tauge, ist ein Eingriff in die Regalien der Gottheit selbst, die den Menschen zur Freiheit schuf" (Ausgabe Hartenstein VI, Seite 287). Das allgemeine und gleiche Wahlrecht bedeutet für uns zugleich die große Wasserscheide, welche das alte vom neuen Deutschland scheidet: das Deutschland, dessen Quellgebiete im ostelbischen Rittergut liegen, und das Deutschland, dessen Wasser den reinen Firnen unserer großen deutschen Vorzeit entströmen.

Auch der Süddeutsche hat ein Recht auf ein verjüngtes und verdeutschtes Preußen, weil Preußen durch die Reichsmaschine auch ihn beherrscht und unter dem Drucke der Kriegswirtschaft man in manchem süddeutschen Ministerium heute „weniger als eine preußische Provinz" zu sein glaubt. Auch der süddeutsche Wehrmann fordert ein Recht, dessen er sich mit Erfolg bedient für den preußischen Bruder, den er in Schützengräben und Lazaretten als seinesgleichen kennen gelernt hat.

Eine rechtzeitige und großzügige Gewähr ohne Hintertür und Fallstricke würde den Schwung von 1914 erneuern, den Willen zum Durchhalten stählen, die Nation zu untrennbarer Einheit zusammenschmieden. In Tagen, da ein Trotzki den Aufruf zur Weltrevolution „an Alle" hinausfunkt, da ein Wilson seine Rechnung auf die deutsche Revolution einstellt, in Tagen, da breite Massen unseres Volkes den Führern der Sozialdemokratie nach links hin entgleiten — welche Gefahr und welche Verantwortlichkeit umschließt das Wörtchen: zu spät!

Digitized by Google

Nicht minder groß ist die Bedeutung der Wahlrechtsfrage nach außen. Es ist eine Schwäche, den Gegner zu unterschätzen. Wir unterschätzen ihn, wenn wir den Kriegswillen der angelsächsischen Welt ausschließlich auf Handelsneid und Dollarjägerei zurückführen; längst ließe sich die Rechnung aufmachen, daß die wirtschaftlichen Opfer des Krieges für alle Beteiligten alle denkbaren wirtschaftlichen Vorteile des Sieges übersteigen. Dieser Krieg ist für die angelsächsische Welt nun einmal auch ein Freiheitskrieg, der — mißverständlicherweise nach unserer Überzeugung — auch für Menschheitsziele geführt wird. Lesen Sie die von der Kriegspsychose noch unberührten früheren Reden eines Lloyd George — dieselbe Glut, welche dort gegen die britischen Junker emporflammt, wendet sich heute — zum Teil in denselben Redewendungen — gegen uns. Hinter dem Kampf der Waffen wird ein Kampf der Ideen geführt, und dieser Kampf erscheint demjenigen um so wichtiger, der sich zu der Einsicht durchgerungen hat, daß mit militärischen Mitteln allein dieser Krieg nicht zu Ende geführt werden kann. Denjenigen von uns, die diesen Satz leugnen, stelle ich die Frage, ob sie Wilson mit militärischen Mitteln zum Frieden zu zwingen gedenken — unsern Gegnern, die diesen Satz leugnen, die Frage, ob sie noch hoffen, die Rattenlöcher an unserer Küste, von denen Churchill sprach, auszuräuchern und beturbante Inder im Potsdamer Schloßpark zu lagern. In dem Kampf der Geister aber sind wir Deutschen die Schwächeren, wenn wir der welterobernden Macht des britischen Freiheitsgedankens nichts besseres entgegensetzen als den undeutsch-alldeutschen Aberglauben: Gewalt vor Recht. Wir sind die Stärkeren, wenn wir im Zeichen des alten deutschen Freiheitsgedankens kämpfen. Durch die Studien dreier Jahrzehnte mit der britischen Volksseele vertraut, halte ich es für meine Pflicht, den Satz auszusprechen: An dem Tag, an welchem das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Preußen Gesetz geworden ist, bricht ein guter Teil des angelsächsischen Kriegswillens zusammen. Den nicht mehr fernen Tag dieses Heimatsieges, der den Beweis erbringt, daß die alldeutsche Gewaltlehre und das junkerliche Herrenrecht endgültig überwunden sind, — diesen Tag würden die britischen Jingos nicht lange überleben. Dieser Tag, welcher unseren herrlichen U-Booten in die Hand arbeitet, sprengt den widernatürlichen Bund zwischen imperialistischer Machtgier und freiheitlichem Idealismus, der das Geheimnis des britischen Kriegswillens ausmacht. Derjenige, der während des Krieges die englische Presse, insbesondere die Arbeiterpresse, verfolgt hat, kann obige Sätze mit zahlreichen Belegen stützen. Wir Deutsche aber gehorchen nicht fremdem Druck, sondern sind unserem eigensten Wesen getreu und erfüllen unsere heilige Pflicht gegen uns selbst, indem wir der deutschen Freiheit zum Durchbruch verhelfen. Daneben allerdings übt abermals die auswärtige Politik heute mehr denn je ihren Einfluß auf innerpolitische Fragen, wie denn Bismarck ausdrücklich erklärte, das Reichstagswahlrecht unter auswärtigen Gesichtspunkten eingeführt zu haben.

Ist es demgegenüber undenkbar, daß konservative Politiker die preußische Wahlrechtsreform als eine zwar unangenehme, aber unabweisbare Forderung der inneren und der äußeren Lage begreifen, nicht Konservative vom Schlage des Herrn von Januschau, aber weitsichtige Führer, wie wir sie in dem Grafen Kanitz dereinst verehrten und im Grafen Westarp heute hochschätzen? Ist das allgemeine und gleiche Wahlrecht wirklich eine unentrinnbare Notwendigkeit, so schädigt man das konservative Element, das auch der Liberale im Staatsleben nicht missen möchte, durch einen Widerstand bis zum äußersten. Wie denkt man sich in konservativen Kreisen die ersten Wahlkämpfe auf dem Boden des neuen Wahlrechts? Vor kurzem hat das

Digitized by Google

englische Oberhaus, gewiß nicht leichten Herzens, aber Kriegsnotwendigkeiten nachgebend, die demokratischste Wahlrechtsreform der Welt angenommen, die, weit über den preußischen Entwurf hinaus, dem jüngsten Soldaten und 6 Millionen Frauen das Wahlrecht verleiht.

In der Vaterlandspartei lebt ohne Zweifel ein gutes Stück vaterländischen Idealismus. Ist es undenkbar, daß sie eines schönen Tages durch den Mund ihres Führers erklärt, die Reform des preußischen Wahlrechts im Sinne der kaiserlichen Botschaft sei eine Forderung der auswärtigen Politik geworden, in der es nicht mehr angehe, neutral zu bleiben. Kann eine große politische Bewegung in der wichtigsten Frage, die seit der Bauernbefreiung und der Reichsgründung dem deutschen Volke vorgelegt ist, sich farblos bekennen? Zwar erklärt man, die zurückgekehrten Feldgrauen zuvor hören zu wollen. Als ob das Klassenwahlrecht nicht 90 Proz. und mehr dieser Feldgrauen in die dritte Wählerklasse verbannt und damit mundtot macht. Als ob das Klassenparlament aus purer Gutmütigkeit in Friedenszeiten bewilligen werde, was ihm in der höchsten Not des Krieges nicht abgerungen werden konnte. Als ob nach den Freiheitskriegen nicht das Verfassungsversprechen vergessen und die Bauernbefreiung so sehr hinweginterpretiert wurde, daß nach Schmoller in den folgenden Jahrzehnten in Preußen über 100 000 Bauernhöfe verschwanden. Einem 1816 aber folgte als unvermeidliche Notwendigkeit ein 1848. Sollte die Vaterlandspartei sich über ihre Geldgeber hinweg diesen Erwägungen zugänglich zeigen, eine innere Kluft wäre geschlossen. Über die Kriegsziele würden wir uns viel leichter verständigen, da „das höchst Erreichbare" auch vielen von uns vorschwebt. Über das Maß und die Art des Erreichbaren mögen Zweifel bestehen, die sich bei näherem Zusehen in Einzelfragen auflösen und mit der militärisch-politischen Lage sich verschieben.

3. Aber wenn der leitende deutsche Staat und damit das Deutsche Reich zum Volksstaat emporreift, so dürfen die Folgen auch in demjenigen deutschen Lande nicht ausbleiben, wo der Obrigkeitsstaat bisher am unverhülltesten waltete: im deutschen Reichslande.

Wir besaßen Elsaß-Lothringen zunächst auf Grund der Eroberung oder vielmehr Rückeroberung, „Desannexion" im Sinne der Franzosen. Wir haben das Land recht und schlecht — überwiegend recht, in technischen Dingen sogar vorzüglich —, immer aber von oben herab autoritativ verwaltet. Nicht selten wurden in unwürdiger Weise die sogenannten Notabeln umschmeichelt, deren Interesse es war, sich gegen unsere Liebenswürdigkeiten möglichst teuer zu verkaufen. Nach der Zustimmung des regierten Volkes haben die regierenden Beamten wenig gefragt, und das in einem Lande, dessen breite Unterschicht unverfälscht deutsch, dessen bürgerliche Oberschicht verwelscht war. Das Ergebnis war der Protest dieses urdemokratischen Volkes. Es handelt sich nicht um die Frage: deutsch oder französisch? Das Ergebnis wäre dasselbe gewesen, wenn wir irgendein süddeutsches Gebiet, etwa unser liebes badisches Ländchen, ein Menschenalter hindurch unter Ausschaltung der Verfassung von Berlin aus durch die Herren von Köller, von Putkamer und ihresgleichen regiert hätten. Die Methoden des ostelbischen Obrigkeitsstaates konnten, und wäre ein Jahrhundert darüber hingegangen, die Herzen eines Landes nicht gewinnen, dessen nächst zurückliegender geistiger Hintergrund die Französische Revolution ist.

Zu dieser Einsicht sich durchgerungen zu haben, dieser Einsicht gesetzgeberische Folge gegeben zu haben, war das Verdienst Bethmann Hollwegs. Sein Verfassungswerk, zu welchem er die Mithilfe Ludwig Franks nicht verschmähte, brachte zwar noch nicht

Digitized by Google

die völlige staatsrechtliche Gleichstellung der Elsaß-Lothringer mit den übrigen Deutschen, aber war ein entscheidender Schritt in dieser Richtung. Wichtiger als alles andere: Bethmann stellte das allgemeine und gleiche Wahlrecht in den Mittelpunkt des neu erwachten Staatslebens. Damit war das Volk zu Worte gekommen und, merkwürdig genug: Der Landtag des allgemeinen und gleichen Wahlrechts war kein Geschöpf der Regierung, er war den Beamten nicht selten unbequem und opponierte öfters wohl an unrechtem Orte; aber immer wieder, vor und während des Krieges, erklärte er die Zugehörigkeit des Landes zum deutschen Reichsverband. Die Französlinge, welche als Nationalisten auftraten, blieben bei den Landtagswahlen 1911 in verschwindender Minderheit, sie erhielten z. B. in Straßburg von 27 398 Stimmen 1269, in Mülhausen-Land von 5673 Stimmen 640, während auf dem platten Lande und vielen Städten die Aufstellung von nationalistischen Kandidaten überhaupt mißglückte. Die wenigen Nationalisten, welche wie Wetterlé in den Landtag kamen, wurden als Zentrumsleute und nicht als Protestler gewählt. Seitdem ist unser Reichstitel am Reichslande nicht mehr Eroberung, sondern Zustimmung des Volkes, was nach dem Westen hin unterstrichen werden muß. Wir verteidigen in Elsaß-Lothringen heute nicht ein geraubtes Kleinod, sondern ein lebendiges Glied des deutschen Volkskörpers. Zweifellos hat die Bethmannsche Verfassung für viele Franzosen, so für Jaurès und seine Freunde, den „Protest von Bordeaux", auf welchem der Revanchegedanke fußt, stark erschüttert. Die französischen Wahlen von 1913 waren friedensfreundlich und entschieden gegen die dreijährige Wehrpflicht. Nach den Regeln der parlamentarischen Regierung hätte Jaurès das Ministerium bilden müssen, aber er war durch die Beschlüsse des sozialistischen Kongresses zu Amsterdam daran verhindert. Die Kriegsstimmung in Frankreich wurde in letzter Stunde dadurch erzeugt, daß die deutsche Mobilmachung vor der russischen bekannt gemacht wurde und daher als Angriffstat Deutschlands aussah.

Auf dem Wege zum Volksstaat werden wir nicht halt machen können und die Zustimmung der reichsländischen Bevölkerung für ihre innerdeutsche Staatsform gewinnen müssen. Ohne auf die Einzelheiten dieser Frage eingehen zu wollen, erinnere ich an die Ermächtigungsgesetze der Vereinigten Staaten (enabling act), durch welche die Bundesregierung den Einwohnern eines Territoriums gestattet, sich als Staat einzurichten. Die Verfassungskämpfe werden damit von der Bundeshauptstadt in das Land verlegt, und das Land hat das Gefühl, sich staatlich selber zu formen.

Wie immer: Wer Vertrauen finden will, muß solches gewähren. Nicht die Gewaltherrschaft Milners, sondern die Autonomie als Geschenk Campbell Bannermans schmiedete Südafrika an den britischen Reichskörper. Diese Dinge sind ausschließlich unsere innere Angelegenheit. Solange Elsaß-Lothringen als europäische Frage von unseren Gegnern behandelt wird, solange geht der Krieg weiter. Aber wir können nichts dawider haben, wenn eine freiheitliche Lösung dieser inneren Frage, die wir uns selbst schuldig sind, den Franzosen eine psychologische Brücke baut, wenn unbelehrbare Chauvinisten darauf erklären, daß die Elsaß-Lothringer im Grunde doch gewöhnliche „Boches" seien, und ein Schicksal im Schoße der schönen France gar nicht verdienten.

4. Aber während wir selbst zur inneren Freiheit emporringen, ist uns durch die Heldentaten unseres Heeres und die Gnade der Vorsehung die größte Befreiungstat aller Zeiten gelungen: Im Zarismus stürzten wir die grausamste und käuflichste Despotie, welche die Weltgeschichte je gesehen hat. Die russische Revolution war ein

Digitized by Google

Kind der deutschen Siege. Wir wiederholten diese Befreiungstat, indem wir das bolschewistische Chaos nach Osten zurückstauten, wofür uns ganz Europa einmal dankbar sein wird. Was zu Beginn des Krieges als wilder Traum erschien, ist heute in greifbare Nähe gerückt: die Verselbständigung der russischen Randvölker vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer, wobei ich das Baltikum bis zum Peipus-See ausdrücklich einschließe. Erst damit ist die große natürliche und geschichtliche Grenze gegen den Osten erreicht.

Aber indem wir unsere eigenste Lebensforderung erfüllen und uns für Kind und Kindeskind vom russischen Alpdruck befreien, dürfen und sollen wir zugleich, wie Prinz Max von Baden so treffend gesagt hat, das Glück und das Recht der anderen Völker in unseren nationalen Willen mit aufnehmen. Wir kommen zu ihnen nicht als Eroberer, sondern als Befreier und Beschützer der elementarsten Grundlagen der staatlichen Ordnung. Wir sind dem Herrn Reichskanzler dankbar, daß er in dieser Hinsicht keine Zweifel gelassen hat. Indem wir uns gewaltsamer Verdeutschung enthalten, wird die kulturelle Anziehung des Deutschtums auf diese Völker, die sich ja nur in deutscher Sprache untereinander verständigen können, unwiderstehlich sein. Die vorhandenen und zu bildenden Landesvertretungen sollten sobald als möglich auf breite Grundlage gestellt, bäuerliche Besitzer wie intellektuelle Führer herangezogen und der Wille des Volkes in einer Weise zum parlamentarischen Ausdruck gebracht werden, welche auch der gerecht denkende Neutrale als solche anerkennt. Mit dem nächst benachbarten dieser Völker, den Polen, ist ein auskömmliches Verhältnis anzustreben, was voraussetzt, daß wir uns einer neuen Teilung Polens enthalten und keine weiteren Millionen Polen als Reichstags- und Landtagswähler in das Deutsche Reich hineinnehmen. Von den Polen ist dagegen zu verlangen, daß sie nicht nur durch Worte, sondern auch durch sichtbare Zeichen auf die von Polen bewohnten Teile des preußischen Staates politischen Verzicht leisten. Wir aber wollen der deutsche Nationalstaat bleiben, der wir sind! Dies alles ist sehr wohl möglich unter Wahrung der für uns nötigen politischen und wirtschaftlichen Sicherheiten auf dem Boden der Verständigung mit den Nachbarn. Mit anderem Wort: Auch hier den Verhältnissen angepaßt, die Wendung vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat.

Mit den Methoden des Obrigkeitsstaates können wir Straßen bauen, Seuchen bekämpfen, Pelze entlausen — aber keine Herzen gewinnen. Um zu befreien, müssen wir selber Freie werden und das Wort Fichtes bewahrheiten: „Nur derjenige ist frei, der alles um sich herum frei machen will." So ist die innere Freiheit auch auf diesem Gebiet die Forderung einer großen deutschen Außenpolitik. Wir hoffen dringend, daß unsere Regierung diese Dinge beeilt und den Osten bereinigt, ehe der Friedensschluß mit dem Westen herankommt. Der Westen wird dem russischen Zentralismus nicht die Kastanien aus dem Feuer holen, vorausgesetzt, daß wir auf dem Einverständnis zwischen Befreier und Befreiten sicher fußen.

Wenn darüber hinaus, daß unsere wichtigste Forderung nach dem Westen hin, die Freiheit der Meere und das gleiche Recht aller Nationen am Handel und an der Schiffahrt, von unserem mächtigsten Gegner anerkannt worden ist, wenn heute, wie immer der Krieg weiter verlaufe, ein neues und freieres Belgien bereits geboren ist, in welchem die Vlamen ihre kulturelle und politische Selbständigkeit heischen und durchsetzen werden, wenn der französische Revanchegedanke zum Tode verurteilt ist, nachdem Frankreich selbst unter der nie wiederkehrenden günstigsten Weltlage außerstande war, Elsaß-Lothringen zu erobern, wenn der allverschlingende Imperialismus

Digitized by Google

Englands in diesem Krieg seinen Höhepunkt überschritten hat, die britische Gewerkschaftsbewegung über ihre insularen Schranken in das Bett der allgemeinen Arbeiterbewegung hinüberflutet, wenn das irische Problem nicht mehr unlösbar erscheint, wenn in Amerika die Staatsgewalt Siege über die Trusts, diese Despoten der Neuen Welt, erficht, die vor dem Kriege undenkbar waren, so steigen damit am Horizonte die Linien eines Friedens empor, welcher die Weltuhr mit einem gewaltigen Rucke voranstellt. Dieser Friede könnte mit gleichem Recht einmal als der Freiheitsfriede bezeichnet werden, wie die napoleonischen Kriege Freiheitskriege genannt wurden. Als der Sämann, der nicht mehr erntet, als der Urheber der Verfassung von Elsaß-Lothringen, der Gegenzeichner des kaiserlichen Wahlrechtserlasses, als der feierliche Verkünder der Völkerfreiheit nach dem Osten, der Herold des neuerwachten Flanderns — hat Bethmann Hollweg seinen Namen der Geschichte eingeschrieben. Der Haß seiner Gegner — eine Anerkennung seiner einschneidenden Bedeutung.

Livländische Stimmungen

Von Dr. Fritz Wertheimer

Dorpat, Ende Februar 1918

Der letzte baltische Feldzug ging so rasch von statten, daß man vielleicht die militärische Leistung von Führung und Truppe nicht genügend würdigte; denn obgleich dieser Zug kaum Blut kostete, galt es, ungebrochene Entschlußkraft und nie versagende Anpassungsfähigkeit zu beweisen. Aber das Interesse an der Politik hat die Teilnahme des Volkes an den militärischen Ereignissen etwas zurückgedrängt. Politisch-geistig befinden wir uns schon im Stadium der Übergangswirtschaft. Und auch hier draußen blieben Offiziere und Mannschaften, trotz aller körperlichen Anstrengungen dieser Gewaltmärsche, aufnahmefähig und aufnahmebegierig für die neuen politischen Probleme.

Wie sollte das allerdings auch anders sein beim Einmarsch in Livland! Nirgendwo hat der geistige Druck lähmender auf allen Volksstämmen gelastet. Schon Kurlands Befreiung hatte das so eng verbundene Baltikum in zwei Heerlagen gespalten, und mit Rigas Befreiung kamen im Herbst 1917 erst recht die geistigen Führer sowohl der Letten als der Deutschen aus ihren unmittelbaren Beziehungen zum flachen Lande heraus. Deutschtum wie Lettentum lebten in dauernder Angst, es könnte ein vorschneller Friedensschluß aus dem ein Definitivum machen, was sie als Zufallsprovisorium des Krieges ansahen, es könnte tatsächlich eine Grenzführung mit der Dünalinie Volksstämme und Land zerreißen. Das machte den Druck bolschewistischen Terrors doppelt unerträglich.

Selbstverständlich tritt uns diese Stimmung am reinsten, unmittelbarsten bei den livländischen Deutschen entgegen. Schon einmal war man 1915 enttäuscht worden, als unsere Heere vor der Düna hielten, ein zweites Mal, als nach dem Falle Rigas unsere siegreichen Truppen aus — den Livländern notgedrungen unverständlichen —

Digitized by Google

militärischen strategischen Gründen zum Halt gebracht wurden. Man war verzweifelt und erschüttert, als dann nicht einmal der Waffenstillstand die ersehnte und nach aller Ansicht leicht durchzusetzende Bedingung enthielt: vorherige Räumung Estlands und Livlands durch die Russen. Und doch schrieb es das „Dorpater Tageblatt" immer wieder: spes et fides! Bei den Deutschen hier muß man gewiß ein gut Teil egozentrischer Politik in Kauf nehmen. Sie sind deutsch, fühlen deutsch und gruppieren die Weltereignisse großenteils um ihre engsten Heimatinteressen... Und sagt man ihnen, daß bis zum Jahre 1905 etwa das reichsdeutsche Gefühl der Balten doch gar nicht sonderlich entwickelt war, so lassen sie das zumeist nicht gelten. Nehmen sie es aber selbst einmal hypothetisch an, so ist ihre Logik die: Gut, wir waren Kolonial-, Kulturdeutsche, die alte Heimat wußte nichts von uns und (seid ehrlich!) wollte nichts von uns wissen. Wir lebten unser deutsches Leben auf fremdbeherrschtem Boden und alle Unterdrükkungspolitik schloß uns nur enger zusammen. Nun aber kam der Krieg. Uns öffnete er die Augen. Wir wußten, wohin wir gehörten. Waren wir verlorene Söhne, so kehrten wir reumütig zurück. Wir haben in diesem Kriege nicht weniger ideelle wie materielle Opfer gebracht, als jeder im Reiche. Not und Elend haben uns zusammengeschweißt. Und wie steht es im Reiche? War auch euch der Krieg jener große Erwecker des Gedankens, daß zusammen sein muß, was zusammen gehört? Habt ihr als Volk dasselbe Verständnis für uns bewiesen, wie wir für euch? Spes et fides! Wir hoffen und vertrauen. Man zögert schließlich beschämt, diesen Glauben mit Zweifeln belasten zu wollen.

Im ganzen darf man sagen, daß die Livländer recht viel von deutschen Verhältnissen wissen. Die vielen Kriegsgefangenen, die auf ihrer Flucht hier hilfreiche Hände fanden, haben manches vorgearbeitet, über das Ausland kam doch auch manche Aufklärung, wie auch von Riga, wo ja von den 100 000 livländischen Deutschen rund zwei Drittel wohnen, durch die Fronten durch manche Zeile durchdrang. Es hat während des Krieges auch eine starke Annährung an reichsdeutsche Auffassungen stattgefunden, gerade was das politische und wirtschaftliche Zusammenleben mit Letten und Esten angeht. Wohl findet man auch Vertreter des schroffen alten Herrenstandpunktes, aber die versöhnlichere Richtung scheint stärker. Der maximalistische Druck hat wohl das Verständnis für das Recht der Unterdrückten gefördert. Es handelt sich auch um so beträchtlich an Zahl überlegene Volksteile, (rund je 550 000 Letten und Esten) daß jedes Sträuben gegen diese Erkenntnis Unvernunft wäre, und man hat bei erheblichen Teilen dieser Volksstämme doch auch in der gemeinsamen Not und Gefahr Eigenschaften entdeckt, die man schätzen lernte. Der Zarismus hat jahrzehntelang an der Entfremdung der Nationalitäten im Baltikum gearbeitet, der Maximalismus hat, ohne es zu wollen, zu einem Teil diese üble Politik wieder gut gemacht. Das zu konstatieren, ist wichtig für die Behandlung der Frage, wie Esten und Letten sich zu uns stellen, denn sie sehen uns durch die baltische Brille.

Digitized by Google

Spricht man von den Stimmungen der livländischen Bevölkerung, so darf man eine, wenn auch kleine Gruppe nicht übersehen, die rund 30000 Juden. Kulturell stehen sie, wenigstens ihre Bildungsschicht, sicherlich den Deutschen nahe. Politisch haben sie sich als Masse stark zurückgehalten und keine Partei genommen. „Der Jude ist klug," so sagen hier Letten, Esten und Deutsche, „er verdirbt es mit keinem, er ist mit dem Russen Russe, mit dem Esten Este, mit dem Deutschen Deutscher." Daß er so geschickt lavierte, lohnte sich, indem er den maximalistischen Bedrückungen und Beraubungen weniger zum Opfer fiel. Da spielt allerdings wohl mit eine Rolle die Tatsache, daß von den eigentlichen kulturell deutsch gerichteten Führern der Juden, ein Teil in der zaristischen Zeit verschickt war und daß unter den maximalistischen Führern ein ganz beträchtlicher Teil Juden waren. Nun, da die Loslösung von Rußland vollzogene Tatsache ist, stehen die Juden mit vollem Bewußtsein neben den Deutschen, irgendwelche politische Schwierigkeiten sind von ihrer Seite nicht zu erwarten.

Bei Letten und Esten kann man in ihrer Stimmung den deutschen Truppen gegenüber eine recht einfache Unterscheidung machen, die aber rein negativer Natur ist. Soweit sie besitzlich sind, als Gesindewirte und Großbauern, oder als städtische Grundbesitzer, Handel- und Gewerbetreibende, stehen sie ganz auf unserer Seite. Da sind wir Retter und Befreier, Bringer von Ordnung und Sicherheit. Das hat aber nichts oder nur sehr wenig etwas zu tun mit der Frage politischer Sympathien und Stellungnahme. Es bleibt zu untersuchen, inwieweit unser Einmarsch, der den Deutschen ja Selbstzweck ist, andern Kreisen nur als Mittel zum Zweck erscheint. Zwischen Letten und Esten bestehen ja weitgreifende Unterschiede. Eine deutsche Dame, Frau eines lettischen Rechtsanwalts und Gesindebesitzers, also von vornherein eine für Versöhnung und Milderung aller Gegensätze eintretende Politikerin, machte mir den Unterschied in drastischen Vergleichen klar, die der Volksmeinung selbst entnommen sind und die ich deshalb anführe, ohne damit verletzen zu wollen. Die Esten, so sagte sie, vergleicht man mit den Schweinen, wenn eines gebissen wird, so kommen alle und helfen, die Letten dagegen sind wie die Hunde, wird einer gebissen, so stürzen sich alle auf ihn. So sind die Letten mißtrauisch gegen ihre Führer, kommt einer hoch, so fürchten sie, er wird auch ein Herr, wie es die Deutschen waren und sind. Die Esten dagegen unterstützen ihre Führer und halten zusammen. Der tiefe Unterschied kam ja auch in den letzten Wochen stark zum Ausdruck. Die in den Lettenbataillonen organisierten Letten, das sind alle Landlosen, Arbeitslosen und Arbeitsscheuen, waren maximalistisch und machten gemeinsame Sache mit den Roten Garden. Es gab früher auch bessere Elemente unter ihnen, die aus ideellen Motiven gegen die Deutschen kämpften; die sind aber zumeist längst demobilisiert, tragen zwar aus Bequemlichkeits- und persönlichen Sicherheitsgründen noch die Uniform, denken aber so, wie der junge uniformierte Lette, der mir in Wenden sagte: es ist jetzt eine Schande, russischer Soldat zu sein. Auch die noch zur regulären Front gehörigen Lettenbataillone

Digitized by Google

sollten jetzt gerade demobilisiert werden, um in das Revolutionsheer der Roten Garde überführt zu werden. Diese Pläne wurden aber gestört durch den Mobilisierungsgedanken gegen Kaledin, ein Teil der maximalistentreuen Truppen zog gegen die Ukraine, und was von Lettenbataillonen zurückblieb, war nun erst recht minderwertig. Die Roten Gardisten waren zum Teil aus Petersburg, zum Teil aus allen Gegenden Rußlands und auch aus Livland stammendes Gesindel in Zivilkleidern, nur mit Gewehren bewaffnet, die lettischen Soldaten waren zumeist dasselbe nur in russischer Soldatenuniform ohne besondere Unterscheidungsmerkmale. Beide Gruppen arbeiteten sich in die Hände, störten sich jedenfalls wenig im Rauben und Brandschatzen. Ihre Wut richtete sich nicht nur gegen Deutsche, sondern gegen alles, was Besitz hatte. Lettische Soldaten wüteten gegen lettische Bauern, lettische Soldaten mordeten bei Walk deutsche und lettische Männer und Frauen. Ganz anders die Esten und ihre Regimenter. In ihnen steckte mehr militärische Disziplin, mehr Ordnungssinn, mehr politischer Geist. Ihre Abgesandten erschienen schon vor dem 18. Februar auf Moon und boten mindestens für einen Teil der Truppen Unterstellung unter deutschen Befehl beim Einmarsch an. Und wo von den Maximalisten auch estnische Besitzer verhaftet wurden, da verlangten die Estenregimenter ihre Auslieferung, da sie selbst über ihre Landsleute aburteilen möchten, und befreiten sie dann. Schließlich stürzten die Esten in heimlicher Konspiration mit den Deutschen, die sich zu einer Bürgermiliz zusammenschlossen, vier Tage vor unserm Einmarsch in Dorpat die Maximalistenherrschaft und setzten ein estnisches Stadtkomitee ein, das unter der grün-violet-weißen Fahne bis zu unserm Einzug amtierte. Es gab unter ihnen sicherlich auch Parteiungen. Bei den jetzt eben Ende Januar veranstalteten Wahlen zu einer estnischen Konstituante standen sich die Listen der für eine russische Föderativrepublik eintretenden Maximalisten und eine der für den selbständigen Estenstaat eintretenden Arbeitspartei sowie des gleichem Ziel zustrebenden Blocks der bürgerlichen Demokraten gegenüber. Die beiden letzteren Gruppen brachten zusammen wohl mehr Stimmen auf, als die Maximalisten. Sie forderten unter anderm sofortige Befreiung Estlands von russischem wie auch der Oeselinselgruppe von deutschem Militär, riefen freilich später durch Abgesandte das deutsche Militär ins Land, weil sie durch uns erst ihre Befreiung vom Russentum erhoffen konnten.

Die Stimmung uns gegenüber, nicht den Truppen, sondern uns als Politikern, mit denen in Zukunft zu rechnen ist, scheint mir bei Letten und Esten reserviert, kühl, abwartend, mit allerhand durch Volksveranlagung wie persönliche Stimmung bedingten Nuancen. Gewiß gibt es auch Gruppen, die bei entsprechender Sprach- und Gesinnungsfreiheit nicht so ungern in einem deutschen Baltikum leben möchten und deren Anhängerzahl wächst mit der Berechnung der wirtschaftlich günstigen Aussichten. Umgekehrt steht uns mit Ausnahme der reinen Maximalisten keine Gruppe so feindlich gegenüber wie sie das den Russen gegenüber tun. Die Ansicht aller Deut-

Digitized by Google

schen ist, daß in erster Linie die Esten, dann aber auch die Letten sich unschwer „versöhnen" und in einen deutschen Staat einfügen ließen. Über diese politischen Schlußfragen ist ja noch nicht das letzte Wort gesprochen, ein recht wesentliches Moment, wird da das Deutschtum im Baltikum spielen und seine Fähigkeit, unter alte Rechnungen einen Strich zu machen und eine neue Zeit aufbauend und schöpferisch zu beginnen.

Ethnographische Randglossen zur Entwicklung im Osten

Von Albert Bencke, München

Was heute in Rußland vor sich geht, hat große Ähnlichkeit mit jenen chemischen Ausscheidungsprozessen, in denen sich aus einer trüben Mischung der Bestandteile, aus einem heterogenen Substanzquantum, die homogenen Grundstoffe absondern und ein Residuum zurücklassen, dessen zusammengesetzte, also chemisch unreine Natur auf einfachere Gestaltungen nicht mehr zurückzuführen ist. Dieses Residuum stellt sich als das Moskowitertum, das Großrussentum dar; die unreinen, sich ablösenden Bestandteile sind die Randvölker. Das ist ein historischer Prozeß, der weit über politische Belange hinausgreifend in das Gebiet der Rassenfragen hineinspielt und durch diese in Zukunft stärker bestimmt und ausgewirkt werden wird, als wir das heute vermuten.

Um dies richtig zu beurteilen, bedarf es der sehr wichtigen Feststellung des eigentlichen ethnographischen Charakters des Großrussentums oder des Moskowitertums, wie man es besser bezeichnen könnte (da der Name Großrussen — gegenüber dem der Kleinrussen [Ukrainer] — nur der politischen Megalomanie des Moskowitertums entsprang, das jedenfalls durch den Kern seiner Siedlung — und das ist Moskau — eine richtigere Benennung erhält). Dieses Moskowitertum, heute fast allgemein als der Hauptrepräsentent des russischen Slawentums angesehen, erweist sich als jener Volksbestandteil Rußlands, der am wenigsten einheitlich ist; es ist das eigentliche Mischvolk Rußlands, aus einem finnisch-mongolischen Kern bestehend, über den sich eine slawische Oberschicht legte, über die dann als dritte und besonders den Charakter der oberen Gesellschaftsklassen wesentlich bestimmende, die tartarische Deckschicht kam. Ihr verdankt das heutige Großrussentum, nachdem es jahrhundertelang unter dem Joche der Tartaren geseufzt hatte, jenen starken Einschlag zur Fähigkeit und zum Willen nach brutaler Gewaltherrschaft, der die russische Geschichte seit dem Entstehen eines selbständigen Großfürstentums Moskau bestimmt. Es ist dieser asiatische Einschlag, der das Moskowitertum gegenüber den reinrassigen finnischen und slawischen Randvölkern Rußlands politisch in Vorteil setzte und es ihm ermöglichte, als Mischvolk, das die Bestandteile beider mit dem Zusatze tartarischen Blutes vereinigte, sich zum Herrschervolk über diese Randvölker zu erheben.

Daß die ethnographische Grundlage der heutigen Großrussen finnisch-mongolisch

Digitized by Google

und nicht slawisch ist, ergibt sich, abgesehen von dem physischen Gepräge besonders der Bauernklasse aus der Tatsache, daß uns heute noch finnische Volkssagen, finnische Nationalhelden, wie wir sie in Finnland antreffen, in dem großrussischen Gebieten mit ihren unverkennbaren finnischen Zügen entgegentreten. Der russische Nationalheld Ilja Muromjeff ist finnischen Ursprunges, und der finnische Bauer stellt sich in seinem Charakter vielfach wesensverwandt mit dem großrussischen Bauer dar. Dann aber kam, von Süden her, die slawische Welle, die das finnische Stammvolk slawisierte, während sie bei den rein gebliebenen Finnen Finnlands und den östlichen finnisch-ugrischen Randvölkern Rußlands, den Syrjänen, Mordwinen, Tschuwarchen usw. halt machte und ein slawisch-finnisch-mongolisches Gemenge schuf, von dem sich diese rein gebliebenen finnischen Völker — die nun wie einzelne Schollen eines versunkenen Volkstums innerhalb einer slawischen Flut erscheinen — abhoben, obwohl sie gleichen Stammes mit dem Grundstock des heutigen Großrussentums sind. So erklärt sich das finnisch-ugrische Problem, das Problem des Vorhandenseins dieser finnischen Völkertrümmer innerhalb einer vermeintlichen slawischen Masse, von der sie dann aufgesogen wären. Auch diese Masse ist finnischen Ursprunges, wurde aber slawisiert, wurde ein Mischvolk gegenüber den von der Mischung bewahrten rein finnischen Resten des ursprünglich ganz Nord- und Mittelrußland erfüllenden finnischen Volkstums.

Südlich von diesem Mischvolk erhielt sich im Gebiete des heutigen ukrainischen Staates das wahre Slawentum Rußlands, dem durch die Waräger einige wenige Tropfen germanischen Blutes — zu wenig, um im Charakter des Volkts irgendwie wirksam zu werden — beigemischt waren. Neben den Polen bilden sie das reine Slawentum Rußlands, und es ist nun von eigenartigem historischem Reiz zu sehen wie das finnisch-slawisch-tartarische Mischvolk der heutigen Großrussen den Machtwillen gewinnt, der es schließlich zum Herren über die reinrassigen Völker macht, aus deren Mischung plus tartarischem Blute es hervorgegangen ist. Das tartarisierte Mischvolk triumphierte über die reinen Rassen der Finnen und Slawen und warf sich zum Führer des Slawentums auf, obwohl dessen Blut doch nur einen Teil seines völklichen Blutbestandes ausmacht. Die Erbschaft und der Blutsanteil der Tartaren, des Asiatentums, das im Großrussen, insbesondere im großrussischen Adel steckt, sind es, die ihn zu dieser Herrschaft befähigten.

So stellt sich die Auseinandersetzung zwischen Kiew und Moskau dar. Es handelt sich hier nicht mehr um eine innerslawische Angelegenheit, sondern um einen ethnographisch-politischen Ausscheidungsprozeß des rein slawischen Volkes von dem bisher herrschenden Mischvolk; das gleiche gilt auch in bezug auf die Finnländer, die Esten, die Littauer und Letten. Im Großrussentum vollzog sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung die Mischung der slawischen und finnischen Hauptgruppen; das tartarisierte Großrussentum entfremdete sich durch diese Tartarisierung diesen Gruppen, aus denen es hervorgegangen war, gewann dadurch aber gleichzeitig die

Digitized by Google

Eigenschaften, die es zur Gewaltherrschaft befähigten und jetzt, wo sich durch einen Schlag des deutschen Schwertes diese durch Jahrhunderte währende Herrschaft trotzdem als Phantom erweist, vollzieht sich der Rückbildungsprozeß, die reinen Rassen lösen sich von ihrer tartarisierten Mischung los, das Asiatentum verliert seinen Halt an ihnen und die Bildung eigentlicher Nationalstaaten, die bisher durch das Mischvolk hintangehalten wurde, beginnt in Osteuropa.

So gesehen, knüpfen sich an die heutigen Vorgänge Zukunftsperspektiven, die dartun dürften, daß alle jene unrecht haben, die mit ängstlichem Bedacht darauf aus sind, ihr politisches Ziel mit Rücksicht auf den unvermeidlichen künftigen Neuzusammenschluß Rußlands einzustellen und zu beschränken. Sie haben unrecht! Was heute in Osteuropa vorgeht, ist die historische Auswirkung völklicher Gegensätze, die sich nun immer mehr vertiefen werden. Die Geschichte hat einen Schritt getan, der nicht mehr zurückgenommen werden kann und, Deutschland hat den Auftakt dazu gegeben, was seine geschichtliche Auswirkung finden wird, all den Schwarzsehern zum Trotz, denen das Moskowitertum auch heute noch Rußland ist.

Englische Stimmen über Elsaß-Lothringen

Von Th. Baare, Bielefeld

Seit innerhalb des französischen Sozialismus die Meinungen über die elsaß-lothringische Frage brüchig geworden sind, gehört eine wachsende Sorge von Paris der Frage, den Engländern das elsaß-lothringische Kriegsziel als den Kern der Entente einzuprägen. Um Elsaß-Lothringen geht der Kampf — das ist die Losung, die vor dem großen Waffengang ausgegeben wird.

Es ist vielleicht ganz nützlich, einmal nüchtern festzustellen, wie im Krieg von 1870/71 die englische Presse den Standpunkt gewählt hat. Die öffentliche Meinung Londons war nicht einheitlich, denn die Furcht, daß die Deutschen zu sehr siegen könnten, beschwerte manchen — aber gegenüber der Wiedergutmachung der Politik des vierzehnten Ludwig war man ziemlich klarer Meinung. Bereits am 20. August 1870, also kurz vor Sedan, schrieben die „Daily News“:

„Wenn das Glück den preußischen Waffen bis zum Ende treu bleibt, so ist es nicht wahrscheinlich, daß Preußen einen Frieden ohne irgendwelche Entschädigung für den ihm aufgezwungenen Kampf schließt, ohne eine Garantie, nicht nur moralischer, sondern auch materieller Art, gegen die Wiederkehr eines solchen Angriffs ... Wir erwähnten kürzlich das bevorstehende Erscheinen einer Broschüre in England, die ein wenig mehr als die persönliche Meinung ihres Verfassers ausdrückt, in welcher die Abtretung des Elsaß an Deutschland als Grundlage des Friedensvertrages anempfohlen wird. Man braucht jetzt nicht mehr zu fragen, ob die Deutschen das Elsaß nehmen oder vielmehr zurücknehmen, sondern wohl, ob sie es zurückgeben werden. Ludwig XIV. hat es ihnen vor fast 200 Jahren gestohlen. Die Verjährung kann einen Diebstahl decken, schreibt aber nicht das Recht vor, wieder in den Besitz des Gutes zu gelangen. (Französisches Wortspiel: prescription = Vorschrift und Verjäh-

Digitized by Google

rung. D. Verf.) Die Bevölkerung des Elsaß ist deutsch, der Rasse, der Sprache und den Sitten nach. Die Berichte Erkmann-Chatrians schildern ihre gesellschaftlichen Gewohnheiten, die Denkart als so ausgesprochen deutsch, daß man glauben möchte, das Elsaß läge auf dem badischen Ufer des Rheins.

Die Elsässer selbst sind allerdings waschechte Franzosen, obwohl nur äußerlich, vielleicht mehr, um das innere Bewußtsein, das sie deutlich haben, überhaupt nicht Franzosen zu sein, zu verbergen, als auf Grund eines wirklich echten Gefühls. Von den Einwohnern der anderen Provinzen Frankreichs werden sie kaum als Franzosen betrachtet. In der glänzenden Schilderung Frankreichs, mit welcher M. Michelet den zweiten Teil seiner Geschichte Frankreichs beginnt, wo er so treffend die verschiedenen Provinzen in Gestalt lebender Personen beschreibt, verzichtet der hervorragende Schriftsteller darauf, das Elsaß in diese meisterhafte Darstellung aufzunehmen. ‚Die französische Sprache', so sagt er vielmehr, ‚hört in Lothringen auf, und ich will nicht weiter wandern. Ich verzichte darauf, die Berge zu überschreiten, von deren Höhe der Blick das Elsaß umfaßt. Die deutsche Welt ist gefährlich für mich. Dort wächst eine Lotosblume von gewaltiger Zaubermacht, die den Fremdling bis zum Vergessen seines Vaterlandes berauscht.' Dann fügt er hinzu, daß Straßburg ihn zum Rhein, der Rhein nach Mainz Mainz nach Köln, Köln ihn zur Nordsee führen würde. Für ihn ist der Wasgenwald („die Vogesen") die wirkliche Grenze zwischen Frankreich und Deutschland. Kein Zweifel daß diese Meinung die der Deutschen ist, und noch weniger zweifelhaft ist, daß sie tatsächlich wenn sie's können, aus dem Wasgenwald ihre Grenze bilden. Aber zwischen dem Denken und seiner Verwirklichung breitet sich der unsichere Boden des Krieges und der Diplomatie aus. Es ist schwierig, im voraus zu wissen, wie die Elsässer über eine solche Veränderung denken. Sie waren stolz, der großen Nation anzugehören, die bisher den ersten Rang auf dem Kontinent einnahm. Sie können nicht weniger stolz darauf sein, in den Schoß einer noch größeren Nation zurückkehren zu dürfen, von demselben Blut und demselben Stamm wie sie."

Am 31. August 1870, also ganz kurz vor dem welthistorischen Ereignis von Sedan, schrieben die „Daily News" zum gleichen Gegenstand:

„Das deutsche Heer ist kein Invasionsheer, es ist ein Heer der Verteidigung, ein Heer, das wissen will, wofür es kämpft, und das nicht leichtsinnig zu den Waffen greift. Die Geschichte Frankreichs, des Brandstifters Europas singt, ein anderes Lied. Gerade im gegenwärtigen Kriege ist Frankreich der Angreifer gewesen, um alles zu nehmen, was ihm in die Hände fiel, und es ist kaum zu bezweifeln, daß, wenn es siegreich gewesen wäre, der Kaiser und seine Ratgeber nicht die Kraft gehabt hätten, sich dem Strom der Meinung des Volkes entgegenzustemmen und Belgien nicht zu annektieren. Wenn wir auch in England nicht anders können, als die Deutschen mit einem wenig edlen (!!) Gefühl, der auf dem Handelswettbewerb beruhenden Eifersucht zu betrachten, so wollen wir doch nicht soweit gehen, daß wir törichte Befürchtungen bezüglich des Charakters der großen Nation hegen, die so tapfer für die Ehre und die Sicherheit des Vaterlandes gekämpft hat."

An diesem Zitat ist wertvoll die Mitteilung, daß England damals als ganz selbstverständlich mit französischen Absichten auf Belgien rechnete! Und charakteristisch der Unterton der Selbstbewertung in der Rolle des Zuschauers. Am 8. September nun, nach Sedan, schrieben die „Daily News" noch schärfer:

„Die Deutschen haben das Recht, ihre eigenen Bedingungen zu stellen. Sie verlangen nur, in Frieden zu leben und nicht belästigt, noch unter sich durch

Digitized by Google

einen neidischen Nachbarn entzweit zu werden. Frankreich hat sich fortwährend in Deutschlands Angelegenheiten eingemischt, und zwar geschah diese Einmischung nicht von seiten irgendeiner Regierung, sondern das ganze französische Volk beteiligte sich daran. Alle seine Staatsmänner, Legitimisten und Orleanisten, Imperialisten und Republikaner haben in gleichem Maße der deutschen Einigkeit abgünstig gegenübergestanden und waren lüstern nach deutschem Boden. Ein Krieg um den Rhein ist immer volkstümlich gewesen. Er war es noch vor sechs Monaten und würde es wahrscheinlich wieder sein in sechs Monaten, wenn der Friede heute geschlossen würde. Frankreich hat seine Regierung gestürzt, nicht weil sie den Krieg begonnen hat, sondern weil dieser unglücklich verlaufen ist und die Deutschen ins Land gebracht hat, anstatt die französischen Waffen in Deutschland hineinzutragen. Das deutsche Volk hat das natürliche und notwendige Verständnis dafür, daß der Augenblick gekommen ist, jetzt, wo der Feind mit seinen Angriffsplänen Schiffbruch erlitten hat, sich für die Zukunft solide Garantien zu sichern. Das Blut der Nation ist in Strömen geflossen. Alle Schichten des Volkes, von den höchststehenden bis zu den niedrigsten, haben am Kampfe zur Verteidigung des heimischen Herdes und der nationalen Freiheit teilgenommen, und es gibt fast keine Familie in Deutschland, die nicht einen Toten zählt oder Wunden zu pflegen und heilen hat. Ist es wahrscheinlich, daß um soviel vergossenen Blutes willen errungene Vorteile nicht ausgenutzt werden? Hat Deutschland nicht ein ungeschriebenes Recht erlangt, sich unbedingt für die Zukunft gegen solche Opfer zu sichern? Und wer könnte besser die Bedingungen dieser Sicherung beurteilen als Deutschland selbst? Frankreich hat sich für die Fortsetzung des Krieges ausgesprochen. Wenn es neue Niederlagen erleidet, wie das wahrscheinlich ist, so wird es sich schließlich mit den bestmöglichen Bedingungen begnügen müssen. Aber es gibt schon jetzt dem Sieger das Recht, seine Überlegenheit ohne andere Rücksicht als die auf seine Sicherheit und Ruhe in der Zukunft zu gebrauchen."

Und nicht allein die „Daily News" ergreifen so sozusagen die Partei des heutigen Gegners oder treten doch wenigstens für seine Rechte ein, nein, auch die „Saturday Review" schließt sich ihnen an, jene bekannte englische Wochenschrift, in der schon vor zwanzig Jahren ein echter Sohn Englands das seitdem berühmt gewordene Wort geschrieben hat, daß, wenn heute Deutschland besiegt würde, es in ganz England nicht einen Engländer gäbe, der nicht dadurch um so reicher würde. Drei Dezennien früher, am 10. September 1870, acht Tage nach Napoleons Ende, schrieb die „Saturday Review":

„Wir haben keineswegs die Absicht zu behaupten, daß Deutschland nicht ein Stück französischen Bodens behalten soll, wenn es das verlangen kann. Im gegenwärtigen Fall ist es von Hauptbedeutung, daß man die Dinge beim rechten Namen nennt. Etwas muß man sich merken: Alle die, welche so laut von England verlangen, es möge sich regen, hegen insgeheim den Wunsch, zu erleben, daß wir uns auf Frankreichs Seite stellen. Was sie allerdings nicht offen zu sagen wagen, ist eben, daß wir heute in den Krieg ziehen sollen, um zu verhindern, daß das Elsaß an Deutschland zurückfällt, nachdem wir mit gekreuzten Armen zugeschaut haben, als Nizza und Savoyen französisch werden mußten. Aber sie möchten wenigstens England dazu bewegen, daß es seinen sogenannten diplomatischen Einfluß aufwendet, um Frankreich in der Not beizustehen. Wenn dem so sein soll, so wollen wir auf jeden Fall mit offenen Augen vorgehen. Wir können Frankreich nicht anders beistehen, als daß wir ihm zu Hilfe eilen, und dann wird es notwendig, daß England eine ganz bestimmte Idee verfolgt, einerlei welche. Was uns anbetrifft, so ist für uns die einzig richtige Idee, welche auch die der britischen Regierung ist, soweit wir etwas mit der Sache zu tun haben, daß die Deutschen volle Freiheit haben, soviel französisches Land einzunehmen, wie sie verlangen können, und wie ihre Ratgeber es für richtig

Digitized by Google

halten entsprechend dem Erfordernis der militärischen Sicherheit. Und wenn Deutschland sich dazu entschließt, das Elsaß zu nehmen und es bekommen kann, so ist es vollkommen sein gutes Recht u. E., daß es die Absicht öffentlich kund gibt, in dieser Frage sich nicht auf den Schwindel des allgemeinen Stimmrechts einzulassen.

Selbst die „Times" schrieben am 7. September 1870:

„Elsaß und Lothringen mit einer Kriegsentschädigung von ungefähr 40 Millionen Pfund Sterling bilden das, was Deutschland als Entschädigung für seine Klagen fordern will. Im Falle diese Bedingungen Frankreich als viel zu hart erscheinen würden, raten wir ihm an, darüber nachzudenken, daß es in Deutschland sehr viele Leute gibt, in deren Augen sie als außerordentlich gemäßigt gelten, und die dazu neigen, sich darüber zu beklagen, daß man den Erbfeind so leichten Kaufes davonkommen läßt. Elsaß und Lothringen, wir meinen damit das deutsche Lothringen oder, mit anderen Worten, der Besitz von Metz und eines schmalen Streifens von Lothringen mit den Vogesen und das Elsaß stellen das Minimum der Bedingungen dar, welche die Deutschen, den Frieden wünschend, als Grundlage für die Verhandlungen aufstellen. Wir raten Frankreich, sich so rasch als möglich mit Deutschland zu einigen, selbst, wenn die oben angegebenen Landverluste einen Teil der Friedensbedingungen ausmachen."

Damals also rieten die „Times" Frankreich, mit seinem Los zufrieden zu sein, wie es die deutschen Waffen entschieden hatten. Heute ist das Blatt die Führerin der Kriegshetzer und hat von Anfang an Frankreich, um seine Revanche für das „große Unrecht" zu nehmen, in den Krieg hineingehetzt, der größtenteils das Werk solcher Leute wie Harmsworth Lord Northcliff ist. Zum Schluß eine letzte Äußerung der „Times", die Frankreich sozusagen den Gnadenstoß versetzt. Am 30. August 1870 schrieben die „Times", was werden sie erst nach Napoleons Ende darüber gedacht haben, über Frankreichs Weltmachtstellung folgendes:

„Seit langer Zeit gehörte es zum Glaubensbekenntnis der französischen Staatsmänner, daß die Weltordnung die Vorherrschaft Frankreichs im Westen Europas erfordert. Dieser für die Ruhe in der Welt so verhängnisvolle Anspruch muß aufgegeben werden, und der Krieg kann nicht zu Ende gehen, bevor die Einsicht, wie blödsinnig-töricht diese die Eitelkeit kitzelnde Behauptung ist, nicht in ganz Frankreich durchgedrungen ist."

Die Diktatur des Proletariats

Von Richard Schiller

Der Verfasser dieses Aufsatzes, der Leiter einer sozialdemokratischen Zeitung in Schlesien, bittet für die nachfolgenden Ausführungen um das Gastrecht in unserer Wochenschrift, das wir ihm, ohne uns mit seinen Einzelformulierungen gleichzusetzen, gerne gewähren, weil der Aufsatz der Klärung einer in der Tagespolemik leicht verwirrten Fragestellung diente. Die Schriftleitung.

Wer in diesen Tagen das vor 70 Jahren von Karl Marx geschriebene „Kommunistische Manifest" zur Hand nimmt, kann nach oberflächlicher Lektüre zu der Annahme verleitet werden, daß sich viele Episoden im gegenwärtigen Stadium der

Digitized by Google

russischen Revolution mit den programmatischen Regeln dieses Märzkatechismus der proletarischen Revolution decken. Und mancher Zeitgenosse wird vielleicht gerade erst an der Hand dieser vergleichenden Betrachtungen dazu neigen, die doktrinäre Zähigkeit der Bolschewiki als wirklich reinen Marxismus zu betrachten. Er sieht, mit wie finsterem Eifer der Schüler auf des Meisters Worte schwört, wenn er im Manifest Sätze wie diesen liest: „Das Proletariat, die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne daß der ganze Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird." Und auch die Trotzkische und Radeksche Parole von Brest-Litowsk zur internationalen Hebung des Proletariats ist scheinbar streng nach den Regeln des Manifestes gegeben: Erst wird sich das Proletariat im eignen Lande zur „nationalen Klasse erheben" und „die politische Herrschaft erobern", dann aber wird rasch die „vereinigte Aktion der zivilisierten Länder eine der ersten Bedingungen seiner (des Proletariats) Befreiung sein". Hier ist es fast, als fühle man die Angst des Schülers, von den Regeln abzukommen. Was würde aus dem Lehrsatz, der das internationale Proletariat zur „vereinigten Aktion", also zum europäischen Bürgerkrieg auffordert, wenn man mit den „Bourgeois" Frieden schließt ...?

Aber schließlich kommt wirklich nur der oberflächliche Betrachter der Dinge zu solchen Schlüssen. Karl Marx ist auch in seinem „Kommunistischen Manifest" bereits der epochemachende Historiker, der weiß, welchen bewegenden Platz in der Umwälzung der menschlichen Verhältnisse die gesellschaftlichen Entwickelungsgesetze haben. Er weiß aus der Geschichte, daß alle revolutionären Bewegungen bisher von „Minoritäten für die Interessen von Minoritäten" gemacht wurden. Die proletarische Bewegung aber muß von der „ungeheuren Mehrzahl" ausgehen, soll sie „für die ungeheure Mehrzahl" Erfolg haben, und der „erste Schritt der Arbeiterrevolution" muß die „Erkämpfung der Demokratie" sein. Das sind Regeln des Manifestes, die allerdings von den Bolschewiki in den Wind geschlagen werden, obgleich sie die elementarsten sind. Lenin braucht weder die „ungeheure Mehrzahl" für den Sieg seines Sozialismus, noch braucht er die Demokratie, die nach ihm eine „Ausgrabung", ein Petrefakt längst überwundener, oder von den Russen in wenigen Monaten übersprungener Entwickelungsetappen ist.

Hier beginnt sich das gewaltige revolutionäre Geschehen zu einem grotesken Bild alter Regeln und neuer Dialektik zu mischen. Die Friedensfrage, die die Bolschewiki ans Ruder gebracht hat, sollen gewissermaßen zum Prüfstein der neuen revolutionären Dialektik werden. Nur kein Friedenskompromiß mit der bürgerlichen Welt im jetzigen Stadium ihrer imperialistischen Kriegsraserei. Erst muß sie sich selbst aufgefressen haben, erst muß das Kriegsverbrechen im wahnsinnigsten Bürgerkrieg sich selbst übergipfelt haben, dann erst — „auf den Straßen von Berlin und Wien" ist die Zeit des wirklichen Friedens, des sozialistischen Völkerfriedens gekommen. Zu dieser bar-

Digitized by Google

barisch revolutionären Konsequenz, die erst die gesamte bürgerliche Kultur, an der seit zwei Menschenaltern auch das Proletariat mitgebaut hat, in Trümmer schlagen will, soll die Diktatur des Proletariats die Arbeiter aller Länder wieder vereinigen. Ob das was dann von Kultur und Menschheitsresten übrig bleibt, noch qualifiziert und stark genug ist, die Welt eines aristokratischen Sozialismus aufzubauen, darüber machen sich die Dialektiker des gewaltsamen blutigen Klassenkampfes keine Skrupel. Ihr Glaube versetzt auch diese Berge ...

Der mit beiden Füßen fest auf dem Boden des Wirklichen stehende Sozialist soll gewiß kein Entwickelungsfanatiker sein, der alles menschliche Geschehen im vulgärsten Entwickelungssinne erklärt. In Rußland haben viele Dinge ganz sicher einen anderen Lauf genommen als die Buchweisheit es gelehrt hat; in der revolutionären Tat sowohl, wie in der revolutionären Entwickelung. Aber über das elementarste revolutionäre Entwickelungsgesetz: den historischen Zwang zur Vollendung des Sozialismus, kommen auch die Russen nicht hinweg. Und dieser historische Zwang besteht für das jetzige Rußland nicht. Darin liegt die tiefe Tragik im Weltkampf des Sozialismus. Er wird aufs schwerste von den Völkern mit den schwächsten Kulturpotenzen in dem Augenblick diskreditiert, in dem er sich anschickt, im Bereiche der westlichen Völker — vor allem in Deutschland und in England — ein mächtiger Wirklichkeitsfaktor zu werden. Die deutsche Entwickelung dahin ist zu bekannt, als daß darüber eine umständliche Erörterung wiederholt werden brauchte. Das entsittlichende Prinzip der privatkapitalistischen Epoche ist nie brennender erkannt und auch empfunden worden wie heute. Selbst Frauen und Männer der kapitalistischen Herrenschicht und der Intelligenz stehen erschüttert unter dem furchtbaren seelischen Druck dieser Sintflut und kämpfen dagegen an mit dem sittlichen Rüstzeug wirklicher Edelmenschen. Das sind wertvollere Kampfmittel für den Sieg des Sozialismus, wie Bajonette und Maschinengewehre. Damit erhält der proletarische Klassenkampf, der ja den „Unteren" von den „Oberen" aufgezwungen ist, im verstärkten Maße die ethische Begründung, die wir Sozialisten ihm schon immer gaben.

Auch in England ist eine Entwickelung unverkennbar, die dem sozialistischen Prinzip ebenfalls eine unvergleichlich höhere Machtfülle sichern wird, wie die Bajonette der hungernden russischen Bauernsoldaten und der roten Garde des existenzlosen Petersburger Industrieproletariats. Freilich ist die sich gegenwärtig vorbereitende englische Gründung einer großen sozialistischen Partei national-sozialistisch gedacht. Aber das ist eine Tendenz, die der Krieg gebar, und mit der alle Völker, auch das deutsche, sich bis zu einem gewissen Grade abfinden müssen. Aber wichtiger wie der nationale Begriff ist das andere Faktum, das sich bei den Briten durchringt: die sozialistische Verständigung zwischen Hand- und Kopfarbeiter gegen Großindustrie und Großkapital und der Ausbau der Demokratie (Munizipalwahlrecht

Digitized by Google

Frauenwahlrecht). Hier geht der Weg zur politischen Macht, den wir in Preußen-Deutschland nach der sicheren Eroberung des preußischen Wahlrechts ebenfalls beschreiten werden. Dieses geistige Vorwärtsdrängen also, das geistige Zusammenfassen der „Masse" und nicht das gewaltsame Zertrümmern für den Weiterbau notwendiger und vorhandener Entwickelungsquaden, das ist revolutionäre Kraft im besseren, ja im besten Sinne. In dieser geistig revolutionären Entwickelung reift der ganze Zukunftskomplex der Völkerhoffnungen auf Völkerfrieden, Weltdemokratie und gesellschaftliche Gerechtigkeit viel sicherer der Erfüllung entgegen, als unter dem Zeichen, das die Bolschewiki für den sozialistischen Sieg aufgerichtet haben.

Für uns etwas schwer empfängliche Deutsche ist aber vor allem auffällig, wie Trotzki und seine Leute die russische Antriebskraft für ihre große sozialistische Weltoffensive schaffen wollen. Hier geht ihre sozialistische Befangenheit oder Unbefangenheit weit über das normale Maß hinaus.

85 Prozent der russischen Bauern und Fremdvölker stehen mit ihrem kleinbäuerlichen Agrarsozialismus und kleinbürgerlichen Gefühlssozialismus dem restlichen Prozentsatz des Industrieproletariats der großen Städte feindselig oder verständnislos gegenüber. Auch die mechanisch wirkende Bundesgenossenschaft der den Sozialismus ökonomisch ausreifenden monopolistischen Privatproduktion fehlt den Trotzkileuten zum Siege des Sozialismus. Trotzdem aber wanken sie nicht. Mit der Verbissenheit religiöser Bekenner redigieren sie einfach das Evangelium um. Aus der Marxregel von der „ungeheuren Mehrzahl" machen sie eine unmarxistische Regel von der „ungeheuren Minderheit", die an der „ungeheuren Mehrzahl" das Wunderwerk verrichten muß. Die geistige Kraft der Führer wird für ausreichend gehalten, der sozialistischen Revolution den Sieg zu sichern ... Als die kleinbäuerlichen Revolutionäre in der ersten Sitzung der Konstituante Rechnungslegung über den praktischen Erfolg des Bolschewikisozialismus verlangten, wurden die neugierigen Frager mit Kanonen auseinandergejagt. Lenin wollte ihnen zeigen, wie überflüssig das demokratische Fragerecht ist, wo es sich doch nur darum handelt, mit der rechtgläubigen Minderheit den kühnen Sprung über konstitutionelle und demokratische Etappen hinweg in den Idealstaat sozialistischer Freiwilligkeit zu wagen. Hier liegen die dialektischen Schnitzer greifbar zutage. Sie zeigen die souveräne Verachtung des gesellschaftlichen Entwickelungsprinzips und beweisen die Unmöglichkeit eines sozialistischen Sieges nach solchen Methoden ...

Will man mit einer sozialistischen Diktatur des Proletariats nicht eine neue Barbarei auf eine alte setzen, dann ist vorher eine erste Vorbedingung nötig: aus der „Masse" muß eine Gesellschaft bewußt sozialistisch und sittlich handelnder Einzelmenschen herangebildet sein. Nur eine Diktatur solcher Menschen kann das neue Gesellschaftsgebäude fest verankern und aus dem Zwang eine glückliche Freiwilligkeit machen. Aber dieser Reifegrad der menschlichen Gesellschaft

Digitized by Google

ist heute noch nirgends, in Rußland erst recht nicht, erreicht. Soll trotzdem über diese elementarste Vorbedingung hinweg die sozialistische Diktatur etabliert werden, dann kann das Resultat nur Anarchie oder eine Ochlokratie sein, die das furchtbare Gegenteil des Prinzips der sozialistischen Aristokratie ist. Und das ist das Niederdrückende bei dem furchtbaren Spiel: zu diesem Experiment, zu diesem „sozialistischen Versuch" führen Lenins und Trotzkis Wege. Daß auch in Deutschland etwas von diesem Einfluß zu spüren ist, kann nicht geleugnet werden. Die Beeinflussung kann um so leichter an Boden gewinnen, je bedenkenloser das reaktionäre politische Extrem bei uns ebenfalls mit dem Katastrophengedanken spielt. Aber trotzdem werden die Arbeiter nicht einfach Nachahmer der russischen Methoden sein. Das Klischee der Arbeiterräte schafft die Umwandlung in Deutschland noch nicht. Wir haben Kulturpotenzen, die für einen sozialistischen Sieg assimiliert werden müssen, oder wir werden nie einen Sieg in der Richtung zur sozialen Gerechtigkeit erleben. Und selbst das Katastropheextrem des ostelbischen Borussentums kann anders als durch das Bolschewikitum überwunden werden. Extrem gegen Extrem bringt Scherben, aber baut kein neues Haus. Der Ausweg liegt bei denen, die nicht zum Proletariat gehörig, die Zeichen unserer Zeit dennoch zu lesen verstehen. Das Bürgertum muß den Staatsbürgergedanken weiter fassen. Nicht nur das ist Bürgertum, was sich durch Besitz Bürgerrechte erwirbt, sondern all das, was durch die Pflichten am Staat vereinigt ist. Die höchste Pflicht am Staat aber ist die Arbeit. Die geistige wie die körperliche Arbeit zusammengefaßt ist die Wirtschaft des Volkes ist die Kraft, die Existenz des Staates überhaupt.

Kann diese gesellschaftliche Arbeit durch eine sittliche Interessengemeinschaft zwischen Intelligenz und Arbeiter der privatkapitalistischen Klassendiktatur entzogen und nur der Sozietät dienstbar gemacht werden, dann haben wir einen sozialistischen Sieg im Sinne Ferdinand Lassalles: die Wissenschaft und die Arbeiter.

Daimler

Von Linter

Vier Tage nach den Enthüllungen über die Daimler-Gesellschaft stehen deren Aktien höher als zuvor. In runden Ziffern bewertet die Börse heute dieses Unternehmen mit 120 Millionen Mark. Kurz vor dem Krieg stellte diese größte deutsche Automobil- und Motorenfabrik auf Grund des Börsenkurses ein Objekt von rund 24 Millionen dar. Sie wird also heute um 96 Millionen höher eingeschätzt. Nur ein Viertel dieser Steigerung beruht auf der Einzahlung neuen Aktienkapitals. Das heißt also, es ist eine Werterhöhung der alten Kapitalsanlage um nicht weniger als 72 Millionen nach Ansicht der geschäftskundigen Börsenleute eingetreten. Diese wenigen Ziffern allein hätten längst Reichstag und Regierung nachdenksam machen

Digitized by Google

müssen. Ob die Beschuldigungen, die in der Kommission erhoben wurden und von der Verwaltung jetzt teilweise bestritten werden, zutreffen oder nicht, spielt dabei eine ganz geringe Rolle, wie denn überhaupt die Daimler-Gesellschaft für die nachstehenden Erörterungen lediglich als Beispiel dienen soll.

Was wir zu sagen haben, gilt in zum mindesten gleichem Maße für Hunderte anderer Kriegslieferanten. Die Leute von Daimler sind sicher nicht die größten Sünder, denn sie dürfen für sich auf eine glänzende technische und finanzielle Vergangenheit, auf ein rastloses erfolgreiches Arbeiten vor und im Kriege verweisen. Das können die andern Werke mit ähnlichen Gewinnsteigerungen gewiß nicht alle. Im Gegenteil, es sind darunter viele, die vor dem Krieg nahe am Zusammenbruch standen und jetzt auf einmal förmlich im Gelde schwimmen.

Man kann in Gesprächen mit Industriellen oft hören, daß für sie jetzt, unbeschadet aller Plagerei durch Behörden und Aufsichtsbeamte, im Grunde genommen die Arbeit viel einfacher ist als je: die Rohstoffe brauchen sie nicht mehr einzukaufen, sondern erhalten sie von den Kriegsgesellschaften zugewiesen. Die Verkaufsorganisation, früher mit das schwerste in jedem Unternehmen, wurde überflüssig. Denn der Staat kauft ja alles, ohne daß man Reisende und Propaganda in Bewegung setzt. Und die Außenstände, die Sorge jedes vorsichtigen Kaufmanns, sind auf ein Minimum zusammengeschmolzen, denn der eine Schuldner, das Reich, zahlt ja mit der größten Pünktlichkeit. Im Anfang des Krieges war das anders. Da gehörten großer Unternehmungsgeist und Risikomut dazu, den Betrieb umzugestalten, neue Maschinen und Gebäude zu erstellen. Die „Gefahr" eines kurzen Krieges war für solche Unternehmungen nicht gering, und deshalb schien damals die Gewährung ausreichender Gewinne zum mindesten recht erwägenswert. Diese Voraussetzung ist aber längst weggefallen. Trotzdem blieb es mit dem Dickverdienen beim alten. Es ist nämlich eine eigene Technik entstanden, wie man Gewinne versteckt. Manche ergötzliche Anekdote könnte da erzählt werden, wie etwa jenes „sorgenvolle" Telephongespräch zwischen einem Berliner Bankdirektor, einen Aufsichtsratsvorsitzenden, und dem Direktor der süddeutschen Fabrik:

Der Bankdirektor: Nun, wie ist der Abschluß?

Der Fabrikdirektor: Ja bin in schrecklicher Verlegenheit — wir haben über hundert Prozent vom Aktienkapital verdient, die können wir doch unmöglich offiziell zugeben. Was soll ich machen?

Bankdirektor: Na, schreiben Sie mal auf die Warenbestände ein Milliönchen ab.

Fabrikdirektor: Das geht doch nicht, die ganzen Warenbestände sind ja ausverkauft.

Bankdirektor: Na, dann machen Sie Rückstellungen auf die Debitoren.

Fabrikdirektor: Verzeihung, wir haben doch nur den Staat als Kunden.

Bankdirektor (verzweifelt): Na, in Gottes Namen, buchen Sie auf die Effekten ab!

Fabrikdirektor: Wir haben aber doch nur Kriegsanleihen . . .

Weiter hat unser Gewährsmann nicht zugehört. Er kann also nicht sagen, wie es gemacht wurde. Sicher ist nur, daß jenes Werk auch nicht annähernd in seiner Bilanz 100 Prozent Gewinn zugestand. Doch Fälle wie diese sind nicht die schlimmsten. Denn

Digitized by Google

letzten Endes werden doch einmal die versteckten Gewinne an den Tag kommen. Schlimmer ist es vielleicht da, wo man zu rücksichtslos und ehrlich die erzielten Gewinne verteilt hat. Denn diesen nachzulaufen, wird einigermaßen schwer halten.

Damit kommen wir auf den Hauptpunkt. Die Beschwichtigungsräte meinen, das mit den Kriegsgewinnen sei gar nicht so schlimm, weil der Fiskus alles ja wieder erfassen werde. Das ist leider falsch. Denn eine alte Erfahrung lehrt, daß auch der schlaueste Steuerbeamte es mit seiner Kundschaft an Gerissenheit nicht aufnehmen kann. Und wenn einmal der Gewinn aus seiner Erzeugungsstelle herausgekommen ist, so verkrümelt er sich in geometrischer Progression. Das Geld wird verschwendet, es wandert, um uns einmal ganz derb auszudrücken, zum Perlenhändler und zum Schleichhändler für Speck und Butter, in moderne Sanatorien und Nachtlokale. Das Geld ist nicht mehr faßbar. Das hätte man längst erkennen sollen. Spätestens im zweiten Kriegsjahr hätten wir Maßnahmen treffen müssen, wie sie vor einiger Zeit an dieser Stelle in dem Aufsatz über die amerikanische Kriegswirtschaft geschildert wurden. In Amerika hat man kurzerhand dekretiert, daß die Gewinne vor dem Krieg als Normalverdienst anzusehen sind, daß alles, was darüber hinaus eingenommen wird, ganz anders als bei uns dem Fiskus verfällt. Statt dessen gestattete man bei uns der Industrie alles und jedes. Dinge, die das deutsche Aktienwesen gar nie kannte, sind bis vor ganz kurzer Zeit ohne weiteres erlaubt gewesen, wie zum Beispiel die Verteilung von Gratisaktien an die Aktionäre, die Ausschüttung eines besonderen Bonus und dergleichen mehr. Ein krasses Beispiel für die Weitherzigkeit in diesen Dingen ist gerade die Daimler-Gesellschaft. Als deren Aktien etwa 1000 standen, erlaubte man der Gesellschaft, den Besitzern der 8 Millionen alten Aktien weitere 24 Millionen zu einem Kurse von 107 auszugeben. Das war eine Verwässerung, wie sie die Geschichte des deutschen Aktienwesens nie gekannt hat. Es wäre angebracht, die Reichsbank zu fragen, warum sie unbegreiflicherweise ihre Zustimmung gegeben hat.

Wenn wir vorhin von dem allmählichen Versickern jener Millionen sprachen, so muß auch an recht bedenkliche politische Dinge erinnert werden. Die Schwerindustrie beispielsweise zeichnet heute mit vollen Händen für Dinge Gelder, die jedem Freund einer unabhängigen Presse notwendig einigermaßen bedenklich erscheinen. Hier braucht nur das Schlagwort „Ala" hereingeworfen zu werden, oder an die Finanzierung von geldbedürftigen Zeitungen usw. erinnert zu werden; was man für solche Dinge zeichnet, wird dann unter Unkosten gebucht und braucht nicht einmal versteuert zu werden.

Eine große Rolle im Falle Daimler spielt die Frage der Kalkulationen, und die Erklärung der Gesellschaft selbst beeilt sich, gerade diese Vorwürfe als falsch zurückzuweisen. Das wird sich erweisen. Aber gleichgültig, wie sich die Dinge in diesem Sonderfall erledigen werden, kann hier mit aller Bestimmtheit versichert werden, daß man das Wort Kalkulation in weiten Kreisen der Industrie nur mit einem

Digitized by Google

Augurenlächeln in den Mund nimmt. Als vor einiger Zeit in der Nähe von München ein kleiner handwerksmäßiger Hersteller eines chemischen Spezialmittels verurteilt wurde, weil er einige hundert Prozent auf die Selbstkosten schlug (obwohl er das schon im Frieden getan hatte), da versicherte uns ein Industrieller, daß so eine Dummheit nur einem kleinen Mann passieren könne. Denn nur in einem kleinen Betriebe könne man derartige Kunstgriffe entdecken, anderswo hätte man längst verstanden, alles hübsch zu verdecken. Und derselbe Mann meinte, auch er werde ja von seinen Lieferanten wahnsinnig überteuert, ohne sich darüber aufzuregen, im Gegenteil, es sei ihm ganz angenehm. Das erläutertete er an folgendem Beispiel: „Ich habe dieser Tage eine Maschine bestellt, die im Frieden 3000 M. gekostet hat und für die jetzt die herstellende Fabrik 20000 M. verlangt. Selbstverständlich ist gar keine Rede davon, daß sie zu dieser Forderung berechtigt ist. Mir ist es aber insofern ganz recht, als ich auf diese Weise mit einem Schlag 20000 M. abschreiben kann, während ich früher diese 3000 M. bestenfalls in zehn Jahresraten aus dem Gewinn als Amortisation deckte."

Dieser Herr mag von seinem persönlichen Standpunkt aus nicht so ganz unrecht haben. Volkswirtschaftlich sind diese Dinge von geradezu fürchterlicher Wirkung. Denn gerade der Umstand, daß in dem großen Glied der Produktionskette jeder einzelne dick verdienen will und dick verdienen darf, ist einer der Hauptgründe, warum wir heute auf einer so gefährlichen Preishöhe angelangt sind, welche allen Nichtkriegsgewinnern ein einigermaßen leidliches Leben fast unmöglich macht. Und gerade der Umstand, daß jeder einzelne so glänzend verdient, ist letzten Endes ruinös für unsere Wirtschaft und hätte längst ganz andere Maßnahmen erforderlich machen müssen.

Die Börse hat sich über den Fall Daimler nach anfänglicher großer Bestürzung wieder beruhigt. Sie nimmt an, daß man schon wegen der 8. Kriegsanleihe den Fall Daimler mit einem dichten Schleier bedecken werde. Auch hofft man geradezu, daß diese neuen Geschäftsgewohnheiten bei uns so weit um sich gegriffen haben, daß nicht allzu viele Leute an ihrer Aufdeckung interessiert seien. Wir würden es für entsetzlich halten, wenn die Börse recht behielte. Denn unendliche Werte stehen hier auf dem Spiel. Es handelt sich nicht nur um die bittere Notwendigkeit, der Verschwendung unserer Milliarden ein kategorisches Halt zuzurufen. Auch die erwähnte Überteuerung aller Bedarfsartikel ist nicht unsere größte Sorge, wohl aber scheint es uns unerläßlich in Deutschland jeder Korruption, wo immer sie sich breit macht, furcht- und rücksichtslos in Gesicht zu leuchten. Und die 8. Kriegsanleihe? werden manche fragen. Für die haben wir keine Angst. Die wird auch ohnehin gut, sogar sehr gut gehen. Aber das Ausland! Auch vor dem Ausland brauchen wir uns nicht zu fürchten, im Gegenteil, es ist ein Zeichen der Stärke, wenn man faule Dinge vor aller Öffentlichkeit behandelt. Denn nur der Starke kann sich diesen Luxus erlauben. Und wir sind stark!

Digitized by Google

Notizen

Herzogtum Kurland. Der Kurländische Landesrat hat dem Kaiser und König von Preußen die Herzogskrone von Kurland angeboten. Wer ist dieser Landesrat? Als die russische Verwaltung beim Vormarsch der deutschen Truppen Kurland verlassen hatte, blieben als einzige Organe der Selbstverwaltung die Ritterschaft und in den Städten die Kommunalverwaltungen zurück. Die Ritterschaft, die das Recht der Gesetzesinitiative besaß, beantragte bei der deutschen Verwaltung eine Ausgestaltung der örtlichen Selbstverwaltung durch Einbeziehung des lettischen Kleingrundbesitzes und Stadtverwaltungen, welche Neuordnung bisher an dem Widerspruch der russischen Regierung gescheitert war. Diesem Wunsche gab die deutsche Verwaltung Folge. Da Kurland etwa zu gleichen Teilen aus Großgrundbesitz und Kleingrundbesitz besteht, so wurden in die Landesversammlung je 27 Vertreter des Großgrundbesitzes und des Kleingrundbesitzes gewählt; dazu 17 Vertreter der Städte (10 Deutsche, 6 Letten, 1 Jude), 5 Geistliche (3 Deutsche und 2 Nichtdeutsche) und 4 Glieder des ritterschaftlichen Komitees. Diese Landesversammlung wählte den Landesrat, der aus 6 Großgrundbesitzern, 6 Bauern, 4 Städtevertretern, 3 Geistlichen und einem Vertreter der Ritterschaft bestand. Darunter befinden sich 7 Letten und 1 katholischer litauischer Pfarrer. Die bäuerlichen Wahlen zur Landesversammlung kamen auf folgende Weise zustande. Die Gemeindeältesten Kurlands wählten aus ihrer Mitte 27 bäuerliche Vertreter. Da die Wahlen zu den Gemeindeältesten auf einem russischen Gesetze beruhen, so handelt es sich also nicht um eine ad hoc zurecht gemachte Wahl. Wichtig ist ferner, daß die Gemeindeältesten zwar aus der Zahl der bäuerlichen Hofbesitzer gewählt werden müssen, jedoch von der Gemeindeversammlung, auf der alle männlichen Glieder der Gemeinde, einerlei ob sie besitzlich oder nicht sind, Stimmrecht haben. Bemerkt sei noch, daß die Güter in die Gemeindebezirke nicht eingemeindet sind, also keinen Einfluß auf die Wahl ausüben können. Auch bei den Wahlen der städtischen Vertreter wurde auf die Stadtverordneten-Versammlungen zurückgegriffen, die noch zu Zeiten der russischen Regierung gewählt waren; also auch hier kann von einer deutschen Beeinflussung nicht gesprochen werden.

Aus den jetzt gefaßten Beschlüssen des kurländischen Landesrates geht hervor, daß die Bevölkerung Kurlands nicht nur die Loslösung von Rußland wünscht, sondern auch geglaubt hat, daß ein so kleiner Staat, wie Kurland, nur in engster Anlehnung an einen mächtigen Nachbar bestehen kann. Hervorzuheben ist noch die Erklärung des lettischen Vertreters, daß die Letten keinen eigenen Herzog wünschen, sondern die Personalunion mit dem deutschen Kaiser und König; ebenso sind Deutsch-Balten und Letten im Wunsche einig, daß Livland und Estland mit Kurland zu einer staatlichen Einheit verschmolzen würde. Eine Teilung der seit 700 Jahren zusammengewachsenen Provinzen etwa durch die Dünalinie würde das Lettenvolk mitten entzwei schneiden und unwiderruflich zu einer lettischen Irredenta führen. Da ein solcher Zustand von keinem Teile gewünscht werden kann, so bliebe nur die Peipus-Linie übrig, da sonst überhaupt keine strategische Linie vorhanden ist. Diese ist aber von Moltke schon als überaus günstig bezeichnet worden.

So verständlich es ist, daß Kurland bei erstmöglicher Gelegenheit seinen Wunsch nach enger Verbindung mit Deutschland aussprach, so kann nicht verschwiegen werden, daß es taktisch nicht unbedenklich war, vor Ratifizierung des russischen Friedens solch einen Beschluß zu fassen, zumal auch die achte Kriegskreditvorlage vor der Tür steht. Gerade weil wir stets für diese Lösung der östlichen Frage energisch eingetreten sind, glauben wir ein Recht zu haben, es auszusprechen, daß es klüger gewesen wäre, diesen Antrag nicht ohne Fühlungnahme mit dem Reichstag, der doch ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben

Digitized by Google

wird, zu fassen. Daß aber auch die Lösung des kurländischen Landesrates zu mancherlei Bedenken Anlaß gibt, zeigt ein Artikel der „Frankfurter Zeitung" vom 13. März, der im großen und ganzen die Ansicht der Reichstagsmehrheit widerspiegeln dürfte. Es heißt da u. a.:

„Der kurländische Landesrat will durch eine Reihe von Konventionen das Heer-, Zoll-, Verkehrs-, Bahn-, Münz- und Gerichtswesen seines Landes möglichst eng dem Deutschen Reiche angliedern. Hier soll also ein deutsches Nebenland entstehen, das mit der Zeit in allen Stücken einen Teil des Reiches bilden würde, ohne daß die deutsche Volksvertretung ein Recht der Mitbestimmung hätte. Wir halten es für unmöglich, daß der Reichstag einer solchen Anordnung widerspruchslos zustimmt. Es darf nicht als Folge des Krieges der Verantwortungskreis des deutschen Volkes vergrößert werden, ohne daß sein gesetzlicher Einfluß mindestens in demselben Maße gewahrt wird. Entschließt sich die Reichsleitung dazu, Kurland „möglichst eng an Deutschland anzuschließen", wie der Landesrat es beantragt, so würden wir die offene Angliederung des kleinen Landes an den preußischen Bundesstaat der Errichtung eines formell außerhalb des Reiches stehenden Herzogtums vorziehen. Als preußische Provinz würde Kurland ein vollberechtigter Bestandteil des Deutschen Reiches sein, und die Bevölkerung hätte die Gewähr, ihre Beschwerden und Wünsche der großen deutschen Öffentlichkeit zu Ohren bringen zu können, während andernfalls die Gefahr eines militärisch-großagrarischen Systems ohne gehörige Kontrolle denkbar ist."

Die in der „Frankfurter Zeitung" geäußerten Bedenken sind durchaus nicht alle von der Hand zu weisen. Trotzdem stehen wir nicht an, die Erwartung auszusprechen, daß der Beschluß des kurländischen Landesrates einen Anfang bildet zur glücklichen Lösung der östlichen Fragen, die uns das Schicksal durch den Zerfall des russischen Reiches auferlegt hat. Sollte es sich dabei erweisen, daß dem selbständigen Herzogtume die Eingliederung als preußische Provinz vorzuziehen wäre, so wären wir die ersten, die das mit Freude begrüßen, um so mehr, als wir von einem staatsrechtlich erneuerten Preußen eine stärkeren kulturpolitische Werbekraft erwarten, als sie sonst in der östlichen Überlieferung sich gezeigt. A. S.

Schwedische Pressestimmen zur Alandfrage. Die Errichtung einer Etappenstation auf den Alandsinseln, um die deutsche Waffenhilfe für Finnland zu ermöglichen, hat naturgemäß in Schweden nicht geringe Erregung hervorgerufen. Die aktivistische Presse weist nicht mit Unrecht darauf hin, daß dieses für Schweden unliebsame Ereignis nur durch die verkehrte Politik der schwedischen Regierung ermöglicht worden sei. Das führende Blatt der Aktivisten „Nya Dagligt Allehanda" nennt den Protest der schwedischen Regierung einen „Fastnachtsscherz", nachdem Schweden die Bitten der Finnländer kalt zurückgewiesen hat: „Die ganze Alandsfrage ist jetzt in ein Stadium getreten, daß, wenn Schweden die Inseln noch entgegennehmen darf, es sich in vielem, was nicht leicht ist, fügen muß; und falls Schweden die Inseln nicht bekommt, so wird der starke Druck, der von dort ausgeübt werden kann, ein noch bedeutungsvollerer Faktor als vor dem Kriege werden." Das konservative, aber nicht aktivistische „Svenska Dagbladet" ist der Ansicht, daß „Schweden große Möglichkeiten besaß, die aber von den kurzsichtigen Machthabern nicht ausgenutzt worden seien". Die gemäßigt-liberalen „Stockholms Tidningen" erklären, „es muß vom schwedischen Standpunkt aus offen und ohne Vorbehalt zugegeben werden, daß es jedenfalls viel besser ist, wenn der blutige Anarchismus in Finnland mit deutscher Hilfe überwunden, als wenn er mit russischen Waffen siegen und über Kultur und Demokratie triumphieren würde. Die Nichtintervention Schwedens nennt sie einen schicksalsschweren Fehler, der allen Parteien zur Last falle, weil infolge der Parteizersplitterung der Staat keine starke Außenpolitik treiben konnte." „Der Traum eines größeren Skandinaviens dem auch Finnland angehören sollte, ist vereitelt und die Entwicklung der Ereignisse schiebt Schweden in ausgesprochenem Maße zur Seite." Die linksliberale „Aftonbladet" vertei-

Digitized by Google

digt den Proteſt der ſchwediſchen Regierung und erklärt, daß „durch die deutſche Landung ein ſtarkes Mißtrauen zu den Abſichten, die hinter dieſem Auftreten liegen, hervorgerufen worden ſei". Die demokratiſchen „Dagens Nyheter" erklären, daß „die Aalandsinſeln in den Händen einer Großmacht mit offenſiven Tendenzen für Schweden ein Dorn im Auge ſei. Bevor die ſchwediſchen Truppen die Räumung der Inſeln ſeitens des ruſſiſchen Militärs durchſetzen konnten, ankerten die Deutſchen, nachdem ſie ſich wie zufällig die Hegemonie der Oſtſee geſichert hatten, vor den Aalandsinſeln." Die Zeitung „Socialdemocraten" iſt ſchließlich der Anſicht, daß Reval und die eſtländiſche Küſte den Deutſchen viel beſſere Stützpunkte für Operationen in Finnland böten, als die Aalandinſeln und will daher in der Landung der Deutſchen eine gegen Schweden gerichtete Spitze ſehen. Im ſpäteren Verlaufe des Artikels gibt das ſozialdemokratiſche Blatt aber zu, daß die Errichtung einer Etappe für die deutſchen Operationen in Finnland in keinem Widerſpruch mit den ſchwediſchen Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung auf den Aalandsinſeln zu kommen brauche."

Die kirchliche Selbſtändigkeit der Ukraine. Nicht nur auf dem Balkan, ſondern im ganzen Oſten iſt die Nationalität noch kirchlich orientiert. Die muſelmaniſchen Kreter hielten es mit der Türkei, die Orthodoxen mit Griechenland. Daher war es ganz folgerichtig, daß Bulgarien bei ſeiner Staatswerdung ſofort eine unabhängige bulgariſche Kirche unter einem Exarchen ſchuf, um nicht weiter noch griechiſche und ſerbiſche kirchliche Einflüſſe in der Politik dulden zu müſſen. Auch die Ukraine arbeitet jetzt eifrig daran, ihre Kirche, die zwangsweiſe Moskau unterſtellt war, wieder zu befreien. Schon war ein orthodoxer Biſchof, der die Sache der Ukraine zu der ſeinigen gemacht hatte, zum Patriarchen für die Ukraine auserſehen. Jetzt iſt auch er dem maximaliſtiſchen Terror zum Opfer gefallen. Das kann natürlich den Loslöſungsprozeß der ukrainiſchen Kirche von der großruſſiſchen aufhalten, den Drang nach Selbſtändigkeit aber nur verſtärken. Iſt erſt einmal ein geiſtliches Oberhaupt in der Ukraine eingeſetzt, ſo wird die Ukrainiſierung der Kirche ſehr ſchnell vor ſich gehen, weil die niedere Geiſtlichkeit nicht nur zum nicht geringen Teil im Gegenſatz zur höheren Geiſtlichkeit, die lauter Ruſſifikatoren aufwies, aus der Ukraine ſtammte, ſondern neben den Volksſchullehrern die Hauptträger der ukrainiſchen Selbſtändigkeitsidee war. Schon der ruſſiſche Hiſtoriker Koſtomarow, der von Geburt ein Ukrainer war, hat in ſeinem intereſſanten Schriftchen über „Die zwei Nationalitäten in Rußland" (Lemberg 1868, während des Krieges iſt vom Bund zur Befreiung der Ukraine in Lauſanne eine franzöſiſche Überſetzung veröffentlicht) die Anſicht verfochten, daß Großruſſen und Ukrainer in religiöſer Beziehung völlig anders geartet ſeien. Der Großruſſe iſt kirchlicher Formaliſt, der Ukrainer dagegen Myſtiker. Daher hat auch der Baptismus in der Ukraine ſo ſtarken Einfluß gewonnen, der unter dem Namen Stundismus (Beiſtunden) dort weitverbreitet iſt. Da das jetzige Streben der Ukraine nach kirchlicher Selbſtändigkeit kein Kunſtprodukt iſt, ſondern in alter Tradition wurzelt, hat es gute Ausſicht, die breiten Maſſen des Volkes für ſich zu gewinnen.

Zur gefl. Beachtung! Dem beſonderen Intereſſe unſerer Leſer empfehlen wir den beigelegten Proſpekt über Stier-Somlo „Vom parlamentariſchen Wahlrecht in den Kulturſtaaten der Welt" aus dem Verlag Dietrich Reimer, Berlin.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Für Anzeigen Guſtav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Guſtav Kiepenheuer, Abteilung „Deutſche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erſcheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpoſt M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietſch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Ostjüdische Erzähler

Ausgewählt und übertragen von A. Eliasberg

Der Liebhaber-Bibliothek 34. Band

Vossische Zeitung: „Die Ostjuden haben ausgezeichnete Erzähler. Drei von ihnen werden hier dem deutschen Leser präsentiert: J. L. Perez, Scholem Aleschem, Scholem Asch. Religiöser Ernst, soziale Empfindung und zuweilen behaglicher Humor sind diesen Erzählern zu eigen. Eine unbekannte Welt wird hier lebendig. Das kleine Büchlein, von Alexander Eliasberg zusammengestellt, verdient einen großen Leserkreis."

M. 2.— leicht kart. / M. 3.— schön geb.

Durch die Buchhandlungen oder, falls keine am Platze, direkt vom Verlag zu beziehen

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar

Für 20 Pfg.

wöchentlich bringt

„Die Welt-Literatur"

die besten

Romane und Novellen

Sie ist die unterhaltendste u. billigste

Haus-Bibliothek

die in keiner Familie fehlen sollte.

Vierteljährlich (13 Nummern) . . 2.50 M.
Vierteljährlich Feldpost (13 Nrn.) 2.80 M.
Probe-Bände (5 Nrn.) mit Porto 0.60 M.

Verlag: „Die Welt-Literatur" München 2

Technische Glasartikel

Wiederverkäufer gesucht

Hermann Herzig, Görlitz in Schlesien

AUTO-LICHT-ENTWICKLER „DANIEL"

Größter Schlager. Export nach allen Ländern.
Daniel Heinr. Balz, Dresden-A., Gr. Plauensche Straße 18

Dr. Möller's Sanatorium Dresden-Loschwitz

Herrliche Lage. Wirks. Heilverf. f. chron. Krankh.

Diätetische Kuren

Zweiganst. tägl. 6 M. Pros. p. u. Brosch. fr.

Bei allen Anfragen und Bestellungen aus dem Inseratenteil bitten wir, sich auf die „Deutsche Politik" zu beziehen.

Erleichterte Kriegsanleihezeichnung!

Übersehen Sie nicht die interessante Beilage der deutschen Lebensversicherungsbank „Arminia"

Soeben erschien das 25. bis 27. Tausend

A. Damaschke:
Volkstümliche Redekunst

Erfahrungen und Ratschläge

96 Seiten Preis Mk. 1.00 Porto 10 Pf.

Aus dem Inhalt:

1. Von der Bedeutung der Redekunst
2. Von der Anwendung der Redekunst

A. Fleiß und Begabung. B. Der Stoff. C. Die Gliederung. D. Der Ausdruck. E. Das Aneignen. F. Der Vortrag.

3. Von der Vollendung der Redekunst

Professor Dr. Waldemar Zimmermann in der „Sozialen Praxis": Es ist Damaschke nicht genug zu danken, daß er uns auch einmal einen Blick in die Werkstatt seiner volkstümlichen Redekunst tun läßt. Es ist ein Genuß, das Büchlein zu lesen. – Legationsrat Dr. v. Schwerin in der „Deutschen Zeitung": In glänzender, zum Teil humorvollen Weise wird hier alles das erzählt, was dem Redner gefährlich werden kann, was alle Redner beachten müssen. – Dr. Potthoff in den „Volkswirtschaftlichen Blättern": Ein treffliches Büchlein, dem weite Verbreitung zu wünschen ist, sowohl des Inhalts wie der Form wegen; denn es bietet das beste Beispiel für das, was es lehren will: den Willen zur Tat wecken. – Generalsekretär Lewsin der „Volksbildung": Das Büchlein enthält mehr, als sein Titel verspricht. – Dr. K. Schmidt in den „Münchener Neuesten Nachrichten": Wenn dieser gewandte und kenntnisreiche Redner Ratschläge über volkstümliche Redekunst erteilt, bedarf dieses Werk keines Wortes der Empfehlung.

◆

Zu beziehen durch die „Deutsche Warte", Buchhandlung, Berlin NW 6
(Postscheckkonto 21 068)

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

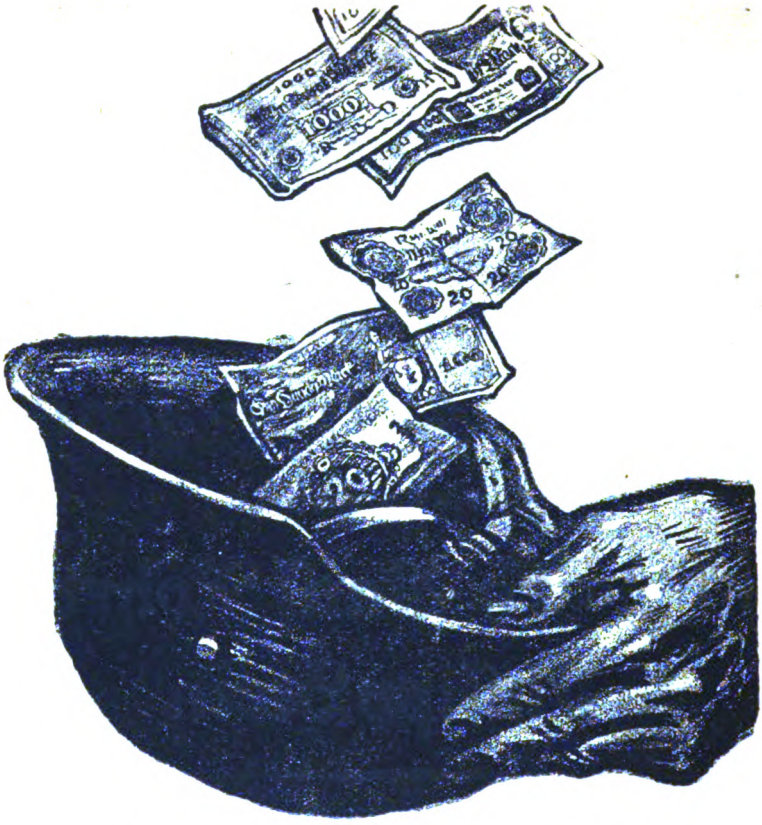
Inhalt:

Politische Glossen 385
Rohrbach, Offensive und Ideenkampf 387
Stein, Hollands Not — Europas Gefahr 392
Dresdner, Die Liquidation im skandinavischen Norden . . 395
Jastrow, Die Ukraine und die osteuropäische Frage 400
Schmidt, Kann Rußland ohne die baltischen Häfen leben? 404
Thimme, Die Zukunft der nationalliberalen Partei 406
Notizen / Neuerscheinungen 412

Preis 40 Pfennig

3. Jahrgang 29. März 1918 Heft 13

Gustav Kiepenheuer / Verlag / Weimar / Berlin



Jede bisher gezeichnete Mark Kriegsanleihe hat mitgearbeitet an den bisherigen großen Erfolgen unseres Heeres.

Zeichnet den Enderfolg durch die „achte"!

Digitized by Google

3. Jahrgang • 29. März 1918 • Heft 13

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die große Schlacht im Westen ist entbrannt, ihr erster Abschnitt ist ein deutscher Sieg, wir wünschen und hoffen aus ganzem Herzen, daß der Auftakt, der den Engländern in zwei Tagen mehr Gelände entriß als ihre vielwöchentlichen Anstürme in Flandern uns wegnehmen konnten, von weiteren großen Schlägen gefolgt wird. Die furchtbare Technik des Krieges tritt mit neuen Waffen in den Kampf — Paris wird auf hundertzwanzig Kilometer beschossen. Das ist die Stunde, da die Liquidation des Ostfriedens im Westen militärisch fruchtbar wird. Die deutsche Regierung hat diesen nochmaligen Waffengang so wenig gesucht wie die Heeresleitung — denn wir stoßen nicht als Eroberer in das feindliche Gelände vor. Das Vabanque-Spiel von Versailles konnte aber nur mit den Waffen beantwortet werden und wir können heute nur den Wunsch haben: was Hindenburg im Osten gelang, durch überlegene militärische Siege den russischen Regierungskörper auseinanderzusprengen, daß dies auch im Westen gelingen werde. Denn das ist im Augenblick die Aufgabe des Soldaten geworden, mit der Politik des Schwertes und der Vernichtung „drüben" einen Zustand der Friedensreife zu schaffen, um den sich die Staatsmänner bald keck, bald tastend, bald zornig, bald zart, aber bis heute immer vergeblich bemüht haben.

*

Die überlegene Moral unseres Heeres, die Genialität unserer Führung werden überall zu Hause empfunden, aber ich bezweifle, ob man den Einzelleistungen gerecht wird, die gerade in diesem Stadium des Krieges oft von ausschlaggebender Bedeutung für das Gelingen oder Scheitern einer militärischen Operation sind. Ich führe ein Wort aus Feindesmund an:

Die „Nation" vom 9. März bemerkt:

„Die auffallendste Lehre aus der Schlacht von Cambrai ist der gewaltige Einfluß, der von ein paar entschlossenen Männern ausgehen kann. Ein paar deutsche Soldaten bei Flesquières und eine andere Abteilung bei Masnières sind es gewesen, die wirklich unsere Offensive am Eröffnungstage gebrochen haben."

*

Digitized by Google

Es gibt drei Methoden, den Weltkrieg politisch zu liquidieren:

Erstens: Die diplomatische Methode, die bei uns bevorzugt wird. Man erklärt seine Verhandlungsbereitschaft und erwartet dann, sich irgendwo mit einem feindlichen Unterhändler, womöglich mit einem, den man von früher her kennt, zu treffen, um in einer freundschaftlichen Aussprache die Lösung des Weltkrieges zu finden. Diese Methode kann als vieux jeu bezeichnet werden.

Zweitens: Die demokratische Methode. Frühere Vertreter der internationalen Sozialdemokratie treffen sich und versuchen, eine neue Welt aufzubauen ohne Achtung vor der alten, auf Grund von Prinzipien, an die sie glauben, aber die sie noch nicht erprobt haben. Die Verhandlungen werden öffentlich geführt.

Drittens: Die Methode der heilenden Staatskunst. Verhandlungen werden vorbereitet durch einen öffentlichen Dialog, der die Basis der Verständigung nicht nur findet, sondern Völkern so deutlich macht, daß die öffentliche Meinung überall auf den Versuch hindrängt, die noch bestehenden Differenzen durch diplomatische Besprechungen zu überbrücken. Als Herr von Kühlmann seine erste Rede hielt, in der er als Vorbedingung für glückliche Friedensverhandlungen eine bestimmte Atmosphäre forderte, hatte man gehofft, daß er den dritten Weg beschreiten würde.

*

Der Gang der Friedensverhandlungen mit Rumänien hat sich sehr schleppend gestaltet. Allzuschleppend, nachdem die wesentlichen Umrisse der künftigen Gestaltung rasch genug festgelegt waren. Das Zwischenspiel des rumänischen Regierungswechsels war Hemmnis — nun aber müßte rasch und entschieden Schluß gemacht werden. Denn die lange und abwartende Abwesenheit des Staatssekretärs in einem Augenblick, da der Handel zwischen der Entente und Holland höchste Zuspitzung erfuhr, kann für die Vertretung der deutschen Interessen nicht erwünscht sein.

*

Ein führender Reichstagsabgeordneter schreibt uns:

„Im Hauptausschuß und im Plenum wurde Herr von Kühlmann gerade von seinen Freunden vermißt. Die Atmosphäre im Foyer während der letzten Woche war fragend. Die loyale Art Payers verhinderte eine tiefergehende Unruhe. Aber die Zahl der Fragezeichen blieb groß. Ein Vorteil für das Auswärtige Amt war die vertrauenerweckende, staatsrechtlich durchdachte Auskunfterteilung durch Geheimrat Simons. Der Wunsch, einen sicheren, durchdachten Plan in der Leitung der politischen Aktionen zu sehen, kam in den Privatgesprächen immer wieder zum Ausdruck. Im Spiel der großen Politik wie im Schachspiel bewährt es sich, mehr als den nächsten Zug vorauszukompinieren."

*

Die Entente hat durch Balfours Mund eine sehr gespreizte Verwahrung gegen den Ostfrieden erlassen, den er ein „politisches Verbrechen" nennt. Begangen wohl

Digitized by Google

gegen das Londoner Abkommen vom September 1914. Es ist niemand von uns geneigt, diese Kundgebung irgendwie tragisch zu nehmen: es sind Worte in die Luft, die von dem Schlachtenlärm des Westens, kaum gesprochen, schon zerfetzt sind. Die Ohnmacht und Wut, die das russische Werkzeug gegen Deutschland nun völlig gelähmt sieht, findet nur den Ausweg in Schimpfworten. Das hat mit Politik nichts zu tun. Eine Frage der Politik aber wird es sein, die östlichen Dinge als eine erledigte Sache durchzuhalten. Ob, daß und wieweit wir dies vermögen, auch darum wird heute in den großen Schlachten des Westens gekämpft.

*

Lloyd George hält sich noch immer, aber es kann kein Zweifel mehr sein, daß seine Tage gezählt sind. Wie der Arzt an gewissen Symptomen bestimmte unheilbare Krankheiten feststellen kann, so läßt sich heute die Unhaltbarkeit der Lloyd Georgeschen Stellung diagnostizieren. Dasjenige Symptom, das am allerschwersten ins Gewicht fällt, ist der allgemeine moralische Dégout, dem kein Premierminister auf die Dauer standhalten kann. An zweiter Stelle steht die Nervosität, die Lloyd George deutlich zeigt: Nur die Stimmung der Verzweiflung konnte ihn veranlassen, Northcliffe, Rothermere und Beaverbrook in einem Augenblick in seine Umgebung zu ziehen, wo er öffentlich als Inspirator der Preß-Intriguen angegriffen wurde. Man würde sich nicht wundern, sollte Lloyd George demnächst Horatio Bottomley, den Herausgeber der englischen Zeitschrift „John Bull", früheren Gründungsschwindler, zum Lordkanzler machen.

*

Eine geschichtliche Feststellung: Als Lichnowsky 1912 die Berufung nach London erhalten, meldete er sich bei dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Kiderlen-Wächter: „Wie Eure Exzellenz wissen, hat mich Seine Majestät auf den Botschafterposten nach London berufen." Kiderlen, hinter dem breiten Schreibtisch sitzend, schob die runde Brille auf die Stirne und antwortete, gelassen resignierend: „Ja — leider!" Kiderlens wie Bethmanns Gegenbemühungen waren fruchtlos geblieben.

Den 24. März 1918

Offensive und Ideenkampf

Von Dr. Paul Rohrbach

Hermann Stegemann erinnert am Schluß des zweiten Bandes seiner Geschichte des Weltkrieges an das Wort des früheren Generalstabschefs Grafen Schlieffen über den Ermattungskrieg:

„Solche Kriege sind aber zu einer Zeit unmöglich, wo die Existenz der Nation auf einen ununterbrochenen Fortgang des Handels und der Industrie gegründet ist und durch eine rasche Entscheidung das zum Stillstand gebrachte Räderwerk wieder in Lauf gebracht werden muß. Eine Ermattungsstrategie läßt sich nicht treiben, wenn der Unterhalt von Millionen den Aufwand von Milliarden erfordert."

Digitized by Google

Dazu sagt Stegemann:

„Seit Mitte Februar 1915 war das Unmögliche möglich geworden, der Krieg wurde auf diese Weise betrieben, nachdem sich Moltkes Weissagung erfüllt hatte, daß keine der großen Mächte in einem oder zwei Feldzügen vollständig niedergeworfen werden könnte."

Dann heißt es bei Stegemann weiter, und die nun folgenden Sätze scheinen mir grundlegend für die Auffassung des Weltringens zu sein und den Verfasser als einen Mann von wahrhafter geistiger Bedeutung zu kennzeichnen:

„Da aber die Völker nur dann zu einem solchen Kriege willig waren, wenn er einer höheren Idee dienstbar erschien und man aus dem Weltkrieg weder einen Glaubenskrieg noch einen Rassenkrieg machen konnte, so wurde er von England, Frankreich und Rußland fortan im Namen der ‚Freiheit und Gerechtigkeit' und gegen den ‚preußischen Militarismus' geführt. Der Gegensatz innerer staatlicher Auffassungen und Ordnungen, der Preußen-Deutschland von den Weltmächten mit ihrer Demokratie trennte und der Bildung einer gemeinsamen politischen Weltanschauung und Weltstimmung gegen Deutschland in den letzten vierzig Jahren so förderlich gewesen war, erleichterte diese Umprägung des größten Krieges, der um die Welthandelsherrschaft und das im angelsächsischen Sinne zu ordnende europäische Gleichgewicht geführt worden ist, zu einem politischen Ideenkrieg, der nach und nach die ganze Welt in seinen Bann riß.

Nur die begriffliche Bestimmung des Krieges als eines Ideenkampfes hat England und Frankreich gestattet, den gegen Deutschland gerichteten Feldzug aus der Fülle der in ihren Völkern ruhenden Kräfte zu speisen und jahrelang fortzusetzen, während Rußland im Kriege verharrte, weil der Zarismus von den Karpathen den Weg nach Konstantinopel suchte und das liberale Bürgertum und die Arbeiterschaft diesem Kriege nicht widerstrebten, solange er ihnen nicht die innere Befreiung gebracht hatte, die früher oder später aus Siegen oder Niederlagen der Zarenarmeen und vor allem aus der fortgesetzten politischen Ideengemeinschaft und materiellen Interessenverflechtung mit den Westmächten erwachsen mußte. Deutschland und Österreich-Ungarn blieb gegenüber solchen Triebkräften zum Kriege zunächst nichts als das Bewußtsein, für ihren staatlichen Bestand und ihre Selbstbestimmung zu kämpfen. Aber es genügte fortan nicht mehr, sich gegen die Feinde von heute und morgen zu behaupten, sondern man mußte auch den Ideenkampf auskämpfen, der sich gebieterisch ankündigte, und mußte ihn deshalb zugleich im eigenen Schoße und nach außen führen, ohne sich durch die wachsenden Entbehrungen niederdrücken zu lassen und ohne die kriegerische Kraft zu schwächen, die im Westen einen lebenden Wall errichtet, im Osten den großen Angriffsfeldzug der russischen Übermacht zum Scheitern gebracht und die Küsten des bedrohten Vaterlandes mit eiserner Wehr umgürtet hat."

Wer Stegemanns Werk kennt, wird zugeben, daß es, soweit wie unter solchen Verhältnissen Objektivität möglich ist, objektiv geschrieben ist, wenn auch getragen von Bewunderung für die Leistungen deutscher Kraft. Sie raubt dem Verfasser aber nicht der Fähigkeit, kritisch zu sehen, auch uns gegenüber, und ein Beispiel dafür, wie er Kritik übt, ist in den angeführten Sätzen gegeben. Der politisch und historisch gebildete Leser sagt sich: Das eben ist die eigentliche und die gefährlichste Schwäche unserer Stellung im Weltkriege, daß ein großer Teil unserer öffentlichen Meinung nicht einsieht, wie die Feinde nur darum imstande sind, ihren Völkern so große Opfer aufzuerlegen und den Kampf so lange zu führen, weil man in ihnen ein Bewußtsein zu

Digitized by Google

erwecken verstand, der Krieg sei ein Ideenkampf, ein Kampf um große geschichtlich-sittliche Ziele. Demgegenüber bedeutet es wenig, wenn wir darauf hinweisen, daß darin sachlich eine Unwahrheit liegt und daß sich an so vielen Stellen der materielle Eigennutz der Entente-Genossen offenbart. Es ist eine überwältigende Eigenschaft des idealen Prinzips, daß schon eine geringe Beimischung von ihm, ja selbst der bloße Glaube, es sei etwas von ihm da, für die Vorstellungen und Handlungen der Menschen so zu wirken imstande ist, als ob es die Idee selbst in ihrer Reinheit sei, wofür gekämpft wird. Diese Erfahrung mit unseren Feinden machen wir fast vom ersten Tage des Krieges an, und ihretwillen ist von uns immer wieder die Forderung erhoben worden, unsere politische Leitung möge doch endlich das Gesetz der moralischen Offensive begreifen. Nach den niederdrückenden Erfahrungen politischer Unfähigkeit, die wir andauernd in diesem Stück gemacht haben, verstärkt sich freilich mehr und mehr der Zweifel, ob hier noch etwas Entscheidendes für uns wird gebessert werden können. Damit aber belasten wir selbst uns für den Kampf mit einem Bleigewicht, dessen Fortschleuderung uns erst Freiheit geben würde, zu entscheidenden Streichen auszuholen. Hier liegt eine Schwäche unseres nationalen Wesens und daher auch unserer Führung vor, die kaum anders erklärt werden kann, als durch die politische Öde und Leere des einseitig materialistischen Glaubens an Gewaltwirkungen, in dem die heute führende Generation aufgewachsen ist. Jetzt rächt sich die Geistlosigkeit unseres langjährigen Verzichts auf die Mittel psychologischer Vorbereitung des Weltkampfs, der uns nun einmal nicht erspart bleiben konnte!

Der Glaube, daß unsere Feinde einen Ideenkampf kämpfen, der ist es auch, der ihnen das Wagnis erleichtert, die Neutralen derart zu vergewaltigen, wie jetzt Holland. Was jetzt den Holländern angetan wird, das ist der deutlichste Beweis, daß endlich der U-Bootkrieg hart zu wirken anfängt. Über die Torheit, die den rücksichtslosen U-Bootkrieg schon 1915 oder 1916 führen wollte, und über den Leichtsinn, mit dem vor einem Jahr in Aussicht gestellt wurde, in sechs Wochen oder sechs Monaten werde England erledigt sein, steht heute das Urteil fest. Wenn später einmal an diese Episode erinnert werden wird, so wird es geschehen, um zu zeigen, wie gefährlichen Kräften einst die Entscheidung über unser Geschick überlassen war. Jetzt aber scheint es wirklich soweit zu sein, daß die Gegner fühlen: der U-Bootkrieg bedroht uns mit dem Verlust des Krieges! Anders ist nicht zu erklären, daß sie zu dem brutalen und verzweifelten Mittel gegen Holland greifen. Daß sie es aber, sei es auch in höchster Not, wagen dürfen, durch ein solches Mittel sich wieder Rettung auf einige Zeit zu schaffen, kommt daher, daß hinter ihnen die Macht des Glaubens an den Ideenkampf steht. Der Zweck heiligt die Mittel! Damit rechtfertigt nicht nur die Entente ihr Vorgehen, sondern dadurch wird die Kraft des Widerspruchs selbst bei einem Teil der Betroffenen gelähmt — dem Teil, der an die Tatsache des Ideenkampfes gegen Deutschland glaubt. Unter den Holländern, unter den übrigen Neutralen, ja sogar

Digitized by Google

unter den Feinden, ist aber dieser Glaube nicht nur durch die Kunst der gegnerischen Verleumdung mächtig geworden, sondern ebensosehr durch die wahrhaft klägliche Schwäche der von moralischen Ideen getragenen Offensiv-Handlung bei uns.

Wir haben jetzt wieder durch die Schrift des früheren Londoner Botschafters Fürsten Lichnowsky einen Beweis dafür bekommen, wie brüchig es mit der Tragfähigkeit eines wichtigen Stücks der Grundlagen unserer auswärtigen Politik aussieht: der Bereitschaft zu restloser Hingabe der Persönlichkeit an die Sache als selbstverständliche Regel der politischen Disziplin. Daß die Lichnowskysche Veröffentlichung an sich eine furchtbare Kritik für diejenigen bedeutet, die an der Wahl dieses Mannes schuld sind, ist selbstverständlich, aber nicht die Hauptsache. Wenn der Fürst Lichnowsky sich noch ein Stück Selbstbesinnung bewahrt hat, so muß er jetzt einen zweiten Brief schreiben und bekennen, worin er geirrt und gefehlt, und was er angerichtet hat. Man fragt jetzt, was wahr und was falsch an seinen Worten ist. Viel erschütternder als selbst die volle oder die halbe Wahrheit der Lichnowskyschen Kritik an unserem Verhalten gegen England sein könnte, ist der Einblick in die ganze Atmosphäre unseres diplomatischen Dienstes, den der Brief gewährt. Wir sehen, wie in der Wilhelmstraße nicht jenes höchste Ideal des Staatsmanns nach Plato, die Wachsamkeit, das heißt das Aufgehen aller persönlichen Kräfte im Staatswohl, herrscht, sondern wie die Energie des Strebens durch persönliche Gegensätze geleitet wird; wie nicht die Macht und Fülle des Weltgeschehens durch diese Räume zittert, sondern wie die Leute mit der Frage umhergehen: Was kann mir dieser nutzen? Wie kann ich jenem schaden? Wir sehen, wie die Entscheidungen beeinflußt werden durch persönliches Wohl- oder Übelwollen, wie der Neid sich krümmt, wie Freude über Mißerfolge des andern lebendig wird. Ein Mann wie der Fürst Lichnowsky ist niemals ein einziges unbrauchbares Gewächs auf gutem Boden, sondern solche Erscheinungen zwingen notwendig zu dem Schluß, daß in dem Boden selbst üble Kräfte liegen. Über den Torheiten und Kleinlichkeiten, die dieser traurige Mensch vorbringt, und über die man sich schüttelt, läßt sich nach dem Urteil von wirklichen Kennern des auswärtigen „Dienstes" bei uns doch nicht bestreiten, daß unsere Diplomaten in vielen Fällen auf ihrem Posten im Auslande vom Amt her ungenügend orientiert wurden, und daß sie wußten, solche Berichte von ihnen würden die angenehmsten sein, die am meisten den Ideen und Vorstellungen an maßgebender Stelle und dem Wunsch, alles optimistisch zu sehen, entsprachen. Der Standpunkt, den Lichnowsky zur Türkei und zu Österreich-Ungarn vertritt, ist sachlich falsch und politisch wenig ehrenhaft, und was er über Rußland sagt, ist so dumm und so unwissend, daß es keine Worte dafür gibt, aber was ihn angeht, so kann die Politik, die sich weigerte, den Vertrag mit England über Portugiesisch-Afrika und die Bagdadbahn zu unterschreiben, allerdings nur noch mit jenem bitteren Worte Bismarcks vom Geheimrat, „diesem Gemisch aus Dummheit und Bosheit", gekennzeichnet werden. Nur braucht, um dies seit Menschengedenken dümmste Stück

Digitized by Google

unserer auswärtigen Politik zu kennzeichnen, nicht erst ein Fürst Lichnowsky zu kommen, der selbst seine „Kritik" durch Verdächtigung unserer Ziele im Orient zu entwerten versteht.

Alle diese Dinge scheinen jetzt unterzugehen unter dem Donner der militärischen Offensive. Wenn man aber weiß, was die moralische Offensive neben der militärischen bedeutet, so wird man sich auch sagen, daß es die Aufgabe des wahrhaften Staatsmannes bleibt, selbst mitten in der Schlacht an den höheren Zweck zu denken, dem die Schlacht dienen soll, und wenn wir aus Anlaß der Lichnowskyschen Schrift mit unserem Urteil über die Atmosphäre in der Wilhelmstraße, aus der er hervorgegangen ist, in keiner Weise zurückhalten dürften, so glauben wir darum doch nicht, daß es in unserem auswärtigen politischen Dienst und im Auswärtigen Amt überhaupt an Staatsmännern fehlt. Nur sollten sie ihre Eigenschaft auch darin zeigen, daß sie das Übel der Stickluft um sich herum beseitigen. Wer über die Dinge orientiert ist, der weiß, daß sowohl bei Amerika als auch bei einer an Kraft wachsenden Partei in England Bereitschaft zum Vergleich mit uns da war. Wilson, mag man sonst so scharf über ihn urteilen, wie man will, kann nicht einfach als Mitglied der Entente bezeichnet werden, sondern nahm bis jetzt eine Sonderstellung ein, und was Frankreich angeht, so war es nicht schwer zu sehen, daß je extremer die Forderungen der französischen Regierung waren, desto leichter in England und Amerika die Parole ausgegeben werden konnte: dafür setzen wir den Krieg nicht mehr fort! Unsere Leser finden an anderer Stelle eine Inhaltswiedergabe des Briefes von Lord Lansdowne an den „Daily Telegraph" vom 5. März, der darum höher als die früheren Äußerungen des Lords zu bewerten ist, weil mittlerweile deutlich geworden war, daß die Tage Lloyd Georges gezählt sind. Vielleicht war es trotzdem nicht möglich, die Offensive zu unterlassen, weil Lloyd George durch die maßlose englische Zeitungskorruption die Vorschläge Lansdownes, selbst wenn wir ihnen entgegenkamen, noch einmal hätte zu Fall bringen können. Dann aber wäre es gut gewesen, die Offensive psychologisch besser vorzubereiten. Ohne Frage liegt die Schuld, daß es nicht im letzten Augenblick zur Aussprache kam, überwiegend bei den Gegnern, bei Clémenceaus wütendem Starrsinn, bei Lloyd Georges blutig verbissener Boxergesinnung und bei Wilsons salbungsvollen Unverschämtheiten, mit denen er seine Friedensreden dem deutschen Empfinden zum Ekel macht — aber auch unsere Staatsleitung muß sich die Frage vorlegen lassen, warum Graf Hertling die Frage Lord Lansdownes wegen Belgien ebensowenig erneut zu beantworten den Entschluß fand, wie sein Vorgänger Michaelis die Frage Asquiths. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Ideenkampf es ist, aus dem die Kräfte der Feinde ihre Nahrung ziehen, und daß Belgien, ganz gleich gültig ob sachlich mit Recht oder Unrecht, im Streit für unsere Feinde dasselbe ist, wie die Erde für den Riesen Antaeus in seinem Kampfe mit Herkules: so oft er, schon halb niedergeworfen, sie, seine Mutter, berührte, erhielt er neue Kraft. So

Digitized by Google

wahrscheinlich es ist, daß wir in dem großen Waffenkampf, der jetzt begonnen hat, Erfolge haben werden, so wenig können wir darauf rechnen, den Sieg der Waffen durch einen dauernden Frieden zu krönen, wenn wir nicht zugleich das Gesetz des Ideenkampfes und der moralischen Offensive begreifen. Mit bloßer Waffengewalt kann man Gebilde zertrümmern, die so ohne sittliche Grundlagen und so innerlich faul dastanden, wie im Osten der Zarismus und die Gewaltherrschaft des Großrussentums. Dort ist aus dem Machtfrieden, der das Volk traf, das keinen anderen Eindruck spürt, als den der überlegenen Kraft, die Großrussen, sogleich die Freiheit aller innerlich tüchtigeren osteuropäischen Völker von den Finnländern bis zu den Ukrainern gefolgt. Darum ist auch das Prinzip unseres Ostfriedens gar nicht die Macht im Sinne der Fähigkeit, Gewalt zu üben, sondern nur im Sinne des Vermögens, schöpferisch Leben und Freiheit zu schaffen. Ebenso kann im Westen selbst hinter dem gewaltigsten Siege kein Frieden unser Ziel sein, bei dem die Macht anders angewendet werden soll, als dazu, der ausgleichsfreundlichen Richtung beim Gegner zum Übergewicht über die verbissene, unehrliche und blutgierige zu verhelfen. Sind wir aber dazu entschlossen, dann sollen wir uns auch nicht der Täuschung hingeben, die staatsmännische Handlung dürfe durch die militärische ausgelöscht werden. Es wird nicht möglich sein, Siege fruchtbar zu machen, wenn die Staatskunst ihr Stichwort erst von der Kriegführung erwartet.

Hollands Not — Europas Gefahr

Von Professor Philipp Stein

Das Schachspiel des Krieges geht dem Ende zu; leichter denn vorher lassen sich jetzt die Züge übersehen, die Absichten der Parteien erkennen. Die Forderung der Briten und Amerikaner auf Auslieferung der holländischen Flotte ist mehr als eine taktische Maßnahme, der Schiffsraumnot zu begegnen. Gewiß, der U-Bootkrieg reift, später zwar als viele Großgläubige erwartet hatten, aber in stetig steigendem Druck der Entscheidung zu. Bitter notwendig sind unseren Feinden jetzt Schiffe, die zum letzten Waffengang Truppen, Waffen und Geschosse übers Meer führen sollen; knappe Zufuhren und die Lebensmittelangst jagen in den Ländern unserer Feinde die Preise in die Höhe, lassen die Märkte veröden und zwar in Wochen und Tagen, was sich bei uns in Jahr und Tag allmählich vollzogen hat.

Die Absichten und Pläne der Briten und Amerikaner zielen weiter. Das Vorgehen gegen Holland ist nur ein Glied einer gewaltigen strategischen Unternehmung: die letzten neutralen Staaten Europas sollen in den Krieg hineingezogen werden, um als Bundesgenossen wider Willen für den Ruhm und den Nutzen Britanniens und Amerikas zu bluten und zugleich für den wirtschaftlichen Wettbewerb nach dem Krieg geschwächt zu werden. Seit Rußlands staatliche und militärische

Digitized by Google

Macht ins Wanken geraten war, die Umfassung unserer Ostfront sich gelöst hatte, strebte Britannien, gestützt auf die Hilfe Amerikas, danach, uns im Norden zu überflügeln, unsere rechte Flanke von Skandinavien her aufs neue zu umfassen.

Jetzt, da die Stunde der Entscheidung drängt, soll, was in vielfach verschlungenen Versuchen vorbereitet ist, noch rechtzeitig und rasch erzwungen werden. Im gewissen Sinne wiederholt sich auf einem größeren Feld die strategische Lage vom Herbst 1914, wo auch die Engländer und Franzosen uns zu überflügeln trachteten, bis das Meer der Umfassung Halt gebot. Jetzt sollen die Aufmarschlinien bis an das Nord-Kap ausgedehnt, unsere Flandernstellung wie unsere Ostseestellung umgangen werden. In diesem Plan ist Norwegen Englands stärkste Figur, weil es am schwächsten, am ehesten willig und genötigt ist, sich „portugalisieren" zu lassen. Die nächst wichtige Figur ist Holland, nicht weil es schwach und gefügig ist, sondern weil jedes dem selbstbewußten Holland abgetrotzte Nachgeben aufs wirksamste im Spiel mit den neutralen Staaten insbesondere gegen Schweden zu verwerten ist, weil jede Erweiterung englischen Einflusses in Holland unsere militärischen und wirtschaftlichen Verteidigungslinien unmittelbar in der Flanke trifft. Seit Monaten schon schob England seine europäischen Schachfiguren vorwärts, erst Norwegen, dann Holland, zuletzt Schweden. Jetzt wieder kommt Holland an die Reihe.

Die Lebensmittelsorgen der neutralen Staaten geben den erwünschten Anlaß zum Handel: Schiffe gegen Lebensmittel. Daß die Schiffe sofort geliefert werden, die Lieferung der Lebensmittel dagegen nur in Aussicht gestellt wird, liegt, wie England mit bedauerndem Augenzwinkern zugesteht, in der Natur der Sache. Die Schweiz kann ihren neutralen Genossen erzählen, was sie von der Sicherheit englisch-amerikanischer Zusagen zu halten haben. Trotzdem Amerika sich verpflichtet hatte, von Dezember bis Juli dieses Jahres 240000 t Getreide, monatlich 30000 t, an die Schweiz zu liefern, waren bis Ende Februar von den fälligen 90000 t ganze 12000 t geliefert, weitere 18000 t sollen im Laufe des Februar von Amerika abgehen. Daß Amerika selbst in Lebensmittelnöten steckt und alle Hände voll zu tun hat, die Forderungen der Verbündeten knapp zu befriedigen, ist für einen tüchtigen Geschäftsmann kein Grund, Lieferungen an andere nicht zu versprechen, zumal wenn der andere sie im voraus bereits gut bezahlt hat. Deshalb werden jetzt Holland bis zum 15. April 100000 t zugesagt, nachdem vorher Norwegen 300000 t Getreide, 50000 t Zucker, 86000 t Öle und Fette, 10000 t Schweine- und Rindfleisch, 14500 t Kaffee zugesichert worden sind. Nach einer Reutermeldung sollen Schweden 100000 t Weizen, 100000 t Mais und 50000 t Hafer in Aussicht gestellt werden, wenn es ein allgemeines Abkommen mit der Entente zu treffen bereit ist. Gewähr für Lieferung wird freilich, wie selbst die norwegischen Blätter mit schmerzlichem Bedauern feststellen, nicht übernommen. Wie knauserig und geschäftsuntüchtig steht diesen „Zusagen" gegenüber Deutschland da, das der holländischen Regierung geantwortet hat, außerstande zu sein, innerhalb zweier

Digitized by Google

Monate 100000 t Getreide zu liefern und auch keine Bürgschaft übernehmen kann, daß es in Zukunft zu einer solchen Getreidelieferung in der Lage sein werde.

Holland und die skandinavischen Länder tragen bei dem Handel nichts als Versprechungen nach Hause, Amerika und England erhalten dagegen Schiffe, sie erwarten aber noch mehr von dem Geschäft. Vor einigen Wochen ereignete sich in Norwegen folgendes. Die norwegische Regierung hatte in Südamerika wertvolle Lebensmittel eingekauft und sie mit Zustimmung des englischen Konsuls, nachdem alle Sicherheiten, daß die Waren ausschließlich für den norwegischen Verbrauch verwendet würden, gestellt waren, verladen. Trotzdem aber wurde das Schiff an der englischen Postenkette angehalten und nach England gebracht; dort wurden gegen die Verwahrung des Kapitäns und der norwegischen Regierung etwa 1500 t Zucker zurückbehalten. England kam auf diese angenehme Weise zu Zucker und rechnete noch mit dem Nebennutzen, daß ein deutsches U-Bot vielleicht so freundlich sein werde, den norwegischen Dampfer bei der Ausfahrt im Sperrgebiet zu versenken. Dann werde natürlich die norwegische Presse wie ein Mann über die vermaledeiten Deutschen herfallen, die den armen Norwegern die Lebensmittrl wegnehmen, und in diesem Sturm werde der Zuckerraub vergessen werden. Die Hoffnung erfüllte sich; freilich wider Erwarten stimmte die Schlußrechnung doch nicht ganz. Das Schiff wurde versenkt, aber seltsamerweise wandte sich diesmal die norwegische Presse nicht gegen die Deutschen, sondern griff England an, das den Zucker genommen und das Schiff in das Verderben geführt hätte. England wird an diesem Fall das Nötige gelernt haben, und es wird Sorge tragen, daß, falls eines der Schiffe, die die in Aussicht gestellten Lebensmittel nach Norwegen, Schweden oder Holland bringen, versenkt werden sollte, die Entrüstung der Neutralen ausschließlich gegen das böse Deutschland gelenkt werde. Man wird wühlen, hetzen und treiben, bis die Volksseele und die öffentliche Meinung der Neutralen soweit vorbereitet sind, den nächsten Fußtritt Englands und Amerikas als eine gerechte und in ihrem Belange liegende Handlung hinzunehmen und zu verstehen.

Sobald erst mehrere solcher Lebensmittelschiffe versenkt sein werden, und man kann ja durch unzulängliche Sicherungen notfalls den Eintritt dieses Ereignisses beschleunigen, werden England und Amerika „zur Wahrung der Interessen der neutralen Staaten und zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen" an Norwegen und Holland das Ansinnen stellen, ihnen einen geeigneten Hafen zu überlassen, damit sie die Postenkette bis an die Küste ausdehnen, und Gewähr für die volle Sicherheit der Transporte übernehmen können. Bergen, oder noch besser Kristiansand in Norwegen und Vlissingen in Holland dürften dann wohl als die geeigneten Stützpunkte verlangt werden. Sollten die Deutschen sich auch dann noch nicht zu einer ihrer „ruchlosen Herausforderungen und Verbrechen an der Weltgerechtigkeit" verleiten lassen, dann trauen sich die Briten wohl die Fähigkeit zu, die Neutralen auch ohnedas in den Krieg hineinzuzerren.

Digitized by Google

Hinein müssen sie, das ist Wunsch und Wille Englands noch aus einem über den Krieg hinausreichenden Grunde. Können die letzten europäischen Neutralen sich vom Krieg freihalten, verbluten sie sich weder an Menschen noch an Gold, behalten sie vor allem ihren Schiffsraum, so werden sie nach Friedensschluß trotz ihrer Kleinheit unbequeme Konkurrenten Englands sein. Sie werden dann auch im Frieden die Gunst der Lage weiter ausnutzen, sie werden namentlich den Frachtenmarkt stark beeinflussen können, und ihrer wird Deutschland sich beim Wiederaufbau seiner Wirtschaft bedienen können. Auch das englische Friedensgeschäft verlangt, daß die europäischen Neutralen in den Krieg gezerrt werden, zum mindesten, daß die Zahl ihrer Schiffe durch Versenkungen vermindert werde. So wichtig Getreide und die anderen Lebensmittel für die Neutralen sind, sie wiegen leicht gegen ihre Gegenleistungen an Schiffen, gegen die Gefahren ihrer Verstrickung in den Krieg, gegen die Schädigung ihrer Weltmarktstellung nach Friedensschluß. In Hollands Hand liegt die Entscheidung; seine Entschließung bindet nicht nur es selbst, sondern die anderen europäischen Neutralen. Europa darf nicht nach dem Krieg ein Armenhaus werden, in dem amerikanische und britische Damen ihre Mildtätigkeit üben, und ein Ausflugsort sein für neugierige, anregungsbedürftige amerikanische Kriegsgewinnler, Gattinnen und Töchter

Die Liquidation im skandinavischen Norden

Von Dr. Albert Dresdner

In einem der ersten Kriegsjahre hat der liberale schwedische Politiker Louis de Geer vor dem norwegischen Studentenvereine in Christiania einen Vortrag gehalten, worin er seine Zuhörer dahin aufklärte, daß man Zukunftspolitik überhaupt nicht treiben könne, weil man doch die Zukunft niemals kenne. Diesen Satz sollten sich die Handbücher der Politik nicht entgehen lassen, um den ernsten Stoff durch ein humoristisches Streiflicht zu erheitern. Indes ist er doch mehr, als die Entgleisung eines politischen Dilettanten; die Ereignisse zeigen, daß der „Gedanke" des Herrn de Geer recht eigentlich das Leitmotiv der schwedischen wie der norwegischen Politik seit 1914 gebildet hat. Deren Ziel war, die beiden Staaten unter allen Umständen vor der Hineinziehung in den Krieg zu bewahren, ihre Volksernährung sicher zu stellen und die Kriegskonjunktur zu geschäftlichem Gewinne auszunutzen. Aufgaben, deren Berechtigung nicht zu bestreiten sind; allein die eine ist rein negativer, die beiden anderen sind rein wirtschaftlicher Natur; und wenn dergleichen Bestrebungen nicht von schöpferischen politischen Gedanken getragen werden, so ist eine Politik, die sich auf sie beschränkt, zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Das wurde das Schicksal der skandinavischen Politik. Sie war und blieb ideenlos und ideallos, lebte von der Hand in den Mund, zeigte sich bei jedem neuen Wechsel der Dinge unvorbereitet und richtungslos; „kurze Gedanken — kleine Handlungen"; so ist sie von schwedischer Seite („Svenska Dagbl." vom 4. März)

Digitized by Google

gekennzeichnet werden. Die Lehren der Geschichte lassen keinen Zweifel darüber, welcher Erfolg solcher Un-Politik beschieden ist: wie der Fluß den ihm träge widerstrebenden Kiesel ans Ufer spült und dort auf dem Trockenen liegen läßt, so schiebt der Strom der geschichtlichen Entwicklung Staaten, die eine ideenlose Politik treiben, unwiderstehlich beiseite und schaltet sie als tote Kräfte aus dem lebendigen Geschehen aus. Allein geschichtliches Verständnis ist im Norden im wesentlichen nur bei der konservativen Partei Schwedens zu finden, während die Demokratie in beiden Ländern dem geschichtlich-organischen Leben hilflos und verständnislos gegenüber steht.

Jetzt vollzieht sich im Norden, was man die Liquidation der verfehlten schwedisch-norwegischen Politik nennen kann. Seit einem Menschenalter hallte die Presse beit er Länder von Mitgefühl für die finnischen Brüder wider, für deren Befreiung aus unerträglich gewordener Zwangsherrschaft man den innigsten Anteil bekundete. Mitgefühl und Anteil waren wohl aufrichtig, aber als Finnland in der Schicksalsstunde seiner größten Not, da es seine Freiheit und seine Existenz zugleich galt, sich an Schweden um Hilfe wandte, erfuhr es von der dortigen liberal-sozialistischen Regierung (freilich im Widerspruch zu den Wünschen eines sehr bedeutenden Volksteiles) eine kühle Ablehnung. Auch in diesem Falle glaubte man in Schweden an dem zu einer Art götzenhaften Dogmas erhobenen Grundsatze der Neutralität um jeden Preis — selbst um den des politischen Selbstmordes — festhalten zu sollen. Diese Ablehnung mußte die Finnländer um so tiefer enttäuschen, als es nicht etwa ein Kampf um zwei verschiedene Regierungssysteme ist, den sie führen — es ist der Kampf zwischen Ordnung und Anarchie, zwischen Gesetz und Gewalt, zwischen Kultur und Chaos, der ihnen durch den Bolschewismus aufgenötigt worden ist; es ist ein Kampf, den sie nicht für sich allein, sondern den sie zugleich auch für den ganzen Norden ausfechten. Denn die Staaten des Nordens haben bereits jetzt mit dem Bolschewismus stark zu rechnen: ein bolschewistisches Stückchen war der Sturm auf die Kopenhagener Börse; in Norwegen bekennt sich der Politiker und Filmfabrikbesitzer Herr Egede Nissen offen zu bolschewistischen Ideen, schon besteht dort nach berühmtem Muster ein Arbeiterrat und die Bildung von Soldatenräten ist geplant; auf Schweden endlich war bekanntlich für den kommenden Sommer ein bolschewistischer Anschlag mit russischer Hilfe geplant. Die Bedeutung des finnischen Kulturkampfes wurde erkannt. „Morgenbladet" in Christiania schrieb z. B.: „Wir in Norwegen beachten wohl, daß der Kampf, den General Mannerheim und das gesetzestreue Finnland gegen die Kräfte der Auflösung führen, auch ein Kampf für Norwegen und Schweden ist. Jetzt, wie früher, sucht Finnland die Flamme von Osten abzudämmen." Und trotzdem hat man die Sache Finnlands und der Kultur im Stiche gelassen!

Aber als Finnland sich mit seinem Hilfegesuche an den Staat wandte, der ihm am meisten Vertrauen einflößte, als Deutschland sich des unglücklichen Volkes mit Ernst annahm und auf Aaland Truppen landete, änderte sich das Bild mit einem Schlage

Digitized by Google

und die öffentliche Meinung machte jetzt scharf Front zugleich gegen Finnland und gegen Deutschland. In Schweden freilich war die rechtsstehende und die gemäßigte Presse einsichtig und ehrlich genug, um offen auszusprechen, daß das Land nur die Früchte seiner eigenen verfehlten Politik ernte und daß es, wenn auch freilich nicht angenehm, so doch nur natürlich sei, wenn Deutschland die Aufgabe ergreife, der sich die skandinavischen „Brudervölker" Finnlands versagt hatten. Allein es gehört immer ein nicht gewöhnliches Maß von Reife und Vornehmheit dazu, die Verantwortung für die eigenen Fehler freimütig zu übernehmen; und ein Teil der schwedischen, sowie die gesamte führende norwegische Presse zog es vor, die Schuld auf Finnland und Deutschland zu werfen. Das Gespenst einer „deutschen Gefahr" wird heraufbeschworen, und im norwegischen Storting hat Staatsrat Holtfodt offen von einer „finnischen Gefahr" gesprochen. Man muß in Deutschland dieser Stimmung fest ins Auge sehen. Welcher Art sie ist, erhellt aus einem Leitaufsatze des verhältnismäßig besonnenen „Morgenbladet" vom 5. März. Da heißt es:

„Nach dem deutschen Eingreifen schaut es danach aus, als ob die Zukunft der Unabhängigkeit der skandinavischen Halbinsel auf dem Spiele stehe[1]. Wo die Deutschen sich einmal festgesetzt haben, sind sie schwer wieder loszuwerden. Wir erinnern an die Hanseherrschaft im Norden ... Wird Finnland ein deutscher Vasallenstaat (der norwegische Ausdruck „underbruk" ist nicht wörtlich übersetzbar), so dürfte die finnische Gefahr wohl ebenso aktuell und ebenso stark werden, wie es die russische Gefahr irgendwie gewesen ist." Wenn Finnland in Norwegen Sympathie und Unterstützung, z. B. in wirtschaftlicher Beziehung suche, so sei die Voraussetzung ihrer Gewährung, „daß es Mitglied der nordischen Staatengesellschaft ist, zu der wir stehen. Fällt diese Voraussetzung hin, ist es eine intrigierende Macht von fremder Rasse, der wir begegnen, so tritt die Sache in eine ganz andere Stellung ... Es widerstreitet den norwegischen Interessen ebensosehr, einen deutschgefärbten finnischen Nachbarn im Nordosten wie einen russischen zu haben. Und die Gefahr ist sehr handgreiflich."

Man muß schlechte Waffen in seinem Arsenale haben, wenn man sich für die Eroberungssucht der Deutschen auf die Hanseherrschaft beruft. Selbst einem bescheidenen geschichtlichen Wissen dürfte es nicht entgehen, daß das 15. und 20. Jahrhundert schlechthin unvergleichbar sind. Wollten auch wir in der Antiquitätenkammer der Geschichte stöbern, dann könnten wir sagen, die Norweger seien ein Volk, die, wohin sie einmal kommen, sich festsetzen und nicht mehr loszuwerden sind; denn die norwegischen Wikinger haben in England, in der Normandie, in Italien, in Rußland und wohin sie ihre Raubzüge führten, Gewaltherrschaften errichtet. Doch lassen wir diesen verunglückten Versuch des norwegischen Blattes, auch einmal „historisch zu kommen", und wenden wir uns dem Kerne der Sache zu.

Was ist die große Schuld gegen die „nordische Staatengesellschaft", die Finnland begangen hat? Daß es sich Deutschlands Hilfe in seinem Existenzkampfe bedient und mit ihm einen Vertrag schloß, durch den es sich seine territoriale Unantastbarkeit sichert und mit Deutschland in ein Verhältnis wirtschaftlicher Gegenseitigkeit tritt.

[1] Von mir gesperrt.

Digitized by Google

Vielleicht hätte es den Anschluß an die skandinavischen Nachbarvölker vorgezogen, allein wenn deren haltlose Politik ihm von vornherein keine ausreichende Stütze verhieß, so hat Schwedens Ablehnung diese Orientierung vollends unmöglich gemacht. So war, was sich vollzog, die Zwangslogik der Geschichte. „Morgenbladet" aber will jetzt darin — mit einem dem Wörterbuche der Entente entnommenen Ausdrucke — nur die Wirksamkeit „einer intrigierenden Macht von fremder Rasse" sehen. Wir bemerken den Ausdruck „fremde Rasse". Die Engländer, die die Staatshoheit Norwegens im Lande selbst ganz wesentlich beschränken, die seine Häfen, seine Zollstätten, seinen Handel unter ihrer Kontrolle halten, dies germanisch-romanisch-keltische Mischvolk ist von der norwegischen Presse nie als „fremde Rasse" bezeichnet worden; diesen Ausdruck hat sich ein Blatt des germanischen Nordens gegen das germanische Hauptvolk vorbehalten. Wo also hätten die Finnländer sonst Anschluß und Hilfe suchen sollen? Vielleicht eben bei England? Das hatte freilich seinen Plan schon fertig: es war der famose Ostseebund, den Estland, Finnland, Schweden, Norwegen und Dänemark unter britischem Protektorate bilden sollten. Man darf wohl fragen, ob „Morgenbladet", wenn dieser Plan sich verwirklicht hätte, und Finnland-Estland zu Einfallspforten des politischen und wirtschaftlichen Einflusses Englands gemacht worden wären, ebenso schnell und ebenso laut mit dem Rufe einer „englischen Gefahr" für Skandinaviens Unabhängigkeit zur Hand gewesen wäre. Wer's glaubt, zahlt einen Taler. Nun ist diesem Plane freilich das Lebenslicht ausgeblasen: Estland und Finnland scheiden aus, Dänemark ist viel zu klug, um sich auf derartige gewagte Abenteuer einzulassen, und Schweden und Norwegen sind isoliert — haben sich selbst mit vieler politischer Kunst isoliert. Und während die russische Gefahr von der norwegischen Presse im ganzen immer recht ruhig aufgenommen und behandelt worden ist — noch eben hat „Tidens Tegn" in Christiania erklärt, sie sei wohl nie so groß gewesen, wie sie von gewissen Seiten dargestellt worden sei —, muß jetzt alsbald die deutsche Gefahr „für die Unabhängigkeit der skandinavischen Halbinsel" (nicht weniger!) in Riesenformat herhalten. Worin diese „deutsche Gefahr" besteht darüber spricht sich „Morgenbladet" nur in ganz allgemeinen — und darum um so schreckhafteren — Ausdrücken aus. Sehr begreiflich; denn wenn es darüber bestimmte Angaben machen sollte, so müßte es sich in uferlose Kombinationen und öde Kannegießerei verlieren. Wir wollen aber sein Beispiel nicht nachahmen und ihm über die „deutsche Gefahr" völlig reinen Wein einschenken. Eine deutsche Gefahr wird für die skandinavischen Staaten nur dann, dann aber allerdings bestehen, wenn diese zu einer Gefahr für Deutschland werden. Und damit kommen wir auf ein sehr ernstes Kapitel.

Wenn die norwegische Presse sich einmal eine Aufstellung darüber machen will, welche Aufnahme die norwegischen Anfeindungen Deutschlands hier gefunden haben, so wird sie sich überzeugen, daß sie wohl durchweg mit großer Gelassenheit und Zu-

Digitized by Google

rückhaltung beantwortet worden sind[1]. Diese Anfeindungen waren zum Teil so parteiisch, so tief gehässig und selbst verleumderisch, daß sie getrost den Wettbewerb mit den publizistischen Leistungen der Entente aufnehmen konnten. Dennoch war das Echo, das sie in Deutschland erweckten, ganz überwiegend nur der Ausdruck eines erstaunten Bedauerns: man begriff nicht recht, worauf man diese realpolitisch nicht hinlänglich begründete Feindseligkeit denn eigentlich zurückzuführen habe, und zeigte sich immer geneigt, an Mißverständnisse, verärgerte Augenblickswallungen und dergleichen zu glauben. Allein die norwegische Presse scheint planmäßig darauf hinzuarbeiten, in dem deutschen Volke das Gefühl zu erwecken, daß es in Norwegen einen Feind zu erblicken habe — und wenn das gelingt, so würde damit unabsehbarem Unheil Tür und Tor geöffnet sein. Wenn das deutsche Volk erst einmal die Überzeugung gewinnt, daß einer der skandinavischen Staaten oder auch beide zu seinen Feinden zu zählen sind, wenn es erst einmal damit rechnet, daß sie sich wohl in ein gegen Deutschland gerichtetes politisches System hineinziehen lassen würden, ja, dann muß es sich auch danach einrichten — und dann wird es wirklich eine deutsche Gefahr für den skandinavischen Norden geben, hervorgerufen weniger durch die Regierungen, die sich vielleicht schwach, aber im ganzen doch nach Kräften neutral verhalten haben, als durch eine Presse, der es entweder an Einsicht in die Wirkung ihrer Handlungen und Äußerungen oder an Verantwortungsgefühl, wahrscheinlich aber an beidem fehlt. Daß diese Kennzeichnung nicht übertrieben ist, beweist auch jetzt wieder das Treiben der norwegischen Presse, die z. B. albernen Hintertreppenklatsch, wie die angebliche Kandidatur des Prinzen Oskar für einen fiktiven finnischen Königsthron, in fetten Buchstaben und ohne jeden Vorbehalt bringt, nur weil er eben geeignet ist, die Stimmung gegen Deutschland aufzureizen. Wahrlich, das heißt mit dem Feuer spielen! Man treibt in Norwegen mit Eifer pazifistischen Sport, das Nobel-Institut verwendet seine Millionen auf eine nicht immer einwandfreie Art, und noch während des Krieges hat man die gute Laune gehabt, eine „Gesellschaft für dauernden Frieden" zu begründen — und zu gleicher Zeit betreibt die norwegische Presse munter das Geschäft der Völkerverhetzung, der Ausstreuung von Mißverständnissen, Vorurteilen und Verdächtigungen zwischen Volk und Volk. Will sie das deutsche Volk, das die Norweger nicht als „fremde Rasse" ansieht und in dem ein Gefühl des Wohlwollens gegen sie nur schwer auszurotten ist, mit Gewalt in Feindschaft gegen Norwegen hineindrängen? Will sie noch während des furchtbarsten aller Kriege schon wieder die Giftsaat neuer schwerer Verwickelungen ausstreuen? Diese Frage muß einmal um so offener und klarer gestellt werden, je gelassener und zurückhaltender man bisher deutscherseits dem Verhalten der norwegischen Presse begegnet ist.

[1] Für Schweden liegt die Sache von vornherein insofern anders, als hier ein erheblicher Teil der Presse Deutschland wohlwollend gesinnt ist und es gegen die Angriffe im eigenen Lande verteidigt. In Norwegen gibt es unter den führenden Zeitungen nicht eine einzige, der man auch nur eine ehrliche Neutralität, geschweige eine wohlwollende Gesinnung gegen Deutschland nachsagen könnte.

Digitized by Google

Die Freunde einer deutsch-nordischen Verständigung in Deutschland stehen mit diesen Besorgnissen nicht allein. Sie werden auch von zahlreichen Persönlichkeiten in Schweden und Norwegen, und zwar durchweg Angehörigen der intelligentesten, reifsten und besonnensten Volkskreise, geteilt. Auch der Aufsatz in „Morgenbladet" hat alsbald durch Professor Odher eine schlagende Beantwortung gefunden, und in der ferneren Aussprache darüber ist das Blatt weder nach Form noch nach Inhalt Sieger geblieben. Aber es ist hoch an der Zeit, daß die skandinavischen Völker darüber aufgeklärt werden, wohin sie am Ende das Treiben ihrer Presse führen muß — oder wir steuern in ein Unheil, das letzten Endes doch wohl keiner der Beteiligten herbeiwünscht. Finnlands Anschluß an Deutschland richtet sich nicht gegen Skandinavien, sondern gegen Rußland, wider dessen Rache es sich unter allen Umständen schützen muß. Diesen Schutz konnten und wollten die skandinavischen Staaten ihm nicht gewähren. Der richtige Schluß, den sie jetzt ziehen sollten, ist der, daß Schweden und Norwegen gut tun werden, in Zukunft eine positive Politik zu treiben, die sie soweit aktionsbereit und leistungsfähig macht, daß sie politischen Anforderungen von idealer Bedeutung und realpolitischem Werte, wenn sie an sie herantreten, Genüge zu leisten imstande sind.

Die Ukraine und die osteuropäische Frage

Von Dr. J. Jastrow, a. o. Professor an der Universität Berlin

Was in Osteuropa gegenwärtig vorgeht, ist nichts anderes, als was Westeuropa vor ein oder anderthalb Jahrtausenden durchgemacht hat: die Völker, die so lange von einem Imperium an der Staatenbildung gehindert wurden, fangen endlich mit der Staatenbildung an. Wessen Blick darauf eingestellt ist, wer in dem, was man „Rußland" nannte, die osteuropäischen Völker sah, der konnte das, was jetzt eingetreten ist, schon bei Beginn des Krieges in den Grundlinien zeichnen. In einem früher erwähnten Beitrage zur „Deutschen Politik"[1] habe ich zum Beweise dessen Stellen aus meinen Aufsätzen abgedruckt, die bis in die ersten Tage des Krieges zurückgehen. Vielleicht hat es für die Leser der Zeitschrift ein gewisses Interesse, zu erfahren, auf welchem Wege ich früh zu der Anschauungsweise gekommen bin, die heute Aussicht hat, die allgemeine zu werden. Ich will es an dem Beispiel der Ukraine zeigen.

In verhältnismäßig jungen Jahren wurde ich an die Spitze eines internationalen Gelehrten-Unternehmens gestellt, der „Jahresberichte der Geschichtswissenschaft". Ich war damals (in den achtziger Jahren) „reiner Historiker" und stand meinem heutigen Fache, der Nationalökonomie und den Staatswissenschaften überhaupt, nicht so nahe, daß ich in der Erfüllung jener Aufgabe durch Interessen der Gegenwart

[1] Heft 6 vom 8. Februar 1918.

Digitized by Google

hätte beeinflußt sein können. Der internationale Rahmen, den das Unternehmen haben sollte, mußte zum größten Teile erst geschaffen werden. In einem durch Jahre hindurch fortgesetzten Briefwechsel mit Gelehrten aus aller Herren Länder machte ich mit Rußland eine ganz eigentümliche Erfahrung. Während ich überall mit der Schwierigkeit zu kämpfen hatte, daß der Vertreter eines Landes sein Gebiet auszudehnen suchte (so daß z. B. der Italiener die Geschichte von Triest und Südtirol behandeln wollte!), war es in Rußland geradezu unmöglich, einen Historiker zu finden, der die historische Literatur des ganzen Landes beherrschte. Auch wenn man die „russische Geschichte" nach Perioden zerlegte, wiederholte sich innerhalb jeder Periode dieselbe Schwierigkeit. Nun hatten wir von Anfang an Liv-, Est- und Kurland dicht an den Deutsch-Ordensstaat in West- und Ostpreußen gestellt, aus dem die Geschichte jener Länder anerkanntermaßen hervorgeganzen ist (wie ja auch die baltischen Historiker fast durchweg Deutsche sind). Der Geschichte Westeuropas würde ein wesentlicher Teil gefehlt haben, wenn wir nicht, von der Einteilung nach heutigen Staatsgrenzen absehend, einen Abschnitt „Polen bis 1795" eingerichtet hätten (wofür uns in der Person des Professor Pawinski an der damaligen Universität Warschau ein anerkannt ausgezeichneter Fachmann zur Verfügung stand). Finnlands Geschichtsliteratur war Bestandteil der skandinavischen. Nach diesen Entlastungen wurde klar, daß der wesentliche Grund, weswegen ein Referent für ganz „Rußland", auch in dem nunmehr historisch eingeengten Sinne, nicht zu finden war, darin lag, daß der Norden und der Süden eine verschiedene Sprache, ein verschiedenes Volkstum und daher auch eine verschiedene Geschichte und Geschichtsliteratur haben. Von Moskau oder Petersburg aus war es nicht möglich, einen Bericht über „Südrußland" zustande zu bringen. So sah ich mich genötigt, für „Südrußland" einen eigenen Referenten zu suchen und ihm einen eigenen, von „Rußland" abgetrennten Abschnitt einzuräumen.

Diese aus rein wissenschaftlichen Gründen vollzogenene Einteilung dürfte wohl als ein Beweis dafür anerkannt werden, daß objektive, in der Sache liegende Gründe es unmöglich machen, dieses sogenannte „Südrußland" oder „Kleinrußland" als Bestandteil Rußlands aufzufassen, etwa wie man Süddeutschland als Bestandteil Deutschlands oder die Kleine Walachei als Bestandteil der Walachei auffaßt. Daß bei meiner Abgrenzung kein politischer Gedanke mitspielte, geht ja schon daraus hervor, daß ich in aller Harmlosigkeit dem neuen Abschnitt den Namen „Südrußland" gab, was ich heute nicht mehr tun würde. Denn politisch haben wir ein Interesse daran, diesen irreführenden Namen zu vermeiden. Das Uferland des Schwarzen Meeres hat mit Moskau und Petersburg nichts gemein. Es ist ein Land für sich; es ist die alte „Ukraine".

Sehr bald erfuhr ich, daß die Abgrenzung, die aus rein technischen Gründen wissenschaftlicher Berichterstattung sich erzwungen hatte, nebenbei auch eine politische Bedeutung besaß. Als Berichterstatter wurde der Prof. Lutschizky an der Universität Kiew

Digitized by Google

gewonnen. Nach längeren Vorbereitungen brachte er über die Literatur des Jahres 1893 ein Referat zustande, das zum erstenmal in der westeuropäischen Wissenschaft ein Bild von dem Forschungsbetriebe in diesem Lande gab. Während der Vorarbeiten besuchte Lutschizky mich in Berlin, und es stellte sich heraus, daß die Abgrenzung seiner wissenschaftlichen Aufgabe mit seiner Auffassung von seinem Volkstum zusammenfiel. Er betrachtete sich als Südslawen, den Kroaten, Serben und Bulgaren weit eher verwandt, als den „Russen" oder „Moskowitern". Trotzdem war es ihm vielleicht nicht unangenehm, daß sein Referat unter dem Namen „Südrußland" erschien Denn unter dem Namen „Ukraine" hätte es leicht die unliebsame Aufmerksamkeit der russischen Regierung auf sich ziehen können, die ihm wegen seiner Schriften schon zwei Verwarnungen hatte zugehen lassen. Die Scheidung zwischen Moskowien und Ukraine trat in den Schriften der Ukrainer, auch wo sie zensurfrei schrieben nicht in vollem Maße hervor, weil immer ein gewisser Druck übrig blieb, der mit dem aufgezwungenen Sprachgebrauch „Rußland" zusammenhing.

An dem Beispiel der Ukraine wurde mir klar, daß richtige Anschauungen über Rußland wesentlich vom Sprachgebrauch abhängen. Für eine Verständigung wäre viel gewonnen, wenn es sich einführte, statt „Rußland" überall, wo von der jetzigen oder zukünftigen Entwickelung die Rede ist, „Osteuropa" zu sagen. Die Emanzipation von einem irreführenden Sprachgebrauch zusammen mit der sie bedingenden historischen Erkenntnis, ließ mich bei Ausbruch des Krieges die oben erwähnten Aufsätze[1] schreiben. Der „Bund zur Befreiung der Ukrainer" in Wien ersuchte mich damals, mich in seinem Organ über die Bedeutung auszusprechen, die die ukrainische Frage bei der zukünftigen Neuregelung der politischen Verhältnisse Europas besitzt. In meiner Antwort[2] trat ich (und das ist heute vielleicht wieder ein wenig zeitgemäß geworden) den Versuchen entgegen, den Ursprung des Krieges ganz in Vergessenheit geraten zu lassen. Entzündet hat sich der Weltbrand an dem Anspruch Rußlands, außerhalb seiner Grenzen in einer staatlichen Protektorrolle anerkannt und respektiert zu sein.

„Obgleich der Fürstenmord das Verbrechen ist, vor dem der Zar am meisten zittert, so war er doch von der Notwendigkeit seiner Protektorrolle über die slawischen Balkanstaaten so durchdrungen, daß er in diesem Falle nicht einmal das Odium scheute, als Beschützer von Verschwörern und Fürstenmördern aufzutreten. Die auf den Besitz Konstantinopels gerichtete Balkanpolitik Rußlands betrachtet die Förderung von Unruhen auf das Balkanhalbinsel als ihr gutes Recht. Um diesen Anspruch gegen Österreich-Ungarn aufrechtzuerhalten, hat Rußland die Welt in diesen Krieg gestürzt. Der Krieg wird um die Frage geführt, ob Rußland, wie jedes andere Land, sich mit einer Tätigkeit innerhalb seiner Grenzen begnügen, oder ob sein angebliches Recht, auch außerhalb der staatlichen Grenzen auf der Balkanhalbinsel eine aufgedrängte Beschützerrolle zu spielen, von Europa anerkannt werden soll.

Welches daher auch das Schicksal von Rußlands Bundesgenossen sein möge: wenn dieser Krieg nicht gegen Rußland selbst so beendigt wird, daß ihm seine Balkan-

[1] „Berliner Tageblatt", 8. und 18. August, 8. September, 3. Oktober 1914.

[2] „Ukrainische Nachrichten" (Wien,), 5. November 1914.

Digitized by Google

politik abgeschnitten wird, so hat der Krieg resultatlos geendet. Ja mehr als das. Man setze den Fall, daß Deutschland und Österreich-Ungarn aus dem Kriege als entschiedene Sieger hervorgehen, daß sie Frankreich und England niederwerfen, Rußland aber nichts weiter antäten, als ihm etwa die polnischen Gouvernements abzunehmen. Die Folge wäre nur, daß Rußland in seiner Weltpolitik von zwei Rivalen befreit wäre und noch ungehinderter als zuvor auftreten könnte.

Hält man sich das Ziel des Krieges, Abdrängung Rußlands von der Balkanhalbinsel, vor Augen, so zeigt ein Blick auf die Karte, welche Bedeutung die ukrainische Bewegung hierfür besitzt. Daß diese Bewegung in Europa nicht so bekannt ist, wie sie es verdient, hat zum Teil einen äußerlichen Grund. Da dasselbe Volk bald als „Ukrainer", bald als „Ruthenen", bald als „Südrussen" bezeichnet wird, so haben die meisten kaum eine Vorstellung von dem scharfen Gegensatz dieser Nationalität gegen die russische und von dem geographischen Gebiet, das sie bewohnt. Statt ausführlicher Beschreibung und Aufzählung sollte man sich, wenn man von diesem geographischen Gebiet spricht, mit der kurzen Angabe begnügen: die Ukraine ist die Gegend zu beiden Seiten des Dnjepr. Wie weit zu beiden Seiten, mag zunächst dahingestellt bleiben. Sollte der uns aufgenötigte schwere Kampf bis zu dem Erfolge durchgekämpft werden können, daß man Rußland nötigt, auf das ganze Gebiet am Schwarzen Meere, von den Karpathen bis zum Don und darüber hinaus, zu verzichten, — es wäre ein Segen für die Menschheit. Aber Ihr Blatt hat, soviel ich sehe, die Bewegung, der Sie dienen wollen, nicht notwendig an diesen weitestgehenden Plan gebunden. Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß die Kerngebiete der ukrainischen Nation westlich vom Dnjepr liegen. Und da ist es für die zukünftige europäische Konstellation von großer Bedeutung, daß dieses geographische Moment mit dem hauptsächlichsten europäischen Interesse zusammenfällt. Ein Reich, das auch nur diese Kerngebiete umfaßt, von den Pripetsümpfen bis zum Schwarzen Meer (Wolhynien, Podolien, Jekaterinoslaw, Cherson usw.) würde, wenn auch in unvollkommener Form, so doch in der Hauptsache das leisten, was das Ziel dieses Krieges ist: die Abdrängung Rußlands vom Balkan.

Die Geschichte lehrt, daß der militärische und politische Ausgang eines Krieges nicht notwendig parallel sein müssen. Denkbar ist der Fall, daß der gegenwärtige Krieg militärisch mit einem Siege Deutschlands und Österreich-Ungarns endet und politisch gleichwohl Rußland aus diesem Kriege gestärkt hervorgeht. Diese Gefahr halte ich für sehr ernst. Und da man anfängt, zu vergessen, daß dieser Krieg ein Krieg gegen das Moskowitertum ist, so erblicke ich die Bedeutung darin, daß sie in vortrefflicher und eindringlicher Weise an Ursprung und Ziel dieses Krieges erinnert: das Moskowitertum vom Balkan abzudrängen."

Haben diese Darlegungen heute noch eine andere Bedeutung, als daß sie uns zeigen, wie ausführlich man in den ersten Kriegsmonaten vor Gefahren warnen mußte, die heute jedermann einleuchten? Auf diese Frage wird man verschieden antworten, je nachdem man diese Gefahren als endgültig beseitigt ansieht, oder von einem Systemwechsel in Moskau ihre Wiederkehr befürchtet. Wer noch heute der Meinung ist, daß das Schicksal Europas daran hängt, ob der osteuropäische Koloß, falls er noch einmal errichtet wird, vom Schwarzen Meer ferngehalten ist oder nicht, der wird nach wie vor auf die Ukraine ein aufmerksames Auge haben.

Als ich jene Nummer der „Ukrainischen Nachrichten" aus dem Jahre 1914 wieder zur Hand nahm, fesselte mich mehr als meine damalige Antwort an den Bundes-

Digitized by Google

vorstand ein anderer Aufsatz, in dem der Inhalt eines in Zürich gehaltenen Vortrages „Der Krieg und die Sozialdemokratie" wiedergegeben wird. Darin heißt es:

„Die Ukraine ist für Rußland dasselbe geworden, was Irland für England: sie wird bis aufs äußerste ausgesaugt, ohne daß sie dafür irgendeinen Ersatz zurückbekommt. Somit verlangen es die Interessen des internationalen Proletariats überhaupt und insbesondere diejenigen des russischen Proletariats, daß die Ukraine ihre staatliche Unabhängigkeit zurückerlangt, bei der sie erst die Möglichkeit gewinnen wird, die für das Proletariat unumgängliche kulturelle Entwicklung zu erreichen. Leider sind manche unserer Genossen russische Reichspatrioten geworden. Wir Moskowiter sind Sklaven — nicht nur, daß wir uns unterdrücken lassen, durch unsere Passivität helfen wir auch mit, andere zu unterdrücken, was aber absolut nicht in unserem Interesse liegt. Die russische Nation [gemeint ist die moskowitische] ist groß genug, um einen besonderen nationalen Staat für sich zu bilden. Dadurch wäre ihr erst die Möglichkeit der raschesten Entwicklung gegeben. In diesem Krieg wird in der bürgerlichen Presse ein großer Lärm wegen der Vernichtung Belgiens geschlagen, allein alle schweigen von der Ruinierung der wunderschönen Ukraine, als wenn das Blut des ukrainischen Bauern nicht ebenso rot wäre, wie das des belgischen Bourgeois. Die Interessen des russischen Proletariats können unter keinen Umständen einen Sieg Rußlands in diesem Krieg erfordern."

Der Name dieses Vortragenden war: Lenin.

Kann Rußland ohne die baltischen Häfen leben?

Von Axel Schmidt

Die Tatsache, daß sich der russische Weltstaat in den geographischen Begriff Osteuropa gewandelt hat, und an seine Stelle eine Reihe von Nationalstaaten zu entstehen im Begriffe sind, ist noch immer nicht im richtigen Maße in das Denken der deutschen Öffentlichkeit gedrungen. Trotzdem Finnland, baltische Provinzen, Litauen, Polen und Ukraine (wahrscheinlich auch der Kaukasus) sich von Großrußland oder besser gesagt, vom moskowitischen Reststaat losgelöst haben, wird noch immer so getan, als ob es damit wirtschaftlich kaum nennenswerte Einbußen erlitten hat. War schon das auch auf Rußlands wirtschaftliche Entwicklung so gern angewandte Wort von den „unbegrenzten Möglichkeiten" falsch, so wirkt es jetzt nach Ablösung der westlichen Randgebiete, vor allem aber der Ukraine, direkt irreführend. Hier sei nur an eine Feststellung des besten Kenners der russischen Wirtschaftsgeographie, Professor Ballod, erinnert: „Die Kohlenvorräte in der Ukraine — die 70 Prozent des Gesamtvorkommens im früheren russischen Staat ausmachten — betrugen etwa 3,5 Milliarden Tonnen gegen 100 Milliarden Tonnen, die wir allein in Westfalen besitzen."

Bei der Neuordnung der Verhältnisse im Osten spielt jetzt die Frage, ob Rußland ohne die baltischen Häfen wirtschaftlich existieren könne, eine bedeutsame Rolle. Einige statistische Daten mögen darauf die Antwort geben. Bisher ging etwa ein Drittel der Ausfuhr aus Rußland über das Schwarze Meer (vor allen Dingen

Digitized by Google

82 Proz. der Getreideausfuhr, die bekanntlich Rußlands Rückgrat bei seiner Zahlungsbilanz bildete). Das zweite Drittel benutzte die Landgrenze und das letzte Drittel die Ostseehäfen (Petersburg, Reval, Pernau, Riga, Libau und Windau). Ich wähle zu diesem Zwecke das Jahr 1911, weil in den beiden folgenden der Ostseeverkehr wegen der Dardanellensperre in den Balkankriegen eine vorübergehende Steigerung erfahren hat. 34,6 Proz. der Gesamtausfuhr ging damals über der Ostsee (davon 8,8 Proz. über Petersburg). Für die baltischen Häfen kamen vor allen Dingen fünf Güter für die Ausfuhr in Betracht. Flachs, Holz, Butter, Eier und Häute. Davon entstammen die beiden ersten Posten aus den Ostseeprovinzen, resp. aus den Randgebieten (Großrußlands Holzreichtum liegt im Norden und kommt über Archangelsk zur Versendung). Da Rußlands bisheriger Hauptexportartikel, Weizen, aus der Ukraine stammte (27 Proz. der ukrainischen Weizenernte wurde exportiert und nur 1 Proz. der großrussischen), so wird Großrußlands wirtschaftliches Leben ohne diesen Faktor überhaupt nicht mehr so stark pulsieren können, zumal auch Kohle und Eisen, von Zucker und Tabak ganz zu schweigen, in erster Linie aus der Ukraine stammen.

Es gilt jedoch noch eine andere Frage zu beantworten: Werden nicht die baltischen Provinzen ohne das russische Hinterland verkümmern und daher sich dort wieder russophile Tendenzen bemerkbar machen? Für die Landwirtschaft, noch immer das bedeutendste Gewerbe dieses Gebietes, liegen die Verhältnisse völlig klar. Die Befreiung vom Druck der russischen billigen Konkurrenz wird in gleicher Weise dem Groß- und Kleingrundbesitz einen mächtigen Aufschwung geben. Aber auch Handel und Industrie werden nach einer Zeit freilich nicht leichter Umstellung einer neuen Blüte entgegengehen. Das Rigaer Börsenkomitee, die offizielle Vertretung von Handel und Industrie, hat zu dieser Frage eine Denkschrift veröffentlicht, in der es den Nachweis erbringt, daß, falls Riga Freihafen würde, in welches Gebiet auch die durch die Evakuierung völlig ruinierte Großindustrie übersiedeln müßte, diese Stadt und damit auch das baltische Gebiet wirtschaftlich einen großen Aufschwung nehmen würde, zumal, wenn zu gleicher Zeit durch den schon lange geplanten Ostsee-Schwarzmeer-Kanal (Verbindung der regulierten Düna mit dem regulierten Dnjepr durch einen Kanal von Witebsk nach Orscha) ein billiger Wasserweg durch Osteuropa geschaffen würde. Auf dem Kanal könnten nach Riga folgende Waren versandt werden: Eier, Ölkuchen, Ölsaaten, Wolle, Hanf, Flachs, Felle, Knochenprodukte, Tierhaare, Borsten, Gußeisen, Eisen, Stahl, Steinkohle, Erze, Salz, Zucker, Tabak, Soda, Kreide, Ton, Phosphorite, Früchte, Gemüse, Mehl, Naphta, Petroleum und Produkte daraus usw. Dagegen kämen für den Transport von Riga ins Innere Osteuropas folgende Produkte in Betracht: Kolonialwaren, Getränke, Heringe, Drogen, Chemikalien, künstliche Düngemittel (Kainit, Kalidungsalz und Tomasphosphate), Zement, Öle, Maschinen (landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeugmaschinen), Eisen- und Stahlwaren.

Digitized by Google

sowie zahlreiche andere deutsche und ausländische Industriewaren. Außerdem könnte der Teil des ukrainischen Getreides, der jetzt des billigen Wasserweges wegen durch die Dardanellen und um Europa herum nach Deutschland, Skandinavien und England ging, dann direkt durch den Riga-Cherson- und den Kaiser-Wilhelm-Kanal befördert werden.

Für den Weltstaat Rußland konnte man die Ostseeprovinzen eine Notwendigkeit nennen, wenn sich auch sein wirtschaftliches Schwergewicht immer mehr in den Süden schob und damit die Schwarzmeerhäfen seine Lungen wurden. Für den moskowitischen Reststaat genügen Petersburg und Archangelsk vollkommen, zumal nach dem Fortfall des ukrainischen Getreides auch Großrußlands Import stark sinken dürfte, da es bisher seine Einfuhr mit dem ukrainischen Getreide zu bezahlen pflegte. Dazu käme aber, daß auch die baltischen Häfen, besonders Riga als Freihafen, nach wie vor ein gut Teil der Aus- und Einfuhr für Großrußland besorgen würden.

Die Zukunft der nationalliberalen Partei

Von Friedrich Thimme

Wenn man sich fragt, welcher Partei sich nach dem Kriege die größten Aussichten bieten, welcher sich das deutsche Volk vorzugsweise zuwenden wird, so würde nach den Erfahrungen der Geschichte die Antwort unbedingt dahin gehen: derjenigen, die am klarsten und vollkommensten die nationalen und die freiheitlichen Gesichtspunkte mit einander verbindet. Nach den Freiheitskriegen gab es ja noch kein eigentliches Parteileben; aber schon wurde es in der Periode von 1815—1848 klar, daß die besten und reifsten Elemente sich mehr und mehr in dem Ideal eines freiheitlichen Nationalstaats zusammenfanden. Nach dem Kriege von 1866 schuf sich die machtvolle national-freiheitliche Strömung ein großes Sammelbecken in der nationalliberalen Partei. Dieselbe Partei nahm unter den Eindrücken des Krieges von 1870/71 einen gewaltigen Aufschwung. Im Reichstage wie im Preußischen Landtage war sie fast ein volles Jahrzehnt lang nach Einfluß und Mitgliederzahl die dominierende Partei; dort zählte sie 1874 nicht weniger wie 152, hier 1873 gar 174 Mandate: Ziffern, die bis auf den heutigen Tag keine andere Partei je erreicht hat. In der Folge ist ja die nationalliberale Partei von dieser stolzen Höhe rasch wieder herabgeglitten; nicht weil sie es verabsäumt hätte, die nationalen und die freiheitlichen Gesichtspunkte zu pflegen, sondern weil sie die immer mehr in den Vordergrund drängenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen nicht aus ihren Prinzipien heraus zu meistern wußte. Der großen wirtschaftlichen und zollpolitischen Schwenkung, die Bismarck zu Ende der siebziger Jahre vornahm, stand die nationalliberale Partei unter Führung Bennigsens fast hilflos gegenüber. Erst in dem Heidelberger Programm von 1884, der eigensten Schöpfung des klugen und behenden Miquel,

Digitized by Google

fand die Partei Anschluß an die neudeutsche Wirtschaftspolitik. Bassermanns großes Verdienst ist es, die Nationalliberalen auf ein festes wirtschaftspolitisches Programm geeinigt zu haben, das gleichzeitig durch eine starke Betonung der Nationalwirtschaft und des Schutzes der nationalen Arbeit den nationalen Tendenzen der Partei, und durch den Grundsatz des Ausgleiches der wirtschaftlichen Interessen auf einer mittleren Linie dem Charakter einer Mittelpartei gerecht zu werden versuchte. An Bassermann hat es auch nicht gelegen, wenn die sozialpolitischen Gesichtspunkte nicht immer in der Partei hinreichend gewürdigt wurden. Man weiß, wie hart Bassermann lange Zeit hindurch von den schwerindustriellen Elementen in der Partei bekämpft wurde. Im Grunde genommen ist an der nationalliberalen Partei immer ein Rest jener manchesterlich-individualistischen Auffassung in wirtschaftlichen Dingen haften geblieben. Er prägte sich schon dadurch aus, daß die Partei, die einst vorzugsweise verfassungspolitisch und kulturpolitisch orientiert war, und in der neben den Staatsmännern die großen Gelehrten und Geheimräte das Wort führten, mehr und mehr zu einer Vertretung von Handel, Industrie und Gewerbe geworden ist. Nicht mit Unrecht nennt man heute die nationalliberale Partei eine Partei der industriellen Generalsekretäre und Geschäftsführer. An der Spitze der Reichstagsfraktion steht heute in Stresemann ein Präsidialmitglied des Bundes der Industriellen, zugleich Ausschußmitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller und Geschäftsführer des Verbandes sächsischer Industrieller. Ihm gesellen sich in den Abgeordneten Dr. Hirsch und von Schubert zwei weitere Ausschußmitglieder des Zentralverbandes der Industriellen zu, in Rießer der Präsident des Hansabundes und des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, in Freiherrn von Richthofen ein früherer Geschäftsführer des Hansabundes, der auch heute noch den Bankinteressen nahesteht, in Justizrat W. Meyer der Vorsitzende des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, in Keinath der Geschäftsführer des Zentralverbandes des deutschen Großhandels usw. Im Abgeordnetenhaus finden wir unter anderen in Dr. Beumer den Generalsekretär der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und des Vereins zur Wahrung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen im Rheinland und Westfalen, in Dr. Wendlandt den Schriftführer des Bundes der Industriellen, in Dr. Schweighoffer den Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, in Flathmann den Generalsekretär der Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds, dazu eine ganze Reihe von Kommerzienräten und Fabrikanten. Bekannt sind die schwerindustriellen Beziehungen der Abgeordneten Fuhrmann und Bacmeister. Ganz zurückgegangen sind dagegen in den nationalliberalen Fraktionen die Vertreter der freien und gelehrten Berufe; an Universitätsprofessoren und Geistlichen zählen beide Fraktionen zusammen nur je zwei, an Lehrern, deren die Freisinnige Volkspartei allein im Reichstage sieben aufweist, nur vier. Die Befürch-

Digitized by Google

tung läge nahe, daß diese Entwicklung zu einer Interessenpartei, in der das Schwergewicht nicht mehr wie einst auf „Besitz und Bildung", sondern ganz vorzugsweise auf dem Besitz liegt, unter der Führung Stresemanns sich noch schärfer ausprägen wird. Allerdings hat Stresemann sich ja wiederholt dagegen verwahrt, daß seine Eigenschaft als Geschäftsführer und Vertreter großer industrieller Verbände auf seine Abstimmung als Abgeordneter Einfluß habe, und mit Freuden darf man konstatieren, daß er sich mit allem Nachdruck für das sozialpolitische Programm der Mehrheitsparteien des Reichstags, also für Aufhebung des Paragraphen 153 der Gewerbeordnung und für Arbeitskammern, eingesetzt hat. Aber nur zu leicht wird doch das Mandat eines Generalsekretärs oder Geschäftsführers einen imperativen Charakter annehmen. Kaum denkbar erscheint es, daß eine Partei, in der so viele Arbeitgeber und Vertreter von Arbeitgebern, aber nur verschwindend wenige Arbeiter — im ganzen zwei — als Abgeordnete sitzen, in den Arbeiterfragen einen völlig objektiven Standpunkt einnehmen könne. Zu Stresemanns Klugheit darf man das Vertrauen haben, daß er die Gefahr, in der die nationalliberale Partei schwebt, eine einseitige Vertreterin bestimmter materieller Interessen zu werden, erkennen, und daß er alles aufbieten wird, um die kulturpolitische und geistesgeschichtliche Bedeutung der Partei, die einst eine so große war, durch eine geeignete Auswahl ihrer künftigen Vertreter wieder herzustellen. Klar zutage liegt ja, daß eine Partei nur dann eine große Zukunftsbedeutung haben kann, wenn sie sich nicht allein in den oberen Zehntausenden oder Hunderttausenden, sondern zugleich und mehr noch in den Millionen der breiten Massen festzusetzen und zu verankern weiß.

Vor allem aber wird es die Aufgabe des neuen Führers der nationalliberalen Partei, als den wir doch Stresemann ansprechen dürfen, sein, die großen Traditionen der Partei, die nationalpolitischen und die freiheitlichen, hochzuhalten. Die Partei hat es ja nicht mehr so leicht wie nach 1866 und 1870, wo ihr unbestritten die Führung nach beiden Richtungen zufiel. Heute dürfen alle unsere Parteien, bis auf die ganz abseits stehende Unabhängige Sozialdemokratie, als nationale angesprochen werden. Auf der anderen Seite finden die freiheitlichen Tendenzen längst eine kraftvolle Vertretung bei der Freisinnigen Volkspartei und den Mehrheitssozialisten, die beide aus dem Zeitalter unfruchtbarer negativer Kritik seit Bismarcks Tagen herausgewachsen sind. Aber immer noch ist die Verbindung einer kräftigen und entschlossenen Außenpolitik mit einer freiheitlichen Innenpolitik das besondere Charakteristikum der nationalliberalen Partei, ein Erbe freilich, das immer von neuem erworben und gemehrt sein will! Weil die Partei aus vollem Herzen einen starken Sieg und eine machtvolle Zukunft Deutschlands erstrebt, hat sie sich der Mehrheitsresolution vom 19. Juli nicht angeschlossen, obwohl sie im übrigen eine engere Verbindung mit den Mehrheitsparteien durch die Teilnahme an den interfraktionellen Besprechungen und durch die Zustimmung zu dem bei der Ernennung des Grafen Hertling vereinbarten Mehr-

Digitized by Google

heitsprogramm eingegangen ist. Nach dem Streik schien es ja, als ob der Zusammenhang zwischen den Nationalliberalen und den Mehrheitsparteien gefährdet sei. Nachdem aber die Erklärungen der sozialdemokratischen Führer im Reichstage zum Streik halbwegs befriedigend ausgefallen sind, nachdem die Sozialdemokratie auch wieder die Kriegskredite mit schöner Selbstverständlichkeit bewilligt und den russischen Friedensvertrag bei allen begreiflichen Bedenken doch nicht abgelehnt hat, ist jeder Grund für eine Trennung von der Mehrheit entfallen. Das Verbleiben der nationalliberalen Partei bei dem Block der Mehrheitsparteien ist um so wichtiger, gerade vom Standpunkt der nationalliberalen Partei aus, als nur so die Resolution vom 19. Juli ihres dogmatischen Charakters entkleidet werden kann. Daß das gewaltsame Vorgehen der Vaterlandspartei, daß das Toben der alldeutschen Presse, das sich in letzter Zeit bezeichnenderweise immer mehr gegen die nationalliberale Partei und namentlich gegen Stresemann gerichtet hat, obwohl gerade dieser doch in seinen zahlreichen wirkungsvollen Reden nachdrücklich für starke Kriegsziele, besonders im Osten eingetreten ist, nicht den Erfolg gehabt hat, die Anhänger der Friedensresolution auseinanderzutreiben, liegt nachgerade auf der Hand. Weit mehr darf man sich von der Einwirkung der nationalliberalen Partei auf die Mehrheitsparteien versprechen. Und nichts kann ihrem Einfluß förderlicher sein, als daß die maßgebenden nationalliberalen Abgeordneten, voran Stresemann, die Angriffe der alldeutsch gerichteten „Deutschen Zeitung" zum Anlaß genommen haben, um aus dem Alldeutschen Verbande als einem „reaktionär-konservativen Filialunternehmen" auszuscheiden. Freilich scheint dieser Schritt noch einen zweiten zu erfordern. Die „Deutsche Zeitung" ist doch nicht nur die Hauptvertreterin der alldeutschen „Belange", sondern auch zugleich der Vaterlandspartei. Kein vaterlandsparteiliches Blatt, das nicht die innere Reformpolitik der nationalliberalen Partei aufs gehässigste angegriffen hätte. Das geht soweit, daß sogar die nationalliberalen Blätter, die zugleich die ausgesprochenen Parteigänger der Vaterlandspartei sind, wie die „Berliner Neuesten Nachrichten" und der „Deutsche Kurier", der freiheitlichen inneren Politik der Partei, wie sie namentlich von der Reichstagsfraktion ausgeht, andauernd in den Rücken fallen. Es würde also nur konsequent gehandelt sein, wenn die Führer der nationalliberalen Partei auch der Vaterlandspartei Valet sagten. Uns scheint, die nationalliberale Partei wäre selber Manns genug, um den Gedanken eines starken, den Kriegsergebnissen voll entsprechenden Friedens in die breitesten Volkskreise zu tragen und ihm auch gerade in den Reihen der Mehrheitsparteien Geltung zu verschaffen!

Auf der Seite aber der Mehrheitsparteien ist der Platz der nationalliberalen Partei um so mehr, als sie nur im Zusammenhang mit ihnen hoffen darf, eine freiheitliche innere Politik durchzuführen. Leider ist die Haltung der Partei in der Frage der inneren Reformen nichts weniger als einheitlich; der fast geschlossen

Digitized by Google

für die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller und insbesondere für das gleiche Wahlrecht eintretenden Reichstagsfraktion steht der größere Teil der Landtagsfraktion schroff gegenüber, der trotz aller Bemühungen des zum stellvertretenden Ministerpräsidenten avancierten ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Friedberg unter Führung des „westfälischen Dickkopfs" Dr. Lohmann das gleiche Wahlrecht bei den Kommissionsberatungen niedergestimmt hat. Man kann sich nicht genug wundern über das Verhalten des größeren Teils der Landtagsfraktion, der geradezu darauf aus zu sein scheint, die Kastanien für die schmunzelnden Konservativen aus dem Feuer zu holen, uneingedenk der Bennigsenschen Warnung aus dem Jahre 1901, doch ja nicht „den Großagrariern und Junkern eine so glänzende Gelegenheit zu geben, sich aus ihrer dummdreist, aber gründlich verdorbenen Situation wieder zu retablieren". Was würden wohl die großen nationalliberalen Führer der Vergangenheit, ein Bennigsen und ein Miquel, die einen so untrüglichen Instinkt für die Staatsnotwendigkeiten hatten, zu einem Verhalten sagen, das geradezu die Zukunft der Partei, und nicht nur diese, sondern auch die Zukunft des Staates aufs Spiel setzt! Mit Recht hat Dr. Friedberg, der sich von seinen eigenen Fraktionsgenossen eine wahrlich nicht verdiente Nichtachtung gefallen lassen mußte, in seiner großen Solinger Rede auseinandergesetzt, daß ein Verbleiben bei dem Standpunkte der Landtagsfraktion die völlige Parteizerrüttung bedeuten würde.

Zum Glück hat fast die gesamte nationalliberale Presse, immer mit Ausnahme der vaterlandsparteilich angehauchten Blätter, mit voller Entschiedenheit für das gleiche Wahlrecht Stellung genommen. Auch die nationalliberalen Landesorganisationen und die höchste Instanz der Partei, der Zentralausschuß, haben sich rückhaltlos für das gleiche Wahlrecht, als eine gebieterische Staatsnotwendigkeit, ausgesprochen. So darf man erwarten, daß die Landtagsfraktion bei den weiteren Beratungen der Wahlrechtsfrage ihren Standpunkt revidieren wird. Sehr kurzsichtig erscheint die Ablehnung der vom Zentrum beantragten Verfassungssicherungen zugunsten der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Rechtszustandes von Kirche und Staat. Wenn die Konservativen, denen jedes Mittel recht ist, um das gleiche Wahlrecht zu Fall zu bringen, diese Sicherung in der Hoffnung ablehnen, es dadurch dem Zentrum zu verekeln, so begreift sich das. Aber die Nationalliberalen, die die oft ausgesprochene Mahnung Bennigsens beherzigen sollten, nur ja nie die allgemeine politische Situation aus den Augen zu verlieren, mußten sich doch sagen, daß die Gesamtsituation sie heutigen Tages an die Seite des Zentrums, als eine evangelisch-orientierte Kulturpartei, weist. Gerade wenn die nationalliberale Partei Hand in Hand mit dem Zentrum geht und seinen kulturellen Wünschen soweit entgegenkommt, als dies die freiheitlichen Tendenzen der Partei nur irgend gestatten, wird sie etwaigen katholisierenden Bestrebungen des Zentrums am sichersten begegnen und eine ausschlaggebende Stellung im Staatsleben gewinnen. Nicht sicherer könnte ein

Digitized by Google

„klerikal-konservatives" Bündnis, einst der Schrecken der Nationalliberalen, ein für allemal unmöglich gemacht werden. Es darf daran erinnert werden, daß ein solches engeres Verhältnis zwischen Nationalliberalen und Zentrum, als den beiden großen Mittelparteien, das heute durch das harmonische Nebeneinanderwirken des Reichskanzlers Grafen Hertling und des stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Friedberg gleichsam symbolisch angedeutet wird, schon von Miquel, dem klügsten Kopf, den die nationalliberale Partei je gehabt hat, angestrebt worden ist.

Nun, wie man sich auch zu der Frage der Verfassungssicherungen stellen mag, Hauptsache bleibt, daß die nationalliberale Landtagsfraktion nicht durch endgültige Verneinung des gleichen Wahlrechts das Chaos herbeiführt und das Ende der eigenen Partei besiegelt. Tut sie es dennoch, so ist die Parteispaltung unvermeidlich. Man darf hoffen, daß sie sich auf die Absplitterung der kleinen schwerindustriellen Gruppe Hirsch-Röchling-Fuhrmann-Bacmeister, die ohnehin allen freiheitlichen Reformen, wie dem Arbeitskammergesetz und der Aufhebung des Paragraphen 153 der Gewerbeordnung widerstrebt, beschränken wird. Wenn durch eine solche Absplitterung ausgesprochen schwerindustrieller Elemente eine Rückbildung des Charakters der Partei von einer einseitigen Interessenvertretung zu einer Kulturpartei mit stark evangelischem Einschlag befördert wird, so wird man sie nur als einen Gewinn, nicht Verlust für die Partei begrüßen können.

Nie war vielleicht eine Konstellation so günstig für die nationalliberale Partei wie die heutige, in der Morgendämmerung des neuen Deutschland! Es liegt auf der Hand, daß im Reiche wie in Preußen die Regierung sich in Zukunft in erster Linie auf die Mittelparteien stützen wird, die sich von allen Extremen fernhalten, aber eine freiheitliche Entwicklung erstreben. Schon jetzt tritt das darin zutage, daß aus keinen Parteien soviel Männer in die Regierung berufen sind, wie aus der nationalliberalen Partei und dem Zentrum. Dort Friedberg, von Krause und Schiffer, hier Hertling und Spahn. Die Zukunftsaussichten der nationalliberalen Partei erscheinen dabei um so größer, als ihr Programm noch eine gewaltige Werbekraft ausüben kann, während das Zentrum seinen Höchststand doch im wesentlichen längst erreicht hat. Aber freilich, nur dann wird sich die große Zukunftsperspektive erfüllen, wenn die nationalliberale Partei eingedenk bleibt, was sie den Manen ihrer großen Toten und einer machtvollen Zukunft des deutschen Vaterlandes schuldig ist: neben der kraftvoll nationalen eine freiheitliche, nicht von einseitigen Interessen diktierte Kulturpolitik.

Digitized by Google

Notizen

„Rittergutsbesitzer“. Bauer und Gutsbesitzer sind der Inbegriff des schollenverwachsenen Rückgrates deutschen Volkstums. Es sind diejenigen Menschen, die mit ihrem ganzen Sein und Trachten im Heimatboden wurzeln, mit ihren besten Gefühlen die Heimstatt der Väter umranken und die stammesechtesten Früchte des Volkstums der Zukunft bereiten. Soweit freilich diese Leute wahrhaftige Angehörige ihres Standes sind. Dies ist nun leider beim Rittergutsbesitzer häufig nicht mehr der Fall; es gibt deren immer mehr verlogene, gefälschte. Heute droht dem Stand eine Entartung. Diese geht nach zwei Richtungen. Die eine, die kapitalistische, bilden die „ambulanten“ Rittergutsbesitzer; sie betreiben sozusagen ihr Gewerbe im Umherziehen, besitzen alle paar Jahre „ihr“ Rittergut in einer anderen Provinz. Die zweite Abart, die snobistische, betrachtet ihren Besitz nur als spielerischen Zierat; zu einem Adelswappen langt's noch nicht, — da muß eben ein Stück deutscher Erde herhalten! Beide Arten sind volkswirtschaftliche und soziale Schädlinge, beiden ist jede innere Beziehung zum Boden gänzlich fremd. Der kapitalistische Spekulant und Güterschlächter laugt wucherisch die kapitalisierte Bodenrente aus, zieht damit ab und bürdet ihre Last dem Käufer auf; der Snob wird umgekehrt dadurch zum Parasiten am Nationalwohlstand, daß er seiner Eitelkeit frönend die Bodenrente verkommen, das erworbene Land halbwegs brach liegen läßt, zum mindesten doch die Bodenkraft nicht voll auszunützen versteht.

Heute nehmen diese Käufe in erschreckendem Maße überhand. Die Kriegsgewinnler wollen damit ihre Salonfähigkeit erlangen. In unsinniger Weise werden die Güterpreise über jede wirtschaftlich berechtigte Grenze hinaufgetrieben. Einerlei was es kostet und ob es eine vernünftige Rente trägt. Es soll ja lediglich die Verschönerung der Visitenkarte einbringen; das Ziel ist an sich unvernünftig. In der Mark und in Mecklenburg z. B. werden große, reiche Landstrecken dadurch ihrer Bestimmung entzogen, in rationellster Weise Volksnahrung zu beschaffen und eine arbeitsame Kulturschicht dem platten Lande zu erhalten. Wie man einst das Bauernlegen als abträglich verschrien hat, so könnte man jetzt über ein richtiges Rittergut-Legen klagen. Die tragende Intelligenz der werktätigen Landwirtschaft wird aus der Bevölkerung herausgesprengt. In Mecklenburg, um Hamburg herum, werden die Güter zu Preisen, die nahezu das Dreifache der Friedenspreise betragen, erworben, oder um sich an den Namen eines der größten Aufkäufers anzulehnen, zusammen„gekoppelt“. Die Güter aber, die einst landsässigen Familien als Heimat dienten und durch zähen Fleiß in hoher Kultur erhalten wurden, werden zu behaglichen, oft auch knallprotzigen Luxussitzen degradiert und verfallen dem Absentismus. Den Schaden davon erleidet das deutsche Volk, wenn Unwissenheit, Laschheit und Gleichgültigkeit der neu aufziehenden Besitzer die Erzeugung der Scholle herabmindert. Denn was schert es die schwerreichen Neulinge, ob sie zwei oder vier Prozent herauswirtschaften!

Der echte alte Stand leidet sehr unter diesen Eindringlingen! Keinem anderen Stand ist es widerfahren, derart überrannt zu werden von Fremdlingen, und sein Streben durch tändelndes Gehaben nachgeäfft und herabgesetzt zu sehen. Der Gutsherr von echtem Schrot und Korn ist ein Schaffender, — der neue Ankömmling — zum mindesten am Ort seines Auftauchens — nur Genießer. Der erstere ist heimatliebend und schollenstolz, der andere nur eitel, und sein Herz bleibt der Gegend fremd. — Wo geschähe nun ähnliches an anderen Ständen ernsten Erwerbs? Sah man je Leute sich blähend als Industrielle auftun und prunkhaft herausputzen, die nicht wirklichen Erwerb in ihrem Berufe suchten? Oder als Bankiers, nur damit „das Kind einen Namen habe“? (Als der Fürstenkonzern unter die Bankiers gehen wollte, da schallte ihm Hohngelächter entgegen und die „Pfuscher“ wurden angefeindet, bis sie abtraten).

Digitized by Google

Der Schaden hat seine Quelle vor allem in dem mangelnden Selbstbewußtsein der andrängenden Stände! Ich erinnere mich noch, wie ich laut auflachte, als sich mir bei den Affen des Zoologischen Gartens, oder es mag auch an einem anderen Käfig interessanten Getiers gewesen sein, ein bekannter Berliner Zeitungsverleger als Kollege vorstellte. An dem Täfelchen, an dem der Schenker verzeichnet war, hieß es nämlich „X. X., Rittergutsbesitzer". Dabei wußte sicher kaum jemand außerhalb seines engsten Bekanntenkreises, daß der Mann sich als Landwirt „betätigte"; wohl aber jedes Kind, welch großartige Erfolge der Spender als Verlagsmann und welche Verdienste als Kunstmäzen er aufzuweisen hatte. Kein Mensch aber hatte je etwas von tüchtigen Leistungen des „Rittergutsbesitzer" gehört. Warum also eine Nebensache derart hervorkehren und aufbauschen? Doch nur als Prunk! Wenn ein armer Schlucker von Weinreisendem, der eine kurzatmige Laufbahn als Leutnant hinter sich hat, sich dieses ihm anhängenden Titels als besseren Durchlasses bedient, mag es noch angehen. Aber daß ein vollerfolgreicher Kaufmann, Verleger oder Ingenieur sich derart verkappt, ist Menschen von geradem Sinn und wahrem Selbstbewußtsein unerklärlich.

Den Schaden hat ... das unglückselige Rittergut, das zumeist technisch verwahrlost oder wirtschaftlich unterernährt wird. Und die Mindererträge solcher Schaugüter, die sich reiche Nichtfachleute „zulegen" um des Titels willen, ziehen die gesamte Volkswirtschaft in Mitleidenschaft.

Daß diesen Entartungserscheinungen zum Heil des Volks entgegengearbeitet werden muß, steht außer Frage. Freilich wird mit einem Produktionszwang wenig zu erreichen sein. Die Vorbeugung mag eher von der steuertechnischen Seite aus erfolgen. Gegen die eilte Spielerei mit dem Nährboden des Volks, die Luxusausstattung und besonders gegen Brachliegenlassen oder doch ungenügende Ausbeutung zugunsten von Sport, Jagd, übermäßiger Parkanlagen usw. würde eine Veranlagung vorzunehmen sein, welche den Normalertrag des Grundbesitzes bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung zuzüglich der Verzinsung der Luxusaufwendungen abschätzt und nicht nur diese Summe voll besteuert (womit nurmehr die Benachteiligung des Fiskus abgewendet wäre!), sondern ein Vielfaches der Steuernorm auf den durch gewollten oder fahrlässigen Mindererertrag schlagen würde. — Gegen die anderen Schädlinge, die „ambulanten Rittergutsbesitzer", mag eine scharfe Wertzuwachssteuer wirksam sein, vielleicht auch schon eine Erhöhung des Umsatzstempels bei mehrfacher Besitzänderung innerhalb kürzerer Zeitspannen. (Auch etwa ein Abschlag der Verkaufsgefälle, wenn das Gut lange Zeit in einer Hand gewesen war; so erläßt Rußland die 5prozentige Umsatzsteuer für den Betrag der ersten Pfandbrief-Hypothek, wenn das Gut sich auch nur fünf Jahre im Eigentum des Verkäufers befand). Zum Glück hat jetzt auch Preußen, freilich reichlich spät, die Verordnung erlassen, daß ein Teil des Verkaufs von Gütern über 5 ha der Genehmigungspflicht unterliegt.

Die Hauptabwehr läge jedoch darin, daß die anderen Berufsstände genügend Selbstachtung und Eigenstolz gewönnen, um sich nicht erst Rittergüter „leisten" zu müssen, auf daß sie in ihren eigenen Augen genügendes Ansehen genössen! Fällt erst diese armselige Scham wegen des eigenen, ehrlichen Berufs, dann braucht keiner mehr für sich einen anderen vorzutäuschen. Dann werden auch jene leidigen „dekorativen Rittergutsbesitzer" verschwinden, die ... nichts weniger als eine Zierde ihres vorgespiegelten Standes sind! Dr. E. Jenny, Rittergutsbesitzer

Der Brief Lord Lansdownes an den „Daily Telegraph" vom 5. März. „Graf Hertlings Rede, so unbefriedigend sie auch in manchen Punkten ist, scheint mir einen merklichen Fortschritt in der Diskussion zu bezeichnen. Dies ist um so auffallender, weil die Rede als eine Art von Erwiderung auf die niederdrückende Ankündigung angesehen werden kann, die — wie einigen von uns scheint, irrtümlicherweise — von der Versailler Konferenz gemacht wurde." Lansdowne unterzieht Hertlings Rede einer Prüfung und erklärt folgendes als ihren wesent-

Digitized by Google

lichsten Inhalt. 1. Den deutlichen Ausdruck des Wunsches, daß zur Verhütung von Mißverständnissen und zur Erreichung eines Kompromisses zwischen den bestehenden Gegensätzen verantwortliche Vertreter der kriegführenden Mächte intim zusammenkommen möchten. 2. Das Eingeständnis, daß auf Grundlage der vier Prinzipien von Wilsons Botschaft, falls sie von allen Staaten anerkannt wären, ein allgemeiner Friede diskutabel sei. 3. Die Zusicherung des Kanzlers, er werde einen unparteiischen Gerichtshof für internationale Schiedssprüche freudig begrüßen und zur Verwirklichung solcher Ideale gern mitarbeiten. 4. Die Mitteilung (intimation), daß Deutschland nicht daran denke, Belgien zu behalten oder den belgischen Staat zu einem Teil des Deutschen Reichsverbandes zu machen.

Hierzu ist die Stellung Lansdownes: Zu 1. Er deutet den Ausdruck intime Zusammenkunft so, daß Graf Hertling damit „eine kleine und unformelle Zusammenkunft nicht von Bevollmächtigten, sondern von Personen verstehe, die autorisiert sind, vertraulich und ohne Präjudiz für die Möglichkeit einer späteren formellen Konferenz zu diskutieren". Mit Recht habe allerdings Balfour darauf hingewiesen, es sei unweise, Verhandlungen zu beginnen, ehe eine gewisse vorhergehende Vereinbarung erzielt sei. Wie aber kann man zu ihr ohne vorhergehende Besprechungen gelangen? Der Dialog über das Wasser hinweg führt nicht dazu, wenn er auch gewissen Nutzen haben mag. Zu 2. Die Annahme der vier Grundsätze Wilsons durch Hertling sei zufriedenstellend, müsse aber natürlich im Licht der deutschen Anwendung dieser Grundsätze geprüft werden. Zu 3. Die Versicherung Hertlings, an dem Ideal eines Schiedsgerichtshof mitarbeiten zu wollen, sei zu begrüßen. Zu 4. Den Prüfstein gebe natürlich der Fall Belgiens ab. Hertlings Ausdrücke hierüber müßten genau untersucht werden. Die Einschränkung, es müsse der Gefahr vorgebeugt werden, daß das Land zum Sprungbrett für feindliche Machenschaften gemacht werde, erinnere freilich stark an andere deutsche Äußerungen, mit denen die Auferlegung von lästigen Bedingungen territorialer, wirtschaftlicher oder militärischer Art begründet werden solle. Daher muß man den Wortlaut der Papstnote vom 1. August heranziehen, auf die sich Hertling beruft. Es heißt dort: „Offenbar muß seitens Deutschlands eine volle Räumung Belgiens erfolgen mit Garantien für Belgiens volle politische militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit gegenüber welcher Macht auch immer."

Hiernach stellt Lansdowne die Frage an den Kanzler: „Wenn eine solche Garantie wirklich alles ist, was Graf Hertling verlangt, um zu verhüten, daß Belgien das Ziel oder das Sprungbrett feindlicher Machenschaften werde, dann sollte es doch gewiß nicht schwer sein, ihn zufriedenzustellen. Hoffen wir, daß im Verlauf des Dialogs, der zweifellos fortgesetzt werden wird, er uns sagen wird, ob das seine Meinung ist, oder ob gänzlich verschiedene Absichten, von denen sich in der Papstnote keine Andeutung findet, in seinem Sinne lag, als er seine einigermaßen unglückliche Redewendung niederschrieb. Dieser Punkt bedarf der Aufklärung, denn, wenn Graf Hertlings Ouvertüre abgelehnt worden ist, dann ist hauptsächlich die Deutung daran schuld gewesen, die seine Beziehung auf Belgien erfahren hat." Über die französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen, die italienischen auf gewisse Teile Österreichs und die englischen auf einen Teil der Türkei bemerkt Lansdowne, sie gehörten einer anderen Kategorie an, als die Frage der „Wiederherstellung besetzter Gebiete", und sie eigneten sich zur Besprechung auf dem Friedenskongreß, dem Lloyd George ja auch die Frage der deutschen Kolonien vorlegen wolle.

Eine geschichtliche Erinnerung. Folgenden, für die Beurteilung unserer Ost-Politik lehrreichen Zug finden wir in der Geschichte der englischen „Glorions Revolution" von 1688. — Wilhelm von Oranien war bei seiner Unternehmung gegen Jakob II. von England auf das Mitgehen der englischen Konservativen ebenso unbedingt angewiesen wie unsere heutige Regierung auf das der liberalen Mehrheit. — Jene aber konnten, wie diese, nur durch maßvolle Ziele, die sich auf eine rechtlich Auffassung gründeten, gewonnen werden. — Wilhelm bot daher

Digitized by Google

dem König trotz seiner militärischen Stärke einen „Verständigungs-Frieden" an, dessen wesentliche Bedingung die Sicherstellung der englischen „Freiheiten" war — gegen den lauten Protest der liberalen Heißsporne in seinem Lager, die eine gewaltsame Entfernung des Königs verlangten.

Der König aber entzog sich der Annahme dieser Begingungen durch die Flucht nach Frankreich, und zwar mit der bestimmten Absicht, auf seine Rechte und Ansprüche bei günstiger Gelegenheit und mit Frankreichs Hilfe zurückzukommen — ähnlich wie Trotzki es durch seine „Friedens-Erklärung" versucht hat.

Die gesetzgebenden Körperschaften Englands erklärten darauf Jakob für des Thrones verlustig und überreichten Wilhelm die Krone, dem so durch die maßlose Torheit seines Gegners eine Frucht seiner maßvollen und weisen Politik unblutig zufiel, wie sie ihm der bitterste Gegner Jakobs nicht schöner hätte wünschen können, und wie er sie bei weniger weisem Vorgehen vielleicht überhaupt nicht, jedenfalls aber nur durch blutige Siege, und bestimmt nicht mit der einhelligen Zustimmung ganz Englands, hätte erreichen können.

Die Geschichte nennt heute Wilhelm von Oranien einen der größten Männer Englands.

Enver Pascha, der jetzige türkische Oberbefehlshaber und Kriegsminister, stand vom Herbst 1911 an über ein Jahr als Befehlshaber der türkischen Verteidigungskräfte gegen die Italiener in Tripolis. Diese Streitkräfte hat er fast ganz allein aus den einheimischen Nomadenstämmen berberisch-arabischer Herkunft organisiert und damit den Italienern mit ganz geringen Mitteln andauernd auf das schwerste zugesetzt. Der Entschluß, nach Tripolis zu gehen und dort für die Ehre der Türkei zu kämpfen, entstammt ganz seinem eigenen Herzen. In Tagebuchblättern, die vom September 1911 in Saloniki bis Ende November 1912 in der Cyrenaika reichen, hat Enver seine Tätigkeit in schlichtr, durch das Gemisch von idealistischem Schwung und Melancholie oft ergreifender Form geschildert („Um Tripolis", Verlag G. Bruckmann, München, M. 4.20). Das Büchlein ist wertvoll, nicht nur dadurch, daß es uns eine Aufklärung gibt, woher die jetzige den Italienern so verderblich gewordene kriegerische Kraft der Türken und Araber in Tripolis stammt, sondern auch durch den Einblick in die Psychologie dieser Persönlichkeit, des militärischen Erneuerers der Türkei und treuesten Freundes des türkisch-deutschen Bündnisses.

Paul Rohrbach

Neuerscheinungen

Polen

Die polnische Frage wird von Polen und Deutschen immer neuen Untersuchungen unterzogen. Diesen regellosen Strom zum großen Teil stark tendenziöser Schriften in einer Übersicht „Deutsche Bücher über Polen" gebändigt und reguliert zu haben, ist das Verdienst von Dr. Paul Reiche. (Priebatschs Verlagsbuchhandlung, Breslau 1917). Leider haben darin die in undeutscher Sprache erschienenen Werke über Polen keine Aufnahme gefunden, wodurch die russisch- resp. ententefreundlich orientierten Richtungen des Polentums zu kurz gekommen sind. Die bedeutendste Neuerscheinung auf dem polnischen Gebiete auf dem Büchermarkte ist unzweifelhaft Feldmans „Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen" (Verlag von R. Oldenbourg, München-Berlin 1917). Der Verfasser gehört zu den entschiedensten Anhängern der mitteleuropäischen Lösung der Polenfrage. Er setzt sich in seinem Werke mit dem Hauptvertreter der russischen Orientierung R. Dmowski mehrfach auseinander. An Hand der Geschichte der letzten hundert Jahre kommt er zu folgendem Schlusse: „Damals und gegenwärtig: die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses mit einer oder mit zweien der benachbarten Mächte. Damals und gegenwärtig besteht eine fortgeschrittene Partei, die für Anschluß an die Westmächte (schließlich an die Zentralmächte) ist, und eine rückschrittliche, die den Anschluß an Rußland wünscht." Wenn Feldman auch stets polnischer Politiker bleibt, der in der Gegenwart für die Zukunft wirken will, und nicht voraussetzungslose Historiker, so ist doch anzuerkennen, daß er den Polen nicht selten herbe Wahrheiten sagt. Mit erfreuliche Energie rückt er dem Märchen zu Leibe, als ob der alte polnische Staat nicht an innerer Schwäche zugrunde gegangen sei, sondern an der Bosheit der Nachbarn, die ein so weit voraus entwickeltes Staatswesen neben sich nicht

Digitized by Google

dulden konnten, weil sonst die eigenen unterdrückten Völker aufbegehren würden. Als ausgesprochener Demokrat hegt Feldman für die Adelsherrschaft der früheren Perioden um so weniger kritiklose Bewunderung, als die Nachfolger des damaligen Adels immer stärker ins russophile Lager abzuschwenken für gut befanden.

Wohin verstiegene Romantik in der Politik führt, zeigen zwei Schriften von Anton Choloniewski und Stefan Buszczynski. Des ersten Verfassers Schrift, „Der Geist der Geschichte Polens" (Krakau, im Selbstverlage des Verfassers), wird durch folgenden Satz genügend charakterisiert: „Polen hat die barbarische Lust zur Kriegführung sehr zeitig überwunden. Seit Polen das jugendliche Zeitalter seiner Geschichte abgeschlossen hatte, hat es im Laufe der fünf letzten Jahrhunderte seines staatlichen Bestandes keine Angriffskriege geführt, seine „Eroberungen" setzte es nur durch sittliche Kraft allein durch." Nach solchen Behauptungen überrascht es kaum mehr, wenn der Verfasser erklärt, daß in Livland während seiner Zugehörigkeit zu Polen die volle Glaubensfreiheit geherrscht habe, obgleich dort bis auf den heutigen Tag die Taten der polnischen Gegenreformation lebendig geblieben sind. Auch das zweite oben genannte Buch „Freiheitshort, Deutung der Geschichte Polens" (Verlag des Obersten Polnischen National-Komitees, Krakau 1917) sieht alles Licht bei den Polen und allen Schatten bei den andern Völkern: „Der böse Eroberungsgeist der Nachbarn Polens zwingt nämlich die friedlichen polnischen Landleute zu den Waffen zu greifen und eine Kriegerschar zum Schutze des Heimatlandes aufzustellen, zugleich eine Schutzmauer Europas." Derartige Bücher mögen in Polen noch gläubige Leser finden. Dem deutschen Publikum sie jetzt in Übersetzungen zu bringen, (Buszczynski ist 1892 geschrieben) dürfte nicht einmal im richtig verstandenen Interesse der Polen liegen. Auch die nächste Schrift von O. Balzer „Aus Problemen der Verfassungsgeschichte Polens" (Zentral-Verlags-Bureau des Obersten Polnischen National-Komitees, Krakau 1916), steht noch auf dem Standpunkt, daß „die Auffassung, in den Mängeln der polnischen Verfassung stecke die wesentliche Ursache des Untergangs Polen, sich als falsch erwiesen habe". Aber der Verfasser versucht doch, ein wenn auch sehr geschmeicheltes Bild der früheren Wirklichkeit zu geben.

Zum Schluß noch zwei Schriften von Deutschen über Polen. Professor Dr. Rudolf Leonhard München, hat im Verlage von Ferdinand Enke in Stuttgart einen Vortrag „Zur Soziologie des Polentums" veröffentlicht. Er charakterisiert darin das Wesen des früheren polnischen Staates folgendermaßen: „So bietet uns Polen das Bild einer ganz einzigartigen Staats- und Gesellschaftsstruktur, sozusagen eines staatlosen Staates, denn der Staatsbegriff ist untrennbar vom Zentralismus, und gerade dieser schwächt sich in Polen, wo die Wahlmonarchie stets bedeutungsloser wird, immermehr ab; die Entwicklung geht geradezu den umgekehrten Weg wie in den Nachbarländern, den der Denzentralisation, so daß im 18. Jahrhundert der Schwerpunkt der Legislative und Exekutive in Polen auch nicht einmal mehr im Reichstag, sondern in den Provinziallandtaaen, dem Selbstverwaltungsorganen der adligen Grundherren, liegt." In „Perthes Schriften"zum Weltkrieg" hat Hans F. Helmolt eine Gedenkschrift „Die Wiederherstellung Polens" veröffentlicht. In ihr gibt es gutes Material zur polnischen Frage. Helmold ist ein Gegner der austro-polnischen Lösung und formuliert seinen Standpunkt zum polnischen Problem nicht unglücklich durch folgenden Satz: „Gelingt die wirtschaftlich-militärische Anlehnung an Deutschland, kann bedeutet jedenfalls die schlechte Prosnagrenze keine immanente Gefahr mehr: Unsere östliche Verteidigungslinie wird vielmehr um ein Drittel gekürzt; gelingt sie nicht, so muß früher oder später mit der Einbeziehung eines Glacis bis zum Njemen, Bobr und Narew gerechnet werden." Selbst ein so gewiegter Politiker, wie Helmholt, lehnt aber noch September 1917 das Aufrollen der ukrainischen Frage ab, weil man „bei der Politik des Erreichbaren" bleiben müsse. Sein Argument gegen den ukrainischen Staat ist das bekannte Zitat von Moltke: „Kein Teil Rußlands kann ohne den anderen bestehen. Der waldreiche Norden nicht ohne den kornreichen Süden, die industrielle Mitte nicht ohne beide, das Binnenland nicht ohne die Küste, nicht ohne die große gemeinsame Wasserstraße der 400 Meilen schiffbaren Wolga." Schon das ehrwürdige Alter des Satzes (1856) hätte den Verfasser stutzig machen sollen, haben sich doch inzwischen durch Eisenbahnbau und Industriellisierung des Donezbeckens die wirtschaftlichen Verhältnisse von Grund aus geändert. Moltkes Zitat war aber schon damals völlig verkehrt. Denn der gesamte Lauf der Wolga berührt nur großrussisches Gebiet, während das Rückgrat der Ukraine der Dnjepr bildet. A. S.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel-Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Für 20 Pfg.

wöchentlich bringt

„Die Welt-Literatur"

die besten

Romane und Novellen

Sie ist die unterhaltendste u. billigste

Haus-Bibliothek

die in keiner Familie fehlen sollte.

Vierteljährlich (13 Nummern). . 2.50 M.
Vierteljährlich Feldpost (13 Nrn.) 2.80 M.
Probe-Bände (5 Nrn.) mit Porto 0.60 M.

Verlag: „Die Welt-Literatur" München 2

Börsenhandels-Zeitung

Erscheint wöchentlich — Begründet 1902

Organ für die Interessen der Börse, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

(Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels)

Sachkundige kritische Abhandlungen über das Börsenwesen, die Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- und Briefkursen.

Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 2 Mark, jährlich 8 Mark, Ausland 9 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48—49 (Fernspr.: Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12—2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Technische Glasartikel

Wiederverkäufer gesucht

Hermann Herzig, Görlitz in Schlesien

AUTO-LICHT-ENTWICKLER „DANIEL"

Größter Schlager. Export nach allen Ländern.
Daniel Heinr. Balz, Dresden-A., Gr. Plauensche Str.

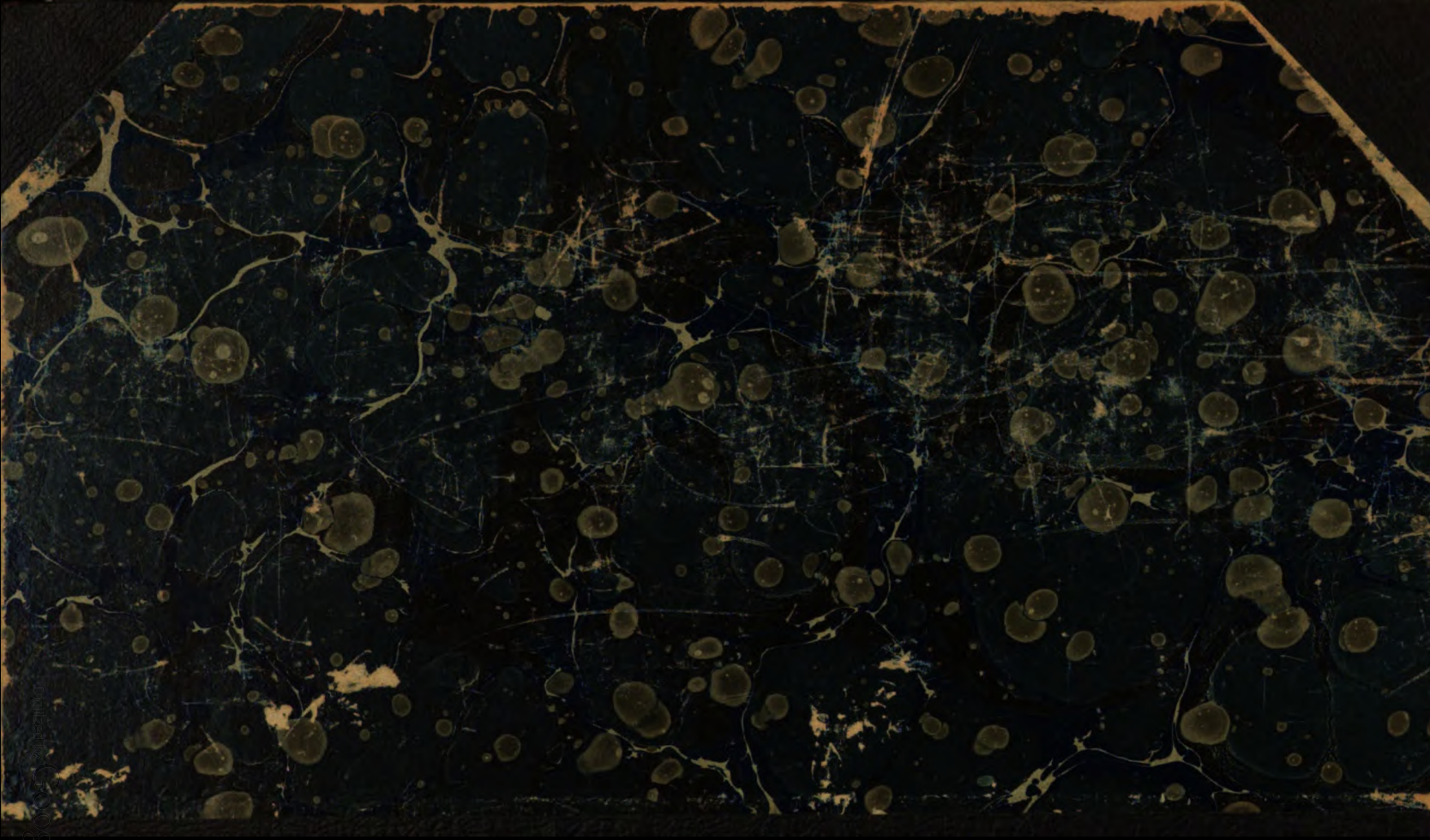
Das große politische Blatt: Die Vossische Zeitung

Monatlich 3 Mark bei allen Postanstalten und beim Verlag: Ullstein & Co, Berlin SW

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

3 0000 116 452 032

Digitized by Google